



universität  
wien

# DISSERTATION / DOCTORAL THESIS

Titel der Dissertation / Title of the Doctoral Thesis

„Zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus: Der Deutsche Orden in der Tschechoslowakei 1945 - 1952“

verfasst von / submitted by

Mag. theol. Jakub Jirovec

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of  
Doktor der Theologie (Dr. theol.)

Wien, 2019 / Vienna 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt /  
degree programme code as it appears on the  
student record sheet:

A 780 011

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt /  
field of study as it appears on the student record  
sheet:

Katholische Fachtheologie

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Thomas Prügl



## Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	5
1. Einleitung.....	8
1.1 Der Deutsche Orden in Böhmen, Mähren und Schlesien.....	9
1.2 Aufbau der Arbeit.....	14
1.3 Quellenlage und Forschungsstand .....	19
2. Der Deutsche Orden in der Tschechoslowakei nach 1918 .....	29
2.1 Die Erste Republik und der Katholizismus.....	30
2.1.1 Die Krise des tschechischen katholischen Milieus.....	34
2.1.2 Der sudetendeutsche Katholizismus .....	38
2.2 Der Deutsche Orden in der Zeit der Ersten Republik .....	43
2.2.1 Die tschechoslowakische Provinz in den 20er Jahren .....	45
2.2.2 Die Hochmeister Paul Heider und Robert Schälzky.....	49
2.2.3 „Im Schatten Hitlers und Henleins“ .....	55
2.3 Das Krisenjahr 1938 und der Zweite Weltkrieg.....	61
2.3.1 Die Auflösung des Ordens im Sudetenland .....	64
2.3.2 Die Kirche in Mährisch-Schlesien und der Orden während der Kriegsjahre .....	71
3. Der Orden in der Zeit der „Dritten Republik“ (1945 – 1948).....	79
3.1 Die katholische Kirche in der Tschechoslowakei 1945 - 1948.....	79
3.1.1 Die Beneš – Dekrete und die Vertreibung.....	81
3.1.2 Die Vertreibung und die Kirche .....	87
3.2 Die Orden „deutscher Prägung“ nach dem Krieg.....	92
3.2.1 Die Frage des „deutschen“ Ordensbesitzes im Jahr 1945.....	95
3.2.2 Der „deutsche“ Ordensbesitz als politisches Problem (1946).....	98
3.2.2.1 Die ersten Proteste.....	101
3.2.2.2 Die Verhandlungen in der Regierung .....	104
3.2.3 Bewertung – die Tschechoslowakei auf dem Weg zur Diktatur.....	109
3.3 Der Deutsche Orden in der Tschechoslowakei 1945 – 1948.....	113
3.3.1 Die ersten Nachkriegsmonate .....	113
3.3.1.1 Der Fall Pfarrer Antonín Vysloužil.....	119
3.3.1.2 P. Stanislav Dostál OT in der Provinz .....	123
3.3.1.3 Die Vertreibung der deutschsprachigen Ordensmitglieder .....	128
3.3.1.4 Die Verhaftung des Hochmeisters und der Provinzoberin.....	133

3.3.1.5 Weitere Untersuchungen des Ordens und die Aussiedlung des Hochmeisters .....	138
3.3.2 Der Kampf um den Ordensbesitz (1945 – 1947).....	146
3.3.2.1 Der Ordensbesitz unter Nationalverwaltung.....	146
3.3.2.2 Die Frage der Konfiszierung des Ordensbesitzes .....	151
3.3.2.3 Pfarrer Stuchlík als Nationalverwalter des Ordensbesitzes.....	161
3.3.2.4 Der Orden kurz vor der kommunistischen Machtübernahme.....	165
4. Der Deutsche Orden und der Kommunismus .....	169
4.1 Die katholische Kirche in der Tschechoslowakei nach 1948.....	169
4.2. Die Rolle des Deutschen Ordens in der kommunistischen Propaganda.....	176
4.2.1 Die antireligiöse Propaganda und Geschichte .....	176
4.2.2 Zur kommunistischen Geschichtsphilosophie .....	179
4.2.3 Topoi der kommunistischen antikirchlichen Propaganda .....	183
4.2.4 Der Deutsche Orden in kommunistischen Darstellungen.....	185
4.2.5 Der Deutsche Orden in der Propaganda: Die Haupttopoi .....	191
4.3 Liquidierung der Ordensgemeinschaften und der Deutsche Orden.....	197
4.3.1 Vorbereitung der „Aktion K“ .....	199
4.3.2 Auflösung der Männerorden in der Tschechoslowakei .....	205
4.3.3 Das Vorgehen gegen die Frauenorden und die Deutschordensschwwestern .....	211
4.4 Der große Schauprozess gegen den Deutschen Orden (1952) .....	215
4.4.1 Szenario eines kirchlichen Schauprozesses .....	217
4.4.2 Prozess gegen Weihbischof Dr. Stanislav Zela .....	221
4.4.3 Erste Ermittlungen gegen den Deutschen Orden .....	229
4.4.3.1 Einblick in das Arbeiten der Staatssicherheit.....	234
4.4.4 Internierung der Schwestern und Vorbereitung der Anklage .....	240
4.4.4.1 Die Gruppe der Angeklagten.....	244
4.4.4.2 Die Anklage .....	249
4.4.5 Der Schauprozess in Troppau .....	253
5. Schlusswort .....	262
5.1 Zusammenfassung: Der Deutsche Orden in der Tschechoslowakei 1945 - 1952.....	262
5.2 Offene Forschungsfragen und die Frage nach einer Kollaboration des Ordens.....	270
Allgemeines Abkürzungsverzeichnis.....	277
Bibliographie .....	279
Abstract.....	297
Lebenslauf .....	301

## Vorwort

Die lange Tradition des Deutschen Ordens in Böhmen fand 1952 ein jähes Ende, nachdem zuvor die Regierung der CSSR dem Orden nicht nur sämtliche Besitzungen konfisziert, die größtenteils deutschsprachigen Ordensbrüder und –schwestern des Landes verwiesen und schließlich den Orden auf dem Territorium der CSSR insgesamt aufgelöst und verboten hatte.

Nach der politischen Wende im Jahr 1989 konnte der Orden wieder nach Böhmen zurückkehren und die Tschechische Provinz neu errichten. Es war aber keine triumphale Rückkehr, sondern sehr bald tauchten viele Probleme auf. Bis heute konnte zum Beispiel die Frage der Restitution seines Besitzes nicht geklärt werden. Der Orden sieht sich zudem vielen Vorurteilen seitens der Öffentlichkeit ausgesetzt und es zeigte sich, wie tief viele Motive und Sichtweisen der kommunistischen Propaganda im Bewusstsein vieler Tschechen verwurzelt waren. Die überwiegend atheistische Gesellschaft in Tschechien begegnete allen Ordensgemeinschaften der katholischen Kirche mit einem gewissen Misstrauen, was sich im Fall des Deutschen Ordens verstärkt beobachten lässt. Darüber hinaus hatte der Deutsche Orden v.a. in den sudetendeutschen Grenzgebieten gewirkt, in denen das Thema der Vertreibung und der nationalen Animositäten bis heute höchst sensibel ist.

In dieser Situation wollte sich der Orden in dem einstigen deutsch besiedelten Gebiet auf seine eigene Tradition zurückbesinnen und suchte nach Ereignissen und Persönlichkeiten der jüngeren Geschichte, die als Bindeglied von Kontinuität mit einer alten Tradition und den Herausforderungen des Neuanfangs dienen und hilfreich sein könnten. Nachdem viele verschiedene und zerstreute Quellen gesammelt und gesichtet worden sind, trat zutage, dass es in der Geschichte des Sudetenlandes erstaunlich viele Deutschordensvertreter gegeben hat, die sich auch in den dramatischsten Zeiten der Tschechoslowakei um eine Zusammenarbeit und verantwortliche Loyalität mit dem Staat und der Gesellschaft bemüht hatten und für die ihre christliche Identität wichtiger war als die nationale Zugehörigkeit, wie zum Beispiel für den Hochmeister Norbert Klein oder für den Ordenspriester Heribert Kluger. Nach dieser ersten „hagiographisch“ orientierten Phase der Wiedergewinnung der Tschechischen Provinz, legte die

Ordensleitung Wert darauf, auch die breitere Geschichte der ehemaligen tschechoslowakischen Provinz und das Schicksal aller ihrer Mitglieder und Neiderlassungen wissenschaftlich zu bearbeiten. Allen voran Althochmeister Bruno Platter sowie die ehemaligen Leiter des Zentralarchivs des Deutschen Ordens in Wien, P. Bernhard Demel und P. Frank Bayard, unterstützten diese Bemühungen. Es wurden überdies Kontakte mit tschechischen wissenschaftlichen Institutionen und tschechischen Forschern geknüpft, die dazu beitrugen, dass die vorliegende Arbeit in Ihrer Idee, Konzeption und Durchführung Gestalt annahm.

Bei meinen Forschungen wurde ich sehr schnell mit der Brutalität des kommunistischen Regimes konfrontiert. Zwar war die Begegnung mit der damaligen kirchenfeindlichen Einstellung des Kommunismus für mich keine große Überraschung, denn als tschechischer katholischer Christ und Priester bin ich mit der Unmenschlichkeit des Kommunismus und mit dessen Auswirkungen nur zu gut vertraut, doch der unmittelbare Einblick in die Machenschaften des Regimes und seiner Vertreter, die sich mir in den Quellen boten, war dennoch erschütternd. Die Maschinerie des kommunistischen Repressionsapparates wies einerseits eine nahezu unglaubliche Dummheit auf, andererseits funktionierte in einer zynischen Effizienz und verfolgte rücksichtslos die ideologischen Ziele.

Selbst in den schlimmsten Zeiten gab es aber Christen, sowohl innerhalb der Ordensgemeinschaft als auch außerhalb ihrer, die alles daran setzten, der Gerechtigkeit den Vorrang zu geben und vor allem ihrer eigenen Sendung und Berufung treu zu bleiben, selbst um den Preis des eigenen Lebens. Ihr Schicksal suchten sie sich nicht selbst aus, und vermutlich hätten sie es sich auch nicht gewünscht. Dennoch nötigt Ihre Aufrichtigkeit und charakterliche Stärke Respekt ab. Diese Arbeit, die als akademische Qualifikationsschrift verfasst wurde und sich daher den Regeln der historischen wissenschaftlichen Disziplin und Methode verpflichtet weiß, darf selbstverständlich keine „Hagiographie“ sein. Die Menschen, deren Lebenswege, Handlungen und Schicksale hier beschrieben werden, waren im kanonischen Sinn vielleicht nicht unbedingt heilig, doch verdienen sie eine hohe Anerkennung. Daher sei ihnen diese Arbeit gewidmet.

Gerne möchte ich meinen Dank an all jene ausdrücken, die beim Entstehen dieser Arbeit geholfen haben. Mein größter Dank richtet sich an meinen Doktorvater Professor Thomas Prügl, der mir schon während des Theologiestudiums in Wien die Schönheit des Faches Kirchengeschichte vermittelte und der auch bei dieser Dissertation stets hilfsbereit, geduldig und entgegenkommend war. Einen großen Dank möchte ich meinen Ordensoberen aussprechen: dem Hochmeister Frank Bayard und dem Althochmeister Bruno Platter, die mich in dem Vorhaben immer bestärkten. Ich weiß, dass eine solche Unterstützung keine Selbstverständlichkeit ist und ich weiß das Vertrauen, das mir darin entgegen gebracht wurde, sehr zu schätzen. Für ihre Hilfsbereitschaft danke ich ferner den Angestellten der Archive, in denen ich forschen durfte, besonders dem Leiter des Archivs der Kanzlei des Staatspräsidenten in Prag, Dr. Jakub Doležal.

Weil die deutsche Sprache nicht meine Muttersprache ist, war ich auf opferbereite und geduldige Korrektoren und Korrektorinnen angewiesen: Ein großer Dank hierfür gebührt Herrn Confrater Hans Schmid, Frau Felicitas Kempkes und Frau Susanne Kiesewetter, die diese mühevollen Aufgabe übernahmen. Schließlich möchte ich Frau Veronika Winklerová und Frau Světa Špalková aus meiner Pfarrei und nicht zuletzt meinem guten Freund Tomáš Kubík für ihre Hilfe danken.

## 1. Einleitung

Der Orden der Brüder und Schwestern vom Deutschen Haus St. Mariens in Jerusalem (Deutscher Orden) wurde bereits 1190 als Hospitalgemeinschaft in Akkon gegründet. In seiner langen Geschichte erlebte er viele dramatische und interessante Phasen, auf die die Aufmerksamkeit der Geschichtsforschung gelenkt wurde. Während die Geschichte des Ordens im Mittelalter und in der Neuzeit intensiv erforscht worden ist<sup>1</sup>, kam die Geschichte des Deutschen Ordens im 20. Jahrhundert, genauer gesagt, nach dem Zusammenbruch der Habsburger Monarchie nur selten in den Blick. Im Fall der tschechoslowakischen Ordensprovinz liegen die Gründe hierfür auf der Hand: Hinter dem „Eisernen Vorhang“ waren die betreffenden Archivquellen nicht zugänglich und in der Tschechoslowakei war jegliche freie historische Forschung verboten, vor allem was die Zeitgeschichte betraf. Eine Rolle mag auch die Sprachbarriere und die zerstreute, unübersichtliche Überlieferung und Archivierung der Quellen gespielt haben

Diese Dissertationsarbeit will dazu beitragen, diese Lücke zu füllen, indem sie sich der Geschichte des Deutschen Ordens in der Tschechoslowakei in den Jahren 1945 bis 1952 widmet. Es handelte sich dabei um eine äußerst problematische Zeitspanne, wie schon im Titel dieser Arbeit ausgedrückt wird: „Zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus“. Die beiden totalitären Regime bestimmten das Leben der Brüder und Schwestern des Deutschen Ordens, die dadurch in den Sog der Geschichte gerieten, die sie nicht beeinflussen konnten. Schon die Tatsache, dass diese Ordensgemeinschaft innerhalb von zehn Jahren zweimal durch den Staat aufgelöst wurde, vom kommunistischen Staat zwar nicht offiziell, de facto aber sehr konsequent, ist in der Kirchengeschichte einzigartig. Aber auch der zweite Teil des Titels der Arbeit beinhaltet ein umfassendes und allgemeines Problem, das sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der böhmischen Ländern zieht: Die Beziehung von Deutschen und Tschechen Elementes im Land, wobei es eher zweitrangig zu sein scheint, dass der Deutsche Orden primär eine kirchliche und daher eine übernationale Institution war.

---

<sup>1</sup> Es wäre hier vor allem die Reihe „Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens“ zu nennen, in der seit ihrer Gründung im Jahr 1966 unter der Leitung von Prof. Udo Arnold mehr als 70 Bände herausgegeben wurden.

## 1.1 Der Deutsche Orden in Böhmen, Mähren und Schlesien

Die Geschichte des Deutschen Ordens und die Geschichte der Länder der Böhmisches Krone bzw. die Geschichte des selbstständigen tschechoslowakischen Staates (nach 1918) sind eng miteinander verwoben. Der Orden war auf diesem Gebiet bereits seit Beginn des 13. Jahrhunderts präsent. Unmittelbar nach der Entstehung der Kommende in Wien im Jahr 1203 kamen die Ordensbrüder nach Böhmen (Prag) und nach Schlesien (Troppau – Opava), wo sie 1204 oder in den darauffolgenden Jahren ihre ersten Ordensniederlassungen gründeten.<sup>2</sup> Die Ausformung einer selbständigen „Ordensprovinz“, nämlich die Ballei in Böhmen und Mähren, ist höchstwahrscheinlich auf das Jahr 1233 zu datieren.<sup>3</sup> Aufgrund der erhaltenen Urkunden, die viele Schenkungen und Vermächtnisse zugunsten des Ordens bezeugen, lässt sich vermuten, dass sich die junge Ordensgemeinschaft einer hohen Beliebtheit im Volk erfreute.<sup>4</sup> Gleichzeitig etablierte sich der Orden fest mit und neben dem Herrscherhaus der Přemysliden, mit dem er durchgehend sehr gute Beziehungen pflegte.<sup>5</sup> Bereits im Jahr 1222 wurden die Ordensmitglieder und der gesamte Ordensbesitz im Königtum Böhmen und Mähren in den königlichen Schutz genommen.<sup>6</sup>

Schon in dieser erfolgreichen Anfangsphase der ungetrübten Kooperation zwischen Königshaus und Orden war jedoch bereits der Keim eines wachsenden Antagonismus angelegt, der den Orden in Böhmen und Mähren durch die Jahrhunderte begleitete und der im 20. Jahrhundert auf eine schmerzhaft Weise seinen Höhepunkt

---

<sup>2</sup> BOEHM, Hans Georg, Die Deutschordens-Ballei Böhmen und Mähren, Schriftenreihe der Vereinigung zur Förderung der Wissenschaftlichen Erforschung der Geschichte des Deutschen Ordens e.V. und der Historischen Deutschorden-Compagnie Bad Mergentheim, Heft 12, Bad Mergentheim 1993, 16.

<sup>3</sup> Aus diesem Jahr stammen die ersten Nachrichten, dass der Besitz der Ballei Böhmen in die gesamte Verwaltungsstruktur des Ordens eingeordnet wurde. Vgl. ČAPSKÝ, Martin, Die wirtschaftliche Entwicklung der Ballei Böhmen des Deutschen Ordens im Spätmittelalter, in: BORCHARDT, Karl/LIBOR, Jan (Hgg.), Die geistlichen Ritterorden in Mitteleuropa: Mittelalter, Brünn 2011, 218.

<sup>4</sup> VOIGT, Johannes, Geschichte der Ballei des Deutschen Ordens in Böhmen, Wien 1864, 89.

<sup>5</sup> So unterstützte zum Beispiel der böhmische König Ottokar II. Přemysl den Orden bei zwei Kreuzzügen nach Preußen. Sein Sohn und Nachfolger Wenzel II. arbeitete mit dem Ordensbruder Hermann von Hohenlohe eng zusammen und wählte ihn sogar zu seinem Vertrauten und Beichtvater. Die wichtige böhmische spätmittelalterliche Chronik *Chronicon Aulae Regiae* lobt die Verdienste von Hermann von Hohenlohe auf dem Hof und seinen guten Einfluss auf den frommen König Wenzel II., der sich seinem heiligen Vorfahren, dem böhmischen Fürst Wenzel annähern wollte. HERMANSKÝ, František/MERTLÍK, Rudolf, Zbraslavská kronika – Chronicon Aulae Regiae, Prag 1975, 76 – 77.

<sup>6</sup> VOIGT, Geschichte der Ballei des Deutschen Ordens in Böhmen, 89. Voigt verwechselt den König Ottokar I. Přemysl, der dem Orden Schutz gewährte, mit seinem Enkelsohn Ottokar II. Přemysl (König von Böhmen 1253 – 1278).

erreichen sollte. Auch wenn es sich aus den erhaltenen Urkunden nur schwer erschließen lässt<sup>7</sup>, ist es vor allem mit Blick auf die Wirkungsorte des Ordens anzunehmen, dass die neue Ordensgemeinschaft vorwiegend mit dem deutschen Milieu verbunden war. So wurde etwa die Prager Kommende bei der neuen Pfarrsiedlung „Na Poříčí“ (heute die Prager Neustadt) auf der rechten Seite der Moldau errichtet, die von der deutschen Minderheit bewohnt wurde. Auch weitere Ordensniederlassungen befanden sich vor allem in denjenigen Gebieten, Städten oder Ortschaften, die seit dem Anfang des 13. Jahrhunderts von Deutschen besiedelt wurden (Bilin, Pilsen, Königgrätz, Neuhaus, Deutsch Brod, Jägerndorf). Die Entstehung der mittelalterlichen Ballei des Deutschen Ordens ging daher mit einer umfassenderen Entwicklung einher, die sich in dieser Zeit in Böhmen und Mähren vollzog, nämlich mit der deutschen Besiedlung des Königreichs.

Die neuere tschechische Geschichtsforschung bewertet diesen Prozess grundsätzlich positiv und als demographisch bereichernd. Die deutsche Besiedlung habe demnach der Gesellschaft neue und bis dahin unbekannte Elemente gebracht: zum Beispiel das deutsche Recht (*ius theutonicum*), das Städtewesen oder technische Innovationen, wie zum Beispiel im Bergbau. Insgesamt sollte man nicht nur von einer Kolonisation, sondern von einer mittelalterlichen Transformation bzw. Modernisierung sprechen.<sup>8</sup> Bei dieser Einschätzung wurde jedoch nicht mehr die nationale oder ideologische Prägung berücksichtigt, die für das 19. und für das 20. Jahrhundert typisch war. Auch wenn man im Mittelalter noch nicht von einem Volk im neuzeitlichen Sinn des Wortes sprechen kann<sup>9</sup>, so wuchs hier schon damals der Keim der späteren Zwietracht zwischen Deutschen und Tschechen in Böhmen und Mähren. Denn: „Die Deutschen sind nicht als Herrschaft ins Land gekommen, aber dadurch, dass sie am Aufbau des Staates hervorragend beteiligt waren, ein eigenes Recht hatten, erwarben sie sich

---

<sup>7</sup> Einige Historiker weisen darauf hin, dass die erhaltenen Urkunden der mittelalterlichen böhmischen Ballei nur in lateinischer oder deutscher Sprache verfasst sind. Dagegen ließe sich einwenden, dass selbst der *Pater patriae* Kaiser Karl IV. keine einzige Urkunde auf Tschechisch erließ. Vgl. ŠMAHEL, František, *Husitská revoluce* [Die hussitische Revolution], Band I, Prag 1993, 346.

<sup>8</sup> Ausführlich KLÁPŠTĚ, Jan, *Proměna českých zemí ve středověku* [Die Verwandlung der böhmischen Ländern im Mittelalter], Prag 2012.

<sup>9</sup> LE GOFF, Jacques, *Die Geburt Europas im Mittelalter*, München 2012, 158 – 159.

politisch und sozial gehobene Stellungen. Durch diese Umstände wurde der nationale, soziale und wirtschaftliche Unterschied zu einem Gegensatz.<sup>10</sup>

Dieser für die tschechische Geschichte sehr relevante Gegensatz spielte von Anfang an auch beim Wirken des Deutschen Ordens in Böhmen und Mähren eine große Rolle, genauer gesagt, bei der Wahrnehmung seiner Präsenz und seiner Tätigkeit. Sicher ging es dem Orden in erster Linie vor allem um die Verwirklichung seiner religiösen und karitativen Sendung und daher um die praktische Umsetzung seines Selbstverständnisses, das sich selbstverständlich im Lauf der Zeit immer wieder wandelte<sup>11</sup>. Von der tschechischen Seite her wurde er aber spätestens seit der nationalen Bewegung im 19. Jahrhundert als ein Fremdkörper<sup>12</sup> wahrgenommen. Im 20. Jahrhundert sollte diese Wahrnehmung im Zuge der staatlichen Unabhängigkeit und unter dem Eindruck der Ereignisse des Zweiten Weltkrieges noch einmal verschärft auftreten und eine Eigendynamik entwickeln.

In diesem Zusammenhang lohnt sich noch einmal ein Blick zurück ins Mittelalter, konkret auf das Ende der mittelalterlichen Ordensherrschaft. Der Deutsche Orden behielt zwar auch nach dem 13. Jahrhundert im Königtum in allen Hinsichten seine hervorragende Stellung. Die ersten zwei Herrscher aus dem Haus Luxemburg behandelten den Orden korrekt und nahmen an seinen Feldzügen gegen Litauen teil.<sup>13</sup> In dieser Zeit formierten sich aber im tschechischen Teil des mittelalterlichen Böhmens Ansätze einer nationalen Bewegung, die sich gegen die Deutschen im Land richtete. Am

---

<sup>10</sup> MAYER, Theodor, Ansprache anlässlich der feierlichen Eröffnung des „Collegium Carolinum“ am 18. Februar 1957 in München, in: Böhmen und Bayern. Vorträge der Arbeitstagung des Collegium Carolinum in Cham [2.-4. November 1956], München 1958, 8.

<sup>11</sup> Die heutigen Regeln des Deutschen Ordens weisen im Prolog darauf hin, dass sich die äußerlichen Ausdrucksformen des Ordenslebens und Wirkens zeitbedingt verändern können. Im Artikel 12 heißt es mit Rückblick auf den ritterlichen Ursprung des Ordens: „Der Kampf mit dem Schwert war eine zeitgebundene Form, die nur aus dem Geist jener Zeit zu verstehen ist. Doch echte Ritterschaft kennt nicht nur diese zeitgebundene Form des Schwertkampfes, vielmehr ist der Einsatz für Christi Reich, der Schutz der Wehrlosen, die Hilfe für die Misshandelten, Bedrängten, Verachteten und Notleidenden die eigentliche Haltung des ritterlichen Menschen.“ Vgl. Die Regeln und Statuten des Ordens der Brüder und Schwestern vom Deutschen Haus Sankt Mariens in Jerusalem – Deutscher Orden, Wien 2001, 20 – 21.

<sup>12</sup> Es ist anzumerken, dass sich laut den Quellen unter den Ordensbrüdern im mittelalterlichen Böhmen sehr viele Tschechen befanden (insofern man in dieser Zeit in Böhmen überhaupt über eine nationale Zugehörigkeit aufgrund der Sprache reden kann). In der Neuzeit und im 20. Jahrhundert überwogen die deutschsprachigen Ordensmitglieder. Im Jahr 1939 wirkte in der Brüderprovinz nur ein einziger Ordenspriester tschechischer Abstammung – P. Arnošt Wiener OT aus Südböhmen.

<sup>13</sup> Der spätere Kaiser Karl IV. dachte in seiner Autobiographie an zwei Feldzüge in den Baltikum zurück, die aber aufgrund des ungünstigen Wetters scheiterten. KAREL IV., Vlastní životopis [Die eigene Biographie] – Vita Karoli Quarti, Prag 1978, 84; 140.

Anfang des 14. Jahrhunderts entstand zum Beispiel die sog. Dalimil–Chronik, die älteste in tschechischer Sprache geschriebene Chronik überhaupt. Sie zeichnete sich durch eine strikte Ablehnung der Deutschen und durch die Hervorhebung der Muttersprache als das ausschlaggebende Kriterium für die Zugehörigkeit zu einer Nation aus.<sup>14</sup> Diese Haltung profitierte auch von der allgemeinen günstigen Lage des Landes, denn während der Regierungszeit von Karl IV. erfuhr Böhmen einen wirtschaftlichen Aufschwung und errang sogar internationale Bedeutung. Unter anderem wurde in Prag 1348 die erste Universität des Reiches gegründet.

Um die Wende zum 15. Jahrhundert flossen in die nationale Bewegung weitere gesellschaftliche, politische und religiöse bzw. kirchliche Entwicklungen ein, um sie zu verstärken. Nach der Hinrichtung von Johannes Hus auf dem Konzil in Konstanz (1415) begann in Böhmen und Mähren die stürmische Epoche der hussitischen Kriege. Auch wenn in der neueren Forschung die Meinung überwiegt, dass der Hussitismus in erster Linie keinen Aufstand der Tschechen gegen die Deutschen<sup>15</sup> darstellte, erreichten doch zu Beginn des 15. Jahrhunderts die nationalen Spannungen, die im Land schon längere Zeit präsent gewesen waren, ihren Höhepunkt. Gleichzeitig wurde das Reformprogramm der hussitischen Revolution in großem Stil verwirklicht, das in einem seiner Hauptpunkte der Kirche und vor allem den Ordensgemeinschaften jegliche Form des Besitzes absprach. Somit kam es zu einer großen Säkularisation von Kircheneigentum, die sich in Plünderungen und Zerstörungen von Klöstern, Abteien usw. auswirkte und bei der umfangreicher kirchlicher Land- und Immobilienbesitz in die Hände des böhmischen Adels gelangte. Dem Hussitismus fiel auch die mittelalterliche Ballei des Deutschen Ordens in Böhmen zum Opfer, die sich bereits vor seinem Ausbruch in einer äußerst

---

<sup>14</sup> BLÁHOVÁ, Marie, *Kronika tak řečeného Dalimila* [Die Chronik des so genannten Dalimil], Prag 1977. Noch in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts wurde eine gereimte deutsche Überarbeitung der Chronik verfasst, die aber die antideutschen Anmerkungen unterdrückte. Beiden Ausgaben ist gemeinsam, dass sie sich über alle Einwanderern nach Böhmen abwertend äußern.

<sup>15</sup> Einer der besten Kenner des Hussitismus, der Historiker Petr Čornej, meint, dass sich die Hussiten als das alttestamentliche Volk Gottes verstanden haben. In Beurteilung der Außenwelt sei ihre Einstellung zu der Reformbewegung entscheidend gewesen (in diesem Sinn war die nationale Zugehörigkeit zweitrangig). Doch war aber im Selbstverständnis der Hussiten auch die Vorstellung des erwählten Volkes präsent, das in schweren Konflikten seine Existenz und seinen Glauben gegen das Fremde verteidigen muss. Vgl. ČORNEJ, Petr, *Idea národa v husitských Čechách* [Die Idee der Nation in hussitischem Böhmen], in: DRDA, Miloš/HOLEČEK, František/VYBÍRAL, Zdeněk (Hgg.), *Jan Hus na přelomu tisíciletí* [Johannes Hus auf der Jahrtausendwende], Tábor 2001, 385 – 389.

schwierigen wirtschaftlichen Lage befunden hatte.<sup>16</sup> Die wenigen erhaltenen Quellen berichten davon, dass es in der Prager Kommende in den Jahren nach der Hinrichtung von Johannes Hus eine Spaltung gab. Ein Pfarrer namens Mika stellte sich demzufolge mit einer kleinen Gruppe von Anhängern, deren Namen auf eine tschechische Herkunft hinweisen, auf die Seite der sog. Utraquisten. Darüber hinaus gehörte die Prager Ordenskirche zum Hl. Benedikt zu den drei Klosterkirchen in der Stadt, in der die Kommunion der Gläubigen unter beiderlei Gestalten erlaubt wurde.<sup>17</sup> Diejenigen deutschen Ordensbrüder, die den Hussitismus ablehnten, verließen die Hauptstadt und zogen sich in andere Ordenskommenden auf dem Land zurück. Die Prager Kommende wurde trotz ihrer Sympathien für die Reformbewegung 1420 von einer Volksmenge ausgeplündert und vollkommen zerstört. Das gleiche Schicksal traf in den nachfolgenden Jahren auch die meisten Kommenden, Pfarreien und Spitäler des Ordens im Land.<sup>18</sup>

Die Geschichte der mittelalterlichen Ballei des Deutschen Ordens in Böhmen und Mähren ist aus mehreren Gründen auch für die späteren Zeiten signifikant. Erstens wurde der Orden unfreiwillig zum Protagonisten eines der brennendsten Probleme der tschechischen Geschichte, nämlich der komplizierten Beziehung zwischen Tschechen und Deutschen im Land. Die „deutsche“ Herkunft des Ordens erwies sich als das Schlüsselkriterium für die Beurteilung seines Wirkens und für die Akzeptanz seiner Präsenz in den tschechischen Gebieten überhaupt. Zweitens wurde der Orden zu einem der Opfer des „antikatholischen“ Affekts, der seit der hussitischen Zeit die tschechische Geschichte begleitete und vor allem im 19. Jahrhundert zum festen Bestandteil des tschechischen Nationalismus im Rahmen der Habsburgermonarchie wurde. Drittens zeigte der Deutsche Orden gute ökonomische Fähigkeiten und baute schon im Mittelalter eine starke wirtschaftliche Basis auf, die seinen Besitz für Säkularisierungsgelüste welcher Gruppen auch immer als attraktiv erscheinen ließ.

---

<sup>16</sup> ŠMAHEL, Husitská revoluce, Band I, 217. Die Ballei rang mit wirtschaftlichen Problemen vor allem aufgrund der erhöhten finanziellen Abgeltungen für den Ordensstaat. Der böhmische König Wenzel IV. nutzte die Schwächung des Ordens nach der verlorenen Schlacht bei Tannenberg (1410), sich 1411 Teile des Ordensbesitzes anzueignen.

<sup>17</sup> HLOŠINA, Václav Oliva, České duchovní řády za rozmachu husitské bouře [Die tschechischen geistlichen Orden während des Ausschlags des hussitischen Sturmes], Prag 1924, 265 – 269.

<sup>18</sup> MILITZER, Klaus, Die Entstehung der Deutschordensballeien im Deutschen Reich, Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, Band 16, Bonn 1970, 57 – 63.

## 1.2 Aufbau der Arbeit

Die Arbeit versteht sich als Beitrag der neueren tschechischen Kirchengeschichte, an der Schnittstelle zwischen Weltkriegsgeschichte und Zeitgeschichte. Da kirchengeschichtliche Forschungen, gerade über die neuere und neueste Zeit, in der kommunistischen Diktatur unmöglich waren, besteht in der Historiographie bis heute eine Lücke, vor allem was die Geschichte der Orden nach dem Zweiten Weltkrieg betrifft. Die Dissertation nimmt sich eines spezifischen Teilaspektes an, nämlich der Geschichte des Deutschen Ordens gerade auch als kirchliche und geistliche Institution. Auch hierüber wurde, aus den oben genannten Gründen, bisher fast nicht geforscht. Die Arbeit wird daher die erste umfassende Monographie zum Deutschen Orden in der Tschechoslowakei nach dem Jahr 1945 darstellen und versteht sich als Beitrag zur Erforschung der Geschichte der Brüderprovinz auf einem der ältesten traditionellen Ordensgebiete.

Die Quellen, die verwendet wurden, sind in aller Regel bislang unberücksichtigte und weithin unbekannte Dokumente aus Archiven, die der Forschung bis vor kurzem unzugänglich waren. Es geht zum einen darum, eine möglichst lückenlose Ereignisgeschichte jener Jahre zu erstellen und zum anderen in ideengeschichtlicher Hinsicht die Ideologien aufzuzeigen, denen sich der Deutsche Orden gegenübergestellt sah und in denen er eine Rolle spielte (Verschwörungstheorien und ihre Dynamik; kommunistische Propaganda). Nicht zuletzt soll die Studie dazu beitragen, eklatante Missverständnisse und Vorurteile aus dem Weg zu räumen und eine unverstellte Sicht auf die Ereignisse während der dunklen Epoche in der Mitte des 20. Jahrhunderts freigegeben.

Diese Arbeit beschäftigt sich somit hauptsächlich mit der Geschichte des Deutschen Ordens in der Tschechoslowakei zwischen 1945 und 1952. Die Eckpunkte bilden dabei das Ende der nationalsozialistischen Okkupation nach dem Krieg sowie die von den Kommunisten angestregten Schauprozess gegen neun Deutschordensschwwestern und Pfarrer Jindřich Stuchlík, die eben 1952 stattfanden. Zum Verständnis dieser Zeitperiode ist es allerdings notwendig, zuvor einen Überblick über die Geschichte des Deutschen Ordens in der sog. Ersten Tschechoslowakischen

Republik<sup>19</sup> und in den Kriegsjahren zu geben. Die Beurteilung des Ordens in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, die einen nicht unbedeutenden Einfluss auf die Behandlung des Ordens seitens der Behörden hatte, bezog sich nämlich, genauso wie die spätere kommunistische Propaganda, eben auf die Interpretation der Ordensgeschichte vor 1945, auch wenn diese Interpretation meistens nicht objektiv war.

Das zweite Kapitel der Arbeit schaut auf die Geschichte des Deutschen Ordens in der Tschechoslowakei in den Jahren 1918 bis 1945. Es handelt sich um eine kurze, skizzenhafte Darstellung ohne jeglichen Anspruch auf Vollständigkeit, die überwiegend anhand der Sekundärliteratur ausgearbeitet wurde. Den Rahmen gibt der neue Staat ab, der sich mindestens in den ersten Jahren nach dem Ersten Weltkrieg gegen alles behaupten wollte, was eng mit der Habsburger Monarchie verbunden gewesen war und diese unterstützt hatte. So sahen sich nicht nur der Deutsche Orden, sondern auch das gesamte sudetendeutsche katholische Milieu, mit einem starken antikatholischen Affekt konfrontiert, was wiederum zu einer Verstärkung der eigenen Identität und zu einer bemerkenswerten Dynamik unter den sudetendeutschen Katholiken führte. Als ein Relikt der Habsburgermonarchie musste der Deutsche Orden darüber hinaus in den Jahren nach 1918 um die eigene Existenz kämpfen. Die besondere Situation in der Tschechoslowakei wurde daher zum Anlass genommen, die Regeln und Statuten zu überarbeiten und dem Orden eine neue Gestalt und Verfassung zu geben.

Ein größerer Raum wird im zweiten Kapitel der Person des Hochmeisters Robert Schälzky gewidmet, der von März 1936 an den Orden leitete. Hier gilt es v.a. das Krisenjahr 1938 zu behandeln, aber auch die Haltung des Hochmeisters während des Krieges und danach aufmerksam zu prüfen. Von dem Hintergrund der Ereignisse während der NS-Zeit wurde er oft als ein symbolischer Vertreter des ganzen Ordens verstanden. Ausführlicher und unter Einbeziehung von Archivquellen wird im zweiten Kapitel die Auflösung des Ordens im Sudetenland durch die nationalsozialistischen

---

<sup>19</sup> Zur Begrifflichkeit: Als die Erste Republik wird in der tschechischen Geschichtsschreibung der neue tschechoslowakische Staat von 1918, nach dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie, bis September 1938, als das Münchener Abkommen unterzeichnet wurde und das Sudetenland an das Dritte Reich abgetreten wurde, bezeichnet. Die kurze Periode zwischen dem Herbst 1938 und März 1939, der Entstehung des Protektorats Böhmen und Mähren, wird die Zweite Republik genannt. Von der Dritten Republik spricht man im Fall der Zeitspanne zwischen 1945 und Februar 1948, der Machtübernahme durch die Kommunisten.

Behörden im Februar 1939 dokumentiert, genauso wie die Bemühungen des Hochmeisters, diese Aufhebung rückgängig zu machen. Die Geschichte des Ordens während der Kriegsjahre kann aufgrund des fragmentarischen Quellenbestands nur kurz behandelt und im Kontext des Kirchenlebens im Gau Sudetenland verortet werden. Am Ende des Kapitels wird auf zwei Opfer des Nationalsozialismus aus der Reihe der Deutschordenspriester hingewiesen, die auch im KZ interniert wurden.

Das dritte Kapitel dieser Arbeit befasst sich mit der Geschichte des Ordens in der sogenannten Dritten Republik. Im ersten Abschnitt werden die Verhandlungen der Staatsbehörden über das Schicksal der „deutschen“ Ordensgemeinschaften beschrieben, die von der Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung personell schwer betroffen waren. In diesem Zusammenhang entflammte eine Kontroverse, ob die Dekrete des Staatspräsidenten Beneš bezüglich der Konfiszierung von Besitz auf diese kirchlichen Träger bezogen werden können. In diesem Streit setzte sich vor allem das Landwirtschaftsministerium mit seiner rigorosen Linie durch, es bildete sich aber innerhalb der Regierung auch eine Opposition dagegen heraus. Die Hauptargumente beider Seiten sowie der politische Hintergrund, der in gewisser Hinsicht äußerst dramatischen Auseinandersetzungen werden ebenso dargestellt und in Beziehung zum Deutschen Orden gesetzt.

Im zweiten Teil des dritten Kapitels wird die Geschichte des Deutschen Ordens in den Nachkriegsjahren behandelt. Weil die deutschsprachigen Brüder und Schwestern von der Vertreibung nicht ausgenommen wurden und der Orden in der ČSSR dadurch personell erheblich dezimiert und letztlich ausgelöscht wurde, konzentriert sich diese Übersicht auf einige Einzelpersonen. Im ersten Jahr nach der Befreiung der Tschechoslowakei steht Hochmeister Robert Schälzky im Vordergrund, der sich um die Rückgabe des von den NS-Behörden konfiszierten Ordensbesitzes bemühte. Im Herbst 1945 kam P. Stanislav Dostál OT aus Slowenien in die Provinz, der als staatlich zuverlässig eingestuft wurde und von dem daher erwartet wurde, dass er als Provinzvikar problemlos verhandeln würde. Daneben muss der Nationalverwalter des Ordensbesitzes Pfarrer Antonín Vysloužil erwähnt werden, der unter bis heute unaufgeklärten Umständen umgebracht wurde. Schließlich wird die Person seines Nachfolgers Pfarrer Jindřich Stuchlík vorgestellt. In der Zeit nach dem Kriegsende begann

die Polizei Ermittlungen über die Gemeinschaft der Deutschordensschwwestern anzustellen, die dank einer guten Quellenlage zuverlässig rekonstruiert werden können. Abschließend wird der Kampf um den Ordensbesitz bzw. um seine Konfiszierung beschrieben, mit dem sich noch im Jahr 1948 das Oberste Verwaltungsgericht beschäftigte. Das vierte Kapitel dieser Arbeit untersucht die Entwicklung des Deutschen Ordens in der Tschechoslowakei in der Zeit der kommunistischen Diktatur. Der Zeitraum umfasst die kommunistische Machtübernahme von 1948 bis zu dem großen Schauprozess gegen die Deutschordensschwwestern im Jahr 1952. Zunächst wird die kommunistische antikirchliche Geschichtsideologie vorgestellt, die in gewisser Hinsicht an die antikatholische Stimmung der Ersten Republik anknüpfte und in die sich der Deutsche Orden sehr gut einfügte. Die gegen die katholische Kirche gerichtete Feindschaft des kommunistischen Regimes erreichte einen Höhepunkt in der Liquidierung der Ordensgemeinschaften während der sogenannten „Aktion K“ im April 1950, die auch den bereits dezimierten Deutschen Orden betraf.

Nachdem der letzte Deutschordenspriester interniert worden war, richtete sich die Aufmerksamkeit des kommunistischen Repressionsapparates auf die Gemeinschaft der Deutschordensschwwestern. Die kommunistische Verfolgung des Deutschen Ordens konnte im zweiten Teil des vierten Kapitels gut dokumentiert werden, weil sich im Archiv der Sicherheitsdienste umfangreiches Quellenmaterial zu den Hintergründen und zur Durchführung des Vorgehens gegen die Schwwestern findet. Es werden hier die ersten Ermittlungen gegen den Orden, die Auswahl der Angeklagten und ihre Verhöre sowie die einjährige Internierung der Schwwestern beschrieben. Nach einem Exkurs über die kirchlichen politischen Gerichtsprozesse in der Tschechoslowakei wird am Ende der Arbeit der große Schauprozess gegen die Deutschordensschwwestern und Pfarrer Stuchlík dargestellt.

Das Ziel dieser Arbeit ist, die Geschichte des Deutschen Ordens in der Tschechoslowakei nach 1945 darzulegen und sie in Beziehung zu der tschechischen kirchlichen und politischen Geschichte jener Zeit zu setzen. Es werden die wichtigsten Protagonisten aus den Reihen der Orden vorgestellt, ebenso die Vertreter der Kirche, die in die Ereignisse involviert waren. Dazu werden die wichtigsten äußeren politischen Entwicklungen präsentiert, die einen wesentlichen Einfluss auf die Ordensgeschichte

hatten. Auch die kulturellen bzw. politischen Konzepte und Ideologien, die die Wahrnehmung des Ordens nachhaltig prägten, werden angesprochen.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass diese Arbeit zugleich mehrere allgemeine historische Themen aufgreift, die, im Unterschied zur tschechoslowakischen Kirchengeschichte des 20. Jahrhunderts, bereits umfassend bearbeitet wurden. Es geht dabei manchmal um sehr sensible und brisante Themen mit vielen ethischen und politischen Konnotationen, die in der tschechischen Geschichtsschreibung und Öffentlichkeit bis heute heftig, kontrovers und oft stereotypisch<sup>20</sup> diskutiert werden. Dazu gehören etwa das Verhältnis der Sudetendeutschen und die Frage ihrer Loyalität zum Staat und die Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg. Es wäre fast unmöglich und vermutlich auch nicht sinnvoll, alle relevante Werke und Meinungen zu diesen Themenkomplexen zu zitieren. Daher musste eine repräsentative Auswahl getroffen werden. In vielen Fällen spiegeln sich in den Werken die Überzeugungen oder Weltanschauungen der Autoren wieder, und eine gezielte Auswahl etwa kann eine Beurteilung auch verbergen. Da jede Geschichtsschreibung notwendigerweise perspektivisch ist, gibt auch der Verfasser dieser Arbeit zu, dass er ein Mitglied des Deutschen Ordens ist, der aber keine revanchistische Darstellung beabsichtigt, sondern sich den historischen Fakten und einer möglichst objektiven Darstellungsweise verpflichtet weiß, die von den Regeln der Wissenschaft und dem Anspruch von Wahrhaftigkeit geleitet ist.

Abschließend sei noch erwähnt, dass die Übersetzungen ins Deutsche in der Regel vom Autor dieser Arbeit durchgeführt wurden, sofern jedoch eine offizielle Übersetzung vorhanden war, wurde diese vorrangig übernommen.

---

<sup>20</sup> Die tschechisch-deutsche Historikerin Eva Hahn kritisiert die tschechische Diskussion über die Geschichte nach 1989. Ihrer Meinung nach kamen nach dem Sturz der kommunistischen Diktatur solche Geschichtsbilder in Mode, die keinen Ausdruck von neuen historischen Erkenntnissen darstellen, sondern „auf lang tradierten Stereotypen transnationaler Provenienz sowie auf spezifische tschechische Traditionen zurückgreifen, die ihre Wurzeln im 19. und 20. Jahrhundert aufweisen“. Vgl. HAHNOVÁ, Eva, Češi o Češích. Dnešní spory o dějiny [Tschechen über Tschechen. Die gegenwärtigen Kontroversen um die Geschichte], Prag 2018, 257.

### 1.3 Quellenlage und Forschungsstand

Die wichtigsten Quellen für die Geschichte des Ordens in der Tschechoslowakei nach 1918 befinden sich nicht im Zentralarchiv des Deutschen Ordens in Wien (DOZA), sondern in verschiedenen Archiven der Tschechischen Republik. Die Gründe dafür sind verständlich: Die Hochmeister residierten -- mit Ausnahme des Aufenthaltes von Hochmeister Robert Schälzky in Troppau während der Kriegsjahre -- bis 1946 in der nordmährischen Stadt Freudenthal (Bruntál). Das dortige Deutschordensschloss war auch der traditionelle Sitz der Verwaltung der Ordensgroßgüter in Mähren und Schlesien. Als 1939 das Schloss geräumt werden musste, wurden alle Schriftstücke in den Priesterkonvent nach Troppau übertragen. Nach der Auflösung der Orden in der kommunistischen Tschechoslowakei wurde das gesamte Deutschordensarchiv vom Staatsarchiv, dem heutigen Landesarchiv in Troppau (Zemský archiv v Opavě – ZAO), übernommen.<sup>21</sup>

Im Landesarchiv in Troppau befinden sich die zwei wichtigsten Sammlungen für die Erforschung der Geschichte des Deutschen Ordens im 20. Jahrhundert. Der Bestand „Němečtí rytíři – úřad velmistra Bruntál (1606) 1845 – 1945“ („Die Deutschen Ritter – das Amt des Hochmeisters Freudenthal (1606) 1845 – 1945“), der mehr als 100 Kartons umfasst, enthält die wichtigsten Urkunden aus der Amtszeit der Hochmeister Norbert Klein, Paul Heider und Robert Schälzky. Es finden sich zum Beispiel darin Quellen zur Reform des Ordens nach 1918, Visitationsprotokolle, Berichte aus den Provinzen, offizielle Korrespondenzen, aber auch Privatarchive der Hochmeister mit deren privater Korrespondenzen, Taufscheine, Photographien, Presseartikel usw. Im Fond befinden sich auch Dokumente zur karitativen Arbeit des Ordens, Berichte zu den Krankenhäusern und Schulen des Ordens oder aus den inkorporierten Pfarreien. Für die vorliegende Arbeit waren vor allem die Dokumente zur Auflösung des Ordens im Sudetenland (1939) und die diesbezügliche Korrespondenz von Hochmeister Schälzky mit den nationalsozialistischen Behörden von großer Bedeutung.

Der zweite wichtige Bestand im Landesarchiv in Troppau ist zwar betitelt: „Němečtí rytíři – konvent Opava (1465) 1866 – 1946“ („Die Deutschen Ritter – Kovent

---

<sup>21</sup> TESÁŘ, Petr, Němečtí rytíři – úřad velmistra Bruntál (1606) 1845 – 1945, inventář [Die Deutschen Ritter – das Amt des Hochmeisters Freudenthal (1606) 1845 – 1945, Inventar], Troppau 2012.

Troppau (1465) 1866 – 1946“), er enthält aber auch Dokumente, die über die Grenzen des Troppauer Kovents hinaus weisen, wie z.B. Unterlagen über inkorporierte Pfarreien, karitative Einrichtungen des Ordens usw. Der Schwerpunkt liegt allerdings in der Dokumentation des Lebens und des Wirkens der Prioren und der Brüder des Kovents. So befinden sich auch hier Personalakten, Visitationsberichte, Privatkorrespondenzen der Prioren usw. Interessante Quellen stellen auch die alten Ausgaben der Mitteilungen des Deutschen Ordens dar. Für das Thema dieser Arbeit war vor allem die amtliche Korrespondenz des letzten Priors P. Stanislav Dostál OT aus den Jahren 1945 und 1946 enorm wichtig. Es sind hier auch Teile der Korrespondenz des letzten Deutschordenspriesters in der Tschechoslowakei P. Lambert Seidl OT enthalten, leider handelt es sich jedoch nur um Weihnachts- oder Geburtstagwünsche aus den 1930er Jahren. Erwähnt seien auch die Außenstellen des Landesarchivs in Troppau, in denen sich in der Regel die Pfarrchroniken aus den Ordenspfarreien befinden, wie etwa jene in Jägerndorf (Krnov).

Für die Erforschung der Geschichte des Deutschen Ordens nach 1945 sind die Archive der Staatsinstitutionen unverzichtbar, die über sein Weiterbestehen und über die mögliche Konfiszierung seines Besitzes verhandelten. Im Nationalarchiv der Tschechischen Republik (Národní archiv České republiky – NA ČR) in Prag finden sich die entsprechenden Akten des Landwirtschaftsministeriums und des Schulministeriums (in dessen Kompetenz die Kirchen nach 1945 fielen) sowie die Protokolle der Regierungssitzungen (Sammlung „Klement Gottwald“) und die Dokumente des Staatsamtes für kirchliche Angelegenheiten, die teilweise auch den Deutschen Orden betreffen. Das Archiv der Kanzlei des Staatspräsidenten (Archív kanceláře presidenta republiky – A KPR) auf der Prager Burg enthält u.a. Quellen zum Besuch des Staatspräsidenten Masaryk auf der Busau (1929) oder die (kurz gefasste) Korrespondenz zwischen Hochmeister Schälzky und dem damaligen Staatspräsidenten Beneš (Fond „KPR 1917 – 1947“).

Viele Quellen von unschätzbarem Wert hinsichtlich der Verhandlungen der Behörden über den Deutschen Orden nach 1945 lagern im Archiv des Außenministeriums (Archív ministerstva zahraničních věcí – A MZV) im Palais Czernin in Prag. Das Außenministerium stand nach 1945 an der Spitze der demokratischen Kräfte,

die sich um eine legale Lösung der Problematik der deutschsprachigen Ordensgemeinschaften bemühte. Vor allem in der Sammlung „Teritoriální odbory – Vatikán 1945 – 1959“ („Die Territorialabteilungen – Vatikan 1945 – 1949“) ist eine Reihe von Stellungnahmen der jeweiligen Ministerien, von Protokollen der Besprechungen, Rechtsexpertisen, Unterlagen für die Regierungssitzungen oder Überblicke über den Stand der Verhandlungen („Pro memoria“) zu finden. Das Archiv des Außenministeriums enthält auch die Stellungnahmen der vatikanischen Vertreter und die Protestnoten der Apostolischen Internuntiatur in Prag.

Einen Großteil der Quellen für diese Arbeit lieferte das Archiv der Sicherheitsdienste (Archív bezpečnostních složek – ABS) in Prag. Es handelt sich dabei um eine Organisation des Instituts für die Erforschung totalitärer Regime und betreut die erhaltenen Archivadokumente und Akten aus der Zeit des nationalsozialistischen und des kommunistischen Repressionsapparats auf dem Gebiet der heutigen Tschechischen Republik. Genannt seien hier Organisationen wie die Gestapo im Protektorat Böhmen und Mähren, die kommunistische Geheimpolizei – die Staatssicherheit, das kommunistische Innenministerium, dem die Nationalausschüsse unterstellt wurden, oder die tschechoslowakische Grenzwa<sup>22</sup>.

Im Archiv der Sicherheitsdienste befinden sich also fast alle Quellen zur polizeilichen Untersuchung des Ordens nach 1945, darunter zum Beispiel die Verhöre von Hochmeister Schälzky und der Provinzoberin Grüner, und zur Verfolgung der Schwestern nach 1950. Die entsprechenden Sammlungen sind Teile der Abteilung „Správa vyšetřování StB – vyšetřovací spisy“ („Die Administration der Untersuchungen der Staatssicherheit – die Untersuchungsakten“). Zur Serie „V - OV“ (Aktenmappen des Landeskommandos der Staatssicherheit in Ostrau) gehören die Personalakten der verhafteten Schwestern sowie des Pfarrers Jindřich Stuchlík. Hier finden sich auch

---

<sup>22</sup> Nach der Öffnung des Archivs der tschechoslowakischen Staatssicherheit für die Öffentlichkeit wurde in Tschechien breit diskutiert, wie viele Akten der Geheimpolizei gleich nach der Wende 1989 vernichtet wurden. Es handelte sich angeblich vor allem um kompromittierende Akten der damaligen kommunistischen politischen Führung oder um die Akten der KGB-Agenten in der Tschechoslowakei. Es ist daher anzunehmen, dass die Akten der Mitglieder des Deutschen Ordens vollständig erhalten sind. Vgl. ŽÁČEK, Pavel, „Můžou přijít, jsme hotovi...“ Tzv. Lorencova skartace z prosince 1989 v dokumentech [„Sie können kommen, wir sind fertig...“ Die sogenannte Skartierung Lorencs vom Dezember 1989 in den Dokumenten], in: Paměť národa 2004, 28 – 41.

Gerichtsakten zu den Schauprozessen gegen die Ordensschwwestern und gegen den Olmützer Weichbischof Dr. Stanislav Zela.

Als weitere Primärquellen dieser Arbeit wurde auch die Tagespresse aus den Jahren 1945 bis 1952, vor allem die offizielle kommunistische Zeitung „Rudé právo“ („Das rote Recht“) konsultiert, deren nach 1945 erschienenen Ausgaben auf der Website des Instituts für die tschechische Literatur der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik zugänglich sind. Die alten regionalen Zeitschriften aus Nordmähren stehen zum Beispiel in der Bibliothek des Mährischen Landesarchives in Brünn. Wichtige Quellen stellten auch die Erinnerungen von Zeitzeugen dar: Im DOZA befinden sich die Erinnerungen von Pfarrer Jindřich Stuchlík und Sr. Virgilia Moravcová OT. Die Bibliothek der Schwestern von Unserer Lieben Frau in Budweis (České Budějovice) bewahrt die Chronik des Caritashauses in Moravec auf, wo P. Lambert Seidl OT die letzten Jahre seines Lebens verbrachte. Über die Verfolgung der Ordensleute wurde mit der Zeitzeugin Sr. Slavomíra Měříčková OP (geb. 1930) ein mündliches Gespräch geführt.

Die Sekundärliteratur zur Geschichte des Deutschen Ordens im 20. Jahrhundert in der Tschechoslowakei ist sehr überschaubar. Wie bereits erwähnt, wurde die mittelalterliche und neuzeitliche Ordensgeschichte weit intensiver und umfangreicher erforscht. Verglichen damit führt die zeitgeschichtliche Ordenshistoriographie ein Schattendasein. Darin kommt aber der Studie des langjährigen Leiters des DOZA, des aus dem Sudetenland stammenden Ordenspriesters Bernhard Demel „Der Deutsche Orden in der CSR 1918 – 1939“<sup>23</sup> die Rolle eines Pionierwerks zu. Es handelt sich dabei um einen grundlegenden informativen Überblick über die Geschichte der tschechoslowakischen Ordensprovinz in der Zeit der Ersten Republik. Darin werden viele Kernthemen angesprochen, wie etwa das Vereinswesen, Besuche der Staatspräsidenten auf der Burg Busau, die Auflösung des Ordens 1939 und anderes mehr. In einem umfangreichen Anmerkungsapparat wird auf die wichtigsten deutschsprachigen Quellen verwiesen. Bernhard Demel ist auch einer der Mitautoren des von Udo Arnold herausgegebenen Sammelbandes „Die Hochmeister des Deutschen Ordens 1190 –

---

<sup>23</sup> DEMEL, Bernhard, Der Deutsche Orden in der CSR 1918 – 1939, in: VOGEL, Friedrich (Hg.), Der Deutsche Orden einst und jetzt. Aufsätze zu seiner mehr als 800jährigen Geschichte, Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Band 848, Frankfurt/Main 1999, 303 – 334.

2012“<sup>24</sup>. Das Werk enthält Portraits von 65 Hochmeistern, die seit der Gründung der Ordensgemeinschaft an ihrer Spitze standen. Für die vorliegende Arbeit sind vor allem die Beiträge von Gerhard Hanusch zu Norbert Klein, Paul Heider und Robert Schälzky relevant.

In der Reihe „Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens“ erschien im Jahr 2012 als 71. Band das Buch „Hinter dem Eisernen Vorhang. Deutschordensschwwestern in der ČSR/ČSSR 1945 bis 1989“ von Erentraud Gruber<sup>25</sup>. Die Autorin, die selbst zur Gemeinschaft der Deutschordensschwwestern gehört, bietet in ihrer Studie einen hochinteressanten Einblick in die Geschichte der Deutschordensschwwestern in der Tschechoslowakei. Sehr wertvoll sind vor allem die gesammelten Erinnerungen der älteren Schwestern, mit denen sie persönlich sprach. So kann man hier mehrere Berichte von Zeitzeuginnen nachlesen, zum Beispiel über die Vertreibung oder über das alltägliche Leben der aufgelösten Gemeinschaft in der kommunistischen Tschechoslowakei. Einen gewissen Nachteil stellt sowohl bei Bernhard Demel als auch bei Erentraud Gruber die Tatsache dar, dass sie der tschechischen Sprache nicht mächtig waren. Neuere tschechische Literatur oder viele Quellen konnten aus diesem Grund nicht mitberücksichtigt werden. Trotzdem verdient das Buch von Gruber eine hohe Anerkennung und bleibt eine unverzichtbare Grundlage für das Studium der Geschichte des Ordens im 20. Jahrhundert.

Eine umfangreiche Dissertation zum Thema des Deutschen Ordens in der Ersten Tschechoslowakischen Republik verfasste die tschechische Historikerin Jarmila Šuráňová an der Palacký-Universität in Olmütz.<sup>26</sup> Sie beschäftigt sich primär mit den Beziehungen des tschechoslowakischen Staates zu dem Deutschen Orden und analysiert die Konfliktfelder, allen voran die drohende Konfiszierung nach dem Ersten Weltkrieg, die Verhandlungen über den Status des Ordens in dem neuen Staat oder die Bodenreform, die in der Tschechoslowakei durchgeführt wurde. Ein Kapitel ist auch den jeweiligen

---

<sup>24</sup> ARNOLD, Udo (Hg.), Die Hochmeister des Deutschen Ordens 1190 – 2012, Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, Band 40, Weimar 2015.

<sup>25</sup> GRUBER, Erentraud, Hinter dem Eisernen Vorhang. Deutschordensschwwestern in der ČSR/ČSSR 1945 bis 1989, Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, Band 71, Weimar 2012.

<sup>26</sup> ŠURÁŇOVÁ, Jarmila, Vztah Československé republiky a Německého řádu Panny Marie Jeruzalémské v letech 1923 – 1939 [Die Beziehung der Tschechoslowakischen Republik und des Deutschen Ordens St. Mariens in Jerusalem in den Jahren 1923 - 1939], Dissertation, Philosophische Fakultät (Institut für Geschichte) der Palacký-Universität in Olmütz, 2015.

Hochmeistern gewidmet, wobei vor allem das Unterkapitel zum ersten „klerikalen“ Hochmeister Norbert Klein zeigt, dass die Autorin viele Quellen, nicht nur im Landesarchiv in Troppau, sondern auch im Diözesanarchiv in Brünn, schon im Rahmen ihrer Diplomarbeit<sup>27</sup> sehr genau recherchierte. In ihrer Dissertation befasst sie sich ebenso mit der Wahrnehmung des Ordens und seines karitativen Wirkens in der katholischen Bevölkerung zur Zeit der Ersten Republik, weshalb sie auch das sensible Thema der Tschechisch-Deutschen Beziehung anspricht.

Zwei jüngere Diplomarbeiten beleuchteten Themen aus der Geschichte der böhmischen Ordensprovinz im 20. Jahrhundert. Beide Schriften wurden mittlerweile vom Verein für Ordensgeschichte der Familiaren der Komturei „Am Enns und Salzach“ in Buchform publiziert. Michael Horák setzte sich in seiner an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien erstellten umfangreichen und quellenreichen Diplomarbeit mit der Umwandlung des Deutschen Ordens von einem Ritterorden in ein Klerikalinstitut in den Jahren nach 1918 auseinander.<sup>28</sup> Die Arbeit beschreibt nicht nur die Ereignisse nach dem Ersten Weltkrieg, sondern greift auch auf die Wurzeln des Transformationsprozesses im 19. Jahrhundert zurück. Sehr ausführlich führt Horák den Kampf um die Anerkennung des Ordens als ein geistliches Institut nach 1918 oder die Arbeit an den neuen Ordensregeln vor Augen. Der Autor ist dabei der Überzeugung, dass der Verzicht auf das altwürdige Institut der Ritter eine Fehlentwicklung im Orden gewesen sei.

Miloš Zárský widmete seine an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Innsbruck verfasste Diplomarbeit der Tätigkeit des späteren Hochmeisters Robert Schälzky im tschechoslowakischen Parlament, wo dieser in den 1920er Jahren als Abgeordneter wirkte.<sup>29</sup> Ausgehend von den stenographischen Protokollen der Plenarsitzungen des Prager Parlaments, bietet diese Arbeit ein komplexes Bild des politischen Engagements von Schälzky. Auch wenn sich Schälzky überwiegend für die

---

<sup>27</sup> ZAPLETALOVÁ, Jarmila, Život a dílo brněnského biskupa a velmistra Norberta Kleina [Leben und Werk des Brünner Bischofs und Hochmeisters Norbert Klein], Diplomarbeit, Philosophische Fakultät der Palacký-Universität in Olmütz, 2010.

<sup>28</sup> HORÁK, Michael, Der Weg des Deutschen Ordens vom Ritterorden zum Klerikalinstitut in der Tschechoslowakischen Republik, Linz 2014.

<sup>29</sup> ZÁRECKÝ, Miloš, Hochmeister Robert Schälzky – ein Lebensbild; unter besonderer Berücksichtigung seiner Parlamentstätigkeit in der Nationalversammlung der tschechoslowakischen Republik in den Jahren 1920 – 1925, Linz 2014.

soziale Gesetzgebung in der Tschechoslowakei interessierte, erstreckte sich sein Wirken auch auf weitere Interessens- und Einflussfelder. In erster Linie geht es in der Studie von Zámecký um die nationale Dimension der Politik aus dem Blickwinkel von Schälzky in jenen Jahren. Die Studie gibt dementsprechend auch eine kurze Einführung in das politische System der Ersten Republik.

Das Buch „Řád německých rytířů a jeho působení v Čechách, na Moravě a ve Slezsku“<sup>30</sup> von Petr Adam, dem verstorbenen Bibliothekar der Diözese Königgrätz und Familiaren des Deutschen Ordens, bringt einen Gesamtüberblick über das Wirken des Deutschen Ordens in den Ländern der Böhmisches Krone. Es handelt sich um das einzige Werk in tschechischer Sprache, das sich mit diesem Thema beschäftigt und es so einer breiten Öffentlichkeit vermittelt. Der Schwerpunkt des Buches liegt allerdings auf der älteren Geschichte, für das 20. Jahrhundert wird vor allem der letzte ritterliche Hochmeister Eugen von Österreich hervorgehoben. Mit Hochmeister Eugen befasst sich auch der von Robert Rác herausgegebene Sammelband mit dem Titel „Arcivévoda Evžen Habsburský. Velmistr Řádu německých rytířů (1863 – 1954)“<sup>31</sup>, worin über das Leben und die Umstände seines Amtsverzichtes informiert wird. Das Buch wurde bewusst populärwissenschaftlich konzipiert und bringt eine breite Fotodokumentation, allerdings fehlen viele wichtige Quellenhinweise.

Die Geschichte der katholischen Kirche in der Tschechoslowakei während des Zweiten Weltkrieges wird in der tschechischen Geschichtsforschung eher am Rand behandelt. Der Grund dafür mag hauptsächlich darin bestehen, dass die erhaltenen Quellen fragmentarisch, zerstreut und auch disproportional sind. Dieses Problem betrifft auch die Aufarbeitung der Geschichte des Deutschen Ordens während des Zweiten Weltkrieges. Die meisten Arbeiten befassen sich mit dem Widerstand der Katholiken gegen den Nationalsozialismus – nicht nur im böhmischen und mährischen Binnenland, sondern auch im Gau Sudetenland, der seit Oktober 1938 zu Nazi-Deutschland

---

<sup>30</sup> ADAM, Petr, Řád německých rytířů a jeho působení v Čechách, na Moravě a ve Slezsku [Der Deutsche Orden und sein Wirken in Böhmen, Mähren und Schlesien], Prag 2005.

<sup>31</sup> Auf Deutsch erschien als: RÁC, Robert (Hg.), Erzherzog Eugen von Habsburg – Hochmeister des deutschen Ritterordens. (1863 – 1954), Eulenburg 2005.

gehörte.<sup>32</sup> Einen umfassenden Überblick bietet der Band „Religion in den böhmischen Ländern. Diktatur, Krieg und Gesellschaftswandel als Herausforderungen für religiöses Leben und kirchliche Organisation“, der vom Collegium Carolinum in München herausgegeben wurde.<sup>33</sup> Der tschechische Historiker Jaroslav Šebek, dessen Forschungen zum politischen Katholizismus in der Ersten Republik oder zum sudetendeutschen katholischen Milieu generell sehr wichtig sind, untersuchte die tschechisch-deutschen Beziehungen gerade in ihrer Bedeutung für die Kirchengeschichte<sup>34</sup>.

Hinsichtlich der Geschichte der katholischen Kirche in der sogenannten Dritten Republik (1945 – 1948) ist die Forschungslage ähnlich. Auch wenn für diese Zeit der Zugang zu den Quellen viel besser ist, interessieren sich die Kirchenhistoriker für diese Zeitspanne eher weniger. Eine Ausnahme stellt das Werk des katholischen Publizisten Václav Vaško dar. Sein Buch erschien im Jahr 1990 und war lange Zeit die Grundlage für alle weiteren Forschungen über die Geschichte der katholischen Kirche nach dem Zweiten Weltkrieg und in der ersten Phase der kommunistischen Verfolgung.<sup>35</sup> Den „deutschen“ Ordensgemeinschaften in der CSR widmete sich der Historiker Karel Kaplan in seinem Buch über die Beziehung von Staat und Kirche nach 1948.<sup>36</sup> Kaplan, der 1968 aus der Tschechoslowakei nach Deutschland emigrierte, schrieb für ein deutschsprachiges Publikum mehrere quellenreiche Werke über die kommunistische Diktatur in der Tschechoslowakei, die in den Veröffentlichungen des Collegium Carolinum erschienen. Einen ersten Einblick in dieses Thema bringt auch der Troppauer

---

<sup>32</sup> Zum Beispiel: PUSTEJOVSKY, Otrfid, Christlicher Widerstand gegen die NS-Herrschaft in den Böhmisches Ländern. Eine Bestandaufnahme zu den Verhältnissen im Sudetenland und dem Protektorat Böhmen und Mähren, Münster 2009.

<sup>33</sup> ZÜCKERT, Martin/HOLZWIMMER, Laura (Hgg.), Religion in den böhmischen Ländern 1938 – 1948. Diktatur, Krieg und Gesellschaftswandel als Herausforderungen für religiöses Leben und kirchliche Organisation. Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 115, München 2007.

<sup>34</sup> ŠEBEK, Jaroslav, Od konfliktu ke smíření. Česko – německé vztahy ve 20. století očima katolické církve [Vom Konflikt bis zur Versöhnung. Die Tschechisch – Deutschen Beziehungen im 20. Jahrhundert durch die Augen der katholischen Kirche], Prag 2013.

<sup>35</sup> VAŠKO, Václav, Neumlčená. Kronika katolické církve v Československu po druhé světové válce [Die nicht zum Schweigen gebrachte. Chronik der katholischen Kirche in der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg], 2 Bände, Prag 1990.

<sup>36</sup> KAPLAN, Karel, Staat und Kirche in der Tschechoslowakei 1948 – 1953. Die kommunistische Kirchenpolitik in den Jahren 1948 – 1952. Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 64, München 1990.

Historiker Vojtěch Vlček, der sich hauptsächlich mit der Geschichte der Ordensgemeinschaften während des Kommunismus beschäftigt.<sup>37</sup>

In der kirchengeschichtlichen Aufarbeitung der kommunistischen Zeit in der CSR ist man heute weiter als im Fall der Kriegszeit oder der Dritten Republik. Einen ausführlichen und instruktiven Überblick über den Forschungsstand zum Thema der katholische Kirche unter der kommunistischen Diktatur schrieb der bereits erwähnte Historiker Jaroslav Šebek in einem Tagungsbeitrag aus dem Jahr 2006.<sup>38</sup> Er weist darauf hin, dass es aus der Zeit des Kommunismus so gut wie keine primären Quellen kirchlicher Provenienz gibt und dass der Historiker vor allem von jenen Unterlagen ausgehen muss, die von Organen des Repressionsapparats stammen. Dieser Hinweis trifft auch auf die entsprechenden Kapitel der vorliegenden Arbeit zu und verdeutlicht die Notwendigkeit einer vorsichtigen Interpretation solcher Quellen. In vielen Fällen, wie etwa bei den brutalen Verhören durch die Ermittler der Staatssicherheit zeigt sich, dass Aussagen erzwungen wurden. Es gibt aber auch Quellen, deren Bewertung viel schwieriger ist. Im Rahmen dieser Arbeit sind dies z. B. die Stellungnahmen oder Entscheidungen der Nationalausschüsse, deren Mitglieder nicht nur Kommunisten, sondern auch Vertreter anderer Parteien oder Organisationen waren, darunter auch der bereits mehrfach erwähnte Pfarrer Jindřich Stuchlík, der sich für die Kirche und für den Deutschen Orden einsetzte.

Die historische Forschung auf dem Gebiet der Geschichte der Orden während des kommunistischen Regimes ist vor allem mit dem Namen des Historikers Vojtěch Vlček verbunden. Sein oben genanntes Werk über die Verfolgung der Männerorden bringt nicht nur eine Einführung in diese Problematik, sondern listet auch alle verfolgten Orden in der Tschechoslowakei zum Beginn des Jahres 1950 samt einer kurzen Darstellung ihrer Geschichte und ihres Wirkens auf. Vlček widmet sich auch der oft vernachlässigten Verfolgung der Frauenorden durch den kommunistischen Repressionsapparat. Ein

---

<sup>37</sup> VLČEK, Vojtěch, Perzekuce mužských řádů a kongregací komunistickým režimem 1948 – 1964 [Die Verfolgung der männlichen Orden und Kongregationen durch das kommunistische Regime 1948 – 1964], Olmütz 2004.

<sup>38</sup> ŠEBEK, Jaroslav, Historiographie zur katholischen Kirche in Tschechien, in: BENDEL, Rainer (Hg.), Kirchen- und Kulturgeschichtsschreibung in Nordost- und Ostmitteleuropa. Initiativen, Methoden, Theorien. Religions- und Kulturgeschichte in Ostmittel- und Südeuropa, Band 2, Berlin 2006, 69 – 78.

Sammelband, der aus einer Tagung im Jahr 2003 in Prag hervorging,<sup>39</sup> bildet die Grundlage für weitere Arbeiten auf diesem Gebiet. Der Band enthält eine ausführliche Einleitung, einen Überblick über die Gerichtsprozesse gegen Ordensfrauen sowie Beiträge zu den jeweiligen Orden samt Erinnerungen von Zeitzeuginnen, darunter auch jene von Sr. Virgilia Moravcová OT über die Verfolgung der Deutschordensschwwestern.

Das Zentrum für das Studium von Demokratie und Kultur in Brunn veröffentlichte in der letzten Zeit mehrere historische Arbeiten, die nicht mehr nur einleitenden oder überblicksartigen Charakter haben oder Quellensammlungen darstellen, sondern Einzelthemen, Vergleichsanalysen und verschiedene spezielle Aspekte der Kirchengeschichte in der kommunistischen Zeit bearbeiten. Als Vertreter dieser jüngeren Generation von Historikern wären hier etwa Jiří Hanuš, Jan Stříbrný oder Stanislav Balík zu nennen. Die Forschungen aus dem Umfeld des Brünner Zentrums widmen sich u.a. dem Phänomen der „Kirchenabteilungen“ in den kommunistischen Gefängnissen, sowie den Alltagsgeschichten von Pfarreien und Gemeinschaften oder bestimmten Regionen (Südböhmen, Südmähren). Neuere Autoren veröffentlichten auch erste Studien zur Rezeption des Zweiten Vatikanischen Konzils in der isolierten kommunistischen Tschechoslowakei.

---

<sup>39</sup> VLČEK, Vojtěch (Hg.), *Ženské řehole za komunismu 1948 - 1989* [Die Frauenorden während des Kommunismus 1948 - 1989], Olmütz 2005.

## 2. Der Deutsche Orden in der Tschechoslowakei nach 1918

Für das eigentliche Thema dieser Arbeit, also für die Geschichte des Deutschen Ordens in der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg, spielt seine Vorgeschichte eine sehr wichtige Rolle. Die Wahrnehmung des Deutschen Ordens in der Nachkriegstschechoslowakei bezog sich hauptsächlich auf sein Wirken in der Zeit der sog. Ersten Tschechoslowakischen Republik (1918 – 1938) und auf sein Verhalten während der Krisenjahre 1938 – 1939 und während des Krieges. Genauso basierten verschiedene spätere Entscheidungen der Staatsbehörden bezüglich des Ordenseigentums auf der Bewertung der Loyalität des Ordens zur Tschechoslowakischen Republik. Es wird später (in den Kapiteln 3 und 4 dieser Arbeit) gezeigt, dass die Darstellungen des Ordens und die Interpretationen seiner Geschichte und seines Wirkens auf dem Gebiet der Tschechoslowakei aus der Zeit nach 1945 (und vor allem von der kommunistischen Propaganda) in vielen Fällen verzerrt und tendenziös waren. Aus diesen Gründen scheint es notwendig, mit einem Überblick über die Geschichte des Deutschen Ordens in der Tschechoslowakei 1918 - 1945 anzufangen.

Wie in der Einleitung erwähnt wurde, handelt es sich um ein vielschichtiges Thema, das bisher nur teilweise erforscht wurde. Für sein Verständnis sind auch weitere Aspekte der politischen Geschichte sowie der Kirchengeschichte der Tschechoslowakei nach 1918 bestimmend. Es geht dabei manchmal auch um sehr sensible und brisante Themen, wie etwa das Verhältnis der Sudetendeutschen und ihre Loyalität zum Staat, mit vielen ethischen und politischen Konnotationen, die in der tschechischen Geschichtsschreibung und Öffentlichkeit bis heute heftig diskutiert werden. Im Folgenden sollen diejenige Aspekte der „äußeren“ Geschichte kurz und ohne jeglichen Anspruch auf Vollständigkeit dargestellt werden, die die Geschichte der tschechoslowakischen Provinz des Deutschen Ordens 1918 bis 1945 am wesentlichsten beeinflussten, vor allem die Stellung des neuen Staates zur katholischen Kirche, die Krise in ihren Beziehungen und die Selbstbestimmung und Suche nach Orientierung des sudetendeutschen katholischen Milieus in den neuen Bedingungen. Mit der Geschichte des Deutschen Ordens hängt auch das Thema der sudetendeutschen politischen Parteien in der Ersten Republik und die Frage der Bewertung der Beziehung der Sudetendeutschen zum Staat und ihres Verhaltens im Krisenjahr 1938 zusammen.

Anschließend werden die wichtigsten Entwicklungen, Ereignisse und Probleme aus der eigentlichen Geschichte der tschechoslowakischen Provinz des Deutschen Provinz skizziert – eine umfassende Gesamtdarstellung dieser interessanten Epoche in der Geschichte des Ordens wartet allerdings immer noch auf eine grundsätzliche Bearbeitung.

## 2.1 Die Erste Republik und der Katholizismus

Die Wurzeln einer markanteren Nationalisierung im katholischen Milieu reichen bis in das 19. Jahrhundert (in die Zeit der Entstehung der Massengesellschaft) zurück und hängen mit der Säkularisierung zusammen, die die meisten europäischen Staaten, wenn auch auf eine sehr unterschiedliche Weise, betraf. Der Historiker Urs Altermatt spricht davon, dass die neuen Nationalbewegungen des 19. Jahrhunderts viele Elemente aus der christlichen Tradition übernahmen und absorbierten – in vielen Fällen ging es aber lediglich um eine Zwecksymbiose.<sup>40</sup> Auch auf dem Gebiet von Böhmen und Mähren flossen viele religiöse Symbole und Motive in das Nationalbewusstsein sowohl der Tschechen als auch der Deutschen ein (zum Beispiel wurden die Gestalten des Hl. Wenzels und des Hl. Bonifatius auf gewisse Weise instrumentalisiert) und dienten somit den nationalen Zwecken der beiden Nationalbewegungen. Auf beiden Seiten engagierte sich auch der niedere Klerus, was allmählich zur Entfremdung der Tschechen und der Deutschen, die sich auch in vielen anderen Bereichen bereits vollzog, beitrug.<sup>41</sup>

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vertiefte sich allerdings die Kluft zwischen der tschechischen Nationalbewegung und der katholischen Kirche. Die Kirche wurde immer mehr als eine institutionelle Stütze der österreichischen Monarchie wahrgenommen<sup>42</sup>, gegen die sich die tschechische Emanzipationsbewegung behaupten wollte. Am Anfang ging es um Durchsetzung ihrer Rechte, die Idee eines selbstständigen Staates tauchte erst während des Ersten Weltkrieges auf. Diesem Gefühl entsprach u.a.

---

<sup>40</sup> ALTERMATT, Urs, Das komplexe Verhältnis von Religion und Nation: eine Typologie für den Katholizismus, in: Schweizerische Zeitschrift für Religions- und Kulturgeschichte 99/2005, 417 – 432.

<sup>41</sup> SCHULZE WESSEL, Martin, Zwischen kirchlichem Aggiornamento und außerkirchlicher Nationalisierung von Religion. 1848 als Schlüsseljahr in Tschechien, in: ALTERMATT, Urs/METZGER, Franziska (Hgg.), Religion und Nation. Katholizismen im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2007, 203 – 214.

<sup>42</sup> HUBER, Kurt Augustinus, Der sudetendeutsche Katholizismus, in: BÄHLCKE, Joachim/GRULICH, Rudolf, Katholische Kirche und Kultur in Böhmen. Ausgewählte Abhandlungen, Münster 2005, 306.

die Besetzung von hohen kirchlichen Posten: Zum Beispiel wurde nach dem Tod von Kardinal Franziskus von Paula Schönborn (1899) zum Prager Erzbischof der mährische Adelige deutschsprachiger Abstammung Leo Skrbenský von Hříště ernannt, obwohl auch tschechische Kandidaten im Gespräch waren. Diese wurden aber von der österreichischen Regierung aus Furcht vor einer „Tschechisierung“ abgelehnt.<sup>43</sup>

Die intellektuelle Elite der tschechischen Emanzipationsbewegung suchte angesichts der Skepsis zum (österreichischen) Katholizismus neue Motive für ihre Geschichtsideologie (zum Begriff vgl. das Kapitel 4 dieser Arbeit). Bereits am Anfang des 19. Jahrhunderts betonten einige Schriftsteller, Politiker oder Historiker die slawische Identität der Tschechen. Es tauchten verschiedene Überlegungen über die gemeinsamen slawischen Eigenschaften auf, wie etwa über die angebliche slawische Friedfertigkeit (im Gegensatz zur germanischen Angriffslust) oder über die demokratische Wesensart der Slawen (von einer slawischen Ur-Demokratie sprach zum Beispiel der bedeutende Historiker František Palacký).<sup>44</sup> Diese „slawische Linie“ der tschechischen Nationalbewegung hatte selbstverständlich auch eine politische Dimension: Die kleine tschechische Nation sollte von der Stärke anderer slawischer Länder abschöpfen – praktisch handelte es sich vor allem um Russland.<sup>45</sup> Nachdem aber einige Politiker oder Journalisten Russland besucht hatten und dort überwiegend bittere Erfahrungen gesammelt hatten, geriet die Idee des tschechischen Allslawentums immer mehr in den Hintergrund, sie blieb schemenhaft und unausgearbeitet und in der tschechischen Öffentlichkeit tauchte sie (auf eine modifizierte Weise) erst während des Zweiten Weltkrieges wieder auf.

Unvergleichbar einflussreicher als die slawischen Akzente war die Verankerung der Nationalbewegung in den Idealen des Hussitismus und der böhmischen

---

<sup>43</sup> GOTTMANN, Andreas, Rom und die nationalen Bewegungen in der Donaumonarchie. Römischer Universalismus, habsburgische Reichspolitik und nationale Identitäten 1878 – 1914, Wien 2010, 208. Skrbenský wurde 1916 vom Olmützer Domkapitel zum Erzbischof von Olmütz gewählt. 1920 resignierte er auf sein Amt und bis zum Lebensende (1938) wohnte er auf dem Deutschordensschloss in Langendorf (Nordmähren).

<sup>44</sup> Auch in der katholischen Kirche (vor allem in Mähren) kursierte in manchen Kreisen die slawische Idee; sie fand zum Beispiel in der Verehrung der Slawenaposteln Kyrill und Method oder in den Kontakten mit der orthodoxen Kirche ihren Ausdruck. HUBER, Der sudetendeutsche Katholizismus, 306 – 307.

<sup>45</sup> Zum Beispiel schrieb der tschechisch schreibende slowakische Dichter und evangelische Pfarrer Ján Kollár in seinem einflussreichen Werk „Die Tochter der Slawia“ über die Eiche im Osten, an die sich die Tschechen schmiegen sollten.

Reformation. Am Anfang stand der Historiker František Palacký, der in seinen Werken eine Verbindungslinie zwischen Johannes Hus und der Reformation des 16. Jahrhunderts in Böhmen herausarbeitete; die Zeit des Hussitismus bezeichnete er als Höhepunkt der tschechischen Geschichte. Seit der Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden verschiedene Volksversammlungen – „tábory lidu“ - mit einem klaren Hinweis auf den Hussitismus organisiert.<sup>46</sup> Im Jahr 1868, also ein Jahr nach dem Österreichisch–Ungarischen Ausgleich, durch den sich die tschechische Repräsentation benachteiligt fühlte, fand eine große Manifestierungswallfahrt der Vertreter des tschechischen öffentlichen Lebens nach Konstanz statt und eine patriotisch bzw. nationalistisch gefärbte Beziehung zum Hussitismus wurde zum festen Bestandteil der Programme aller politischen Parteien.<sup>47</sup>

In diesem Zusammenhang sollte der wichtige Protagonist der tschechischen Nationalbewegung am Ende des 19. Jahrhunderts und der spätere erste Präsident der selbstständigen Tschechoslowakei Tomáš Garrigue Masaryk erwähnt werden; seine Stellung zur katholischen Kirche beeinflusste wesentlich die religiöse Stimmung in der Ersten Republik.<sup>48</sup> Masaryk, der zwar als Kind in der katholischen Kirche getauft wurde und in seiner Jugend ein eifriger Katholik war, empfand seit seiner Studienzeit in Wien eine steigende Abneigung gegen die katholische Kirche. Konkret lehnte er den *Syllabus errorum* von Pius IX. und das Dogma über die Unfehlbarkeit des Papstes ab. Er studierte Werke von Bernard Bolzano, Ernest Renan oder J. J. Rousseau, aber auch unter dem Einfluss von schlechten persönlichen Erfahrungen mit Priestern und Katecheten verließ er definitiv die katholische Kirche; sein Glaube in dieser Zeit könnte als eine Art von Theismus bezeichnet werden.<sup>49</sup> Er wandte sich dem philosophischen Positivismus, vor allem August Comtes, zu und auf seiner Grundlage kritisierte er die kirchliche Dogmatik.

---

<sup>46</sup> Die Stadt mit dem biblischen Namen Tábor war im Mittelalter die Hauptstadt der hussitischen Bewegung in Südböhmen; der Begriff bedeutet in der tschechischen Sprache wortwörtlich „das Lager“, in seinem semantischen Umfeld findet sich auch „das Camping“ oder eine größere Versammlung von Leuten wieder.

<sup>47</sup> Näher ŠEBEK, Jaroslav, *Ideové a politizující reflexe husovské tradice v 19. století a na počátku 20. století* [Die Ideen- und politisierenden Reflexionen der hussitischen Tradition im 19. Jahrhundert und am Anfang des 20. Jahrhunderts], in: KUČERA, Zdeněk/BUTTA, Tomáš (Hgg.), *Mistr Jan Hus v proměnách času a jeho poselství dnešku* [Meister Johannes Hus in den Veränderungen der Zeit und seine Botschaft für die Gegenwart], Prag 2013, 139 – 145.

<sup>48</sup> Zum Thema der Beziehung des ersten tschechoslowakischen Präsidenten zum Katholizismus gibt es eine große Auswahl an Literatur, ich stütze mich im Folgenden v.a. auf die Monographie über Masaryk aus der Feder des französischen Historikers Alain Soubigou: SOUBIGOU, Alain, *Tomáš Garrigue Masaryk*, Prag 2004.

<sup>49</sup> SOUBIGOU, Tomáš Garrigue Masaryk, 36.

Nachdem er seine Frau Charlotte, die einer amerikanischen unitarischen Gemeinschaft angehörte, kennengelernt hatte, trat er in die evangelische Kirche ein.

Noch vor dem Ersten Weltkrieg arbeitete Masaryk an einer tschechischen Geschichtsphilosophie und behauptete, dass es eine direkte Verbindung zwischen der böhmischen Reformation (und der hussitischen „Ur-Reformation“) und der nationalen Wiedergeburt im 19. Jahrhundert gäbe. Vor allem in dem Milieu der Böhmisches Brüder des 15. und 16. Jahrhunderts entdeckte er den tragenden Gedanken der Humanität: Unter diesem Begriff wurden Werte wie Gewissensfreiheit, moralische Integrität, gesunde Vernunft und Abneigung gegen jeden starren Dogmatismus oder ein Ethos der Gewaltlosigkeit zusammengefasst. Die Humanität sei nach Masaryk das Prinzip der tschechischen Geschichte, das trotz brutaler Verfolgung in der Zeit der Gegenreformation überlebt habe.<sup>50</sup> Die katholische Kirche habe sich an der Unterdrückung der Humanität beteiligt, ihre Sendung habe sie u.a. auch durch die Verbindung von Thron und Altar verraten. Den Ersten Weltkrieg interpretierte Masaryk später als Niederlage der theokratischen Mächte und als Sieg der Demokratie, in der die Ideale der Humanität am besten verwirklicht seien:

„Der Krieg war ein Weltkrieg, nicht nur ein französisch-deutscher Konflikt (wegen Elsass-Lothringens), auch nicht ein Kampf zwischen Deutschen und Russen oder Germanen und Slawen; alle diese und andere Fragen waren nur Teile eines großen Kampfes um Freiheit und Demokratie, eines Kampfes zwischen theokratischem Absolutismus und humanitärem Demokratismus. Darum beteiligte sich buchstäblich die ganze Welt am Kriege, und er wurde infolge seiner langen Dauer zur Weltrevolution... Durch die Revolution fielen drei mächtige theokratische Monarchien: Russland – das orthodoxe, Österreich-Ungarn – das katholische, Preußen-Deutschland – das lutherische.“<sup>51</sup>

---

<sup>50</sup> Diese These wurde sofort von vielen positivistischen Historikern am heftigsten kritisiert. Als der bedeutsamste Opponent von Masaryk sei hier der Historiker Josef Pekař erwähnt. Es entflammte der sog. Streit um den Sinn der tschechischen Geschichte, an dem sich mehrere Historiker, Philosophen oder Publizisten beteiligten und der das intellektuelle Leben in der Ersten Republik mitprägte.

<sup>51</sup> MASARYK, Tomáš Garrigue, Die Weltrevolution. Erinnerungen und Betrachtungen 1914 – 1918, Berlin 1925, 437.

### 2.1.1 Die Krise des tschechischen katholischen Milieus

Mit der Entstehung der neuen Tschechoslowakischen Republik am 28. Oktober 1918 fing für die katholische Kirche in Böhmen und Mähren eine schwierige, fast dramatische Epoche an. Sowohl die politischen und intellektuellen Eliten als auch die Mehrheit der durch die Revolution stark radikalisierten Gesellschaft wandten sich gegen die Kirche, die für sie eines der wichtigsten Symbole der Donaumonarchie darstellte. Oft wurde die angebliche Äußerung des Staatspräsidenten Masaryk proklamiert: „Wir haben mit Wien abgerechnet, wir werden auch mit Rom abrechnen.“<sup>52</sup> Der Historiker Jiří Hanuš spricht in diesem Zusammenhang sogar von einem Kulturkampf, der in den ersten Jahren des neuen Staates gegen die katholische Kirche entbrannt sei.<sup>53</sup> Angesichts der plötzlichen antikatholischen Welle resignierte noch im November 1918 der (deutschsprachige) Prager Erzbischof Paul Graf Huyn von seinem Amt und verließ die Tschechoslowakei.

Als ein zeichenhafter „Auftakt“ einer komplizierten Zeit werden in der Literatur gewöhnlich die Ereignisse in Prag am 3. November 1918 erwähnt. Eine radikalisierte und von einem Bohemien namens František Sauer geleitete Masse stürzte die Mariensäule auf dem Altstadtplatz, die irrtümlich für eine Allegorie des Sieges der katholischen Seite in der Schlacht auf dem Weißen Berg (1620) gehalten wurde. Die Volksmenge begab sich anschließend auf die Karlsbrücke, wo sie die Barockstatuen demolieren wollte – unlautere Absichten hatte sie vor allem mit dem Hl. Johannes Nepomuk. Die drohende Zerstörung der Statuen wurde von einer Gruppe von Soldaten verhindert. In den nächsten Monaten erfolgte eine Welle von ähnlichen Zerstörungen im ganzen Land. Der konservative katholische Historiker Blažej Ráček gibt an, dass ungefähr 500 Kirchen, Kapellen, Statuen oder sakrale Objekte zerstört bzw. ausgeplündert wurden.<sup>54</sup>

Sehr bald gab es eine Spaltung innerhalb der katholischen Kirche. Vor allem im Milieu des niederen Klerus und der sog. Unität der tschechoslowakischen Geistlichkeit

---

<sup>52</sup> DEMEL, Der Deutsche Orden in der CSR 1918 – 1938, 313.

<sup>53</sup> HANUŠ, Jiří, Tradice českého katolicismu ve 20. století [Die Traditionen des tschechischen Katholizismus im 20. Jahrhundert], Brünn 2005, 56.

<sup>54</sup> RÁČEK, Blažej, Československé dějiny [Tschechoslowakische Geschichte], Prag 1933, 691 - 693. Als die „abscheulichste Episode des Ikonoklasmus“ bezeichnet der Autor die Ereignisse in der Stadt Schlan (Slaný, Mittelböhmen): Eine Volksmenge umringte die Statue der Hl. Dreifaltigkeit auf dem Marktplatz, ein Mann kletterte auf eine der Säulen, verprügelte den Gottvater und zerschlug seinen Kopf mit einem Hammer. Allerdings ging es in vielen Fällen nicht unbedingt um einen antikatholischen Affekt, weil zum Beispiel viele Holzkreuze nur zum Zweck der Bereicherung (als Brennstoff) gestohlen wurden.

(ursprünglich ein liberal orientierter Kreis von katholischen Literaten) mehrten sich Reformforderungen, deren Verwirklichung der Kirche helfen sollte, dem herrschenden Antiklerikalismus besser standzuhalten.<sup>55</sup> Es ging vor allem um die Trennung von Kirche und Staat, die Verwendung der Muttersprache in der Liturgie, die Wahl der Bischöfe durch den Klerus und durch die Gläubigen und um die Abschaffung des Pflichtzölibates. Nach einer Versammlung der „national-orientierten“ Geistlichen wurde eine Gesandtschaft mit dem Landpfarrer Bohumil Zahradník – Brodský an ihrer Spitze zusammengestellt, die die Reformvorschläge direkt dem Papst vortragen sollte. Benedikt XV. erteilte der tschechischen Delegation zwar einen Höflichkeitsempfang, seine spätere Reaktion war aber für die Reformisten hochenttäuschend: Zum Erzbischof von Prag ernannte der Papst am 16. September 1919 den strengen, aszetischen und einer Reform nicht geneigten Professor für christliche Philosophie und Apologetik an der Karlsuniversität Dr. František Kordač.<sup>56</sup>

Die Situation spitzte sich an Weihnachten 1919 zu. Die reformistischen Kreise forderten die Priester auf, die feierlichen Gottesdienste in der Muttersprache zu feiern, der Erzbischof drohte dagegen mit kirchlichen Strafen für alle, die die Liturgie eigenmächtig ändern würden. Im Januar 1920 fand eine Versammlung der reformwilligen Geistlichen statt, die sich entschied, eine selbstständige Kirche zu gründen. Die neue „Tschechoslowakische Kirche<sup>57</sup>“ bekannte sich zur Demokratie, zum neuen Staat und berief sich auf Kyryll und Method, Johannes Hus und auf die Böhmisches Brüder. Noch im Frühjahr entflammte ein Kampf um die Kirchen, vor allem in Böhmen und bei manchen Prügeleien wurden mehrere katholische Priester sogar physisch verletzt. Die Behörden stellten sich aber in den meisten Fällen hinter die katholische Kirche. Die Tschechoslowakische Kirche wurde von vielen (auch protestantischen) Intellektuellen scharf kritisiert. Selbst der Staatspräsident Masaryk

---

<sup>55</sup> Ausführlich MAREK, Pavel, České schisma. Příspěvek k dějinám reformního hnutí katolického duchovenstva v letech 1917 – 1924 [Tschechische Kirchenspaltung. Ein Beitrag zur Geschichte der Reformbewegung des katholischen Klerus in den Jahren 1917 - 1924], Brunn 2000.

<sup>56</sup> Die Ernennung geschah ohne Zustimmung der tschechoslowakischen Regierung. Der Außenminister Edvard Beneš protestierte mit Berufung auf die immer geltende österreichische Verfassung beim Hl. Stuhl, es wurde ihm aber mitgeteilt, dass die österreichischen Kaiser als katholische Herrscher gewisse Rechte besaßen, die auf den tschechoslowakischen Staatspräsidenten Masaryk nicht übertragen werden können. KLIMEK, Antonín, Velké dějiny zemí koruny české, Svazek XII: 1918 – 1929 [Große Geschichte der Länder der böhmischen Krone, Band XII: 1918 - 1929], Prag 2000, 156.

<sup>57</sup> Die heutige Bezeichnung „Tschechoslowakische hussitische Kirche“ wurde offiziell erst 1971 eingeführt.

unterstützte die neue Kirche nicht und in einem Gespräch äußerte er sich, dass „Kirchen oder Religionen doch durch ein Martyrium entstehen... Eine Religion kann nicht dadurch gegründet werden, dass sich Hundert oder mehrere Hunderte von Priestern entscheiden, auf das Zölibat zu verzichten.“<sup>58</sup>

Eine größere Welle von Austritten aus der katholischen Kirche gab es am Anfang der 20er Jahre nur in Böhmen. Den katholischen Glauben, zu dem sich noch 1910 94,8 Prozent der Gesamtbevölkerung (in Böhmen, Mähren und Schlesien) bekannte, verließen laut der Volkszählung aus dem Jahr 1921 ungefähr 1 272 000 Personen in Böhmen; in Mähren waren es dagegen nur 91 300 und in Schlesien 24 800 (die Slowakei wurde von den Ereignissen in Prag fast nicht betroffen). Die katholische Kirche verlor auch 290 Priester (von 8450). In die Tschechoslowakische Kirche traten 523 000 Gläubige ein, zur größten evangelischen Kirche, der unierten Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder, bekannten sich insgesamt 255 000 Personen.<sup>59</sup> Die katholische Kirche blieb zwar mit Abstand die größte kirchliche Gemeinschaft auf dem Gebiet der Tschechoslowakei, doch offenbarten „der sich 1918/19 rasch zeigende Freiheitstaumel... und die aus liberalem, antikirchlichem und antirömischem Affekt übernommene Neuorientierung... eine veränderte religiöse oder nur säkulare Einstellung der Bewohner des neuen Staates.“<sup>60</sup>

Der Historiker Jaroslav Šebek schreibt, dass für das tschechische katholische Milieu dieser Zeit eine feste Verbindung der Kirche mit dem politischen Katholizismus prägend war: Da die kirchlichen Strukturen und die Hierarchie auf die „antikatholische Welle“ nicht vorbereitet waren, musste die Rolle des „Hauptrepräsentanten und

---

<sup>58</sup> Zitiert nach KLIMEK, Velké dějiny země české, 157. Die Tschechoslowakische Kirche geriet bald in eine gewisse Krise. Mit der Bitte um Weihe eines eigenen Bischofs wandte sie sich an die serbische orthodoxe Kirche (das Angebot der Altkatholischen Kirche wurde aufgrund ihrer „deutschen Herkunft“ abgelehnt). Im September 1921 wurde ein ehemaliger katholischer Priester Matěj Pavlík durch den serbischen Patriarchen zum Bischof geweiht (er nahm dabei den Namen Gorazd an). Die Tschechoslowakische Kirche erhielt den Status einer autokephalen Kirche und bestätigte, dass sie die Lehre der serbischen Kirche übernimmt, nur das Recht auf Gewissensfreiheit behielt sie sich vor. 1924 gab es allerdings eine Spaltung – die „konservativeren“ Geistlichen um Bischof Gorazd wollten eine festere Einbindung an die Orthodoxie, die „Modernisten“ bevorzugten dagegen eine „freiere Religion“. Bischof Gorazd trat mit seiner Gruppe in die orthodoxe Kirche über und legte das Fundament für die tschechoslowakische orthodoxe Kirche. 1942 wurde er von der Gestapo hingerichtet, nachdem er in der Krypta seiner Kirche die Fallschirmjäger versteckt hatte, die das Attentat auf den stellvertretenden Reichsprotektor in Böhmen und Mähren Reinhard Heydrich verübten.

<sup>59</sup> KLIMEK, Velké dějiny země české, 159 – 160.

<sup>60</sup> DEMEL, Der Deutsche Orden in der CSR 1918 – 1938, 313.

Verteidigers“ der Katholiken in der Tschechoslowakei die Volkspartei übernehmen.<sup>61</sup> So konnte die Kirche zwar die feste und zuverlässige Organisationsstruktur der Volkspartei im ganzen Land nutzen, andererseits wurde aber die kirchliche und katholische Symbolik zu einem untrennbaren Teil von politischen Aktivitäten, was viele katholische Intellektuelle und der Staatspräsident Masaryk als „Klerikalismus“ scharf kritisierten. Laut Šebek waren in den 20er Jahren vor allem die Ordensgemeinschaften Träger der geistlichen und theologischen Erneuerung – so bemühten sich zum Beispiel die Dominikaner oder die Franziskaner um eine Formierung der katholischen Intelligenz, die Benediktiner vermittelten innerhalb der „Liturgischen Bewegung“ Impulse aus der europäischen theologischen Forschung.<sup>62</sup>

Die komplizierten Beziehungen der katholischen Kirche und des neuen tschechoslowakischen Staates beruhigten sich am Ende der 20er Jahre; im Januar 1928 wurde ein Modus vivendi mit dem Hl. Stuhl unterschrieben<sup>63</sup> und es verbesserte sich allmählich auch das gesellschaftliche Ansehen des Katholizismus. Als gewisser Meilenstein wird in der Literatur oft die große Feier des Hl. Wenzel – Millenniums im Herbst 1929 in Prag erwähnt, die mit der Ausstellung der Krönungsinsignien und mit der Eröffnung der Kathedrale verbunden war und an der mehr als 600 000 Gläubige, darunter auch viele Deutsche, teilnahmen.<sup>64</sup>

---

<sup>61</sup> ŠEBEK, Od konfliktu ke smíření, 23 – 24.

<sup>62</sup> ŠEBEK, Jaroslav, Labore des Glaubens und der Welt. Die spirituelle und gesellschaftliche Dimension der geistigen Renaissance der Zwischenkriegszeit in den tschechischen und sudetendeutschen katholischen Milieus im Vergleich, in: BENDEL, Rainer/PECH, Robert/SPANNENBERGER, Norbert (Hgg.), Kirche und Gruppenbildungsprozesse deutscher Minderheiten in Ostmittel- und Südeuropa 1918 – 1933, Münster 2015, 56 – 57.

<sup>63</sup> Die diplomatischen Beziehungen der Tschechoslowakei mit dem Vatikan waren allerdings nicht einfach. Als Staatspräsident Masaryk am Anfang der 20er Jahre Italien besuchte, ignorierte er die angebotene Audienz beim Papst, was seitens des Vatikans als eine Beleidigung aufgenommen wurde. Die größte Krise fing im Frühjahr 1925 an, nachdem das tschechoslowakische Parlament über ein neues Gesetz über die Feiertage abgestimmt hatte - im Gesetz fehlte der Tag des Hl. Johannes Nepomuk (16. Mai), eingeführt wurde dagegen der Gedenktag des Johannes Hus (6. Juli). Im Sommer fanden große Feierlichkeiten zum Jubiläum seiner Hinrichtung auf dem Konzil in Konstanz (1415) statt. Der Staatspräsident ließ bei dieser Gelegenheit auf der Prager Burg die hussitische Fahne aushängen. Am nächsten Tag verließ der vatikanische Nuntius Francesco Marmaggi Prag.

<sup>64</sup> Zum Verlauf der Feierlichkeiten und zur Teilnahme der deutschen Katholiken ausführlich PLACÁK, Petr, Svatováclavské milenium. Češi, Němci a Slováci v roce 1929 [Das Millennium des Heiligen Wenzel. Tschechen, Deutsche und Slowaken im Jahr 1929], Prag 2002.

## 2.1.2 Der sudetendeutsche Katholizismus

Der sudetendeutsche Kirchenhistoriker Kurt Augustinus Huber weist darauf hin, dass man bei allen Überlegungen zum Thema des sudetendeutschen Katholizismus an die unterschiedlichen Länder und Landschaften denken sollte: Historisch gesehen zeigten die religiösen, nationalen und politischen Auseinandersetzungen in Böhmen „einen höheren Grad an Schärfe“ als in Mähren-Schlesien. „In Mähren war von der Kontinuität des Mittelalters mehr zu spüren. Sein Gravitationszentrum wurde Wien und nicht Prag... Die katholische Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts fing in Mähren früher an und fand mehr Resonanz als auf deutscher und auf tschechischer Seite. Infolge der vorherrschenden Agrarstruktur war Mähren konservativer und das hieß katholischer.“<sup>65</sup> Zum nordmährischen Gebiet, auf dem der Deutsche Orden seit dem 17. Jahrhundert wirkte, merkt Huber an, dass „Sudeten-Schlesien im kirchlichen Verhalten eine Mittelstellung zwischen Böhmen und Mähren einnimmt“<sup>66</sup>. Trotz aller Unterschiede gerieten aber alle sudetendeutschen Katholiken nach der Entstehung der Tschechoslowakei in doppelte Bedrängnis: „Auf der einen Seite mussten sie dem antikatholischen Druck entgegentreten, der freilich für sie kein Novum darstellte, zumal sie Erfahrungen aus dem Kulturkampf während der *Los-von-Rom-Bewegung* um die Jahrhundertwende gesammelt hatten. Auf der anderen Seite sahen sie sich gezwungen, der Tatsache zu trotzen, dass sie sich in der Position einer Minorität befanden, und dies in einem Staat, der gegen ihren Willen gegründet worden war und dessen Staatsangehörige zu sein sie ablehnten.“<sup>67</sup>

Das zweitgenannte, sehr umfassende und bis heute brisante Thema der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakischen Republik wurde in den letzten Jahrzehnten breit diskutiert und erforscht<sup>68</sup> und kann hier nur kurz angesprochen werden. Noch vor dem Ende des Ersten Weltkrieges formulierte die tschechoslowakische politische Repräsentation im Exil ein Konzept des neuen Staates,

---

<sup>65</sup> HUBER, Der sudetendeutsche Katholizismus, 298.

<sup>66</sup> HUBER, Der sudetendeutsche Katholizismus, 299.

<sup>67</sup> ŠEBEK, Labore des Glaubens und der Welt, 49 - 50.

<sup>68</sup> Zur Geschichte der Forschung (sowohl in Deutschland als auch in der Tschechoslowakei) und zum aktuellen Forschungsstand vgl. z.B. SEIBT, Ferdinand, Deutsche, Tschechen, Sudetendeutsche. Analysen und Stellungnahmen zu Geschichte und Gegenwart aus fünf Jahrzehnten, Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Band 100, München 2002.

das sich – in den Intentionen der Politik des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson – auf das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ berief. Die Tschechoslowakei, die auf das Selbstbestimmungsrecht der Tschechen und der Slowaken<sup>69</sup> bauen wollte, sollte im Rahmen der historischen Grenzen der Länder der Böhmisches Krone entstehen – also auf einem Gebiet, auf dem ungefähr 3,1 Millionen Deutsche lebten. Im Fall der neuen Staatsgrenze der Slowakei wurden dagegen die historischen Grenzen der Ungarischen Krone nicht respektiert. Auf die deutsche Bevölkerung wurde allerdings das Selbstbestimmungsrecht nicht bezogen und die tschechoslowakische politische Repräsentation war nicht bereit, ihr als ganzer ein Minderheitenrecht einzuräumen.<sup>70</sup>

Am 21. Oktober 1918 (also eine Woche vor der Proklamation der Tschechoslowakei) kamen die deutschsprachigen Reichsratsabgeordneten in Wien zusammen und erklärten die sudetendeutschen Grenzgebiete in Nord- und Westböhmen für „Provinz Deutschböhmen“ mit dem Landeshauptmann Rudolf Lodgman von Auen an der Spitze, die zur Republik Deutschösterreich gehören sollte. In Österreich-Schlesien, wo der Deutsche Orden wirkte, wurde von den deutschsprachigen Abgeordneten die Provinz „Sudetenland“ (678 000 Einwohner, 6534 km<sup>2</sup>) proklamiert.<sup>71</sup> Die tschechoslowakische Regierung reagierte mit der Besetzung der sudetendeutschen Gebiete durch das Militär. Nur langsam beruhigte sich in den weiteren Jahren die Situation im Sudetenland und im ganzen Staat; als eine wichtige Wende wird in der Literatur gewöhnlich das Jahr 1926 bezeichnet, in dem zwei sudetendeutsche Parteien in die Prager Regierung eintraten.<sup>72</sup>

---

<sup>69</sup> Es zeigte sich im Lauf der Zeit, dass die Idee eines einheitlichen tschechoslowakischen Volkes, die auf der sprachlichen Nähe der beiden Nationen basierte, eher künstlich war und dass die Slowaken vielmehr eine eigene Autonomie bzw. Selbstständigkeit anstrebten.

<sup>70</sup> Die tschechoslowakische Verfassung vom 29. Februar 1920 berief sich in der Präambel zwar auf „die Grundsätze der Selbstbestimmung“, die von der Verfassung garantierten Rechte wurden aber ausschließlich individuellen Personen zugesprochen – den Staatsbürgern, Einwohnern und „Staatsbürgern, welche einer Minderheit angehören.“ [https://www.psp.cz/docs/texts/constitution\\_1920.html](https://www.psp.cz/docs/texts/constitution_1920.html), Zugriff: 11. 12. 2018.

<sup>71</sup> KLIMEK, *Velké dějiny zemí koruny české*, 44.

<sup>72</sup> Eine der zwei Parteien war die Deutsche Christlichsoziale Volkspartei, die auf gewisse Weise mit dem Deutschen Orden verbunden war (s.u.). Ihr Vertreter Univ.-Prof. Robert von Mayr-Harting wurde zum Justizminister ernannt. Den Eintritt der sudetendeutschen Parteien in die tschechoslowakische Regierung begrüßte der Staatspräsident Masaryk, der diesbezüglich über „eine tolle Sache“ sprach. KLIMEK, *Velké dějiny zemí koruny české*, 583.

In diesen komplizierten Bedingungen formierte sich das sudetendeutsche katholische Milieu. Die Sudetendeutschen waren überwiegend katholisch<sup>73</sup> (mit Ausnahme von einigen „evangelischen Inseln“ in Nordböhmen) und man war angesichts der ernsthaften nationalen Bedrohung geneigt, die Kirche als „volkerhaltende Kraft zu werten“<sup>74</sup>. Dies führte zu einer bemerkenswerten Dynamik: Man bemühte sich um eine geistliche Erneuerung, damit das sudetendeutsche katholische Milieu in der Lage wäre, den Säkularisierungstendenzen in der Tschechoslowakei entgegenzutreten. Darüber hinaus musste man die nationale Dimension des kirchlichen Lebens fördern. Der deutschsprachige Professor für Kirchengeschichte an der Theologischen Fakultät in Prag Eduard Winter fasste die „Zeichen der Zeit“ für die sudetendeutschen Katholiken einmal so zusammen: „Zwei Dinge gilt es zu vereinen: Volkstum und Glauben. Zwei Kräfte, die in Gegensatz erscheinen können. Aber es gibt nicht ein ‘entweder - oder’, sondern nur ein ‘sowohl – als auch’.“<sup>75</sup>

Hier konnten die engagierten Katholiken an einen der charakteristischen Züge des sudetendeutschen Milieus aus der Zeit der Donaumonarchie anknüpfen. Die Gläubigen waren daran gewöhnt, sich in verschiedenen Vereinen und Verbänden zu organisieren, die zum Ort ihrer Identifizierung mit der Kirche wurden. Nach 1918 entstanden die ersten sudetendeutschen Jugendvereine, die nicht nur die junge Generation, sondern auch die „allgemeine“ Religiosität im Sudetenland grundlegend prägten. Als Beispiel eines einflussreichen Jugendvereins kann hier der „Bildungs- und Wanderbund Staffelstein“ angeführt werden.<sup>76</sup> Er entstand 1920 während der Katholikentage in Mährisch-Schönberg (Šumperk, Nordmähren), einer der Initiatoren war der bereits erwähnte Theologe Eduard Winter. Zu den Leitlinien des Vereins gehörten zum Beispiel die Verstärkung des echten Jugendlebens, die Liebe zur Heimat oder die Erneuerung der Heimat kraft des Glaubens. Es wurden regelmäßig Treffen und

---

<sup>73</sup> „Insgesamt gehörten der katholischen Kirche wohl über 90 Prozent aller Deutschen in den Böhmisches Ländern an“. PUSTEJOVSKY, Christlicher Widerstand gegen die NS-Herrschaft in den Böhmisches Ländern, 40.

<sup>74</sup> HUBER, Der sudetendeutsche Katholizismus, 297.

<sup>75</sup> Zitiert nach ŠEBEK, Labore des Glaubens und der Welt, 53.

<sup>76</sup> BENDEL, Rainer, „Religiöse und völkische Erneuerung“ bei den Sudetendeutschen: Ideologische Grundlegung in der theologischen Reflexion, in: BENDEL, Rainer/PECH, Robert/SPANNENBERGER, Norbert (Hgg.), Kirche und Gruppenbildungsprozesse deutscher Minderheiten in Ostmittel- und Südeuropa 1918 – 1933, Münster 2015, hier: 34 - 40; HUBER, Der sudetendeutsche Katholizismus, 350 – 352; ŠEBEK, Labore des Glaubens und der Welt, 50 – 54.

Formationslager organisiert, zu denen auch Vorträge aus verschiedenen Disziplinen der Theologie gehörten. „Die Mitglieder des Staffelsteins sollten in Christo reifen, für ihn in der Welt Zeugnis geben und so die Lebenswerte sowie die Lebenswelten in sich und um sich verändern.“<sup>77</sup>

Die Leiter des Staffelsteins konzentrierten sich in diesem Sinn vor allem auf die Laienspiritualität. Die Kirche verstanden sie nicht nur als eine klerikale Institution oder als eine ideale hierarchische Gesellschaft, sondern vor allem als eine lebendige Gemeinschaft von allen Getauften (Eduard Winter verwendete oft den Begriff „Corpus Christi mysticum“). Dieses Verständnis hatte Auswirkungen in vielen Bereichen des kirchlichen Lebens. Im sudetendeutschen Milieu wirkten die Impulse der Liturgischen Bewegung in Deutschland (hier wäre der Abt des Benediktinerklosters in Braunau in Nordböhmen Dominik Prokop zu nennen, der direkte Kontakte zu Mitbrüdern in Maria Laach pflegte), konkret ging es zum Beispiel um den liturgischen Gesang oder um eine stärkere Einbeziehung der Muttersprache in die Liturgie. Wie bei den liturgischen Feiern sollten die Laien auch im „allgemeinen“ kirchlichen Leben, in den Pfarreien und anderen Gemeinschaften nicht passive Empfänger bleiben, sondern zu selbstbewussten und aktiven Teilnehmern werden. Diese gewisse Souveränität sollten die Laien auch in die Gesellschaft tragen. Die politischen Parteien wurden nicht mehr als der einzige mögliche Ort für das Engagement der christlichen Laien wahrgenommen: „In der Begegnung der Kirche und des Volkes sollten nicht die mit überlieferten Gegensätzlichkeiten belasteten katholischen Organisationen dazwischentreten.“<sup>78</sup>

Ungefähr am Anfang der 30er Jahre änderte sich die Stimmung. Obwohl das Umfeld der sudetendeutschen Jugendvereine viele geistliche Berufungen hervorbrachte<sup>79</sup>, mehrten sich die Konflikte mit der Kirchenhierarchie. Der neue Prager Erzbischof Karel Kašpar schaute mit Misstrauen auf die angeblich antirömischen

---

<sup>77</sup> ŠEBEK, Labore des Glaubens und der Welt, 50.

<sup>78</sup> BENDEL, „Religiöse und völkische Erneuerung“ bei den Sudetendeutschen, 36.

<sup>79</sup> Nach Jahren der Stagnation hatten sich in den späten 20er Jahren die Seminare und die Ordensgemeinschaften wieder mit deutschen Interessenten gefüllt. Zum Beispiel aus dem Jesuitenseminar in Mariaschein (Bohosudov, Nordböhmen) gingen bis zum Jahr 1934 etwa 120 Priester hervor. Die Zahl der tschechischen Studenten in den Priesterseminaren stieg wesentlich erst ab der Mitte der 30er Jahre. ŠEBEK, Labore des Glaubens und der Welt, 52.

Nuancen ihrer Lehre und auf ihre Aktivitäten.<sup>80</sup> Ihre Bemühungen um die Durchsetzung der Liturgischen Bewegung bezeichnete er zum Beispiel als „Sektentum an der Grenze zwischen Katholizismus und Protestantismus.“<sup>81</sup> Vor allem veränderte sich aber das sudetendeutsche katholische Milieu selbst. Unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise und der ungelösten nationalen Probleme in der Tschechoslowakei radikalisierten sich auch die sudetendeutschen Vereine und es wurden immer mehr die „nationalen“ Aspekte des Glaubens betont (vor allem nach dem Jahr 1933 in Deutschland und nach den Parlamentswahlen 1935 in der Tschechoslowakei und dem Aufstieg der Sudetendeutschen Heimatfront bzw. Sudetendeutscher Partei Konrad Henleins – s.u.).

Der tschechische Historiker Jiří Hanuš spricht in diesem Zusammenhang von einem Paradox des tschechischen Katholizismus. Das tschechische katholische Milieu wurde nämlich in der Zeit der Ersten Republik in vielerlei Hinsichten von den sudetendeutschen Katholiken inspiriert. Die neue Generation von einflussreichen tschechischen Ordenspriestern konzentrierte sich auf die Jugendpastoral, vor allem auf die Studenten. Man bemühte sich um die Erneuerung der Liturgie und um eine wesentlichere Einbeziehung der Laien. Das tschechische katholische Leben war in den 20er Jahren mit dem sudetendeutschen Milieu durch viele gemeinsame Bemühungen und spirituelle Aspirationen verwoben. Nachdem aber unter den sudetendeutschen Katholiken eher die nationalistische Auffassung überwogen hatte, trugen diese gemeinsamen Aspirationen auf eine paradoxe Weise eher zu einer Eskalierung der Konflikte und anschließend zu einer traurigen Entfremdung bei.<sup>82</sup>

---

<sup>80</sup> Der Vorgänger von Karel Kašpar, Erzbischof František Kordač, resignierte im Juli 1931 aus Alters- und Gesundheitsgründen auf sein Amt. In einem Gespräch deutete er aber später an, dass er dazu vom vatikanischen Nuntius in der Tschechoslowakei Pietro Ciriaci gezwungen worden sei. Der asketische Prager Erzbischof habe öfters das angeblich verschwenderische Leben des Nuntius kritisiert (Ciriaci kaufte zum Beispiel eine luxuriöse Sommervilla in Karlsbad als Sommerresidenz für die Nuntien). In diesem Streit stellten sich die sudetendeutschen Katholiken mehrheitlich hinter den Alterzbischof, was ihre Beziehungen zu seinem Nachfolger schwer beeinträchtigte.

<sup>81</sup> ŠEBEK, Labore des Glaubens und der Welt, 53.

<sup>82</sup> HANUŠ, Tradice českého katolicismu ve 20. století, 125.

## 2.2 Der Deutsche Orden in der Zeit der Ersten Republik

Für den Deutschen Orden war die verschärfte antikatholische, nationalistische und „antihabsburgische“ Stimmung in den ersten Jahren des neuen Staates nicht besonders günstig: Er war ein katholischer Orden, seine Bezeichnung implizierte eine „deutsche“ Herkunft und er war mit dem Habsburger Haus auf eine besondere Weise verbunden.<sup>83</sup> Er war zwar in Mährisch-Schlesien sehr gut etabliert und außer des Wirkens im Schulwesen und in der Caritas betreute er viele (darunter auch sehr große) Pfarreien<sup>84</sup>, doch musste er sich in der Zeit unmittelbar nach der Entstehung der Tschechoslowakei auf seine innere Reform konzentrieren, weil seine äußere Existenz bedroht war. Der Ordenshistoriker Demel schreibt über zwei große Aufgaben des Ordens in der Zeit nach 1918, „die es rasch zu bewältigen galt<sup>85</sup>“: Erstens ging es um die Klärung des Rechtsstatus des Ordens in der Tschechoslowakei (und in allen Nachfolgestaaten der Monarchie) und zweitens sollten die geltenden Ordenssatzungen an den neuen Kodex des Kirchenrechts angepasst werden.

Die Frage seines Rechtsstatus<sup>86</sup> war für den Deutschen Orden bzw. für seine weitere Existenz in der Tschechoslowakei entscheidend – erstmals im 20. Jahrhundert drohte ihm nämlich, dass sein Besitz konfisziert werden könnte. Der Friedensvertrag von Saint-Germain vom 10. September 1919 rechnete damit, dass der Besitz von öffentlich-rechtlichen juristischen Personen, die sich nach dem Zerfall der Monarchie plötzlich auf den Gebieten mehrerer Staaten befanden, durch ein Sonderabkommen geregelt werden sollte. In diese Kategorie fiel auch der Deutsche Orden. Während sich für ihn die neue Republik Österreich einsetzte, indem sie ihn als ein geistlich-ritterliches Institut anerkannte<sup>87</sup>, wurde sein Status seitens der tschechoslowakischen Republik

---

<sup>83</sup> Seit dem Preßburger Frieden (1805) und nach seiner Reorganisation (1840) genoss der Orden im österreichischen Kaiserstaat einen Sonderstatus: An seiner Spitze stand immer ein Erzherzog und als eine geistliche Adelskorporation wurde der Orden direkt dem Ministerium für das Kaiserliche Haus (und somit dem Ministerium für Äußeres) unterstellt. DEMEL, Der Deutsche Orden in der CSR 1918 – 1938, 309 – 310.

<sup>84</sup> In der zentralen Pfarrei der Stadt Troppau Mariä-Himmelfahrt wurden zum Beispiel von den Deutschordenspriestern ungefähr 20 000 Seelen betreut. Laut Statistik aus dem Jahr 1916 wirkten in der Pfarrei fünf Priester und acht Katecheten. LARITSCH, Jan, P. Paul Alois Heider OT. Miloval církev, národ a vlast [P. Paul Alois Heider. Er liebte die Kirche, das Volk und die Heimat], Ostrava 2015, 19.

<sup>85</sup> DEMEL, Der Deutsche Orden in der CSR 1918 – 1938, 309.

<sup>86</sup> Ausführlich zu dieser komplexen Problematik HORÁK, Der Weg des Deutschen Ordens vom Ritterorden zum Klerikalinstitut in der Tschechoslowakischen Republik.

<sup>87</sup> GASSER, Ulrich, Neuordnung des Deutschen Ordens und seiner Verfassung 1826 – 1840, in: VOLGGER, Ewald (Hg.), Die Regeln des Deutschen Ordens in Geschichte und Gegenwart, Lana 1985, 169.

problematisiert. Von den Behörden wurde der Besitz des Deutschen Ordens mit Berufung auf seine enge Verbundenheit mit den Habsburgern als ein kaiserliches Lehen angesehen, der laut Friedensvertrag verstaatlicht werden sollte. Ein Gutachten des Außenministeriums schlug 1921 die Auflösung des Ordens in der Tschechoslowakei und die Konfiszierung seines Besitzes vor; als die einzige Möglichkeit für einen Fortbestand des Ordens im neuen Staat wurde die Abschaffung der ausländischen Ritter und eine Neuorganisation mit tschechoslowakischen Bürgern als Mitgliedern erwähnt.<sup>88</sup>

Die ganze Sache hatte aber auch eine internationale Dimension, auf die auch das Gutachten des Außenministeriums hinwies. Der Besitz des Deutschen Ordens befand sich außer in der Tschechoslowakei noch in Österreich, Italien und im Königreich SHS (in keinem dieser Staaten wurde der Orden aufgehoben) und man sah, dass es sinnvoll wäre, gemeinsam eine Entscheidung zu treffen oder mindestens eine Regelung zu finden, die auch die anderen Staaten respektieren würden. Darüber hinaus wusste das Außenministerium, dass nach dem Kirchenrecht die Auflösung einer Ordensgemeinschaft ausschließlich in die Kompetenz des Hl. Stuhles gehört und man wollte die komplizierten Beziehungen der Tschechoslowakei mit dem Vatikan nicht weiter verschlechtern. Bald aber ergriff der Orden die Initiative: Bereits im Mai 1921 berief der amtierende Hochmeister Erzherzog Eugen von Österreich das Großkapitel nach Basel, wo er im Exil lebte, und ernannte den Bischof von Brünn Dr. Norbert Klein OT zum Generalvisitor und zum Stellvertreter des Hochmeisters in der Tschechoslowakei und im Königreich SHS. Gleichzeitig fing das Generalkapitel an, die Regeln und Statuten des Ordens zeitgemäß und im Einklang mit dem tschechoslowakischen Recht zu überarbeiten. Erzherzog Eugen schätzte die ausweglose Situation in den Nachfolgerstaaten realistisch ein und Anfang April 1923 unterbreitete er Pius XI. sein Rücktrittsbegehren. Der Papst nahm seinen Amtsverzicht am 19. April 1923 an.<sup>89</sup> Zum neuen Hochmeister wurde am 30. April 1923 Bischof Klein gewählt.

---

<sup>88</sup> STIEBER, Miloslav, *Němečtí rytíři – dobré zdání* [Die Deutschen Ritter – das Gutachten], Prag 1921, 37 – 38.

<sup>89</sup> Erzherzog Eugen war der letzte ritterliche und habsburgische Obere des Deutschen Ordens; mit Bischof Klein übernahm der klerikale Zweig die Ordensleitung. DEMEL, Bernhard, Eugen von Österreich, in: ARNOLD, Udo (Hg.), *Die Hochmeister des Deutschen Ordens 1190 – 2012, Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens*, Band 40, Weimar 2015, 300.

Der Amtsverzicht Eugens war von der Absicht geleitet, die Verhandlungen mit den Nachfolgerstaaten zu erleichtern. Durch den Rücktritt wurde der Orden nicht mehr von einem Vertreter des Hauses Habsburg geleitet, was in den Nachfolgestaaten als Provokation aufgefasst worden wäre, zudem wurde damit der Orden als Ganze wurde nicht mehr als ein „Ehrenorden“ des Hauses Habsburg wahrgenommen. In der Tschechoslowakei führte diese veränderte Situation langsam zu einer für den Orden befriedigenden Lösung. Im Staatsvertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Republik (1926) wurde hinsichtlich des Deutschen Ordens festgelegt, dass er als ein geistlicher Orden anzusehen ist und dass sein Vermögen einer Regelung nach Artikel 273 des Friedensvertrages von Saint-Germain (Konfiszierung des Besitzes der Habsburger) nicht unterliegt.<sup>90</sup> Fast gleichzeitig schloss der Orden seine innere Reform ab. Papst Pius XI. ordnete eine Apostolische Visitation des Gesamtordens an, die vom Kapuzinerpriester Dr. Hilarin Felder durchgeführt wurde. Die Regeln und Statuten des Ordens wurden überarbeitet und der bisherige geistliche Ritterorden wurde in ein rein klerikales Institut umgewandelt. Die neuen Regeln wurden 1930 promulgiert und nach einer Probephase 1936 von „dem den Orden fördernden“ Papst definitiv bestätigt.<sup>91</sup>

### **2.2.1 Die tschechoslowakische Provinz in den 20er Jahren**

Vor der inneren Reform des Deutschen Ordens wurden die Ordenspriester in Mähren und Österreich-Schlesien dem sog. Meistertum (das direkt der Person des jeweiligen Hochmeisters unterstellt wurde) in Böhmen und Mähren zugeordnet. Sie betreuten in der Regel die inkorporierten Pfarreien des Ordens; das Zentrum war der Priesterkonvent in Troppau (Opava, Nordmähren), dem vor dem Ersten Weltkrieg 38 Priester angehörten.<sup>92</sup> Kurz nach der Entstehung der Tschechoslowakei bevollmächtigte der

---

<sup>90</sup> Ähnliche Übereinkommen wurden in den nächsten Jahren auch mit dem Königreich SHS und mit Italien erzielt. DEMEL, Der Deutsche Orden in der CSR 1918 – 1938, 311.

<sup>91</sup> DEMEL, Der Deutsche Orden in der CSR 1918 – 1938, 312.

<sup>92</sup> Zur Geschichte des sog. Meistertums in Böhmen und Mähren ausführlich DEMEL, Bernhard, Der Deutsche Orden im Spiegel seiner Besitzungen und Beziehungen in Europa, Frankfurt am Main 2004, 379 – 472.

Hochmeister den bisherigen Prior des Konventes in Troppau P. Hubert Hanke OT<sup>93</sup>, die Brüderprovinz auf dem Gebiet des neuen Staates zu leiten. Ihre Geschichte in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts ist aber viel mehr mit der Person des neuen Hochmeisters Norbert Klein (1866 – 1933) verbunden, der sie wesentlich mitprägte.

Mit Blick auf die Umstände in der Tschechoslowakei scheint seine Wahl zum Hochmeister eine glückliche Entscheidung gewesen zu sein. Klein sprach fließend Tschechisch (die tschechische Sprache lernte er während seiner Studienzeit in Olmütz) und aufgrund seiner Bescheidenheit, Milde und Herzlichkeit war er unter allen Bevölkerungsschichten beliebt und hochgeschätzt.<sup>94</sup> Als Bischof in Brünn (zum Bischof wurde er von Kaiser Franz Josef I. am 19. Oktober 1916 ernannt) legte er Wert auf die Seelsorge (Firmungen, Visitationen, Unterstützung von katholischen Vereinen) und auf die Bildungsarbeit; zur Politik äußerte er sich überhaupt nicht und in seiner Diözese machte er keine Unterschiede zwischen Tschechen und Deutschen. Diese „Politik“ führte er bereits als Propst und Dechant in Troppau vor seiner Ernennung zum Bischof: „Klein war um die Toleranz und Ausgleich besorgt, denn die loyale Zusammenarbeit unter Katholiken erschien ihm selbstverständlich. So sah er in jenen Tagen eine notwendige Aufgabe darin, nationalistische Spannungen zwischen Deutschen und Tschechen abzubauen.“<sup>95</sup> Seine Person trug höchstwahrscheinlich wesentlich dazu, dass die Brünner Diözese nach 1918 kaum von der antikatholischen betroffen wurde – es gab fast keine Kirchnaustritte, die einzige Schwierigkeit war damals nur eine sinkende Zahl von Priesteramtskandidaten.<sup>96</sup>

Das erste Problem, mit dem sich Klein als Hochmeister auseinandersetzen musste, war die Bodenreform in der Tschechoslowakei. Das entsprechende Gesetz, das

---

<sup>93</sup> GASSER, Ulrich, Die Priesterkonvente des Deutschen Ordens. Peter Rigler und ihre Wiedererrichtung 1854 – 1897, Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, Band 28, Bonn 1973, 278.

<sup>94</sup> ZAPLETALOVÁ, Jarmila, Život a dílo brněnského biskupa a velmistra Německého řádu Norberta Kleina [Leben und Werk des Brünner Bischofs und des Hochmeisters des Deutschen Ordens Norbert Klein], Diplomarbeit, Philosophische Fakultät der Palacký-Universität in Olmütz 2015, 69 – 71.

<sup>95</sup> HANUSCH, Gerhard, Norbert Klein, in: ARNOLD, Udo (Hg.), Die Hochmeister des Deutschen Ordens 1190 – 2012, Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, Band 40, Weimar 2015, 304.

<sup>96</sup> Im Unterschied zu Kleins Vorgänger Paul Huyn, der als Prager Erzbischof nach 1918 resignieren musste (s.o.), gab es nach der Entstehung der Tschechoslowakei keine Stimmen, die einen Amtsverzicht von Klein verlangten. Als er selbst mit Hinblick auf seine Verpflichtungen als Hochmeister auf sein Bischofsamt 1925 resignierte, waren es vor allem tschechische Kreise, die ihn baten, in Brünn zu bleiben. ŠURÁŇOVÁ, Vztah Československé republiky a Německého řádu, 37 – 39.

von der Agrarpartei vorgeschlagen wurde, trat bereits 1919 in Kraft. Die Absicht war, die Kleinbauern zu unterstützen bzw. die bisherigen Großbesitzer zu begrenzen und so ein gerechteres Konkurrenzumfeld in der Landwirtschaft zu schaffen. Die ursprünglichen Bestimmungen des Gesetzes schienen sehr radikal zu sein: Es sollten Flächen über 150 ha Ackerboden oder 250 ha sonstiger Liegenschaften konfisziert und ausparzelliert werden. Dies bedeutete für die tschechoslowakische Provinz des Deutschen Ordens eine Existenzbedrohung und es wäre ein schwerer Schlag für den Gesamtorden gewesen, weil 90 Prozent seiner gesamten Besitzungen in der Tschechoslowakei lagen.<sup>97</sup> In der Praxis verlief die Bodenreform aber sehr mild und inkonsequent. Es wurden zum Beispiel verschiedene Ausnahmen gestattet, in vielen Fällen wurde zwar eine Enteignung angeordnet, die Durchführung wurde aber verschoben. Auch im Fall des Deutschen Ordens wurden viele Besitzungen aus der Regelung herausgenommen und vor allem dank der Politik des Hochmeisters und der Ordensleitung hielten sich die Beschlagnahmen „in akzeptablen Grenzen“.<sup>98</sup>

Trotz der komplizierten „äußerlichen“ Bedingungen gelang es der Ordensprovinz in der Tschechoslowakei, in den 20er Jahren eine Fülle von bemerkenswerten Aktivitäten zu entwickeln. Ihr Rahmen war das „sudetendeutsche katholische Milieu“ (s.o.) und die Akzente waren ähnlich – es wurde Wert auf die Jugendarbeit und auf die Bildung der Laien gelegt, es wurden verschiedene katholische Vereine gegründet oder unterstützt, wie etwa der Diözesanverband der deutschkatholischen Jugend. Der Ordenshistoriker Demel meint, dass dank der unermüdlichen Arbeit der Ordensmitglieder eine „große Abfallbewegung in der mährischen Kirchenprovinz verhindert werden konnte“<sup>99</sup>. Darüber hinaus betrieb der Orden mehrere Schulen<sup>100</sup>, Krankenhäuser und viele karitative Einrichtungen. In der Seelsorge arbeiteten 32

---

<sup>97</sup> HANUSCH, Norbert Klein, 306.

<sup>98</sup> HANUSCH, Norbert Klein, 306. Der Orden verlor infolge der Bodenreform in der Zeit der Ersten Republik ungefähr 10 Prozent von seinen Besitzungen (Immobilien, Landwirtschaftsboden, Wälder). 1919 gehörten dem Orden 24 556 ha Boden. Ausführlich ŠURÁŇOVÁ, Vztah Československé republiky a Německého řádu, 69 – 97.

<sup>99</sup> DEMEL, Der Deutsche Orden in der CSR 1918 – 1938, 314.

<sup>100</sup> Der Orden förderte auch den Bau eines neuen Knabenseminars für deutschsprachige Schüler in Freudenthal. „Nur durch die aufreibende Bettel- und Sammeltätigkeit des Troppauer Propstes Paul Heider OT und die Opferbereitschaft der deutschen Bevölkerung“ konnte das neue Haus im August 1926 geweiht werden. DEMEL, Der Deutsche Orden in der CSR 1918 – 1938, 316. Über dem Eingangsportäl des Knabenseminars befand sich Aufschrift mit einem Zitat des Olmützer Erzbischofs Antonín Cyril Stojan: „Dem deutschen Volk – deutsche Priester!“.

Priester.<sup>101</sup> Eine von dem Orden herausgegebene Broschüre<sup>102</sup> aus dem Jahr 1929 informierte über die vielfältigen Tätigkeiten und Aktivitäten des Deutschen Ordens in der Tschechoslowakei und über seine Verpflichtungen:

Die Burgen Busau und Eulenberg, die Schösser in Freudenthal und Oberlangendorf.
Ordenseigene Spitäler in Troppau, Freudenthal, Würbenthal, Unterlangendorf und Braunseifen, Armenhäuser in Freudenthal und Busau.
Kurbad Karlsbrunn, wo Arme unentgeltlich behandelt wurden.
Kindergärten in Würbenthal, Oberlangendorf und Engelsberg.
Sechs Volksschulen und drei Bürgerschulen, ferner auch eine Haushaltsschule in Oberlangendorf.
Die Ordenspriester betreuten acht inkorporierte Pfarreien (Troppau, Freudenthal, Engelsberg, Alt-Vogelseifen, Würbenthal, Unterlangendorf, Braunseifen, Busau) und zehn weitere Pfarreien.

Die Broschüre gibt auch an, dass der Orden in der Tschechoslowakei für die Erhaltung kulturhistorischer Denkmäler, für karitative Anstalten einschließlich von Bädern, für die kulturelle Anstalten (Schulen etc.) und für die Bedürfnisse der Seelsorgearbeit - also insgesamt für gemeinnützige öffentliche Zwecke - jährlich 5 164 971 Kronen und 58 Heller aufwendete. Darüber hinaus gab der Orden für Pensionen seiner Angestellten und anderer Arbeiter auf seinem Grundbesitz jährlich 1 660 521 Kronen aus.

Als ein Höhepunkt der Amtszeit von Hochmeister Klein könnte der Besuch des Staatspräsidenten Masaryk auf der Burg Busau im Sommer 1929 bezeichnet werden. Es war eine große Überraschung, als die Kanzlei des Staatspräsidenten dem Orden meldete, dass Masaryk von seiner Sommerresidenz in Südmähren u.a. auch Busau zu besuchen beabsichtigte. Der Hochmeister unterbrach seinen Kuraufenthalt in Karlsbad, reiste sofort in die Provinz und hieß den Staatspräsidenten auf der Ordensburg am 16. Juni 1929 willkommen. In seiner Rede, die er in tschechischer Sprache hielt (auf Deutsch

<sup>101</sup> Laut Personalstand von 1928 zählte die Brüderprovinz 32 Priester, 6 Kleriker und 1 Novizen; die Deutschordensschwester zählten im gleichen Jahr 231 Schwestern, 8 Novizinnen und 16 Kandidatinnen. . DEMEL, Der Deutsche Orden in der CSR 1918 – 1938, 305.

<sup>102</sup> DOZA, Übersicht über die Tätigkeit des Deutschordens in der Cechoslowakei in den letzten Jahren, Freudenthal 1929.

sagte er nur einen Satz), betonte Klein vor allem die karitative Sendung des Deutschen Ordens: „Der Deutsche Orden zeigt sich, was seine Tätigkeit anbelangt, in neuem Kleide... Der Deutsche Orden ist herabgestiegen aus diesen hohen Burgen in die Täler, nicht mit dem Schwerte der Kraft in den Händen, sondern mit dem Ölzweig, um unter den Menschen diese wahre Nächstenliebe zu verbreiten, auch dem Armen zu seinem Rechte zu verhelfen, besonders der Kranken und Verlassenen sich anzunehmen, welche dieser Liebe am meisten bedürfen.“<sup>103</sup>

Der Hochmeister Klein wies weiter darauf hin, dass sich der Orden durch die Reform der Satzungen den modernen Anforderungen und Verhältnissen angepasst habe und äußerte seinen Wunsch, dass der Orden seine Sendung weiterhin verwirklichen dürfe. Diese gemein christliche Sendung bestünde laut Klein vor allem in der praktischen Verwirklichung der Liebe – Caritas, die modern auch als eine Humanität bezeichnet werden könne. Genau hier liege das Gemeinsame des Ordens mit dem Programm des Staatsoberhauptes. Der Staatspräsident Masaryk dankte dem Hochmeister für den freundlichen Empfang. Kurz fügte er hinzu, dass der Hochmeister alles sagte, was er selbst sagen würde und wies unter Berufung auf den Apostel Paulus auf die christliche Caritas als die höchste Tugend überhaupt hin. Nach der Besichtigung der Burg verließ Masaryk Busau – sein Besuch dauerte ungefähr 90 Minuten. Der Hochmeister meldete nach Wien, dass der Besuch „sehr gut verlaufen ist.“<sup>104</sup> Es ist anzunehmen, dass diese indirekte Unterstützung des Staatspräsidenten dazu beitrug, dass der Orden nur wenig von der laufenden Bodenreform betroffen war.<sup>105</sup>

### **2.2.2 Die Hochmeister Paul Heider und Robert Schälzky**

Am Ende der 20er Jahre stabilisierte sich zwar im Zug der Reform der Regeln das innere Leben des Ordens, es tauchten aber ernsthafte wirtschaftliche Probleme auf. Auf Grund der guten Wirtschaftserträge der Jahre 1925 – 1929 fing der Hochmeister Klein mit mehreren neuen Projekten an, vor allem die Erweiterung des Krankenhauses in Troppau und die Errichtung eines neuen Kurhotels in Karlsbrunn. Im Jahr 1930 erfasste aber die

---

<sup>103</sup> Zitiert nach DEMEL, Der Deutsche Orden in der CSR 1918 – 1938, 306.

<sup>104</sup> DEMEL, Der Deutsche Orden in der CSR 1918 – 1938, 306.

<sup>105</sup> ŠURÁŇOVÁ, Vztah Československé republiky a Německého řádu, 77.

Tschechoslowakei die einsetzende Weltwirtschaftskrise<sup>106</sup> und darüber hinaus fügte ein gewaltiger Windbruch den Ordensforsten Schäden in Millionenhöhe zu.<sup>107</sup> Die ökonomische Lage des Ordens war äußerst prekär; der Hochmeister, der schon mehrere Jahre davor schwer krank war, musste sich in dieser Situation einen längeren Krankheitsurlaub erbeten. Am 9. März 1933 starb Klein in Freudenthal und zum Hochmeister wurde der Propst von Troppau und bisherige Generalvikar des Ordens P. Paul Heider OT gewählt.

Heider war genauso wie sein Vorgänger ein geschätzter Seelsorger, er unterstützte das katholische Vereinswesen und die katholische Presse, große Aufmerksamkeit widmete er den Kranken; regelmäßig besuchte er zum Beispiel die Patienten des psychiatrischen Krankenhauses in Troppau. Dank seiner Person wurden das Knabenseminar in Freudenthal und die neue Hedwigskirche in Troppau gebaut. Als Hochmeister trat er jedoch kein leichtes Erbe an. Die finanzielle Situation war beängstigend, es gab Einschränkungen auf allen Ebenen, inbegriffen Gehaltskürzungen und Entlassungen, und im Umgang mit den tschechischen Behörden verspürte er eine Distanz, die seinem bischöflichen Vorgänger gegenüber nicht entgegengebracht wurde.<sup>108</sup> Auf das letztgenannte Problem wies Heider den Apostolischen Visitator Felder hin. Mit dessen Hilfe gewährte Papst Pius XI. daraufhin das Privileg, dass die Hochmeister des Deutschen Ordens für ihre Amtszeit die Würde eines Abtes erhalten.

Die Amtszeit Heiders fiel nicht nur in eine wirtschaftlich sehr schwierige Epoche, sondern auch die politische Situation in der Tschechoslowakei war äußerst kompliziert. Nach der Machtübernahme Hitlers in Deutschland radikalisierten sich einige nationalistischen Kreise im Sudetenland, das von der Wirtschaftskrise immer noch hart betroffen war. Im Oktober 1933 gründete der Sportlehrer aus Karlsbad Konrad Henlein die Sudetendeutsche Heimatfront – eine politische Bewegung, die das

---

<sup>106</sup> Die Weltwirtschaftskrise vom 1929 betraf in der Tschechoslowakei die sudetendeutschen Gebiete viel stärker als das tschechische Binnenland – die für das Sudetenland typische Leichtindustrie (Holz, Papier, Glas, Textil) verlor ihre Absatzmärkte. Im Jahr 1933 war die Arbeitslosigkeit in den deutsche Bezirken der Tschechoslowakei 49,9 Prozent (wobei in Mähren und Schlesien die Situation weniger dramatisch war als in Böhmen). BRANDES, Detlef, *Sudetští Němci v krizovém roce 1938* [Die Sudetendeutschen im Krisenjahr 1938], Prag 2012, 29 – 35.

<sup>107</sup> HANUSCH, Norbert Klein, 309.

<sup>108</sup> HANUSCH, Gerhard, Paul Heider, in: ARNOLD, Udo (Hg.), *Die Hochmeister des Deutschen Ordens 1190 – 2012, Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, Band 40*, Weimar 2015, 315.

Sudetendeutschtum über Parteien und Stände hinweg sammeln wollte. Die Staatsbehörden verschärften die Maßnahmen im Grenzland und beobachteten mit Misstrauen jedes Anzeichen einer möglichen politischen Vereinigung zwischen dem Sudetenland und Deutschland. In Troppau fand noch im Jahr 1933 der sogenannte Patscheider - Prozess gegen sudetendeutsche Nationalsozialisten statt, der die Stadt in große Unruhe versetzte. Die Protagonisten des Prozesses hatten zwar keine Verbindungen zum Deutschen Orden, doch wurde diese Episode später von der kommunistischen Propaganda aufgegriffen und ausgenutzt werden (siehe dazu das Kapitel 4 dieser Arbeit).

Der Hochmeister Paul Heider, der schon vor seiner Wahl gesundheitlich schwer angeschlagen gewesen war (weshalb er sogar seine Wahl zunächst ablehnte), verstarb am 25. Januar 1936 in Troppau. „Mit dem Ableben Heiders ging eine segensreiche Periode in der Geschichte des Deutschen Ordens in der Tschechoslowakei zu Ende.“<sup>109</sup> Die Neuwahl des Hochmeisters erfolgte am 24. März 1936 in Wien und zum Hochmeister wurde der enge Mitarbeiter von Heider und Generalökonom des Ordens P. Robert Schälzky OT gewählt; am 29. März 1936 wurde er von Kardinal Theodor Innitzer zum Abt benediziert.<sup>110</sup> Bereits in den ersten Tagen nach seiner Wahl bemühte sich der Hochmeister, in der Zeit der wachsenden Spannung zwischen Sudetendeutschen und Tschechen, sein Entgegenkommen der Tschechoslowakei gegenüber zu äußern. Am 1. April 1936, während des feierlichen Empfangs für die Vertreter der tschechoslowakischen Behörden, versicherte Schälzky den schlesischen Bezirkshauptmann seiner Loyalität zur Republik<sup>111</sup>. Zugleich wandte sich der neugewählte Hochmeister auch an die Kanzlei des Staatspräsidenten mit der Bitte um Audienz beim Staatspräsidenten Edvard Beneš<sup>112</sup>, um „ihm im eigenen Namen und im

---

<sup>109</sup> HANUSCH, Paul Heider, 318.

<sup>110</sup> HANUSCH, Gerhard, Robert Schälzky, in: ARNOLD, Udo (Hg.), Die Hochmeister des Deutschen Ordens 1190 – 2012, Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, Band 40, Weimar 2015, 322. Kardinal Theodor Innitzer wurde am 18. Oktober 1933 vom HI. Stuhl zum Kardinalprotektor des Deutschen Ordens ernannt. HEYDERER, Dieter, Die Geschichte der Österreichischen Brüderprovinz des Deutschen Ordens vom Untergang der Monarchie bis zur Gegenwart, Diplomarbeit, Katholisch-theologische Fakultät der Universität Wien, 1994, 34.

<sup>111</sup> A KPR, Fond KPR 1919 – 1947, Karton 285, Sign. A 1276/36a.

<sup>112</sup> Der bisherige Außenminister Dr. Edvard Beneš wurde 1935 zum Nachfolger von Tomáš Garrigue Masaryk gewählt, der aus Gesundheits- und Altersgründen auf sein Amt resignierte. Die Wahl von Beneš verlief nicht einfach, nach aktiven Interventionen des Nuntius unterstützten ihn auch die katholischen politischen Parteien.

Namen des ganzen Deutschordens den Ausdruck tiefster Verehrung und treuester Ergebenheit unterbreiten zu dürfen.<sup>113</sup>“ Das Außenministerium empfahl die erbetene Audienz und der Staatspräsident empfing den neuen Hochmeister in Begleitung des Generalökonomen P. Beda Romanczyk OT am 1. Juni 1936 um 12 Uhr auf der Prager Burg.<sup>114</sup>

Johannes Baptist Robert Schälzky wurde am 13. August 1882 in Braunseifen (Rýžoviště, Nordmähren) als eines der neun Kinder des Ehepaares Johann und Anna Schälzky geb. Klein geboren – er war also Neffe des Hochmeisters Norbert Klein. Nach dem Abitur auf dem Gymnasium in Troppau trat er 1902 in den Deutschen Orden ein und das Noviziat verbrachte er im dortigen Brüderkonvent. Das Studium absolvierte Schälzky an der Theologischen Lehranstalt in Brixen, zu seinen Professoren gehörte zum Beispiel der spätere Erzbischof von Salzburg Dr. Sigmund Waitz. Waitz, ein engagierter Vertreter christlichsozialer Reformideen, schrieb später: „Schälzky zählte zu den eifrigsten Besuchern des Kollegs und war ein feuriger und gewandter Redner.“<sup>115</sup> 1906 legte Robert Schälzky die feierliche Ordensprofess ab und im darauf folgenden Jahr empfing er die Priesterweihe. Nach der Weihe wurde er nach Freudenthal geschickt, wo er als Katechet an der Bürgerschule wirkte.

Von Beginn an engagierte sich P. Robert Schälzky in verschiedenen katholischen Vereinen. Zum Beispiel übernahm er die Leitung des Volksvereins in Freudenthal; er war auch Mitbegründer des Diözesanverbandes der katholischen Jugend und Leiter des Gaus Freudenthal dieses Verbandes.<sup>116</sup> 1909 wurde Schälzky zum Landesleiter des Volksbundes der Katholiken Österreichs in Österreich-Schlesien ernannt. Nach der Entstehung der Tschechoslowakei transformierte sich diese Organisation auf dem Gebiet des neuen Staates in den Volksbund deutscher Katholiken in Mähren und Schlesien mit Sitz in Freudenthal – Schälzky war einer der Mitbegründer und von Anfang an

---

<sup>113</sup> A KPR, Fond KPR 1919 – 1947, Karton 285, Sign. A 854/36.

<sup>114</sup> A KPR, Fond KPR 1919 – 1947, Karton 285, Sign. A 1276/36b.

<sup>115</sup> HANUSCH, Robert Schälzky, 320.

<sup>116</sup> Eines der Mitglieder des katholischen Jugendvereines in Freudenthal war auch Eduard Schlusche, der sich später als Besitzer von mehreren Buchhandlungen in Nordmähren gegen den Nationalsozialismus stellte. Er druckte zum Beispiel die Enzyklika *Mit brennender Sorge* und schmuggelte sie ins Deutsche Reich. 1941 wurde er von der Gestapo verhaftet und ins KZ Auschwitz und Ende 1942 ins KZ Hamburg-Neuengamme überführt, wo er umgebracht wurde. GRULICH, Rudolf, *Sudetoněmečtí katolíci jako oběti nacismu* [Sudetendeutsche Katholiken als Opfer des Nationalsozialismus], Brunn 2002, 43 – 45.

Vorstandsmitglied. Darüber hinaus leitete er wiederholt Priesterzusammenkünfte, die den Anstoß zur Gründung des Vereins für die deutsche katholische Geistlichkeit in der Erzdiözese Olmütz gaben. Jährlich fanden im Deutschordensschloss in Freudenthal soziale Kurse statt, zu denen prominente Theologen eingeladen wurden, zum Beispiel der Sozialethiker Prof. Oswald von Nell-Breuning SJ.<sup>117</sup>

Ein interessantes Kapitel aus dem Leben Schälzkys stellt zweifelsohne sein Wirken in der Politik – sowohl auf regionaler als auch gesamtstaatlicher Ebene - dar. Bereits nach dem Ersten Weltkrieg wurde er zum Vizebürgermeister von Freudenthal gewählt, viel wichtiger war allerdings sein Engagement in der Deutschen Christlichsozialen Volkspartei (DCV), die sich im Laufe des Jahres 1919 konstituierte<sup>118</sup> und derer Gründungsmitglied P. Robert Schälzky OT ebenfalls war.<sup>119</sup> In der eskalierenden Situation der ersten Jahre der neuen tschechoslowakischen Republik (s.o.) gehörte diese Partei eher zu den gemäßigten deutschen politischen Gruppen. Ein nationaler Aspekt konnte aber in ihrem Programm nicht fehlen und sie rief nach einer vollen politischen Gleichberechtigung und gesicherten Selbstverwaltung für die Deutschen in der Tschechoslowakei: „Die Deutsche Christlichsoziale Volkspartei erkannte jedoch trotz ihres augenscheinlichen Nationalismus sehr rasch die Realität der Nachkriegsentwicklung, bekannte sich zur Existenz der Tschechoslowakei und unterstützte deren demokratische Ordnung.“<sup>120</sup> Der „aktivistische Flügel“ der Partei verlangte ein volles Engagement im Rahmen des neuen Staates, auch wenn dieser weiterhin „unerwünscht“ blieb – einer der Hauptvertreter dieser Linie war der Professor für Römisches Recht Robert Mayr-Harting (s.o.). Ihm schloss sich am Anfang der 20er Jahre auch Schälzky an, der laut Historiker Šebek ursprünglich eher zum radikalen Flügel der Partei gehörte.<sup>121</sup>

---

<sup>117</sup> HANUSCH, Robert Schälzky, 321.

<sup>118</sup> Es ging um einen längeren Prozess der Verselbständigung und Ablösung von der Österreichischen Christlichsozialen Volkspartei; die erste Parteikonferenz fand im September 1919 in Prag statt. ŠEBEK, Jaroslav, Sudetendeutscher Katholizismus auf dem Kreuzweg. Politische Aktivitäten der sudetendeutschen Katholiken in der Ersten Tschechoslowakischen Republik in den 30er Jahren, Münster 2010, 21 – 22.

<sup>119</sup> DEMEL, Der Deutsche Orden in der CSR 1918 – 1938, 308.

<sup>120</sup> ŠEBEK, Sudetendeutscher Katholizismus auf dem Kreuzweg, 23 – 24.

<sup>121</sup> ŠEBEK, Jaroslav, Mezi křížem a národem. Politické prostředí sudetoněmeckého katolicismu v meziválečném Československu [Zwischen Kreuz und Nation. Das politische Milieu des sudetendeutschen Katholizismus in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit], Brunn 2006, 81.

Die ersten Wahlen in das tschechoslowakische Parlament fanden im April 1920 statt<sup>122</sup> und die DCV erhielt 212 913 Stimmen, was ungefähr 3 Prozent aller Stimmen ausmachte und 10 Abgeordnetenmandate bedeutete. Unter den Neugewählten befand sich auch P. Robert Schälzky OT, der in den schlesischen Bezirken kandidiert hatte. Wie in der Einleitung erwähnt wurde, findet sich eine ausführliche Darstellung der Tätigkeit Schälzkys im Prager Parlament in den Jahren 1920 – 1925 in der Studie von Miloš Zámecký. Hier soll daher nur kurz erwähnt werden, dass sich Schälzky überwiegend für die Sozialpolitik interessierte (er war auch Mitglied des Sozialpolitischen Ausschusses) und sich große Verdienste vor allem bei der Ausarbeitung eines neuen Rentengesetzes erwarb. In dieser Zeit trat Schälzky mit vielen Politikern in Kontakt, persönlich lernte er auch den späteren Staatspräsidenten Beneš kennen. Im Jahr 1925 musste Schälzky allerdings sein Abgeordnetenmandat niederlegen: Der Hl. Stuhl hatte in einem Rundschreiben vom 24. Februar 1924 im Sinne des Kanons 139 CIC das Verbot jegliches Engagements der Ordenspriester in der Politik wiederholt.<sup>123</sup>

Schälzky nahm nach dem Abschied vom Parlament sein pädagogisches Wirken wieder auf. 1927 wurde er vom Olmützer Erzbischof Prečan zum Inspektor des Religionsunterrichtes für die deutschsprachigen Bürgerschulen in der Erzdiözese ernannt. Später erhielt er auch einen Sitz in der deutschsprachigen Sektion des Landesschulrates in Brünn. Im gleichen Jahr wurde er zum Präsidenten des Volksbundes Deutscher Katholiken gewählt, was „die katholische Bevölkerung mit großer Genugtuung begrüßte.“<sup>124</sup> Ab September 1929 wurde er Dechant in Freudenthal und auch im Deutschen Orden nahm er weitere wichtige Aufgaben wahr: 1930 wurde er in das Amt des Generalökonomens und Spitlers berufen. Nach der Resignation Kleins als Hochmeister wurde er zusätzlich zum Generalrat gewählt. Seine Wahl zum Hochmeister im März 1936 kam daher nicht überraschend. Als Ordensoberer bemühte er sich, engere Kontakte zu den einzelnen Ordensprovinzen aufzunehmen. Seine Vorgänger besuchten

---

<sup>122</sup> KLIMEK, *Velké dějiny země koruny české*, 163 – 166.

<sup>123</sup> HORÁK, *Der Weg des Deutschen Ordens vom Ritterorden zum Klerikalinstitut in der Tschechoslowakischen Republik*, 54. Hanusch schreibt das Verbot der parlamentarischen Betätigung von Ordenspriestern einer nichtspezifizierten „tschechischer Intervention“ zu. Vgl. HANUSCH, Robert Schälzky, 321 – 322. Da das päpstliche Rundschreiben auf Italienisch abgefasst ist, spricht mehr dafür, dass die Intervention dem damaligen italienischen Wahlkampf und der Partei des italienischen Priesters Don Luigi Sturzo galt.

<sup>124</sup> HANUSCH, Robert Schälzky, 322.

vor allem aufgrund ihres schlechten Gesundheitszustandes die anderen Provinzen nur sehr selten. Darüber hinaus legte er Wert auf interne Verbesserungen, wie die Vereinfachung der Verwaltung, die Rationalisierung der ordenseigenen Betriebe oder die Modernisierung der Krankenhäuser.<sup>125</sup> Die größte Herausforderung stellte aber die politische Situation in der Tschechoslowakei (und später in Österreich) dar, die sich für den Orden allmählich lebensbedrohlich entwickelte.

### 2.2.3 „Im Schatten Hitlers und Henleins“

„Im Schatten Hitlers und Henleins“ – mit dieser Überschrift leitet der Historiker Šebek das in seinem Buch *Zwischen Kreuz und Nation* das Kapitel über die Geschichte der sudetendeutschen politischen Parteien nach 1933 ein. Gut würde diese Überschrift aber auch zur Geschichte des gesamten Sudetenlandes und zum Leben des Deutschen Ordens in jener Zeit passen: Der Regierungsantritt von Adolf Hitler in unmittelbar benachbartem Deutschland und das Echo der neuen nationalsozialistischen Ideologie im sudetendeutschen Milieu beeinflussten sie ganz mächtig. Wie schon erwähnt, trugen auch die schwierigen sozialen Folgen der Weltwirtschaftskrise zur Radikalisierung der Bewohner des sudetendeutschen Grenzlandes (mehr in Böhmen als in Mähren und Schlesien) wesentlich bei.

Die ersten Reaktionen des sudetendeutschen katholischen Milieus auf die Machtübernahme Hitlers waren eher abwartend. Die sudetendeutschen politischen Parteien erwarteten keine Änderungen der Verfassung oder des demokratischen politischen Systems in Deutschland. Sie hielten es für unmöglich, dass Hitler sein ganzes Programm durchsetzen könnte und in der Person des Staatspräsidenten Paul Hindenburg sahen sie einen Garanten der bestehenden Verfassung und ihrer demokratischen Werte. Ähnlich bewerteten im Frühjahr 1933 die Situation in Deutschland mehrheitlich aber auch die tschechischen katholischen Kreise – in Adolf Hitler sahen sie v.a. ein Bollwerk gegen den Bolschewismus.<sup>126</sup> Am 1. Oktober 1933

---

<sup>125</sup> HANUSCH, Robert Schälzky, 324.

<sup>126</sup> ŠEBEK, *Mezi křížem a národem*, 195 – 196. Ähnlich schaute die Einstellung vieler deutscher Katholiken im März 1933 aus. Vgl. HEHL, Ulrich, *Das Kirchenvolk im Dritten Reich*, in: GOTTO, Klaus/REPGEN, Konrad (Hgg.), *Die Katholiken und das Dritte Reich*, Mainz 1990, 97.

gründete Konrad Henlein die politische Bewegung Sudetendeutsche Heimatfront (SHF), die alle Sudetendeutsche dazu aufrief, die politischen, ständischen oder gesellschaftlichen Zwiespälte und Rivalitäten beiseite zu lassen und sich auf einer nationalen Basis zu vereinen. Diese Basis stellte die SHF dar, die die Interessen der ganzen sudetendeutschen Minderheit in der Tschechoslowakei verteidigen sollte. Die SHF bekannte sich zu christlichen Werten und proklamierte, dass sie die katholische Kirche respektiere.

Ein nicht unbedeutender Teil sudetendeutscher Katholiken stand der Idee der großen „umfassenden“ Heimatfront aufgeschlossen gegenüber. Zum Beispiel schlossen sich viele katholische Jugendvereine (darunter auch der Staffelstein) sofort der SHF sofort oder äußerten ihre Sympathien und Nähe zur Bewegung Henleins. „Die gläubige Jugend fühlte sich berufen, das sudetendeutsche Volk zu einigen und politische, soziale sowie konfessionelle Barrieren zu überwinden... Die Befürworter dieser geistlich-nationalen Aktivitäten waren davon überzeugt, dass die Vermischung christlicher und nationaler Ideen nicht nur helfen würde, das sudetendeutsche Volk zu einen, sondern auch dazu beitrug, dass die Mehrheit des Volkes den Weg zu christlichen Werten, zu christlicher Moral und vor allem zu Gott finden würde.“<sup>127</sup> Die Parlamentswahlen im Jahr 1935 bedeutete eine Verstärkung dieses Trends: Die SHF, die sich in die Sudetendeutsche Partei (SdP) transformierte, wurde mit 15,8 Prozent Stimmen zur stärksten Partei in der ganzen Tschechoslowakei (die DCV erhielt dagegen nur 1,98 Prozent). Es stieg die Zahl der sudetendeutschen katholischen Organisationen, die sich zur „nationalen“ Auffassung des Glaubens bekannten – auf diese Tatsache wies Mitte der 30er Jahre auch die Prager Nuntiatur hin, die vor ihrer Annäherung zu den Ideen des Nationalsozialismus warnte.<sup>128</sup>

Einen gewissen Einfluss auf das sudetendeutsche katholische Milieu hatten auch die Situation in Österreich nach 1933 und die Politik des Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß. Vor allem das Konzept eines Ständestaates, der die verschiedenen sozialen Schichten in einer „Nationalgemeinschaft“ vereinen würde, fand unter den Sudetendeutschen, die, ähnlich wie die österreichische Gesellschaft, von den dauernden

---

<sup>127</sup> ŠEBEK, Labore des Glaubens und der Welt, 54.

<sup>128</sup> ŠEBEK, Labore des Glaubens und der Welt, 55.

politischen Streitigkeiten und von der aussichtslosen ökonomischen Lage erschöpft waren, viel Anklang.<sup>129</sup> Die Nähe zum österreichischen Katholizismus demonstrierte u.a. die Einladung des Wiener Erzbischofs Kardinal Theodor Innitzer (der aus Weipert in Nordböhmen stammte) in die deutschsprachige Sektion der gesamtstaatlichen Katholikenversammlung, die 1935 in Prag stattfand. An ihrer Organisation beteiligte sich auch P. Robert Schälzky OT, den der Olmützer Erzbischof Leopold Prečan dazu beauftragte, weil sich Schälzky „immer um das Zusammenschweißen der Christen in der Tschechoslowakei bemüht hatte<sup>130</sup>“. Zu diesem Anlass kamen ungefähr 40 000 – 60 000 Gläubige aus dem Sudetenland nach Prag. Es ging um eine ziemlich hohe Zahl, weil im Grenzland immer noch eine schwierige soziale Situation herrschte und die Reise und Unterkunft in der Hauptstadt einen großen finanziellen Aufwand bedeuteten. Von der jungen sudetendeutschen Generation nahmen an der Versammlung weniger teil als erwartet – die Studenten lehnten die „österreichische“ Orientierung der deutschsprachigen Sektion und ihren Hauptgast Kardinal Innitzer ab, der in dieser Zeit der großdeutschen Idee und dem Nationalsozialismus kritisch gegenüber stand.<sup>131</sup>

Die Katholikenversammlung legte also auch eine gewisse Spaltung innerhalb des sudetendeutschen katholischen Milieus offen. Die jüngere Generation, die Studenten, einige Ordensgemeinschaften und viele Verbände und Vereinigungen unterstützten die Idee einer gemeinsamen „überkonfessionellen“ Front, wie sie die SdP verkörperte. Konrad Henlein fand viele Anhänger auch unter jungen Priestern, die seine Forderung einer Entpolitisierung der Kirche<sup>132</sup> unterstützten. Es gab im sudetendeutschen katholischen Milieu aber auch eine kritische Minderheit, die die Position der SdP ablehnte und die den Versprechen Henleins bezüglich der Rechte der Kirche nicht glaubte. In dieses Lager gehörten zum Beispiel der Diözesanbischof von Leitmeritz Alois Weber, der Vertreter der christlichen Gewerkschaften Hans Schütz oder der Olmützer

---

<sup>129</sup> ŠEBEK, Od konfliktu ke smíření, 44.

<sup>130</sup> ŠURÁŇOVÁ, Vztah Československé republiky a Německého řádu, 60.

<sup>131</sup> So interpretierte der deutsche Botschafter in Prag Walter Koch die Abwesenheit der jungen sudetendeutschen Generation in seinem Bericht über die Katholikenversammlung. ŠEBEK, Od konfliktu ke smíření, 48.

<sup>132</sup> In einer Ansprache im Februar 1936 bezeichnete Konrad Henlein seine Partei als einzigen Verteidiger christlicher Werte. Die Kirche solle laut Henlein ausschließlich auf der Ebene der geistlichen und pastoralen Praxis wirken – ein politisches Engagement der Kirche lehnte er als unvereinbar mit ihrem Wesen ab, da dadurch das kirchliche Leben säkularisiert werde. ŠEBEK, Sudetendeutscher Katholizismus auf dem Kreuzweg, 209.

Domkapitular Josef Kraft. Zum größten politischen Gegner der SdP wurde die Deutsche Christlichsoziale Volkspartei, die in der SdP eine Bedrohung der demokratischen Prinzipien sah; außerdem wussten ihre Politiker sehr gut, dass viele ihrer ehemaligen Wähler zur SdP übergegangen waren. Bei den Parlamentswahlen 1935 erhielt die DCV in Nord- und Westböhmen ungefähr um 10 Prozent Stimmen weniger als bei den Wahlen 1929; in den konservativen landwirtschaftlichen Gebieten von Mähren und unter den Arbeitern in Schlesien waren die Verluste nicht so markant.<sup>133</sup>

Der Ordenshistoriker Demel zählt zu den Gegnern der SdP auch den Deutschen Orden und sein „Milieu“, vor allem die Laien, die der Orden beeinflusste und die sich im öffentlichen Leben engagierten. (Darüber hinaus gab es immer noch Verbindungen zwischen dem Orden und den Politikern der DCV; die DCV hatte in Mährisch-Schlesien eine wichtige Wählerbasis). Hochmeister Schälzky, der „gegenüber der Henlein-Bewegung kritisch und wachsam blieb<sup>134</sup>“, unterstützte energisch den Reichsbund der katholischen Jugend, der es im Unterschied zu Staffelstein ablehnte, sich der SdP anzuschließen. Der Reichsbund gründete im Juli 1936 eine eigene Akademikerschaft mit studentischem Unterbau und seine erste Tagung hielt er im gleichen Jahr auf der Deutschordensburg Eulenburg in Nordmähren ab. Unter dem Ehrenschutz des Hochmeisters wurden in den zwei darauf folgenden Jahren auf der Eulenburg Akademikertagungen veranstaltet, auf denen zum Beispiel der Domkapitular Josef Kraft, der Politiker und Gewerkschafter Hans Schütz oder der Freudenthaler Gymnasialprofessor P. Heribert Kluger OT Referate hielten.<sup>135</sup>

Der Beurteilung von Bernhard Demel, wonach der Deutsche Orden eine kritische Distanz gegenüber der SdP wahrte, entsprachen die ersten Schritte des neugewählten Hochmeisters im Frühling 1936. Unmittelbar nach seiner Wahl setzte Schälzky mehrere Zeichen seiner Loyalität zur Tschechoslowakischen Republik (zum Beispiel die Audienz beim Staatspräsidenten Edvard Beneš - s.o.). Dass es sich dabei nicht nur um eine reine Formalität handelte, bezeugt die Tatsache, dass der Hochmeister im Herbst 1936 für den Fall einer Mobilisierung oder eines Krieges dem Staatspräsidenten das Netz

---

<sup>133</sup> ŠEBEK, Mezi křížem a národem, 243 – 244.

<sup>134</sup> DEMEL, Der Deutsche Orden in der CSR 1918 – 1938, 318.

<sup>135</sup> DEMEL, Der Deutsche Orden in der CSR 1918 – 1938, 319 – 320.

ordenseigener karitativer Einrichtungen zur Verfügung stellte.<sup>136</sup> Ende August 1937 besuchte der Staatspräsident – genauso wie sein Vorgänger – in Begleitung von einigen Ministern die Ordensburg Busau. Während dieses Besuches soll der Hochmeister dem Staatspräsidenten ein großzügiges Geschenk in Höhe von 1 Million Kronen zum Zweck des Ausbaus der Grenzbefestigung gegen Nazi-Deutschland übergeben haben.<sup>137</sup> Für die „ausgezeichnete Pflege und kostbare Gastfreundschaft“ des Ordens auf der Burg Busau bedankte sich später beim Hochmeister noch der Leiter der Militärkanzlei des Staatspräsidenten Divisionsgeneral Bláha persönlich.<sup>138</sup> Aufzeichnungen im Archiv der Kanzlei des Staatspräsidenten zufolge trafen sich der Hochmeister und Staatspräsident Beneš noch einmal, am 2. Dezember 1937, auf der Prager Burg; der Inhalt der Besprechung lässt sich aber aus den Quellen nicht mehr erschließen.<sup>139</sup>

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dem Hochmeister und dem ganzen Orden eine „Germanisierung“ des tschechoslowakischen Grenzlandes vorgeworfen und es wurde oft auf ihre angeblichen „Sympathien“ zur Bewegung Henleins hingewiesen (ausführlich dazu die Kapitel 3 und 4 dieser Arbeit). Auch wenn die vielschichtige, komplizierte und mit vielen Vorurteilen belastete Geschichte der tschechoslowakischen Ordensprovinz in der Zeit der Ersten Republik noch von der historischen Forschung grundsätzlich bearbeitet werden muss, so kann hier dennoch die These ausgesprochen werden, dass man von einer Affinität des Ordens zur SdP oder zu anderen radikalen sudetendeutschen Strömungen nicht reden kann. Jarmila Šuráňová bringt in ihrer Dissertation mehrere Gründe<sup>140</sup>, warum Hochmeister Schälzky als eine der demokratischen Tschechoslowakei gegenüber loyale Person bezeichnet werden kann (und warum er auch später von den nationalsozialistischen Behörden eher despektierlich behandelt wurde – s.u.):

1. Schälzky unterstützte die Wahl von Edvard Beneš zum Staatspräsidenten.

---

<sup>136</sup> A KPR Fond KPR 1919 – 1947, Karton 285, Sign. D 12096/35. Der Generalstab der tschechoslowakischen Armee lehnte allerdings dieses Angebot vorläufig ab – mit der Begründung, dass in diesen Fällen die karitative Arbeit vom Roten Kreuz verrichtet werden sollte.

<sup>137</sup> ŠURÁŇOVÁ, Vztah Československé republiky a Německého řádu, 63.

<sup>138</sup> A KPR Fond KPR 1919 – 1947, Karton 285, Sign. A 1554/37.

<sup>139</sup> A KPR Fond KPR 1919 – 1947, Karton 285, Sign. A 3874/37.

<sup>140</sup> ŠURÁŇOVÁ, Vztah Československé republiky a Německého řádu, 65 – 66.

2. Die Stellung Schälzkys zum Nationalsozialismus war immer kritisch, er sympathisierte dagegen mit der Ersten Republik.
3. Schälzky unterstützte immer (auch während seiner politischen Karriere) das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Tschechen – diese Überzeugung wurde von den Nationalsozialisten als Verrat wahrgenommen.
4. Schälzky pflegte viele Kontakte mit den tschechoslowakischen Politikern, die er seit der Zeit seines Abgeordnetenmandates persönlich kannte.
5. Der Orden und der Hochmeister trugen zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wiederbelebung des Grenzlandes bei.

Auf jeden Fall befand sich die Ordensprovinz in der Tschechoslowakei zum Ende der 30er Jahre trotz der Bodenreform und nach der Wirtschaftskrise wieder in einer guten Verfassung, sowohl personell<sup>141</sup> als auch ökonomisch. In dieser Zeit verkündete zumal Papst Pius XI. das Ende der Apostolischen Visitation (s.o.) und auch die innere Ordensreform näherte sich einem erfolgreichen Abschluss. Das Krisenjahr 1938 in Österreich und in der Tschechoslowakei unterbrach allerdings „die Aufwärtsentwicklung des Deutschen Ordens und stürzte ihn in eine tiefe Krise<sup>142</sup>“.

---

<sup>141</sup> Laut Personalstand vom 1938 lebten in der tschechoslowakischen Ordensprovinz 38 Priester, 4 Kleriker, 2 Laienbrüder und 322 Ordensschwwestern. ZAO, Němečtí rytíři – úřad velmistra Bruntál, Inv. Nr. 400, Sign. 511, 611, Karton 99.

<sup>142</sup> HANUSCH, Robert Schälzky, 324.

## 2.3 Das Krisenjahr 1938 und der Zweite Weltkrieg

Die unruhige Situation im Sudetenland eskalierte nach dem Anschluss Österreichs im März 1938. Die Mehrheit der deutschsprachigen Bevölkerung sah in diesem Ereignis ein erstes Zeichen dafür, dass die Vereinigung aller Deutschen im Sinne des großdeutschen Konzepts möglich ist und dass ihre Verwirklichung nicht unbedingt einen Krieg bedeuten muss. Die SdP organisierte im Grenzland verschiedene Volksversammlungen, auf denen jetzt ganz öffentlich der Wunsch nach einem Anschluss des Sudetenlandes an Nazi-Deutschland proklamiert wurde.<sup>143</sup> Als am 18. März 1938 Konrad Henlein zur Parteiversammlung nach Troppau anreiste, wurde er von deutschen Jugendlichen mit dem Ruf „Sieg Heil“ begrüßt.<sup>144</sup> Im Frühjahr und spätestens im Sommer 1938 löste sich die Mehrheit der katholischen Jugendvereine auf (bis dahin hatten sie mindestens eine formelle organisatorische Selbstständigkeit behalten) und gingen in die „Sudetendeutsche Volksjugend“ über, die eine untergeordnete Organisation der SdP darstellte.<sup>145</sup> Die Vertreter und Anhänger anderer sudetendeutschen Parteien wurden schikaniert und zum Übertritt in die SdP gezwungen.

Nach dem Anschluss Österreichs verbreitete sich unter den zwei letzten aktiven Parteien des sudetendeutschen katholischen Milieus (neben der DCV ging es noch um den Bund der Landwirte) eine große Skepsis. Die Leitung der DCV nahm die radikalisierte Umgebung wahr und sah sich isoliert; der Anschluss Österreichs bedeutete auch den Verlust einer wichtigen internationalen Verbindung und einer „Stütze“ gegen die großdeutschen Phantasien im Sudetenland. Am 24. März 1938 wurde der Übertritt der Abgeordneten und Senatoren der DCV in die SdP beschlossen, rein formell löste sich die Partei aber nicht auf. Nicht alle örtlichen Organisationen der DCV waren mit diesem Schritt der Parteileitung einverstanden – laute Proteste wurden zum Beispiel aus Freudenthal gemeldet.<sup>146</sup> Laut Jaroslav Šebek stand hinter der Vereinigung mit der SdP vor allem der Senator und Professor für Kirchenrecht Prälat Karl Hilgenreiner, einer der Autoren des politischen Programmes der DCV. Seine Entscheidung habe vor allem die

---

<sup>143</sup> Seit Ende 1937 war die SdP ein direktes Mittel der Politik Hitlers. Konrad Henlein versprach dem deutschen Kanzler eine volle Unterstützung seiner Politik, was in erster Linie die Unterstützung der Liquidierung der Tschechoslowakei und ihrer Angliederung an Nazi-Deutschland bedeutete. KURAL, Václav, *Konflikt místo společenství? [Konflikt statt Gemeinschaft?]*, Prag 1993, 165.

<sup>144</sup> BRANDES, *Sudetští Němci v krizovém roce 1938*, 66.

<sup>145</sup> ŠEBEK, *Mezi křížem a národem*, 297.

<sup>146</sup> BRANDES, *Sudetští Němci v krizovém roce 1938*, 69.

Einstellung des Wiener Kardinals Theodor Innitzer<sup>147</sup> beeinflusst, der Ende März 1938 dem nationalsozialistischen Regime gegenüber seine Loyalität äußerte.<sup>148</sup> Die Eingliederung der DCV in die SdP hatte aber auch ihre bedeutenden Kritiker. Zum Beispiel die christlichen Gewerkschaften, die in einer engen Verbindung mit der DCV standen. Mit Hans Schütz an der Spitze lehnten sie eine Eingliederung in die SdP ab; der ehemalige Minister der DCV Prof. Mayr-Harting verließ die Politik.

Auch in der Kirche nahmen in dieser Zeit die nationalen Spannungen zu. Die Kluft zwischen den tschechischen und deutschen Katholiken vertiefte sich nach dem Anschluss Österreichs, mit dem die konservativeren Kreise Kontakte pflegten. Die tschechische katholische Presse äußerte sich über die Schritte des Wiener Erzbischofs enttäuscht. Ein Publizist schrieb: „Ich kann unmöglich begreifen, warum der Mann, der für einen Verteidiger des selbstständigen Österreichs gehalten wurde... seine eigene Vergangenheit und den Bundeskanzler mit demonstrativer Freude verließ... Und warum er seine Freude mithilfe der nationalsozialistischen Terminologie ausdrückte...“<sup>149</sup> Auch die Trennungen innerhalb des sudetendeutschen katholischen Milieus wurden immer deutlicher. Während die Mehrheit der Gläubigen der SdP vertraute, hatte die nationalsozialistische Ideologie und Politik auch ihre bedeutenden Gegner – zum Beispiel den Leitmeritzer Bischof Alois Weber oder den Präfekten des Knabenseminars in Freudenthal Karl Schrammel. Bischof Weber versuchte, den Reichsbund der katholischen Jugend, der dem Deutschen Orden nahe stand (s.o.), zu retten. Nach Absprache mit dem Prager Kardinal Kašpar schlug er vor, dass seine ungefähr 10 000 Mitglieder in die Dachorganisation der SdP „Jungturnerschaft“ übertreten könnten, aber nur unter der Bedingung, dass ihnen dort eine religiöse Erziehung ermöglicht werde.<sup>150</sup>

Der Anschluss Österreichs hatte wesentliche Auswirkungen auch auf den Deutschen Orden: Seine österreichische Provinz geriet bald ins Visier der neuen

---

<sup>147</sup> Ausführlich zur Person des Wiener Erzbischofs LIEBMANN, Maximilian, Kardinal Innitzer und der Anschluss – Kirche und Nationalsozialismus in Österreich 1938, Graz 1982.

<sup>148</sup> ŠEBEK, Mezi křížem a národem, 296 - 297. Es soll hinzugefügt werden, dass der Prälat Hilgenreiner im März 1939 die Okkupation von Böhmen und Mähren öffentlich verurteilte. 1944 wurde er im Kloster Zámuky, einem Konzentrationskloster für Priester inhaftiert. 1946 wurde er aus der Tschechoslowakei abgeschoben und wirkte als Hilfskaplan am Rande von Wien.

<sup>149</sup> Zitiert nach ŠEBEK, Od konfliktu ke smíření, 60 – 61.

<sup>150</sup> Dieses Versprechen wurde allerdings seitens der Vertreter der SdP nicht eingehalten, die bald nicht mehr über eine „religiöse Erziehung“ sprachen, sondern garantieren lediglich eine „weltanschauliche Orientierung“. BRANDES, Sudetští Němci v krizovém roce 1938, 72 - 73.

nationalsozialistischen Behörden. Am 14. Mai 1938 ließ der Reichsstatthalter in Österreich Arthur Seyß-Inquart „das Gesetz über die Überleitung und Eingliederung von Vereinen, Organisationen und Verbänden“ veröffentlichen – auf der Liste der unerwünschten Institutionen befand sich auch der Deutsche Orden. Drei Tage später wurde vom Gauleiter Joseph Bürckel der SA-Oberführer Dr. Karl Khek zum kommissarischen Leiter des Ordens bestellt, mit dem Auftrag, seine Auflösung vorzubereiten. Am 1. September 1938 wurde die „Organisation Ballei Österreich des Deutschen Ritterordens, Wien 1 Bez. Singerstr.7“ vom Stillhaltekommissar für Vereine, Organisationen und Verbände Albert Hoffmann aufgelöst und das gesamte Vermögen eingezogen.<sup>151</sup> Die sowohl mündlichen als auch schriftlichen Proteste des Kardinalprotektors des Ordens Innitzer bewirkten nichts.<sup>152</sup> Der Hochmeister, der von der drohenden Auflösung des Ordens in Österreich fast zwei Monate lang nichts wusste, informierte telegraphisch die vatikanische Religiosenkongregation. Aus Rom kamen aber keine Anweisungen, wie man handeln sollte.<sup>153</sup>

Das Deutsche Haus in Wien, der eigentliche offizielle Sitz des Hochmeisters, wurde nach der Enteignung teilweise renoviert und der SS übergeben. Zu diesem Anlass hielt ihr Reichsführer Heinrich Himmler in den ehemaligen Ordensräumen eine Rede, die von der Idee der Realisierung eines „eigenen Deutschen Ordens“ durchdrungen war.<sup>154</sup> Diese Rede könnte einen Hinweis auf die ideologischen Gründe geben, die neben den ökonomischen Interessen Nazi-Deutschlands (die Rüstungsaufgaben waren hoch) bei der Auflösung des Deutschen Ordens eine Rolle spielen konnten. Die nationalsozialistische Ideologie kannte nämlich einen deutschen nationalen Männerbund mit dem Namen „Deutscher Orden“, der das kommende Deutsche Reich (im Unterschied zum bisherigen mythenlosen „marxistischen und bürgerlichen“ Deutschland) durch einen Höchstwert, an den die Deutschen glauben werden und für den sie zu kämpfen bereit seien, formen sollte.<sup>155</sup> Unter bewusster demagogischer Verfälschung der preußischen Geschichte der

---

<sup>151</sup> HEYDERER, Dieter, Die Geschichte der Österreichischen Brüderprovinz des Deutschen Ordens, 41.

<sup>152</sup> HANUSCH, Robert Schälzky, 324.

<sup>153</sup> DEMEL, Der Deutsche Orden in der CSR 1918 – 1938, 323.

<sup>154</sup> HEYDERER, Die Geschichte der Österreichischen Brüderprovinz des Deutschen Ordens, 41.

<sup>155</sup> In diesem Sinn beschrieb den „neuen“ Deutschen Orden in seinem *Mythus des 20. Jahrhunderts* Alfred Rosenberg. Adolf Hitler erwähnte den Deutschen Orden in *Mein Kampf* nur einmal im Zusammenhang mit der Kolonisierung des Ostens – das neue deutsche Reich sollte sich auf der Straße der einstigen Ordensritter in Marsch setzen.

existierenden Ordensgemeinschaft war also für die nationalsozialistische Führung ein Weiterbestehen des legitimen Namensträgers, der Brüder- und Schwesterngemeinschaft des Deutschen Ordens, in Österreich untragbar geworden.<sup>156</sup>

### 2.3.1 Die Auflösung des Ordens im Sudetenland

Die Lage im Sudetenland spitzte sich nach dem NSDAP-Parteitag in Nürnberg bzw. nach der Schlussrede von Adolf Hitler am 12. September 1938, in der der Reichskanzler klar andeutete, dass er sich für das freie Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei einsetzen werde, wieder zu. Er kritisierte ihre angebliche Ausbeutung und Verfolgung und forderte eine gerechte Vereinbarung zwischen der Tschechoslowakei und den Vertretern der Sudetendeutschen. Gleich nach der Rede Hitlers, gegen 21 Uhr, gab es zahlreiche Demonstrationen im ganzen Sudetenland – die größten kamen in West- und Nordböhmen zustande. Zum Beispiel demonstrierten 2000 – 3000 Personen in Kaaden (Kadaň, Nordböhmen), in Freudenthal, also in einer Stadt mit der gleichen Einwohnerzahl wie Kaaden, waren es nur ungefähr 300 Personen.<sup>157</sup> Am folgenden Tag kam es zu mehreren Schlägereien oder Schießereien und die tschechoslowakische Regierung verhängte über 16 sudetendeutsche Kreise das Standrecht. In diesen Tagen operierten im Grenzland auch bewaffnete Sudetendeutsche Freikorps.

Die Situation in der Tschechoslowakei wurde explosiv. Nach den Verhandlungen des britischen Ministerpräsidenten Neville Chamberlain mit dem Reichskanzler teilten die Regierungen des Vereinigten Königreichs und Frankreichs am 19. September 1938 mit, dass die Tschechoslowakei die Gebiete mit mehr als 50 Prozent deutschsprachigen Bevölkerung an Deutschland abtreten sollte. Die tschechoslowakische Regierung stimmte diesem Lösungsvorschlag zunächst zu, wenige Stunden später trat sie aber unter dem Druck von großen Demonstrationen zurück und zum neuen Ministerpräsident wurde der populäre General Jan Syrový ernannt, der aufgrund seiner Kriegsverletzung eine Augenklappe tragen musste und somit an den hussitischen Heeresführer Jan Žižka

---

<sup>156</sup> TUMLER, Marian/ARNOLD, Udo, Der Deutsche Orden. Von seinem Ursprung bis zur Gegenwart, Bad Münstereifel 1992, 88 – 89.

<sup>157</sup> BRANDES, Sudetští Němci v krizovém roce 1938, 241 - 242.

erinnerte. Am 23. September 1938 rief die neue Regierung eine allgemeine Mobilmachung aus und versetzte das ganze Land in einen Verteidigungsnotstand.

Die Tage Ende September 1938 verliefen auch in Freudenthal äußerst dramatisch. Die Situation in ganz Schlesien war in dieser Zeit unübersichtlich: In den Wäldern versteckten sich viele Mitglieder der Sudetendeutschen Freikorps und andere bewaffneten Aufständischen, die das Land beherrschten – die größeren Städten blieben in der Regel unter Kontrolle der tschechoslowakischen Polizei und Finanzwache. In Freudenthal befand sich darüber hinaus eine Truppe der tschechoslowakischen Armee, die in der Nacht auf den 25. September 1938 von unbekanntem Aufständischen beschossen wurde. In der Schießerei wurde ein Deutscher getötet und es wurden mehrere Personen verletzt, darunter fünf Soldaten.<sup>158</sup> Hochmeister Schälzky besuchte den Kommandanten der tschechoslowakischen Soldaten, „um ihm die äußerst geänstigte Stimmung der Freudenthaler Bevölkerung vorzustellen und darauf hinzuweisen, dass die bodenständige Bevölkerung mit einem Aufstande gar nichts zu tun haben will.“<sup>159</sup>

In Freudenthal bewegten sich in diesen Tagen große Gruppen von verschiedenen Flüchtlingen: Einige flohen aus dem gefährlichen Land in die Stadt, andere wollten die Tschechoslowakei in die Richtung Deutschland verlassen.<sup>160</sup> Hochmeister Schälzky gab seine Zustimmung, sie im Deutschordensschloss unterzubringen. Die späteren Vorwürfe, dass der Orden in diesen Tagen Aufständische und gesuchte Funktionäre der SdP versteckt habe, trafen nur teilweise zu. Die Aufzeichnungen des Sekretärs des Hochmeisters bestätigen, dass sich unter den Mengen von Flüchtlingen im Deutschordensschloss am Anfang auch „SdP – Amtswalter“ befanden, der Orden hatte aber keine Möglichkeit, die ankommenden Leute zu überprüfen.<sup>161</sup> Auf jeden Fall waren

---

<sup>158</sup> BRANDES, *Sudetští Němci v krizovém roce 1938*, 278.

<sup>159</sup> ZAO, *Fond Němečtí rytíři – úřad velmistra Bruntál*, Sign. 112, Karton 13.

<sup>160</sup> Eine spezielle Gruppe von Flüchtlingen stellten die deutschen Sozialdemokraten und die Kommunisten, die ins tschechische Binnenland flohen; sie wurden vom Orden mit Lebensmitteln versorgt.

<sup>161</sup> ZAO, *Fond Němečtí rytíři – úřad velmistra Bruntál*, Sign. 112, Karton 13.

die letzten Tage der Ersten Republik in Freudenthal sehr erregend und für die Bevölkerung bedeutete die chaotische Situation eine ernsthafte Bedrohung.<sup>162</sup>

Die Münchener Konferenz (29. – 30. September 1938) beschloss, dass die Tschechoslowakei die vorwiegend deutsch bewohnten Sudetengebiete an Deutschland abtreten und bis 10. Oktober 1938 räumen muss. Die deutsche Besetzung des Sudetenlandes begann am 1. Oktober, am 7. Oktober erreichten deutsche Truppen die Stadt Freudenthal. Der gesamte politische Bezirk Freudenthal wurde am gleichen Tag der Reichsverwaltung übergeben. Die Feierlichkeiten fanden symbolträchtig am Denkmal der Opfer des Ersten Weltkrieges in Klein-Mohrau statt (Malá Morávka, ungefähr 15 Kilometer von Freudenthal entfernt, in dieser Zeit eine vom Deutschen Orden betreute Pfarrei). Am 7. Oktober überquerte Reichskanzler Adolf Hitler die nicht mehr existierende Grenze in Nordmähren und trat seinen triumphalen Weg durch Schlesien an. In seiner Begleitung befanden sich zum Beispiel Hermann Göring, Joseph Goebbels, Konrad Henlein, der preußische Staatssekretär Paul Körner oder die Generäle Wilhelm Keitel, Hans-Jürgen Stumpff und Albert Kesselring. Am 8. Oktober besuchten Hitler und Göring Freudenthal. Am Hauptplatz, der nach seiner Umbenennung Adolf-Hitler-Platz hieß, hielt der Reichskanzler eine kurze Ansprache, die Hauptrede wurde vom Feldmarschall Göring vorgetragen. Es folgte eine feierliche Militärparade.<sup>163</sup> Der Hochmeister Schälzky war bei dem Empfang zwar zugegen, es gab aber kein persönliches Gespräch.<sup>164</sup>

Mitte Oktober 1939 wurden die Befugnisse des Reichamtsleiters und Stillhaltekommissars für Organisationen Albert Hoffmann auf das Sudetenland ausgedehnt. Der Reichamtsleiter Hoffmann amtierte in Wien; der Agenda des Deutschen Ordens widmete sich hauptsächlich sein Stellvertreter beim Reichskommissar für die sudetendeutschen Gebiete mit Sitz in Reichenberg (Liberec, Nordböhmen) Hermann

---

<sup>162</sup> Schälzky schrieb am 20. Oktober 1938 in einem privaten Brief: „Wir hatten in der letzten Zeit von Seiten der čsl. Soldaten viel auszustehen. Die Schiessereien hatten unsere Bevölkerung hart mitgenommen, der angerichtete Schaden ist recht gross... Dafür war die Freude beim Einzug der deutschen Truppen und über die Eingliederung in das deutsche Reich überaus gross...“ ZAO, Němečtí rytíři – úřad velmistra Bruntál, Inv. Nr. 400, Sign. 511, 611, Karton 99.

<sup>163</sup> HORNIŠER, Igor, Politický okres Bruntál v letech okupace [Der politische Bezirk Freudenthal in den Jahren der Okkupation], in: Sborník bruntálského muzea 2006, 89.

<sup>164</sup> HANUSCH, Robert Schälzky, 325.

Neuburg.<sup>165</sup> Ähnlich wie in Österreich sollten auch im Sudetenland sämtliche Organisationen, die nicht nationalsozialistisch ausgerichtet und geführt wurden, aufgelöst werden.<sup>166</sup> In diese Kategorie fiel auch der Deutsche Orden und bereits am 1. November 1939 wurde auf seinem gesamten Besitz eine Zwangsverwaltung eingesetzt.<sup>167</sup> Hochmeister Schälzky reiste nach Wien und protestierte gegen die Zwangsmaßnahmen gegen den Orden im Sudetenland und in Österreich. Er argumentierte, dass es sich beim Deutschen Orden nach dem Abschluss der inneren Reform um eine rein klerikale Institution handele, die daher in keiner Weise unter die rechtliche Zuständigkeit des Stillhalterkommissars fallen solle. Albert Hoffmann beharrte jedoch auf seinem Standpunkt, dass es sich im Fall des Deutschen Ordens um eine stiftungsähnliche Organisation handele, und verwies den Hochmeister an die vorgesetzten Ministerien in Berlin.<sup>168</sup>

Einen guten Einblick in die Argumentation des Stillhalterkommissars und in die Wahrnehmung des Deutschen Ordens bei den nationalsozialistischen Behörden bietet die Aussage Hermann Neuburgs vor dem tschechoslowakischen Volkstribunal im Dezember 1946:

„Ein besonders umfangreiches Kapitel der Arbeiten des Stillhalterkommissars stellte die Abwicklung des Deutschen Ordens dar. In der Ostmark, im Sudetenland, in der Krain und in Südtirol befanden sich Besitztümer dieses Ordens, der früher eine große koloniasatorische Aufgabe im Osten erfüllt hatte und nun im Wesentlichen als konfessionelle Wohlfahrtsorganisation ein Schattendasein seiner einstige Blüte und Größe führte... Er hatte sich im Laufe der Jahre immer mehr zu einem in der Hauptsache von Geistlichen getragenen Gebilde entwickelt... In dem Kapitel befanden sich aber noch drei weltliche Ritter, sodass von einem rein geistlichen Orden, wie dies von interessierter Seite immer wieder versucht wurde, nicht gesprochen werden konnte. Die angezweifelte rechtliche Zuständigkeit des Stillhalterkommissars konnte also nach den gesetzlichen und tatsächlichen Unterlagen nicht bestritten werden.“<sup>169</sup>

---

<sup>165</sup> ABS, Fond 31 - Vyšetřovací komise pro národní a lidový soud při MV, Sign. 301-139-1, 103.

<sup>166</sup> HANUSCH, Robert Schälzky, 325.

<sup>167</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 60.

<sup>168</sup> HANUSCH, Robert Schälzky, 325.

<sup>169</sup> ABS, Fond 31 - Vyšetřovací komise pro národní a lidový soud při MV, Sign. 301-139-1, 258 – 259.

Die letzten lebenden Ordensritter<sup>170</sup> dienten also dem Stillhaltekommissar als Vorwand, im Deutschen Orden weiterhin eine weltliche Organisation zu sehen, die daher nicht als eine kirchliche Institution behandelt werden musste. In der Aussage Neuburgs spiegelt sich auch eine gewisse Verachtung des karitativen Wirkens des Ordens wider, das in den Augen der nationalsozialistischen Ideologie mit seiner früheren (verzerrt dargestellten) Geschichte nichts mehr zu tun hatte.

Hochmeister Schälzky kämpfte gegen die drohende Auflösung auch um den Preis seiner persönlichen Demütigung und es begann ein sehr langer und in den meisten Fällen einseitig verlaufender Brief- und Besuchsverkehr. Im Dezember 1938 reiste er gemeinsam mit P. Ildefons Pauler OT nach Berlin, wo er vom Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten Hanns Kerrl empfangen wurde, der ein gewisses Verständnis für die Anliegen Schälzkys hatte und ihm empfahl, sich direkt an den Regierungschef Göring zu wenden. Bei ihm erreichte der Hochmeister keine Audienz und so kehrte er nach Freudenthal zurück. Am 18. Dezember 1938 schrieb er Göring einen Brief, worin er ihn bat, die Auflösung noch einmal zu überdenken. Den Orden bezeichnete er als „einen rein kirchlichen Orden, der außerdem durch und durch national eingestellt ist und seine nationale Einstellung während seiner 700 jährigen geschichtlichen Entwicklung bis in die jüngste Zeit unter Beweis gestellt hat.“<sup>171</sup> Am 23. Januar 1939 adressierte Schälzky einen Brief direkt an den Reichskanzler. Er redete ihn „Mein Führer“ an und betonte, dass der Deutsche Orden im deutschen Volke tief verwurzelt sei. „In der Zeit der čsl Regierung hat der Deutsche Orden trotz des fremdvölkischen Druckes seine nationale Haltung bewahrt und auf dem ihm eigenen Gebiete verdienstvolle Volkstumsarbeit geleistet...“<sup>172</sup> Die beiden Briefe des Hochmeisters blieben unbeantwortet.

Am 27. Februar 1939 wurden durch das Dekret des Stillhaltekommissars für die Organisationen die definitive Auflösung des Ordens und die Konfiszierung seines gesamten Besitzes (mit Ausnahme der Klöster und Pfarrhäuser) im Sudetenland amtlich verfügt. Das Dekret unterschrieb der Vertreter des Stillhaltekommissars Hermann

---

<sup>170</sup> Es handelte sich in dieser Zeit um Erzherzog Eugen von Österreich, Emmerich Erasmus Mattencloit und Friedrich Graf Belrupt-Tissac. Die Ritter wurden nach der Regelreform der Ballei Österreich zugeordnet und hatten im Generalkapitel keine Sonderrechte. Wählbar in die Ordensämter waren sie nur mit Zustimmung des Hl. Stuhles.

<sup>171</sup> ZAO, Němečtí rytíři – úřad velmistra Bruntál, Inv. Nr. 400, Sign. 511, 611, Karton 99.

<sup>172</sup> ZAO, Němečtí rytíři – úřad velmistra Bruntál, Inv. Nr. 400, Sign. 511, 611, Karton 99.

Neuburg, unter seiner Unterschrift befand sich noch das Einverständnis des Reichskommissars für die sudetendeutschen Gebiete Konrad Henlein.<sup>173</sup> Der Hochmeister musste seine Ordensresidenz im Freudenthaler Deutschordensschloss schon Anfang 1939 verlassen und wurde in einem Forsthaus im kleinen Dorf Wiedergrün (Světlá Hora) untergebracht, wo er mehrfach Schikanen ausgesetzt war.<sup>174</sup> Manchmal wird im Zusammenhang mit seinem Aufenthalt in Wiedergrün von einer Internierung<sup>175</sup> gesprochen; später durfte er in seine Wohnung im Troppauer Pfarrhaus übersiedeln.<sup>176</sup> Die Ordenspriester wurden zu Pfarradministratoren bestellt und um ihre Gestellung sollte sich das zuständige Generalvikariat kümmern (für eine kurze Übergangsphase übernahm ihre Besoldung die Gauselbstverwaltung).

Hermann Neuburg beschrieb nach Kriegsende vor dem Volkstribunal ausführlich, was mit dem konfiszierten Besitz geschah.<sup>177</sup> Die Krankenhäuser und die Schulen (darunter auch die Kindergärten) wurden von den zuständigen Gemeinden oder von der Gauselbstverwaltung übernommen. Die umfangreichen Forste des Ordens wurden in die Reichsforstverwaltung eingewiesen. Der Stillhaltekommissar verlangte ursprünglich, dass der neue Besitzer, der Gau Sudetenland, die Forste ordnungsgemäß bezahlen sollte – nach der Intervention des Reichsforstmeisters Göring rückte er von seiner Forderung allerdings wieder ab. Die Sägewerke, die Fassbinderei, die Wohnhäuser und alle wirtschaftlichen Unternehmen des Ordens wurden amtlich geschätzt und dann an private Personen verkauft. Die Bierbrauerei und Schnapsbrennerei in Freudenthal wurde dem SS-Reichsführer zugewiesen: Die Brauerei belieferte während des Krieges Wehrmacht und SS mit Bier, in der Brennerei wurden auf persönliche Veranlassung Himmlers besondere Verfahren zur Herstellung von alkoholfreien Fruchtsäften entwickelt. Dem SS-Reichsführer wurde auch die Burg Busau übergeben – ursprünglich hatte Himmler die Absicht, dort eine SS-Führerschule einzurichten. Das Bad Karlsbrunn wurde der Gauselbstverwaltung übertragen.

---

<sup>173</sup> ABS, Fond V 704/20 Ostrava, 14.

<sup>174</sup> HANUSCH, Robert Schälzky, 326.

<sup>175</sup> ŠURÁŇOVÁ, Vztah Československé republiky a Německého řádu, 149.

<sup>176</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 60.

<sup>177</sup> ABS, Fond 31 - Vyšetřovací komise pro národní a lidový soud při MV, Sign. 301-139-1, 260 – 265.

Die Auflösung des Ordens und die Konfiszierung seines Vermögens betrafen auch die sudetendeutsche Provinz der Deutschordensschwwestern. Diejenigen Schwestern, die als Lehrerinnen wirkten, wurden aus dem Schuldienst entlassen<sup>178</sup> und in den meisten Fällen in den Krankenpflagedienst versetzt.<sup>179</sup> Sie mussten sich in Krankenpflegekursen umschulen lassen und wurden in die Krankenhäuser in Zwittau (Svitavy, Nordwestböhmen) und Neutitschein (Nový Jičín, Nordmähren) eingesetzt. Im Fall der Schwestern war das Vorgehen der Behörden milder<sup>180</sup> als bei den Brüdern und der Stillhaltekommissar gab seine Zustimmung zur Gründung eines besonderen Schwesternvereins (Unterstützungsverein St. Elisabeth der Barmherzigen Schwestern des ehemaligen Deutschordens) mit Sitz in Freudenthal, der den Schwestern ihren organisatorischen Zusammenschluss erhalten und ihre Altersversorgung sichern sollte.

Hochmeister Schälzky hörte nicht auf, bei verschiedenen Stellen zu intervenieren und versuchte vergebens, die Enteignungen rückgängig zu machen. Er legte gegen die Verordnung des Stillhaltekommissars beim Reichsminister des Inneren und beim Reichsstatthalter für die sudetendeutschen Gebiete Einspruch; gleichzeitig wandte er sich an den Reichskommissar für Justiz. Ebenso trat er mit dem vatikanischen Nuntius in Deutschland, Cesare Orsenigo, in Verbindung und informierte ihn über die Situation des Ordens.<sup>181</sup> Alle Bemühungen Schälzkys blieben aber erfolglos. Einzig der Kirchenminister Kerrl kümmerte sich nach einem Besuch in Troppau wieder persönlich um die Angelegenheit, seine Bemühungen scheiterten jedoch an der Kirchenfeindlichkeit von Reichsleiter Martin Bormann und Gauleiter Konrad Henlein.<sup>182</sup> Wiederholt intervenierten auch Gläubige aus den ehemaligen Ordenspfarreien oder Bürger aus Troppau bei verschiedenen Stellen. Einen dieser Briefe beantwortete Hermann Neuburg mit dem Hinweis, dass die karitativen Einrichtungen erhalten blieben, wenn auch in anderer Form. „Es ist daher nicht verständlich, warum diese Maßnahmen des

---

<sup>178</sup> Unter ihnen befand sich auch die spätere Provinzoberin Sr. Amata Grüner, die als Fachlehrerin und Direktorin auf der Ordensschule in Freudenthal arbeitete. ABS, Fond V 704/20 Ostrava, 84.

<sup>179</sup> ABS, Fond 31 - Vyšetřovací komise pro národní a lidový soud při MV, Sign. 301-139-1, 260.

<sup>180</sup> Auch bei den Schwestern gab es kleinere Einzelfälle, in denen die nationalsozialistischen Behörden schikanös handelten. Zum Beispiel wollten sie das Schwesternkloster in Freudenthal enteignen und der Stadt übergeben, dabei argumentierten sie mit der angeblichen Unmöglichkeit, das Kloster von der benachbarten Schule abzugrenzen. ZAO, Němečtí rytíři – úřad velmistra Bruntál, Inv. Nr. 400, Sign. 511, 611, Karton 99.

<sup>181</sup> ZAO, Němečtí rytíři – úřad velmistra Bruntál, Inv. Nr. 400, Sign. 511, 611, Karton 99.

<sup>182</sup> HANUSCH, Robert Schälzky, 325.

Stillhaltekommissars die Katholiken befremden sollen. Ich müsste sonst annehmen, dass Sie diese karitativen Aufgaben des Deutschen Ordens nicht als Mittel zum Zweck, sondern als Selbstzweck angesehen haben... Die Verfügung des Stillhaltekommissars ist endgültig. Ich muss Sie daher bitten, sich hiermit als mit einer gegebenen Tatsache abzufinden.<sup>183</sup>“

### 2.3.2 Die Kirche in Mährisch-Schlesien und der Orden während der Kriegsjahre

Der Historiker Volker Zimmerman beschreibt die Stimmung im Sudetenland unmittelbar nach dem Anschluss an Deutschland als begeistert: es habe eine Euphorie und ein Gefühl der sudetendeutschen Einheit geherrscht.<sup>184</sup> Mit den Truppen der Wehrmacht kam in die sudetendeutschen Gebiete auch die wohlthätige Organisation Nationalsozialistische Volkswohlfahrt, die in den ersten Monaten die Bevölkerung mit Lebensmitteln und Kleidung versorgte, um die schwierige soziale Lage der Arbeiter zu mildern (in diesen Tagen kamen in die Grenzgebiete auch viele deutsche Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei). Noch im Oktober 1938 wurde im Sudetenland die Reichsmark eingeführt.<sup>185</sup> Schnell wurde auch eine Verwaltungsreform durchgeführt – am 15. April 1939 entstand der Gau Sudetenland mit Sitz in Reichenberg, der aus drei Regierungsbezirken bestand (Eger, Aussig und Troppau). Auf dem Gebiet des neuen Gaus lebten insgesamt 2 943 187 Einwohner, zum Gauleiter wurde Konrad Henlein ernannt.<sup>186</sup> Die Begeisterung im Sudetenland dauerte auch nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges an. Laut Zimmerman tauchten aber im Sommer 1941 die ersten Anzeichen einer Unzufriedenheit auf.<sup>187</sup> Die Bevölkerung beobachtete die Züge aus der Ostfront mit den verwundeten Soldaten und vertraute der Reichspropaganda immer weniger. Nach der Umwandlung der traditionellen Betriebe in Rüstungsindustrie verschlechterte sich die soziale Situation wieder. Insgesamt blieb aber die

---

<sup>183</sup> ZAO, Němečtí rytíři – úřad velmistra Bruntál, Inv. Nr. 400, Sign. 511, 611, Karton 99.

<sup>184</sup> ZIMMERMAN, Volker, Sudetští Němci v nacistickém státě. Politika a nálada v říšské župě Sudety 1938 – 1945 [Die Sudetendeutschen im NS-Staat. Politik und Stimmung der Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland 1938 - 1945], Prag 2001, 66.

<sup>185</sup> HORNÍŠER, Politický okres Bruntál v letech okupace, 89.

<sup>186</sup> ZIMMERMAN, Sudetští Němci v nacistickém státě, 122 – 123. Der Landkreis Freudenthal mit ungefähr 75 000 Bewohnern wurde dem Regierungsbezirk Troppau unterordnet.

<sup>187</sup> ZIMMERMAN, Sudetští Němci v nacistickém státě, 290.

sudetendeutsche Bevölkerung bis zum Kriegsende dem NS-Regime loyal, wozu auch die Warnungen Henleins vor der Übernahme des Sudetenlandes durch die Tschechen im Fall der Niederlage Deutschlands beitrugen.<sup>188</sup>

Nach 1938 wurde auch die kirchliche Verwaltung in Mährisch-Schlesien neu organisiert. Seit 1918 existierte das Generalvikariat für diejenigen schlesischen Gebiete, die nach den schlesischen Kriegen unter Maria-Theresia und Friedrich II. 1742 staatlich an Preußen fielen, kirchlich aber in der Muttererzdiözese Olmütz blieben. Zum Kommissar und Generalvikar dieses auswärtigen Anteils der Erzdiözese wurde vom Erzbischof Prečan Prälat Joseph Martin Nathan ernannt, der in Branitz (heute ein Dorf an der polnisch-tschechischen Grenze) residierte. Nach dem Anschluss des Sudetenlands an Deutschland wurde ihm die kirchenrechtliche Verwaltung des neuen Regierungsbezirks Troppau des Reichsgaus Sudetenland (und des Hultschiner Ländchens) mit ungefähr 760 000 Katholiken übertragen.<sup>189</sup> Generalvikar Joseph Nathan wurde als Mitglied der Fuldauer Bischofskonferenz aufgenommen und am 6. Juni 1943 zum Weihbischof für den deutschen Anteil der Erzdiözese Olmütz geweiht.<sup>190</sup> Bischof Nathan, mit dem auch Hochmeister Schälzky in schriftlichem Kontakt stand, hatte im Laufe der Zeit Probleme mit den nationalsozialistischen Behörden, vor allem deshalb, weil er in Branitz eine Stiftung für mentalkranke Kinder und für Behinderte gründete.<sup>191</sup> Im Generalvikariat Branitz und im ganzen Sudetengau wurde am 2. Mai 1939 der Kirchenbeitrag eingeführt. Es gelang damit aber nicht, eine größere Welle von Kirchenaustritten zu provozieren.<sup>192</sup> „Die Kirchenbeitragsordnung hat sich anstelle der schwerfälligen, von allen möglichen

---

<sup>188</sup> ZIMMERMAN, Sudetští Němci v nacistickém státě, 307 – 308.

<sup>189</sup> Näher VALASEK, Emil, Veränderungen der Diözesangrenzen in der Tschechoslowakei seit 1918, in: Archiv für Kirchengeschichte von Böhmen-Mähren-Schlesien, Band VI, Königstein/Taunus 1982, 289 – 296.

<sup>190</sup> ADENAUER, Evelyne, Das christliche Schlesien 1945/46. Wie die Erzdiözese Breslau und die Kirchenprovinz Schlesien der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union endeten und in Schlesien polnische Apostolische Administraturen eingerichtet wurden, Münster 2014, 216.

<sup>191</sup> Näher GROCHOLL, Wolfgang, Josef Martin Nathan. Leben und Leiden für die grenzenlose Caritas im mährisch-schlesischen Land, Eschershausen/Schleiden 2003, 125 – 127.

<sup>192</sup> ZÜCKERT, Martin, Religion und nationalsozialistische Herrschaft in den böhmisch-mährischen Grenzregionen. Kirchliches Leben und religiöser Wandel 1938 - 1945, in: ZÜCKERT, Martin/HOLZWIMMER, Laura (Hgg.), Religion in den böhmischen Ländern 1938 – 1948. Diktatur, Krieg und Gesellschaftswandel als Herausforderungen für religiöses Leben und kirchliche Organisation. Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 115, München 2007, 186 – 188.

Instanzen und deren Wohlwollen abhängigen Congrua-Gehaltsordnung gegen alle Erwartungen sehr bewährt“, schrieb sogar kurz nach dem Kriegsende Bischof Nathan.<sup>193</sup>

Was die nationalsozialistische Kirchenpolitik im Sudetenland betrifft (wo genauso wie in Österreich das Reichskonkordat mit dem Vatikan von 1933 nicht galt), so bestätigt der Historiker Zimmerman gewisse Parallelen mit Bayern. Vor allem die Bevölkerung auf dem Land fühlte sich mehr der Kirche als dem Staat zugehörig, und auch wenn es keine direkte Ablehnung des Nationalsozialismus oder der Staatsinstitutionen bedeuten musste, versuchten die NS-Behörden die Autorität und den Einfluss der katholischen Kirche zu schwächen.<sup>194</sup> Ab Herbst 1941 wurde im Sudetengau der konfessionelle Religionsunterricht zum unverbindlichen Fach und die Teilnahme am Religionsunterricht erfolgte nur nach Anmeldung der Schüler durch ihre Eltern beim Schulleiter. Mit Berufung auf die Gewissensfreiheit wurden jegliche kirchliche Veranstaltungen (darunter auch Gottesdienste) in den Schulen verboten. Die Geistlichen mussten für den Religionsunterricht von der Aufsichtsbehörde Erlaubnis bekommen; ein Privatunterricht durch Priester oder Ordensangehörige wurde verboten.<sup>195</sup>

Genauso wie im Reich rief die Anordnung des Gauleiters, die Kreuze aus den Schulgebäuden zu entfernen, eine gewisse Abneigung und Proteste der katholischen Bevölkerung hervor. Eine „große Unruhe“ wurde aus Neutitschein gemeldet, in Troppau wurde sogar eine Unterschriftenaktion organisiert.<sup>196</sup> Die vereinzelt Proteste hatten aber nicht zur Folge, dass „die Protestierenden das Handeln von Staat und Partei insgesamt in Frage stellten“<sup>197</sup>. Einige Katholiken antworteten nach 1941 auf die aufmerksam kontrollierte Grußformel „Heil Hitler“ mit „Grüß Gott“ oder „In alle Ewigkeit. Amen.“<sup>198</sup> Im Lauf der Zeit mehrten sich die Fälle, dass die Gläubigen an verschiedenen Staats- oder Parteifeierlichkeiten nicht teilnahmen, sie ignorierten auch Veranstaltungen wie Sammlungen für die Soldaten oder freiwillige Dienste in den Fabriken. Im Februar 1941 wurde der Buchhändler Eduard Schlusche festgenommen

---

<sup>193</sup> ABS, Fond V 704/21 Ostrava, 309.

<sup>194</sup> ZIMMERMAN, Sudetští Němci v nacistickém státě, 324 – 325.

<sup>195</sup> ZAO, Němečtí rytíři – úřad velmistra Bruntál, Inv. Nr. 400, Sign. 511, 611, Karton 99.

<sup>196</sup> ZIMMERMAN, Sudetští Němci v nacistickém státě, 327.

<sup>197</sup> ZÜCKERT, Religion und nationalsozialistische Herrschaft in den böhmisch-mährischen Grenzregionen, 189.

<sup>198</sup> PUSTEJOVSKY, Christlicher Widerstand gegen die NS-Herrschaft in den Böhmisches Ländern, 94.

(s.o.), der in Nordmähren religiöse Literatur herausgegeben hatte. Ungefähr in der selben Zeit wurden Kirchenprozessionen verboten.<sup>199</sup> Die Spitzel der Gestapo beobachteten diejenigen Priester, die versuchten, dieses Gebot umzugehen – sie konzentrierten sich zum Beispiel auch auf den Kaplan in Freudenthal P. Georg Heinisch OT.<sup>200</sup>

Die Geschichte des Deutschen Ordens während der Auflösung lässt sich hier aufgrund der verstreuten und lückenhaften Quellen nur kurz skizzieren. Wie schon erwähnt, verbrachte Robert Schälzky die Kriegszeit überwiegend in Troppau. Nachdem seine Amtszeit als Hochmeister 1942 abgelaufen war und ein Generalkapitel nicht stattfinden konnte, wurde für ihn auf Ersuchen des Apostolischen Visitators Felder vom Papst eine Verlängerung durch Dekret erwirkt.<sup>201</sup> Seine Korrespondenz aus den Kriegsjahren ist im Troppauer Landesarchiv erhalten – Kontakte pflegte er vor allem mit seinen Freunden oder mit Leuten, die ihn aus der Pfarrei kannten. In der zweiten Hälfte des Krieges berichteten ihm einige Soldaten über die Umstände an der Front im Osten. Mit den Behörden kommunizierte er sehr wenig, zum Beispiel meldete er den Diebstahl von seinen zwei hochmeisterlichen Ringen und verlangte seine Untersuchung.<sup>202</sup> Die Briefe Schälzkys aus dieser Zeit enthalten keine politischen Stellungnahmen, am öffentlichen Leben nahm er überhaupt nicht teil.

Wie schon erwähnt wurde, durften die Deutschordenspriester, falls sie nicht zum Wehrdienst eingezogen waren, weiterhin als Pfarradministratoren in den ehemaligen Ordenspfarreien wirken. Die rechtzeitige Verwendung in der Seelsorge (nach Absprache mit dem Generalvikariat in Branitz) ersparte ihnen in vielen Fällen die Einberufung zur Wehrmacht.<sup>203</sup> Obwohl die erhaltenen Quellen zu den einzelnen Ordenspriestern in der Kriegszeit eher lückenhaft und zerstreut sind, können zwei Fälle gut dokumentiert werden. Es handelt sich um zwei Deutschordenspriester, die von der Gestapo festgenommen und später ins KZ Dachau überführt wurden: P. Walther Horny OT und P.

---

<sup>199</sup> ZÜCKERT, Religion und nationalsozialistische Herrschaft in den böhmisch-mährischen Grenzregionen, 196.

<sup>200</sup> HORNIŠER, Politický okres Bruntál v letech okupace, 90.

<sup>201</sup> HANUSCH, Robert Schälzky, 326.

<sup>202</sup> ZAO, Němečtí rytíři – úřad velmistra Bruntál, Inv. Nr. 400, Sign. 511, 611, Karton 99.

<sup>203</sup> DEMEL, Der Deutsche Orden in der CSR 1918 – 1938, 323.

Heribert Kluger OT, der in Dachau verstarb und später in das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts aufgenommen wurde.<sup>204</sup>

Richard Walther Horny wurde am 18. Mai 1903 in Freudenthal geboren, in den Deutschen Orden trat er nach dem Abitur ein, das er auf dem Realgymnasium 1922 ablegte. Nach dem Studium in Innsbruck wurde er am 3. Oktober 1926 zum Priester geweiht.<sup>205</sup> Er kehrte ins Sudetenland zurück und wirkte als Kooperator in verschiedenen Deutschordenspfarreien (Würbenthal, Troppau, Braunseifen, Gumpoldskirchen). 1926 trat er in die DCV ein, außerdem war er Mitglied des katholischen Volksvereins und des christlichsozialen Vereins „Frohe Kindheit“.<sup>206</sup> In den Jahren 1936 – 1938 war Horny Kaplan in Engelsberg – hier soll er sich mit den Worten des Landesgerichtes in Troppau „als guter Deutscher benommen haben.“<sup>207</sup> Im April 1938 trat Horny in die SdP ein und soll bei einem Festzug der SdP mitmarschiert sein. Der NSDAP oder einem angeschlossenen Verband gehörte er allerdings nicht an. In Mai 1938 wurde er nach Bennisch (Horní Benešov, eine Gemeinde in der Nähe von Freudenthal mit ungefähr 3500 Bewohnern) versetzt.

Anfang Januar 1941 erhielt P. Horny das schriftliche Ersuchen des ihm persönlich unbekanntem Gefreiten Eduard Gerstberger, der sich gerade als Wehrmichtsangehöriger in Paris befand, um Ausstellung einer Geburtsurkunde. Horny stellte die Urkunde wunschgemäß aus und schickte sie am 9. Januar 1941 an die angegebene Adresse in Paris – mit der Aufforderung, für die Ausstellung eine Gebühr von 0.60 Reichsmark zu bezahlen. Die abverlangte Gebühr kam aber in den darauf folgenden Tagen nicht und P. Horny schickte am 24. Januar 1941 an die Adresse von Gerstberger folgendes Schreiben:

„Erlaube mir die höfliche Anfrage, ob der Schein, den ich Ihnen am 9. Jänner 1941 geschickt habe, noch nicht angekommen ist, da bis jetzt der Betrag von 60 Pfennig noch nicht hier eingelangt ist. Sollten Sie aber vergessen haben, den Schein zu bezahlen, dann bitte ich es noch im Laufe des Monates Jänner zu tun, damit ich es dem Finanzamte melden kann, damit ich für diesen Schein nicht auch noch Steuer zahlen muss. Ich werde aber die Lehre daraus ziehen und

---

<sup>204</sup> MOLL, Helmut (Hg.), Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts, Band I, Paderborn 2006, 904 - 905.

<sup>205</sup> Catalogus Ordinis Teutonici, Freudenthal 1938.

<sup>206</sup> NA ČR, Fond Sbirka soudních spisů (SSS-AMV 142), Sign. 142-16-4, Karton 16, 2.

<sup>207</sup> NA ČR, Fond Sbirka soudních spisů (SSS-AMV 142), Sign. 142-16-4, Karton 16, 3.

keinem deutschen Soldaten mehr glauben, weil ihnen scheinbar das Lügen und Betrügen beigebracht wird. Heil Hitler! Walther Horny, Kaplan.“<sup>208</sup>

Anfang März 1941 erhielt P. Horny vom Gefreiten Gerstberger den abverlangten Betrag, zusammen mit einem Schreiben, in dem er den Kaplan über die Weiterleitung seines Briefes an die vorgesetzte Militärdienststelle informierte. Am 12. April 1941 (Karsamstag) wurde Horny wegen „Beleidigung der Wehrmacht und Untergrabung der Front“ von der Gestapo festgenommen und in die Haftanstalt Troppau gebracht. Beim Verhör gab er zu, dass er den inkriminierten Brief schrieb. Laut seinen eigenen Worten sei er im Januar 1941 „sehr mürrisch aufgelegt“ gewesen, weil er infolge des Umstandes, dass wegen geringer Kohlenzuteilung die Pfarrkanzlei nur mangelhaft geheizt werden konnte, ständig verkühlt gewesen sei. Er erklärte, dass er den Gefreiten Gerstberger nur zur sofortigen Bezahlung veranlassen wollte – eine auf Beleidigung des Empfängers und der Wehrmacht gerichtete Absicht bestritt er heftig.<sup>209</sup>

Nach acht Wochen wurde P. Horny ein erstes Mal ins KZ Dachau eingewiesen, der Transport kam am 23. Juni 1941 an und er erhielt die Häftlingsnummer 26489.<sup>210</sup> Aus nicht erklärlichen Gründen wurde er aber nach fünf Tagen zurück nach Troppau ins Volksgericht gebracht. Das Gericht konstatierte, dass Horny „völlig grundlos die Ehre eines um die Existenz des deutschen Volkes im Fronteinsatz ringenden deutschen Soldaten und der ganzen Wehrmacht in gemeinster Weise beleidigte...Seine Worte konnten offensichtlich nur aus tiefstem Hasse gegen das deutsche Heer als vom Führer des Staates und der NSDAP geschaffenen Einrichtung geschrieben sein und sind aufliegend gehässig und hetzerisch.“<sup>211</sup> Das Gericht sagte ferner, dass Horny als „Priester vor allem zu einem vorbildlichen Leben verpflichtet ist und den Schicksalskampf des deutschen Volkes um Recht, Gesittung, Futur und Religion zu bejahren hat.“<sup>212</sup> Am 4. Juli 1941 wurde Horny wegen des Verstoßes gegen § 2 des Heimtückegesetzes zu drei Jahren Haft verurteilt und ins Gefängnis in Murau (Steiermark) überführt. Nach der Strafverbüßung wurde er aber nicht entlassen, sondern wieder in die Troppauer

---

<sup>208</sup> NA ČR, Fond Sbirka soudních spisů (SSS-AMV 142), Sign. 142-16-4, Karton 16, 4.

<sup>209</sup> NA ČR, Fond Sbirka soudních spisů (SSS-AMV 142), Sign. 142-16-4, Karton 16, 5.

<sup>210</sup> VOLGGER, Ewald (Hg.), Nekrologium. Martyrologium des Deutschen Ordens, Wien 2017, 408.

<sup>211</sup> NA ČR, Fond Sbirka soudních spisů (SSS-AMV 142), Sign. 142-16-4, Karton 16, 6.

<sup>212</sup> NA ČR, Fond Sbirka soudních spisů (SSS-AMV 142), Sign. 142-16-4, Karton 16, 9.

Haftanstalt verlegt. Am 30. Oktober 1944 wurde er wieder ins KZ Dachau transportiert, wo er im Dezember 1944 in den Priesterblock 26/II überstellt wurde. Dort gab es eine Kapelle, in der Gottesdienste gefeiert werden konnten.<sup>213</sup> Am 5. April 1945 wurde P. Walther Horny aus dem KZ Dachau entlassen und fuhr in einem Viehlastwagen nach München.<sup>214</sup>

Eduard Heribert Kluger wurde am 25. Juli 1881 in Neu-Zechsdorf (Nové Těchanovice) in Schlesien geboren. Er besuchte das deutsche Staatsgymnasium in Kremsier und nach zwei Jahren des Theologiestudiums in Olmütz trat er 1902 in den Deutschen Orden ein. Nach dem Noviziat studierte er in Brixen, wo er am 29. Juni 1905 zum Priester geweiht wurde.<sup>215</sup> Sein priesterliches Wirken begann er als Kooperator in Unter-Langendorf, 1908 wurde er nach Freudenthal versetzt, wo er zum Religionslehrer auf dem dortigen Realgymnasium ernannt wurde. Neben Religion unterrichtete er auch die tschechische Sprache, die er sehr gut beherrschte. Nach der Gründung des Knabenseminars in Freudenthal unterrichtete er auch dort, zu seinen Schülern zählten etwa Eduard Schulsche oder Walther Horny.<sup>216</sup> Außerdem war er Beichtvater der Deutschordensschwwestern in Freudenthal und Mitarbeiter in ihrem Noviziatshaus. Nach dem Großkapitel im März 1936 wurde er Generalrat und damit enger Mitarbeiter des Hochmeisters Robert Schälzky.<sup>217</sup>

Schon in den 30er Jahren war P. Heribert Kluger OT ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus. In den höheren Klassen des Realgymnasiums bemühte er sich, die NS-Ideologie zu widerlegen und kritisierte den modernen Glauben an das Deutschtum. Einer seiner Schüler, der spätere Professor für Alttestamentliche Exegese in München Josef Scharbert, erinnerte sich, dass der Kampf Klugers sowohl unter den Schülern als auch unter den Lehrenden keine große Erfolge hatte – es wurde ihm vorgeworfen, dass er ein Verräter der großdeutschen Idee sei und dass er die Zeit nicht verstehe.<sup>218</sup> Nach dem Anschluss des Sudetenlands an Deutschland kritisierte er

---

<sup>213</sup> Näheres zur Kapelle und zum Leben im Priesterblock des KZ Dachau in dieser Zeit: LOSSIN, Eike, *Katholische Geistliche in nationalsozialistischen Konzentrationslagern*, Würzburg 2011, 181 – 189.

<sup>214</sup> VOLGGER, *Nekrologium. Martyrologium des Deutschen Ordens*, 409.

<sup>215</sup> *Catalogus Ordinis Teutonici*, Freudenthal 1938.

<sup>216</sup> GRULICH, *Sudetoněmečtí katolíci jako oběti nacismu*, 19.

<sup>217</sup> VOLGGER, *Nekrologium. Martyrologium des Deutschen Ordens*, 72.

<sup>218</sup> GRULICH, *Sudetoněmečtí katolíci jako oběti nacismu*, 19.

öffentlich die Ereignisse während der Kristallnacht. „Wer wird diese Schande vom deutschen Volk nehmen?“<sup>219</sup> Im Juli 1940 wurde ihm seitens der Behörden Lehrverbot erteilt und auf Betreiben des Schuldirektors wurde er zwangsweise pensioniert. Im August 1944 wurde er unter dem Vorwurf der Staatsgefährdung, des Abhörens von Feinsendern und staatsfeindlicher Predigten von der Gestapo festgenommen und ins Gefängnis in Troppau gebracht, von wo aus er als Zwangsarbeiter für den Straßenbau eingesetzt wurde. Im Dezember 1944 wurde P. Kluger ins KZ Dachau geschickt, allerdings erkrankte er während des Transports und verbrachte die Weihnachten im Gefängnis von Liegnitz (Legnica, Niederschlesien). Von Liegnitz wurde er schwerkrank über Augsburg nach Dachau transportiert; dort kam er am 6. Januar 1945 an und erhielt die Häftlingsnummer 137334. Am 19. Januar 1945 wurde sein Tod festgestellt, als Todesursache wurden Herzschwäche und Nierenkrankheit angegeben.<sup>220</sup>

Die Gemeinschaft der Deutschordensschwwestern konnte während des Krieges als „Unterstützungsverein St. Elisabeth“ ihr Wirken fortsetzen und die Schwestern durften das Ordenskleid tragen. Allerdings gab es wesentliche Einschränkungen, die ihr Leben beeinflussten. Die Schwestern durften nicht als Lehrerinnen arbeiten, es wurden ihnen auch die Aufnahmen von neuen Kandidatinnen verboten.<sup>221</sup> Im Jahr 1939 wurden die Deutschordensschwwestern slowakischer Abstammung von den Behörden aufgefordert, sich um die Reichsbürgerschaft zu bewerben. Da sie es ablehnten, siedelten sie in die Slowakei über, wo sie für die Caritas arbeiteten. Man überlegte die Gründung einer neuen Provinz; die diesbezüglichen Anfragen blieben aber seitens des Slowakischen Staates unbeantwortet.<sup>222</sup> Ein Opfer des Nationalsozialismus aus dem Kreis der Deutschordensschwwestern wurde Sr. Irmgardis Leopoldina Šmuck OT (geb. am 23. März 1884 in Schlesien).<sup>223</sup>

---

<sup>219</sup> VOLGGER, Nekrologium. Martyrologium des Deutschen Ordens, 72.

<sup>220</sup> „Ein Mithäftling schilderte später das Sterben von P. Kluger: Er sei derart geprügelt worden, dass sein Blut den Boden verschmierte. Als man ihn zwingen wollte, sein Blut aufzulecken, habe er sich geweigert. Daraufhin sei er von seinen Peinigern totgeschlagen worden.“ VOLGGER, Nekrologium. Martyrologium des Deutschen Ordens, 73.

<sup>221</sup> Dieses Verbot hielten sie aber nicht ein und so traten einige Novizinnen im Geheimen ein. ABS, V 704/2 Ostrava, 30.

<sup>222</sup> ABS, V 704/4 Ostrava, 15 – 17.

<sup>223</sup> Als eine Patientin des Psychiatrischen Krankenhauses in Troppau wurde sie im Dezember 1940 in die NS-Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein transportiert und im Rahmen des Euthanasieprogrammes ermordet. VOLGGER, Nekrologium. Martyrologium des Deutschen Ordens, 461.

### 3. Der Orden in der Zeit der „Dritten Republik“ (1945 – 1948)

#### 3.1 Die katholische Kirche in der Tschechoslowakei 1945 - 1948

Für die katholische Kirche in der Tschechoslowakei fing nach dem Kriegsende eine ganz neue Epoche an. Die Historiker sind sich einig, dass ihr Ansehen unter der Bevölkerung und somit die Ausgangslage für das weitere Wirken außerordentlich günstig war:

„...viele Geistliche beteiligten sich am Kampf gegen den Nationalsozialismus. Der Vorsitzende der Volkspartei Msgr. Jan Šrámek war Ministerpräsident der Londoner Exilregierung, 500 Geistliche kamen wegen Teilnahme am Widerstand ins Gefängnis, und ein Fünftel von ihnen bezahlte dafür mit dem Leben. So brachte der Katholizismus 1945 in die neue Republik ein großes moralisches Kapital ein, und es diente dem Andenken an die patriotische Haltung der Geistlichen im Kriege, dass die KZ-Häftlinge Josef Beran und Štěpán Trochta sowie die Förderer des Widerstandes Karel Skoupý und Josef Hlouch zu Bischöfen ernannt wurden.“<sup>224</sup>

Die drei Jahre zwischen dem Kriegsende (8. 4. 1945) und der Übernahme der Macht durch die Kommunisten (25. 2. 1948) könnten allgemein als eine Zeit des ruhigen Zusammenlebens des Staates und der Kirche bezeichnet werden.<sup>225</sup> Im Kaschauer Regierungsprogramm (veröffentlicht am 5. 4. 1945), an dem sich die kommunistische Partei maßgeblich beteiligt hatte, wurde im Punkt V die Freiheit des religiösen Bekenntnisses ausdrücklich garantiert. Staatspräsident Edvard Beneš lobte die von den christlichen Kirchen vertretenen Werte als unersetzlich und bekannte sich zu einer unbedingten Garantie der Religionsfreiheit, die für alle Kirchen gelten müsse.<sup>226</sup> Die vakanten Bischofsstühle in Prag, Brünn und Budweis wurden nacheinander

---

<sup>224</sup> KAPLAN, Staat und Kirche in der Tschechoslowakei, 8.

<sup>225</sup> Die Situation in der Slowakei war komplizierter: Der selbstständige slowakische Staat mit einem Priester an der Spitze (Staatspräsident Msgr. Josef Tiso) war während des Krieges ein Satellit von Deutschland, und dem slowakischen Episkopat wurde vorgeworfen, dass er die nationalsozialistische Macht unterstützt habe. Ob und inwieweit es sich um ein „klerofaschistisches“ Regime handelte, wird breit diskutiert, genauso wie die Frage nach der Mitarbeit des slowakischen Staates an der Deportation der jüdischen Bevölkerung. Das ganze Thema übersteigt den Rahmen dieser Arbeit und wird hier nicht behandelt.

<sup>226</sup> TEPLÝ, Martin, Die Religionsfreiheit in der „Dritten Republik“, in: ZÜCKERT, Martin/HÖLZWIMMER, Laura (Hgg.), Religion in den böhmischen Ländern 1938 – 1948. Diktatur, Krieg und Gesellschaftswandel als Herausforderungen für religiöses Leben und kirchliche Organisation. Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 115, München 2007, 288 – 289.

wiederbesetzt und die (tschechischen) Ordensgemeinschaften haben ihre Aktivitäten wieder aufgenommen.

Langsam wurden auch die diplomatischen Beziehungen mit dem Vatikan erneuert: Am 20. 9. 1945 kam Msgr. Raffaele Forni als *chargé d'affaires ad interim* nach Prag und zum Vertreter der tschechoslowakischen Regierung beim Apostolischen Stuhl wurde der angesehene Diplomat František Schwarzenberg ernannt. Am 11. Juni 1946 kehrte Erzbischof Saverio Ritter<sup>227</sup> nach 7 Jahren wieder nach Prag zurück, jedoch nur mehr im Rang eines Internuntius.<sup>228</sup> Zwei Monate nach der Wiederbesetzung der Prager Nuntiatur übergab Artur Meixner, neuer tschechoslowakischer Botschafter im Vatikan, dem Papst seine Beglaubigungsurkunden. Der *Modus vivendi* von 1928 wurde von beiden Seiten als Grundlage der erneuerten Beziehungen akzeptiert; die tschechoslowakischen Politiker, darunter auch der Staatspräsident, betonten allerdings, dass es keineswegs um eine reine Kontinuität gehe.<sup>229</sup>

Trotz dieser fast idyllischen Stimmung gab es doch zwei Bereiche, in denen Kirche und Staat in einen dramatischen Konflikt gerieten. Erstens ging es um das Schulwesen: Das Schulministerium bemühte sich seit Sommer 1945, das Staatsmonopol auf die Gründung der Schulen durchzusetzen und den Religionsunterricht als Pflichtfach abzuschaffen. Diese Initiative rief freilich heftige Proteste des katholischen Episkopates

---

<sup>227</sup> Zur Person des Internuntius vgl. HRABOVEC, Emília, Die Nuntien in der Tschechoslowakei. Clemente Micara, Francesco Marmaggi, Pietro Ciriaci und Saverio Ritter, in: WOLF, Hubert (Hg.), Eugenio Pacelli als Nuntius in Deutschland. Forschungsperspektiven und Ansätze zu einem internationalen Vergleich, Paderborn 2012, 190 – 193.

<sup>228</sup> Dass Erzbischof Ritter nicht als Nuntius nach Prag zurückkehrte, war eine Entscheidung der vatikanischen Seite: Die tschechoslowakische Regierung lehnte es nämlich mit Verweis auf ihre Bündnisverpflichtungen zur Sowjetunion im Voraus ab, Ritter zum Doyen des diplomatischen Korps zu machen. In dieser Situation schickte der Vatikan Ritter als Internuntius nach Prag, obwohl ein Internuntius bisher den Apostolischen Stuhl eher nur in den Ländern mit einer katholischen Minderheit vertreten hatte. A MZV, Fond Generální sekretariát – A 1945 – 1954, Karton 80. „In der italienischen Presse wurde dies als Episode im Krieg, den Moskau gegen die katholische Kirche entfesselt, bezeichnet.“ TEPLÝ, Die Religionsfreiheit in der „Dritten Republik“, 295. Andererseits stellte die Tschechoslowakei den ersten Staat des zukünftigen „Ostblocks“ dar, der bald nach dem Krieg die diplomatischen Beziehungen mit dem Vatikan relativ problemlos wieder aufnahm.

<sup>229</sup> Man hat dem Vatikan vor allem die Anerkennung des Slowakischen Staates in der Kriegszeit vorgeworfen; eine Rolle mag auch der sowjetische Widerstand gegen eine nahe Beziehung zwischen dem Vatikan und der Tschechoslowakei gespielt haben. Vgl. CUHRA, Jaroslav, Der Vatikan und die Tschechoslowakei 1945 – 1948, in: ZÜCKERT, Martin/HÖLZWIMMER, Laura (Hgg.), Religion in den böhmischen Ländern 1938 – 1948. Diktatur, Krieg und Gesellschaftswandel als Herausforderungen für religiöses Leben und kirchliche Organisation. Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 115, München 2007, 323 – 324.

und der Internuntiaturs hervor.<sup>230</sup> Das zweite große Problemfeld stellte die Frage der Nationalzwangsverwaltung bzw. der Konfiskation des „deutschen“ Kirchenbesitzes und später die geplante umfassende Bodenreform dar. Da die mit den Dekreten des Staatspräsidenten verbundene Vertreibung der Deutschen und die Konfiskation ihres Besitzes essenziell für das weitere Schicksal des Deutschen Ordens entscheidend sind, werden sie im Folgenden näher untersucht.

### 3.1.1 Die Beneš – Dekrete und die Vertreibung

Die umfangreiche und vielschichtige Geschichte der Vertreibung der Deutschen und der Ungarn kann hier nicht behandelt werden.<sup>231</sup> Allgemein lässt sich konstatieren, dass sich in diesem Thema die absolute Mehrheit der tschechischen politischen Exilrepräsentation (sowohl im Westen als auch in Moskau) und die Vertreter des Widerstandes spätestens seit den großen nationalsozialistischen Repressionen nach dem Attentat auf Reichsprotektor Reinhard Heydrich (27. 5. 1942) einig waren. Nachdem die neue tschechoslowakische Regierung die befreiten Gebiete übernommen hatte, wurden die Deutschen und die Ungarn unterschiedslos als kollektiv Schuldige<sup>232</sup> und als für die Kriegsverbrechen Verantwortliche behandelt.

Die gesetzliche Grundlage dafür stellten vor allem die Dekrete des Staatspräsidenten dar.<sup>233</sup> Sie wurden als verbindliche Staatsgesetze promulgiert und sollten später durch die neue Nationalversammlung bestätigt werden - diese

---

<sup>230</sup> Zur ganzen Problematik vgl. VAŠKO, Neumlčena, Band I, v.a. 178 – 188.

<sup>231</sup> Zu diesem, bis heute sehr brisanten, Thema gibt es bereits eine breite Literatur. Auswahl: BRANDES, Detlef, Der Weg zur Vertreibung 1938–1945. Pläne und Entscheidungen zum „Transfer“ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen, München 2005; FROMMER, Benjamin, National cleansing. Retribution against Nazi Collaborators in Postwar Czechoslovakia, Cambridge 2004; GLOTZ, Peter, Die Vertreibung – Böhmen als Lehrstück, München 2003; HRABOVEC, Emilia, Vertreibung und Abschub. Deutsche in Mähren 1945 – 1947, Frankfurt a.M. u.a., 1996; STANĚK, Tomáš, Verfolgung 1945. Die Stellung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien, Wien u.a. 2002.

<sup>232</sup> „Es geht um die direkte Schuld der überwiegenden Mehrheit der Deutschen, deshalb sind die Deutschen als Gesamtheit verantwortlich“, hob z.B. Staatspräsident Edvard Beneš Anfang Juni 1945 die Kollektivschuld der Deutschen hervor. Zitiert nach SUPPAN, Arnold, Österreicher, Tschechen und Sudetendeutschen als Konfliktgemeinschaft im 20. Jahrhundert, in: Prague Papers on the History of International Relations 2002, 174.

<sup>233</sup> Ich stütze mich im Folgenden v.a. auf: KUKLÍK, Jan, Mýty a realita tzv. „Benešových dekretů“. Dekreta prezidenta republiky 1940 – 1945 [Die Mythen und die Realität der sog. „Beneš – Dekrete“. Die Dekrete des Präsidenten der Republik], Prag 2002; MANDLER, Emanuel, Benešovy dekreta [Die Beneš – Dekrete], Prag 2005.

Bestätigung erfolgte durch ein Verfassungsgesetz am 5. 3. 1946. Innerhalb von ungefähr 6 Monaten unterschrieb Staatspräsident Beneš über 100 Dekrete, die das Leben in der neuen Republik maßgeblich beeinflussten und veränderten. Nicht alle Dekrete behandelten die Frage der Deutschen und der Ungarn, einige von ihnen betrafen auch die politischen Institutionen und die allgemeine Staatsverwaltung. Als neue Verwaltungseinheiten wurden die sog. Nationalausschüsse errichtet: Von der Ebene der Gemeinden und der Städte über die Bezirke bis zu den Landesnationalausschüssen in Prag (für Böhmen) und in Brünn (für Mähren und Schlesien). Ihre Präsidien sollten vor Ort gewählt werden (mit Ausnahme der Gebiete mit Mehrheit der „staatlich unzuverlässigen“ Bevölkerung) und die Vertreter der Nationalausschüsse wurden in die Provisorische Nationalversammlung berufen. Praktisch unterlag aber das ganze neue Verwaltungsnetz dem Innenministerium mit einem Kommunisten – Minister Václav Nosek - an der Spitze.<sup>234</sup>

Für die Frage des „deutschen und ungarischen“ Kirchenbesitzes scheinen vier Dekrete des Staatspräsidenten entscheidend zu sein:

<u>Dekret Nr. 5</u> über die Ungültigkeit etlicher eigentumsrechtlicher Handlungen aus der Zeit der Unfreiheit und über die Nationalverwaltung von 19. Mai 1945
<u>Dekret Nr. 12</u> über die Konfiskation des landwirtschaftlichen Eigentums der Deutschen, der Ungarn und der Staatsverräter von 21. Juni 1945
<u>Dekret Nr. 28</u> über die Besiedlung des landwirtschaftlichen Bodens der Deutschen, der Ungarn und der Staatsverräter von 20. Juli 1945
<u>Dekret Nr. 108</u> über die Konfiskation des feindlichen Eigentums und über die Fonds des nationalen Wiederaufbaus von 25. Oktober 1945

<sup>234</sup> Zu den Nationalausschüssen vgl. KAPLAN, Karel, Der kurze Marsch. Kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei 1945–1948. Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 33, München 1981, 75 - 77. Nach Emanuel Mandler war die Einführung der Nationalausschüsse, zu der selbst der Staatspräsident Beneš und die Exilsregierung in London sehr reserviert waren, der erste große taktische Sieg der Kommunisten. Die kommunistische Partei bzw. ihre Mitglieder haben bei der Entstehung der Nationalausschüsse deshalb überwogen, weil die nichtkommunistischen Parteien eher unvorbereitet waren und weil die Bevölkerung gleich nach dem Kriegsende ganz unter dem Einfluss der Befreiung durch die Rote Armee stand. Die Dankbarkeit habe sich automatisch auf die Kommunisten erstreckt und übertragen. MANDLER, Benešovy dekrety, 48.

Am 19. 5. 1945, bald nach seiner Anreise nach Prag, unterzeichnete der neue Staatspräsident Edvard Beneš das Dekret Nr. 5/1945 „über die Ungültigkeit etlicher eigentumsrechtlicher Handlungen aus der Zeit der Unfreiheit und über die Nationalverwaltung der Eigentumswerte der Deutschen, Ungarn, Verräter und Kollaborateuren und irgendwelcher Organisationen und Anstalten“.<sup>235</sup> Das Dekret ordnete die nationale Zwangsverwaltung über das Eigentum der staatlich unzuverlässigen Personen (sowohl der juristischen als auch der physischen) an: Als „staatlich unzuverlässig“ galten nach § 4 alle Personen der deutschen und der ungarischen Nationalität und diejenigen Personen, deren Wirken sich gegen die Staatssouveränität, Selbstständigkeit, Integrität und die demokratisch – republikanische Form der Tschechoslowakischen Republik richtete. Das Kriterium für deutsche und ungarische Nationalität ordnet §6 an: Es handelt sich um „alle Personen, die bei irgendeiner Volkszählung vom Jahre 1929 an sich zur deutschen oder ungarischen Nationalität bekannten oder Mitglieder völkischer Gruppen oder Formationen oder politischer Parteien geworden sind, die Personen deutscher oder ungarischer Nationalität zusammenschlossen“. Nach §7 entscheiden über die Einführung der Zwangsverwaltung die örtlichen Nationalausschüsse (im Fall eines größeren Besitzes die Bezirksnationalausschüsse); laut §10 dürfen auch die Landesnationalausschüsse die Zwangsverwaltung anordnen.

Am 21. 6. 1945 erfolgte das Dekret Nr. 12/1945 über „die Konfiskation und die beschleunigte Aufteilung des landwirtschaftlichen Eigentums der Deutschen, Ungarn, wie auch der Verräter und Feinde des tschechischen und des slowakischen Volkes“<sup>236</sup>. Nach §1 wird das landwirtschaftliche Eigentum der genannten Personen sofort und ohne Entschädigung konfisziert. Es wird auch ausgeführt, welche Personen als Deutsche, Ungarn, Verräter und Feinde zu betrachten sind:

- a) alle Personen deutscher und ungarischer Nationalität, ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit;

---

<sup>235</sup> Der Wortlaut des Dekrets befindet sich in der elektronischen Bibliothek des Parlamentes der Tschechischen Republik: <http://www.psp.cz/docs/laws/dek/51945.html>. Zugriff: 15. 11. 2018.

<sup>236</sup> <http://www.psp.cz/docs/laws/dek/121945.html>. Zugriff: 15. 11. 2018.

- b) Verräter und Feinde der Republik, gleichgültig welcher Nationalität und Staatsangehörigkeit, die diese Feindschaft vor allem während der Krise und des Krieges in den Jahren 1938 bis 1945 bekundet haben;
- c) Aktien- und andere Gesellschaften und Korporationen, deren Leitung vorsätzlich und planmäßig der deutschen Kriegsführung oder faschistischen und nationalsozialistischen Zielen gedient hat.

Im §9 wird bestimmt, wer für die spätere Neuaufteilung des konfiszierten Besitzes an die Tschechen, Slowaken und „andere Slawen“ verantwortlich sein wird – die sog. Bauernkommissionen der Nationalausschüsse vor Ort sollen ihre Vorschläge formulieren, die letzte Entscheidung obliegt aber dem Landesnationalausschuss bzw. dem Landwirtschaftsministerium Prag. Es überrascht nicht, dass der amtierende Landwirtschaftsminister in dieser Zeit ein Vertreter der kommunistischen Partei war - Július Ďuriš.<sup>237</sup> Es soll schließlich erwähnt werden, dass laut §2 dieses Dekrets alle Patronatsrechte und -pflichten, die mit dem konfiszierten Besitz verbunden waren, zum Zeitpunkt der Konfiskation untergingen.

Im Dekret 28/1945 „über die Besiedlung des landwirtschaftlichen Bodens der Deutschen, der Ungarn und anderer Staatsfeinde durch tschechische, slowakische und andere slawische Landwirte“<sup>238</sup> wird die Frage der Neuaufteilung des konfiszierten Besitzes weiter ausgeführt. Die Bestimmungen des Dekrets Nr. 12/1945 werden bestätigt: Über die Zuteilung des Bodens entscheidet in der letzten Instanz praktisch das (kommunistische) Landwirtschaftsministerium. Es ging hauptsächlich um ein eigenes Machtspiel der Kommunisten, das der Staatspräsident nicht durchgeschaut hat (oder nicht durchzuschauen vermochte): Die kommunistische Partei versprach sich von der Neuaufteilung des Bodens (und später von einer umfassenderen Bodenreform) größere Unterstützung unter den Bauern im (traditionell katholischen) Land, wo sie traditionell

---

<sup>237</sup> Július Ďuriš (1904 – 1984) war ein slowakischer kommunistischer Politiker, in der Zeit zwischen 1945 – 1948 Landwirtschaftsminister, nach der Übernahme der Macht durch die Kommunisten wurde er Finanzminister. Sein Name ist mit der Konfiskation des Kirchenbesitzes und mit der kommunistischen kirchlichen Politik verbunden. Weil er der russischen Okkupation der Tschechoslowakei im Jahr 1968 nicht zustimmte, wurde er später aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen.

<sup>238</sup> <http://www.psp.cz/docs/laws/dek/281945.html>. Zugriff: 15. 11. 2018.

schwächer war und wo bis dahin i.d.R. die Wahl die agrarische Partei gewonnen hat, die nach dem Krieg aufgrund der angeblichen Kollaboration nicht wiedererlaubt wurde.<sup>239</sup>

Das Dekret des Staatspräsidenten Nr. 108/1945 „über die Konfiskation des feindlichen Vermögens und die Fonds des nationalen Wiederaufbaus“<sup>240</sup> stellt im §1 den Umfang des konfiszierten oder des zu konfiszierenden Besitzes präziser noch einmal fest. Konfisziert wird, falls dies noch nicht geschehen ist, folgendes Vermögen:

- a) Der Besitz des Deutschen Reiches, des Königreichs Ungarn, der Körperschaften des öffentlichen Rechtes nach deutschem oder ungarischem Recht, der deutschen nationalsozialistischen Partei, der ungarischen politischen Parteien und anderer Personenvereinigungen, Fonds und Zweckvermögen dieser (...), wie auch anderer deutscher oder ungarischer juristischer Personen;
- b) der Besitz physischer Personen deutscher oder ungarischer Nationalität - mit Ausnahme der Personen, die nachweisen, dass sie der Tschechoslowakischen Republik treu geblieben sind, sich niemals gegen das tschechische und slowakische Volk vergangen haben und sich entweder aktiv am Kampf für deren Befreiung beteiligt oder unter dem nationalsozialistischen oder faschistischen Terror gelitten haben<sup>241</sup>;
- c) der Besitz physischer Personen, die eine gegen die staatliche Souveränität, die Selbständigkeit, die Integrität, die demokratisch-republikanische Staatsform, die Sicherheit und die Verteidigung der Tschechoslowakischen Republik gerichtete Tätigkeit entfaltet haben, die zu einer solchen Tätigkeit aufreizten oder andere

---

<sup>239</sup> Die kommunistische Bodenpolitik „brachte Unruhe und Spannung auf das Land und hielt sie ständig im Gang, sie förderte und erneuerte immer wieder das Ringen der Bauern um den Boden, und so ermöglichte sie der kommunistischen Partei, sie im politischen Machtkampf auszunutzen.“ JANIŠOVÁ, Milena/KAPLAN, Karel, *Katolická církev a pozemková reforma 1945 – 1948* [Die katholische Kirche und die Bodenreform 1945 – 1948], Brunn 1995, 8. Vgl. auch MANDLER, Benešovy dekrety, 86 – 88.

<sup>240</sup> <http://www.psp.cz/docs/laws/dek/1081945.html>. Zugriff: 15. 11. 2018.

<sup>241</sup> Diese Ausnahme wurde in einer Broschüre des Innenministeriums mit den Durchführungsbestimmungen der Dekrete vom Ende des Jahres 1946 so kommentiert: „Das Leiden unter dem nationalsozialistischen oder faschistischen Terror allein genügt für eine Ausnahme aus der Konfiskation des landwirtschaftlichen Besitzes nicht...“ ŠEBESTÍK, Josef, *Přehled předpisů o Němcích a o osobách považovaných za Němce* [Übersicht über die Vorschriften, die die Deutschen und die für Deutsche gehaltenen Personen betreffen], Prag 1946, 15. Um eine Ausnahme aus der Konfiskation des landwirtschaftlichen Besitzes musste man sich also laut Dekret Nr. 12 am Kampf um die Befreiung der Tschechoslowakei aktiv beteiligen – „nur“ das Leiden unter dem Okkupationsregime genügte offensichtlich nicht. Für eine Ausnahme aus der Konfiskation eines anderen (also eines nicht landwirtschaftlichen) Besitzes konnte dagegen allein das Leiden genügen. Vgl. auch MANDLER, Benešovy dekrety, 92 – 95.

Personen dazu zu verleiten suchten, planmäßig auf welche Art immer die deutschen oder ungarischen Okkupanten unterstützt haben (...) oder sich dem tschechischen oder dem slowakischen Volk gegenüber feindselig verhalten haben, wie auch von Personen, die eine solche Tätigkeit bei Personen, welche ihr Vermögen oder Unternehmen verwalteten, geduldet haben.

Die Bestimmungen des letztgenannten Absatzes galten auch für juristische Personen, soweit den physischen Personen, welche ihre Mitglieder oder Teilhaber an ihrem Vermögen oder Unternehmen (Kapitalbeteiligte) waren, eine Schuld am Vorgehen des die juristische Person vertretenden Organs beizumessen war oder soweit diese Personen bei ihrer Wahl und Beaufsichtigung die angemessene Sorgfalt außer Acht gelassen haben. Über die Konfiskation sollten wieder die Bezirksnationalausschüsse entscheiden, wobei einige Einzelfälle auch von den Landesnationalausschüssen übernommen werden konnten. Als Berufungsinstanz galt das Innenministerium. Nach §2 konnte ggf. die Regierung „einem bestimmten Kreis von Personen“ die Ausnahme aus der Konfiskation erteilen.

Im Zusammenhang mit dem persönlichen Schicksal der deutschen Priester und Ordensleute muss schließlich auch das Dekret Nr. 33/1945<sup>242</sup> (promulgiert am 2. 8. 1945 – d.h. am Abschlusstag der Potsdamer Konferenz) erwähnt werden, durch das den Deutschen, den Ungarn und den Feinden und Verrätern der Republik die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft entzogen wurde. Laut §2 können aus dieser Regelung diejenigen Personen ausgenommen werden, die nachweisen, dass sie der tschechoslowakischen Republik treu geblieben sind, sich niemals gegen das tschechische und slowakische Volk vergangen und sich entweder aktiv im Kampf um seine Befreiung beteiligt oder unter dem nationalsozialistischen oder faschistischen Terror gelitten haben. Sie mussten sich allerdings an die zuständige Behörde (i.d.R. an den Nationalausschuss) vor Ort wenden, die ihr Ansuchen dem Innenministerium vermitteln wird, das über ihre staatliche Zuverlässigkeit endgültig entscheiden sollte.<sup>243</sup>

---

<sup>242</sup> <http://www.psp.cz/docs/laws/dek/331945.html>. Zugriff: 15. 11. 2018.

<sup>243</sup> In der Praxis waren die Bedingungen für die Wiederherstellung der Staatsbürgerschaft sehr hart. Was speziell die Priester betrifft, so konnten nur die wenigsten von ihnen die Voraussetzungen erfüllen, „zumal ihre Anträge von den Behörden viel strenger beurteilt wurden als die kommunistischen und die sozialdemokratischen.“ HRABOVEC, *Vetreibung und Abs Schub*, 358.

Die Dekrete des Staatspräsidenten haben somit eine „rechtliche“ Grundlage nicht nur für die Konfiszierung des deutschen und ungarischen Besitzes, sondern auch für die eigentliche physische Vertreibung der ehemaligen tschechoslowakischen Staatsbürger gewährt. Noch vor der Potsdamer Konferenz (27. 7. – 2. 8. 1945), ungefähr ab Juni 1945, begann die s.g. wilde Vertreibung, die zunächst nach den Anordnungen der Nationalausschüsse „organisiert“ wurde; die offizielle Abschiebung<sup>244</sup> der deutschen Bevölkerung erfolgte ab Januar 1946. Insgesamt wurden fast 3 Millionen Deutsche aus der Tschechoslowakei ausgesiedelt, ungefähr 20 000 Personen kamen gewaltsam ums Leben.<sup>245</sup> Die Auswirkungen auf das gesamte kirchliche Leben in der Tschechoslowakei waren gewaltig.

### 3.1.2 Die Vertreibung und die Kirche

Unmittelbar nach dem Kriegsende wurden auch deutsche Geistliche gezwungen, gemeinsam mit dem Rest der deutschen Bevölkerung das Land – oft unter sehr dramatischen Umständen - zu verlassen. Die Nationalausschüsse untersagten deutschsprachigen Religionsunterricht und vielfach die Benutzung der deutschen Sprache im Gottesdienst.<sup>246</sup> Nach der Entscheidung des Landesnationalausschusses in Prag von 25.6. 1945 mussten sich alle Priester und Verwalter der Kirchengüter beim zuständigen kirchlichen Vorgesetzten bzw. beim Ordinariat melden und eine eidesstattliche Erklärung abgeben, dass sie nicht der deutschen oder der ungarischen Nationalität angehören (die Kriterien dafür wurden von den Dekreten des Staatspräsidenten übernommen). Zugleich mussten sie eine Bestätigung des örtlichen

---

<sup>244</sup> Die Teilnehmer der Konferenz billigten im Artikel XIII des Schlussberichts die umfangreiche Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn; die Durchführung des Abschubs sollte allerdings „ordnungsgemäß und menschlich“ sein und mit Blick auf die Situation in Deutschland wurde empfohlen, von weiteren Massenaussiedlungsaktionen Abstand zu nehmen. Diese Empfehlung respektierte – mit Unterstützung der Sowjetunion – die tschechoslowakische Regierung jedoch nicht. STANĚK, Verfolgung 1945, 45.

<sup>245</sup> Laut der deutsch-tschechischen Historikerkommission (1996) starben 15 000 – 16 000 Deutsche gewaltsam und in unmittelbarem Zusammenhang mit der Durchführung der Vertreibung; die Obergrenze könnte auf wohl annähernd 30 000 Todesfällen geschätzt werden. STANĚK, Verfolgung 1945, 208.

<sup>246</sup> ZÜCKERT, Veränderungen kirchlichen Lebens in den tschechischen Grenzregionen nach 1945, in: ZÜCKERT, Martin/HÖLZWIMMER, Laura (Hgg.), Religion in den böhmischen Ländern 1938 – 1948. Diktatur, Krieg und Gesellschaftswandel als Herausforderungen für religiöses Leben und kirchliche Organisation. Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 115, München 2007, 261.

Nationalausschusses vorlegen, dass sie staatlich zuverlässig sind.<sup>247</sup> Die Ordinariate schickten im Sommer 1945 Beauftragte in die Grenzlandbezirke, die im Kontakt mit den örtlichen Behörden Kirchengebäude, Inventar und Archiv sichern sollten.<sup>248</sup> Im Herbst 1945 verbot das Justiz- und Innenministerium den deutschen Priestern jede Ausübung von Funktionen in der übertragenen öffentlichen Verwaltung, im November 1945 betonte das Innenministerium erneut, dass auch „Personen deutscher Nationalität, die dem geistlichen Stand angehören, und zwar sowohl weltliche als auch geistliche Ordenspriester sowie Mitglieder weiblicher Ordensgemeinschaften dem Abschub unterliegen.“<sup>249</sup>

Zu der Brutalität und zu den Exzessen, die mindestens für die erste Phase der Vertreibung charakteristisch waren, hat die Kirche zunächst geschwiegen. Die Zeitungen aus dem Sommer 1945 brachten sogar einige Priesterstimmen, die die allgemeine Hysterie gegen die Deutschen unterstützt haben. So berichtete z.B. die Zeitung *Lidová demokracie* (Die Volksdemokratie) von 24. 6. 1945 über eine Volksversammlung, während der auch der Prager Kanoniker Msgr. Bohumil Stašek<sup>250</sup> eine Rede hielt: „Seine Rede gipfelt mit einem großartigen Abschluss... Nach 1000 Jahren kommt endlich die Zeit der Abrechnung mit den Deutschen, die böse sind und für die kein Gebot der Nächstenliebe gilt. In der Zukunft wird jetzt eine glorreiche, slawische, von Russland geführte Epoche kommen... Die tschechoslowakische und die sowjetische Hymne, gemeinsam mit dem Choral des Hl. Wenzel, ließen die Hoffnung ertönen, dass das katholische Volk für Wahrheit, Rechtschaffenheit und Gerechtigkeit der Tschechoslowakei arbeiten wird.“<sup>251</sup>

Am 28. August 1945 wurde in Rom eine Botschaft des Papstes an den tschechoslowakischen Episkopat zum 600. Jubiläum des Geburtstages des hl. Johannes Nepomuk veröffentlicht. Pius XII. wünscht am Anfang der Botschaft allen Gläubigen nach der schwierigen Kriegszeit, während der auch die katholische Kirche viel gelitten habe,

---

<sup>247</sup> Acta archiepiscopalis curiae pragensis, Nr. 7/1945.

<sup>248</sup> ZÜCKERT, Veränderungen kirchlichen Lebens in den tschechischen Grenzregionen nach 1945, 263.

<sup>249</sup> HRABOVEC, Vertreibung und Abschub, 347.

<sup>250</sup> Msgr. Bohumil Stašek (1886 – 1948), Kanoniker von Vyšehrad, war in der Zeit der ersten tschechoslowakischen Republik ein wichtiger Politiker der katholischen Volkspartei; die ganze Zeit des Krieges wurde er in den Konzentrationslagern Oranienburg und Dachau gefangen gehalten.

<sup>251</sup> Zitiert nach VAŠKO, Neumličená, Band 1, 30 – 31.

einen wirklichen Frieden und eine wirkliche Gerechtigkeit. Ohne die Vertreibung direkt zu nennen, führt der Papst das Thema des Friedens und der Gerechtigkeit mit einem aktuellen Bezug aus: „Unter der Leitung und unter dem Schutz des hl. Johannes Nepomuk möge ein dauerhafter Friede in eurer Heimat aufblühen... Ein Friede, der auf Gerechtigkeit und Liebe baut. Denn in eurer Heimat hat sich infolge der unglücklichen Ereignisse eine feindliche Gesinnung und Hass gebildet, der die Rachsucht schürt. Dieser Aufruhr, ehrwürdige Brüder, soll durch eure Ratschläge und Anweisungen gemildert werden, damit er die Grenzen des Rechtes und der Gerechtigkeit nicht überschreitet...“<sup>252</sup> Gemeinsam mit den Schuldigen dürfen nicht die Unschuldigen bestraft werden, schreibt weiter der Papst, und die Bestrafung darf nicht maßlos und unmenschlich sein, sonst pervertiert die neue Freiheit in eine unmenschliche Tyrannei.

Am 28. Oktober 1945 meldete sich der Olmützer Erzbischof Leopold Prečan zu Wort. In seinem Hirtenbrief, der zum Anlass des Staatsfeiertages geschrieben wurde, betonte er, dass die neugewonnene Freiheit nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten bringe. Der Stärkere soll den Schwächeren nicht so behandeln, als ob er sämtlicher Menschenrechte entblößt wäre. „Wir sind alle Kinder Gottes! Wohl denen, die barmherzig sind, denn sie werden Erbarmen finden (Mt 5,7).“<sup>253</sup> Mitte November fand die erste Versammlung der tschechischen und slowakischen Bischöfe nach dem Krieg in Olmütz statt. Der Hirtenbrief, der die Hauptpunkte der Beratungen reflektiert, ist vom 14. November 1945 datiert und sollte am 4. Adventssonntag verlesen werden. Im Punkt VII („Wie sich gegenüber Angehörigen anderer Nationalitäten verhalten“) nehmen die Bischöfe Bezug auf die Botschaft des Papstes und zitieren seine Worte ausführlich. Weiter heißt es im Hirtenbrief:

„Wir haben selbst gelitten, und das bedeutet Ehre und Ruhm für uns; wenn wir selbst Unrecht begingen, wäre das für uns eine Schuld vor Gott und ein Makel vor den Menschen, und das Ausland würde es uns nicht vergessen. Nicht ein Schatten der Barbarei der ehemaligen Konzentrationslager darf auf uns fallen, denn die Geschichte hat einen durchdringenden Blick

---

<sup>252</sup> Acta archiepiscopalis curiae pragensis, Nr. 11/1945.

<sup>253</sup> HRABOVEC, Vertreibung und Abschub, 355.

und würde in späteren Jahren jeden Übergriff an den Pranger stellen, so wie heute die Grausamkeit der Lager in Dachau, Auschwitz und anderswo angeprangert wird.“<sup>254</sup>

Die Deutschen, die die Tschechoslowakei verlassen mussten, wurden zunächst in Internierungslagern gesammelt.<sup>255</sup> Die Kirche hat sich seit Herbst 1945 bemüht, die Seelsorge bei den internierten Menschen zu leisten. Die Konsistorien haben den örtlichen Geistlichen aufgetragen, dass sie unter den Deutschen Sakramente spenden und Gottesdienste feiern sollen; solche Geistliche wurden aber in den meisten Fällen von den Leitungen der Lager abgewiesen. Nach der Intervention der Bischöfe<sup>256</sup> hat das Schulministerium angeordnet, dass man „den Geistlichen nicht verbieten darf, dass sie in den Internierungs- und Sammellagern die notwendige kirchliche Zeremonie tun, wenn sie still und ohne Ansprachen sind.“ Nach einer Richtlinie des Innenministeriums von 17. Dezember 1945 durften die deutschen internierten Priester den Schwerkranken in den Lagern „geistlichen Trost“ spenden; sie durften auch eine Messe feiern, die Predigt wurde aber weiterhin verboten. Sollte kein deutscher Priester anwesend sein, durfte ein tschechischer Priester kommen. Dagegen haben offenkundig einige Tschechen protestiert, wie der Schluss der Richtlinie zeigt: „Die tschechische Bevölkerung sieht in

---

<sup>254</sup> Acta archiepiscopalis curiae pragensis, Nr. 12/1945. Deutsche Übersetzung des Hirtenbriefes in: ZÜCKERT/HÖLZWIMMER, Religion in den böhmischen Ländern 1938 – 1948, 393 – 398. Zückert weist darauf hin, dass die Zwangsaussiedlung unter tschechischen Vertretern der katholischen Kirche „akzeptiert, vereinzelt auch bejaht wurde. Kirchliche Bestrebungen zielten somit vor allem darauf, Willkür und Ausschreitungen, nicht aber die Aussiedlungen an sich zu verhindern.“ ZÜCKERT, Veränderungen kirchlichen Lebens in den tschechischen Grenzregionen nach 1945, 265. Hrabovec schreibt über eine „Tragik der tschechischen katholischen Kirche“, die sich symbolisch in der Gestalt des Prager Erzbischofs Josef Beran spiegelt: Beran, der im Gespräch mit einer schweizerischen Zeitschrift im März 1947 den Transfer als eine „imperative Notwendigkeit“ bezeichnete, musste später nach der kommunistischen Machtübernahme selbst eine „unfreiwillige Emigration aus der Heimat“ erleiden. HRABOVEC, Vertreibung und Abschied, 366. Aus der Sicht der tschechischen Geschichtsschreibung stellte aber die katholische Kirche die einzige bedeutende Institution dar, die sich in der Zeit des allgemeinen antideutschen Nationalismus, in der niemand die Vertreibung bezweifelte, mindestens um eine kritische Stellung – wenn auch sehr nüchtern – bemühte. Interessante Stimmen katholischer Priester und Laien zum Thema der Behandlung der Deutschen brachten auch die katholischen Zeitschriften in dieser Zeit – vgl. dazu LATA, Jan, Vertreibung und Aussiedlung in der kirchennahen Presse, in: ZÜCKERT, Martin/HÖLZWIMMER, Laura (Hgg.), Religion in den böhmischen Ländern 1938 – 1948. Diktatur, Krieg und Gesellschaftswandel als Herausforderungen für religiöses Leben und kirchliche Organisation. Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 115, München 2007, 342 – 353.

<sup>255</sup> Zum System der Lager in der Tschechoslowakei vgl. STANĚK, Tomáš, Internierung und Zwangsarbeit. Das Lagersystem in den böhmischen Ländern 1945 – 1948. Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 92, München 2007.

<sup>256</sup> Der Olmützer Erzbischof Leopold Prečan richtete Anfang August 1945 an die zuständigen Organe eine „Bitte und Beschwerde“, sie sollten den Gläubigen ermöglichen zu beten, an den Sonn- und Feiertagen die Messe zu besuchen und in Krankheit und Lebensgefahr die Sakramente zu empfangen. STANĚK, Internierung und Zwangsarbeit, 149.

einigen Fällen die Begegnung des tschechischen Priesters mit den Deutschen als verdächtig an; die örtlichen Nationalkomitees sollen sie belehren, dass ein Priester die religiösen Bitten der Deutschen nicht ablehnen darf.“<sup>257</sup>

Nachdem ab Januar 1946 die systematischen Transfers begonnen hatten, versuchten die Konsistorien die Bedingungen bei dem Abschub für die deutschen Geistlichen mindestens zu mildern. So erlaubte zum Beispiel der Nationalausschuss in Mährisch-Ostrau, dass den deutschen Priestern ihre Gebetsbücher und theologischen Bücher zu belassen waren; laut Beschluss der Regierung von 14. Mai 1946 war den Priestern nicht mehr wie bisher 50 Kg, sondern 100 Kg oder auch mehr Gepäck zu gestatten, damit sie z.B. auch ihre liturgischen Gewänder mitnehmen konnten.<sup>258</sup> Die meisten deutschsprachigen Priester und Ordensleute verließen die Tschechoslowakei im Laufe des Jahres 1946.

Rein „statistisch“ gesehen wurden aus ganz Böhmen und Mähren insgesamt etwa 1600 deutsche Priester und etwa 2800 deutsche Ordensfrauen vertrieben und die überwiegende Mehrheit der vertriebenen Laien waren ebenfalls katholisch. Die Diözesen verloren daher 20 bis 70 Prozent ihrer ursprünglichen katholischen Bevölkerung.<sup>259</sup> Viele Pfarreien blieben leer und an einigen Orten drohte bald eine reale Gefahr, dass die Krankenhäuser und andere karitative Einrichtungen nach der Vertreibung der deutschen Krankenschwestern ohne geschultes Personal bleiben. Das Ministerium hat am 12. Juli 1946 tatsächlich eine Ausnahme erteilt, die aber ausdrücklich für die Ordensschwestern in den Schulen und für die Deutschordensschwestern nicht galt.<sup>260</sup>

---

<sup>257</sup> VAŠKO, Neumlčena, Band 1, 130 – 131.

<sup>258</sup> ZÜCKERT, Veränderungen kirchlichen Lebens in den tschechischen Grenzregionen nach 1945, 265 – 266.

<sup>259</sup> Da die mährischen Gebiete nach der Vertreibung der Deutschen mit tschechischen bzw. slowakischen Neusiedlern besiedelt wurden, war der Verlust der Gläubigen in den mährischen Diözesen (Brünn und Olmütz – circa 30 Prozent) nicht so dramatisch wie im Fall der böhmischen Diözesen (Leitmeritz – fast 70 Prozent). Im böhmischen Grenzland entstanden „jene im gewesenen Sudetenland so traurig typischen weiten Landstriche, die völlig entvölkert oder nur von Neusiedlern bewohnt wurden und in denen nur verlassene, zerfallende oder ausgeplünderte Kirchen und Pfarren an die einst blühende Religion der früheren Bevölkerung erinnerten.“ HRABOVEC, Vertreibung und Abschub, 365 – 366.

<sup>260</sup> Acta archiepiscopalis curiae pragensis, Nr. 8-9/1946. Das Innenministerium gestand im Sommer 1946, dass die deutschen Ordensschwestern, die in Krankenhäusern und in karitativen Einrichtungen arbeiten, aktuell praktisch unersetzlich sind und dass sie aufgrund ihrer Lebensführung nur sehr schwer für ein „politisch gefährliches Element“ gehalten werden können.

### 3.2 Die Orden „deutscher Prägung“ nach dem Krieg

Einen Spezialfall der Vertreibung stellten die „deutschen“ Ordensgemeinschaften dar: Orden, Abteien oder Klöster, die sich auf den Gebieten mit mehrheitlich deutschsprachiger Bevölkerung befanden und deren Mitglieder überwiegend deutscher Nationalität waren. Es handelte sich zunächst vor allem um folgende kirchlichen Kommunitäten:

Der Deutsche Orden
Die Abtei der Prämonstratenser in Teplá (Tepl, Westböhmen)
Das Kloster der Benediktiner in Broumov (Braunau, Ostböhmen)
Das Kloster der Zisterzienser in Osek (Ossegg, Nordböhmen)
Das Kloster der Zisterzienser in Vyšší Brod (Hohenfurth, Südböhmen)

Als „staatlich unzuverlässig“ (laut Dekret des Staatspräsidenten 5/1945) mussten die deutschen Ordensleute genauso wie die deutschen Weltpriester das Land verlassen. Ihre Vertreibung wurde von Anfang an von Pressekampagnen und öffentlichen Vorwürfen begleitet, die sich gegen das frühere – angeblich „antitschechische“ bzw. „antislawische“ - Wirken der deutschen Ordensleute in der Tschechoslowakei richteten. Gewaltsame Exzesse vor Ort waren dabei keine Ausnahme: Bereits im Sommer 1945 wurden zwei Benediktiner aus Braunau von den Revolutionsgardisten<sup>261</sup> in einem Pfarrhaus ermordet.<sup>262</sup>

Am 14. November 1945 machten fünf Abgeordnete der nationalsozialen Partei eine Eingabe bei der tschechoslowakischen Regierung in der Angelegenheit des Deutschen Ordens.<sup>263</sup> Der Deutsche Orden stellt den Abgeordneten zufolge den

<sup>261</sup> Die Revolutionsgarden waren freiwillige Bewaffnete, die ungefähr von Mai bis September 1945 in den tschechischen Grenzgebieten operierten. In der neueren Literatur wird vor allem die Brutalität und Primitivität ihrer Mitglieder betont. In vielen Fällen handelte es sich auch um Kollaborateure aus der Zeit der Okkupation.

<sup>262</sup> VLČEK, Perzekuce mužských řádů a kongregací komunistickým režimem 1948 – 1964, 23 – 24.

<sup>263</sup> [http://www.psp.cz/eknih/1945pns/tisky/t0010\\_00.htm](http://www.psp.cz/eknih/1945pns/tisky/t0010_00.htm). Zugriff: 15. 11. 2018. Zu dieser Eingabe fügten später weitere 22 Abgeordnete ihre Unterschriften hinzu.

schrecklichsten Feind in der Geschichte der slawischen Nationen dar, der sich im Lauf der Jahrhunderte nach Osteuropa gedrängt habe, um sich Gebiete anzueignen. „Obwohl sich der Orden hinter der Maske des Christentums versteckte, war er ein grausamer und unbarmherziger Feind, dem zwar Polen im 15. Jahrhundert einen schweren Schlag versetzte, dessen verheerender Einfluss damit aber nicht zerstört wurde...“ Da der Orden mit der Germanisierung nicht aufgehört habe und weil er sich auch in der letzten Zeit dem tschechoslowakischen Staat gegenüber feindlich verhalten habe, verlangten die Abgeordneten eine sofortige und endgültige Konfiskation seines Besitzes. Vier Abgeordnete der gleichen Partei wandten sich am 15. Januar 1946 an den Landwirtschaftsminister in der Sache der Benediktiner in Braunau.<sup>264</sup> Das Kloster wird in der Intervention als ein „verbissenes Germanisierungszentrum“ bezeichnet und es wird darauf hingewiesen, dass der ganze Benediktinerorden „deutscher Abstammung“ sei. Die „germanischen“ Äbte haben laut den Abgeordneten „terroristisch“ auf die tschechischen Ordenspriester gewirkt. Der Besitz sollte „dem armen Webervolk“, das vor Ort lebt, übergeben werden.

Signifikant war auch die Kampagne gegen die Zisterzienser in Hohenfurth. Die kommunistische Zeitung *Rudé právo* („Das rote Recht“) veröffentlichte am 16. November 1946 einen Artikel mit dem Titel „In Hohenfurth wird auf Deutsch gepredigt“:

„Das bekannte und reiche Kloster der Zisterzienser war immer ein Bollwerk des Germanismus und des Verrates, in der Zeit der Okkupation eine Höhle des Nationalsozialismus. Seit der Befreiung hat sich nichts geändert. Bei den gütigen Vätern haben viele deutsche Familien Zuflucht gefunden und in der Klosterkirche wurden die Gottesdienste weiter auf Deutsch gefeiert. Die Mehrheit der Bürger kann die Kirche nicht meiden, weil es keine andere Kirche am Ort gibt. Läge die ganze Sache in der Kompetenz des Nationalausschusses, würde dieser einschreiten. So muss man aber abwarten, bis die deutschen Priester das Kloster verlassen. Das wird nicht mehr lange dauern, denn die Herrschaft der Zisterzienser, die überall in unserem Land germanisiert haben, wurde eben konfisziert.“<sup>265</sup>

Die meisten Angriffe zielten sonderbarerweise auf Abt Tecelin Josef Jaksch. P. Jaksch wurde im November 1938 von der Linzer Gestapo für 6 Monate verhaftet. Im Juni 1939

---

<sup>264</sup> [http://www.psp.cz/eknih/1945pns/tisky/t0107\\_00.htm](http://www.psp.cz/eknih/1945pns/tisky/t0107_00.htm). Zugriff: 15. 11. 2018.

<sup>265</sup> Rudé právo von 16. 11. 1946.

musste er das Kloster verlassen und übersiedelte nach Tišnov (Tischnowitz, Südmähren), wo er, während des Krieges den Tschechen geholfen hat. Am 5. Mai 1945 verhinderte er eine Exekution von 40 Tschechen.<sup>266</sup> Am 2. Oktober 1946 wurde der ganze Ordensbesitz, dessen Verwaltung nach dem Kriegsende P. Jaksch anvertraut worden war, durch den Landesnationalausschuss in Prag konfisziert. Obwohl nach dem Bericht der Polizei in Budweis niemand von den Ordensleuten während des Krieges weder in die SdP noch in die NSDAP eingetreten war und obwohl alle als staatlich zuverlässig<sup>267</sup> bezeichnet wurden, wurden sechs Ordensbrüder nach Deutschland vertrieben.

Problematischer scheint der Fall der deutschen Prämonstratenser aus der Abtei Tepl, mit Abt Peter Möhler und Prior Hieronymus Walter an der Spitze, gewesen zu sein. Sie wurden Anfang September 1946 verhaftet und wegen angeblicher Unterstützung des Nationalsozialismus und Mitarbeit bei den Werwölfen angeklagt. Dank der Intervention des neuen (tschechischen) Priors P. Heřman Tyl<sup>268</sup> wurde der geplante Gerichtsprozess aufgehoben. Die Angeklagten wurden nach der Entscheidung des Gerichtes in Cheb (Eger) vom November 1946 freigelassen und im Frühling des nächsten Jahres nach Deutschland vertrieben.<sup>269</sup> Im Jahr 1946 wurden auch die Zisterzienser aus der Abtei Ossegg aus der Tschechoslowakei ausgesiedelt. Der Abt und einige Mitbrüder wurden von der Polizei untersucht, weil sie angeblich einige Kostbarkeiten aus dem Kloster versteckt hatten (Ringe, Kreuze, Messgewänder).<sup>270</sup>

---

<sup>266</sup> Nach einer Aktion der Partisanen, während der drei deutsche Soldaten umgebracht wurden, wollte ein betrunkenen deutscher Kommandant namens Tomeczek alle Männer aus dem Dorf erschießen lassen und die Frauen und Kinder sollten verbrannt werden. P. Jaksch hat ihn davon nach einem längeren Gespräch abgeraten, indem er sich mit eigenem Leben für die Leute verbürgte. VLČEK, Perzekuce mužských řádů a kongregací komunistickým režimem 1948 – 1964, 24.

<sup>267</sup> Im Jahr 1941 mussten die Zisterzienser das Kloster in Hohenfurth verlassen, das zum Sammelort gestohlener Kunstwerke aus ganz Europa wurde; ein Ordensbruder, P. Engelbert Blöchel, wurde aufgrund seiner Ablehnung des Nationalsozialismus ins KZ Dachau geschickt, wo er im November 1944 verstarb. Das Kloster in Hohenfurth wurde von den nationalsozialistischen Behörden aufgelöst. A KPR, Fond KPR – protokol T, sign. T 319/46. Vgl. auch JANIŠOVÁ/KAPLAN, Katolická církev a pozemková reforma 1945 – 1948, 200 – 203.

<sup>268</sup> FERANC, Daniel, Tepelský převor Heřman Josef Tyl [Der Prior von Tepl Heřman Josef Tyl], in: KUBÍN, Petr (Hg.), Brány pekelné ji nepřemohou. Kapitoly z dějin pronásledování církví v Československu kolem roku 1950 [Die Pforten der Unterwelt werden sie nicht überwältigen. Kapitel aus der Geschichte der Verfolgung der Kirchen in der Tschechoslowakei um das Jahr 1950], Prag 2013, 48 – 72.

<sup>269</sup> OPASEK, Anastáz, Dvanáct zastavení [Zwölf Stationen], Prag 1997, 130.

<sup>270</sup> SKŘIVÁNEK, František, Osecký klášter od roku 1950 až do návratu cisterciáků [Das Ossegger Kloster ab dem Jahr 1950 bis zur Rückkehr der Zisterzienser], Ossegg 2005, 84.

Wie schon erwähnt, wurden die Frauenorden anders behandelt, vor allem aus dem Grund, weil nach dem Krieg an vielen Orten ein zuverlässiges und geschultes Gesundheits- und Sanitätspersonal fehlte. Die Zentralinstitutionen (das Innenministerium, das Gesundheitsministerium, die Landesnationalausschüsse) verhielten sich in den meisten Fällen außerordentlich entgegenkommend und die deutschen Ordensfrauen wurden von den Verfolgungsmaßnahmen gegen die deutsche Bevölkerung ausgenommen. Die einzige Ausnahme, wie bereits erwähnt wurde, stellten die Deutschordensschwwestern dar; es hat nicht geholfen, dass viele von ihnen als Krankenschwestern in verschiedenen mährischen öffentlichen Krankenhäusern (Zwittau, Neutitschein, Mährisch-Neustadt, Hof) arbeiteten. Seit Herbst 1945 wurden viele von ihnen aus der Tschechoslowakei deportiert.<sup>271</sup>

### **3.2.1 Die Frage des „deutschen“ Ordensbesitzes im Jahr 1945**

Schon im Lauf des Sommers 1945 haben einige neugebildete tschechische Behörden (vor allem die örtlichen Nationalausschüsse) versucht, mit Verweis auf die Dekrete des Staatspräsidenten, den Kirchenbesitz, falls er von einer Person deutscher oder ungarischer Nationalität verwaltet wurde, unter die Nationalzwangsverwaltung zu stellen. Diese Maßnahme betraf zunächst den Deutschen Orden und die Benediktinerabtei in Braunau. In dieser unübersichtlichen Situation kristallisierte sich die entscheidende Frage heraus: Soll/darf der Kirchenbesitz „deutscher Prägung“ konfisziert werden?

Am 14. November 1945 verlangten einige nationalsoziale Abgeordnete in der bereits erwähnten Eingabe eine endgültige Konfisizierung (d.h. einen Übergang von der Zwangsverwaltung zur Enteignung) des Besitzes des Deutschen Ordens mit der Begründung, dass seine Vertreter Henlein und Hitler unterstützt haben. Die Auflösung des Ordens durch die Nationalsozialisten war für die Abgeordneten kein Argument gegen die Konfisizierung: Es ging angeblich um keine Enteignung, sondern es wurde lediglich „ein deutscher Verwalter durch einen anderen ersetzt.“<sup>272</sup> Außerdem traten

---

<sup>271</sup> GRUBER, Erentraud, Hinter dem Eisernen Vorhang, 27 – 33; die ganze Problematik wird in den folgenden Kapiteln dieser Arbeit ausführlicher behandelt.

<sup>272</sup> [http://www.psp.cz/eknih/1945pns/tisky/t0010\\_00.htm](http://www.psp.cz/eknih/1945pns/tisky/t0010_00.htm). Zugriff: 15. 11. 2018.

nach Meinung dieser Abgeordneten alle „Führungsbeamten“ und Angestellten des Ordens in die Bewegung von Konrad Henlein ein - diese Tatsache allein sollte die staatliche Unzuverlässigkeit des Ordens genug bezeugen, weil alle Anhänger von Henlein ausnahmslos Staatsverräter gewesen seien.

Einen Tag darauf - am 15. November 1945 - veröffentlichte die Versammlung der tschechischen und slowakischen Bischöfe und Ordinarien in Olmütz ein an die tschechoslowakische Regierung gerichtetes Memorandum<sup>273</sup> mit einer klaren Stellungnahme. Die Bischöfe bedanken sich zunächst dafür, dass der Kirchenbesitz von den aktuellen Vermögensübertragungen bisher unversehrt blieb. Das Unantastbarkeitsprinzip soll nach den Bischöfen auch in dem Fall verbindlich sein, wenn z.B. eine Kongregation, die den Besitz verwaltete, von Deutschen oder Ungarn geleitet wurde: Nicht die physischen Personen sind Subjekte des kirchlichen Besitzes, sondern die Kirche an sich. Darüber hinaus haben die Dekrete des Staatspräsidenten nach der Meinung der Bischöfe keinen Säkularisierungscharakter, sondern sie sind eine Bestimmung des Strafrechts gegen die antistaatlichen Elemente. Unter solche darf die Kirche keinesfalls gezählt werden, denn sie „stand in einem entscheidenden Kampf gegen den Nationalsozialismus“.

Das Schulministerium, zu dessen Kompetenzbereich die Kirchen zählten und an dessen Spitze in dieser Zeit ein kommunistischer Minister<sup>274</sup> stand, rechnete offensichtlich zunächst nicht mit einer Konfiszierung des Kirchenbesitzes nicht. Bereits im September 1945 wandte es sich gegen jegliche Nationalzwangsverwaltung oder Konfiskation auf der Grundlage der Dekrete des Staatspräsidenten, und in diesem Sinn wurden die zuständigen Ministerien (das Landwirtschaftsministerium, das Justizministerium) und die Nationalausschüsse informiert.<sup>275</sup> Nach einer Beratung mit

---

<sup>273</sup> A KPR, Fond KPR 1919 – 1947, Karton 285, sign. D 14112. Das Memorandum wurde von Dr. Leopold Prečan (Erzbischof von Olmütz), Dr. Karol Kmeřko (Bischof von Neutra) und Dr. Mořic Pícha (Bischof von Königsgratz) unterschrieben. Die Regierung hat auf dieses Memorandum nie offiziell geantwortet.

<sup>274</sup> Zdeněk Nejedlý (1878 – 1962) war ein kommunistischer Historiker und Professor der Musikologie an der Karlsuniversität in Prag, von 5.4. 1945 bis 2.7.1946 Schulminister in der ersten tschechoslowakischen Nachkriegsregierung. Später wurde er Minister für Arbeit und Sozialaufklärung und nach der kommunistischen Machtübernahme kehrte er auf das Schulministerium zurück. Nejedlý beteiligte sich wesentlich auch am kommunistischen Kampf gegen die katholische Kirche nach 1948, indem er vor allem die „historische“ und ideologische Grundlage lieferte, die im Kapitel 4 dieser Arbeit ausführlich behandelt wird.

<sup>275</sup> Acta archiepiscopalis curiae pragensis, Nr. 12/1945.

den Verantwortlichen aus dem Besiedlungsamt im November 1945 wurde wieder ein Rundbrief<sup>276</sup> veröffentlicht, in dem ausdrücklich steht, dass die aktuellen Konfiskationen die katholische Kirche nicht betreffen dürfen. Nach der Rechtsmeinung des Ministeriums darf nur ein „Zweckbesitz“ des nationalsozialistischen bzw. des faschistischen Regimes konfisziert werden – solchen Charakter kann aber der „katholische“ Kirchenbesitz von seinem Wesen her gar nicht haben. Im Unterschied dazu stimmten die Behörden einer nationalen Zwangsverwaltung und einer Verstaatlichung im Fall der Deutschen Evangelischen Kirche zu, allerdings nicht auf der Grundlage der Beneš - Dekrete.<sup>277</sup>

Die Situation zum Ende des Jahres 1945 könnte so zusammengefasst werden: Trotz der unübersichtlichen Situation in den Grenzgebieten bemühte sich die zuständige Staatsbehörde, d.h. das Schulministerium, den Kirchenbesitz zu schützen und eine Ordnung zu schaffen. Dieses Bemühen war umso komplizierter, als es zu dieser Zeit keine rechtsverbindliche Auslegung der Dekrete des Staatspräsidenten (ein Gesetz oder mindestens eine Regierungsverordnung) gab. Diese gewisse Lücke machte sich das Landwirtschaftsministerium zu Nutze: In seiner Stellungnahme vom Ende November wurde die Rechtsmeinung des Schulministeriums abgelehnt und die Möglichkeit einer Konfiszierung wurde offen gelassen.<sup>278</sup>

---

<sup>276</sup> NA ČR, Fond Ministerstvo školství, Karton 2138, sign. 47 II B.

<sup>277</sup> Außer dem Besitz der katholischen Kirche befand sich am Kriegsende auf dem Gebiet der Tschechoslowakei (vor allem in Nordböhmen und in Westböhmen) auch ein bedeutender Besitz der Deutschen Evangelischen Kirche. Die Behörden waren sich einig, dass diese Kirche nicht nur kollaboriert, sondern auch den Krieg ganz offen unterstützt habe. Das Schulministerium ordnete am 27. Juli 1945 über ihren ganzen Besitz die Nationalverwaltung an. Nach der späteren Konfiskation wurde verhandelt, was mit dem Besitz weiter passieren sollte: Mit einigen Memoranden bewarb sich auch die Tschechoslowakische Kirche um seine Teile. Ihr Argument lautete, dass sie vor der nationalsozialistischen Okkupation eine Stütze des nationalen Lebens in den Grenzgebieten darstellte und dass sie jetzt zur erfolgreichen Neubesiedlung beitragen möchte. Schließlich wurde über eine Mischverwaltung des Besitzes entschieden, an der sich folgende Kirchen beteiligten: die Tschechoslowakische Evangelische Kirche, die Tschechoslowakische Kirche, die Orthodoxe Kirche in der Tschechoslowakei, die Vereinigung der tschechoslowakischen Unitarier, die Böhmisches Brüder und die Methodisten. Definitiv wurde der Besitz im Jahr 1948 (mit dem Gesetz Nr. 46 über die neue Bodenreform) verstaatlicht; seltsamerweise wurden später einige Teile dieses Besitzes auch der kommunistischen „Vereinigung der atheistischen Bürger“ zugeteilt. Vgl. NA ČR, Fond Ministerstvo školství, sign. 47 IV B.

<sup>278</sup> Laut Landwirtschaftsministerium sei nicht die Kirche an sich „eigentumsfähig“, sondern ausschließlich ihre unterordneten Subjekte, darunter auch die Orden, Klöster etc. Diese müssen keine „rechtsöffentliche Korporation“ darstellen, falls sie keine Staatsfunktionen übernehmen. NA ČR, Fond Ministerstvo školství, sign. 47 I B1.

Das Vorgehen der örtlichen Nationalausschüsse war mehr chaotisch und beliebig als systematisch, die Anweisungen des Schulministeriums wurden aber mindestens in dem Sinne respektiert, dass kein Ordensbesitz auf der Grundlage der Dekrete des Staatspräsidenten offiziell konfisziert wurde. Das Schulministerium und die Bischöfe rechneten offensichtlich damit, dass aller Kirchenbesitz unantastbar bleibt; falls die deutschen Ordensleute vertrieben werden, werden sie in der Verwaltung einfach durch ihre tschechische Ordensmitbrüder ersetzt. Spätestens durch die Eingabe der nationalsozialen Abgeordneten wurde aber der ganze Problemkomplex zu einem Politikum: Ab Januar 1946 wurden auch weitere Ministerien, die ganze Regierung und die apostolische Internuntiatur in den Streit miteinbezogen.

### 3.2.2 Der „deutsche“ Ordensbesitz als politisches Problem (1946)

Am 4. Januar 1946 ergriff das Schulministerium wieder das Wort und versandte an das Innenministerium, das Außenministerium, das Landwirtschaftsministerium, das Justizministerium und die Landesnationalausschüsse einen Rundbrief, in dem eine rechtsverbindliche Auslegung der Dekrete des Staatspräsidenten Nr. 5, 12, 28 und 108 vorgelegt wurde. Das Schulministerium wollte damit als die höchste zuständige staatliche Behörde „die Verschiedenheit der bisherigen Auslegungen beseitigen und weitere Mängel verhindern, ggf. auch fehlerhafte oder inkorrekte Entscheidungen der Verwaltungsorgane beheben.“<sup>279</sup>

Noch einmal betonte das Schulministerium, dass der Besitz der Kirchen und Religionsgemeinschaften keinesfalls Verfügungseinschränkungen noch Konfiskationen unterliegen darf. Als Begründung wurden zwei Hauptargumente angegeben:

1. Die Dekrete des Staatspräsidenten betreffen in erster Linie die unzuverlässigen physischen Personen und ihren Besitz. Davon kann aber im Fall der Kirche keine Rede sein, weil die Benefiziaten im Sinne des kanonischen Rechtes lediglich Verwalter sind. Bei den juristischen Personen müsste bewiesen werden, dass sie vorsätzlich und planmäßig der deutschen Kriegsführung oder faschistischen und nationalsozialistischen Zielen gedient haben. Dies zu behaupten wäre laut

---

<sup>279</sup> NAČR, Fond Ministerstvo školství, sign. 47 I B1.

Schulministerium unsinnig, weil der Nationalsozialismus in einem direkten Widerspruch mit allen Kirchen stand.

2. Darüber hinaus muss man bei den juristischen Personen differenzieren: Die rechtsöffentlichen juristischen Personen (darunter auch die Kirche) übernehmen, im Unterschied zu den privaten juristischen Personen, einige öffentlichen Aufgaben des Staates und daher erfreuen sie sich auch größeren Rechtsschutzes seitens des Staates.<sup>280</sup> Keine juristische Vorschrift bedroht die eigene Staatsverwaltung: Genauso wie der Besitz der Städte oder Gemeinden im Sudetenland mit Mehrheit der deutschen Bevölkerung nicht konfisziert wird, sollte - analog dazu - auch der Kirchenbesitz nicht konfisziert werden.

Der Rundbrief des Schulministeriums warnte schließlich vor jeglichem eigenmächtigen Vorgehen der Behörden: Die ganze Problematik sei juristisch sehr kompliziert und man könne im Fall einer unüberlegten Entscheidung mit Anklagen der Geschädigten beim Verwaltungsgericht rechnen.

Das Landwirtschaftsministerium ignorierte diese Rechtsmeinung des Schulministeriums und handelte seit Februar 1946 eigenständig. Sein Vertreter besuchte persönlich die zuständigen Nationalausschüsse und versicherte ihnen, dass an einer Konfiszierung der „deutschen“ kirchlichen Subjekte nichts im Wege stehe. Es wurde eine sog. „fliegende Kommission“ errichtet, die den in Frage kommenden Kirchenbesitz besichtigte. Im Konzept der Antwort des Landwirtschaftsministeriums auf die Eingabe der nationalsozialen Abgeordneten wurde wiederholt, dass nicht alle kirchlichen Subjekte eine rechtsöffentliche Korporation darstellen und dass einige von ihnen (Orden, Klöster) daher der Konfiskation unterliegen können. Minister Ďuriš fügte zur Antwort eigenhändig hinzu: „Die Eingabe ist staatlich und national konzipiert – warum kann das Ministerium nicht positiv, staatlich und national antworten? Wozu das Philosophieren, wenn wir eine staatliche und nationale Lösung der Konfiskation

---

<sup>280</sup> Es wird manchmal der Begriff des „Zweckdienstes“ verwendet: Durch Gesetz von 7. Mai 1874 („über die Außenverhältnisse der katholischen Kirche“) wurde dem Kirchenbesitz ein erhöhter Rechtsschutz zuerkannt, weil dieser zur Erfüllung der Aufgaben des Staates beitragen sollte.

repräsentieren? ... Es geht um Reinigung der Kirche von denjenigen Elementen, die hier seit Jahrhunderten Unterdrückung repräsentieren...“<sup>281</sup>

Am 21. Februar 1946 fand im Innenministerium in Prag ein interministerielles Treffen statt, an dem auch ein Referent aus dem Außenministerium teilnahm. In seinem internen Bericht<sup>282</sup> schrieb er später, dass der anwesende Vertreter des Schulministeriums – laut einer vertraulichen Information – nach einem direkten Befehl des Schulministers seine bisherige Position verlassen musste. Das Schulministerium änderte also offiziell seine Rechtsmeinung und die ganze Problematik ging mit seiner Zustimmung in die Kompetenz des Landwirtschaftsministeriums über: „Somit verschiebt sich die ganze Sache von dem juristischen auf das politische Feld“, konstatiert lapidar der Autor des Berichts. Der Vertreter des Regierungspräsidiums teilte am Ende der Beratung mit, dass die Frage der Konfiskation bald auf einer Regierungssitzung besprochen werde und dass eine umfassende Regierungsrichtlinie erscheinen sollte. Noch am gleichen Tag wurde auf Initiative des Landwirtschaftsministers die Konfiskation des Besitzes des Deutschen Ordens in die Wege geleitet.<sup>283</sup> Innerhalb von zwei Monaten wurden fünf weitere Konfiskationsverfahren durch die zuständigen Ortsnationalausschüsse eröffnet. Insgesamt ging es also zum Ende April 1946 um sechs kirchliche Subjekte<sup>284</sup>:

<u>Subjekt</u>	<u>Fläche (ha)</u>
Die Benediktinerabtei in Braunau	3595
Die Zisterzienserabtei in Hohenfurth	4990
Die Zisterzienserabtei in Ossegg <sup>285</sup>	2543

<sup>281</sup> NAČR, Fond Július Ďuriš, sign. 1370.

<sup>282</sup> A MZV, Fond Generální sekretariát – Žourek 1945 – 1948 (1952), Karton 1.

<sup>283</sup> Am 9. März 1946 erließ der Landesnationalausschuss in Brünn (Expositur in Mährisch-Ostrau) einen Konfiskationsbescheid, in dem der Deutsche Orden laut Dekret des Staatspräsidenten Nr. 5, § 3 zum Verräter und Staatsfeind erklärt wurde. Die Konfiskation des Deutschen Ordens wird im nächsten Kapitel dieser Arbeit ausführlich behandelt.

<sup>284</sup> NAČR, Fond Ministerstvo školství, sign. 47 II B1.

<sup>285</sup> Auch in der Sache der Zisterzienser in Ossegg gab es im Parlament eine Eingabe der nationalsozialen Abgeordneten. Die Mönche hätten die tschechische Nation „schwer beleidigt“ und der ganze Zisterzienserorden habe sich in seiner Geschichte „antitschechisch“ betätigt: Deshalb sollte der Besitz schnell an die tschechischen Arbeiter aufgeteilt werden, die schon ungeduldig auf ein eigenes Stück Boden warteten. Minister Ďuriš antwortete, dass für die Verzögerungen nicht das Landwirtschaftsministerium, sondern die Vertreter der Nationalsozialen und der Volkspartei im Landesnationalausschuss verantwortlich seien. JANIŠOVÁ/KAPLAN, Katolická církev a pozemková reforma 1945 – 1948, 50 – 52.

Der Deutsche Orden	17482
Die Prämonstratenserabtei in Tepl	7981
Kongregation der Barmherzigen Schwestern vom Hl. Vinzenz von Paul mit Sitz in Wien	694

Auch weitere Gemeinschaften wurden In Erwägung gezogen, die inzwischen von der „fliegenden Kommission“ des Landwirtschaftsministeriums besucht wurden. Die Kommission untersuchte den Stand des Besitzes und das Verhalten dieser Klöster und Kommunitäten während des Krieges:

Der Konvent der Augustiner in Česká Lípa (Böhmisch Leipa, Nordböhmen)
Der Konvent der Dominikaner in Litoměřice (Leitmeritz, Nordböhmen)
Der Malteserorden
Die Kreuzherren mit rotem Stern in Cheb (Eger, Westböhmen)
Die Kongregation der Schwestern des Hl. Kreuzes in Cheb
Der Besitz des Erzbistums Breslau in der Tschechoslowakei

### 3.2.2.1 Die ersten Proteste

Am 8. und 9. März 1946 wandte sich die Apostolische Internuntiatur in Prag mit zwei diplomatischen Protestnoten an das Außenministerium.<sup>286</sup> In der ersten Note wies die Internuntiatur auf Artikel 2 des Modus vivendi zwischen Vatikan und der Tschechoslowakei von 1928 hin, in dem der Eigencharakter und der Schutz der kirchlichen Verwaltungsobjekte garantiert seien. Der Kirchenbesitz sollte keinesfalls für „feindlich“ gehalten werden, denn die Orden wollten ihre soziale Sendung auch nach dem Krieg ausüben. Die zweite Note brachte noch einen Zusatz zum Deutschen Orden – seinen geistlichen Charakter habe die Tschechoslowakei im Vertrag mit der Republik Österreich (1925) selbst anerkannt. Am 12. März 1946 protestierte Erzbischof Dr. Leopold Prečan von Olmütz direkt bei der Regierung:

<sup>286</sup> A MZV, Fond Teritoriální odbory – Vatikán 1945 – 1959, Karton 8.

„Dieses Konfiskationsvorgehen, das von dem Landwirtschaftsministerium angeordnet wurde, bezieht sich auch auf das Vermögen der katholischen Kirche. Das Faktum, dass dieses Vermögen in der Zeit der Okkupation durch physische Personen deutscher Nationalität verwaltet wurde, ändert nichts am Sachbestand und konnte keinesfalls verursachen, dass dieses Vermögen aufhörte, ein kirchliches Vermögen zu sein. Die Eigentümer des Kirchenvermögens seien keine physischen Personen, sondern die Kirche an sich, eine moralische Person. Selbst in dem Fall, wenn eine kirchliche Person auf einer niedrigeren Ebene ausscheide, zum Beispiel durch Aufhebung eines Ordens oder eines Klosters durch ein dazu kompetentes Amt, würde dann nach dem kirchlichen Gesetz (can. 1501) das Besitzrecht einer niedrigeren Person auf eine höhere, übergestellte Person übergehen. Die Stellung der Kirche dem Staat gegenüber sei eine besondere Stellung des öffentlichen Rechtes; die Kirche stehe mit dem Staat in einer koordinierten Beziehung. Dies werde auch von der tschechoslowakischen Judikatur anerkannt.

Außerdem beabsichtigen die Konfiskationsgesetze bzw. –dekrete des Staatspräsidenten von 21.6.1945 und von 25.10.1945 keine Säkularisation, sondern sie sind teils Vergeltungsmaßnahme, teils Straf- bzw. staatspolitische Anordnung gegen staatsfeindliche Elemente. Zu diesen dürfe man die römisch-katholische Kirche nicht zählen, die einen entschiedenen Kampf gegen den Nationalsozialismus geführt habe. Aus diesen Gründen muss man in den Aktionen des Landwirtschaftsministeriums eine feindliche Tat sehen, die gegen die anerkannten Rechte und Freiheiten der katholischen Kirche in der tschechoslowakischen Republik verstößt; einen Anfang eines Kulturkampfes; einen Anlass, der die Beziehungen der CSR mit dem Vatikan verschlechtern werde. Dass das alles ein Echo im inneren Leben der mehrheitlich katholischen Nation finden werde, daran kann man nicht zweifeln; genauso werde das Vertrauen der katholischen Bevölkerung in die Regierung geschwächt und die Einheit des Volkes und der Republik werden bedroht...“<sup>287</sup>

In dieser Situation mischte sich das Außenministerium, das im Unterschied zum Schul- und zum Landwirtschaftsministerium vom nicht-kommunistischen Minister Jan Masaryk<sup>288</sup> geleitet wurde, energisch in die Sache ein. Minister Masaryk sandte Anfang

---

<sup>287</sup> Zitiert nach JANIŠOVÁ /KAPLAN, *Katolícká cirkev a pozemková reforma 1945 – 1948*, 62 – 63. Einen Protestbrief mit gleichem Inhalt übermittelte der Regierung auch Bischof Mořic Pícha von Königgratz.

<sup>288</sup> Jan Masaryk (1886 – 1948) war der Sohn des ersten tschechoslowakischen Staatspräsidenten Tomáš Garrigue Masaryks; 1925 – 1938 Botschafter in Großbritannien, während des Zweiten Weltkrieges Außenminister in der Londoner Exilregierung. Nach seiner Rückkehr 1945 erfreute er sich einer großen Popularität unter dem Volk und wurde Außenminister in allen Regierungen zwischen 1945 und 1948. Am 10.3.1948, kurz nach der kommunistischen Machtübernahme, verstarb er unter bis heute ungeklärten Umständen. Die kommunistische Propaganda präsentierte seinen Tod als einen Selbstmord.

April 1946 an alle Regierungsmitglieder seine Stellungnahme, in der jede Konfiszierung des Besitzes der katholischen Kirche entschieden abgelehnt wird. Die Hauptargumente lauteten:

1. Die Unterscheidung zwischen einem „rechtsöffentlichen“ und einem „anderen“ Kirchenbesitz ist aus der Sicht des Modus vivendi unsinnig – es geht einfach um Besitz der katholischen Kirche.
2. In der Logik des Landwirtschaftsministerium müsste man auch den Besitz der Erzdiözesen Breslau und Esztergom auf dem tschechoslowakischen Gebiet konfiszieren; genauso wären die Bistümer Leitmeritz und Kaschau oder alle Pfarreien, in denen mehrheitlich Deutsche oder Ungarn wohnten, betroffen.
3. In allen Fällen wäre der Modus vivendi und damit die Grundlage für die tschechoslowakischen Beziehungen mit dem Vatikan schwer bedroht; ggf. auch die geplante Abgrenzung der Diözesen und die notwendige Errichtung einer neuen Kirchenprovinz in der Slowakei.

Aus diesen Gründen schlug der Außenminister folgende Regierungsanordnung vor: „Die Vorschriften der Dekrete des Staatspräsidenten Nr. 5, 12, 28 und 128 werden auf den Kirchenbesitz und auf den Besitz der einzelnen kirchlichen Institutionen (Bistümer, Orden, Kongregationen u. ä.) nicht appliziert und jede Durchführung von Maßnahmen, die gegen sie in dieser Sache getroffen wurden, wird mit sofortiger Gültigkeit eingestellt.“<sup>289</sup> Nach einer weiteren Protestnote der Apostolischen Internuntiaturs gegen die Konfiskation des Deutschen Ordens und gegen die Internierung seiner Mitglieder von 15. 4. 1946 verlangte das Außenministerium noch einmal ein generelles Konfiszierungsverbot des Kirchenbesitzes; für die Einstellung aller Konfiszierungen sprach sich gleichzeitig auch das Justizministerium aus.<sup>290</sup>

---

<sup>289</sup> A MZV, Fond Teritoriální odbory – Vatikán 1945 – 1959, Karton 8.

<sup>290</sup> A MZV, Fond Generální sekretariát – A 1945 – 1954, Karton 80.

### 3.2.2.2 Die Verhandlungen in der Regierung

Die tschechoslowakische Regierung behandelte die ganze Problematik erst auf ihrer ersten Sitzung nach Ostern - am 23. April 1946.<sup>291</sup> Die Stimmung war offensichtlich sehr aufgeregt. Landwirtschaftsminister Ďuriš äußerte sich gleich am Anfang scharf gegen jede Verzögerung in der Sache der Konfiszierung des „deutschen“ Kirchenbesitzes: „Die deutschen Orden haben mit dem deutschen Adel kollaboriert und die Existenz der Republik bedroht... Für die Konfiszierung spricht auch das destruktive Wirken der Ordensvertreter, das sogar in der befreiten Republik fortgesetzt wird... In den Kirchtürmen werden geheime Funksprechgeräte versteckt, in den Ordensimmobilien befinden sich Waffenlager.“

Dagegen wandte sich energisch Gesundheitsminister Adolf Procházka, ein Vertreter der christlichen Volkspartei.<sup>292</sup> Das Vorgehen des Landwirtschaftsministeriums bezeichnete er als unhaltbar: Niemand sollte vor einer eindeutigen Regierungsentscheidung praktische Maßnahmen treffen. Außenminister Masaryk meinte, dass es in der Zeit der Wiederaufnahme der vollen diplomatischen Beziehungen mit dem Vatikan ungut wäre, den Kirchenbesitz zu konfiszieren (zudem sei der kommende Msgr. Ritter ein „anständiger und netter Mensch“). Man sollte auf das Ausland Rücksicht nehmen, was nicht nur die Kirche, sondern auch die Exzesse bei der Vertreibung betrifft.<sup>293</sup>

Der Landwirtschaftsminister wiederholte seine Überzeugung, dass die deutschen Orden auf dem tschechoslowakischen Gebiet Jahrhunderte lang eine „antislawische Politik“ betrieben und in ihrer Geschichte „tschechischen Besitz“ gestohlen haben. Dass er als ein Slowake für den tschechischen Besitz kämpfen muss, bezeichnete er als

---

<sup>291</sup> NAČR, Fond ÚV KSČ – Klement Gottwald, Karton 140.

<sup>292</sup> Adolf Procházka (1900 – 1970) war Jurist und Professor für Zivilrecht an der Brünner Universität; 1945 – 1948 Gesundheitsminister, gleich nach der kommunistischen Machtübernahme emigrierte er unter dramatischen Umständen in die Vereinigten Staaten.

<sup>293</sup> Masaryk schilderte sehr emotionell den Fall einer deutschen jüdischen Familie in Prag: Obwohl der Vater im KZ umgebracht wurde und der Sohn im Krieg für die tschechoslowakische Armee in Großbritannien kämpfte, wird sie jetzt schikaniert. Es gibt laut Masaryk auch viele weitere Beispiele einer ungerechten Durchführung der Dekrete des Staatspräsidenten und das alles verschlechtert das Bild der Tschechoslowakei im Ausland.

„schändlich“. Vizeministerpräsident Klement Gottwald<sup>294</sup> meinte, dass es in erster Linie darum geht, diejenige Mönche, die gegen die Gesetze verstoßt haben, zu „beseitigen“. Dem stimmte auch der Gesundheitsminister zu und wiederholte, dass der Kirchenbesitz nach kanonischem Recht nur „Verwalter“ hat, die jederzeit ersetzt werden können.<sup>295</sup> Darüber hinaus, argumentierte er gemeinsam mit Minister Masaryk, habe die Sache auch einen großen finanziellen Aspekt: Aus dem Besitz werden die vielen inkorporierten Pfarreien unterstützt und nach einer Konfiskation wird diese materielle Basis fehlen. Dazu merkte Minister Ďuriš an, dass diese „Ansprüche der Pfarren“ anerkannt seien. Anschließend beschloss die Regierung, dass alle Konfiskationsmaßnahmen in der Sache der deutschen kirchlichen Subjekte sofort eingestellt werden müssen und dass der Landwirtschaftsminister einen ausführlichen Bericht über den Stand des bisherigen Konfiskationsvorgehens anfertigen wird.

Zwei Tage später, während der Regierungssitzung am 26. April 1946<sup>296</sup>, teilte der Gesundheitsminister mit, dass er telegraphisch eine Nachricht erhalten habe, nach der das Direktorium der Staatlichen Wälder in Olmütz den Besitz des Deutschen Ordens konfisziere, was ein klarer Verstoß gegen die Regierungsanordnung seitens des Landwirtschaftsministerium sei. Es sei unzulässig, einen neuen Tatbestand vor einer juristischen Lösung zu schaffen, protestierte Procházka. Der Landwirtschaftsminister Ďuriš erwiderte, dass er für eine Einstellung der Konfiszierung keine Befugnis habe. Vizeministerpräsident Gottwald versuchte, den Gesundheitsminister zu beruhigen: Es ginge nur darum, dass das Landwirtschaftsministerium die Verwaltung des Besitzes vorübergehend übernehme; später werde der Besitz „den tschechischen Orden“ übergeben. Gesundheitsminister Procházka ließ sich aber nicht überzeugen und verlangte einen offiziellen Regierungsbeschluss. Dieser wurde ohne Abstimmung genehmigt und lautete: „Die Regierung beschließt auf Vorschlag des

---

<sup>294</sup> Klement Gottwald (1896 – 1953) war ein kommunistischer Politiker, bereits in der Zeit der Ersten Republik Vorsitzender der Partei, den Krieg verbrachte er im Exil in Moskau. 4. 4. 1945 – 2. 7. 1946 Vizeministerpräsident, 2. 7. 1946 – 15. 6. 1948 Ministerpräsident. Gottwald war die Hauptfigur des kommunistischen Putsches im Februar 1948. Nach dem Tod von Edvard Beneš wurde er im Juni 1948 zum Staatspräsidenten gewählt; sein Name ist mit dem härtesten Stalinismus in der Tschechoslowakei, mit den politischen Prozessen und mit den Repressionen gegen die Kirche (s.u.) verbunden.

<sup>295</sup> Minister Procházka wies auf „Mönche aus Amerika“ hin, die jetzt in die Tschechoslowakei zurückkehren. Es handelte sich um Benediktiner aus der Abtei Lisle bei Chicago, die das Kloster in Braunau übernehmen sollten. JANIŠOVÁ /KAPLAN, *Katolická církev a pozemková reforma 1945 – 1948*, 91, Anm. 3.

<sup>296</sup> NAČR, Fond ÚV KSČ – Klement Gottwald, Karton 140.

Gesundheitsministers, dass das Konfiskationsvorgehen gegen den Deutschen Ritterorden sofort eingestellt wird. Der Landwirtschaftsminister wird einen Bericht auch über diesen Fall anfertigen, damit die Regierung endgültig entscheiden könnte.“

Noch einmal, am 14. 5. 1946, behandelte die Regierung die Sache und die endgültige Entscheidung wurde wieder aufgeschoben.<sup>297</sup> Das Landwirtschaftsministerium legte aber die Regierungsverhandlungen so aus, dass die Konfiszierungen an sich nicht betroffen seien<sup>298</sup> und leitete weitere Konfiskationsverfahren ein: Nach dem Deutschen Orden wurde in Mai 1946 auch der Besitz der Zisterzienser in Hohenfurth und Ossegg mit Verweis auf das Dekret des Staatspräsidenten Nr. 12 enteignet. Dagegen protestierten - wieder erfolglos - die Apostolische Internuntiat<sup>299</sup> und das Außenministerium; das Landwirtschaftsministerium ignorierte aber weiterhin alle Proteste.

Nach den Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei (26. 5. 1946)<sup>300</sup> änderte sich die Zusammensetzung der Regierung und neuer Schulminister wurde ein Politiker der nationalsozialen Partei – Jaroslav Stránský.<sup>301</sup> Der Minister Stránský appellierte an die Regierung, eine endgültige Entscheidung zu treffen. Scharf kritisierte er das Landwirtschaftsministerium, das versucht habe, mit Hilfe „der beschleunigten Konfiskation und Übernahme einiger Teile des kirchlichen Besitzes einen festen Tatbestand zu schaffen – in der irrtümlichen Überzeugung, dass dieser Tatbestand durch

---

<sup>297</sup> Als Grund der Aufschiebung wurde u.a. die Anwesenheit von zwei Ministern aus der Volkspartei angegeben. NAČR, Fond ÚV KSČ – Klement Gottwald, Karton 140.

<sup>298</sup> Laut Minister Ďuriš habe die Regierung nie beschlossen, dass die Konfiskationsverfahren eingestellt werden müssen – „sie hat lediglich dem Landwirtschaftsminister aufgetragen, einen Bericht über den Stand des Konfiskationsverfahrens vorzulegen“. A KPR, Fond KPR 1919 – 1947, Karton 285, sign. 2897/47.

<sup>299</sup> Am 11. Juni 1946 übernahm Erzbischof Ritter die Leitung der Prager Internuntiat und im Gespräch mit dem zuständigen Angestellten des Außenministeriums bezeichnete er die Konfiskation als seine größte Sorge. Vor allem sollte laut Ritter die Parzellierung des bisher konfiszierten Besitzes verhindert werden, sonst entsteht eine „irreparable“ Situation. A MZV, Fond Generální sekretariát – A 1945 – 1954, Karton 196.

<sup>300</sup> In der letzten freien Parlamentswahl in der Tschechoslowakei erhielt die kommunistische Partei in Böhmen und Mähren 40,17 % Stimmen; in der Slowakei dominierte unerwartet die Demokratische Partei (61,43 %). Zum Ministerpräsident wurde der bisherige kommunistische Vizeministerpräsident Klement Gottwald ernannt.

<sup>301</sup> Jaroslav Stránský (1884 – 1973) war einer der Gründer der Tschechoslowakischen Nationalsozialen Partei, Jurist und langjähriger Abgeordneter. In der ersten Nachkriegsregierung Vizeministerpräsident, 2. 7. 1946 – 25. 2. 1948 Schulminister. Nach der kommunistischen Machtübernahme emigrierte er nach Großbritannien.

eine zukünftige Regierungsanordnung nicht mehr geändert werden kann...“<sup>302</sup> Das Vorgehen des Landwirtschaftsministeriums bezeichnete er als „widerrechtlich“ und „peinlich“. Seiner Initiative schloss sich das Außenministerium an, das darüber hinaus mit der Notwendigkeit der guten Beziehungen mit dem Apostolischen Stuhl argumentierte: Es gäbe viele sehr wichtige Bereiche, in denen die Tschechoslowakei von der Zustimmung des Vatikans abhängig sei.<sup>303</sup> Die Konfiskationen wurden aber nicht eingestellt und das Landwirtschaftsministerium beharrte auf seinem Standpunkt. Immer wieder protestierte die Apostolische Internuntiatur mit scharfen diplomatischen Noten: „Die Haupttätigkeit des Internuntius konzentriert sich auf das Verfassen von Protestnoten, die nur selten beantwortet werden“, äußerte sich treffend ein Freund von Erzbischof Ritter.<sup>304</sup>

Die Regierung kam erst im November 1946 wieder auf die Konfiskationen zurück. Am 5. November wurde nach einer heftigen Diskussion (vor allem über prozedurale Fragen) keine Lösung gefunden. Am 12. 11. Informierte der Vizeministerpräsident Jan Šrámek die Minister, dass die russischen Okkupationsbehörden in Wien den Besitz des Deutschen Ordens freigaben. Nach einer emotionellen Auseinandersetzung versprach der Landwirtschaftsminister, dass die Konfiskationsvorgehen, „die bisher nicht erledigt (eingesetzt) wurden, bis zu einer endgültigen Lösung nicht fortgesetzt werden“.<sup>305</sup> In diesem Sinn wurde auch die Regierungsanordnung genehmigt; es sollten auch Berichte der zuständigen Ministerien ausgearbeitet werden. Es handelte sich zweifelsohne um einen großen Sieg des Landwirtschaftsministers: Die Konfiskationen, die bisher trotz der früheren Regierungsanordnungen vorgenommen wurden, blieben aus der Sicht der Regierung „gültig“. Dass das Landwirtschaftsministerium keinesfalls beabsichtigte, mit den Konfiskationen aufzuhören, zeigte sich bald nach der Regierungssitzung. Noch im Dezember 1946 wurden weitere Teile des Besitzes der Abtei Hohenfurth enteignet, im

---

<sup>302</sup> A KPR, Fond KPR 1919 – 1947, Karton 285, sign. 17231/46. Konkret wies der Schulminister auf die Konfiskation des Waldbesitzes des Deutschen Ordens von 30. 8. 1946 hin.

<sup>303</sup> A MZV, Fond Teritoriální odbory – Vatikán 1945 – 1959, Karton 8. Es ging vor allem um die geplante Errichtung einer selbständigen Kirchenprovinz in der Slowakei, um die Herausnahme der tschechoslowakischen Gebiete aus der Jurisdiktion des Breslauer Erzbischofs und um die Besetzung der vakanten Bischofstühle.

<sup>304</sup> MACHULA, Jaromír, Vatikán a Československo (1938 – 1948) [Der Vatikan und die Tschechoslowakei (1938 – 1948)], Prag 1998, 141.

<sup>305</sup> NAČR, Fond ÚV KSČ – Klement Gottwald, Karton 141.

Frühjahr 1947 folgte der Waldbesitz des Deutschen Ordens in Karlsthal (Karlovice, Bezirk Freudenthal). Alle Proteste des Außen-, Justiz- und Schulministeriums und der Internuntiaturs wurden wieder ignoriert.

So wurde, den Befürchtungen des Internuntius und des Gesundheitsministers genau entsprechend, ein Faktum geschaffen und die Konfiskationen wurden de facto bestätigt bzw. toleriert. Die laufende Vertreibung (so waren zum Beispiel die Äbte Schälzky und Jaksch in dieser Zeit nicht mehr physisch anwesend) und ein gewisses Chaos in der Zuständigkeit der örtlichen Behörden in den Grenzgebieten trugen zu einer allgemeinen Unübersichtlichkeit bei. Die Bevollmächtigten der Orden und die Vertreter der Nationalverwaltungen intervenierten bei vielen verschiedenen Stellen und wandten sich auch an die Kanzlei des Staatspräsidenten. Langsam wurde nicht nur mit der Ersetzung der deutschen Ordensleute, sondern auch mit der Ungerechtigkeit des ganzen Geschehens im Lichte des mutigen Verhaltens der „deutschen“ Orden während des Krieges argumentiert. Diese Initiativen hatten aber in der allgemeinen antideutschen Stimmung keine Chance. Seit Ende des Jahres 1946 wurden schließlich die Konfiskationen des „deutschen“ Kirchenbesitzes von einer weiteren Initiative des kommunistischen Landwirtschaftsministeriums überschattet, die jetzt die ganze katholische Kirche in der Tschechoslowakei betraf – von der neuen „Revision“ der alten Bodenreform.<sup>306</sup>

---

<sup>306</sup> Bereits das Dekret des Staatspräsidenten Nr. 12 von 21. Juni 1945 erwähnte in seiner Präambel, dass es dem „Rufen der tschechischen und slowakischen Landwirte nach einer Bodenreform“ entgegenkommt. Die Konfiskation des deutschen landwirtschaftlichen Besitzes gleich nach dem Kriegsende stellte die erste Etappe einer neuen und umfassenden Bodenreform dar. In der zweiten Etappe sollte die Bodenreform der Ersten Tschechoslowakischen Republik „revidiert“ werden. Laut Vorschlag des Landwirtschaftsministeriums sollte die „Revision“ der alten Bodenreform so verlaufen, dass jeder landwirtschaftlicher (Rest-)Boden größer als 50 ha enteignet bzw. zwangsverkauft wird; über dem ganzen Vorgehen sollte eine Kommission mit Vertretern aller politischen Parteien wachen. Eine der Großgrundbesitzer, deren Besitz neu zugeteilt werden sollte, war die katholische Kirche, die von der „alten“ Bodenreform nur teilweise betroffen war. Trotz heftiger Proteste des Vatikans und des Außen- und Schulministeriums trat das Gesetz im Sommer 1947 in Kraft. Später floss die „Revision“ mit der definitiven kommunistischen Bodenreform von 1948 zusammen, die eine Zerstörung der tschechoslowakischen Landwirtschaft und ihre Umformung nach sowjetischen Modellen bedeutete. Vgl. KNOTEK, Jaroslav, *Revize československé pozemkové reformy* [Die Revision der tschechoslowakischen Bodenreform], Diplomarbeit, Philosophische Fakultät der Masaryk – Universität Brunn, 2010.

### 3.2.3 Bewertung – die Tschechoslowakei auf dem Weg zur Diktatur

Im Sommer 1946 trafen sich zwei Staatsbeamte von Ministerien, die in der Sache des „deutschen“ Ordensbesitzes gegensätzliche Meinungen vertraten - Abteilungsleiter aus dem Landwirtschafts- und dem Außenministerium. Der Vertreter des Außenministeriums schrieb in seinem anschließenden Bericht für den Minister, dass sein Kollege aus dem Landwirtschaftsministerium, DI Jiří Kořátko, eine wichtige Tatsache gestand: „Herr DI Kořátko gab zu, dass die Frage des „feindlichen“ Besitzes im Rahmen der Gesamtkonfiskation bedeutungslos ist. In den historischen Ländern geht es insgesamt um 25 000 ha Landwirtschaftsboden gegen 1 500 000 ha des anderen zu konfiszierenden Bodens. Der Waldbesitz der kirchlichen Einheiten macht ungefähr 175 000 ha aus. Es geht also bei den „feindlichen“ kirchlichen Einheiten um 4 – 5 Prozent des gesamten zu konfiszierenden Besitzes.“<sup>307</sup> Es stellt sich die Frage, warum um den angeblich bedeutungslosen Teil des gesamten deutschen Besitzes, der in der Nachkriegtschechoslowakei konfisziert werden sollte, im Laufe des Jahres 1946 ein so heftiger politischer Kampf entflamte.

Zunächst muss darauf hingewiesen werden, dass die sog. Dritte Tschechoslowakische Republik keinen demokratischen Rechtsstaat im vollen Sinn des Wortes darstellte. Auf der internationalen Ebene befand sich die Tschechoslowakei – mit Zustimmung des Staatspräsidenten und der Mehrheit der Politiker - ganz unter dem Einfluss der Sowjetunion.<sup>308</sup> Das politische System wies keine Pluralität aus: Einige politische Parteien, die vor dem Krieg sehr einflussreich waren, wurden mit Hinweis auf ihre angebliche Kollaboration während des Protektorats verboten – es ging vor allem um die Agrarpartei, die traditionell auf dem Lande sehr stark gewesen war. Die fünf erlaubten Parteien (die Kommunisten, die Sozialdemokraten, die Nationalsozialen, die Demokratische Partei in der Slowakei und die Volkspartei) vereinigten sich in einem bisher unbekanntem Organ – in der sog. Nationalfront, die eine „Dachkonstruktion“ für

---

<sup>307</sup> A MZV, Fond Teritoriální odbory – Vatikán 1945 – 1959, Karton 8.

<sup>308</sup> In diesem Zusammenhang werden in der Literatur oft die Ereignisse vom Sommer 1947 erwähnt: Die tschechoslowakische Regierung schloss sich zunächst dem Marshallplan an, die Sowjetunion teilte aber mit, dass sie es für einen feindlichen Akt hält. Nach dem Besuch der Regierungsdelegation in Moskau trat die tschechoslowakische Regierung von der Teilnahme am Marshallplan wieder zurück. Die Freunde von Außenminister Jan Masaryk erinnern sich an seine Worte nach dem Rückkehr aus Moskau: „Finis Bohemiae! ... Keine Illusionen mehr, keine Märchen mehr – wir sind ab jetzt ein Vasallenstaat!“ MACHULA, Vatikán a Československo (1938 – 1948), 153.

die Zusammenarbeit und für die Lösung der Konflikte darstellen sollte.<sup>309</sup> Darüber hinaus beherrschte die kommunistische Partei alle wichtigen Ministerien, die für eine spätere Machtübernahme entscheidend waren (das Innenministerium, das Informationsministerium) und die örtlichen Verwaltungsorgane – die Nationalausschüsse. Von einem klassischen pluralistischen politischen System kann also keine Rede sein.

Zu den typischen Merkmalen einer ankommenden kommunistischen Diktatur gehört auch eine umfassende Bodenreform. Hier konnten sich die tschechoslowakischen Kommunisten inspirieren lassen: Bereits das zweite Dekret des Allrussischen Sowjetkongresses nach dem Ausbruch der Oktoberrevolution im Jahr 1917 ordnete die Verteilung des Bodens an die Bauern an (das erste Dekret war der formelle Friedensschluss).<sup>310</sup> In der Tschechoslowakei konnte man die Neuverteilung des Bodens nach dem Kriegsende auch mit dem nationalistischen Akzent verbinden. „Wir müssen die Konfiszierung und die Zuteilung des Bodens der Deutschen, der Ungarn und der Verräter an die tschechischen und slowakischen Bauern bis zur letzten Konsequenz durchführen“, ermunterte Klement Gottwald im Sommer 1945 seine Parteigenossen.<sup>311</sup> Die Vertreibung der Deutschen und die Neuverteilung des enteigneten Bodens interpretierte er später als Abschluss des hundertjährigen Kampfes der tschechischen Nation mit dem feindlichen deutschen Element, das den tschechischen Boden von außen durchdrang; jetzt sei der Boden endlich wieder in den richtigen Händen.<sup>312</sup> Der Boden spielte also in der kommunistische Ideologie eine wichtige Rolle: Durch seine „Befreiung“ aus den Händen der Deutschen und der Verräter sollte die historische Gerechtigkeit wiederhergestellt werden und er sollte zur Grundlage einer neuen nationalen Gesellschaft werden. In diesem Punkt weist die kommunistische Ideologie

---

<sup>309</sup> „Dieser klug ausgedachte Überbau konnte sich aber auch in eine erstickende Gruft verwandeln und den freien Rahmen für die Bewegung der politischen Parteien ausfüllen mit Gesetzen über ihren Gehorsam oder ihre Enterbung und Liquidation.“ KAPLAN, Der kurze Marsch, 35.

<sup>310</sup> Anschließend wurden im Dezember 1917 und im Januar 1918 Bergwerke, schwere Industrie und Banken verstaatlicht. Ein Vorspiel einer radikalen Bodenreform fand unmittelbar nach dem Krieg in allen Ländern Mittel- und Osteuropas statt, die sich unter sowjetischem Einfluss befanden. Vgl. APPLEBAUM, Anne, Der eiserne Vorhang: Die Unterdrückung Osteuropas, München 2013, 271-275.

<sup>311</sup> GOTTWALD, Klement, Deset let. Sborník statí a projevů 1936 – 1946 [Die zehn Jahre. Sammelband der Artikel und der Ansprachen], Prag 1946, 305 .

<sup>312</sup> Vgl. PLACÁK, Petr, Gottwaldovo Československo jako fašistický stát [Die Tschechoslowakei Gottwalds als ein faschistischer Staat], Praha – Litomyšl 2015, 124 – 125.

eine bemerkenswerte Ähnlichkeit mit dem Faschismus und mit dem Nationalsozialismus auf.<sup>313</sup> Die ganze Problematik wird ausführlicher im Kapitel 4 dieser Arbeit behandelt.

Es gab aber auch ganz pragmatische Gründe für das harte Vorgehen der Kommunisten: Soziologisch gesehen hatten sie nämlich in den Jahren 1945 und 1946 zwar eine sehr starke Position – mit Hilfe der marxistischen Terminologie ausgedrückt – unter den Arbeitern und unter der Intelligenz (vor allem in den Städten); ihre Unterstützung auf dem (katholisch geprägten) Lande, wo früher die Agrarpartei dominierte, war dagegen zwar nicht prinzipiell schlecht, aber im Rahmen des ganzen Staates doch schwächer, was auch die Wahlergebnisse von 1946 vor allem in Mähren, Schlesien und in der Slowakei deutlich zeigten.<sup>314</sup> Aus diesem Grund sind die Beherrschung des Landwirtschaftsministeriums, die Konfiskation und die Kontrolle über die Neuzuteilung des deutschen landwirtschaftlichen Besitzes gut verständlich und diese Politik trug im Lauf der Jahre 1945 und 1946 langsam Früchte: „Eine souveräne Position erreichte die Kommunistische Partei im Grenzland. Dorthin gingen die ärmsten Schichten der Bevölkerung, um den Besitz der ausgesiedelten Deutschen zu übernehmen; sie führten dieses Geschenk auf die Politik der Kommunisten zurück...“<sup>315</sup> Der „feindliche“/„deutsche“ Kirchenbesitz war eine gute Gelegenheit, die herrschende national-revolutionäre bzw. nationalistische Stimmung auszunutzen, obwohl das Verhalten der Kommunisten zu der Kirche in den Jahren 1945 – 48 noch sehr vorsichtig war: „Immerhin gaben 70 Prozent der Kommunisten an, Mitglied einer Kirche zu sein, und über 90 Prozent der Wähler waren gläubig.“<sup>316</sup>

Das widerrechtliche Vorgehen des Landwirtschaftsministeriums kann also als eine kluge politische Praxis mit Verwendung ideologischer Elemente und Ausnutzung der

---

<sup>313</sup> Zum Beispiel träumte die nationalsozialistische Ideologie von einem neuen fruchtbaren und arischen Boden, der in Polen und in der Ukraine entstehen und der die neue Gesellschaft beliefern wird. Vgl. GRIFFIN, Roger, *Modernismus a fašismus* [Modernismus und Faschismus], Prag 2015, 463.

<sup>314</sup> Bei der Parlamentswahl im Jahr 1946 erhielt die kommunistische Partei im – bereits teilweise neubesiedelten – Sudetenland ungefähr 53 Prozent Stimmen. Am stärksten wurde sie im nord- und westböhmischen Grenzland. Im Binnenland erhielten die Kommunisten ungefähr 40 Prozent (in Böhmen) bzw. 30 Prozent (in Mähren und in der Slowakei). Klement Gottwald äußerte sich nach der Wahl in dem Sinne, dass der Einfluss der kommunistischen Partei auf dem Lande noch vergrößert werden muss. SLÁMA, Jiří/KAPLAN, Karel, *Die Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei 1935 – 1946 – 1948. Eine statistische Analyse. Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Band 53, München 1986, 43.*

<sup>315</sup> KAPLAN, *Der kurze Marsch*, 45.

<sup>316</sup> KAPLAN, *Staat und Kirche in der Tschechoslowakei 1948 – 1953*, 10.

herrschenden Stimmung in der Nachkriegsgesellschaft verstanden werden. Aus der Sicht der tschechoslowakischen Geschichte stellt sie ein signifikantes Vorspiel der späteren kommunistischen Rechtlosigkeit dar. Der erfolglose Widerstand seitens der Beamten der nichtkommunistischen Ministerien zeigt dagegen einen Nachklang des früheren Rechtsstaates, der aber angesichts der kommunistischen Skrupellosigkeit ohnmächtig war. Das ganze Geschehen – die Vertreibung, die Konfiskationen und die Beschränkungen des politischen Systems - zeichnet den Übergang der Tschechoslowakei von einem Rechtsstaat westlicher Prägung zu einer Diktatur nach sowjetischem Vorbild:

„Hätten die Kommunisten gewonnen, wenn wir unseren moralischen Sieg über die Nationalsozialisten durch eigene Sünden nicht selbst wertlos gemacht hätten? Gegen die Deutschen haben wir das Prinzip der Kollektivschuld angewendet. Bei ihrer Vertreibung hat der Pöbel Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen, die zumal amnestiert wurden... Verschiedene Formen von Enteignungen haben uns zu stehlen, schlecht zu wirtschaften und zu faulenz beibracht. Besonders böse war der Verlust des Rechtsbewusstseins und des Gespürs für Gerechtigkeit.“<sup>317</sup>

---

<sup>317</sup> VAŠKO, Václav, Dům na skále 1. Církev zkoušená, 1945 – začátek 1950 [Das Haus auf dem Fels, Bd. 1. Die geprüfte Kirche, 1945 – Anfang 1950], Kostelní Vydří 2004, 13.

### **3.3 Der Deutsche Orden in der Tschechoslowakei 1945 – 1948**

Die Geschichte des Deutschen Ordens auf dem Gebiet der CSSR zwischen dem Kriegsende und der kommunistischen Machtübernahme verlief ganz anders als bei den anderen Ordensgemeinschaften: Während diese anfangen, das Ordensleben nach dem Krieg allmählich zu erneuern, musste der Deutsche Orden schlichtweg um das Überleben ringen. Die deutschsprachigen Brüder und Schwestern wurden im Laufe der ersten zwei Nachkriegsjahre vertrieben und es entflammte ein langer Kampf um die Rettung des Ordensbesitzes, an dem mehrere Personen, Behörden und kirchliche Institutionen beteiligt waren. Es lassen sich zwei Abschnitte der Geschichte des Ordens in der Nachkriegszeit unterscheiden: Die erste Zeit war vor allem mit der Person des Hochmeisters Robert Schälzky und mit seinem Provinzvikar P. Stanislav Dostál OT verbunden. Nach der Aussiedlung des Hochmeisters nach Österreich begann ungefähr im Sommer 1946 die zweite Etappe, in der vor allem die Frage des Ordensbesitzes im Mittelpunkt stand – allerdings war die Brüderprovinz in dieser Zeit aufgrund der Vertreibung vollkommen dezimiert und ohne Leitung und konnte sich daher unmöglich verteidigen.

#### **3.3.1 Die ersten Nachkriegsmonate**

Als sich die Soldaten der 4. Ukrainischen Front der Roten Armee nach schweren Kämpfen in der Umgebung von Ostrau Anfang April 1945 in Richtung Westen bewegten, wurde die Stadt Troppau evakuiert. Hochmeister Schälzky verließ deswegen das dortige Ordenshaus und übersiedelte nach Langendorf, wo er beim Ortspfarrer P. Beda Romanczyk OT Unterkunft fand. Unmittelbar nach der deutschen Kapitulation am 8. Mai begab er sich auf den Weg zurück nach Freudenthal. Die ungefähr 40 Kilometer ging er in Begleitung einer Ordensschwester zu Fuß; unterwegs wurde er von einer Milizstreife beraubt. Im Ordenschloss in Freudenthal befand sich aber gerade ein Internierungslager für Deutsche – Schälzky ging also weiter nach Troppau, von dort musste er aber vor den sowjetischen Soldaten fliehen und kehrte nach Freudenthal

zurück, wo er im Schwesternkloster in „einem kleinen ungeheizten Raum bis Januar 1946 blieb<sup>318</sup>“.

In der Stadt Freudenthal herrschte, wie im ganzen tschechoslowakischen Grenzland, in jenen Tagen und Monaten ein Chaos. Die Quellen unterscheiden sich allerdings in der Schilderung der Ereignisse bzw. deren Akzentsetzungen. Eine tschechische Zeitchronik<sup>319</sup> berichtet, dass die Stadtverwaltung zunächst von einem ehemaligen tschechoslowakischen Polizisten übernommen wurde. Einige Tage später wurde der örtliche Nationalausschuss gebildet, der dem mährischen Landesnationalausschuss (Sitz in Brünn, Expositur in Mährisch Ostrau) unterstand. Sehr schnell fing in Nordmähren die Neubesiedlung<sup>320</sup> an: Eine Kommission aus Ostrau besichtigte in der ersten Phase die geeigneten Höfe und Güter. Die Vertreibung wird mit keinem Wort erwähnt, die Chronik bringt aber einen interessanten Einblick in das religiöse Leben der Bevölkerung. Zum Beispiel fand am 6. Juli 1945 (Jubiläum von Johannes Hus) eine Volksversammlung der Tschechen am Köhlerberg statt (Wallfahrtsort mit der Kirche „Maria Hilf“ neben Freudenthal), wo, wie der Chronist vermerkt, „früher die Deutschen ihre Sonnenwendefeier hielten“. Am 15. August 1945 wurde das Patrozinium der Pfarrkirche (Mariä Himmelfahrt) gefeiert: Das Hochamt wurde erstmals von einem deutschsprachigen Ordenspriester „auf Tschechisch gesungen“ und die Feier wurde mit der tschechischen Hymne abgeschlossen, bei der aber die Deutschen „nicht mitgesungen haben“, betont der Chronist.

Sowohl die deutschsprachigen Quellen<sup>321</sup> als auch die Zeitberichte der tschechoslowakischen Polizei<sup>322</sup> beschreiben die Sommertage 1945 in Freudenthal allerdings mehr dramatisch. Am 3. Juli gab es auf der Dienststelle der tschechischen

---

<sup>318</sup> GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 30 – 31.

<sup>319</sup> ZA Opava, NAD 43, Fond MNV Staré Město, Inv. Nr. 5. Es geht um eine Chronik des Nationalausschusses in Altstadt bei Freudenthal (Staré Město u Bruntálu), die aber auch die ersten Nachkriegsjahre der benachbarten Stadt Freudenthal dokumentiert.

<sup>320</sup> In den ersten Tagen und Wochen nach dem Krieg gab es eine eher wilde Neubesiedlung: Die neuen tschechischen „Verwalter“ besetzten einfach die ausgesuchten Güter. Ungefähr ab Oktober 1945 versuchte das Landwirtschaftsministerium, die Neubesiedlung mithilfe von Nationalausschüssen zu organisieren. Vgl. WIEDEMANN, Andreas, Pojd' s námi budovat pohraničí! Osídlování a proměna obyvatelstva bývalých Sudet 1945 – 1952 [Komm mit uns das Grenzland aufbauen! Ansiedlung und neue Strukturen in den ehemaligen Sudetengebieten 1945 - 1952], Prag 2016, 110 – 111.

<sup>321</sup> LANGER, Kurt, Dny strachu. Zpráva o odsunu sudetských Němců z Bruntálska [Die Tage der Angst. Bericht über die Vertreibung der Sudetendeutschen aus dem Kreis Freudenthal], Prag, 1992.

<sup>322</sup> ABS, Fond 303, Sign. 303-50-1.

Soldaten eine Explosion, bei der ein Schütze starb, drei weitere wurden verletzt. Nach einer kurzen Ermittlung wurde ohne jede Beweisführung konstatiert, dass ein Deutscher aus Freudenthal namens Friedrich Fochler die Bombe in den Rundfunkempfänger installiert habe. Sofort wurden er und 19 weitere Deutsche erschossen, weitere Exekutionen wurden höchstwahrscheinlich von der Roten Armee verhindert. Spätere Untersuchungen zeigten, dass die Explosion von dem toten Soldaten selbst verursacht wurde, indem er mit einer Handgranate spielte. Laut den Quellen wurden anschließend im Hof des Deutschordensschlosses 1320 Personen interniert, darunter 200 Kinder. Die bewaffneten Partisanen aus der Truppe „Rotes Mähren“, die die Stadt beherrscht haben, fanden angeblich bei den Internierten Waffen – als Folge wurden mindestens 10 Personen getötet und gleich im Schlossgarten begraben. Zwei erste Zugtransporte aus Freudenthal gab es am 11. Juli 1945.

Hochmeister Schälzky blieb trotz der chaotischen Zustände aktiv und am 22. Juli 1945 schickte er einen Brief<sup>323</sup> an das Regierungspräsidium in Prag, in dem er als Generaloberer des Deutschen Ordens offiziell die Rückgabe des Ordensvermögens forderte. Er argumentierte mit dem Dekret des Staatspräsidenten Nr. 5 vom 19. Mai 1945, der einige eigentumsrechtliche Handlungen aus der Zeit der Unfreiheit für ungültig erklärte (s.o.).<sup>324</sup> Schälzky wies darauf hin, dass der Ordensbesitz im Februar 1939 durch die Anordnung des Stillhaltekommissars auf eine ungerechte Weise konfisziert wurde. Laut Schälzky sei es „allgemein bekannt“ gewesen, dass diese Konfiskation einen Akt der Religionsverfolgung unter dem Druck der Okkupation darstellte. Der Deutsche Orden sei ein rein religiöses Institut, der vom Papst als solches anerkannt wurde; Schälzky fügte auch hinzu, dass der Orden nicht nur in der Tschechoslowakei, sondern auch in Österreich, Jugoslawien und Italien präsent sei. Zum Schluss bat Schälzky um eine Mitteilung, wo und wann er den bevollmächtigten Personen begegnen könnte, um mit weiteren Verhandlungen anzufangen.

---

<sup>323</sup> A KPR, Fond Kancelář prezidenta republiky 1919 – 1947, Sign. D 8238/42.

<sup>324</sup> Offensichtlich bezog sich Schälzky auf §1 des Dekrets, laut dem Eigentumsübertragungen und vermögensrechtliche Handlungen jeder Art, die nach dem 29. September 1938 unter dem Druck der Okkupation oder nationaler, rassistischer oder politischer Verfolgung, sei es das bewegliche oder unbewegliche, das öffentliche oder private Vermögen betreffend, vorgenommen worden sind, für ungültig erklärt wurden.

Weiter wandte sich Hochmeister Schälzky am gleichen Tag an den neuen örtlichen Nationalausschuss in Freudenthal mit dem Ansuchen um Zuerkennung „der Rechte eines Tschechen“. In seinem Schreiben betonte er, dass er in der Zeit der Ersten Republik ein Abgeordneter des Parlaments war und dass er gute Kontakte zu den tschechischen Parteien pflegte. Seine Beziehung zum Staat beschrieb er als loyal und er erwähnte auch seine Freundschaft mit dem Staatspräsidenten und dessen Besuch auf der Burg Busau im Jahr 1937. Das katholische Volk kann die unbezweifelbare Tatsache bezeugen, dass er in der Seelsorge keine Unterschiede zwischen den Tschechen und den Deutschen gemacht habe, schrieb Schälzky weiter. In der Zeit des drohenden Nationalsozialismus habe er sich dagegen öfters öffentlich kritisch geäußert; während des Krieges wurde er von der Gestapo mehrmals schikaniert. Selbstverständlich sei er weder in die SdP noch in die NSDAP eingetreten. Zum Schluss betonte Schälzky, dass er immer vor allem als ein katholischer Priester gehandelt habe und fügte sieben konkrete Namen tschechischer Bürger hinzu, die sein gutes Verhalten bestätigen könnten. Eine Kopie seines Ansuchens schickte Schälzky an die Kanzlei des Staatspräsidenten in Prag mit der Bitte, dass sich der Staatspräsident persönlich engagieren möge. Der Kanzler leitete allerdings den Brief mit der schlichten Anmerkung weiter, dass der Staatspräsident den Bewerber zwar persönlich kenne, aber die Meinung vertrete, dass die ganze Sache von der zuständigen Behörde vor Ort untersucht und gelöst werden sollte.<sup>325</sup>

Fast gleichzeitig handelte aber auch der mährische Landesnationalausschuss (Expositur Mährisch-Ostrau) und stellte am 26. Juni<sup>326</sup> den ganzen Ordensbesitz, den er im Sinne des Dekretes des Staatspräsidenten Nr. 12 (s.o.) für „deutsch“ (faktisch gehörte er zum Kriegsende dem Deutschen Reich) hielt, unter eine Nationalverwaltung. Zum Nationalverwalter der Wald- und Forstgüter des Ordens in Nordmähren wurde ein gewisser Dipl.-Ing. Jaroslav Koukal ernannt; der Ordensbesitz in den mehr entfernten Kreisen Littau, Sternberg und Römerstadt, der sich direkt im Kompetenzbezirk des Landesnationalausschusses in Brünn befand, sollte einen eigenen Nationalverwalter

---

<sup>325</sup> A KPR, Fond Kancelář prezidenta republiky 1919 – 1947, Sign. D 8238/45.

<sup>326</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 4.

bekommen – Dipl.-Ing. Jan Jemelka.<sup>327</sup> Gegen dieses Vorgehen der Nationalausschüsse gab es während des Sommers 1945 noch keine Proteste seitens der Kirche oder des Ordens; in den Quellen gibt es auch keine Hinweise auf eine Unzufriedenheit der übergeordneten Staatsinstitutionen in Prag (die sich aber in dieser turbulenten Zeit erst konstituierten).

Die Verhandlungsstrategie vom Hochmeister Schälzky in der unmittelbaren Nachkriegszeit war also so konzipiert, dass der tschechoslowakische Staat den Orden als Opfer des Nationalsozialismus anerkennen sollte. Aus diesem Grund argumentierte er mit der Auflösung des Ordens durch die nationalsozialistischen Behörden vom Frühjahr 1939. Sollte der Orden auf diese Weise behandelt werden, würde der Logik des Dekretes des Staatspräsidenten Nr. 5 eine unproblematische Rückgabe des Eigentums entsprechen. Die Staatsbehörden nahmen dagegen den Ordensbesitz im Sinne eines anderen Dekretes des Staatspräsidenten – des Dekretes Nr. 12 - als ein deutsches und daher zu konfiszierendes Eigentum wahr. Auch diese Einstellung war nicht ganz unlogisch und entsprach dem faktischen Stand des Vermögens, das sich zum Zeitpunkt des Kriegsendes tatsächlich im Besitz verschiedener reichsdeutscher Organisationen oder Gesellschaften befand.

Hochmeister Schälzky konnte der drohenden Gefahr der Verstaatlichung des Ordensbesitzes jetzt nur mehr entgegentreten, wenn er die Tatsache geltend machte, dass dieses Vermögen ausschließlich als kirchlicher Besitz gelte.<sup>328</sup> Er wandte sich an den Olmützer Erzbischof Dr. Leopold Prečan um Hilfe und das Ordinariat handelte sehr schnell. Bereits am 1. August 1945 kontaktierten die Vertreter des Erzbistums den mährischen Landesnationalausschuss (Expositur Mährisch Ostrau) und schlugen für den Besitz des Ordens einen eigenen Nationalverwalter vor. Nach einigen Verhandlungen wurde eine vorläufige Vereinbarung angenommen, nach der beide Seiten – sowohl die Nationalausschüsse als auch die Kirche (das Erzbistum) – jeweils einen Nationalverwalter

---

<sup>327</sup> Die Expositur des Landesnationalausschusses in Mährisch-Ostrau wollte die ganze Verwaltung vereinigen und übernehmen, was aber von dem Brüner Landesnationalausschuss abgelehnt wurde. Beide Seiten wandten sich mit diesem Kompetenzstreit an das Landwirtschaftsministerium in Prag. Die Sache blieb aber unentschieden.

<sup>328</sup> GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 63.

nominieren sollten. Zum Ende des Sommers 1945 handelte es sich laut einer Statistik des Innenministeriums<sup>329</sup> um folgenden Besitz:

Großgüter	Bezirk Freudenthal, Langendorf, Hrabín
Wälder	Altvatergebirge, Hrabín
Industrie	Brauerei und Brennerei in Freudenthal, Basaltgrube in Friedland, Forstindustrie in Ludwigsthal (Produktion von Fässern und Schlitten), Sägewerke in Ludwigsthal, Freudenthal und Langendorf)
Häuser und Schlösser	Schloss Busau, Burg Eulenburg, Schloss Freudenthal, Schloss Unterlangendorf; Mietshäuser in Troppau, Kur Karlsbrunn
Pfarrhäuser	Troppau, Freudenthal, Engelsberg, Braunseifen, Würbenthal, Altvogelseifen
Krankenhäuser	Troppau, Freudenthal, Würbenthal, Braunseifen, Langendorf
Altenheime	Bautsch, Freudenthal, Busau, Langendorf
Kindergärten	Langendorf, Engelsberg, Braunseifen
Schulen	Volksschulen: Troppau, Freudenthal, Würbenthal, Engelsberg, Braunseifen, Langendorf; Realschulen: Troppau, Freudenthal, Würbenthal; Schule für Hauslehre in Langendorf

Eine große Wende kam Mitte November 1945 im Zusammenhang mit der bereits erwähnten Eingabe von vier Abgeordneten des Prager Parlaments, in der der Deutsche Orden als ein staatsfeindliches Element und als ein einflussreicher Träger der Germanisierung des Grenzlandes bezeichnet wurde (s.o.). Seit diesem Moment verschob sich die Angelegenheit auf die gesamtstaatliche und vor allem politische Ebene: Für den Orden interessierten sich plötzlich das Regierungspräsidium, das Schulministerium, das Landwirtschaftsministerium und das Innenministerium. Ungefähr in dieser Zeit fing auch eine Pressekampagne gegen den Deutschen Orden an (ausführlich dazu das 4. Kapitel dieser Arbeit). Die Argumentation vom Hochmeister Schälzky (der Orden als ein Opfer des Nationalsozialismus) wurde definitiv abgelehnt und es wurden nur mehr zwei Streitpunkte bedeutsam. Erstens ging es um die politische und juristische Frage, ob der

<sup>329</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 2 – 3.

Staat den Ordensbesitz als „deutsch“ konfiszieren darf, auch wenn es sich um einen Besitz der Kirche handelte. Zweitens fing auch ein Kampf um die Interpretation der Geschichte des Ordens an: Inwieweit darf der Orden als eine verräterische Institution bezeichnet werden und darf man auf dieser Grundlage eventuell konfiszieren?

### 3.3.1.1 Der Fall Pfarrer Antonín Vysloužil

Die Leitung der Erzdiözese Olmütz nominierte Ende August 1945 einen „eigenen“ Nationalverwalter, der sich - gemeinsam mit den anderen zwei Nationalverwaltern, die von den Nationalausschüssen bestimmt wurden - um den Besitz des Deutschen Ordens kümmern sollte. Es handelte sich um den Diözesanpriester und Konsistorialrat Pfarrer Antonín Vysloužil, der sich eines großen Vertrauens des Erzbischofs Prečan und des Weihbischofs Zela erfreute. Seitens der beiden zuständigen Nationalausschüssen gab es keine Einwände und der Vorschlag wurde ohne Probleme angenommen. Pfarrer Vysloužil wird in der Literatur gewöhnlich für das erste Priesteropfer des Kommunismus in der Tschechoslowakei gehalten.<sup>330</sup> Zu seiner Person gibt es allerdings in der Geschichtsforschung bisher keine umfassende Monographie.<sup>331</sup>

Antonín Vysloužil wurde am 16. Februar 1890 in der kleinen Gemeinde Věrovany (ungefähr 20 Kilometer von Olmütz entfernt) geboren. Nach dem Abitur trat er in das Priesterseminar in Olmütz ein, zum Priester wurde er 1914 geweiht. Gleich nach der Weihe musste er zur Armee einrücken und während des Ersten Weltkrieges wirkte er als Militärkaplan in verschiedenen Feldlazaretten in Nordmähren. Nach dem Krieg wurde er Kooperator und ab 1923 Pfarrer in der kleinen südmährischen Stadt Vizovice (Wisowitz, Bezirk Zlin). In Vizovice verbrachte er den Rest seines Lebens und viele Zeugnisse bestätigen, dass er unter der Bevölkerung sehr beliebt war. Er engagierte sich in der Volkspartei und als ihr Vertreter wurde er 1925 zum Bürgermeister gewählt – in seiner

---

<sup>330</sup> STŘÍBRNÝ, Jan, *Katoličtí mučedníci a oběti v padesátých letech 20. století* [Die katholischen Märtyrer und Opfer in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts], in: KUBÍN, Petr (Hg.), *Brány pekelné ji nepřemohou. Kapitoly z dějin pronásledování církvi v Československu kolem roku 1950* [Die Pforten der Unterwelt werden sie nicht überwältigen. Kapitel aus der Geschichte der Verfolgung der Kirchen in der Tschechoslowakei um das Jahr 1950], Prag 2013, 16.

<sup>331</sup> Ich stütze mich im Folgenden v.a. auf POSPÍŠIL, Jaroslav, *Hyeny* [Die Hyänen], Vizovice 1998. Das Buch befasst sich hauptsächlich mit der Partisanenbewegung in Südmähren während des Zweiten Weltkrieges. Ein großes Aufsehen erregte vor allem die Behauptung des Autors, dass sich unter den Partisanen viele Konfidenten der Gestapo befanden, die später führende Kommunisten in Südmähren wurden.

Amtszeit wurden die Stadt und die Kirche elektrifiziert. Außerdem war Vysloužil in mehreren katholischen Vereinen tätig, er war auch Vorsitzender des Schulrates und Chronist der Stadt. 1932 wurde er vom Erzbischof Prečan zum Konsistorialrat ernannt.

Bereits vor dem Zweiten Weltkrieg pflegte Pfarrer Vysloužil freundliche Kontakte mit den Juden, die in der Stadt lebten. In der Zeit des Protektorates Böhmen und Mähren lehnte er es ab, die Kontakte abubrechen und äußerte sich mehrmals gegen den Antisemitismus. Er unterstützte mutig die Widerstandsbewegung: Im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in Vizovice fanden während des Krieges mit seiner Hilfe viele Leute Zuflucht, die sich vor der Gestapo verstecken mussten. Kurz vor Weihnachten 1943 besuchte ihn seine ehemalige Schülerin, die in Prag einen deutschen Juristen namens Dr. Kurt Blaschtowitschka<sup>332</sup> geheiratet hatte. Er arbeitete bei der Staatsanwaltschaft in Prag und Pfarrer Vysloužil bat ihn nach einiger Zeit zugunsten eines verhafteten tschechischen Lehrers aus seiner Pfarrei bei der Gestapo zu intervenieren. Kurt Blaschtowitschka intervenierte tatsächlich bei dem zuständigen Gestapokommandanten und es wuchs langsam Vertrauen zwischen ihm und Pfarrer Vysloužil. In den letzten Kriegsmonaten vertraute Blaschtowitschka, der inzwischen suspendiert worden war<sup>333</sup>, dem Pfarrer einige Dokumente an, die die Informanten der Gestapo aus den Reihen der südmährischen Partisanen und Kommunisten überführen und so ihre Kollaboration bezeugen sollten.

Während der erregten Zeiten unmittelbar nach dem Kriegsende sah sich Pfarrer Vysloužil seitens der Mitglieder der örtlichen kommunistischen Partei verschiedener Anschuldigungen und Verleumdungen bezüglich seiner angeblichen Kollaboration mit der Okkupationsmacht ausgesetzt. Er blieb aber standhaft und auch der Ortsnationalausschuss bestätigte seine nationale Zuverlässigkeit und Staatsloyalität während des Krieges. Am 28. August 1945 wurde er vom Ordinariat in Olmütz als Experte für Verwaltung und Finanzen zu einem der Nationalverwalter des Besitzes des Deutschen Ordens nominiert – dieser Vorschlag wurde seitens des

---

<sup>332</sup> Zu seiner Person näher POSPÍŠIL, Hyeny, 68 – 75.

<sup>333</sup> Blaschtowitschka soll während des Krieges viele Tschechen vor der Hinrichtung gerettet haben und die nationalsozialistische Leitung der Staatsanwaltschaft habe ihn lange Zeit argwöhnisch beobachtet. Es wurden ihm Straffälle entzogen und 1944 wurde er suspendiert. Trotzdem wurde er nach Kriegsende vom Volkstribunal als „Nazi-Verbrecher“ zum Tode verurteilt. Seine Frau wurde kurz danach vertrieben, obwohl sie eine Tschechin war.

Landesnationalausschusses am 5. September 1945 akzeptiert und es wurde ihm das entsprechende Dekret ausgestellt.<sup>334</sup> Gleichzeitig wurde der Prager Jurist und Rechtsanwalt des Olmützer Kapitels Dr. Josef Sklenář beauftragt, die Interessen der Nationalverwaltung des Besitzes des Deutschen Ordens zu vertreten. Erzbischof Prečan bat auch den Ostrauer Abgeordneten und Politiker der Volkspartei Bohumil Rolek um Hilfe, vor allem in den Verhandlungen mit den zuständigen Nationalausschüssen.

Hochmeister Schälzky sagte später bei der Polizei aus, dass Pfarrer Vysloužil „fast wöchentlich nach Freudenthal kam<sup>335</sup>“, um die Informationen über den Ordensbesitz vor Ort zu sammeln. Öfters habe er auch Gespräche mit Schälzky geführt, zum letzten Mal am 5. Dezember 1945. In der ersten Dezemberwoche mehrten sich nämlich Gerüchte, dass der Besitz des Deutschen Ordens konfisziert werden sollte – in diesem Sinn wurde Vysloužil vom Abgeordneten Rolek gewarnt.<sup>336</sup> Am 8. Dezember wurde Vysloužil telefonisch vom Erzbischof Prečan kontaktiert, der die Meinung vertrat, dass unmittelbar keine Konfiskation seitens des Staates drohe, doch empfahl er, dass Vysloužil schnell nach Prag fahren sollte, um die Sachen mit dem Rechtsanwalt Sklenář persönlich zu besprechen. Laut Schälzky wollte Vysloužil die Unterlagen, die er als Nationalverwalter bisher ausgearbeitet habe, nach Prag mitnehmen. Es ging angeblich um Überblicke über den Zustand des Ordensbesitzes und um Listen mit den Namen der Brüder und Schwestern. Mit ihnen sollte er die entsprechenden Staatsbehörden aufsuchen. Jaroslav Pospíšil bringt in seinem Buch „Die Hyänen“ mehrere Zeugnisse, dass Pfarrer Vysloužil vor der Reise sehr nervös gewesen sei und dass er einem Freund erzählt habe, dass er in Prag außer den Angelegenheiten des Deutschen Ordens noch eine Sache zu besprechen habe.<sup>337</sup>

Am 9. Dezember 1945 stieg Pfarrer Vysloužil um 13 Uhr in einen Zug ein, der direkt nach Prag fuhr. Im Abteil traf er einen Bekannten, mit dem er ein langes Gespräch führte und der später bezeugte, dass Vysloužil keine Anzeichen von Depression, Übelkeit oder einer anderen Krankheit hatte; er schloss auch aus, dass der Pfarrer betrunken gewesen sein könnte. Der Bekannte stieg ungefähr um 21 Uhr in Pardubitz aus und der

---

<sup>334</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 10.

<sup>335</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 62.

<sup>336</sup> POSPÍŠIL, Hyeny, 196.

<sup>337</sup> POSPÍŠIL, Hyeny, 196.

Zug kam um 23 Uhr in Prag an. Am nächsten Tag in der Frühe wurde bei Kilometer 337 der Eisenbahnstrecke neben dem Dorf Záhoří nad Labem eine Leiche gefunden. Die Polizei identifizierte den Toten als Pfarrer Antonín Vysloužil aus Vizovice. Der Gerichtsarzt schrieb nach der Untersuchung der Leiche in den amtlichen Bericht, dass der Tod des Pfarrers von einer anderen Person verursacht sein musste, d.h. dass er mit höchster Wahrscheinlichkeit aus dem Zug geworfen worden war. Diesem Befund sollen die Position der Leiche und die Verletzungen am Kopf und an den Händen entsprechen.<sup>338</sup> Trotzdem wurde die Ermittlung auf Befehl des (kommunistischen) Innenministeriums in den folgenden Tagen eingestellt und laut der offiziellen Erklärung sollte es sich um einen unglücklichen Zufall gehandelt haben. Eine Gerichtsobduktion wurde verboten.

Die kommunistische Propaganda brachte später einige unklare Andeutungen, dass der Tod von Pfarrer Vysloužil mit seinem Engagement in der Sache des Besitzes des Deutschen Ordens in einem Zusammenhang gestanden haben sollte (s.u.). Für eine solche Behauptung gibt es aber keine plausiblen Gründe. Die erhaltenen Quellen bezeugen, dass Pfarrer Vysloužil den Orden äußerst korrekt und freundlich behandelte und dass zwischen ihm und Hochmeister Schälzky ein Vertrauensverhältnis herrschte. Darüber hinaus war es für den Orden viel vorteilhafter, in der Nationalverwaltung seines Besitzes lieber einen Priester zu haben, der zur Kirche stand und der sich dem Erzbischof gegenüber loyal verhielt als zum Beispiel einen Kommunisten, der nur die Befehle seiner Partei erfüllen würde. Eher aus dem Bereich der Phantasie scheint auch die Vermutung zu stammen, dass der isolierte und mittellose Hochmeister (oder ein anderes Ordensmitglied) von Freudenthal aus einen Mord organisiert oder bestellt haben könnte. Die einzige und sinnvolle Erklärung, die sich aber bis heute nicht ganz beweisen lässt, vertritt Jaroslav Pospíšil in seinem Buch: Es gibt viele Hinweise, dass Pfarrer Vysloužil die Dokumente bei sich führte, die die Kollaboration von vielen Kommunisten in Südmähren mit den Nazis bezeugten. Da sich die betroffenen Personen nach dem Krieg in Führungspositionen befanden, musste der Pfarrer beseitigt werden.

Die Beerdigung von Konsistorialrat Vysloužil fand unter großer Beteiligung der Bevölkerung am 15. Dezember 1945 in Vizovice statt. Der Deutsche Orden wurde durch

---

<sup>338</sup> POSPÍŠIL, Hyeny, 198 – 200.

den neuen Provinzvikar P. Stanislav Dostál OT (s.u.) vertreten. Dieser wandte sich kurz vor Weihnachten an Erzbischof Prečan mit dem Vorschlag, dass er die Stelle von Pfarrer Vysloužil in der Nationalverwaltung des Ordensbesitzes übernehmen könnte.<sup>339</sup> Der Erzbischof reagierte eher zurückhaltend und empfahl Dostál, sich zunächst bei den staatlichen Behörden vorzustellen und um die Bestätigung über die nationale Zuverlässigkeit nachzusuchen. Weiter äußerte Prečan seinen Wunsch, mit Hochmeister Schälzky zu sprechen. Noch vor dieser Korrespondenz mit Dostál und unmittelbar nach dem Tod von Vysloužil unternahm Erzbischof Prečan noch einen eigenmächtigen (offensichtlich konnte er den Hochmeister Schälzky nicht erreichen) Schritt. Am 18. Dezember 1945 schrieb er an den mährischen Landesnationalausschuss, dass sich jegliche Nationalverwaltung über den Besitz des Deutschen Ordens im Widerspruch zu den Dekreten des Staatspräsidenten und zu ihrer Auslegung befindet: „In Hinsicht darauf, dass ich als Ordinarius die Verwaltung des Besitzes des Deutschen Ordens zu übernehmen beabsichtige, bitte ich höflich um Aufhebung der Nationalverwaltung über jeglichen Besitz dieses Ordens. Ich kann Ihnen versichern, dass ich in die Verwaltung wirkliche Experten einsetzen werde, so dass niemandem, vor allem nicht dem Staat, irgendwelche Schäden zugefügt werden können.“<sup>340</sup>

### 3.3.1.2 P. Stanislav Dostál OT in der Provinz

Wie schon öfters erwähnt wurde, herrschte in der Tschechoslowakei unmittelbar nach dem Krieg eine allgemeine und erbitterte antideutsche Stimmung, die sich nicht nur gegen deutschsprachige Personen, sondern auch gegen deutsche Institutionen, Körperschaften oder Ordensgemeinschaften wendete. Hochmeister Robert Schälzky schätzte diese Lage realistisch ein und sah, dass die Brüderprovinz einen tschechischen Ordenspriester und Vertreter für die Verhandlungen mit den Behörden bräuchte. Deswegen berief er bereits im August 1945 den gebürtigen Tschechen P. Dr. Ing. Stanislav Innozenz Dostál OT aus der slowenischen Brüderprovinz nach Troppau.<sup>341</sup>

---

<sup>339</sup> ZAO, Fond Němečtí rytíři – konvent Opava, Inv.Nr. 39, Karton 12. Dostál argumentierte u.a. mit seinen Erfahrungen aus Jugoslawien (s.u.) – zum Beispiel habe er als Verwalter der dortigen Weinberge die Weinerträge in wenigen Jahren um 1000 Hektoliter erhöht.

<sup>340</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 11.

<sup>341</sup> ZAO, Fond Němečtí rytíři – konvent Opava, Inv.Nr. 39, Karton 12.

Stanislav Dostál wurde am 24. August 1872 in Příkladice (Bezirk Olmütz) geboren. 1896 trat er in die slowenische Brüderprovinz des Deutschen Ordens ein, in der in dieser Zeit auch einige andere Ordensbrüder tschechischer Abstammung wirkten. Außer Theologie (er promovierte in Innsbruck) studierte er auch Agrarwissenschaft in Wien und im Rahmen des Studiums absolvierte er einen vertiefenden Kurs im Bereich des Weinbaus. Von seiner Jugend an hatte er eine Vorliebe für das Militär: Noch vor dem Ordenseintritt war er 1894/95 Einjähriger Freiwilliger bei dem 54. Fuß-Regiment der österreichischen Armee in Olmütz. Nach seinem Dienst legte er noch die vorgeschriebene Prüfung für die Offiziere ab und blieb so mit der Armee als Reservemilitärkaplan verbunden. Laut seinen eigenen Worten wollte er später zweimal freiwillig auch zur tschechoslowakischen Armee einrücken.<sup>342</sup>

Die slowenische Brüderprovinz des Deutschen Ordens erlebte am Anfang des 20. Jahrhunderts eine Blüte, was den Priesternachwuchs betraf, und P. Stanislav Dostál war in Slowenien zunächst als Novizenmeister und später als Präfekt der Studenten tätig. Gleichzeitig wurde er beauftragt, das nach einem Erdbeben zerstörte Gebäude des Ordenskonventes in der slowenischen Hauptstadt Laibach zu sanieren bzw. umzubauen. Mit Stolz blickte er in einem Brief auf diese seine Bautätigkeit zurück: „Im Konvent in Laibach waren bis 1898 das Landesgericht und das Stadtgefängnis mit Männer- und Frauenabteilung. Die Gefängniszellen verunstalteten das einst schöne und altertümliche Gebäude. 1898 wurden die Räumlichkeiten dem Orden übergeben, der sie wiederherstellen sollte. Und was war das Ergebnis? Als 1938 in Laibach der Eucharistische Weltkongress stattfand, wurde der päpstliche Legat Kardinal Hlond mit seinem ganzen Hof in unserem Ordenskonvent untergebracht“.<sup>343</sup> 1925 bis 1932 wirkte P. Stanislav als Verwalter der Ordensgüter in Slowenien (es ging vor allem um Weinberge, Forste, Vieh- und Schweinezucht). 1932 bis 1938 war er Propst und Spitalleiter in Metlika (Möttling, Weißkrain). 1938 wurde er zum Stellvertreter des Priors in Laibach ernannt. Als Jugoslawien am 6. April 1941 von Deutschland und Italien

---

<sup>342</sup> Erstmals habe sich Dostál zur Armee im Krisenjahr 1938 gemeldet – sein Angebot blieb aber ohne jegliche Rückmeldung. Zum zweiten Mal habe er kurz vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges die sich formierende tschechische Legion in Paris kontaktiert. Es soll ihm aber mitgeteilt worden sein, dass eine Reise aus Jugoslawien nach Frankreich zu kompliziert und gefährlich wäre. ZAO, Fond Němečtí rytíři – konvent Opava, Inv.Nr. 39, Karton 12.

<sup>343</sup> ZAO, Fond Němečtí rytíři – konvent Opava, Inv.Nr. 39, Karton 12.

angegriffen wurde, meldete sich P. Stanislav sofort als Feldkaplan bei der slowenischen Division „Drava“ und blieb bei ihrem Hauptstab bis zur Kapitulation der jugoslawischen Königsarmee eine Woche später. Nach dem Kriegsende habe ihm die slowenische Regierung angeboten, als Landwirtschaftsexperte für den Staat zu arbeiten.<sup>344</sup>

Als P. Stanislav Dostál OT nach dem Krieg in die tschechoslowakische Provinz berufen wurde, besuchte er die tschechoslowakische Botschaft, wo ihm ein Zeugnis über seine nationale Zuverlässigkeit und über seine antinationalsozialistische Einstellung während des Krieges ausgestellt wurde. Genauso besorgte er sich Empfehlungsbriefe vom Ordinariat in Laibach und vom Provinzial der slowenischen Provinz und Ende August kehrte als Repatriant in seine Heimat zurück, wo er in der Troppauer Propstei wohnte. Am 8. September 1945 ernannte ihn Hochmeister Schälzky zum provisorischen Provinzvikar – *prov. Vicarius provinciae fratrum*<sup>345</sup>, in der Korrespondenz verwendete er allerdings den Titel „Prior“ bzw. „Provinzial“.<sup>346</sup> Die Bezirksverwaltungskommission in Freudenthal bestätigte seine tschechoslowakische Staatsbürgerschaft am 5. Oktober 1945.

Aus den Quellen geht hervor, dass der neue Provinzvikar am Anfang sehr energisch arbeitete. Ziemlich schnell orientierte er sich über die Situation in der Tschechoslowakei und die rechtliche Lage des Ordensbesitzes – darüber beriet er sich regelmäßig mit dem Rechtsanwalt Dr. Josef Sklenář. Er sorgte sich um praktische Angelegenheiten der Mitbrüder in der Provinz und arbeitete dabei mit dem Hochmeister offensichtlich problemlos eng zusammen. Nicht zuletzt versuchte er, mit verschiedenen wichtigen Personen Kontakte aufzunehmen – zum Beispiel mit dem Sekretär eines Ministers der Prager Regierung oder mit dem Erzbischof und mit verschiedenen Kanonikern in Olmütz. Genauso bemühte er sich, sich aufgrund der eigenen Biographie und Ausbildung<sup>347</sup> als Fachmann und Patriot vor den staatlichen und kirchlichen

---

<sup>344</sup> ZAO, Fond Němečtí rytíři – konvent Opava, Inv.Nr. 39, Karton 12.

<sup>345</sup> Catalogus Ordinis Teutonici, Wien 1947.

<sup>346</sup> Auf seinem offiziellen Stempel und Briefkopf wurde der Orden nicht mehr als „Deutscher Orden“, sondern als „Kreuzritterorden in der Č.S.R.“ (Křižácký řád v ČSR) bezeichnet.

<sup>347</sup> Hier tauchten gewisse Probleme auf. P. Dostál wollte seine akademischen Titel aus Innsbruck und Wien nostrifizieren lassen, hatte allerdings kein Geld, um die Gebühren zu bezahlen. Das Finanzministerium teilte ihm mit, dass er von der Bezahlung nur in dem Fall befreit werden könne, falls er bei dem Schulministerium belege, dass er in Armut lebe. ZAO, Fond Němečtí rytíři – konvent Opava, Inv.Nr. 39, Karton 12.

Behörden zu präsentieren. Dies scheint eine kluge und gute Politik gewesen zu sein: Der Orden wurde in der Tschechoslowakei plötzlich durch einen gebürtigen staatsloyalen Tschechen vertreten, der während des Krieges aktiv gegen den Nationalsozialismus kämpfte und der darüber hinaus aufgrund seiner Ausbildung und aufgrund seiner Erfahrungen in der Lage wäre, den Ordensbesitz fachlich und effektiv zu verwalten.

Im Laufe der Monate erlebte aber P. Stanislav Dostál eine zunehmende Ernüchterung, die in seiner Korrespondenz zum Ausdruck kam. Als eine schmerzhaft Desillusionierung empfand er, dass die Staatsbehörden weiterhin den Ordensbesitz kontrollierten und dass einige von ihnen den Orden für staatsfeindlich hielten. Auch das Verhältnis des Olmützer Erzbischofs zu seiner Person war eher zurückhaltend – zum Beispiel in der Frage der Nationalverwaltung des Ordensbesitzes wollte er lieber mit dem Hochmeister Schälzky verhandeln (s.o.). Die größte Enttäuschung bedeutete für ihn aber die Tatsache, dass er nicht zum Propst und Pfarrer der Deutschordenspfarre Mariä Himmelfahrt in Troppau ernannt wurde. Am 30. März 1946 führte er ein Gespräch mit dem internierten Hochmeister, der ihm mitgeteilt habe, dass er dem Olmützer Erzbischof seine Zustimmung gab, die inkorporierten Pfarreien des Deutschen Ordens durch tschechische Weltpriester frei zu besetzen – außer der Propstei in Troppau. Für Troppau habe Hochmeister Schälzky trotz seines angeblichen Versprechens jedoch nicht P. Stanislav Dostál vorgeschlagen – dieser sollte die Pfarrei Braunseifen übernehmen. Seine Entscheidung habe der Hochmeister so begründet, dass für die wichtige Stelle in Troppau ein jüngerer Priester vorgesehen sei; seinen Namen wollte er allerdings noch nicht angeben.<sup>348</sup>

Die Hintergründe dieser überraschenden Entscheidung des Hochmeisters bleiben unklar und sie scheint unlogisch zu sein: Dostál blieb nämlich weiterhin Vikar der Provinz, die er jetzt von einer zwar ehrwürdigen und traditionellen, doch aber vom Zentrum der Ereignisse ziemlich weit entfernten Pfarrei leiten sollte. P. Stanislav konnte sich mit seiner Versetzung nicht abfinden und wandte sich am 4. April 1946 an den

---

<sup>348</sup> So wurde das Gespräch von P. Dostál interpretiert, in den Quellen befindet sich diesbezüglich leider keine Äußerung oder Begründung vom Hochmeister Schälzky selbst. Was das Alter betrifft, war P. Dostál in dieser Zeit 73 Jahre alt, aber er betonte in mehreren Briefen, dass er vollkommen gesund sei und dass er sich sein ganzes Leben dem Turnen widmete. Außerdem war er lange Zeit ein aktiver Bergsteiger und Wanderer. ZAO, Fond Němečtí rytíři – konvent Opava, Inv.Nr. 39, Karton 12.

Olmützer Generalvikar mit der Bitte, seine Person zum Propst in Troppau zu ernennen.<sup>349</sup> Später schrieb er in dieser Angelegenheit sogar dem Vorsitzenden des Nationalausschusses. In seinem Brief schilderte Dostál, dass Hochmeister Schälzky sein Versprechen brach und ihm die Propstei verweigerte, mit der Begründung, dass diese Stelle von einem jüngeren Priester besetzt werden sollte. „Ich vermute, dass dahinter die Ordensschwester stecken. Ich war wahrscheinlich zu viel ein Tscheche – oder besser gesagt zu wenig ein Deutscher... Sie könnten, sehr geehrter Herr Vorsitzender, alles noch vereiteln. Falls Sie es geruhen, werde ich Sie belohnen – ich werde ein Studentenkonvikt für junge und brave Studenten gründen. Bis die Vertreibung nicht stattfindet, ist es noch nicht möglich, aber nach der Vertreibung kann man es schnell und bald verwirklichen. Genauso würde ich mich um die Änderung des Ordensgeistes im tschechischen Nationalsinne bemühen...“<sup>350</sup>

Es lässt sich heute mit Blick auf die sparsamen erhaltenen Quellen nicht mehr erschließen, ob die Interpretation von P. Stanislav Dostál stimmt und ob es wirklich die Ordensschwester waren, die den Hochmeister Schälzky beeinflussten. Auf jeden Fall intervenierte für P. Dostál weder das Ordinariat noch der Nationalausschuss und er trat spätestens seit Sommer 1946 immer mehr in den Hintergrund. Er wurde nicht nach Braunseifen, wie Hochmeister Schälzky vorgeschlagen habe, sondern als Administrator nach Langendorf (Dlouhá Loučka) versetzt. Es handelte sich zwar um eine einst blühende Deutschordenspfarre, die aber von der Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung schwer betroffen wurde. Die kleine Stadt befindet sich ungefähr 30 Kilometer nördlich von Olmütz im Vorgebirge des Altvatergebirges und war also damals – genauso wie Braunseifen - weit vom Zentrum und von allen wichtigen Kommunikationskanälen entfernt. Von dort aus war es unmöglich, die Provinz zu leiten oder effektiv mit den Staatsbehörden zu verhandeln.

---

<sup>349</sup> ZAO, Fond Němečtí rytíři – konvent Opava, Inv.Nr. 39, Karton 12. Dostál argumentierte mit den Ordensregeln, laut denen ausschließlich der Provinzobere, also er selbst, für die Präsentation der Kandidaten für die Besetzung der inkorporierten Pfarren dem Ordinarius gegenüber zuständig war.

<sup>350</sup> ZAO, Fond Němečtí rytíři – konvent Opava, Inv.Nr. 39, Karton 12.

### 3.3.1.3 Die Vertreibung der deutschsprachigen Ordensmitglieder

Laut der Dekrete Nr. 5 und Nr. 33 des Staatspräsidenten (s.o.) wurden alle Deutschen auf dem Gebiet der Tschechoslowakei als staatlich unzuverlässig bezeichnet, es wurde ihnen die Staatsbürgerschaft entzogen und man rechnete mit ihrer schnellen Vertreibung – dies betraf selbstverständlich auch die Ordensbrüder und die Ordensschwwestern.<sup>351</sup> Laut des Ordenskatalogs von 1938 zählte die Brüderprovinz in der Tschechoslowakei 31 Priester, 3 Kleriker, 1 Novizen und 2 Laienbrüder<sup>352</sup>. Während der Kriegsjahre verstarben insgesamt 10 Provinzmitglieder<sup>353</sup>, zum Zeitpunkt des Kriegsendes sollten sich in der Provinz also rund 25 Brüder befinden, die alle deutschsprachiger Abstammung waren.<sup>354</sup>

Aus den Quellen geht hervor, dass es eine erste Welle von Ordensbrüdern gab, die auf die nicht Vertreibung warteten und bereits in den Sommermonaten oder kurz danach die Tschechoslowakei in Richtung Österreich oder Bayern verließen. Unter ihnen befand sich zum Beispiel P. Ubalduš Jäckel OT, der während des Krieges als Pfarrer in Ober Heinzendorf (Horní Hynčina, Bezirk Zwittau) wirkte und im Oktober 1945 freiwillig nach Wien (Pfarre Weidling) übersiedelte. Im Februar 1946 wandte er sich an den Provinzvikar P. Dostál, ob er seine Sachen aus seinem ehemaligen Pfarrhaus abholen könnte und legte eine Liste bei, die einen interessanten Einblick bietet, was damals den persönlichen Besitz eines Deutschordenspriesters ungefähr ausmachte:

Wäsche	10 Handtücher, 7 Hemden, 2 Paar Unterhosen, 2 Polyesterüberzüge, 2 Steppdecküberzüge, 2 Tischdecken, 14 Servietten, 3 Laintücher, 6 Taschentücher
Kleider	1 Hose, 2 Röcke, 1 Winterrock, 1 Weste, 1 Umhängmantel
Bücher	Koch: Predigtwerk, Ries: Sonntagsevangelium, Donders: Predigtgedanken, Hilker: Katechetische Bücher
Verschiedenes	1 Papierschere, 1 Mappe mit Personalpapieren, 1 Mappe mit Urkunden, 1 Einlegemappe, 3 Polster

<sup>351</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 145.

<sup>352</sup> Catalogus Ordinis Teutonici, Wien 1938.

<sup>353</sup> Catalogus Ordinis Teutonici, Wien 1947. Im August 1945 verstarb noch P. Amand Honich OT, Pfarrer in Würbenthal.

<sup>354</sup> Da es zum Wirken der Ordensbrüder während des Krieges nur sparsame und vor allem verstreute Quellen gibt, lässt sich zum heutigen Forschungsstand nicht genau angeben, wie viele von ihnen zum Kriegsdienst eingezogen wurden und wie viele von ihnen nach Kriegsende überhaupt in die Tschechoslowakei zurückkehrten. P. Walter Horny OT (s.o.) kam nach seiner Befreiung aus dem KZ Dachau im März 1945 nicht mehr zurück in seine Heimat und blieb in Deutschland.

Der Provinzvikar übersetzte den Brief von P. Jäckel ins Tschechische und leitete ihn weiter an den zuständigen Nationalausschuss mit der Anmerkung, dass die Sachen rein rechtlich zwar dem Deutschen Orden gehörten, aber der betroffene Priester sie unbedingt zum Leben bräuchte. Als Leiter der Provinz ersuchte er daher um ihre Rückgabe an die angegebene Adresse in Wien.<sup>355</sup>

Die inkorporierten Pfarreien blieben allerdings nach dem Krieg weiterhin durch die Ordenspriester besetzt. Gemäß den Vorschriften des Schulministeriums und des Ordinariats in Olmütz sollten die Geistlichen nämlich auf einen tschechischen Ersatz und auf eine ordnungsgemäße Übergabe des Pfarrinventars und der Matrikel warten (was sich oft als sehr schwierig erwies, weil die Olmützer Erzdiözese über wenige freie Weltpriester verfügte). Zum 24. Dezember 1945 handelte es sich laut der Bezirksverwaltungskommission in Freudenthal um folgende Pfarreien und Priester<sup>356</sup>:

Troppau	P. Lambert Seidl OT, P. Ildefons Pauler OT, P. Otto Maly OT
Freudenthal	P. Eberhard Gerlich OT, P. Peter Pollak OT
Engelsberg	P. Anton Schälzky OT, P. Franz Schälzky OT
Braunseifen	P. Richard Lux OT, P. Pirminus Klein OT
Langendorf	P. Beda Romanczyk OT, P. Ansgar Schöder OT, P. Gotthard Bilek OT (Schlosskaplan)
Würbenthal	P. Heinrich Bentscher OT
Altvogelseifen	P. Ludger Suchanek OT

Anfang März 1946 wurde jedoch Hochmeister Schälzky, der in dieser Zeit interniert wurde (s.u.), von dem Landesnationalausschuss in Mährisch-Ostrau und von dem

<sup>355</sup> ZAO, Fond Němečtí rytíři – konvent Opava, Inv.Nr. 39, Karton 12. In den Quellen gibt es keine Antwort des Nationalausschusses in Ober Heinzendorf; mit Blick auf die chaotischen Verhältnisse im Sudetenland unmittelbar nach dem Krieg ließe sich vermuten, dass das verlassene Pfarrhaus höchstwahrscheinlich (außer den Büchern) ausgeraubt wurde und P. Jäckel seine Sachen eher nicht zurückbekam.

<sup>356</sup> Außer den genannten Priestern sollten sich laut des Berichtes zu diesem Zeitpunkt noch 9 weitere Ordensbrüder auf dem Gebiet der Tschechoslowakei befinden, die in keiner Pfarrei wirkten: P. Rainaldus Schaffranek OT (der bereits vor dem Krieg krankheitsbedingt gerichtlich entmündigt wurde), 5 Studenten und 3 Priester, die „den Wehrdienst leisteten“ (es ist unklar, was genau damit gemeint wurde). ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 11.

Bezirkskommando der Staatssicherheit<sup>357</sup> in Troppau informiert, dass die ungefähr 10 Priester des Deutschen Ordens, die „kein Tschechisch sprechen“, sofort nach Österreich übersiedeln sollen – ohne Rücksicht darauf, ob sie in einer (inkorporierten) Pfarrei wirken oder nicht.<sup>358</sup> Schälzky beauftragte den Provinzvikar Dostál, diesbezüglich mit den zuständigen örtlichen Nationalausschüssen in Verbindung zu treten. Diejenigen Priester, die in der Seelsorge noch aktiv wirkten, sollten eine Liste mit dem Pfarrinventar ausfertigen und es gemeinsam mit den Matrikeln entweder ihren Nachfolgern in der Pfarrei aus den Reihen des Weltklerus oder den benachbarten Pfarrern (soweit diese Tschechen sind und daher im Land bleiben) übergeben.

Anfang April 1946 wurden vom Deutschen Orden nur mehr die Pfarreien Freudenthal, Engelsberg, Würbenthal und Altvogelseifen betreut. Das Schulministerium wandte sich an die zuständigen Nationalausschüsse mit der Frage, ob die fünf verbleibenden Ordenspriester als staatlich zuverlässig bezeichnet werden könnten und ob sie sich um die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft bewerben wollten.<sup>359</sup> Als erster wurde am 9. April 1946 von den Polizisten P. Heinrich Bentscher OT in Würbenthal besucht – laut dem Bericht war er nie Mitglied der NSDAP und es gäbe keine Bedenken, was seine staatliche Zuverlässigkeit betrifft. Auch bei P. Ludger Suchanek OT in Altvogelseifen konstatierten die Polizisten, dass er keine politische Aktivität während des Krieges entfaltetete und dass ihm kein staatsfeindliches Wirken nachgewiesen werden könne. Es wurde allerdings darauf hingewiesen, dass P. Suchanek den Eindruck eines „sehr vorsichtigen Menschen“ erweckt und dass man ihm keinesfalls vertrauen darf.

Als „politisch unzuverlässig“ wurden dagegen der Freudenthaler Dechant P. Eberhard Gerlich OT und sein Kaplan P. Peter Pollak OT bezeichnet, mit der Begründung, dass sie deutscher Abstammung sind und dass sie Beziehungen nur mit der deutschen

---

<sup>357</sup> Die Staatssicherheit war die Geheimpolizei in der Tschechoslowakei zwischen 1945 und 1989. Formell war sie ein Teil des Korps der nationalen Sicherheit (der Polizei), aber bereits vor der kommunistischen Machtübernahme stand sie unter der Kontrolle der kommunistischen Partei. Nach 1948 war sie eines der wichtigsten Repressionsorgane des totalitären Regimes (ihr Ostrauer Kommando bereitete u.a. den Schauprozess gegen Deutschen Orden vor – ausführlich dazu das Kapitel 4 dieser Arbeit). Vgl. z.B. KRATOCHVIL, Antonín, *Žaluji 1. Stalinská justice v Československu* [Ich klage, Band 1. Die stalinistische Justiz in der Tschechoslowakei], Prag 1990.

<sup>358</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 145.

<sup>359</sup> ABS, Fond 704/19 Krajská správa MV Ostrava.

Bevölkerung unterhalten (auch wenn sie in die NSDAP nicht eingetreten sind und keine politische Aktivität entwickelten). Ein komplizierter Fall scheint P. Anton Schälzky OT zu sein. Der Ortsnationalausschuss in Freudenthal warf ihm vor, dass er in seiner Pfarrei Engelsberg die tschechische Bevölkerung ignoriert. Andererseits hat er laut des Berichts bereits um die Rückgabe der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft angesucht und von der zuständigen Behörde hat er eine Bestätigung bekommen, dass er vom Nationalsozialismus verfolgt wurde und dass sein Verhalten während des Krieges makellos war.<sup>360</sup>

Es gibt keine Belege dafür, dass Hochmeister Schälzky irgendwelche Schritte unternommen hätte, um die Aussiedlung von P. Anton Schälzky oder anderer Ordensbrüder zu verhindern. Abgesehen davon, dass er für einige Zeit interniert und isoliert war und dass er gesundheitlich total erschöpft war, fürchtete er vermutlich nicht eine offizielle Feststellung der staatlichen Unzuverlässigkeit, sondern er schätzte allgemeine Situation im Staat realistisch ein. Die deutschsprachigen Brüder haben sich mit ihrem Schicksal, mindestens nach Außen, abgefunden – so widmete z.B. P. Anton Schälzky OT in seiner Pfarrchronik den Jahren 1945 und 1946 nur wenige Absätze.<sup>361</sup> „Es war eine sehr bewegte Zeit während des ganzen Sommers“, leitete er das kurze Kapitel ein und notierte, dass die deutschsprachige Bevölkerung langsam ausgesiedelt wird und dass er seit Sommer 1945 die Gottesdienste auf Tschechisch zelebriert. Der Kirchenbesuch bliebe allerdings auch unter den kommenden Tschechen hoch. P. Anton Schälzky verließ die Tschechoslowakei im August 1946, die restlichen deutschsprachigen Ordensbrüder (außer P. Lambert Seidl<sup>362</sup>) wurden im Oktober 1946 ausgesiedelt. Im Ordenskatalog vom 1947 steht bei der einst zahlreichen tschechoslowakischen Brüderprovinz folgende Anmerkung: *Sodales nacionis germanicae fere omnes expulsii sunt.*<sup>363</sup>

---

<sup>360</sup> ABS, Fond 704/20 Ostrava, 84.

<sup>361</sup> ZA Opava, NAD 278, Fond Farní úřad Andělská Hora.

<sup>362</sup> Die Pfarrchronik von Troppau berichtet, dass P. Lambert Seidl OT wegen seiner loyalen Gesinnung und allgemeinen Beliebtheit bei der tschechischen Bevölkerung während des Krieges in Troppau bleiben durfte. Zitiert nach GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 67.

<sup>363</sup> Catalogus Ordinis Teutonici, Wien 1947. Laut des Schematismus befanden sich in diesem Jahr 12 Priester und 3 Studenten aus der ehemaligen tschechoslowakischen Provinz in Deutschland, fast alle in der amerikanischen Besatzungszone. Das erste Provinzhaus wurde 1948 in Darmstadt gegründet. Die restlichen Brüder wurden nach Österreich ausgesiedelt, wo sie in die österreichische Provinz eingegliedert

Die Vertreibung der deutschsprachigen Deutschordensschwwestern<sup>364</sup> dokumentierte ausführlich Erentraud Gruber in ihrem hier bereits öfters zitierten Buch.<sup>365</sup> Für die gesamtstaatliche Ebene galt, dass die Behörden im Fall der Ordensschwwestern auf gewisse Weise vorsichtiger waren als bei den Priestern. Die gewisse Lücke in der Seelsorge, die durch die Vertreibung der Geistlichen drohte, war ihnen im Grunde genommen egal. Das Wirken der Schwestern im Gesundheitswesen (zumal in den Grenzgebieten) war dagegen aus der Sicht des Staates enorm wichtig und man konnte die Arbeitskräfte nicht so schnell und ohne passenden Ersatz abschieben (s.o.). Die deutschsprachigen Deutschordensschwwestern stellten aber eine Ausnahme dar: Die Staatsbehörden (sowohl die Zentralinstitutionen als auch die örtlichen Nationalausschüsse) beharrten darauf, dass sie die Tschechoslowakei so schnell wie möglich verlassen.<sup>366</sup>

Die Schwestern waren aber nicht untätig und suchten neue Wirkungsstätten im Ausland. Bereits im Spätsommer 1945 wurde den Deutschordensschwwestern die Betreuung des Flüchtlingslagers „Sommerkaserne“ im ehemaligen Augustiner – Chorherrnstift St. Nikola in Passau übertragen, sobald sie sich melden würden.<sup>367</sup> Die Provinzoberin Sr. Amata Grüner begann schnell mit den Vorbereitungen und sammelte eine Gruppe von Schwestern aus Freudenthal, Troppau, Neutitschein und Langendorf, die sich dem ersten Aussiedlungstransport aus Freudenthal nach Passau anschließen sollten. Unter ihnen befanden sich auch Novizinnen, Kandidatinnen oder Mädchen, die noch keine Kandidatur gemacht hatten. „Die jungen Mädchen, die als Kandidatinnen

---

wurden und in der Seelsorge (vor allem in verschiedenen Wiener Pfarreien, wie etwa in Schottenfeld, Weidling oder Alt - Leopoldau) wirkten.

<sup>364</sup> Es lässt sich heute keine genaue Bilanz mehr ziehen, was die Gesamtzahl der vertriebenen deutschsprachigen Schwestern betrifft. Das Innenministerium berichtete am Ende des Jahres 1946, dass sich unmittelbar nach dem Krieg ungefähr 300 Deutschordensschwwestern deutscher, tschechischer und slowakischer Abstammung hier befanden. Davon wurden in den ersten zwei Nachkriegsjahren offiziell, d.h. mit der Zustimmung der Behörden 143 deutschsprachige Schwestern vertrieben. Viele Schwestern verließen aber das Land einzeln und in der ersten Phase auch ohne Bewilligung, einige wurden noch im Laufe des Jahres 1947 ausgesiedelt. Da die Unterlagen des tschechoslowakischen Innenministeriums im Jahr 1950 von der Zahl 70 Ordensschwwestern (jetzt nur mehr tschechischer Abstammung) ausgehen, könnte man schlussfolgern, dass insgesamt über 230 Ordensschwwestern aus der Tschechoslowakei vertrieben wurden. ABS, Fond V 704/16 Ostrava.

<sup>365</sup> GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 27 – 60.

<sup>366</sup> Zum Beispiel ordnete das Innenministerium in Prag explizit an, dass die Mitglieder des Deutschen Ordens ohne Verzögerung in die Vertreibung eingegliedert werden sollen, „soweit sie nicht unter Verdacht stehen, eine Straftat begangen zu haben.“ ABS, Fond 704/21 Ostrava, 349.

<sup>367</sup> GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 42 – 43. Die Militärregierung in Passau stellte diesbezüglich die entsprechenden Dokumente für die tschechoslowakischen Behörden schnell aus.

oder als zukünftige Anwärterinnen mitführen, bekamen für die Fahrt das Kandidatinnenhäubchen, um ihnen einen klösterlichen Anstrich zu geben und so ihre Ausreise zu ermöglichen.“<sup>368</sup> Für einen Teil der Schwestern fand Hochmeister Schälzky auch bereits im Sommer 1945 ein Tätigkeitsfeld in Wien und weil es nicht besonders schwer war, die Einreisebewilligung zu erhalten, übersiedelten einige Schwestern nach Österreich.<sup>369</sup>

Es folgten im Winter 1945 und im Frühling 1946 noch zwei weitere Aussiedlungstransporte mit Deutschordensschwestern aus Freudenthal. Im Frühjahr 1946 spitzte sich zwar aufgrund der Polizeiermittlungen (s.u.) die Situation in Troppau zu (zum Beispiel wurde die Provinzoberin Sr. Amata Grüner festgenommen), was aber offensichtlich keinen größeren Einfluss auf die Durchführung einer schnellen Abschiebung der deutschsprachigen Ordensschwestern hatte – sie bekamen von den Behörden sogar eine Ausnahme aus der Regelung, nach der sich die Deutschen vor ihrer Vertreibung in einem Sammellager versammeln mussten. Allerdings wurden die Schwestern vermehrt verschiedenen Schikanen ausgesetzt und ihr Mutterhaus in Troppau wurde ab Anfang Januar 1946 von der Polizei beobachtet. In dieser Zeit fing auch die Staatssicherheit an, das Verhalten der Ordensmitglieder offiziell zu ermitteln.

#### **3.3.1.4 Die Verhaftung des Hochmeisters und der Provinzoberin**

Am 4. Januar 1946 besuchte das Kommando der Staatssicherheit in Troppau Sr. Anesia Marie Terlandová OT<sup>370</sup>. Sie erzählte den Polizisten, dass sie beabsichtige, den Deutschen Orden aufgrund seiner staatsfeindlichen Einstellung zu verlassen und zeigte

---

<sup>368</sup> GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 52. Dieses Vorgehen sollte sich allerdings später als ein großes Problem für die Staatsbehörden erweisen.

<sup>369</sup> GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 30 – 33. Zum Beispiel übernahmen die Schwestern den Kindergarten in der Wiener Pfarrei Dornbach.

<sup>370</sup> Sr. Anesia Marie Terlandová wurde am 23. März 1913 in der Slowakei geboren, in den Deutschen Orden trat sie 1931 ein. Bis 1939 lebte sie in der Schwesterngemeinschaft in Troppau, nach dem Kriegsausbruch wurde sie gemeinsam mit anderen Schwestern slowakischer Abstammung in die Slowakei geschickt. Im November 1945 kehrte sie nach Troppau zurück. Es ist unklar, aus welcher Motivation sie mit der Geheimpolizei zusammenarbeitete, auf jeden Fall geht aus den Quellen hervor, dass ihre Mitarbeit freiwillig war. Terlandová wurde schnell nach ihrem ersten Gespräch mit den Polizisten zur Informantin der Staatssicherheit im Troppauer Kloster. Später wurde sie aber durch einen Polizisten verraten, der die Schwestern über einen Priester warnte. Die Identifizierung des Polizisten und/oder des Priesters ist heute nicht mehr möglich. ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 53.

sich bereit, über die Umstände in der Schwesterngemeinschaft in Troppau ausführlich zu berichten. Die Ermittler fanden ihre Aussagen äußerst interessant und die Mitarbeit mit der Ordensschwester wurde von Anfang an in streng vertraulicher Regie geführt, d.h. es wurden darüber nur die Vorgesetzten auf der Zentrale bzw. am Innenministerium in Prag informiert – dies bezeugt die Wichtigkeit, die den Aussagen von Sr. Terlandová seitens der Polizisten zuerkannt wurde.

Sr. Terlandová sagte aus, dass die Deutschordensschwestern den neuen Staat und das ganze tschechoslowakische Volk von Herzen hassen. Viele Schwestern haben sich abwertend über die tschechische Sprache geäußert, indem sie diese als eine Papageiensprache bezeichnet hatten. Noch schlimmer sei die Missachtung der tschechischen Bevölkerung unter den Schwestern gewesen: Einige von ihnen hätten sogar gesagt, dass, wenn es möglich wäre, sie das ganze tschechische Volk erschießen würden und dass das Einsperren von Tschechen in KZs eine gute Idee gewesen sei.<sup>371</sup> Den Hochmeister Schälzky bezeichnete Terlandová als einen „besonders schlaunen Nazi<sup>372</sup>“, der sich mit allen Kräften darum bemüht haben soll, den Orden in Freudenthal, Troppau und in der Slowakei aufrechtzuerhalten – damit im Land Inseln der Germanisierung aufbewahrt wären für die Rückkehr der Nationalsozialisten, von der Schälzky und die Schwestern fest überzeugt seien. Terlandová schilderte weiter, dass eine Person (höchstwahrscheinlich eine deutsche Ordensschwester) aus dem Klosterfenster auf die Wächter im Arbeitslager für die Deutschen, das sich gegenüber dem Klostergebäude in Troppau befand, verschiedene Gegenstände (wie Porzellan oder Glasscherben) geworfen habe. Dabei habe sie verschiedene antitschechische Schimpfworte ausgerufen. Als dies der Hochmeister hörte, habe er laut Terlandová angeordnet, dass die Schwestern die unbekannte werfende Person sofort bei der Polizei anzeigen. Dies sei aber nur eine schlaue Strategie gewesen, die wirkliche Täterin aus dem Kreis der Schwestern zu decken.

---

<sup>371</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 54. Die antitschechische Einstellung habe sich zum Beispiel konkret bei der Behandlung der Patienten im Troppauer Krankenhaus deutlich gezeigt. Während den deutschsprachigen Patienten eine entsprechende Betreuung gewährleistet wurde, ließen die Ordensschwestern die tschechischen Patienten laut Terlandová in ungeheizten Zimmern hungern. Die Deutschen hätten auch bessere Medikamente als die Tschechen bekommen.

<sup>372</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 56.

Die Polizisten interessierten sich jedoch vielmehr für konkrete Personen, die gegen das Gesetz verstoßen hätten oder für ganz konkrete Beispiele des behaupteten staatsfeindlichen Wirkens. Sr. Terlandová behauptete, dass die Ordensschwestern verschiedenen Personen über die Staatsgrenzen nach Bayern verholphen haben. Das System sollte bei jüngeren Mädchen und Frauen so funktionieren, dass sie scheinbar als Kandidatinnen bzw. Novizinnen in den Orden aufgenommen und so werden sie relativ problemlos einem Transport mit den Vertriebenen zugewiesen werden. In Bayern legen sie dann das Ordenskleid ab und verlassen die Ordensgemeinschaft ganz frei. Auf diese Weise habe der Orden zum Beispiel auch vier Verwandte von Hochmeister Schälzky in die amerikanische Besatzungszone durchgeschmuggelt. Terlandová erzählte weiter, dass die Schwestern auch anderen Personen zur Flucht nach Bayern verholphen haben, die sich in der Tschechoslowakei vor dem Volkstribunal (was ihr problematisches Verhalten während des Krieges andeuten würde) oder vor anderen Staatsbehörden verstecken mussten oder der Arbeitspflicht ausweichen wollten. Diejenigen Ordensschwestern (konkret zum Beispiel die ehemalige Provinzoberin Sr. Amata Grüner), die die Vertriebene begleiteten und danach in die Tschechoslowakei zurückkehrten, haben laut Terlandová verschiedene nicht weiter spezifizierte Briefe und Nachrichten über die Grenze getragen. Somit habe der Orden einen inoffiziellen Kommunikationskanal zwischen den Sudetendeutschen in Bayern und in der Tschechoslowakei dargestellt.

Die letzte Anschuldigung betraf das angebliche Schmuggeln. Sr. Terlandová behauptete, dass die Ordensschwestern Geld sowie viele verschiedene Sachen aus der Tschechoslowakei hinaustransportierten: kostbare künstlerische Gegenstände aus den Kirchen und Klöstern, Medikamente aus dem Troppauer Krankenhaus, Goldschätze, Paramente usw.. Die Ermittler bekamen von Terlandová gleich einen konkreten Tipp: Die neue Provinzoberin Sr. Antonia Witková<sup>373</sup> sei gerade mit einer größeren Geldsumme in der Tasche aus Troppau in die Richtung Österreich ausgereist. Die Staatssicherheit kontaktierte sofort die Polizeistation in der Stadt Břeclav bei dem Grenzübergang und Sr. Witková wurde aufgehalten und durchsucht. Tatsächlich wurde bei ihr die Summe von

---

<sup>373</sup> Sr. Antonia Witková (näher zu ihrer Person vgl. das Kapitel 4 dieser Arbeit) wurde am 19. November 1945 beim Wahlkapitel der Schwesternprovinz zur Provinzoberin gewählt. Ihre Vorgängerin schätzte die allgemeine Situation realistisch ein und wollte die Leitung der Provinz einer tschechischen Nachfolgerin übergeben, „denn Amt und Würden durften ja von Deutschen auf keinen Fall bekleidet werden.“ GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 73.

40 000 Kronen gefunden. Sr. Witková verteidigte sich, dass sie nicht nach Österreich, sondern in die Slowakei fuhr und dass das Geld für die Ordensniederlassung in Freudenthal bestimmt war. Die Staatssicherheit stellte allerdings fest, dass sie kurz davor einen Autospediteur mit Konzession für das Ausland bestellt hatte und dass die Summe in der Buchhaltung der Provinz nicht verzeichnet war. Man übergab den ganzen Fall dem Finanzdirektorium in Troppau und die Provinzoberin wurde in polizeilichen Gewahrsam genommen.<sup>374</sup>

Aufgrund dieses Vorfalles und aufgrund der Informationen von Sr. Terlandová wurde am 8. Januar 1946 sowohl im Mutterhaus der Schwestern in Troppau als auch in ihrem Krankenhaus von der Staatssicherheit eine Haussuchung durchgeführt; durchsucht wurde auch das Provinzhaus in Freudenthal. Laut des Berichtes für das Innenministerium<sup>375</sup> wurden von den Polizisten im Troppauer Krankenhaus mehrere Gegenstände gefunden, die den Ordensschwestern nicht gehörten und die daher laut ihrer Meinung für das Schmuggeln ins Ausland bestimmt waren. Es sollte sich vor allem um Kleider, Wäsche, Silbermünzen und weitere silberne Gegenstände und um chirurgische Instrumente handeln. Sie wurden dem Finanzdirektorium in Troppau übergeben. Im Mutterhaus in Troppau habe die Polizei darüber hinaus viele teure Mangelmedikamente entdeckt, die sich offiziell im Spital befinden sollten – daraus wurde die Schlussfolgerung gezogen, dass sie die Schwestern entweder ins Ausland schmuggeln oder dass sie diese vor den tschechischen Patienten verbergen wollten. Einige Schwestern haben beim Verhör bestätigt, dass sich bis Dezember 1945 im Kloster verschiedene Personen deutscher Abstammung aufhielten, die sich vor einer Internierung verstecken mussten.

Aus diesen Gründen erteilte der Staatsanwalt in Troppau Dr. Bača den Befehl, dass folgende Ordensleute bis zum Abschluss der Ermittlung in polizeilichen Gewahrsam genommen werden sollten: der Hochmeister Robert Schälzky, die ehemalige Provinzoberin Sr. Amata Grüner, die Oberinnen aus Troppau und Freudenthal Sr. Ludmila Moravcová und Sr. Helene Knajblová, weiter auch Sr. Gisela Vaňková und Sr. Magdalene Halfarová. Zwei Tage davor wurde auch die Provinzoberin Witková

---

<sup>374</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 31.

<sup>375</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 31 – 33.

festgenommen (s.o.), die sofort in die Gruppe eingegliedert wurde. Der polizeiliche Gewahrsam bedeutete zunächst die Untersuchungshaft. Am 19. Januar befahl das Innenministerium, alle Mitglieder der Gruppe aus der Haft zu entlassen und an verschiedenen Orten zu internieren.<sup>376</sup> Der Hochmeister wurde im Troppauer Mutterhaus im Pfortenzimmer untergebracht, zugleich erhielt er Polizeiaufsicht und Schreibverbot.<sup>377</sup> Sr. Amata Grüner wurde zunächst genauso wie der Hochmeister im Troppauer Mutterhaus interniert, später wurde sie gemeinsam mit der Provinzoberin Witková zu den Töchtern der Göttlichen Liebe (zu den sog. Marienschwestern) in Troppau überführt, bei denen sie im Krankentrakt in der Klausur wohnen durften.<sup>378</sup> Am Anfang waren ihnen alle Kontakte mit der Außenwelt verboten, im Laufe der Zeit kam es aber zu einer gewissen Entspannung und Sr. Amata Grüner durfte sogar zu einer Ordensprofess nach Sachsen ausreisen. Als sie zurückkehrte, durfte sie am 24. April 1946 auf eigenes Ansuchen nach Deutschland aussiedeln, wo sie die Leitung der in Bayern entstehenden Schwesternprovinz übernahm. Die neue tschechoslowakische Provinzoberin Witková wurde Ende Mai 1946 aus der Internierung entlassen und durfte ins Mutterhaus in Troppau zurückkehren.

Es sei noch erwähnt, dass es nicht nur die Ordensschwester Terlandová war, die am Anfang der Polizeiermittlungen gegen den Deutschen Orden stand. Während der Sitzung des mährischen Landesnationalausschusses (Expositur Mährisch-Ostrau) am 10. Januar 1946 berichtete der regionale Politiker aus der kommunistischen Partei Josef Lampa<sup>379</sup> von den angeblichen Umständen, die in den von deutschsprachigen Ordensleuten verwalteten Klöstern und Ordenshäusern im Grenzland herrschen sollen. Er beschwerte sich, dass die Klöster viele Deutschen oder sogar deutsche Nationalsozialisten verbergen, die sich vor der Vertreibung oder vor den Volkstribunalen verstecken wollen. Die Ordensleute sammelten laut Lampa Waffen und Gold und

---

<sup>376</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 33.

<sup>377</sup> GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 76.

<sup>378</sup> GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 77.

<sup>379</sup> Josef Lampa war ein bedeutender kommunistischer Politiker in Nordmähren und der erste Bürgermeister von Mährisch Ostrau nach dem Zweiten Weltkrieg, wobei seine Amtszeit nur 3 Wochen dauerte. 1945 – 1946 war er Mitglied des mährischen Landesnationalausschusses. Später unterrichtete er auf der Leninistischen politischen Hochschule in Ostrau und engagierte sich im Kampf des Proletariats gegen den Alkoholismus. Vgl. PRZYBYLOVÁ, Blažena/ŠERKA, Josef, Muži s mocí – portréty představitelů města Ostravy 1919 – 1989 [Männer mit Macht – die Portraits der Vertreter der Stadt Ostrau 1919 - 1989], Šenov u Ostravy 1999, 35 – 37.

vergruben sie in ihren Gärten. Konkret sprach Lampa von dem Troppauer Deutschordenskrankenhaus, in dem darüber hinaus deutsche Patienten bevorzugt, während die tschechischen Patienten bestohlen und unterdrückt würden. Der Landesnationalausschuss beauftragte die Staatssicherheit, die deutschsprachigen Ordensgemeinschaften ins Visier zu nehmen und über die ganze Sache wurde das Innenministerium in Prag informiert.<sup>380</sup> Somit politisierte sich der ganze Fall noch mehr und es bestätigte sich die – nach der öfters erwähnten Eingabe einiger Abgeordneten an die Prager Regierung schon ansatzweise präsent – verstärkte Tendenz, den Deutschen Orden nicht als einen regionalen Verwaltungsfall (der ausschließlich auf der gesetzlichen Basis zu entscheiden wäre), sondern als ein äußerst politisches und gesamtstaatliches Problem wahrzunehmen.

### 3.3.1.5 Weitere Untersuchungen des Ordens und die Aussiedlung des Hochmeisters

„Es musste eben auf alle Fälle ein krimineller Hintergrund her, der den Rechtstitel für die Aufrechterhaltung der Enteignung der Güter des Ordens und der Ausweisung der Ordensmitglieder geben sollte<sup>381</sup>“ – so erklärte Sr. Amata Grüner das plötzliche Vorgehen der Polizei gegen den Orden im Januar 1946. Ihre Bewertung scheint auch mit dem Zeitabstand richtig zu sein. Trotz des spektakulären Anfangs zeigte sich, dass es sehr schwierig werden würde, den erwähnten kriminellen Hintergrund zu belegen. Die Behauptungen der Informantin Sr. Terlandová sowohl über das Verstecken von Naziverbrechern (oder mindestens Kollaborateuren) im Schwesternkloster als auch über den angeblichen Nachrichtendienst der Schwestern, die die Vertriebenen nach Deutschland begleiteten, konnten nicht bewiesen werden – selbstverständlich auch aus dem Grund, weil die mutmaßlichen Täter bereits aus dem Land vertrieben waren. Die Staatssicherheit musste bald nur mit einer minimalistischen Variante arbeiten, nach der einige Ordensmitglieder lediglich gegen die Anordnung des Finanzministeriums vom 23.

---

<sup>380</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 146. Der Landesnationalausschuss kritisierte auch die bisherige Praxis der Polizei, die den Ordensschwestern ohne weiteres erlaubte, als Begleitung ganz frei mit den Vertriebenen ins Ausland zu fahren und nachher wieder zurückzukehren.

<sup>381</sup> Zitiert nach GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 76.

Juni 1945 über die Sicherstellung des Eigentums der staatlich unzuverlässigen Personen und somit gegen die Devisenordnung vom 1939 verstoßen hätten.<sup>382</sup>

Die gewisse Ratlosigkeit der Staatssicherheit könnte durch zwei fast belustigende Fälle illustriert werden, die mit den weiteren Ermittlungen gegen den Deutschen Orden zusammengelegt wurden. Die Polizei wurde Ende Januar 1946 benachrichtigt, dass zwei Angestellte des Troppauer Spitals auf einer Toilette ein Bild des Staatspräsidenten Edvard Beneš (in Briefformat) gefunden haben, das „mit menschlichem Kot verschmutzt wurde.“<sup>383</sup> Darüber hinaus wurden die Augen des Staatspräsidenten durchbohrt. Die Polizisten verhörten zwei Zeugen, die behaupteten, dass die Tat zwei Ordensschwwestern begangen haben müssen – die Zeugen sahen sie, als sie gemeinsam die inkriminierte Toilette verließen, konnten sie allerdings aufgrund des Ordenskleides nicht erkennen. Die Polizisten konnten daher die Identität der angeblichen Täterinnen nicht feststellen und weil auch das verschmutzte Bild erst nach 4 Tagen abgegeben wurde, musste die Untersuchung ohne Ergebnisse eingestellt werden. Das Innenministerium in Prag wurde allerdings informiert, dass der Fall zu großer Verbitterung unter der tschechischen Bevölkerung geführt habe und dass er die offensichtliche Staatsunzuverlässigkeit der Deutschordensschwwestern bezeuge.

Ungefähr um dieselbe Zeit besuchte die Dienststelle der Staatssicherheit in Troppau Frau Štěpánka Černá, die im ehemaligen Ordensspital als Pflegerin arbeitete. Sie brachte ihre Überraschung zum Ausdruck, dass die Polizei bisher keine gewichtigen Beweise für das staatsfeindliche Wirken der Deutschordensschwwestern vorlegte und erzählte über ihre angeblichen Erfahrungen mit den Ordensfrauen. Diese haben Černá aus unklaren Gründen von Anfang an maßlos gehasst, zum Beispiel haben sie sich über ihre Person in dem Sinn geäußert, dass sie „schon längst in einem KZ zu Kunstdünger

---

<sup>382</sup> Laut der Anordnung wurde es allen Personen deutscher Nationalität verboten, über Bargeld von über 2000 Kronen, Wertpapiere, Aktien etc. frei zu verfügen – sie wurden verpflichtet, alles auf ein gebundenes Konto bei einer tschechischen Bank einzulegen. Genauso sollten nach §8 der Anordnung kostbare Gegenstände wie Kunstwerke, Silbermünzen, Edelmetalle oder Sammlungen von Briefmarken bei einer tschechischen Bank deponiert werden. Bei den Deutschordensschwwestern stellte die Staatssicherheit insgesamt 299 Silbermünzen, 5 Goldmünzen, 6 Schmuckstücke und eine Wanduhr sicher. Aus der Schatzkammer der Propstei in Troppau wurden mehrere Kassetten mit Silberbesteck provisorisch beim Finanzdirektorium deponiert – es sollte sich zunächst klären, ob sie Hochmeister Schälzky persönlich gehören oder ob sie – wie Schälzky behauptete – zum Amt und daher nicht zur Person des jeweiligen Hochmeisters gehören. ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 31 – 33.

<sup>383</sup> ABS, Fond 704/21 Ostrava, 353.

verarbeitet werden sollte“<sup>384</sup>. Černá fühlte sich daher am Leib und Leben bedroht und schilderte den Ermittlern, was sie Ende Februar in der Kantine des Krankenhauses erlebt habe. Vor ihrem Nachtdienst wollte sie wie üblich ein kleines Abendessen einnehmen und habe in der Küche ein von den Ordensschwestern vorbereitetes Brot mit Käse gefunden. Nachdem sie die Speise gegessen hatte, habe sie intensive Kopf- und Bauchschmerzen verspürt und während ihres ganzen Dienstes habe sie sich verworren gefühlt. Weil das Brot nur für sie bestimmt gewesen sei (sonst war die Küche angeblich leer), hegte Černá den Verdacht, dass ihre Speise von den Ordensschwestern vergiftet worden sein musste. Sie ging nach ihrem Nachtdienst in die Kantine zurück und entnahm eine Probe vom Tee, der auch nur für sie vorbereitet wurde und den sie allerdings nicht getrunken habe. Ein Fläschchen mit dem inkriminierten Tee übergab Černá den Polizisten – die Flüssigkeit wurde anschließend in Prag analysiert und für ungefährlich befunden.<sup>385</sup>

Wichtiger als die fragwürdigen Aussagen der zwei Angestellten war für die Staatssicherheit die Stellungnahme des Direktors des Troppauer Krankenhauses. Dr. Bohumil Sanetřík, der als Nationalverwalter die Leitung des Spitals bereits im Mai 1945 übernommen hatte, erzählte den Polizisten, dass er angeblich von Anfang an große Probleme mit den deutschsprachigen Pflegerinnen (die meisten von ihnen waren Deutschordensschwestern) hatte. Diese haben sich immer wieder über das tschechische Volk und über die erneuerte tschechoslowakische Republik abwertend oder sogar vulgär geäußert.<sup>386</sup> Weiter haben sie die tschechischen Patienten unterdrückt und benachteiligt. Der Direktor konnte dagegen angeblich nichts machen, weil er kein tschechisches Personal zur Verfügung hatte. Die einzige Lösung für die unbefriedigten Verhältnisse im Krankenhaus war für den Direktor die Vertreibung der deutschsprachigen Pflegerinnen und ihre Ersetzung durch tschechische

---

<sup>384</sup> ABS, Fond 704/21 Ostrava, 292.

<sup>385</sup> Der Vorsteher des Instituts für Gerichtschemie in Prag Univ.-Prof. Dr. Křepelka meldete der Staatssicherheit in Troppau: „Es wurde festgestellt, dass die Flüssigkeit keine Präsenz von organischen oder mineralischen Giften aufweist. Die Flüssigkeit, die nach Minze und Lavendel riecht, hinterlässt nach Verdampfung einen klebrigen Rest, der sich wie Schleim verhält.“ ABS, Fond 704/21 Ostrava, 345.

<sup>386</sup> Zum Beispiel bezeichneten die deutschsprachigen Ordensschwestern laut Sanetřík die tschechischen Ärzte als „die tschechischen Hunde“ oder „die verfluchten tschechischen Bestien“. Besonders aggressiv seien die Ordensschwestern immer nach geistlichen Übungen mit P. Ildefons Pauler OT gewesen. ABS, Fond 704/21 Ostrava, 304 – 305.

Krankenschwestern und Pflegerinnen.<sup>387</sup> Die Polizei und der Nationalausschuss in Troppau unterstützten seine Position und verlangten die Beschleunigung der Abschiebung der deutschsprachigen Deutschordensschwwestern nach Österreich bzw. nach Deutschland, obwohl die Politik auf gesamtstaatlicher Ebene unterschiedlich war. Das deutschsprachige Personal im Gesundheitswesen unterlag nämlich der Vertreibung zunächst nicht (s.o.).

Da keine konkreten Straftaten festgestellt oder bewiesen werden konnten, konzentrierte sich die Polizei umso mehr auf die „ideologischen“ Aspekte der Geschichte des Deutschen Ordens und seines Wirkens in der Tschechoslowakei.<sup>388</sup> Die größte Aufmerksamkeit wurde im Frühjahr 1946 dem internierten Hochmeister Schälzky gewidmet. Das Innenministerium in Prag führte eine eigene Untersuchung durch. Die dortige Abteilung für den Nachrichtendienst informierte die Staatssicherheit in Troppau, dass laut einer anonymen zuverlässigen Quelle Schälzky eine äußerst staatsfeindliche Person „deutsch-nationaler“ Überzeugung darstelle. Diese habe er bereits 1922 während einer Versammlung der christlich-sozialen Partei in einem Wirtshaus in Sternberg gezeigt, indem er die wirtschaftliche Lage der tschechoslowakischen Republik öffentlich kritisiert habe. Schälzky habe sie mit einer „langen Leberwurst“ verglichen, die sich nach ihrer Auspressung lediglich in einen „leeren Darm“ verwandeln wird.<sup>389</sup> Dieser Andeutung von Schälzky, dass der neue Staat bald nicht mehr existieren wird, haben die anwesenden Deutschen laut des Berichtes mit Lachen applaudiert. Die „zuverlässige Quelle“ des Innenministeriums charakterisierte schließlich Hochmeister Schälzky auf folgende Weise: „Bei Schälzky befand sich immer die Nationalität an erster Stelle, erst dann folgte die Religion, was sehr oft zu Zerwürfnissen zwischen ihm und seinem Onkel Klein führte, der früher Bischof in Brünn und Hochmeister des Ordens war.“<sup>390</sup>

Beim Verhör bei der Polizei betonte Schälzky, dass er mit den angeblichen Missständen im Troppauer Krankenhaus nichts zu tun hatte. Er habe sogar verboten, im Mutterhaus jegliche zivilen Personen (egal, ob tschechischer oder deutscher

---

<sup>387</sup> ABS, Fond 704/21 Ostrava, 305.

<sup>388</sup> In dieser Zeit fing auch eine umfangreiche Pressekampagne gegen den Orden an, die im 4. Kapitel dieser Arbeit behandelt wird.

<sup>389</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 123.

<sup>390</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 123.

Nationalität) unterzubringen. Die Polizisten verfolgten diese Spur nicht weiter und interessierten sich vielmehr für das Wirken des Deutschen Ordens in der Tschechoslowakei und für die Aktivitäten Schälzky unmittelbar vor dem Krieg und während des Krieges. Schälzky begründete seine Interventionen bei verschiedenen Reichsstellen im Jahr 1939 damit, dass er den konfiszierten Ordensbesitz retten wollte.<sup>391</sup> In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass der Orden in der Tschechoslowakei mehrere Schulen führte (und mit eigenen Mitteln finanzierte) – diese wurden aber durch die nationalsozialistischen Behörden verstaatlicht und die Ordensmitglieder erhielten Lehrverbot. Die Polizisten bezweifelten dies nicht, stellten allerdings die Frage, warum der Orden keine tschechischen Schulen im Grenzland errichtete. Die meisten Fragen zielten darauf ab, den Hochmeister und den ganzen Orden der angeblichen Germanisierung zu überführen. Dass der Orden im Land germanisiert habe, sei auch „die allgemeine Meinung“ in der Region gewesen.<sup>392</sup> Hochmeister Schälzky lehnte allerdings diesen Vorwurf entschieden ab: „ Von einer Germanisierung kann keine Rede sein. Der Orden befand sich und wirkte in deutschsprachigen Gegenden und deshalb arbeitete er in geistlicher, karitativer, sozialer und kultureller Hinsicht vor allem für das deutschsprachige Volk. Die anderen Nationalitäten ließ er aber dabei nicht beiseite.“<sup>393</sup>

Das Innenministerium informierte am 25. Januar 1946 die Regierung und weitere zuständige Ministerien (das Landwirtschaftsministerium, das Außenministerium und das Schulministerium), dass Hochmeister Schälzky weiterhin in Internierung bleiben sollte und dass die deutschsprachigen Ordensmitglieder, soweit noch nicht geschehen, so früh wie möglich das Land verlassen sollten. Zwei Gründe für dieses Vorgehen wurden angegeben. Erstens äußerte das Innenministerium die Befürchtung, dass die deutschsprachigen Ordensmitglieder Straftaten (wie zum Beispiel Schmuggeln von Gold nach Deutschland und Österreich) begehen könnten. Zweitens sei die Bevölkerung in Troppau und Umgebung über das jetzt enthüllte Verhalten des Ordens während des Krieges (Germanisierung, Unterstützung des Nationalsozialismus) tief erschrocken.<sup>394</sup>

---

<sup>391</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 61.

<sup>392</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 65.

<sup>393</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 65.

<sup>394</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 125.

Mit Berufung auf den Direktor des Troppauer Krankenhauses (s.o.) fügte das Innenministerium hinzu, dass die deutschsprachigen Ordensschwwestern die tschechischen Angestellten und Patienten physisch bedrohen und dass dieser Zustand auf Dauer unerträglich sei.<sup>395</sup>

Anfang Februar 1946 erhielt die Staatssicherheit die Nachricht, dass sich in die ganze Sache der Erzbischof von Wien und Kardinalprotektor des Deutschen Ordens Theodor Innitzer eingemischt haben soll. Innitzer habe dem Generalrat P. Marian Tumler OT seinen Vorschlag mitgeteilt, dass er, Tumler, aufgrund der Handlungsunfähigkeit des Hochmeisters die Leitung der auswärtigen Provinzen übernehmen solle.<sup>396</sup> Eine diesbezügliche Vollmacht sollte sich Tumler vom Hochmeister persönlich einholen. Tumler reiste tatsächlich am 8. Februar nach Troppau und bat bei den Behörden um die Erlaubnis, mit dem internierten Hochmeister zu sprechen. Er legte die entsprechenden Bevollmächtigungsschreiben in drei Sprachen (Latein, Deutsch, Tschechisch) vor und erklärte den Polizisten, dass man in Wien der Meinung sei, der Hochmeister säße aufgrund des ihm vorgeworfenen staatsfeindlichen Wirkens im Gefängnis. Die Behörden gestatteten den Besuch, allerdings nur in Anwesenheit von Polizisten. Hochmeister Schälzky lehnte es nach dem Gespräch mit Tumler ab, die Urkunden zu unterschreiben und wiederholte seine Überzeugung, dass er bald aus der Internierung freigelassen werde. Zugleich betonte er, dass er nach seiner Freilassung seinen Sitz nach Wien verlegen möchte. Als Begründung gab er vor allem die Tatsache an, dass er sich als Deutscher (und daher als eine staatlich unzuverlässige Person) auf dem Gebiet der Tschechoslowakei unmöglich frei bewegen könne, obwohl er als Oberer die Pflicht habe, die Ordensmitglieder zu visitieren. Für einen österreichischen Bürger wäre es mit einem Visum viel einfacher, sich innerhalb der Tschechoslowakei zu bewegen, und somit könnte er seine Aufgaben als Ordensoberer besser erfüllen, äußerte Schälzky seine

---

<sup>395</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 131.

<sup>396</sup> In den Quellen der Staatssicherheit befindet sich nur eine Abschrift des Briefes Innitzers an Tumler. Der Text lautete demnach: „Als Kardinalprotektor des Ordens St. Mariens des Deutschen Hauses zu Jerusalem halte ich es für notwendig, dass Sie, Dr. Josef Marian Tumler, als erster Rat des Ordens sich vom Hochmeister desselben die zur Leitung der auswärtigen Provinzen nötigen Vollmachten ehetunlichst persönlich einholen.“ ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 128.

Überzeugung. P. Tumlér versprach, diese seine Position Kardinal Innitzer zu übermitteln und kehrte nach Wien zurück.<sup>397</sup>

Mit der Option seiner „freiwilligen“ Aussiedlung aus der Tschechoslowakei scheint Hochmeister Schälzky offensichtlich schon einige Zeit früher gerechnet zu haben. Laut seiner eigenen Aussage bei einem der Verhöre ließ er seine persönlichen Sachen (Wäsche und Kleidung) bereits Anfang Dezember 1945 nach Österreich schicken.<sup>398</sup> Ende Dezember 1945 teilte das österreichische Repatriierungs-Komitee in der Tschechoslowakei Schälzky mit, dass das Staatsamt für Inneres seine Einreise nach Österreich „für den Fall bewilligt hat, dass er politisch einwandfrei ist.“<sup>399</sup> Aufgrund der Internierung von Schälzky wurde das Verfahren im Januar 1946 eingestellt. Der Hochmeister bemühte sich zunächst um seine Freilassung und um die Zurückziehung der Vorwürfe gegen seine Person. Das Innenministerium beharrte allerdings auf seinem Standpunkt, dass Schälzky weiterhin interniert bleiben soll, mindestens bis die Ermittlung der angeblichen Umstände im Deutschen Orden (vor allem im Krankenhaus in Troppau) abgeschlossen sei.

Die ganze Sache entwickelte sich erst im April 1946 weiter. Ein Vertreter der Apostolischen Internuntiat in Prag besuchte persönlich Außenminister Jan Masaryk und übergab ihm eine Protestnote gegen die Internierung von Hochmeister Schälzky und anderen Mitgliedern des Deutschen Ordens. Die Note war sehr scharf formuliert und wies sogar darauf hin, dass die Internierung von Geistlichen und Ordensleuten zu erprobten Praktiken des nationalsozialistischen Okkupationsregimes gehörte:

„Schon länger als drei Monate sind der hochwürdigste Herr Hochmeister Schälzky, die ehrwürdige Oberin der tschechoslowakischen Provinz, die ehrwürdige Oberin aus Freudenthal und andere Schwestern interniert – ohne jede offizielle Begründung für diese Maßnahme. Die Apostolische Internuntiat schätzt die hohen Behörden dieses Staates zu viel, als dass sie Informationen in so einer wichtigen und delikaten Sache aus der Tagespresse schöpfen würde... Sie verlangt danach, dass die Vergehen der genannten Personen auf dem Amtsweg mitgeteilt und bewiesen werden. Sie verlangt danach auf der Grundlage der demokratischen Prinzipien, die bereits im Kaschauer Regierungsprogramm feierlich erklärt wurden. Die Apostolische

---

<sup>397</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 127.

<sup>398</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 63 – 64.

<sup>399</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 144.

Internuntiaturs ist weit vom Gedanken entfernt, dass sich die hohe Prager Regierung die Manieren einer vormaligen Regierung aneignen würde, die mithilfe der sog. Staatsfeindlichkeit die Verhaftungen von tausenden geistlichen Personen (Priestern und Ordensleuten) begründete.“<sup>400</sup>

Für die Freilassung von Schälzky intervenierte auch Kardinal Theodor Innitzer, und zwar direkt bei der Kanzlei des Staatspräsidenten in Prag. Im Namen von Innitzer schrieb der Generalvikar der Erzdiözese Wien Weihbischof Franz Kamprath einen Brief, in dem er um die Freilassung des festgehaltenen Hochmeisters und um die Bewilligung seiner Ausreise nach Österreich bat. Er übermittelte auch die Überzeugung Innitzers von der persönlichen Integrität des Hochmeisters: „Wie Sr. Eminenz mitgeteilt wurde, liegen gegen Abt Schälzky tatsächlich keine persönlichen Anklagen vor.“<sup>401</sup> Die Kanzlei des Staatspräsidenten wandte sich an die zuständigen Ministerien und informierte umgehend den österreichischen Botschafter in Prag Alois Vollgruber, dass die ganze Sache bald gelöst werden soll.<sup>402</sup>

Ende April 1946 teilten die Dienststelle der Staatssicherheit in Troppau und das Innenministerium mit, dass sie keine Einwände gegen eine freiwillige Aussiedlung Schälzkys hätten, soweit sie vom zuständigen Nationalkomitee genehmigt wird. Aus diesem Grund wurde Hochmeister Schälzky aus der Internierung freigelassen und man erlaubte ihm, in seinen offiziellen Wohnort - nach Freudenthal - zurückzukehren.<sup>403</sup> Das Nationalkomitee in Freudenthal bewilligte die Aussiedlung des Hochmeisters in wenigen Tagen, Schälzky blieb aber noch zwei weitere Monate in der Stadt. Er versuchte, mindestens die nach der Hausdurchsuchung in Troppau beschlagnahmten Hochmeisterinsignien (Ring, Stab, Kette mit Kreuz) und andere Sachen (silbernes Besteck usw.) zurückzubekommen und stellte bei den Behörden den entsprechenden Antrag. Das Finanzministerium in Prag konnte aber diesbezüglich keinen schnellen Beschluss fassen.<sup>404</sup> Der bereits gesundheitlich schwer angeschlagene Hochmeister verließ

---

<sup>400</sup> A MZV, Fond Teritoriální odbory – Vatikán 1945 – 1959, Karton 8.

<sup>401</sup> A KPR, Fond KPR 1919 – 1947, Karton 285.

<sup>402</sup> A KPR, Fond KPR 1919 – 1947, Karton 285.

<sup>403</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 147.

<sup>404</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 163. Das Innenministerium meldete am 14. Juni 1946 der Staatssicherheit in Troppau, dass Hochmeister Schälzky „in der Nacht von zersetzenden Elementen besucht wird. Über verschiedene Kuriere empfängt er mündliche und schriftliche Depeschen, auch er selbst schickt mit ihrer Hilfe seine Nachrichten“. ABS, Fond V 704/19 – Ostrava, 73.

Freudenthal am 24. Juni 1946 um 21.55 Uhr und fuhr auf einem offenem Lastwagen nach Wien.<sup>405</sup>

### **3.3.2 Der Kampf um den Ordensbesitz (1945 – 1947)**

Nach der Aussiedlung des Hochmeisters, der davor zudem sechs Monate lang interniert und daher machtlos war, verfügte der Deutsche Orden über keinen Ordenspriester mehr, der ihn in den laufenden Verhandlungen mit den Staatsbehörden vertreten konnte. Der Provinzvikar P. Stanislav Dostál OT blieb untätig und isoliert in der kleinen Gemeinde Langendorf, der Propst von Troppau P. Lambert Seidl OT entwickelte in diesem Sinn keine Aktivitäten (er hatte diesbezüglich auch keine Vollmacht seitens der Ordens- oder Provinzleitung und darüber hinaus war es lange Zeit nicht klar, ob er nicht – genauso wie der Hochmeister – ausgesiedelt wird). Die restlichen Ordensbrüder verließen die Tschechoslowakei spätestens im Herbst 1946 (s.o.). Die tschechischen Ordensschwwestern kamen als „Nachfolgerinnen“, die den Besitz übernehmen könnten, nicht in Frage: Sie wurden im Gegenteil bedrängt, sich vom Deutschen Orden loszusagen und in eine andere Schwesternkongregation überzutreten.<sup>406</sup> Diese Machtlosigkeit kam in einem für den Orden äußerst ungünstigen Augenblick – in der Zeit, in der der Kampf um den Ordensbesitz bzw. um seine mögliche Konfiszierung gipfelte. Dieser Kampf fing allerdings bereits unmittelbar nach dem Kriegsende an und es handelt sich um eine komplizierte und vielschichtige Geschichte, die bis heute juristisch nicht in allen Details geklärt wurde. Im Folgenden sollen die wichtigsten Entwicklungen, Etappen und Stationen behandelt werden.

#### **3.3.2.1 Der Ordensbesitz unter Nationalverwaltung**

Der Gesamtbesitz des Deutschen Ordens im Sudetenland wurde am 27. Februar 1939 durch die Anordnung des Stillhalterkommissars Albert Hoffmann konfisziert und in den

---

<sup>405</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 164; GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 68.

<sup>406</sup> Diese Aufforderungen der staatlichen Behörden lehnten die Schwestern ab und durch die Umbenennung in „Barmherzige Schwestern der Jungfrau Maria in Jerusalem“ (vom Provinzkapitel beschlossen schon im November 1945, vom Schulministerium im Sommer 1946 genehmigt) schufen sie sogar eine gesetzliche Basis für ihr Weiterbestehen. GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 79 - 81.

ersten Kriegsmonaten unter verschiedene Reichsorganisationen oder –gesellschaften aufgeteilt (ausführlich dazu das Kapitel 2 dieser Arbeit). Nach dem Kriegsende konnte er rein theoretisch restituiert werden: Das Dekret des Staatspräsidenten Nr. 5/1945 „über die Ungültigkeit etlicher eigentumsrechtlicher Handlungen aus der Zeit der Unfreiheit und über die Nationalverwaltung der Eigentumswerte der Deutschen, Ungarn, Verräter und Kollaborateuren und irgendwelcher Organisationen und Anstalten“ vom 19. Mai 1945 erklärte im §1 Eigentumsübertragungen und vermögensrechtliche Handlungen jeder Art, die nach dem 29. September 1938 unter dem Druck der Okkupation oder nationaler, rassistischer oder politischer Verfolgung erfolgt waren, für ungültig.<sup>407</sup>

Diese Auslegung vertrat auch der Hochmeister Schälzky, der sich in diesem Sinn gleich nach dem Kriegsende an die Kanzlei des Staatspräsidenten und an die zuständigen örtlichen Nationalausschüsse wandte (s.o.). Der mährische Landesnationalausschuss (Expositur in Mährisch–Ostrau) eignete sich aber eine grundsätzliche Gegenmeinung an und behandelte den Besitz des Deutschen Ordens nicht als Besitz eines Opfers der nationalsozialistischen Ungerechtigkeit, sondern als ehemaligen Reichsbesitz, der nach dem Wortlaut des gleichen Dekrets des Staatspräsidenten mit einer Nationalverwaltung zu belegen war. Über einige Teile des Besitzes des Deutschen Ordens, der sich im Bereich des mährischen Landesnationalausschusses mit Expositur in Mährisch–Ostrau befand, wurde schließlich durch sein Dekret IX-376 vom 26. Juni 1945 die Nationalverwaltung angeordnet.<sup>408</sup>

Das Dekret Nr. 5/1945 stellte alle Unternehmen (Werke) und alle Vermögensmassen unter Nationalverwaltung, wo die laufende Produktion und das Wirtschaftsleben dies erforderte, insbesondere verlassene Werke, Unternehmen und Vermögensmassen, oder solche, die sich in Besitz, Verwaltung, Miete oder Pacht staatlich unzuverlässiger

---

<sup>407</sup> Mit Zeitabstand zeigte sich, dass der erste Paragraph des Dekretes Nr. 5/1945 eher einen vagen Proklamationscharakter hatte. In der Praxis war die Restitution nach dem Kriegsende viel komplizierter, zum Beispiel protestierte das Landwirtschaftsministerium dagegen, dass sich der Paragraph auf landwirtschaftlichen Besitz beziehen sollte. KUKLÍK, Jan, *Znárodně Československo. Od znárodnění k privatizaci – státní zásahy do vlastnických a dalších majetkových práv v Československu a jinde v Evropě* [Die verstaatlichte Tschechoslowakei. Von der Verstaatlichung bis zur Privatisierung – die staatlichen Eingriffe in die Eigentums- und weiteren Besitzrechte in der Tschechoslowakei und anderswo in Europa], Prag 2010, 142 – 143.

<sup>408</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 3 – 4.

Personen befanden (§3).<sup>409</sup> Im §5 wurde hinzugefügt, dass von den juristischen Personen diejenigen als staatlich unzuverlässig gelten, deren Verwaltung absichtlich und bewusst der deutschen oder ungarischen Kriegsführung, oder faschistischen und nationalsozialistischen Zwecken dienen. Rein juristisch gesehen wurden diese Voraussetzungen für eine Nationalverwaltung im Fall des Deutschordensbesitzes erfüllt: Das erwähnte Dekret des mährischen Landesnationalausschusses berief sich darauf, dass zum Beispiel die Brennerei und die Brauerei in Freudenthal als Teil der SS – Wirtschaftsbetriebe und daher als ein „deutscher Besitz“ dem Zweck der Kriegsführung dienten.<sup>410</sup>

Die Nationalverwaltung im Sinne des Dekrets des Staatspräsidenten Nr. 5/1945 bedeutete eine grundlegende Begrenzung der Eigentumsrechte – sie wurden darauf reduziert, dass die Eigentümer formell ihren Besitz zwar behielten, darüber aber nicht frei verfügen oder ihn auf irgendeine Weise benutzen konnten.<sup>411</sup> Faktisch befanden sich alle Rechte und Kompetenzen in den Händen der Nationalverwalter. Das Dekret ordnete an, dass sie von zuständigen Nationalausschüssen bestellt und schriftlich ernannt werden. Da es sich um ein öffentliches Amt handelte, sollten die Nationalverwalter staatlich zuverlässige und kompetente Fachleute sein, die in der Lage seien, die nationalen, wirtschaftlichen und öffentlichen Interessen zu verfolgen. Das Dekret rechnete damit, dass die Nationalverwaltung in begründeten Fällen wieder aufgehoben werden kann, falls die Gründe für ihre Einführung nicht mehr bestehen. Die tschechoslowakischen Bürger mussten beweisen, dass sie ihren Besitz unter dem Druck

---

<sup>409</sup> Als „staatlich unzuverlässig“ bezeichnete das Dekret (§4): Personen deutscher oder ungarischer Nationalität (für die Zwecke des Dekrets alle Personen, die bei irgendeiner Volkszählung seit dem Jahr 1929 an sich zur deutschen oder ungarischen Nationalität bekannten oder Mitglieder völkischer Gruppen oder Formationen oder politischer Parteien geworden sind, die Personen deutscher oder ungarischer Nationalität zusammenschlossen) und Personen, die eine gegen die Souveränität, Selbständigkeit, Unversehrtheit, demokratisch-republikanische Staatsform, Sicherheit und Verteidigung der Tschechoslowakischen Republik gerichtete Tätigkeit ausgeübt haben, Personen, die zu einer derartigen Tätigkeit aufgewiegelt haben oder andere Personen hierzu zu verleiten versuchten und bewusst in welcher Weise immer die deutschen und ungarischen Besatzungsmächte unterstützt haben. Als solche Personen galten zum Beispiel die Mitglieder der "Flagge" [Vlajka], der Heimwehr [Rodobrana], der Sturmabteilungen der slowakischen Hlinkagarde, die führenden Funktionäre der Vereinigung für Zusammenarbeit mit den Deutschen, der Tschechischen Liga gegen den Bolschewismus, des Kuratoriums für die Erziehung der tschechischen Jugend, der slowakischen Hlinka-Volkspartei, der Hlinkagarde, der Hlinkajugend, der Nationalen Angestellten Fachzentrale, des Verbandes für Land- und Forstwirtschaft, der Deutsch-Slowakischen Gesellschaft und anderer faschistischer Organisationen ähnlichen Charakters.

<sup>410</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 3.

<sup>411</sup> KUKLÍK, Znárodné Československo, 144.

der Okkupation oder nationaler, rassistischer oder politischer Verfolgung verloren hatten. Die Deutschen und die Ungarn, also die zunächst staatlich unzuverlässigen Personen, mussten darüber hinaus glaubwürdig belegen, dass sie nicht nur Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung waren, sondern dass sie auch der demokratischen und republikanischen Staatsidee treu geblieben sind. Der Antrag auf die eventuelle Aufhebung der Nationalverwaltung war laut des Dekrets bei dem gleichen zuständigen Nationalausschuss zu stellen, der die Nationalverwaltung einführte. Die ganze Sache sollte im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens behandelt werden, die höchste Berufungsinstanz wäre in diesem Fall also das Höchste Verwaltungsgericht.<sup>412</sup>

Auf dem Besitz des Deutschen Ordens wurde in den ersten Nachkriegsmonaten die Nationalverwaltung explizit nur teilweise verhängt. Das bereits erwähnte Dekret des mährischen Landesnationalausschusses (Expositur in Mährisch–Ostrau) vom 30. Juni 1945 sprach nämlich namentlich nur von den ehemaligen Forst- und Holzbetrieben des Ordens in den Bezirken Freudenthal und Würbenthal (während des Krieges gehörten sie dem Reichsforstamt). Zum Nationalverwalter wurde „ein Fachmann für Forstindustrie“ Dipl.-Ing. Jaroslav Koukal ernannt. Am 26. Juli wurde die Nationalverwaltung auf den ehemaligen Forstbesitz des Ordens in folgenden Gemeinden ausgeweitet: Langendorf (Bezirk Freudenthal), Friedland, Hubertau, Karlsthal und Hrabín.<sup>413</sup> Am 28. August 1945 schlug das Ordinariat in Olmütz vor, dass dem vom Nationalausschuss ernannten Nationalverwalter ein Vertreter der Erzdiözese beistehen sollte und nominierte den Konsistorialrat Pfarrer Antonín Vysloužil (s.o.). Der Landesnationalausschuss (Expositur in Mährisch–Ostrau) stimmte diesem Vorschlag zu. Die Kirche nominierte auch den Rechtsanwalt, der die juristischen Angelegenheiten übernehmen sollte – es handelte sich um Dr. Josef Sklenář aus Prag, der früher mit dem Olmützer Domkapitel zusammenarbeitete.

---

<sup>412</sup> In der Praxis wurde diese Bestimmung des Dekrets allerdings nur sehr selten realisiert und sie war mit vielen Schwierigkeiten und Unklarheiten verbunden. Das Industrieministerium konstatierte im Dezember 1945, dass die Nationalausschüsse mit Aufhebungen der Nationalverwaltungen zögern. Viele Besitzer, die eine schwere Verfolgung erlitten oder die gegen den Nationalsozialismus in ausländischen Armeen kämpften und jetzt in die Heimat zurückkehrten, konnten laut des Ministeriums nicht verstehen, wieso über ihren Besitz die Nationalverwaltung verhängt wurde. Sehr oft blieben sie ohne Mittel. KUKLÍK, *Znárodněné Československo*, 146 – 147.

<sup>413</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 8.

Unter die Nationalverwaltung wurde durch das Dekret vom 30. Juni 1945 auch der ehemalige Besitz des Deutschen Ordens in den Bezirken Littau, Sternberg und Römerstadt gestellt, der sich aber im Bereich eines anderen Verwaltungsorgans befand, und zwar im Bereich des Landesnationalausschusses mit Sitz in Brünn. Die Motivation für dieses Vorgehen lässt sich aus den Quellen nicht erschließen, möglicherweise beanspruchte der Landesnationalausschuss in Mährisch–Ostrau das Recht, die Nationalverwaltung auch dort einzuführen, weil sich der Hauptsitz des Deutschen Ordens in Freudenthal, also in seinem Kompetenzbereich, befand. Zum Nationalverwalter in den Bezirken Littau, Sternberg und Römerstadt wurde Dipl.-Ing. Jan Jemelka ernannt, dem sich Ende August 1945 als Vertreter des Erzbistums und der Kirche Pfarrer Vysloužil anschloss.<sup>414</sup>

Der Nationalausschuss in Littau stellte allerdings schon am 12. Mai 1945 (also eine Woche vor der Promulgation des entsprechenden Dekrets des Staatspräsidenten) ein Dekret aus, das die Nationalverwaltung für die ehemalige Ordensburg Busau und für den naheliegenden Großgrundbesitz einführte (beide gehörten während des Krieges der Gesellschaft zur Pflege und Förderung deutscher Kulturdenkmäler).<sup>415</sup> Der Nationalausschuss in Sternberg akzeptierte die Nationalverwaltung und informierte, dass sich in seinem Bereich (vor allem in der Gemeinde Langendorf) außer den Förster noch drei Immobilien befinden, die früher dem Deutschen Orden gehörten: die Schule, das Krankenhaus und das Schloss, alle drei in einem guten Zustand.<sup>416</sup> Der Nationalausschuss in Römerstadt protestierte scharf gegen die Nationalverwaltung aus Mährisch–Ostrau und verlangte eine neue und rechtmäßige Nationalverwaltung, die vom Landesnationalausschuss in Brünn ernannt werden sollte und die besser den „volksdemokratischen Prinzipien der tschechoslowakischen Republik“ entsprechen würde. In diesem Sinn wandte sich der Nationalausschuss an das Innenministerium und bat um eine Klärung der Kompetenzen.<sup>417</sup>

---

<sup>414</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 4.

<sup>415</sup> Die Sammlungen und das Burginventar wurden während des Sommers 1945 aus der Nationalverwaltung ausgenommen, weil sie nach der Meinung der Nationalverwalter vor dem Krieg dem tschechoslowakischen Staat gehörten. ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 11.

<sup>416</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 40.

<sup>417</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 38.

Mit dem gewaltsamen Tod von Pfarrer Vysloužil (s.o.) verlor die Kirche ihren Vertreter im Kollegium der Nationalverwalter. Der Olmützer Erzbischof wandte sich am 18. Dezember 1945 an die beiden mährischen Landesnationalausschüsse und bat um Aufhebung jeglicher Nationalverwaltung auf dem ehemaligen Besitz des Deutschen Ordens. Er begründete seinen Auftrag, dass er als Ordinarius die Verwaltung dieses Besitzes zu übernehmen beabsichtige.<sup>418</sup> Der Rechtsanwalt Sklenář suchte persönlich das Schulministerium in Prag auf und wies auf das geltende Gesetz Nr. 50 aus dem Jahr 1874, das dem Kirchenbesitz als einem Zweckbesitz einen besonderen Rechtsschutz seitens des Staates zuerkannte. Das Schulministerium unterstützte die Position von Sklenář und versprach, die zuständigen Nationalausschüsse (Brünn, Mährisch–Ostrau, Freudenthal, Littau, Sternberg und Römerstadt) in dem Sinn zu instruieren, dass der Kirchenbesitz anders als der andere Besitz behandelt werden muss.<sup>419</sup> Das Schulministerium stimmte schließlich dem Vorschlag von Erzbischof Prečan zu, dass die Olmützer Erzdiözese den ehemaligen Deutschordensbesitz selbst verwalten könnte. Sklenář wandte sich einige Tage später auch an das Außenministerium, das sich genauso wie das Schulministerium seiner Rechtsmeinung anschloss.<sup>420</sup> In dieser Zeit (zum Ende 1945) sah sich allerdings der Ordensbesitz bereits einer viel gefährlicheren Bedrohung als „nur“ einer Nationalverwaltung ausgesetzt: Es wurden im Sommer und im Herbst 1945 nämlich neue Dekrete des Staatspräsidenten promulgiert, die direkt von einer Konfiszierung bestimmten Besitzes sprachen.

### 3.3.2.2 Die Frage der Konfiszierung des Ordensbesitzes

Das am 21. Juni 1945 erlassene Dekret Nr. 12/1945 über „die Konfiskation und die beschleunigte Aufteilung des landwirtschaftlichen Eigentums der Deutschen, Ungarn, wie auch der Verräter und Feinde des tschechischen und des slowakischen Volkes“ war das erste Gesetz, durch das Enteignungen in der Rechtsordnung der

---

<sup>418</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 11.

<sup>419</sup> Das Schulministerium forderte später tatsächlich die zuständigen Nationalausschüsse auf, die Nationalverwaltung auf dem Besitz des Deutschen Ordens aufzuheben. Einzig aus Römerstadt kam eine Rückmeldung, und zwar eine negative Antwort: Der Nationalausschuss argumentierte, dass er die Nationalverwaltung nicht aufheben kann, weil er sie nicht einführt (was den Bestimmungen des Dekrets des Staatspräsidenten entsprach). A MZV, Fond Teritoriální odbory – Vatikán 1945 – 1959, Karton 8.

<sup>420</sup> A MZV, Fond Teritoriální odbory – Vatikán 1945 – 1959, Karton 8.

Nachkriegtschechoslowakei angeordnet wurden. Mit sofortiger Wirkung und ohne Anspruch auf Ersatz konfiszierte das Dekret für die Zwecke einer zukünftigen Bodenreform jeglichen landwirtschaftlichen Besitz aller Personen deutscher und ungarischer Nationalität (ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit), aller Verräter und Feinde der Republik (gleichgültig welcher Nationalität und Staatsangehörigkeit), die diese Feindschaft vor allem während der Krise und des Krieges in den Jahren 1938 bis 1945 bekundeten und schließlich auch den landwirtschaftlichen Besitz jener Gesellschaften und Korporationen, deren Leitung vorsätzlich und planmäßig der deutschen Kriegsführung oder faschistischen und nationalsozialistischen Zwecken diente.

Für die praktische Durchführung des Dekrets waren in erster Linie die zuständigen Nationalausschüsse (in der Regel die Bezirksnationalausschüsse) verantwortlich. Sie hatten die Befugnis, den zu konfiszierenden Besitz in ihren Bereichen festzustellen und ihre Besitzer (also Deutsche, Ungarn, Verräter und Feinde) mittels einer öffentlichen Verordnung zu bezeichnen. Falls eine deutsche oder ungarische Person sich am Kampf um die Befreiung der Tschechoslowakei aktiv beteiligt hatte, konnte der zuständige Bezirksnationalausschuss eine Ausnahme aus den Konfiszierungen machen. In Zweifelsfällen galten die Landesnationalausschüsse bzw. das Landwirtschaftsministerium und das Innenministerium als Berufungsinstanz. Die Konfiszierungen unterlagen auch der Kontrolle der Verwaltungsgerichte. Die ersten Konfiszierungen hatten auch eine symbolische Funktion: Sie erstreckten sich auf den Bodenbesitz von Fürst Kinsky in Horaschdowitz (Südböhmen) und auf den Großgrundbesitz des ehemaligen Ministerpräsidenten Rudolf Beran.<sup>421</sup> „Die Durchführung dieser Phase der Bodenreform war radikal-national motiviert und interessant waren auch die propagandistischen Schlagwörter der großen

---

<sup>421</sup> KUKLÍK, Znárodně Československo, 152. Der Familie Kinsky wurden nach 1989 einige Teile ihres früheren Besitzes zurückerstattet. Auch der Politiker der Agrarpartei Rudolf Beran (1.12.1938 – 15.3.1939 Ministerpräsident), dem nach dem Krieg seine angebliche Kollaboration vorgeworfen wurde und der später im Gefängnis verstarb, wurde in der Geschichtsforschung nach 1989 teilweise rehabilitiert.

Demonstrationen und die Pressemitteilungen vom Anfang Juli 1945, die von einer Wiedergutmachung des Weißen Berges sprachen.“<sup>422</sup>

Das Dekret des Staatspräsidenten Nr. 108/1945 „über die Konfiskation des feindlichen Vermögens und die Fonds des nationalen Wiederaufbaus“ vom 25. Oktober 1945 präzisierte und konkretisierte noch einmal die Bestimmungen der früheren Dekrete bezüglich der Konfiszierungen. In §1 wurde der Kreis der Personen, deren Besitz der Konfiszierung unterliegen sollte, konkretisiert und erweitert. Für den Deutschen Orden war vor allem die Bestimmung wichtig, nach der u.a. der Besitz „anderer deutscher oder ungarischer juristischer Personen“ konfisziert werden sollte.<sup>423</sup> Das Dekret rechnete weiter damit, dass die Vorschläge auf Konfiszierungen nicht nur die Bezirksnationalausschüsse, sondern auch die Bürger einbringen dürfen. Während des Konfiszierungsverfahrens sollten die Vorschläge veröffentlicht werden, der zuständige Nationalausschuss sollte Beweise sammeln und ggf. eine kurze Begründung für die Konfiszierung erstellen, die gemeinsam mit dem Konfiszierungsdekret auf dem offiziellen Anschlagbrett amtlich bekannt gemacht sollten. Als Berufungsinstanz (die Berufung musste innerhalb von 15 Tagen eingelegt werden) galt jetzt nur mehr das Innenministerium, weiterhin war es auch möglich, eine Beschwerde beim Obersten Verwaltungsgericht einzureichen.<sup>424</sup>

Im Fall des Deutschen Ordens mischte sich sehr schnell – noch während des Sommers 1945 – das vom kommunistischen Minister Ďuriš (s.o.) geleitete Landwirtschaftsministerium ein. Sein Beauftragter besuchte am 16. August 1945 den Bezirksnationalausschuss in Freudenthal und teilte mit, dass der ehemalige Besitz des Deutschen Ordens in seinem Verwaltungsbereich auf der Grundlage des Dekretes des Staatspräsidenten Nr. 12/1945 konfisziert wurde. Diese Mitteilung des Beauftragten des

---

<sup>422</sup> KUKLÍK, *Znárodně Československo*, 152. Der (kommunistischen) Ideologie und Propaganda bezüglich der Konfiszierung und Neuaufteilung des Bodens wird sich näher das Kapitel 4 dieser Arbeit widmen.

<sup>423</sup> Außerdem sprach das Dekret Nr. 108/1945 zum Beispiel vom Besitz des Deutschen Reiches und des Königreichs Ungarn, der deutschen und ungarischen Personenvereinigungen (die Konfiszierung betraf auch ihr Zweckvermögen), vom Besitz physischer Personen deutscher oder ungarischer Nationalität und vom Besitz derjenigen Personen, die eine gegen die staatliche Souveränität gerichtete Tätigkeit entfalteteten oder die zu einer solchen Tätigkeit aufwiegelten (s.o.).

<sup>424</sup> KUKLÍK, *Znárodně Československo*, 156.

Ministeriums nahm der Nationalausschuss zur Kenntnis.<sup>425</sup> Am 2. Oktober 1945 erfolgte eine weitere Konfiszierung – der Nationalausschuss in Römerstadt konfiszierte gemäß Dekret Nr. 12/1945 des Staatspräsidenten den Besitz des Deutschen Ordens, der sich in seinem Verwaltungsbereich befand. Der landwirtschaftliche Boden sollte parzelliert werden, die Immobilien sollten den Gemeinden bzw. den kleineren örtlichen Nationalausschüssen übergeben werden.<sup>426</sup> Am 19. Januar 1946 informierte der Nationalausschuss in Littau das Innenministerium, dass er auf der Grundlage des Dekretes 12/45 den Boden des Deutschen Ordens bereits im vergangenen Jahr, 1945, konfisziert hatte (ohne genauere Datumsangabe) und dass er in näherer Zukunft mit Hinblick auf das Dekret des Staatspräsidenten Nr. 108/1945 noch das Schloss Busau und die umliegenden Immobilien konfiszieren möchte.<sup>427</sup>

Der Rechtsanwalt der Nationalverwaltung des Besitzes des Deutschen Ordens Josef Sklenář legte gegen alle diese drei Bescheide der Behörden sofort Einspruch ein und trat mit Erzbischof Prečan und mit dem Provinzvikar Dostál in Verbindung.<sup>428</sup> Die Situation war am Anfang des Jahres sehr schwierig: Die Kirche hatte nach dem Tod von Pfarrer Vysloužil keinen eigenen Vertreter in der Nationalverwaltung des Besitzes und es war außerdem völlig unklar, wie lange noch die Nationalverwaltung in dieser Form existieren würde. Darüber hinaus wurde Anfang Januar 1946 Hochmeister Schälzky interniert und von jeglicher Kommunikation abgeschnitten. Den Vorschlag des Provinzvikars Dostál, ihn als Vertreter des Ordens in die Nationalverwaltung zu nominieren, lehnten sowohl Erzbischof Prečan als auch Rechtsanwalt Sklenář ab. Die Behörden handelten eher chaotisch (die Dekrete des Staatspräsidenten wurden nicht alle gleichzeitig promulgiert und es gab sehr lange Zeit keine zentralen

---

<sup>425</sup> ABS, Fond V 704/19 Ostrava, 25. Laut Protokoll (in den vorhandenen Akten befindet sich kein offizielles Konfiszierungsdekret) sollte der Staat kompakte Waldeinheiten in folgenden Katastralgemeinden im politischen Bezirk Freudenthal übernehmen: Buchbergsthal, Würbenthal, Ludwigsthal, Karlowitz, Schreiberseifen, Breitenau, Hirschberg, Messendorf, Niederwildgrub, Langenberg, Engelsberg, Wiedergrün, Dürreseifen, Spillendorf, Altstadt und Klein Mohrau. Darüber hinaus wurden noch restliche kleinere Grundstücke genannt, die im Rahmen der Neubesiedlung aufgeteilt werden sollten.

<sup>426</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 38.

<sup>427</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304-10-3, 12.

<sup>428</sup> ZAO, Fond Němečtí rytíři – konvent Opava, Inv.Nr. 39, Karton 12. Es war in der Praxis nicht einfach, einen Einspruch einzulegen: Man musste die Anschlagbretter der Nationalausschüsse ständig beobachten und falls ein Konfiszierungsdekret ausgehängt wurde, musste eine potentielle Berufung innerhalb von 14 Tagen (s.o.) ausgefertigt und abgeschickt werden. Öfters drang Sklenář auf den Provinzvikar, das Anschlagbrett des Nationalausschusses in Troppau täglich aufmerksam zu lesen.

Durchführungsbestimmungen) und kommunizierten weder mit dem Erzbistum noch mit Sklenář. Das einzige, was Sklenář zunächst in der Hand hatte, war die Stellungnahme des Schulministeriums und des Außenministeriums, die aber für die Nationalausschüsse keine Rechtsverbindlichkeiten besaßen.

In einem Brief an den Provinzvikar Dostál äußerte der Rechtsanwalt Sklenář die Befürchtung, dass die Nationalausschüsse die Uneinigkeit der Behörden bei der Auslegung der Dekrete des Staatspräsidenten ausnutzen werden und dass sie die Sache des Deutschen Ordens auf ein anderes Niveau verschieben, indem sie den Orden zu einem Verräter der Republik erklären. In der Praxis bedeutete ein solches Vergehen, dass das betroffene Subjekt die Berufungsmöglichkeit (bei den höheren Nationalausschüssen) verlor und ihm nur mehr der außerordentliche Weg der Verwaltungsgerichte offen blieb.<sup>429</sup> Dieser Befürchtung genau entsprechend handelte tatsächlich die Bezirksverwaltungscommission des Nationalausschusses in Freudenthal ziemlich schnell. Am 4. Februar 1946 schlug sie vor, den Deutschen Orden zu einem Verräter und Feind der Tschechoslowakischen Republik im Sinne des Dekrets des Staatspräsidenten Nr. 12/1945 zu erklären. Die Begründung lautete folgendermaßen:

1. „Es wurde zweifellos festgestellt, dass die Verwaltung des landwirtschaftlichen und Forstvermögens, welches der Deutsche Ritterorden besitzt, aktiv und absichtlich der deutschen Kriegsführung und den nationalsozialistischen Zwecken diene.
2. Es ist allgemein bekannt, dass die Verwaltung dieses Vermögens immer und grundsätzlich gegenüber dem tschechischen Volk, welches sie mit allen Mitteln gewaltsam zu germanisieren versuchte, feindlich gesinnt war.
3. Es ist eine unumstrittene historische Tatsache, dass der Deutsche Ritterorden ein militärischer Orden war, der rücksichtslos die völlige Ausrottung der baltischen Slawen verursachte und deren Gebiete für das deutsche Volk sicherte.
4. Die gesamte Belegschaft des Ordens war bis 1938 ausschließlich Deutsch und beteiligte sich aktiv an dem Aufbau der faschistischen Partei SdP. Eine Reihe von leitenden Ordensangestellten wurde bereits in der ersten Republik wegen dieser

---

<sup>429</sup> ZAO, Fond Němečtí rytíři – konvent Opava, Inv.Nr. 39, Karton 12.

Tätigkeit untersucht. Für die Zwecke der Germanisierung wandte der Orden bis zum Jahre 1938 jährlich einen Betrag von über CZK 1 000 000 auf.“<sup>430</sup>

Aus diesen Gründen bat die Bezirksverwaltungscommission in Freudenthal den Landesnationalausschuss in Mährisch – Ostrau um eine schnellstmögliche Beurteilung der Genehmigung ihres Vorschlags, damit die Verlautbarung der Konfiszierung des Ordensbesitzes in Angriff genommen werden könnte. Es wurde auch eine kurze Darstellung der Geschichte des Deutschen Ordens beigelegt. Diese Position des Nationalausschusses in Freudenthal unterstützte am 8. Februar 1946 die Besiedlungsabteilung des Bezirksnationalausschusses in Troppau und schloss sich dem Vorschlag und seiner Begründung vorbehaltlos an.

Der mährische Landesnationalausschuss (Expositur Mährisch–Ostrau) veröffentlichte am 9. März 1946 seinen Bescheid: Der Deutsche Orden wurde im Sinne des Dekrets des Staatspräsidenten Nr. 12/1945 als Verräter und Feind der Tschechoslowakischen Republik erklärt, „da die Verwaltung dieses Ordens absichtlich und aktiv der deutschen Kriegsführung und den nationalsozialistischen Zwecken diene.“<sup>431</sup> Die Begründung wurde wortwörtlich aus dem Vorschlag des Nationalausschusses in Freudenthal vom 4. Februar 1946 übernommen. Bei der praktischen Durchführung dieses Bescheids handelten die Behörden eher inkonsequent. Einzig der Nationalausschuss in Freudenthal stellte ein ordentliches Konfiszierungsdekret aus. Der Rechtsanwalt des Ordens Dr. Sklenář legte dagegen sofort Berufung beim Verwaltungsgericht ein. Die Erklärungen hinsichtlich des Deutschen Ordens als Verräter und Feind der Republik wurden aber überhaupt nicht veröffentlicht: Sklenář informierte am 16. April 1946 in einem Brief den Provinzvikar Dostál, dass er von dem Bescheid des Landesnationalausschusses nur aus einer privaten „zuverlässigen Quelle“ gehört habe. Genauso wurden dem Orden die Bescheide der Behörden nicht offiziell zugestellt.<sup>432</sup>

Auf der gesamtstaatlichen Ebene entflammte im Frühjahr 1946 unter den zuständigen Ministerien ein Kampf, der am Anfang dieses Kapitels beschrieben wurde. Aus ihrer Uneinigkeit resultierte eine allgemeine Unsicherheit, ob von den

---

<sup>430</sup> ZAO, Fond KNV Ostrava, sign. 371/87.

<sup>431</sup> ZAO, Fond KNV Ostrava, sign. 371/87.

<sup>432</sup> ZAO, Fond Němečtí rytíři – konvent Opava, Inv.Nr. 39, Karton 12.

Bestimmungen der Dekrete des Staatspräsidenten auch der Kirchenbesitz betroffen sei und die zuständigen Nationalausschüsse verfügten über keine genaueren Vorschriften. Das Schulministerium, in dessen Kompetenz sich die Kirchen befanden, vertrat zunächst die Meinung, dass sich die Dekrete des Staatspräsidenten auf keinen Kirchenbesitz beziehen; später verließ das Ministerium aber diese seine Position. Für die Konfiszierung des „deutschen“ Kirchenbesitzes sprach sich ausdrücklich das Landwirtschaftsministerium aus. Seine Argumentation basierte auf folgender Analogie: Im Fall eines „zivilen“ Bodens wird gemäß der Dekrete des Staatspräsidenten die grundsätzliche Unterscheidung gemacht, ob er einem tschechoslowakischen oder einem deutschen/ungarischen bzw. verräterischen Besitzer gehört – und die gleiche grundsätzliche Unterscheidung soll man im Fall des kirchlichen Bodens durchführen und ggf. die Konfiszierung in die Wege leiten. Es gäbe laut Landwirtschaftsministerium keinen Grund, warum der Kirchenbesitz aus den Regelungen ausgenommen werden sollte.<sup>433</sup>

In der bereits erwähnten diplomatischen Note vom 15. April 1946 protestierte die Apostolische Nuntiatur in Prag gegen die geplante Konfiszierung des Besitzes des Deutschen Ordens. Sie betonte, dass der inkriminierte Besitz aus der Sicht des Kirchenrechts der ganzen Kirche gehört bzw. dass jeglicher Kirchenbesitz unter der höchsten Autorität des Apostolischen Stuhles verwaltet wird (can. 1499 CIC). Diese Regelung habe der tschechoslowakische Staat im Modus vivendi mit dem Vatikan vom 1928 (Artikel 2) akzeptiert und aus diesem Grund sei jeglicher Eingriff in Eigentumsrechte der Kirche unerlaubt. Im Fall des Deutschen Ordens wies die Apostolische Internuntiatur auf sein verdienstliches Wirken in der Zeit der Ersten Republik (karitative Arbeit, Schulwesen, Dienst an Kranken und Armen ohne Rücksicht auf nationale Zugehörigkeit). Während der Okkupation der Tschechoslowakei wäre es laut der Internuntiatur unsinnig, von einer Kollaboration zu reden: Umgekehrt wurden einige Ordenspriester verfolgt oder sogar im KZ umgebracht (P. Heribert Kluger OT), viele Priester erhielten Lehrverbot oder wurden aus dem Sudetengau ausgewiesen und die Schulen des Ordens wurden geschlossen. Außer den juristischen und historischen Gründen fügte die Internuntiatur noch einen psychologischen Grund für die Ablehnung

---

<sup>433</sup> A MZV, Fond Generální sekretariát – Žourek 1945 – 1948 (1952), Karton 1.

des Konfiszierungsdekrets hinzu: Es widerspreche den Interessen des Volkes, dass eine so offensichtliche „Verletzung der Rechte einer Person, die darüber hinaus durch einen internationalen Vertrag garantiert wurden, sicher nicht zu einer freundschaftlichen Entwicklung der internationalen Beziehungen beitragen wird“<sup>434</sup>.

Für die Rechte der Kirche setzte sich energisch das Außenministerium ein, das von Anfang an die Meinung vertrat, dass der Kirchenbesitz von den Dekreten des Staatspräsidenten nicht betroffen werden sei. Das Ministerium argumentierte mit dem Status der Kirche (und ihrer Subjekte) als einer öffentlich-rechtlichen Person: Selbst die kirchlichen juristischen Personen auf den deutschsprachigen Gebieten der Tschechoslowakei übernahmen einige Aufgaben des Staates (Matrikel usw.) und es wäre unsinnig, ihre Strukturen durch Konfiszierungen zu zerstören. Darüber hinaus würde ein solches Vorgehen die Beziehungen mit dem Vatikan schwer verletzen (es ginge um eine Ignorierung des *Modus vivendi*), was die aktuellen Verhandlungen über eine neue Kirchenprovinz in der Slowakei negativ beeinflussen könnte. Die Position des Außenministeriums wurde auch durch das Justizministerium unterstützt: Es sei unmöglich, eine juristische Person für staatsfeindlich zu erklären und im Fall von Kirchenbesitz sei es unsinnig zu behaupten, dass er der deutschen Kriegsführung dienen könnte.<sup>435</sup> Am 24. April 1946 beschloss die tschechoslowakische Regierung nach einer heftigen Diskussion, dass alle Konfiszierungen von Kirchenbesitz eingestellt werden müssen; am 26. April 1946 wurde ein Beschluss genehmigt, der konkret von der Einstellung der Konfiszierung im Fall des Deutschen Ordens sprach (s.o.).<sup>436</sup> In diesem Sinn sollten die zuständigen Nationalausschüsse instruiert werden. Das Landwirtschaftsministerium ignorierte aber die Regierungsbeschlüsse und fuhr mit den Enteignungen fort: Schon im Mai 1946 wurde der Besitz der Zisterzienser in Hohenfurth konfisziert (s.o.).

---

<sup>434</sup> A MZV, Fond Teritoriální odbory – Vatikán 1945 – 1959, Karton 8. Mit einer ähnlichen Protestnote wandte sich auch der Olmützer Erzbischof Dr. Leopold Prečan an die tschechoslowakische Regierung (s.o.).

<sup>435</sup> A MZV, Fond Generální sekretariát – Žourek 1945 – 1948 (1952), Karton 1.

<sup>436</sup> „Die Regierung beschließt auf Vorschlag des Gesundheitsministers, dass das Konfiskationsvorgehen gegen den Deutschen Ritterorden sofort eingestellt wird. Der Landwirtschaftsminister wird einen Bericht auch über diesen Fall anfertigen, damit die Regierung endgültig entscheiden könnte.“ NAČR, Fond ÚV KSČ – Klement Gottwald, Karton 140.

Am 30. August 1946 wurde eine erste große Konfiszierung des Besitzes des Deutschen Ordens durchgeführt. Auf Initiative des Landwirtschaftsministeriums fand am Sitz der Nationalverwaltung des Deutschordensbesitzes in Karlsthal ein Treffen statt, nach dem die Übergabe des entsprechenden Besitzes offiziell protokolliert und in das Grundbuch eingetragen werden sollte. Neben den Beamten der beteiligten Ministerien (Außen-, Schul- und Landwirtschaftsministerium) und der zuständigen Nationalausschüsse wurden auch die Vertreter des Ordens und der Erzdiözese eingeladen – der Rechtsanwalt Josef Sklenář und der neue Nationalverwalter Kaplan Jindřich Stuchlík (s.u.). Der Provinzvikar P. Stanislav Dostál nahm am Treffen nicht teil, schickte aber ein Telegramm, das vorgelesen wurde.<sup>437</sup> Anwesend waren auch die Vertreter des Staatsunternehmens „Staatliche Wälder und Güter“, das als ein Betrieb des Landwirtschaftsministeriums den konfiszierten Besitz übernehmen sollte. Der Leiter der IX. Abteilung des Landwirtschaftsministeriums Dr. Jan Švec teilte den Anwesenden mit, dass auf der Grundlage des Dekrets des Staatspräsidenten Nr. 12/1945 und der Entscheidung des Landesnationalausschusses (Expositur Mährisch–Ostrau) vom 9. März 1946 (Erklärung des Deutschen Ordens als Feind und Verräter der Tschechoslowakischen Republik) wesentliche Teile des Deutschordensbesitzes, die bisher der Nationalverwaltung unterlagen, von den Staatlichen Wäldern und Gütern übernommen werden.<sup>438</sup> Es handelte sich um folgenden Boden<sup>439</sup>:

Verwaltungseinheit	Fläche
Würbenthal (Bezirk Freudenthal)	2.658.1548 ha
Karlsthal (Bezirk Freudenthal)	2.271.3021 ha
Wiedergrün (Bezirk Freudenthal)	3.011.7158 ha
Freudenthal	2.947.0241 ha
Friedland (Bezirk Römerstadt)	6.616.2211 ha

<sup>437</sup> „Als vom Hochmeister ernannter Prior der Tschechischen Provinz des Ordens protestiere ich gegen die Verstaatlichung des Eigentums und gegen seine Übergabe an wen auch immer.“ ABS Fond V 704/20 Ostrava, 108.

<sup>438</sup> ABS Fond V 704/20 Ostrava, 102.

<sup>439</sup> ABS Fond V 704/20 Ostrava, 102 – 104. Es ging um Wälder, Felder, Wiesen, Gärten, Weiden, bebaute Flächen und um „anderen Boden“.

Langendorf (Bezirk Sternberg)	1.815.6725 ha
Hrabin (Bezirk Troppau)	1.248.416 ha
	Insgesamt: 16.468.23 ha

Außerdem wurden auch einige Betriebe konfisziert bzw. übernommen: die Sägewerke in Freudenthal und in Langendorf, die Basaltgruben in Friedland und die Touristenherbergen Ovčárna und Barborka im Altvatergebirge. Ein gewisser Teil des ehemaligen Besitzes des Deutschen Ordens wurde nicht übernommen und unterlag also weiterhin der bestehenden Nationalverwaltung: der restliche landwirtschaftliche Boden (19.9057 ha), die Holzindustrie in Karlsthal und Ludwigsthal, der Kurort Karlsbrunn, die Burg Eulenburg, das Schloss in Langendorf und einige Gebäude (Pfarrhäuser, Schulen, Krankenhäuser und Altenheime).<sup>440</sup>

Gegen den ganzen Vorgang protestierte der Vertreter der Olmützer Erzdiözese Stuchlík, der folgende Stellungnahme protokollieren ließ: „Nachdrücklich protestiere ich gegen diesen Akt der Übernahme, ich halte ihn für rechtlos und gesetzwidrig – aus dem Grund, dass der Besitz des Deutschen Ordens einen kirchlichen Besitz darstellt und daher keinem Konfiszierungsdekret unterliegt<sup>441</sup>“. Der Rechtsanwalt Sklenář verlangte eine sofortige Einstellung des Übergabevorgangs, mindestens bis die Regierung eine verbindliche Entscheidung treffen wird. Für die Ungültigkeit des Vorgangs führte er mehrere Gründe an: Erstens wurde dem Orden weder die Entscheidung des Landesnationalausschusses noch irgendeine Entscheidung über die Übernahme seines Besitzes zugestellt und gegen diejenigen Bescheide, die ihm zugestellt worden waren, legte der Orden Berufung ein. Zweitens ordnete selbst die tschechoslowakische Regierung an, alle Konfiszierungen von Kirchenbesitz einzustellen. Drittens habe die ganze Sache auch eine internationale Dimension, da der Deutschordensbesitz als Besitz eines geistlichen Instituts rechtlich auch den Verfügungen des Apostolischen Stuhles unterliegt.<sup>442</sup> Gegen das Vorgehen des Landwirtschaftsministeriums protestierte auch der anwesende Vertreter des Schulministeriums Dr. Karel Čermák. Er fügte hinzu, dass

<sup>440</sup> ABS Fond V 704/20 Ostrava, 104 – 105.

<sup>441</sup> ABS Fond V 704/20 Ostrava, 107.

<sup>442</sup> ABS Fond V 704/20 Ostrava, 108.

die bisherige Nationalverwaltung gut funktioniert und dass es deswegen keinen Grund gibt, vor einer definitiven Entscheidung der Regierung irgendeine Änderung vorzunehmen.<sup>443</sup>

Der Vertreter des Landwirtschaftsministeriums verwahrte sich gegen die geäußerten Einwände und betonte, dass die Konfiszierung genau nach den Bestimmungen des Dekrets des Staatspräsidenten Nr. 12/1945 und gemäß der üblichen Praxis verlief. Das Ministerium habe nur die unbezweifelbaren Entscheidungen der Nationalausschüsse, die rechtmäßig erwogen, beschlossen und danach veröffentlicht wurden, verwirklicht. Schließlich behauptete er, dass ihm die erwähnten Beschlüsse der Regierung über die sofortige Einstellung jeglicher Konfiszierung von Kirchenbesitz unbekannt seien. Deshalb erklärte er die Übergabe des im Protokoll verzeichneten Besitzes des Deutschen Ordens an die Staatlichen Wälder und Güter für abgeschlossen.<sup>444</sup> Somit wurde die Konfiszierung zwar faktisch durchgeführt (einige hohen Posten in der Verwaltung wurden durch Angestellte des Staatsunternehmens besetzt und die Übernahme sollte ins Grundbuch eingetragen werden) und beendet, es blieben aber viele rechtlichen Fragen offen und die Zukunft des Besitzes blieb ungewiss. Die Kirche und der Orden, sowie das Schul- und Außenministerium anerkannten die geschehene Übertragung nicht und planten weitere Schritte, um sie rückgängig zu machen.

### **3.3.2.3 Pfarrer Stuchlík als Nationalverwalter des Ordensbesitzes**

Die Olmützer Erzdiözese ernannte ungefähr in dieser Zeit – konkret am 10. August 1946<sup>445</sup> einen neuen Nationalverwalter (Vertreter der Kirche in der Nationalverwaltung) des ehemaligen Deutschordensbesitzes: Zum Nachfolger von Pfarrer Vysloužil wurde der Diözesanpriester und Kaplan in Troppau Jindřich Stuchlík bestimmt. Seine Person war für die Geschichte des Deutschen Ordens in der Tschechoslowakei nach 1945 wichtig und prägend – auf gewisse Weise verkörperte er sogar sein Schicksal und nach dem Tod von

---

<sup>443</sup> ABS Fond V 704/20 Ostrava, 108.

<sup>444</sup> ABS Fond V 704/20 Ostrava, 109.

<sup>445</sup> ABS, Fond V 704/21 Ostrava, 334.

P. Lambert Seidl OT (1964) stellte er auch den einzigen männlichen Vertreter des Ordens auf diesem alten und traditionsreichen Gebiet dar.

Jindřich Stuchlík wurde am 22. August 1913 in Štěpánkovice (Schepankowitz, Bezirk Huitschin) geboren. Sein Vater war ein Maurer und arbeitete meistens in Deutschland. 1937 wurde er aber von der Gestapo festgenommen und später aus dem Land ausgewiesen. Nach der Grundschule in seinem Heimatdorf besuchte Stuchlík das Gymnasium in Hultschin und später in Troppau. Gleich nach dem Abitur trat er 1934 in das erzbischöfliche Priesterseminar in Olmütz ein, das letzte Jahr seiner Ausbildung verbrachte er in Weidenau, wo er auch 1939 zum Priester geweiht wurde.<sup>446</sup> Als Kaplan wirkte er bis 1945 in Jaktar (Jaktář, heute ein Bezirk der Stadt Troppau).<sup>447</sup> Nach dem Kriegsende wurde er nach Troppau versetzt, wo er nicht nur als Priester wirkte, sondern auch als Vertreter der Volkspartei in den mährischen Landesnationalausschuss (Expositur Mährisch–Ostrau) kooptiert wurde. Als Leiter des Kirchenreferates des Nationalausschusses bemühte er sich, den deutschsprachigen Priestern zu helfen. In manchen Fällen intervenierte er für ihre Entlassung aus den Internierungslagern, öfters versuchte er auch, die Bedingungen bei ihrer Vertreibung zu mildern. Genauso interessierte er sich für die Situation der deutschsprachigen Pfarreien und verteidigte das Recht der deutschsprachigen Gläubigen, die Sakramente in ihrer Muttersprache zu feiern und zu empfangen.<sup>448</sup>

In Troppau lernte Stuchlík den Hochmeister Schälzky kennen, später half er ihm bei der Erledigung der Dokumente für seine Aussiedlung nach Österreich; schriftlich kommunizierte er gelegentlich auch mit dem Rechtsanwalt Sklenář. Im August 1946 wurde er vom Nationalverwalter des Deutschordensbesitzes Koukal angesprochen, ob er sich als eine eingeweihte Person in der Nationalverwaltung engagieren würde.

---

<sup>446</sup> In Weidenau befand sich seit 1899 das Priesterseminar für den österreichischen Teil der Erzdiözese Breslau. 1938 übersiedelten einige Priesteramtskandidaten aus Olmütz dorthin.

<sup>447</sup> Als junger Kaplan übernahm Stuchlík Religionsunterricht auf der Jaktarer Grundschule. Trotz Verbot unterrichtete er dort auch auf Tschechisch. Er wurde später angezeigt und vor die Gestapo wollte ihn aufgrund „Verachtung der deutschen Behörden“ ins Arbeitslager schicken. Nach der Intervention der Eltern der Schüler erhielt er nur Lehrverbot. Gespräch mit Sr. Slavomíra Měříčková OP am 15.6.2017 in Prag.

<sup>448</sup> ABS, Fond V 704/10 Ostrava, 30; 15 – 17. Von Anfang an war Stuchlík laut seiner Aussage mit Erzbischof Prečan und dem Olmützer Weihbischof Dr. Stanislav Zela ständig im Kontakt. Weihbischof Zela vertrat bei dieser Agenda immer öfter den Erzbischof, der 80 Jahre alt war und bereits an schwerer Krankheit litt (er verstarb am 2. März 1947).

Gemeinsam besuchten sie Erzbischof Prečan in Olmütz, der Stuchlík offiziell zum Vertreter der Kirche in der Nationalverwaltung des Besitzes des Deutschen Ordens ernannte (s.o.). Stuchlík wirkte in dieser Position sehr aktiv und energisch: Noch im August 1946 besuchte er Prag, wo er mit dem Vizeministerpräsident Msgr. Jan Šrámek aus der Volkspartei über die ganze Problematik diskutierte, wobei ihm der Minister versprach, sich diesbezüglich zu engagieren.<sup>449</sup> Über die aktuelle Lage informierte er auch den Internuntius Ritter und die zuständigen Beamten des Außenministeriums. Das Hauptziel, für das er Unterstützung suchte, war die Verhinderung der drohenden definitiven Konfiszierung des Besitzes.<sup>450</sup>

Nach den verschiedenen Beratungen wurden drei mögliche Strategien für die Verhandlungen in der Regierung formuliert. Die erste Möglichkeit, die schon früher von Erzbischof Prečan angesprochen wurde (s.o.), war die Übertragung des Besitzes des Deutschen Ordens auf die Erzdiözese Olmütz. Für diese Lösung besorgte das Außenministerium eine inoffizielle „Toleranz“ des Vatikans. Im Sommer 1946 besuchte der tschechoslowakische Botschafter beim Apostolischen Stuhl Dr. Arthur Maixner den Sekretär der Kurialabteilung für Außerordentliche Kirchliche Angelegenheiten und Stellvertreter des Staatssekretärs Msgr. Domenico Tardini. Tardini habe dem Botschafter mitgeteilt, dass der Vatikan gegen die Konfiszierungen des Besitzes des Deutschen Ordens protestieren müsse. „Wir geben aber zu, dass in der neuen Republik dieser Orden in seiner Konsistenz seine Sendung nicht verwirklichen können wird. Um die Situation zu erleichtern, sind wir bereit, eine gütliche Lösung dieses Falles zu akzeptieren. Wir werden verlangen, dass der Besitz dem Olmützer Erzbischof zur weiteren Verfügung übergeben werden sollte.“<sup>451</sup> Es wurden aber keine weiteren Schritte seitens der Kirche in diese Richtung unternommen.

Die zweite Option, die nur theoretisch erwogen wurde, war die Idee der Gründung eines neuen „schlesischen“ Bistums in Nordmähren, für das der Besitz des

---

<sup>449</sup> Msgr. Šrámek trat bei der Regierungssitzung am 12. November 1946, während der die Frage der Konfiszierung des Deutschordensbesitzes heftig diskutiert wurde, tatsächlich für den Orden ein (s.o.).

<sup>450</sup> ABS, Fond V 704/10 Ostrava, 20 – 21.

<sup>451</sup> Der Botschafter erwiderte, dass er zwar Nachrichten aus der Tschechoslowakei habe, die von einer erfolgten Konfiszierung des Besitzes des Deutschen Ordens berichten; die Regierung sei aber zu weiteren Verhandlungen mit dem Vatikan bereit und man sollte eine zufriedenstellende Lösung für beide Seiten finden. A MZV, Fond Generální sekretariát – Žourek 1945 – 1948 (1952), Karton 1.

Deutschen Ordens eine wichtige materielle Grundlage gewesen wäre. Diese Idee wurde vom Außenministerium bei einer Regierungssitzung im September 1946 einmal kurz erwähnt<sup>452</sup>, tauchte aber weiter nicht mehr auf - laut Stuchlík aus dem Grund, dass es um einen viel zu langwierigen und vor allem unsicheren Prozess ginge.<sup>453</sup> Mit Unterstützung des Schulministeriums arbeitete Stuchlík an einem weiteren Lösungsvorschlag, der den Besitz für die Kirche bzw. für den Orden retten könnte, nämlich an Gründung einer neuen „slawischen“ Brüderprovinz des Deutschen Ordens in der Tschechoslowakei. Stuchlík meinte, dass eine Ordensprovinz mit ausschließlich tschechischen oder slawischen Mitgliedern für den Staat akzeptabel sein könnte und eine solche Provinz wäre auch keine „deutsche“ juristische Person mehr, was einer der Einwände gegen den Orden war. Stuchlík trat mit der Provinzoberin Witková in Verbindung, die ihm ein telefonisches Gespräch mit Hochmeister Schälzky vermittelte. Mit Hilfe des Außenministeriums erhielt er nach einer langen Anstrengung, die mehrere Monate dauerte, das österreichische Visum und die Ausreisebewilligung des tschechoslowakischen Innenministeriums, damit er den Hochmeister besuchen konnte.

Am 17. Juli 1947 wurde Stuchlík vom Hochmeister Schälzky in Wien empfangen, bei der Besprechung war auch der Generalrat P. Marian Tumler anwesend. Stuchlík berichtete über die Lage des Ordens in der Tschechoslowakei, über die der Hochmeister nur teilweise (über die tschechoslowakischen Schwestern) informiert war. „Als dringend nötig empfahl Stuchlík die Entsendung von zwei Brüdern aus Laibach nach Schlesien und die Bevollmächtigung des Hochwürdigsten Herrn Erzbischofs von Olmütz, Dr. Stanislaus Zela, Schritte bei der Regierung betreffend die Beschlagnahme des Ordensvermögens zu unternehmen. Der Hochwürdigste Herr Hochmeister stellte diese Bevollmächtigung sofort aus und wandte sich umgehend an das Priorat Laibach um Überlassung von zwei

---

<sup>452</sup> Das Außenministerium wies darauf hin, dass ein neues Bistum in Schlesien ein Wunsch des zuständigen Landesnationalausschusses in Mährisch-Ostrau sei. A MZV, Fond Teritoriální odbory – Vatikán 1945 – 1959, Karton 8. In der Tat entsprach die Staatsgrenze den kirchlichen Verwaltungsgrenzen nicht mehr und auf dem Gebiet der Tschechoslowakei befand sich ein Teil des Erzbistums Breslau. Dieser wurde 1947 als Apostolische Administratur mit Sitz in Teschen (Český Těšín) direkt dem Hl. Stuhl unterstellt. 1977 wurde sie aufgehoben und in die Olmützer Erzdiözese eingegliedert, 1996 errichtete Papst Johannes Paul II. durch die Bulle *Ad Christifidelium spirituali* in Mährisch - Schlesien das selbstständige Bistum Ostrau – Troppau.

<sup>453</sup> ABS, Fond V 704/10 Ostrava, 21.

Ordenspriestern.“<sup>454</sup> Am Ende der Besprechung bat Stuchlík um Aufnahme unter die Familiaren des Ordens, weil er als Familiare für den Orden leichter wirken könne und weil die Aufnahme eines Tschechen einen guten Eindruck machen würde. Der Hochmeister beriet sich kurz mit P. Tumler und beschloss sofort diese Aufnahme, was von seinem großen Vertrauen zu Stuchlík zeugt.

Nach seiner Rückkehr wandte sich Stuchlík gemeinsam mit dem Provinzvikar Dostál an das Priorat der jugoslawischen Provinz in Laibach und Ende August 1947 erhielten sie die Antwort, dass vier Priester und zwei Kleriker aus Slowenien bereit wären, in die neue Provinz zu kommen.<sup>455</sup> Stuchlík besorgte für sie die Bestätigung des Ordinariats, dass sie in der Seelsorge arbeiten dürfen. Das ganze Projekt scheiterte aber am Nationalausschuss in Troppau, der es ablehnte, den slowenischen Priestern die Aufenthaltsbewilligung auszustellen. Anfang 1948 wurde Stuchlík in die südmährische Stadt Gaya versetzt und er stellte alle seine Aktivitäten bezüglich des Deutschen Ordens ein.

#### **3.3.2.4 Der Orden kurz vor der kommunistischen Machtübernahme**

In der zweiten Hälfte des Jahres 1947 kamen die Verhandlungen über den Besitz des Deutschen Ordens zum Erliegen. Es gab zwar mehrere ausdrückliche Beschlüsse der tschechoslowakischen Regierung, dass der Konfiszierungsvorgang eingestellt werden sollte, die aber von dem Landwirtschaftsministerium und von den Nationalausschüssen ignoriert wurden. Den Vertretern des Ordens und der Nationalverwaltung stand keine übergeordnete Berufungsinstanz zur Verfügung und sie blieben vollkommen hilflos. Die ausweglose Lage des Ordens korrespondierte mit der Rechtlosigkeit, die in der Tschechoslowakei schon in der Zeit vor der kommunistischen Übernahme herrschte (s.o.).

Das Kommando der Staatssicherheit in Troppau konnte die Ermittlungen gegen die Deutschordensschwwestern, die schon fast zwei Jahre dauerten, nicht abschließen. Schon Ende Januar 1947 berichtete ihr Leiter Dr. Bahenský über die angebliche

---

<sup>454</sup> DOZA, Generalratsprotokoll Nr. 102 vom 17.7.1946, sign. 349/175. Weihbischof Zela war nicht Erzbischof von Olmütz, sondern leitete in dieser Zeit die vakante Diözese als Kapitelvikar.

<sup>455</sup> ABS, Fond V 704/10 Ostrava, 24.

Empörung der Troppauer Bevölkerung, die angeblich nicht verstehen könne, wieso das Innenministerium keine Maßnahmen gegen das Mutterhaus der Deutschordensschwester ergriff. Er äußerte seinen Verdacht, dass der Orden in Prag „geheime Agenten“ habe, die für ihn bei den höchsten Posten eintreten.<sup>456</sup> Die Staatssicherheit in Troppau ermittelte allerdings weiter, vor allem wegen des angeblichen Schmuggelns von Kostbarkeiten ins Ausland aus der Zeit unmittelbar nach dem Krieg. Dazu kam aber noch ein neuer Verdacht, dass eine Ordensschwester (Sr. Anděla Böhmová) das Schmuggeln von einer goldenen Monstranz nach Bayern nicht verhindert habe.

Das Innenministerium informierte am 6. März 1947 den Landesnationalausschuss in Mährisch–Ostrau über seine Feststellung aus letzter Zeit, „dass weibliche Angehörige des Deutschen Ordens auf unserem Gebiet, die tschechischer Abstammung sind, d.h. tschechische Namen haben, aber Deutsche sind – sie stammen aus dem Hultschiner Ländchen – nichts Gemeinsames mit dem Tschechentum haben und weiterhin deutscher Gesinnung sind, von deutschen Priestern und weiblichen Ordensangehörigen im Ausland beeinflusst werden... Ihre Einstellung gegenüber der Staatsautorität ist unaufrichtig, und in keinem Fall kann man sie als staatlich zuverlässig ansehen.“<sup>457</sup> Die Behörden versuchten aus diesem Grund, die Deutschordensschwester aus dem Grenzgebiet von Troppau zu entfernen, bzw. sie in das Landesinnere zu versetzen. In diesem Sinn wurde im Januar 1948 auch das Konsistorium in Olmütz angesprochen<sup>458</sup>, der Plan wurde aber während der allgemeinen Verwirrung nach der kommunistischen Machtübernahme (25. Februar 1948) nicht verwirklicht. Nachher wurden die Deutschordensschwester von den Staatsbehörden zwei Jahre lang nur wenig wahrgenommen – die repressiven Maßnahmen begannen wieder am Anfang des Jahres 1950 (diesem Thema wird sich das Kapitel 4 dieser Arbeit ausführlich widmen).

Als eine große Überraschung in dieser düsteren Zeit kurz vor dem Anfang der kommunistischen Diktatur könnte das plötzliche und überraschende Verdikt des

---

<sup>456</sup> ABS, Fond V 704/21 Ostrava, 333. Konkret wurde nur auf einen Mann namens František Beneš hingewiesen, den Bruder einer Ordensschwester in Troppau. Für den Verdacht genügte, dass er in Prag wohnte und somit laut der Troppauer Staatssicherheit Einfluss auf die Ministerien haben konnte.

<sup>457</sup> GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 82.

<sup>458</sup> GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 82 – 84.

Obersten Verwaltungsgerichtes Nr. 690/46 bezeichnet werden, das am 2. Februar 1948 gefällt wurde.<sup>459</sup> Das Oberste Gericht unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Koschina nahm die Beschwerde des Deutschen Ordens gegen die Verfügung des Landwirtschaftsministeriums über die Übernahme des landwirtschaftlichen Eigentums vom 30. August 1946 (s.o.) an und hob die vom Rechtsanwalt Dr. Josef Sklenář angefochtenen Entscheidungen des Landwirtschaftsministeriums auf. Das Gericht beschäftigte sich nicht damit, ob der Deutsche Orden tatsächlich ein Feind und Verräter der tschechoslowakischen Republik sei, sondern konzentrierte sich ausschließlich auf den Verlauf der Konfiszierungsverfahren, vor allem auf der Ebene der Nationalausschüsse.

Hier konstatierte das Oberste Verwaltungsgericht schwere Verfehlungen seitens der Behörden. Der Gerichtssenat wies darauf hin, dass jede Entscheidung einer politischen Verwaltungsbehörde (darunter auch die Nationalausschüsse) im Verfahren gemäß der Regierungsverordnung Nr. 8/1928 durchgeführt werden müsse. Diese Verordnung rechnet damit, dass eine rechtzeitig eingelegte Berufung, falls nicht anders festgelegt, eine aufschiebende Wirkung hat – das heißt also, dass die Durchführung einer Konfiszierung nicht in Angriff genommen werden kann, solange die gegebene Entscheidung nicht rechtskräftig ist. Das Gericht überprüfte daher, ob zu dem Zeitpunkt, als das Landwirtschaftsministerium die angefochtene Verfügung ausstellte, bereits eine rechtskräftige Entscheidung über die Konfiszierung des landwirtschaftlichen Ordenseigentums existierte.

Laut dem Gericht existierte eine solche rechtskräftige Entscheidung eben nicht. Die Erklärung des Deutschen Ordens als Feind und Verräter der Republik durch den Landesnationalausschuss in Mährisch–Ostrau) vom 9. März 1946 wurde nämlich dem Orden nicht zugestellt (was der Landesnationalausschuss selbst zugab), obwohl er gegen die Entscheidungen der ersten Instanzen (die Nationalausschüsse in Freudenthal und Troppau) Berufung einlegte und somit als ordentliche Partei in diesem Verfahren betrachtet werden sollte. Weiter kritisierte das Oberste Verwaltungsgericht die Konfiszierungsdekrete, die die Nationalausschüsse in Freudenthal und Troppau auf der

---

<sup>459</sup> NA ČR, Fond 470 - Nejvyšší správní soud 1918 – 1951. Das Gerichtsurteil wurde noch einmal am 18. Dezember 1948, also bereits nach der kommunistischen Machtübernahme, bestätigt.

Grundlage der oben erwähnten Erklärung des Landesnationalausschusses ausstellten. Laut der Meinung des Gerichtes waren sie aufgrund der unerledigten Berufung des Ordens weder rechtskräftig noch durchführbar (darüber hinaus enthielten sie keine Rechtsmittelbelehrung) und das Landwirtschaftsministerium hatte daher keine Befugnis, mit den Enteignungsmaßnahmen anzufangen und die Konfiszierung des Ordensbesitzes in Angriff zu nehmen.<sup>460</sup>

Dieses Verdikt hatte aber aus mehreren Gründen in der Praxis keine Konsequenzen. Bereits in der Zeit der Dritten Republik hatte das Oberste Verwaltungsgericht den Ruf eines Außenseiters<sup>461</sup>: Es gab langwierige Probleme mit seiner Besetzung (in der Zeit der Okkupation war es personell schwer beeinträchtigt) und es wurde in Verbindung mit der Person seines ersten Vorsitzenden Dr. Emil Hácha wahrgenommen, der 1939 bis 1945 im Protektorat Böhmen und Mähren Staatspräsident gewesen war und nach dem Krieg als ein Kollaborateur beschuldigt wurde. Außerdem wurde dem Verwaltungsgericht vorgeworfen, dass es sich in vielen Streitigkeiten auf die Seite der Sudetendeutschen gestellt habe.<sup>462</sup> Zweitens ignorierte das aufkommende totalitäre Regime fast alle Prinzipien eines Rechtsstaates und die Entscheidungen dieses Gerichtes waren den kommunistischen Behörden im Grunde vollkommen gleichgültig. (1952 wurde das Oberste Verwaltungsgericht im Zug der stalinistischen Justizreform ohnehin aufgelöst). Schließlich wurde diese Entscheidung dem Orden nicht zugestellt – seine Vertreter waren kurz nach 1948 entweder tot oder saßen im Gefängnis.

---

<sup>460</sup> NA ČR, Fond 470 - Nejvyšší správní soud 1918 – 1951.

<sup>461</sup> SABEVOVÁ, Karolína, Nejvyšší správní soud ČSR – vznik a vývoj [Das Oberste Verwaltungsgericht der CSR – Entstehung und Entwicklung], Diplomarbeit, Juristische Fakultät der Karlsuniversität in Prag, 2011, 36.

<sup>462</sup> Die Person von Dr. Emil Hácha wurde erst nach 1989 teilweise rehabilitiert. Während sein Wirken als Staatspräsident während des Protektorats immer noch umstritten ist, wurden seine Verdienste für das tschechoslowakische Gerichtswesen anerkannt.

## 4. Der Deutsche Orden und der Kommunismus

### 4.1 Die katholische Kirche in der Tschechoslowakei nach 1948

Die kommunistische Machtübernahme am 25. Februar 1948<sup>463</sup> bedeutete selbstverständlich unter anderem auch eine radikale Wende in den Beziehungen des tschechoslowakischen Staates und der katholischen Kirche, die spätestens am Anfang der 50er Jahre in eine offene Verfolgung seitens der Diktatur mündeten. Die ganze Thematik wurde in der tschechischen Geschichtsschreibung nach dem Jahr 1989 breit erforscht<sup>464</sup>, für die Zwecke dieser Arbeit genügt ein kursorischer Überblick.

Auf der einen Seite stand die Kirche, die sich in der Zeit des Krieges ein ziemlich hohes moralisches Ansehen erwarb und für deren offizielle Lehre der „atheistische Kommunismus“ ein teuflisches und unmenschliches System darstellte.<sup>465</sup> Trotz der Vertreibung der deutschen (überwiegend katholischen) Bevölkerung besaß die Kirche – mindestens hypothetisch – weiterhin einen großen Einfluss in der Gesellschaft: Bei der Volkszählung im Jahr 1950 (also bereits in der Zeit der laufenden massiven antikatholischen Propaganda) meldeten sich 76,3 Prozent der Bevölkerung zum

---

<sup>463</sup> Zur Entwicklung vor Februar 1948 und zum Ablauf der Machtübernahme durch die kommunistische Partei vgl. KAPLAN, Der kurze Marsch, 201 – 249; KAPLAN, Karel, Pět kapitol o únoru [Fünf Kapitel über Februar], Brunn 1997. Die Streitigkeiten in der Nationalfront und in der Regierung haben sich im Zusammenhang mit der geplanten „großen“ Bodenreform und mit dem Konflikt um den Sicherheitsdienst am Anfang des Jahres 1948 zugespitzt. Am 20. Februar reichten acht Minister aus drei nichtkommunistischen Parteien ihre Demission ein, höchstwahrscheinlich in der Hoffnung auf eine politische bzw. verfassungsrechtliche Lösung der ganzen Krise. Die Kommunisten, von der mächtigen Gewerkschaft unterstützt, riefen ihre bewaffneten Anhänger (die sog. Volksmilizen) in die Hauptstadt und der – in dieser Zeit bereits schwer kranke – Staatspräsident ersetzte schließlich am 25. Februar die demokratischen Minister durch kommunistische Kandidaten. In der tschechischen Geschichtsschreibung diskutiert man heftig, welche Hauptgründe für den glatten Verlauf der kommunistischen Machtübernahme entscheidend waren: Es werden meistens Einfluss und Druck seitens der Sowjetunion (es gibt Belege für Interventionen des sowjetischen Botschafters), die Unfähigkeit der demokratischen Parteien oder die schlechte Politik und gewisse Ratlosigkeit des alten Staatspräsidenten erwähnt.

<sup>464</sup> Im Folgenden stütze ich mich v.a. auf: BALÍK, Stanislav/HANUŠ, Jiří, Katolická církev v Československu 1945 – 1989 [Die katholische Kirche in der Tschechoslowakei 1945 - 1989], Brunn 2013; FIALA, Petr/HANUŠ, Jiří (Hgg.), Katolická církev a totalitarismus v českých zemích [Die katholische Kirche und der Totalitarismus in den böhmischen Ländern], Brunn 2001; HANUŠ, Tradice českého katolicismu ve 20. století; KAPLAN, Staat und Kirche in der Tschechoslowakei 1948 – 1953.

<sup>465</sup> Papst Pius XI. bezeichnete in seiner Enzyklika *Divini redemptoris* vom 19.3.1937 den Kommunismus als „ein System voll von Irrtum und Trugschlüssen, das ebenso der gesunden Vernunft wie der göttlichen Offenbarung widerspricht.“ (Nr. 14). Es bleibt natürlich eine Frage, ob und inwieweit sich z.B. ein „einfacher Gläubiger“ aus dem mährischen Land durch diese lehramtliche Aussage verpflichtet fühlte.

römisch-katholischen Bekenntnis.<sup>466</sup> Auf der anderen Seite befand sich der kommunistische Staat totalitärer Prägung mit seinem ganzen Propaganda- und Repressionsapparat. Es gehört zum Wesen jedes Totalitarismus, die ganze Gesellschaft zu beherrschen, zu zentralisieren und zu kontrollieren – in diesem Sinn war die Kirche für die Kommunisten der einzige potentielle Gegner, der ihr Machtmonopol bedrohen könnte. Die Kirche hatte nämlich eine feste Organisation, immer noch einen bedeutsamen Einfluss (sowohl in den Städten als auch am Land) und ihre „Zentrale“ befand sich im Ausland. Von Anfang an hielt die kommunistische Partei den zukünftigen Konflikt für unausweichlich und kurz nach Februar 1948 bezeichneten ihre führenden Vertreter die Kirche als „den Hauptgegner des neuen Regimes und als potentielle Basis der Reaktion unter dem Deckmantel der Religion, der religiös maskierten staatsfeindlichen Tätigkeit, die vom Vatikan gelenkt und geschürt werde.“<sup>467</sup>

In der zweiten Hälfte des Jahres 1948 wurden die Strategie des kommunistischen Staates und die praktischen Maßnahmen gegen die Kirche ausgearbeitet. Es handelte sich vor allem um folgende Schritte<sup>468</sup>: wesentliche Schwächung des Einflusses der Hierarchie (u.a. durch Gründung einer loyalen katholischen „Dachorganisation“), neue Regelung der Besoldung der Priester, Schwächung der Kontakte mit dem Vatikan (und voraussichtlich Entstehung einer „Nationalkirche“) und Destruktion der griechisch-katholischen Kirche bzw. ihre Eingliederung in eine orthodoxe Kirche. Die Pläne rechneten auch „mit der völligen Verdrängung des Einflusses der Kirche auf das bürgerliche Leben, u.a. durch Einführung einer obligaten standesamtlichen Trauung und eines zivilen Begräbnisses, durch ideologische Steuerung der Schulen, atheistische Propaganda und Einführung einer Kirchensteuer...“<sup>469</sup>

---

<sup>466</sup> ČSÚ [Tschechisches Statistikamt], Náboženské vyznání obyvatelstva podle výsledků sčítání lidu v letech 1921-1991 [Das religiöse Bekenntnis der Bevölkerung laut der Ergebnisse der Volkszählungen in den Jahren 1921 - 1991], Prag 1995.

<sup>467</sup> KAPLAN, Staat und Kirche in der Tschechoslowakei, 13. Staatspräsident Klement Gottwald erklärte auf einer Sitzung des Parteipräsidiums, dass „die Kirche die einzige Quelle der feindlichen Aktionen bleibt. Um eine so gefährlichere Basis stellt sie dar, weil sie sich auf Religion, auf eine gute Organisation, auf qualifizierte Kader stützt, die durch das Zölibat fest zusammenhalten.“ BULÍNOVÁ, Marie/JANIŠOVÁ, Milena/KAPLAN, Karel (Hgg.), Církevní komise ÚV KSČ. Edice dokumentů [Die Kirchenkommission des Zentralkomitees der KPTsch. Edition der Dokumente], Prag 1994, 84.

<sup>468</sup> BALÍK/HANUŠ, Katolická církev v Československu 1945 – 1989, 16 – 17.

<sup>469</sup> KAPLAN, Staat und Kirche in der Tschechoslowakei, 36.

Um die Bischofskonferenz vom Vatikan zu isolieren, wurden am Anfang die diplomatischen Beziehungen mit dem Apostolischen Stuhl eingefroren. Internuntius Ritter verließ Prag aus gesundheitlichen Gründen bereits im Januar 1948 und nach der kommunistischen Machtübernahme kehrte er nicht mehr zurück. Sein Nachfolger, chargé d'affaires Msgr. Gennaro Verolino versuchte erfolglos, die vatikanische Botschaft in die Verhandlungen des Staates mit der Kirche einzubeziehen, und wurde im Sommer 1949 als eine unerwünschte Person aus der Tschechoslowakei ausgewiesen. Genauso ausgewiesen - als Fortsetzer der „staatsfeindlichen Vatikanpolitik“ - wurde ungefähr ein Jahr später der letzte vatikanische Diplomat in Prag, nun mehr Leiter der Internuntiatur Msgr. Ottavio de Liva. Seit April 1950 wurde auch jegliche Aktivität der tschechoslowakischen Vertretung beim Apostolischen Stuhl faktisch eingestellt.<sup>470</sup>

Nach der Ausschaltung der Internuntiatur verliefen alle Verhandlungen ausschließlich auf der Ebene der Bischofskonferenz und der Staats- und Parteibehörden. Die Kommunisten haben zunächst versucht, eine Spaltung unter den Bischöfen hervorzurufen – es ging in der ersten Phase vor allem um „unwichtigere“ Themen wie etwa Druckerlaubnisse für Kirchenzeitungen oder kleinere Regelungen im Schulwesen. Es formierten sich in der Tat allmählich zwei Gruppen von Bischöfen, die unterschiedliche Positionen vertraten: Die erste wollte die Verhandlungen mit dem Staat fortsetzen (Bischof von Leitmeritz Štěpán Trochta), die zweite hat die grundsätzlichen Forderungen der Kommunisten (z.B. Loyalitätserklärung der Priester) entschieden abgelehnt (Prager Erzbischof Josef Beran, Bischof von Königgrätz Mořic Pícha).

Während der Versammlung der Bischöfe in Starý Smokovec im März 1949 wurde im Konferenzraum eine Abhöranlage gefunden – dieser Vorfall bedeutete eine Wende und Unterbrechung aller laufenden Gespräche. Erzbischof Beran äußerte sich in dem Sinn, dass die Hoffnung auf irgendeine Übereinkunft sehr gering sei, da die Regierung die Kirche verfolge und die Priester ins Gefängnis werfe; der Vorfall in Starý Smokovec bestätigte nur diese seine Überzeugung.<sup>471</sup> Innenminister Nosek bestritt jede Beteiligung des Sicherheitsdienstes an der Installation der Abhöranlage und deutete die Schuld des

---

<sup>470</sup> KUKÁNOVÁ, Zlatuše, Od tolerance k nepřátelství. Diplomatické vztahy Československa s Vatikánem 1945 – 1950 [Von der Toleranz bis zur Feindschaft. Die diplomatischen Beziehungen der Tschechoslowakei mit dem Vatikan 1945 - 1950]. In: Semper paratus 3/2014, 86.

<sup>471</sup> KAPLAN, Staat und Kirche in der Tschechoslowakei, 52.

Vatikan an, der den Gehorsam der Bischöfe angeblich überprüfen wollte.<sup>472</sup> Gleichzeitig setzten sich die Anhänger eines radikalen kirchenpolitischen Kurses in der kommunistischen Partei durch, die mit der Unmöglichkeit der Gespräche bzw. mit der fehlenden Verhandlungsbereitschaft der Bischöfe argumentiert haben. Folgende Maßnahmen wurden vorgeschlagen: Liquidierung des gesamten kirchlichen Besitzes, völlige Aufhebung der kirchlichen Schulen und Vereine, Versammlungen der Gläubigen außerhalb der Kirche von der Zustimmung der Behörden abhängig zu machen und die Tätigkeit der Orden einzuschränken.<sup>473</sup> Das künftige Ziel war weiterhin eine nationale, vom Vatikan unabhängige und vom Staat kontrollierte Kirche.

Diesem Ziel sollte auch eine „Erneuerungsbewegung“ in der katholischen Kirche dienen – am 10. Mai 1949 wurde in Prag die sog. Katholische Aktion gegründet. An der Gründungsversammlung haben ungefähr 70 „fortschrittliche“ Priester teilgenommen, die Mehrheit der Delegierten (und den Vorstand) bildeten die Laien. Die Versammlung hat einen Aufruf zur Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen dem Staat und der Kirche verabschiedet; es wurde auch eine Loyalitätserklärung der Katholiken gegenüber dem Regime genehmigt.<sup>474</sup> Infolge wurden Lokalausschüsse der Katholischen Aktion im ganzen Land gegründet und es wurde eine große Unterschriftenaktion eingeleitet. Während der ersten Woche haben ungefähr 16 Prozent der Geistlichen die Erklärung unterschrieben.<sup>475</sup>

Sowohl die Bischöfe als auch der Vatikan reagierten energisch. Am 20. 6. 1949 veröffentlichte die Kongregation des Heiligen Offiziums ein Dekret, das die sog. Katholische Aktion als schismatisch verurteilte und alle, die sich ihr freiwillig und bewusst angeschlossen haben, aus der Kirche exkommunizierte.<sup>476</sup> Die

---

<sup>472</sup> BALÍK/HANUŠ, *Katolická církev v Československu 1945 – 1989*, 22.

<sup>473</sup> KAPLAN, *Staat und Kirche in der Tschechoslowakei*, 55.

<sup>474</sup> Obwohl eine nationale Kirche formell abgelehnt wurde, sollten „nationale“ Elemente in der Kirche wie Muttersprache in der Liturgie noch mehr betont werden (hier konnte man die cyrillomethodianische Tradition neu „interpretieren“). Weiter wurden während der Diskussion Themen wie Armut der Priester und der ganzen Kirche oder Stellung der Frau in der Kirche besprochen. Vgl. VAŠKO, *Neumlčaná*, 70 – 71.

<sup>475</sup> Es handelte sich um circa 1500 Priester. Diese sollten – als Belohnung – bevorzugt mit Textilien und Benzin versorgt werden. KAPLAN, *Staat und Kirche in der Tschechoslowakei*, 68.

<sup>476</sup> Am 1. 7. 1949 folgte ein weiteres Dekret der Kongregation, das den Kommunismus als materialistisch und antichristlich verurteilte. Alle Gläubigen, die sich zur kommunistischen Lehre bekennen, sie verteidigen oder propagieren, ziehen laut des Dekrets eo ipso die Exkommunikation nach sich. Die Kommunisten haben das Dekret als imperialistisch und staatsfeindlich bezeichnet. Vgl. HRDINA, *Antonín*,

Bischofskonferenz verabschiedete nach einer geheimen Sitzung den Hirtenbrief „Die Stimme der Bischöfe und der Ordinarien den Gläubigen in der Stunde der schweren Prüfung“. In dem Hirtenbrief wurden die kirchenfeindlichen Maßnahmen des Staates aufgezählt, deren Konsequenz es sei, dass „die Kirche heute ausgeplündert dasteht, der meisten ihrer Rechte und Freiheiten beraubt, entwürdigt, beschmutzt, insgeheim und öffentlich verfolgt und vor die Wahl gestellt, sich einem Diktat zu unterwerfen oder verfolgt zu werden.“<sup>477</sup> Am Ende des Briefes steht eine Aufforderung, sich auf eine offene und schwere Verfolgung seitens des kommunistischen Staates vorzubereiten. Die Staatsbehörden haben mit allen Mitteln versucht, das Verlesen des Hirtenbriefes durch die Priester zu verhindern. Im ganzen Land wurden viele Geistliche verhaftet, nach einem dramatischen Fronleichnamsgottesdienst im Prager Dom wurde Erzbischof Josef Beran interniert und isoliert. In der Literatur wird der Sommer 1949 oft als Anfang der Phase des offenen Terrors bezeichnet.

Als „institutioneller Rahmen“ dienten neue Kirchengesetze, die im Herbst 1949 von der Nationalversammlung erlassen wurden. Durch das Gesetz Nr. 217/1949 wurde das Staatsamt für kirchliche Angelegenheiten errichtet, das das gesamte Leben der katholischen Kirche regeln und kontrollieren sollte: Zu seinen Kompetenzen gehörte z.B. der Religionsunterricht, die theologischen Fakultäten, die Organisation der Wallfahrten, der Denkmalschutz, die Kirchenpresse oder die Caritas. Auf der Grundlage eines Gesetzes aus der Zeit der österreichischen Monarchie (aus dem Jahre 1874) wurden an die Konsistorien Beauftragte der Regierung geschickt, um sie zu „kontrollieren“. Das Staatsamt für kirchliche Angelegenheiten wurde auch zur letzten Instanz, die über die Einsetzung der Priester in ihr Amt entscheiden sollte; jeder Geistliche durfte sein Amt zukünftig ausschließlich nur mit der sog. staatlichen Zustimmung ausüben.<sup>478</sup>

---

Texty ke studiu konfesního práva I. Evropa a USA [Texte zum Studium des Konfessionsrechtes. Band I, Europa und die USA], Prag 2006, 204 – 205.

<sup>477</sup> KAPLAN, Staat und Kirche in der Tschechoslowakei, 70 - 71

<sup>478</sup> Die Auswirkungen dieser Bestimmung waren mächtig. Die staatliche Zustimmung wurde i.d.R. nur für einen Bezirk erteilt – sollte ein Priester zum Beispiel in einer anderen Pfarrei aushelfen, musste er um Erlaubnis des Beauftragten des zuständigen Ortsnationalausschusses bitten. Diejenigen Priester, denen die staatliche Zustimmung verweigert wurde, durften keine Sakramente spenden – jede Verletzung des Gesetzes wurde zur Straftat. Vgl. BALÍK/HANUŠ, Katolická církev v Československu 1945 – 1989, 26 – 27.

Das Gesetz Nr. 218/1949 über die wirtschaftliche Sicherung der Kirchen und der religiösen Gesellschaften stellte einen Abschluss der „kommunistischen Säkularisation“ dar, die mit den Bodenreformen angefangen hatte. Der Staat hat alle alten, sowohl privaten als auch öffentlichen, Patronate über dem gesamten Kirchenbesitz zwar nicht ganz aufgehoben, aber vollkommen „übernommen“ und hat sich gleichzeitig verpflichtet, die Besoldung der Geistlichen sicherzustellen. Die Priester wurden daher praktisch zu staatlichen Angestellten, die vom Staat in ihr Amt eingesetzt und bezahlt wurden. „Die kirchlichen Institutionen übten hier überhaupt keinen Einfluss aus, die materiell–soziale Abhängigkeit vom Staat war geradezu vollständig.“<sup>479</sup>

Im Frühjahr 1950 zog der kommunistische Staatspräsident Klement Gottwald eine Bilanz über die bisher erreichten Erfolge der Kirchenpolitik mit folgenden Worten: „Politisch ist es uns gelungen, die Schaffung einer einheitlichen Front aller Kirchen zu vereiteln... Zweitens ist es uns gelungen, den niederen Klerus bis zu einem gewissen Maße zu neutralisieren und in geringem Maße für uns zu gewinnen... Drittens ist es uns gelungen, den Kirchenmitgliedern zu beweisen, dass wir es mit der Kirche nicht schlecht meinen. Wenn ein Pfarrer nichts Staatsfeindliches unternimmt, wollen wir ihn auch bezahlen.“<sup>480</sup>

Seit Anfang des Jahres 1950 hat die kommunistische Partei mit der Kirche nicht mehr verhandelt: Die Bischöfe wurden interniert, die Kontakte mit dem Vatikan wurden unterbrochen und die Kirche verfügte über keine Kommunikationskanäle mehr. Es erfolgten größere repressive Maßnahmen und Schauprozesse, vor allem in den Gebieten mit einer stärkeren Religiosität (Südmähren). Ein großes Aufsehen in der Geschichtsschreibung erregte nach dem Jahr 1989 vor allem das sog. Wunder von Číhošť. Am 3. Adventssonntag des Jahres 1949 sollte sich während des Gottesdienstes das Altarkreuz in der Pfarrkirche von Číhošť (eine kleine Gemeinde an der Grenze zwischen Böhmen und Mähren) auf wunderbare Weise bewegt haben. Als Initiator des „Wunders“ wurde später der Dorfpfarrer Josef Toufar verhaftet, der Ende Februar 1950

---

<sup>479</sup> KAPLAN, Staat und Kirche in der Tschechoslowakei, 87.

<sup>480</sup> KALOUS, Jan, Die Kirchenpolitik der KPTsch von 1945 bis 1950. In: ŽÁČEK, Pavel/FAULENBACH, Bernd/MÄHLERT, Ulrich (Hgg.), Die Tschechoslowakei 1945/48 bis 1989. Studien zu kommunistischer Herrschaft und Repression, Leipzig 2008, 49.

infolge brutaler Gewalt beim Verhör gestorben ist.<sup>481</sup> Der Staat produzierte in kurzer Zeit den propagandistischen Film „Wehe dem, durch den die Versuchung kommt“, in dem die „imperialistische Verschwörung“ der Vereinigten Staaten, des Vatikans und der katholischen Kirche gegen die friedenswillige sozialistische Welt veranschaulicht wurde.

---

<sup>481</sup> Es bleibt bis heute unklar, wer der Urheber des angeblichen Wunders war. Sowohl eine Provokation der Staatssicherheit als auch jedes Mitwirken des Pfarrers sind höchstwahrscheinlich auszuschließen. Ausführlich DOLEŽAL, Miloš, *Jako bychom dnes zemřít měli* [Als ob wir heute sterben sollten], Pelhřimov 2012. Zu ähnlichen „Wundern“ (Marienerscheinungen) in Polen und Ungarn vgl. APPLEBAUM, *Der eiserne Vorhang: Die Unterdrückung Osteuropas*, 373 – 375.

## 4.2. Die Rolle des Deutschen Ordens in der kommunistischen Propaganda

### 4.2.1 Die antireligiöse Propaganda und Geschichte

Einen untrennbaren Bestandteil des kommunistischen Vorgehens gegen die katholische Kirche stellte die Bekämpfung der (christlichen) Religion auf der „theoretischen“ Ebene dar. Die philosophische/ideologische Grundlage lieferte, wie in anderen Ländern Mittel- und Osteuropas die kommunistische Interpretation der marxistischen These vom allmählichen Absterben der Religion. Die Religion allgemein gehörte laut dieser Überzeugung - als das „Opium für das Volk“ und als Zuflucht der ausgebeuteten Arbeiter - in die früheren Phasen der Geschichte (in den Feudalismus und in den Kapitalismus), die aber durch den Kommunismus überwunden werden.<sup>482</sup> Die katholische Kirche wurde als eine mächtige Dienerin des Kapitalismus geschildert, die an der Ausbeutung der Arbeiter wesentlich mitwirkt – daher wurde der gezielte Kampf gegen sie zu einer wichtigen Komponente des gesamten ideologischen Kampfes des Proletariats.<sup>483</sup>

Genauso wichtig wie die Entlarvung der Religion als eines Überbaus, der in der kommunistischen klassenlosen Gesellschaft überflüssig wird, war nach 1948 die Darstellung der katholischen Kirche als eine volksfeindliche Institution, die auf dem Gebiet der Tschechoslowakei eine äußerst negative Rolle immer schon gespielt habe. Dies sollte mithilfe der Enthüllung ihrer wahren Rolle in der böhmischen und mährischen Geschichte aufgezeigt werden. Die Geschichte bzw. ihre Interpretation wurde daher zu

---

<sup>482</sup> Die politikwissenschaftliche Forschung widmet ungefähr seit der 70er Jahren diesem „eschatologischen“ Aspekt der kommunistischen Ideologie ein steigendes Interesse. Der Kommunismus funktionierte laut einigen Autoren als eine „politische Religion“, die auch das geistliche Leben der Bürger zu beherrschen versuchte. Solche politische Religion sei intolerant und radikal und habe eine eigene Theologie der Geschichte: Die „eschatologische“ Erfüllung befindet sich aber nicht „außerhalb“, sondern innerhalb der Geschichte – in der Überwindung des Kapitalismus und der Implementierung des Kommunismus. „Der Kommunismus präsentiert sich als eine Religion, als eine Heilsdoktrin und geistliche Disziplin, hart in Konfrontation zum christlichen Glauben und zum christlichen Gewissen. Hier entspringen sein Fanatismus und seine Unverträglichkeit mit anderen Religionen und geistlichen Systemen. Hier entspringen seine Propaganda und Verfolgung der anderen Religionen. Das alles ist seiner religiösen Natur, nicht seiner Wirtschaft oder Politik eigen.“ GENTILE, Emilio, *Politická náboženství: mezi demokracií a totalitou* [Politische Religionen: Zwischen Demokratie und Totalitarismus], Brunn 2008, 117. Vgl. auch MAIER, Hans, *Politische Religionen*, München 2007, 107 – 120.

<sup>483</sup> In der Anfangsphase gestanden noch die kommunistischen Politiker, dass die Kirche nicht notwendig einen Feind des Proletariats darstellen muss, weil sie während des Krieges sowohl in der Sowjetunion als auch in der Tschechoslowakei auf der Seite des Volkes stand. „Da das Evangelium einen starken sozialen Akzent hat, könnte das Christentum zum Verbündeten des Gedankens des sozialen Fortschritts werden.“ Diese Option sei aber dadurch bedingt, welche Stellung die Leitung der Kirche einnimmt. BULÍNOVÁ/JANIŠOVÁ/KAPLAN, *Církevní komise ÚV KSČ. Edice dokumentů*, 20.

einem der bedeutsamsten Felder der kommunistischen Propaganda. Man konnte dabei teilweise an die älteren Konzepte aus der Zeit der Ersten Republik anknüpfen (vgl. das zweite Kapitel dieser Arbeit), zum Beispiel an die angebliche Verbundenheit der Kirche mit der Habsburger Monarchie. Die Kommunisten haben jedoch eine neue, überaus politische und vor allem nationalistische „Geschichtsphilosophie“ ausgearbeitet, in der die historischen Fakten in der Regel keine Rolle mehr gespielt haben. Die Geschichte wurde in der kommunistischen Tschechoslowakei der 50er Jahre zu einer äußerst politischen Waffe.

In der Literatur wird in diesem Zusammenhang oft der Terminus „Geschichtspolitik“ verwendet.<sup>484</sup> Allgemein geht es um eine politische Benutzung der Geschichte: Sie wird so ausgelegt und dem Publikum so präsentiert, dass sie politische/ideologische Ziele unterstützt. Gleichzeitig soll sie zeigen, dass solche Ziele den notwendigen und unvermeidbaren Ausgang der Geschichte darstellen. Die Geschichtspolitik schafft daher dominante Schemata der Geschichtsauslegung, nach denen alle Prozesse, Ereignisse und ihre Akteure interpretiert werden müssen; es wird auch eine „Belehrung aus der Geschichte“ gezogen. Die Mittel zur Durchsetzung der Geschichtspolitik sind die Publizistik, die sowohl wissenschaftliche als auch popularisierende Produktion, die Schule und die Medien; in der Praxis geht es auch um öffentliche Veranstaltungen, Feier- und Gedenktage usw.. Die Visionen der Geschichte werden zum wesentlichen Teil des Kulturbetriebs im Alltag.

Die Geschichtspolitik gehört nicht notwendig nur zu einer totalitären Gesellschaft<sup>485</sup>; sie ist auch keine Erfindung der Moderne, „sondern ordnet sich vielmehr in eine Jahrtausende alte Geschichte und Tradition ein.“<sup>486</sup> Trotzdem wurde sie von den Totalitarismen des 20. Jahrhunderts auf gewisse Weise zur Vollkommenheit gebracht: Sie konnte sich aller Hilfsmittel und Institutionen der modernen Geschichtsforschung,

---

<sup>484</sup> Zum Begriff der Geschichtspolitik ausführlich TROEBST, Stefan, Geschichtspolitik. Version: 1.0. In: Docupedia – Zeitgeschichte, 4. 8. 2014. [http://docupedia.de/zg/troebst\\_geschichtspolitik\\_v1\\_de\\_2014](http://docupedia.de/zg/troebst_geschichtspolitik_v1_de_2014) DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zf.dok.2.590.v1>. Zugriff: 16.12.2018.

<sup>485</sup> Zu den neueren Geschichtsdiskussionen in Europa nach 1989 und zur Geschichtspolitik in einer demokratischen Gesellschaft vgl. z.B. SEYBOLD, Dietrich, Geschichtskultur und Konflikt. Historisch – politische Kontroversen in Gesellschaften der Gegenwart, Bern 2005, 93 – 144.

<sup>486</sup> TROEBST, Geschichtspolitik, 4.

die ungefähr seit dem 19. Jahrhundert entstanden sind, bedienen<sup>487</sup> und gleichzeitig wurde sie mit aller Gewalt eines totalitären Staates durchgesetzt. Die kommunistische Geschichtsauslegung versuchte, der tschechoslowakischen Gesellschaft die eigene Sicht „der Welt“ aufzuzwingen und wurde daher zu einer der wichtigen Machtstrategien der führenden Partei. Alternative Auslegungen wurden selbstverständlich verboten bzw. eliminiert: Die Sendung der „offiziellen“ Geschichtswissenschaft war nicht eine Erkenntnis oder ein kritischer Diskurs, sondern der ideologische Kampf, die Formung des allgemeinen Geschichtsbewusstseins und die Feier der bestehenden Verhältnisse.<sup>488</sup>

Der Historiker Jan Randák, der sich mit der kommunistischen Geschichtspolitik beschäftigt, verwendet für die stalinistische Geschichtsschreibung (und für die ganze stalinistische Forschung im Bereich der Geisteswissenschaften) in der Tschechoslowakei nach 1948 den Begriff „Parteiwissenschaft“<sup>489</sup>. Die Parteiwissenschaft verstand sich nicht als eine kritische Forschung, sondern als eine Sammlung der objektiven und unbezweifelbaren Wahrheiten und als ein Höhepunkt des Wissens über die Welt. Ihre Aufgabe war daher, alle Bürger und Bürgerinnen von diesen Wahrheiten zu überzeugen (sie sollten sich die Erkenntnisse der Parteiwissenschaft auch innerlich aneignen) und sie in ihrem Sinne zu erziehen – mit dem Ziel, die neue kommunistische Gesellschaftsordnung aufzubauen. Für diese Zwecke stellte der Staat große finanzielle Mittel<sup>490</sup> zur Verfügung und unterstützte massiv die parteiwissenschaftliche Produktion, Kulturorganisationen, Kulturveranstaltungen wie Gedenktage oder Festversammlungen, Medien und parteiwissenschaftliche Institutionen.<sup>491</sup>

Konkret stand die kommunistische Geschichtsschreibung vor der Aufgabe, den Sinn und die Gesetzmäßigkeiten in der tschechoslowakischen Geschichte zu entdecken

---

<sup>487</sup> Zur Entwicklung der „Institutionalisierung“ der Geschichte vgl. METZGER, Franziska, *Geschichtsschreibung und Geschichtsdenken im 19. und 20. Jahrhundert*, Bern 2011, 141 - 150 .

<sup>488</sup> KŘEN, Jan, *Historické proměny češství* [Historische Wandlungen des Böhmentums], Prag 1993, 10.

<sup>489</sup> RANDÁK, Jan, *V záři rudého kalicha. Politika dějin a husitská tradice v Československu 1948 – 1956* [Im Glanz des roten Kelches. Die Geschichtspolitik und die hussitische Tradition in der Tschechoslowakei 1948 - 1956], Prag 2015, 26.

<sup>490</sup> Die Finanzierung der historischen Forschung in den Ländern des Ostblocks in der 50er Jahren sollte im Vergleich mit der demokratischen Welt unvergleichbar höher sein. RANDÁK, *V záři rudého kalicha*, 27, Anm. 45.

<sup>491</sup> Für die kommunistische Geschichtsforschung wurde das Historische Institut als eine Abteilung der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften gegründet; eine wichtige Rolle hat auch das Institut für die Erforschung der Geschichte der Kommunistischen Partei gespielt. Für die ideologische Formung der Wissenschaftler war die Politische Hochschule des Zentralkomitees der KPTsch zuständig, die in der Umgangssprache mit Blick auf ihren ehemaligen Sitz im Prager Bezirk Wokowitz als „die Wokowitzer Sorbonne“ bekannt ist.

und zu formulieren. Es ging um eine „Entwicklung“ der Geschichte vom Feudalismus bis hin zum Kommunismus als ihrem Höhepunkt, die einfach als gegeben verstanden wurde.<sup>492</sup> Zu den Hauptmerkmalen der Perspektive der neuen Geschichtsschreibung gehörten die ausschließlich nationale Sicht der Geschichte<sup>493</sup>, die Konstruktion des Feindbildes und der Kampf zwischen dem Fortschritt und „der Reaktion“ in der Geschichte<sup>494</sup>. Im Unterschied zu den älteren Geschichtskonzepten gehörte ab jetzt die Kirche (und umso mehr der Deutsche Orden) in das Lager der reaktionären Kräfte, die sich dem gesetzmäßigen Fortschritt entgegenstellten. Im Folgenden soll die kommunistische Geschichtsphilosophie kurz vorgestellt werden, um zu zeigen, wie der Deutsche Orden als „Widersacher der Tschechen“ für die Gesamtdarstellung außerordentlich gut taugte.

#### 4.2.2 Zur kommunistischen Geschichtsphilosophie

Bereits im Frühling 1946 hielt der kommunistische Historiker und Schulminister Zdeněk Nejedlý<sup>495</sup> seinen berühmten Vortrag „Kommunisten – Erben der großen Traditionen des tschechischen Volkes“<sup>496</sup>. Der Vortrag erschien in den folgenden Jahren mehrmals in Form einer Broschüre und wurde zur Grundlage der Geschichtsforschung nach der kommunistischen Machtübernahme. Nejedlý suchte in seinem Vortrag eine einheitsstiftende Linie, die sich durch die Geschichte der böhmischen Länder durchzieht, und entdeckte sie in der Fortschritts- und Volkstradition, die sich im 15. Jahrhundert in der Zeit des Hussitismus konstituiert hat und die in der kommunistischen Gesellschaft einen vollkommenen Ausdruck findet: "Wir Kommunisten sind keine bloß vorübergehende Erscheinung. Wir sind verwurzelt - und zwar tief verwurzelt - mit der

---

<sup>492</sup> Diese historizistische Methode impliziert die Theorie, dass „die Gesellschaft sich zwangsläufig verändert, aber auf einer im Voraus feststehenden Linie, die sich ihrerseits nicht ändern kann, durch Zwischenstadien hindurch, die mit unerbittlicher Notwendigkeit vorausbestimmt sind.“ POPPER, Karl R., Das Elend des Historizismus, Tübingen 2003, 45.

<sup>493</sup> Laut Eugen Lemberg hatten die Bürger des Ostblocks vor allem die Frage nach Größe und Sendung der eigenen Nation, unter anderem in der Konfrontation mit der Fremde, vor Augen. Vgl. LEMBERG, Eugene, Nationalismus I. Psychologie und Geschichte, Reinbek bei Hamburg 1964, 244 – 245.

<sup>494</sup> RANDÁK, V záři rudého kalicha, 41.

<sup>495</sup> Zu seiner Person und zu seinem historischen Arbeiten vgl. KŘEŠŤAN, Jiří, Zdeněk Nejedlý. Politik a vědec v osamění [Zdeněk Nejedlý. Politiker und Wissenschaftler in der Einsamkeit], Prag 2013.

<sup>496</sup> NEJEDLÝ, Zdeněk, Komunisté, dědici velkých tradic českého národa [Kommunisten – Erben der großen Traditionen des tschechischen Volkes], Prag 1951. Der Autor belegt seine Thesen nicht, der Vortrag könnte also nicht als „wissenschaftlich“, sondern eher als „propagandistisch“ bezeichnet werden.

Gesamtentwicklung unseres Volkes... wir sind die letzte Phase dieser Entwicklung.“<sup>497</sup> Nicht unwichtig ist, dass er mit seinem Text „eine der Grundaufgaben der historischen Mythen bestätigte: Die Autostereotype zu befestigen und gleichzeitig die Anderen und die Fremden abzugrenzen und die Grenze zwischen uns und den Anderen festzulegen.“<sup>498</sup>

Nejedlý beschreibt die mittelalterliche Kirche als eine reine Machtstruktur, die sich dem Fortschritt entgegenstellte: Er vergleicht sie mit dem Römischen Reich und sie war angeblich so verweltlicht, dass ihr das religiöse Leben der Bevölkerung im Grunde egal war und dass sie zum Beispiel keine theologische Wissenschaft betrieb, weil sie sich ausschließlich mit dem Kirchenrecht beschäftigt habe.<sup>499</sup> Ihre Hauptsorge war es, den eigenen Besitz zu vermehren, um ein luxuriöses Leben führen zu können: Aus diesem Grund musste sie das Proletariat schonungslos ausbeuten. Daher stellt Johannes Hus mit seiner Kritik der verweltlichen Kirche nicht einen Reformator, sondern einen sozialen und politischen Revolutionär dar.<sup>500</sup> "Es hat mich immer überrascht, wie wenig Hus Theologe war, wie wenig er über Existenz, Eigenschaften usw. seines Gottes nachdachte. Das Volk und sein Leiden dagegen rührten ihn zutiefst... Die religiöse Form seiner Erläuterungen war nur eine Waffe im Kampf gegen die mächtige Kirche. Heute würde Hus Führer einer politischen Partei sein und seine Tribüne würde keine Kanzel sein, sondern der Wenzelsplatz oder der Saal »Lucerna«. Seine Partei würde uns, den Kommunisten, ganz nahe stehen“<sup>501</sup>

Das tschechische Volk konstituierte sich laut Nejedlý während der Revolution als Träger der fortschrittlichen Ideen und zu seinem Wesen gehören u.a. die Ablehnung des alten Feudalismus und ein tief verwurzelter Demokratismus, eine gewisse Einfachheit bzw. ein gesunder Hausverstand und der ausschließlich slawische Charakter.<sup>502</sup> Als

---

<sup>497</sup> NEJEDLÝ, Komunisté, dědici velkých tradic českého národa, 35 – 36.

<sup>498</sup> RANDÁK, V záři rudého kalicha, 51.

<sup>499</sup> Das Kirchenrecht ist laut Nejedlý „die Lehre über die Beherrschung der Welt durch die Kirche“. Vgl. auch NEJEDLÝ, Zdeněk, Hus a naše doba [Hus und unsere Zeit], Prag 1946, 11.

<sup>500</sup> Ausführlich WEIS, Martin, M. Jan Hus v ideologii Komunistické strany Československa ve světle díla Zdeňka Nejedlého a archivních dokumentů [M. Johannes Hus in der Ideologie der Kommunistischen Partei Tschechoslowakei im Licht des Werkes von Zdeněk Nejedlý und der Archivdokumente]. In: Studia theologica 17, Nr. 4/2015, 113 – 123.

<sup>501</sup> NEJEDLÝ, Komunisté, dědici velkých tradic českého národa, 46 – 47.

<sup>502</sup> Das Slawentum bedeutet in der kommunistischen Ideologie nicht nur eine nationale „Zuordnung“ – die Slawen stellen, im Unterschied zu Germanen, auch einen Träger der Ideale der Volksdemokratie bzw. des Kommunismus, des Friedens und der milden Friedfertigkeit in der Weltgeschichte dar. Der Gedanke einer

Erzfeinde des Fortschritts wurden von Nejedlý die katholische Kirche bzw. das Christentum im Allgemeinen, der (höhere) Adel und die Deutschen aufgedeckt. Für das demokratische Proletariat gilt es, sie nicht nur zu bekämpfen, sondern auch zu hassen: "Auch der Hass ist eine Form der Gerechtigkeit... Ein heiliger Hass, ein Hass gegen das Böse und gegen die, die das Böse säen und verursachen..."<sup>503</sup> Unter den Feinden des Hussitismus (und daher auch des tschechischen Volkes und der Slawen) ragen die „deutschen Kreuzritter“ hervor, die schon damals den „deutschen Imperialismus“ repräsentierten. Unter der Sammelbezeichnung „Kreuzritter“ bzw. „deutsche Kreuzritter“ verbirgt sich eine breite Palette von Personen, Gruppen oder Institutionen: alle Soldaten des Römischen Reiches (vor allem diejenigen, die an den Kreuzzügen gegen das hussitische Böhmen teilgenommen haben), der Deutsche Orden<sup>504</sup>, der römische/„deutsche“ Kaiser Sigismund und seine Truppen und an manchen Stellen einfach alle Gegner des Hussitismus.

Ab dem 15. Jahrhundert musste laut Zdeněk Nejedlý die hussitische/kommunistische Fortschrittslinie vielen verschiedenen Widersachern, die in der Regel aus den Reihen der katholischen Kirche stammten oder mit den Habsburgern verbunden waren, standhalten. Eine gewisse Blüte erlebte sie zwar am Anfang des 17. Jahrhunderts, bei der Schlacht am Weißen Berg (1620) erlitt sie aber eine schmerzhafteste Niederlage. Nach dem Sieg der katholischen Stände kam nach Böhmen eine der schlimmsten Epochen der tschechischen Geschichte, die Nejedlý, im Anschluss auf einen

---

„urslawischen Demokratie“, die die Ideale der Französischen Revolution vorweggenommen habe, stammt vom bedeutsamen tschechischen Historiker František Palacký (1798 – 1876). Ausführlich ČORNEJ, Petr, Ke genezi Palackého pojetí husitství [Zur Genese Palackýs Hussitismus-Auffassung]. In: ŠMAHEL, František/DOLEŽALOVÁ, Eva (Hgg.), František Palacký, dějiny a dnešek: 1798 – 1998 [František Palacký, Geschichte und Gegenwart: 1798 - 1998], Prag 1999, 123 – 137.

<sup>503</sup> NEJEDLÝ, Komunisté, dědici velkých tradic českého národa, 88 – 89.

<sup>504</sup> Zdeněk Nejedlý hat sich öfters mit dem Deutschen Orden auch im Zusammenhang mit der slawischen Freundschaft zwischen den Tschechen und den Polen beschäftigt. Ein Symbol dieser Brüderlichkeit war für ihn der hussitische Heeresführer Jan Žižka, der laut einigen Quellen an der Seite Polens in der Schlacht bei Tannenberg gekämpft hat. Johannes Hus hat laut Nejedlý ihn und alle anderen, die in den Krieg gegen den Deutschen Orden gezogen sind, gesegnet. Das Motiv des gemeinsamen Kampfes gegen den „deutschen Imperialismus“ hat u.a. in die Präambel des Vertrags zwischen Polen und der Tschechoslowakei aus dem Jahr 1947 Eingang gefunden. Vgl. RANDÁK, V záři rudého kalicha, 210 – 211. Es ist anzumerken, dass sich in Wirklichkeit die hussitische Bewegung als eine häretische Gruppierung im Polen des 15. Jahrhunderts keiner großen Sympathien erfreute. Vgl. KRAS, Paweł, Polish Hussitism – An Attempt at Evaluating the Scale of the Phenomenon. In: KŁOCZOWSKI, Jerzy/ KRAS, Paweł/POLAK, Wojciech (Hgg.), Christianity in East Central Europe. Proceedings of the International Commission for the Comparative Church History, Lublin 1999, 189 – 198.

berühmten Roman, „Finsternis“ nennt.<sup>505</sup> Die Finsternis, die über 200 Jahre dauerte, bedeutete vor allem eine gewalttätige Gegenreformation und eine mächtige Germanisierung Böhmens. Die religiöse, politische und soziale Unterdrückung dieser Zeit ist durch zwei Institutionen verkörpert – durch den Jesuitenorden und durch die Habsburger Monarchie, die gewöhnlich als „Gefängnis der Nationen“ bezeichnet wird. Das Fortschrittsdenken kommt teilweise erst in der Zeit der tschechischen Nationalbewegung (19. Jahrhundert) zum Vorschein. Die Erste Republik bedeutete zwar eine Abrechnung mit den Habsburgern, war aber für Nejedlý aus mehreren Gründen keine vollkommene Gesellschaft: Vor allem anerkannte sie nicht die vollen Rechte des Proletariats, aber auch die Person ihres ersten Staatspräsidenten (zum Beispiel seine Ablehnung der kommunistischen Sowjetunion) findet er verdächtig. Ihre Erfüllung findet die tschechische Geschichte erst im sozialistischen bzw. kommunistischen Staat nach 1948.

Die Ausführungen von Zdeněk Nejedlý können im Licht einer seriösen historischen Forschung selbstverständlich nicht bestehen<sup>506</sup> und sie klingen heute fast wunderbarlich – trotzdem erweckten sie in der kommunistischen Tschechoslowakei ein großes Echo, das nicht zu unterschätzen ist. Die Nachkriegsgesellschaft betonte nämlich im hohen Maße Werte wie Nationaleinheit, Patriotismus und Nationalrevolution, in die

---

<sup>505</sup> Im Roman „*Temno*“ („Finsternis“) schildert Schriftsteller Antonín Jirásek (1851 – 1930), wie die Anhänger des evangelischen Glaubens im Ostböhmen während der Gegenreformation verfolgt wurden. Zum Symbol der Freiheitsbekämpfung wird die Person des Jesuitenpriesters P. Antonín Koniáš, der im Buch die Häuser durchsucht und die verbotenen Bücher verbrennen lässt. Der Roman endet mit der Heiligsprechung von Johannes Nepomuk (1729). „Finsternis“ wurde nach 1948 zur Pflichtlektüre an den Grundschulen und Mittelschulen. Vgl. auch BÄHLECKE, Joachim, Land und Dynastie: Böhmen, Habsburg und *das Temno*. In: KOSCHMAL, Walter/NEKULA, Marek/ROGALL, Joachim (Hgg.), Deutsche und Tschechen, München 2003, 57 – 73.

<sup>506</sup> Auf die Kritik der Lehre Nejedlýs seitens der neueren historischen Forschung nach 1989 kann hier nicht eingegangen werden; es sei erwähnt, dass sein Konzept für unhistorisch, zeitbedingt und propagandistisch gehalten wird. Zum Beispiel zeigte Historiker Petr Čornej, dass es im Hussitismus um keine Demokratie ging – die Bewegung sei primär vor allem religiös, fast „eschatologisch“, gewesen; in der späteren Zeit der Revolution haben sich daran die Stände (v.a. der höhere Adel) mit ihren Interessen angeschlossen. Vgl. z.B. ČORNEJ, Petr, *Světla a stíny husitství: osobnosti – texty – tradice* [Lichter und Schatten des Hussitismus: Personen – Orte - Traditionen], Prag 2011. Eine ganze Reihe von Studien widerlegte den Mythos der Jesuiten als Feinde des tschechischen Volkes (historisch gesehen haben sie umgekehrt große Verdienste an der Rettung der tschechischen Sprache); auch die ganze Epoche der Gegenreformation in Böhmen wird nicht mehr als „die Finsternis“ angesehen. Vgl. z.B. LOUTHAN, Howard, *Converting Bohemia: Force and Persuasion in the Catholic Reformation*, Cambridge 2011. Genauso wurde die Habsburger Monarchie auf gewisse Weise rehabilitiert – als ein Staat, in dem sich die Tschechen mindestens wirtschaftlich und kulturell gut entfalten konnten. Die slawischen Sympathien verschwanden „von selbst“ spätestens nach der Okkupation der Tschechoslowakei durch die Sowjetunion im Jahr 1968. RAK, Jiří, *Bývali Čechové. České historické mýty a stereotypy* [Es waren einst die Tschechen. Tschechische historische Mythen und Stereotype], Jinočany 1994, 126 .

das Konzept Nejedlýs gut hineinpasste. Für die kommunistische Partei war es darüber hinaus eine attraktive Rechtfertigung ihrer führenden Rolle (der sozialistische/kommunistische Staat sei die einzige und logische Mündung der tschechischen Geschichte). In den 50er Jahren musste sich die ganze wissenschaftliche oder kulturelle Produktion an der These der „Kommunisten – Erben“ orientieren, sie bestimmte auch die Schulerziehung und öffentliche Veranstaltungen.<sup>507</sup>

### 4.2.3 Topoi der kommunistischen antikirchlichen Propaganda

Die kommunistische Propaganda blieb nicht in der Geschichte stehen, sondern versuchte die historischen Motive mit Blick auf die neuere Geschichte bzw. auf die gegenwärtige Politik zu aktualisieren. Dazu diente u.a. die Enthüllung der wahren Rolle der katholischen Kirche, der Päpste, der Orden und der christlichen Reaktionsparteien bzw. der „katholischen“ Staaten im 20. Jahrhundert (vor allem in der Zeit des Zweiten Weltkrieges). Als ein signifikantes Beispiel könnte ein Buch von drei Autoren mit dem Titel „Verschwörung gegen die Republik“ dienen, das im Jahr 1949 erschienen ist<sup>508</sup> und das viele Themen aus der Zeitgeschichte zum Ausdruck bringt.

Im ersten Kapitel werden die Ziele jeder kirchlichen Tätigkeit - der sog. vatikanischen Politik - als Streben nach Reichtum und Macht definiert. „Im Kirchenvermögen, das eines der größten Vermögen auf der ganzen Welt darstellt, liegen die Wurzeln der vatikanischen Politik, einer Politik, die weder mit der Religion noch mit der Nächstenliebe zu tun hat.“<sup>509</sup> Deshalb unterstützte die Kirche immer den Feudalismus bzw. den Kapitalismus und deshalb haben zum Beispiel die beiden Päpste Pius XI. und Pius XII. die Klassengesellschaft für gottgewollt erklärt. Als die „Geliebten“ der letzten Päpste werden 4 Personen genannt: Erstens der österreichische Kaiser, weil er gemeinsam mit dem Vatikan gegen die Entstehung der Sowjetunion kämpfte. Zweitens der „Duce“, der dem Papst mit der Rettung der vatikanischen Bank geholfen

<sup>507</sup> Näher RANDÁK, V záři rudého kalicha, 52 – 57.

<sup>508</sup> SVOBODA, Alois/TUČKOVÁ, Anna/SVOBODOVÁ, Věra, Spiknutí proti republice [Verschwörung gegen die Republik], Prag 1949. Diese Broschüre hatte eine herausragende Stellung unter der propagandistischen Literatur: Selbst Minister Čepička lobte sie als eine „flinke und witzige Reportage“. Zitiert nach DOLEŽAL, Miloš, Krok do tmavé noci. Příběhy faráře Josefa Toufara, jeho vrahu a číhošťského zázraku [Ein Schritt in die dunkle Nacht. Die Geschichten des Pfarrers Josef Toufar, seiner Mörder und des Wunders von Číhošť], Prag 2015, 495.

<sup>509</sup> SVOBODA/TUČKOVÁ/SVOBODOVÁ, Spiknutí proti republice, 12.

hat. Drittens der „Führer“ – der Vatikan hat durch das Konkordat 1933 aus einem Verbrecher einen Staatsmann gemacht. Und schließlich sei ein guter Freund des Vatikans „der Caudillo“, der den Kirchenbesitz in Spanien vor der Revolution gerettet hat.<sup>510</sup>

Das zweite Kapitel behandelt die Beziehungen der Kirche und der Tschechoslowakei im 20. Jahrhundert. Das Verhalten der Kirche (vor allem der Hierarchie) wird als reaktionär abgelehnt. Als ein treuer Verbündeter der Habsburger Monarchie kämpfte die Kirche gegen die Emanzipation der Tschechen und der Slowaken, nach der Entstehung des selbstständigen Staates kümmerte sie sich nur um den eigenen Besitz.<sup>511</sup> In der Zeit der Bedrohung der Republik zeigte die Kirche, auf welcher Seite sie sich befindet: Weil sie aufgrund der vatikanischen Politik vor allem die Bekämpfung des Bolschewismus anstrebte, unterstützte sie den Nationalsozialismus, auch wenn es eine Zerstörung der eigenen Nation bedeutete. Während des Protektorats bemühte sich die Kirche (bis auf einige Ausnahmen) um die Errichtung eines katholischen Ständestaates, der ein „Satellit“ vom Deutschen Reich wäre. Über die Befreiung der Tschechoslowakei durch die Sowjetunion im Jahr 1945 hat sich die Kirche nicht gefreut – sie intensivierte nur ihr reaktionäres Wirken, indem sie vielen sudetendeutschen Nazis zur Flucht ins Ausland verholpen hat. Darüber hinaus hat sich die Kirche gegen die Vertreibung der verräterischen Deutschen gestellt. Ihre ewige Feindschaft gegen die Kommunisten und gegen das Proletariat steigerte sich nach dem Februar 1948 und gemeinsam mit dem Vatikan bereitet sie eine große Verschwörung<sup>512</sup> vor, dem die weiteren Kapitel des Buches gewidmet werden.

Es ließen sich an dieser Stelle die Haupttopoi der kommunistischen antikirchlichen Propaganda (sowohl die „historischen“ als auch die „aktuellen“) als eine Zwischen–Zusammenfassung so veranschaulichen:

---

<sup>510</sup> SVOBODA/TUČKOVÁ/SVOBODOVÁ, Spiknutí proti republice, 17 – 22.

<sup>511</sup> Die sog. Erste Republik wird in der kommunistischen Propaganda gewöhnlich als eine „Herrendemokratie“ abgelehnt, die sich nur um die Interessen der Großbourgeoisie kümmerte. Vgl. z.B. Rudé právo von 12.4.1951.

<sup>512</sup> Unter der Wendung „Verschwörung des Vatikans“ wird gewöhnlich ein vom Vatikan und von den Vereinigten Staaten finanziertes Netz von Spionen verstanden, dessen Aufgabe es ist, den sozialistischen Staaten zu schaden. Sie organisieren u.a. Spionage, Schwarzgeschäfte, Sabotage und Verschwörungen gegen die sozialistischen Gesellschaften, mit dem Ziel, sie zu zerrütten bzw. zu zerstören. Vgl. z.B. Rudé právo von 15.4.1950.

<u>These</u>	<u>Feinde</u>	<u>Geschichte</u>	<u>Aktualisierung</u>
Die Kirche vermehrt nur ihren Besitz, unterstützt den Kapitalismus, beutet das Proletariat aus.	der höhere Klerus, der Vatikan, der Adel, die Bourgeoisie	der Hussitismus als Kampf um die Säkularisierung und Befreiung	Sozialrevolution – der Sieg des Proletariats; die Enteignung des Kirchenbesitzes
Die Kirche als ein „antitschechisches“, „antislawisches“ Element.	Deutschland, „Drang nach Osten“, der (deutsche) Adel, die Habsburger, der Faschismus	Gegenreformation in Böhmen, die Zeit der Habsburger Monarchie	die Vertreibung der Deutschen, Sudetenland, die Enteignung des deutschen Besitzes
Die Kirche als Verbündeter der Reaktionskräfte.	die Kreuzritter, die Habsburger, der Imperialismus und die imperialistischen Staaten	die Feinde des Hussitismus, Unterstützung der Nazis	Verschwörung des Vatikans, Bedrohung der sozialistischen Republik

Ein wichtiger Aspekt der kommunistischen Propaganda war zu betonen, dass die Gefahr vonseiten der Reaktionskräfte (mit der Kirche an einer der ersten Stellen) immer noch aktuell ist und dass der befreite Staat von den „neuzeitlichen Kreuzrittern“ weiterhin äußerst bedroht wird, die sich keinen Frieden wünschen bzw. die sich um Wiederherstellung des Kapitalismus in der ganzen Welt bemühen. Dafür wurden die Reminiszenzen aus der Kriegszeit benutzt und an die gegenwärtige Politik angepasst. Dafür war der Deutsche Orden aufgrund seiner Geschichte und seiner Präsenz im Sudetenland besonders gut geeignet. Im Folgenden soll skizziert werden, wie er von der kommunistischen Propaganda für ihre Zwecke benutzt und missbraucht wurde.

#### **4.2.4 Der Deutsche Orden in kommunistischen Darstellungen**

Am Anfang der Kampagne gegen den Deutschen Orden stand die bereits erwähnte Interpellation der nationalsozialistischen Abgeordneten von 14. November 1945 (vgl. das Kapitel 3 dieser Arbeit). Der Orden wurde hier als einer der schrecklichsten Feinde der slawischen Nationen bezeichnet, der sich jahrhundertlang Schritt für Schritt nach Osten

gedrängt hat. Die slawischen Sippen und Nationen hat er dabei schonungslos ausgerottet. Obwohl sich der Orden hinter der Maske des Christentums versteckte, war er ein grausamer und unbarmherziger Feind und seine Hauptsorge ist, hart zu germanisieren, überall wo es möglich ist. Aus diesen Gründen verlangen die Abgeordneten, seinen Besitz sofort zu verstaatlichen, auch wenn es Versuche gibt, ihn auf eine andere Person zu übertragen. Die nationalsozialistische Enteignung war laut den Abgeordneten keine Verfolgung des Ordens, sondern lediglich eine Ersetzung eines deutschen Besitzers durch einen anderen. Da alle Hauptamtsträger und Angestellten in die „Bewegung Henleins“ eingetreten waren, sind sie als Verräter und staatlich unzuverlässige Personen zu behandeln. Der verstaatlichte Besitz wird dazu helfen, die durch den Krieg zerstörten Gebiete wieder zu erneuern – und „wer sonst soll es bezahlen als diejenigen, die den Krieg verursachten und Hitler und Henlein unterstützt haben?“<sup>513</sup>

Im Frühjahr 1946 erschienen in der Zeitung *Nová svoboda* („Neue Freiheit“), die von der kommunistischen Partei in Nordmähren herausgegeben wurde, mehrere Artikel zum Deutschen Orden. Sie beschäftigten sich vor allem mit der Frage, ob und wann sein „riesiger Besitz“ verstaatlicht wird. Die Artikel haben aber auch ihre Sicht der Geschichte des Ordens vorgestellt: Der Orden wird als ein „Vorkämpfer der Germanen gegen die Slawen“ bezeichnet, der „unter dem Schleier der Kirche“ die baltischen Slawen schonungslos vernichtet habe. In Böhmen und Mähren habe er sich eines großen Besitzes bemächtigt und wurde zum „Bollwerk des Germanentums“ im Grenzland. „Kurzum: Der Orden war eine der einflussreichsten Germanisierungsinstitutionen, in dessen Milieu Henlein, Patscheider oder Brandt aufgewachsen sind...“<sup>514</sup> Aus diesen Grund ist es unvorstellbar, den Ordensbesitz in private Hände zu übergeben oder an eine kirchliche Institution zu übertragen. Ungefähr eine Woche später informiert die gleiche Zeitschrift, dass die kommunistische Partei die Übertragung des Besitzes verhindert und seine vollkommene Verstaatlichung durchgesetzt hat. „Wir bleiben dem

---

<sup>513</sup> [http://www.psp.cz/eknih/1945pns/tisky/t0010\\_00.htm](http://www.psp.cz/eknih/1945pns/tisky/t0010_00.htm). Zugriff: 27. 11. 2018.

<sup>514</sup> *Nová svoboda* von 27.2.1946. Richard Patscheider (1883 – 1971) stammte aus Tirol; nach dem Ersten Weltkrieg übersiedelte er nach Troppau, wo er zum bekannten Gymnasiallehrer und Publizist wurde. Es wurde ihm Feindschaft gegenüber der Tschechoslowakei vorgeworfen; im Jahr 1935 wurde er in einem Gerichtsprozess zu jahrelangem Kerker verurteilt. Vgl. auch DETLEF, *Sudetští Němci v krizovém roce 1938*, 23. Bei der drittgenannten Person müsste es sich um den sudetendeutschen Politiker und den engen Mitarbeiter von Henlein Walter Brand (1907 – 1980) handeln.

Grundsatz treu..., dass der Besitz der Verräter der tschechoslowakischen Nation verstaatlicht und dem treuen Volk übergeben wird.“<sup>515</sup> Der Artikel erwähnt explizit nicht, wer die Verstaatlichung des Deutschordensbesitzes verhindern will - es wird aber angedeutet, dass es um einige nichtkommunistische Parteien und um die Kirche geht, vor allem um Hochmeister Schälzky, der sich kirchenintern laut der Darstellung der Zeitung „im Rang eines Kardinals“ befindet.

In dieser Zeit arbeitete das Innenministerium in Prag eine mehrseitige Analyse zur Geschichte des Deutschen Ordens aus.<sup>516</sup> Am Anfang wird betont, dass der Deutsche Orden in der Zeit der Kreuzzüge auf der Basis eines deutschen Spitals gegründet wurde. Mitglieder waren Ritter „deutscher Abstammung“. Der Orden hat mithilfe deutscher Fürsten für das Deutsche Reich Preußen erobert und verbreitete das Christentum. Dieser „religiöse Kampf“ hat sich allerdings im Osten „in einen rein nationalen Kampf der Deutschen gegen die Polen und die Russen“ verwandelt. Anschließend wird die These aus der nationalsozialistischen Interpellation wortwörtlich übernommen, dass der Orden zu einem der schrecklichsten Feinde der slawischen Nationen wurde, der sie erobern bzw. vernichten wollte. Die mittelalterliche Präsenz des Ordens in Böhmen und Mähren wird so dargestellt, dass der Orden „am Anfang des 13. Jahrhunderts bei uns nur die Kommende Troppau besaß“. Nach der Schlacht am Weißen Berg hat der Orden vom Kaiser Ferdinand II. als Geschenk die (durch die Habsburger konfiszierte) Herrschaft Freudenthal bekommen; später kamen noch die Herrschaften Eulenburg, Langendorf und die Burg Busau hinzu.

Eine weitere Germanisierungswelle entfaltete der Orden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in mährischem Grenzland. Zu diesem Zweck dienten v.a. die Priesterkonvente und der neugegründete Ordenszweig der Schwestern. Es sind viele Schulen entstanden, die vom Orden finanziert wurden und dessen Aufgabe es war, das Sudetenland zu germanisieren. Der finanzielle Aufwand war sehr hoch – über 1 Million Kronen pro Jahr. „Für die Errichtung von tschechischen Schulen hatte der Orden selbstverständlich keine finanziellen Mittel: Es ging ihm ja nur um die Germanisierung

---

<sup>515</sup> Nová svoboda von 3.3.1946.

<sup>516</sup> ABS, Fond 304, Sign. 304 – 10 – 3. In den Archivquellen steht unter dem Text der Hinweis, dass die Unterschrift bzw. die Urheberschaft unlesbar ist. Aus dem Zusammenhang könnte man vermuten, dass das Dokument aus dem Umfeld des Ortsnationalausschusses in Freudenthal stammt.

des Gebietes.“ Daraus zieht die Analyse den Schluss, dass der Orden „unter der Maske der Religion und der karitativen Arbeit lediglich nur germanisiert hat“.

Erst nach der kommunistischen Machtübernahme im Jahr 1948 fügte die Propaganda ausführliche Schilderungen über das Verhalten des Ordens zwischen 1938 und 1945 hinzu. In dem bereits erwähnten Buch „Verschwörung gegen die Republik“ (1949) werden diesem Thema mehrere Seiten gewidmet. Am Anfang wird die wahre Sendung des Ordens enthüllt: „Der Deutschritterorden kam in unser Land nach der Schlacht am Weißen Berg und ab dem ersten Augenblick germanisierte er Nordmähren und sammelte einen großen Besitz an... Seine Klöster in Freudenthal, Troppau und Neutitschein waren seit je ein gewaltiges Bollwerk des Preußentums und der sozialen Unterdrückung.“<sup>517</sup> Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte die Koalition der Reaktionsparteien und der Kirchenhierarchie den Orden vor einer gerechten Vergeltung zu verstecken – es ist aber zum Glück nicht gelungen.

Die Okkupation der Tschechoslowakei durch die Nazis habe der Orden laut der Autoren als eine Erfüllung der alten Sehnsüchte mit Begeisterung begrüßt. Das Verhalten der Schwestern in den Jahren 1938 und 1939 und in der Kriegszeit wird so beschrieben:

„Die Tschechen im Grenzland können sich bis heute mit Bitterkeit an den stürmischen Empfang erinnern, den die Ordensfrauen der deutschen Armee bereitet haben – an die Klosterfenster, die mit den Portraits Hitlers und mit Hakenkreuzen geschmückt wurden; an die freudigen Umarmungen der Ordensfrauen mit den deutschen Soldaten; an ihren Begeigerungsschrei... Die Frauenklöster des Deutschritterordens haben den Wehrmachtssoldaten Unterkunft angeboten und das Volk hat mit Ekel beobachtet, dass die Nonnen gegenüber den Soldaten überhaupt nicht zurückhaltend waren. Bereits im Jahr 1940 haben sich alle Ordensschwestern zur deutschen Nationalität bekannt und die Mehrheit von ihnen ging freiwillig an die Front. Die Burg Busau hat der Orden gerne Himmler und den Kurort Karlsbrunn Henlein geschenkt.“<sup>518</sup>

Es ist kein Wunder, setzen die Autoren fort, dass das tschechoslowakische Volk den Orden vom ganzen Herzen gehasst hat. Auch wenn der Orden nach dem Krieg versuchte, den eigenen Namen zu ändern und so den gerechten Volkszorn zu mildern, haben die

---

<sup>517</sup> SVOBODA/TUČKOVÁ/SVOBODOVÁ, Spiknutí proti republice, 137 – 138.

<sup>518</sup> SVOBODA/TUČKOVÁ/SVOBODOVÁ, Spiknutí proti republice, 138.

Leute ihren klaren Willen zum Ausdruck gebracht: den Ordensbesitz zu konfiszieren und die Ordensleute zu vertreiben!

Der Wille des Volkes wurde aber laut den Autoren in der Nachkriegszeit zunächst ignoriert. Während die Regierung in „ewigen Sitzungen“ die Frage des Ordens nicht zu lösen vermochte, wurden seine Klöster zum Asyl für Kriegsverbrecher. Viele „Nazistinnen“ sind in den Orden als Novizinnen nur aus dem Grund eingetreten, um sich vor der Untersuchung seitens der Staatsbehörden zu verstecken. Sowohl Hochmeister Schälzky als auch Provinzoberin Witková wussten angeblich davon und haben ihnen sogar geholfen, über die Staatsgrenze zu fliehen: „So sind viele Nazis geflohen, die auch Gold, Silber und kostbare Gegenstände mitgenommen haben.“<sup>519</sup> Als die Polizei die Klöster durchgesucht hatte, hat man auch viele chirurgische Geräte gefunden – in der Zeit, in der im Grenzland eine große medizinische Not herrschte und in der sind tschechische Leute nur deswegen gestorben sind, weil ihnen eine suffiziente medizinische Hilfe nicht geleistet werden konnte... Zum Schluss der Passage zum Deutschen Orden wird noch angedeutet, dass er auch für den Tod von Pfarrer Vysloužil (vgl. das Kapitel 3 dieser Arbeit) verantwortlich sei: Man weiß nicht, warum er gestorben ist, aber man habe festgestellt, dass er einen Tag vor seinem Tod ein sehr stürmisches Gespräch mit Hochmeister Schälzky führte.

Im Jahr 1949 arbeitete auch das Innenministerium, gemeinsam mit der Geheimpolizei, einen Überblick über die Geschichte des Deutschen Ordens aus, der für die Medien bestimmt wurde.<sup>520</sup> Die Beschreibung der älteren Ordensgeschichte hält sich wortwörtlich an die bereits erwähnten Vorlagen; nur der Neuanfang des Ordens in Mähren nach dem Schlacht am Weißen Berg wird ausführlicher geschildert und als eine „Bereicherung“ bezeichnet. Sehr ausführlich wird dagegen das Wirken des Ordens während der sog. Ersten Republik beschrieben: Seine Aufgabe war es, „das Deutschtum in der Tschechoslowakei zu beleben“. Der Orden hat angeblich enge Verbindungen zu Nazi-Deutschland gepflegt und in seinen Klöstern haben geheime Versammlungen der Partei Henleins stattgefunden. Der Orden sei eine Wiege dieser Bewegung (der Sudetendeutschen Partei) geworden, die sich „unter der Obhut des Ordens versteckte

---

<sup>519</sup> SVOBODA/TUČKOVÁ/SVOBODOVÁ, *Spiknutí proti republice*, 139.

<sup>520</sup> ABS, Fond 704/19 Ostrava.

und durch seine Klausel geschützt wurde, die aber für die Verschwörer Henleins nicht galt.<sup>521</sup>

Weiter wirft der Bericht dem Orden vor, dass er die ganze Zeit die Besetzung von Nordmähren durch Nazi-Deutschland vorbereitete. Die karitative Arbeit war dafür nur ein Vorwand: So wurden zum Beispiel aus Deutschland, gemeinsam mit Medikamenten, Waffen geschickt, die später den „Nazi-Horden“ im Sudetenland dienen sollten. Da die kapitalistische Tschechoslowakei die Autonomie des kirchlichen Ordens respektierte, merkte sie nicht, dass auf ihrem Gebiet „ein vorgeschobenes Nazi-Bollwerk des imperialistischen Dranges nach Osten“ entstand. Das Motto des Deutschen Ordens in dieser Zeit war: „Alles für den Sieg der deutschen Rasse!“ Es waren vor allem die Ordensschwwestern, die sich dieses Motto angeeignet haben: Sie haben überall die „nazistische Lehre“ propagiert mit dem Zusatz, dass sie ihr unter allen Umständen treu sein werden, auch wenn es Mord an tschechischer Bevölkerung bedeuten sollte. Anschließend wird im Bericht der Geheimpolizei wiederholt, dass die Ordensschwwestern die deutschen Soldaten nach der Besetzung Nordmährens herzlich begrüßt haben, darüber hinaus hatten sie Liebesbeziehungen mit ihnen. Im Jahr 1940 habe Hochmeister Schälzky auch die tschechischen Ordensschwwestern zur deutschen Nationalität „angemeldet“.

In der Kriegszeit habe der Orden seine verräterische Tätigkeit auch in der Slowakei entfaltet: Der Bericht erwähnt einen angeblichen Deutschordenspriester Prof. Kleczka, der direkt von Hochmeister Schälzky geleitet wurde und der ein Nazi-Agent war.<sup>522</sup> Prof. Kleczka habe ein Spionagenetz erbaut und mithilfe der Ordensschwwestern informierte er direkt den Sicherheitsdienst im Reich. Sein Ziel sei es gewesen, die Slowakei zu vernichten und die Slowaken auszurotten. Nach der Befreiung verschwand Prof. Kleczka („er bewegt sich irgendwo in der Slowakei“), die Ordensschwwestern

---

<sup>521</sup> ABS, Fond 704/19 Ostrava, 32. Höchstwahrscheinlich haben die Autoren nicht eine Klausel, sondern die Klausur gemeint - dieses Detail zeigt, dass sich die Geheimpolizisten in der kirchlichen Terminologie nicht viel ausgekannt haben.

<sup>522</sup> P. Kleczka war kein Deutschordenspriester, sondern ein Mitglied des Ordens der Verbisten. Im Jahr 1951 hat Sr. Koleta Marie Beňová gegenüber der Polizei ausgesagt, dass ihr dieser Priester während der Kriegszeit bei verschiedenen Verhandlungen mit den slowakischen Behörden oder bei dem Kauf des Hauses, in dem die Schwestern wohnten, geholfen hat. Angeblich unterstützte er auch die Bemühung, eine selbstständige Ordensprovinz in der Slowakei zu gründen. Er soll auch in Kontakt mit der Apostolischen Nuntiatur in Tyrnau (Trnava) gewesen sein. ABS, Fond V - 704/4 Ostrava.

übersiedelten zurück nach Mähren und blieben dem Nationalsozialismus ganz ergeben. Ihre Klöster wurden zu Zentren staatsfeindlicher Tätigkeit: Sie schmuggeln Kostbarkeiten über die Staatsgrenzen, sie verstecken Naziverbrecher, die auf der Flucht sind. Da sie „alles Slawische“ hassen (z.B. bezeichnen sie die tschechische Sprache als eine „Papageiensprache“), stellen sie eine große Bürde auf dem Weg zum sozialistischen Staat dar. Der Bericht schließt mit einem Vorwurf gegen den Olmützer Erzbischof Josef Matocha<sup>523</sup>: Er wusste um die staatsfeindliche Gesinnung des Ordens, aufgrund seiner Verbindung zu den Reaktionskreisen und dem imperialistischen Vatikan, ergriff aber keine Maßnahmen.

#### 4.2.5 Der Deutsche Orden in der Propaganda: Die Haupttopoi

Der Deutsche Orden passte schon aufgrund seiner Bezeichnung sehr gut in die kommunistischen propagandistischen Schemata hinein. Auch seine sowohl ältere als auch neueste Geschichte konnte die Propaganda für ihre Zwecke gut missbrauchen und interpretieren. Eine „Synopsis“ mit den Haupttopoi der allgemeinen antikirchlichen Propaganda könnte so ausschauen:

1. Der Deutsche Orden als eine gierige Institution, dem es nur um Besitz und seine Vermehrung geht.	Geschichte: Verbundenheit mit Adel, seine Herrschaft als soziale Unterdrückung, Loyalität zum Vatikan	Lösung: Enteignung und Verstaatlichung seines Besitzes
2. Der Deutsche Orden als ein antislawisches bzw. antitschechisches Element.	Drang nach Osten und Vernichtung der Slawen, die Habsburger, das Wirken des Ordens im Sudetenland	Vetreibung der deutschen Ordensmitglieder, strenge Bestrafung der tschechischen Verräter
3. Der Deutsche Orden als eine „Reaktionskraft“.	die „Kreuzritter“ als Gegner, Unterstützung des Feudalismus bzw. des aggressiven Imperialismus	Enthüllung der wahren Ziele des Ordens und seine endgültige Bekämpfung

<sup>523</sup> Josef Matocha (1888 – 1961) war ab 2.5. 1948 Nachfolger von Leopold Prečan auf dem Bischofsstuhl in Olmütz. Vor seiner Ernennung zum Erzbischof durch Pius XII. war er Dekan der Theologischen Fakultät in Olmütz, wo er christliche Philosophie und Dogmatik lehrte. Im Jahr 1950 spendete er im Geheimen dem späteren Kardinal Erzbischof von Prag František Tomášek die Bischofsweihe. Kurz danach wurde er von der kommunistischen Stasi in seiner Residenz interniert. Matocha war bis zu seinem Tod von der Außenwelt total isoliert: Er durfte zum Beispiel nicht Zeitungen lesen, wenn er in den Garten wollte, wurde er von Geheimpolizisten begleitet. Vgl. CHAROUZ, Jindřich, Josef Karel Matocha: Biskup – vyznavač 1888 – 1961 [Josef Karel Matocha: Bischof - Bekenner], Olmütz 1991.

Für die Propaganda scheint am interessantesten gewesen zu sein, dass der Deutsche Orden eine „deutsche“ kirchliche Institution auf tschechoslowakischem Gebiet darstellte – in diesem Sinn war seine Stellung einzigartig und bot viele Möglichkeiten. Der „deutsche“ Charakter des Ordens stand immer im Vordergrund des Interesses. So trat der erste Topos – Reichtum und Besitz des Ordens – etwas in den Hintergrund. Es wurde nur cursorisch erwähnt, dass es in der Geschichte im Herrschaftsbereich des Ordens soziale Unterdrückung gab und dass seine karitative Arbeit nur ein Vorwand für sein staatsfeindliches Wirken war. Die ganze Thematik tauchte auch im Rahmen der Gesamtkampagne gegen die katholischen Orden auf: Die Ordensgemeinschaften allgemein wurden zum Beispiel als „Säulen des Feudalismus“ oder „Beschützer der Zinsknechtschaft“ präsentiert.<sup>524</sup>

Die kommunistische Propaganda arbeitete oft mit dem Thema der „Habsucht“ der Orden und hat damit darauf hingewiesen, dass die Ordensleute im Alltag ein luxuriöses Leben führen, obwohl sie Armut versprochen haben. Analog dazu seien auch die Ordensinstitute (infolge der „Ausbeutung“ der einfachen Gläubigen) sehr reich und konzentrierten sich nur auf Vermehrung des Besitzes, der aber nicht der karitativen Arbeit, sondern den privaten Interessen der Ordensmitglieder diene. Die Wochenzeitschrift *Stráž lidu* („Wache des Volkes“)<sup>525</sup> schilderte im Artikel „Der Weg der Hierarchie – ein Weg in den Abgrund“ ausführlich einen fast mysteriösen „goldenen Schatz“ des Deutschen Ordens, der in seinen Kirchen und Kapellen versteckt wurde. Es ging zum Beispiel um Monstranzen, alte kostbaren Münzen oder „silberne Bilder“ – diese waren aber nicht zu gottesdienstlichen Zwecken, sondern zur Bereicherung des Ordens bestimmt. Die Staatsbehörden rief die Zeitschrift auf, das geplante Schmuggeln der Kostbarkeiten über die Staatsgrenze zu verhindern.

Die Darstellung des Ordens als einer „Germanisierungsinstitution“ war dagegen sehr ausführlich und sollte auf das Publikum in der Nachkriegszeit gezielt wirken. Der Orden sollte als ein Fremdkörper in der Tschechoslowakei wahrgenommen werden – dieser Strategie diene zum Beispiel die Behauptung, dass der Orden im Zug der

---

<sup>524</sup> DVOŘÁK, Miroslav/NEULS, Jindřich, Co se skrývalo za zdmi klášterů [Was sich hinter den Klostermauern versteckt hat], Prag 1950, 115.

<sup>525</sup> *Stráž lidu* von 23.12.1950.

Gegenreformation nach Mähren gekommen sei (und dass er durch die Habsburger beschenkt wurde). Ein solches „Bollwerk des Germanentums“, das im Laufe der Jahrhunderte seine antitschechische Tätigkeit entfaltete, kann nur mithilfe einer energischen (kommunistischen) Politik bekämpft werden – hier spielte die Geschichte eine entscheidende Rolle für die Gegenwart, konkret für die politischen Zwecke der kommunistischen Partei. Die „Wiederherstellung eines Nationalstaates“ wurde zum Hauptziel, dem u.a. die Vertreibung der deutschen Bevölkerung und die Verstaatlichung des „deutschen“ Besitzes dienen sollte (vgl. dazu auch das Kapitel 3 dieser Arbeit). Der kommunistische Politiker Václav Kopecký, der das Informationsministerium leitete, fasste die Politik seiner Partei so zusammen:

„Wir beheben die Schicksalsfehler der Vergangenheit und vertreiben die Deutschen aus unserer tschechischen Heimat. Wir geben der tschechischen Nation ihr ewiges Mutterland auch mit den schönsten Grenzgebieten zurück. Wir tschechisieren das ganze Grenzland und wir schaffen unserer Nation neue Reichtümer, neue Kraft und neue Entwicklungsmöglichkeiten. Wir verwirklichen den Traum vieler Generationen und bauen die Tschechoslowakei als einen Nationalstaat auf... Das tun wir als Kommunisten, die sich immer zum Internationalismus bekannt haben. Den Internationalismus verstehen wir aber nicht so, dass eine Nation – mit Berufung auf eine höhere germanische Rasse – durch Räuberei andere Nationen bedrohen dürfte oder dass eine Nation die slawischen Nationen durch Eisen und Feuer abschlachten könnte. Die internationale Brüderlichkeit besteht darin, dass sich die slawischen Nationen verbündet haben, um deutsche Eroberungen nie mehr zuzulassen. Wir haben daran Interesse, dass die Stärke der deutschen imperialistischen Räuber für allemal zerstört bleiben wird.“<sup>526</sup>

Vom ethnischen „Deutschtum“ war nicht nur die Gesellschaft (Vertreibung der Deutschen), sondern auch der Boden zu reinigen. Staatspräsident Gottwald interpretierte das Vorgehen gegen die Deutschen als „einen Abschluss des hundertjährigen Ringens unserer Nation gegen das fremde und feindliche Element, das von Außen auf unseren tschechischen Boden durchdrang. Heute kehrt der Boden in die tschechischen Hände zurück und wir werden alles dafür tun, dass der Boden auf ewig

---

<sup>526</sup> Rudé právo von 31.3.1946. Von einer Entgermanisierung sprach sehr oft auch Staatspräsident Edvard Beneš. Bekannt ist seine Äußerung von Juni 1945: „Unsere Lösung muss es sein, unsere Republik kulturell, wirtschaftlich und politisch zu entgermanisieren...“ Vgl. KUNŠTÁT, Miroslav, Bilder der Vergangenheit in den Reden der ersten drei kommunistischen Präsidenten der Tschechoslowakei, in: CORNELIßEN, Christoph/HOLEC, Roman/PEŠEK, Jiří (Hgg.), Diktatur. Krieg. Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945, Essen 2005, 149 – 171.

tschechisch bleibt.<sup>527</sup>“ Zum Schauplatz, an dem der Endkampf gegen die germanischen Elemente stattfindet, wurde das Sudetenland – also jenes Gebiet, auf dem der Deutsche Orden jahrhundertlang wirkte.

Mit dem Begriff „Sudetenland“ hat man ursprünglich die Berggrate auf der tschechisch-schlesischen Grenze bezeichnet. Nach dem Ersten Weltkrieg bekam er eine politische Prägung: Das Sudetenland bedeutete einfach das Gebiet im Rahmen der Tschechoslowakei, das von den „Sudetendeutschen“, d.h. von den Deutschen im Grenzland, bewohnt war. Nach 1945 erklärte das tschechoslowakische Innenministerium, dass der Begriff nicht mehr weiter verwendet sein sollte.<sup>528</sup> Die ab jetzt bevorzugte Bezeichnung „Grenzland“ sollte zum Ausdruck bringen, dass diese Gebiete eine Abgrenzung von Deutschland darstellen; zugleich sind sie derjenige Ort, aus dem die neue „reine“ Gesellschaft ins Binnenland ausstrahlt. In diesem Sinn war das Grenzland das Land, auf dem nach der Beseitigung aller alten Unrechte eine neue Gesellschaft mit fast utopischen Zügen entstehen wird, die für die ganze befreite Tschechoslowakei ein attraktives Vorbild und eine anziehende Inspiration sein wird.

Zu den alten brennenden Unrechten gehörten zum Beispiel die Konfiskationen nach der Schlacht am Weißen Berg, die – in der kommunistischen Darstellung – zugunsten des (deutschen) Fremdadels durchgeführt wurden. Das Motto „Den Weißen Berg wiedergutzumachen“ verband zwei populäre Motive – das nationale und das soziale und rechtfertigte so ideologisch die großen Enteignungen. Auf dem Dekret des Landwirtschaftsministers Ďuriš, das jeder Bauer bekommen hat, dem ein Boden zur Neubesiedlung des Grenzlandes zugeteilt wurde, hieß es ausdrücklich: „Die Regierung strebt danach, ein für alle Mal den tschechischen und slowakischen Boden den Händen der Fremden zu entreißen und ihn dem tschechoslowakischen Bauernschaft zurückzugeben... So wird der Weiße Berg wiedergutmacht und aus dem Grenzland wird eine feste Schanze der Staatsgrenze entstehen...“<sup>529</sup>. Es überrascht nicht, dass in fast jeder kommunistischen Darstellung der Geschichte des Deutschen Ordens der Hinweis stand, dass der Orden nach Mähren nach der Schlacht auf dem Weißen Berg

---

<sup>527</sup> Zitiert nach PLACÁK, Gottwaldovo Československo jako fašistický stát, 125.

<sup>528</sup> WEIDEMANN, Pojd' s námi budovat pohraničí, 29 – 30.

<sup>529</sup> SPURNÝ, Matěj, Nejsou jako my. Česká společnost a menšiny v pohraničí 1945 – 1960 [Sie sind nicht wie wir. Die tschechische Gesellschaft und die Minderheiten im Grenzland 1945 - 1960], Prag 2011, 35.

gekommen ist. Aus dieser Bemerkung geht hervor, dass er nicht nur ein Träger der (deutschen) Gegenreformation und der sozialen Unterdrückung gewesen sei, sondern dass er auch aus den damaligen Konfiszierungen profitiert habe.<sup>530</sup>

In der Darstellung des Ordens als einer „Reaktionskraft“ konnte die mittelalterliche Geschichte mit dem Gefühl der Bedrohung von außen bzw. mit seiner Erregung und ständigen Erhaltung verknüpft werden. Die alten „deutschen Kreuzritter“ (so wird oft auch der Deutsche Orden bezeichnet), die schon gegen die fortschrittliche hussitische Bewegung gekämpft haben, wurden mit dem Nationalsozialismus verglichen (der Deutsche Orden als „Verbündeter und Beschützer der Nazis“) und jetzt in seinen Nachfolgern - in den imperialistischen Kräften (v.a. West – Deutschland, die Vereinigten Staaten und der Vatikan) identifiziert. Die Gemeinsamkeit aller Formen des „deutschen Kreuzrittertums“ besteht vor allem darin, dass sie alle die Tschechen/die Slawen bzw. die sozialistische Gesellschaft (und somit den Weltfrieden) hassen und dass sie bereit sind, sie mit Gewalt zu vernichten.

Jan Randák beschreibt in diesem Zusammenhang die Feierlichkeiten zum 520. Jahresjubiläum der Schlacht von Domažlice (Taus, Westböhmen)<sup>531</sup>, in der die Hussiten den Kreuzzug gegen Böhmen mit Kardinal Cesarini an der Spitze abgewehrt hatten. Sie fanden im August 1951 statt und wurden von der propagandistischen Abteilung der kommunistischen Partei vorbereitet und finanziell unterstützt. Im Programm standen mehrere Veranstaltungen wie Ausstellungen oder eine Militärschau, den Höhepunkt stellte allerdings die Festrede des Verteidigungsministers Alexej Čepička dar. Der Redner warf dem damaligen Papst, dem „deutschen“ Kaiser Sigismund und den Kreuzrittern vor, dass sie ein Blutbad als Rache für den Widerstand des tschechischen Volkes gegen die Ausbeutung durch den sowohl weltlichen als auch kirchlichen Adel geplant hatten. Die

---

<sup>530</sup> In Wirklichkeit stimmt diese Behauptung nur teilweise. Im Jahr 1620 schenkte Kaiser Ferdinand II. dem Deutschen Orden die Festung Heinzendorf und das kleine Renaissanceschloss Meidelberg in Nordmähren, die beide den protestantischen Ständen konfisziert wurden. Für die Herrschaft Freudenthal, die zu Grundlage seines Wirkens in Nordmähren wurde, hat der Orden im Jahr 1621 ordentlich bezahlt – 200 000 Gulden, was für damalige Verhältnisse ein hoher Preis war; zudem war die Herrschaft in dieser Zeit total ausgeplündert und daher verlustreich. Herrschaft Eulenburg hat Hochmeister Karl von Österreich 1623 vom Rebellen Johann Kobyłka von Kobilso käuflich erworben, der auf diese Weise einer Konfiszierung auswich. Vgl. DEMEL, Bernhard, Karl von Österreich. In: ARNOLD, Udo (Hg.), Die Hochmeister des Deutschen Ordens 1190 – 2012. Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, Band 40, Weimar 2014, 204.

<sup>531</sup> RANDÁK, V záři rudého kalicha, 291 – 299.

„Kreuzritterinterventen“ haben das größte Heer, das die Welt je gesehen hat, gesammelt – trotzdem wurden sie jedoch von den Tschechen besiegt, die sich gegen die fremde Unterdrückung verteidigt haben. „Auch heute“, setzte Minister Čepička fort, „versammelten sich die Kreuzrittersöldner aus der ganzen Welt, die einen neuen Kreuzzug gegen die Sowjetunion und gegen andere volksdemokratische Länder vorbereiten“<sup>532</sup>. Den Kern der Söldner bilden die wiederbewaffneten Nazi – Horden, auch sie werden aber durch die tschechische Armee mit Hilfe der Sowjetunion eine große Niederlage erleiden, genauso wie die Kreuzritter durch die Hussiten bei Taus.<sup>533</sup>

Auch wenn der Deutsche Orden bereits am Anfang der kommunistischen Herrschaft völlig dezimiert war und im Vergleich zu anderen Orden eine winzige Gemeinschaft darstellte (in der Tschechoslowakei befanden sich um 1950 ein einziger Ordensbruder, ein Familiare und ungefähr siebzig Ordensschwestern), war er für die kommunistische Macht ein hochinteressantes Ziel. Die Ordensgeschichte, die Habsucht des Ordens und die daraus resultierende Ausbeutung der Untertanen, die „deutsche Abstammung“, das angebliche Verhalten des Ordens in der Krisenzeit nach 1938 und das daraus resultierende Bild des Ordens als eine dauernde Bedrohung der sozialistischen Gesellschaft konnten vor breiter Öffentlichkeit propagandistisch gut verwertet werden. Dies geschah, wie im Fall einiger anderer Orden, in einem großen öffentlichen Schauprozess.

---

<sup>532</sup> RANDÁK, V záři rudého kalicha, 296.

<sup>533</sup> Bei der Schilderung einer Bedrohung von Deutschland musste sich die kommunistische Propaganda allerdings damit abfinden, dass die Deutsche Demokratische Republik ein Verbündeter der Tschechoslowakei im Rahmen des sozialistischen „Friedenslagers“ war. Zum Beispiel Zdeněk Nejedlý wies im Sinne des Internationalismus darauf hin, dass nicht alle Deutschen gleich sind. Nach seinem Besuch in Weimar schrieb er, dass die Deutschen früher nicht die expansive Nation waren, zu der sie erst unter dem Einfluss „des Kapitalismus und des militärischen Preußentums“ geworden sind. Er erinnerte an die schönen alten Zeiten, in denen nicht Bismarck und umso weniger Hitler, sondern Goethe, Schiller und Herder die wahren Repräsentanten des Deutschen Volkes waren. RANDÁK, V záři rudého kalicha, 214. Vgl. auch ZIMMERMANN, Volker, Eine sozialistische Freundschaft im Wandel. Die Beziehungen der SBZ/DDR und der Tschechoslowakei (1945 – 1969), Essen 2010.

## 4.3 Liquidierung der Ordensgemeinschaften und der Deutsche Orden

Der Deutsche Orden befand sich nach der kommunistischen Machtübernahme im Jahr 1948 in einer sehr schwierigen Lage. Die überwiegende Mehrheit der Ordensbrüder war bereits vertrieben und auf dem Gebiet der Tschechoslowakei verblieben lediglich zwei Ordenspriester und ein Familiare – P. Lambert Seidl OT in Troppau, P. Stanislav Dostál OT in der alten Ordenspfarre Langendorf und Pfarrer Jindřich Stuchlík (in dieser Zeit Kaplan in der Stadt Kyjov/Gaya, Südmähren). Am 26. August 1949 wurde P. Dostál auf einem Feld neben seinem Pfarrhaus tot aufgefunden.<sup>534</sup>

Die Ordensschwwestern waren zwar zumindest in den ersten Monaten keiner direkten Schikane seitens der Staatsbehörden ausgesetzt, erlebten aber eine große Unsicherheit, was ihr weiteres Wirken und ihre Präsenz in ihren Niederlassungen betraf. Jegliche Kontakte sowohl mit dem neuen Hochmeister Marian Tumler (gewählt am 10. Mai 1948) als auch mit den vertriebenen Mitschwwestern in Bayern und in Österreich waren aufgrund des in dieser Zeit entstandenen „Eisernen Vorhangs“ unmöglich. Was die Zahlen betrifft, befanden sich im Land laut eines Berichtes des Innenministeriums<sup>535</sup> 69 Deutschordensschwwestern. Sie wirkten in Troppau (Mutterhaus, ehemaliges Ordenskrankenhaus und Zentrum der Provinz), im Kreis Freudenthal (ein Kloster in der Stadt Freudenthal, Niederlassungen in Langendorf und in Braunseifen), in Zwittau (Svitavy) und in Preßburg. Es handelte sich nur mehr um diejenige Schwwestern, die tschechischer oder slowakischer Abstammung waren oder die bereits die

---

<sup>534</sup> Aus den zugänglichen Quellen lässt sich nicht erschließen, ob P. Stanislav Dostál OT aufgrund seines hohen Alters (77) verstarb oder ob man an eine Beteiligung der kommunistischen Sicherheitsdienste denken könnte. Ein Mord durch die Staatssicherheit scheint eher unwahrscheinlich zu sein: Für die propagandistischen Zwecke wäre es viel günstiger gewesen, ihn mit seinem „jugoslawischen Hintergrund“ vor Gericht zu stellen (was auch die allgemeine Taktik der Kommunisten war) – in dieser Zeit herrschte nämlich in der Presse infolge der Zwietracht zwischen Sowjetunion und Jugoslawien eine große Kampagne gegen die „Tito – Faschisten“. Dass sein Tod nirgendwo in den Quellen der Staatssicherheit erwähnt wurde (im Unterschied zum Fall von Pfarrer Vysloužil), könnte darauf hindeuten, dass er für sie „nutzlos“ war. Es ist auch die Variante nicht auszuschließen, dass er zum Opfer der chaotischen Verhältnisse im Sudetenland wurde, wo Räubereien und Überfälle in der Zeit der Neubesiedlung an der Tagesordnung waren. So erzählt zum Beispiel die Pfarrchronik aus Freudenthal (von Langendorf nicht weit entfernt), dass es noch im Jahr 1950 nicht ungewöhnlich war, dass der Pfarrer in der Frühe auf den Straßen Leichen gefunden habe. Vgl. Pfarrchronik von Freudenthal, 1950/I. Diese Variante würde auch das Schweigen der Quellen erklären, weil die Ermordung eines alten und wehrlosen Priesters das kommunistische Bild des makellosen neubesiedelten Grenzlands wesentlich gestört hätte.

<sup>535</sup> ABS, Fond V 704/20 Ostrava.

tschechoslowakische Staatsbürgerschaft besaßen; viele von ihnen konnten weiterhin in Krankenhäusern oder in der Hauskrankenpflege arbeiten.<sup>536</sup> Am 16. Dezember 1948 wurde Sr. Antonia Witková zur Provinzoberin wiedergewählt.

Im Unterschied zum Deutschen Orden erlebten die anderen Ordensgemeinschaften, wie etwa die Jesuiten oder die Prämonstratenser, in den Jahren 1945 – 1948 eine gewisse Blütezeit. In der Literatur wird betont, dass ihre sowohl personale als auch wirtschaftliche Situation sehr gut war; einige Angehörige der Nachkriegsgeneration gehörten zur wissenschaftlichen Elite ihrer Zeit.<sup>537</sup> Trotz aller Probleme mit dem kommunistischen Informationsministerium gelang es den Ordensleuten, ausgezeichnete Zeitschriften herauszugeben – es wären zum Beispiel die Zeitschriften der Jesuiten oder der Dominikaner zu erwähnen. Die Ordensschwestern hatten vor allem in den Krankenhäusern und in verschiedenen Einrichtungen der Caritas (wie Kinder- oder Altenheime) gearbeitet; auch hatten viele von ihnen Schulen geleitet. „Die Ordensfrauen waren allgemein aufgrund ihrer Opferbereitschaft und aufgrund ihrer verantwortungsvollen Arbeit beliebt. In den Krankenhäusern wurden ihr liebenswürdiger Zugang zu den Patienten, ihre Erfahrung und ihre Professionalität geschätzt, weil die Mehrheit von ihnen eine entsprechende Ausbildung absolviert hatte.“<sup>538</sup>

Nicht nur aus diesen Gründen standen die Ordensgemeinschaften bald im Mittelpunkt des totalitären Staates und wurden zum weiteren Ziel der kommunistischen Repression. Im Folgenden werden die Liquidierung der Männerorden, in deren Vorfeld der Deutsche Orden eine wichtige Rolle gespielt hatte, das Vorgehen gegen die

---

<sup>536</sup> Trotz aller Proklamationen hatte das kommunistische Regime die (deutschsprachigen) Ordensschwestern in Krankenhäusern geduldet, weil es allgemein ein großer Mangel an geschultem Zivilpersonal herrschte, zum Beispiel bei der Verpflegung der schwerkranken Patienten oder in den Anstalten für mental Kranke. TESÁŘ, Petr, *Ženské řehole v období totality* [Die Frauenorden in der Zeit des Totalitarismus]. In: VLČEK, Vojtěch (Hg.), *Ženské řehole za komunismu 1948 - 1989* [Die Frauenorden während des Kommunismus 1948 - 1989], Olmütz 2005, 30. Dass die deutsche Abstammung nicht immer ein unüberwindbares Problem darstellen musste, zeigt zum Beispiel ein Vorfall aus Mährisch-Neustadt: Zwei deutsche Deutschordensschwestern waren im dortigen Pflegedienst so geschätzt, dass ihnen die Ortsverwaltung die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft besorgt hatte, um ihre Vertreibung zu verhindern. GRUBER, *Hinter dem Eisernen Vorhang*, 84.

<sup>537</sup> BALÍK/HANUŠ, *Katolická církev v Československu 1945 – 1989*, 153; VLČEK, *Perzekuce mužských řádů a kongregací komunistickým režimem 1948 – 1964*, 22.

<sup>538</sup> VLČEK, Vojtěch, *Procesy s řeholnicemi v 50. letech* [Die Schauprozesse mit den Ordensfrauen in den 50er Jahren]. In: DERS. (Hg.), *Ženské řehole za komunismu 1948 - 1989* [Die Frauenorden während des Kommunismus 1948 - 1989], Olmütz 2005, 60.

Frauenorden und der anschließende Schauprozess gegen den Deutschen Orden und die damit zusammenhängenden Ereignisse behandelt.

### 4.3.1 Vorbereitung der „Aktion K“

Die Verfolgung der Orden ist in der tschechischen Kirchengeschichte bereits aus älteren Zeiten bekannt: Man könnte an die Ermordungen der Ordensleute und die massiven Ausplünderungen der Klöster in der Epoche der hussitischen Kriege im 15. Jahrhundert denken. Schwer verfolgt wurden die Ordensleute in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges; bekannt sind die Aufhebungen vieler Orden unter Kaiser Joseph II. Mit vielen Repressionen war auch die Zeit der nationalsozialistischen Okkupation der Tschechoslowakei verbunden, die zum Beispiel die Barmherzigen Brüder (die genauso wie der Deutsche Orden von der Nazi-Verwaltung aufgelöst wurden), die Benediktiner der Prager Abtei Emaus (Emauzy) oder die Prämonstratenser in Neureisch (Nová Říše) hart getroffen hatte.<sup>539</sup> Die Größe der kommunistischen Verfolgung, die gewöhnlich als „Aktion K“ bezeichnet wird, ragt allerdings in der Geschichte der Orden in Böhmen und Mähren hervor und auch mit Blick auf die Länder des ehemaligen Ostblocks findet man dazu keine Parallele.<sup>540</sup>

Die kommunistische Partei hielt die Orden für eine der Hauptstützen der katholischen Kirche und viele ihre führenden Vertreter fürchteten, dass sie nach der Ausschaltung und Isolierung der Bischöfe zum Zentrum der kirchlichen Opposition würden. Ihre Befürchtungen trafen teilweise zu, weil das Kommunitätsleben und eine gewisse Autonomie innerhalb der Kirche den Ordensleuten eine einheitliche, durch die Ordensgelübde verstärkte Position ermöglichten.<sup>541</sup> Darüber hinaus konnten sie weiterhin einen gewissen Einfluss unter denjenigen Schichten der Bevölkerung behalten, die „kritisch“ zum neuen Regime blieben (vor allem in den traditionell stark katholischen Gebieten und in den größeren Städten), also in dem Milieu, in dem regimekonforme

---

<sup>539</sup> VLČEK, Vojtěch, *Procesy s řeholníky v 50. letech a v první polovině 60. let* [Die Prozesse mit den Ordensleuten in den 50er Jahren und in der ersten Hälfte der 60er Jahre]. In: STŘÍBRNÝ, Jan (Hg.), *Církevní procesy 50. let* [Die Kirchenprozesse der 50er Jahre], Kostelní Vydří 2002, 111.

<sup>540</sup> BALÍK/HANUŠ, *Katolická církev v Československu 1945 – 1989*, 154.

<sup>541</sup> VLČEK, *Procesy s řeholníky v 50. letech a v první polovině 60. let*, 113.

Weltpriester nicht akzeptiert wurden. Nicht zuletzt waren ihre internationalen Kontakte (zum Beispiel mit Generaloberen) und ihre Vernetzung mit Klöstern im Ausland der Parteiführung ein Dorn im Auge. Auf eigene Weise hat ein kommunistischer Prokurator während eines Plädoyers vor Gericht die Beschuldigungen gegen die Orden so zusammengefasst:

„Der Vatikan führt seine Politik mittels der hohen Hierarchie und mit Hilfe der Klöster und der Orden durch. Die Orden und die Klöster bilden die ergebene Armee des Vatikans! In diesem Kampf sind die Rollen der Orden, wie wir sehen, aufgeteilt: So bereiten zum Beispiel die Prämonstratenser einen bewaffneten Aufstand vor... Die Aufgabe der Jesuiten ist Spionage; gemeinsam mit den Redemptoristen sollten sie auch die Moralerziehung unserer Jugendlichen verletzen. Der Orden der Franziskaner sollte unter der Maske der sogenannten Mission das sozialistische Land zerrütten... Die Orden wurden in der Tat zu einer zerstörerischen Kolonne des Vatikans, zu einer der festesten Stützen seiner Politik. Falls wir uns bewusst werden, dass alle Orden und Ordensleute durch eine eiserne Disziplin und durch Gehorsam gegenüber Oberen und dem Vatikan verpflichtet sind, können wir daraus keine andere Folgerung ziehen, als dass ihr ganzes Wirken von der Absicht geleitet wird, unser sozialistisches System zu zerrütten und den Kapitalismus wieder herzustellen...“<sup>542</sup>

Einer der Faktoren, warum sich die kommunistische Partei von den Ordensgemeinschaften bedroht fühlte, war auch die relativ hohe Zahl der männlichen Ordensleute auf dem Gebiet der Tschechoslowakei. Zu den größten Gemeinschaften gehörten die Salesianer, die Redemptoristen, die Jesuiten und die Franziskaner.<sup>543</sup>

	Orden	Häuser	Ordensmänner
Böhmen und Mähren	26	151	1509
Tschechoslowakei	42	247	2528

<sup>542</sup> Rudé právo von 4.5.1950.

<sup>543</sup> BALÍK/HANUŠ, Katolická církev v Československu 1945 – 1989, 156; VLČEK, Vojtěch, Perzekuce mužských řádů a kongregací komunistickým režimem 1948 – 1964, 44.

Das Staatsamt für kirchliche Angelegenheiten arbeitete spätestens seit Sommer 1949 an konkreten Strafmaßnahmen, die im Fall der Orden ergriffen werden könnten und die zur Lösung des Ordensproblems führen würden.<sup>544</sup> Man überlegte zum Beispiel die Auflösung von einigen Orden, die „gegen die Tschechoslowakei verstoßen haben“<sup>545</sup>; es sollten auch Prozesse gegen die Ordensmänner vorbereitet werden und das ganze Vorgehen sollte von einer erklärenden Kampagne in den Medien begleitet werden.

Obwohl der Deutschen Orden in dieser Zeit in der Tschechoslowakei lediglich durch einen einzigen Ordensmann vertreten war, spielte er am Anfang der Vorbereitungen eine sehr wichtige Rolle. Einer der ersten konkreteren Vorschläge des Staatsamtes für die kirchlichen Angelegenheiten rechnete nämlich in erster Linie mit Auflösung und Verbot der Jesuiten und des Deutschen Ordens als mit einer Art Eröffnung des ganzen Geschehens.<sup>546</sup> Das entsprechende Archivadokument, das als Unterlage für das Zentralkomitee der Partei konzipiert wurde, widmet sich am Anfang dem Jesuitenorden, der im aktuellen staatsfeindlichen Zug des Vatikans und der katholischen Kirche eine wichtige Aufgabe habe: das gläubige Volk negativ zu beeinflussen und die Weltpriester zu bespitzeln. Da er wichtige Wallfahrtsorte betreute, verfügte er über viele Möglichkeiten, unter der Bevölkerung alarmierende Nachrichten zu verbreiten; seine Klöster seien gleichzeitig ein Zentrum der vatikanischen Spionage in der Tschechoslowakei.

Auch der Deutsche Orden habe sich laut der Darstellung in der letzten Zeit gegen die tschechoslowakische Republik schwer vergangen, indem er den Okkupanten geholfen und in demer das tschechische Volk verfolgt habe. Seine Mitglieder seien die schlimmsten Feinde der nationalen Freiheit. Beiden Orden sei gemeinsam, dass ihre Feindschaft gegenüber der Republik nicht neu ist: „Seit Jahrhunderten sind sie Repräsentanten der dunkelsten Reaktion, die unser Volk verklavt hat ... und die sich um

---

<sup>544</sup> Den Ausgangspunkt bildete der erste, noch nicht konkrete Plan vom August 1949, die Ordensgeistlichen an einigen Orten zusammenzufassen. KAPLAN, Staat und Kirche in der Tschechoslowakei, 101.

<sup>545</sup> BULÍNOVÁ/JANIŠOVÁ/KAPLAN, Církevní komise ÚV KSČ. Edice dokumentů, 319.

<sup>546</sup> NA ČR, Fond SÚC dodatky, Sign. ŘKC – řády 1949 – 1956. Auf den Urkunden steht kein genaues Datum, es ist aber anzunehmen, dass sie im Zeitraum zwischen Oktober/November 1949 und Mitte Januar 1950 entstanden sind.

das Verderben unserer nationalen Existenz bemüht hat.“<sup>547</sup> In den schweren Stunden in der Geschichte nicht nur des tschechischen Volkes (es wird ihr feindliches Wirken auch in anderen Ländern angedeutet) hätten die beiden Orden die Bücher verbrannt, alles Fortschrittliche verfolgt und die Bevölkerung in sowohl kultureller als auch sozialer Knechtschaft gehalten. Aus diesen Gründen schlug das Staatsamt für kirchliche Angelegenheiten vor, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- a) Jegliches Wirken der Jesuiten und des Deutschen Ordens im ganzen Land ist einzustellen. Genauso werden alle Organisationen, Vereinigungen oder Gruppen, die von den Mitgliedern beider Orden gegründet oder geleitet werden, für unerlaubt erklärt.
- b) Alle Mitglieder des Jesuitenordens und des Deutschen Ordens und alle Personen, die in ihren Klöstern wohnen, müssen ihre Gebäude innerhalb von 7 Tagen verlassen. Die Mitglieder der beiden Orden sind verpflichtet, eine ordentliche Anstellung zu suchen oder in eine andere Ordensgemeinschaft überzutreten.<sup>548</sup> Dies gilt nicht für die Ordensoberen, die in einem „geeigneten Objekt“ interniert werden. Die ganze Aktion sollte am 13. 3. 1950 stattfinden.
- c) Die Staatsbehörden werden den Mitgliedern der beiden Orden dabei helfen, eine ordentliche Arbeit zu finden oder sich nach dem Übertritt in eine andere Ordensgemeinschaft der ordnungsgemäßen religiösen Sendung widmen zu können.

Vor der eigentlichen Auflösung sollte noch eine gegen die beiden Orden gerichtete Pressekampagne durchgeführt werden, die das reaktionäre Wirken in den Klöstern enthüllen werde. Diese Kampagne sollte die Bevölkerung auf weitere Schritte gegen andere Orden vorbereiten – in der zweiten Welle rechnete das Dokument mit dem

---

<sup>547</sup> NA ČR, Fond SÚC dodatky, Sign. ŘKC – řády 1949 – 1956.

<sup>548</sup> Ursprünglich gab es auch einen strikteren Vorschlag, nach dem die Klöster der beiden Orden einfach überfallen und die Ordensleute in ein Konzentrationskloster transportiert werden sollten. Diese Variante wurde aber nicht weiter diskutiert – höchstwahrscheinlich aufgrund einer Ungewissheit, wie die Bevölkerung vor allem in den ausgeprägt katholischen Gebieten reagieren würde. Es ging also um die Jesuiten, weil der Deutsche Orden in dieser Zeit keine Pfarrei mehr betreut hatte.

Eingriff gegen die Salesianer, die Redemptoristen, die Franziskaner, die Prämonstratenser und gegen die Tröster von Gethsemani<sup>549</sup>.

Während der Sitzung der Sechserausschusses<sup>550</sup> am 18. 1. 1950<sup>551</sup> äußerte sich Informationsminister Kopecký im Sinne des Dokumentes des Staatsamtes für kirchliche Angelegenheiten und schlug das offizielle Verbot der Jesuiten und des Deutschen Ordens vor. Aus Sicherheitsgründen empfahl er dieses Vorgehen ausschließlich für diese zwei Orden: Bei anderen Ordensgemeinschaften sollte man die Maßnahmen einzeln und konkret erwägen, wobei man nur mit den städtischen Klöstern anfangen sollte. Das Präsidium des Parteizentralkomitees behandelte den Vorschlag des Sechserausschusses am 30. 1. 1950<sup>552</sup> und stimmte den Maßnahmen zu; aus den Notizen von Verteidigungsminister Čepička geht allerdings hervor, dass es während der Debatte unterschiedliche Positionen gab. Die radikalere Seite (z.B. Staatspräsident Gottwald oder Landwirtschaftsminister Ďuriš) verlangte ein schnelles und striktes Vorgehen, die „gemäßigten“ Kommunisten warnten vor der Reaktion der Gläubigen, vor allem an den Wallfahrtsorten und in der Slowakei. Eine überraschende Wende kam während der Sitzung des Präsidiums am 13. 2. 1950, auf der eine spezielle Aktion gegen die Jesuiten und gegen den Deutschen Orden abgelehnt bzw. eingestellt wurde. Die genauen Gründe dafür lassen sich aus den Quellen schwer erschließen. Historiker Vlček ist der Meinung, dass das widerrechtliche Vorgehen viel zu auffällig sei und es um die Angst vor den Reaktionen aus dem Ausland ging.<sup>553</sup> In der Tat bezeugen die Protokolle der Sitzungen

---

<sup>549</sup> Die Kongregation der Tröster von Gethsemani (*Congregatio Fratrum Consolatorum de Gethsemani*) wurde 1922 in Wien vom tschechischen Priester Jan Litomiský gegründet; ihre Aufgabe war Pflege der Kranken und Armen und Seelsorge unter den Landsleuten im Ausland. Nach Böhmen sind die Tröster erst 1935 gekommen, im Jahr 1949 hatte die Kongregation 42 Mitglieder. Ins Visier der Kommunisten sind sie wahrscheinlich aus dem Grund geraten, da sie große Wallfahrtsorte wie etwa Klokoty/Klokot in Südböhmen verwaltet haben. VLČEK, *Perzekuce mužských řádů a kongregací komunistickým režimem 1948 – 1964*, 54.

<sup>550</sup> Der „Sechserausschuss“ war eine Kommission des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, die für die Kirchenpolitik verantwortlich war. Er wurde im April 1950 ernannt; sein Vorsitzender war Verteidigungsminister und Schwiegersohn des Staatspräsidenten Alexej Čepička. Seine Zusammensetzung war sehr repräsentativ: Zu seinen Mitgliedern gehörten Informationsminister Václav Kopecký, stellvertretender Ministerpräsident Zdeněk Fierlinger, Außenminister Vladimír Clementis, Experte der Partei für „den Kampf gegen die ideologische Diversion“ Jiří Hendrych und der slowakische Politiker und Agent der NKWD Viliam Široký. An den Sitzungen nahm sehr oft auch Schulminister Zdeněk Nejedlý teil. BALÍK/HANUŠ, *Katolická církev v Československu 1945 – 1989*, 106; KAPLAN, *Staat und Kirche in der Tschechoslowakei*, 55.

<sup>551</sup> BULÍNOVÁ/JANIŠOVÁ/KAPLAN, *Církevní komise ÚV KSČ. Edice dokumentů*, 334 – 336.

<sup>552</sup> BULÍNOVÁ/JANIŠOVÁ/KAPLAN, *Církevní komise ÚV KSČ. Edice dokumentů*, 354 – 355.

<sup>553</sup> VLČEK, *Perzekuce mužských řádů a kongregací komunistickým režimem 1948 – 1964*, 61.

sowohl des Sechserausschusses als auch des Zentralkomitees, dass „das Ausland“ bzw. „die ausländischen Journalisten“ in den Überlegungen immer eine gewisse Rolle gespielt haben. Es mögen aber auch „praktische“ Einwände überwogen haben: Die Reaktion der gläubigen Bevölkerung war sehr schwer abzuschätzen (diese Befürchtung würde nur die Jesuiten betreffen) und die anderen Ordensgemeinschaften wären gewarnt, dass auch ihnen eine ähnliche Auflösung drohen könnte. Interessanterweise wird nirgendwo darauf hingewiesen, dass der Deutsche Orden mit einem einzigen Ordensmann für solche spektakuläre Vorgangsweise nicht besonders taugt – es wäre naheliegend zu vermuten, dass die ideologischen Gründe immer noch sehr wichtig waren.

Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei hat in den folgenden Wochen beschlossen, dass die Orden nicht staatlich aufgelöst würden, sondern dass die Ordensmänner zunächst in den sog. Sammelklöstern (im Grenzland) „zentralisiert“ werden sollten.<sup>554</sup> In der ersten Etappe sollten Mitglieder der größten Ordensgemeinschaften und des Deutschen Ordens zentralisiert bzw. interniert werden:

Orden	Sammelkloster
Salesianer	Osek/Ossegg, Nordböhmen
Redemptoristen	Králíky/Grulich, Nordostböhmen
Jesuiten	Bohosudov/Mariaschein, Nordböhmen
Franziskaner	Hejnice/Haindorf, Nordböhmen
Prämonstratenser, Tröster, Deutscher Orden	Broumov/Braunau, Ostböhmen

Die zweite Etappe sollte die restlichen Orden betreffen; bei der Durchführung von beiden Etappen sollten vor allem die Polizei und der Staatssicherheitsdienst und die Volksmilizen assistieren. Die Bevollmächtigten des Staatsamtes für kirchliche Angelegen sollten den verlassenen Ordensbesitz übernehmen und registrieren, die Vorsitzenden der zuständigen Ortsnationalausschüsse waren für die Begründung und Erklärung vor

<sup>554</sup> BULÍNOVÁ/JANIŠOVÁ/KAPLAN, Církevní komise ÚV KSČ. Edice dokumentů, 410.

der Bevölkerung zuständig. Später wurde entschieden, dass alle Ordensoberen, Hausoberen und die besonders reaktionären Ordensleute (darunter auch P. Lambert Seidl OT) in ein spezielles Internierungskloster überführt werden sollten – nach Želiv/Seelau in der Böhmisches–Mährischen Höhe.<sup>555</sup>

#### 4.3.2 Auflösung der Männerorden in der Tschechoslowakei

Als das Vorspiel zur „Aktion K“ sollte die Enthüllung des reaktionären und staatsfeindlichen Wirkens der Orden dienen, die im Rahmen eines großen und öffentlichen Schauprozesses stattfinden sollte. Zwischen 14. und 18. März 1950 wurden sieben Ordensmänner festgenommen, die der Verteidigungsminister und der Vorsitzende des Staatsamtes für kirchliche Angelegenheiten ausgewählt hatten. Es handelte sich um den Provinzoberen der Jesuiten P. František Šilhan, zwei weitere Jesuitenpriester P. Adolf Kajpr und P. František Mikulášek, Franziskaner P. Prof. Jan Evangelista Urban, Dominikaner P. Silvestr Braitto und zwei Redemptoristen – P. Jan Blesík und P. Ivan Mastiliak. Die Gruppe stellte eine gewisse „geistliche Elite“ dar, weil es um Theologieprofessoren, Chefredakteure der Zeitschriften, Schriftsteller oder beliebte Prediger ging. Einige Tage später kamen noch im Zusammenhang mit dem sog. Wunder von Číhošť (s.o.) zwei Äbte aus dem Orden der Prämonstratenser dazu – P. Vít Tajovský und P. Augustin Machalka. Dem Letztgenannten hatte nicht geholfen, dass er bereits in der Zeit der Okkupation von den Nationalsozialisten verhaftet und im KZ gefangen gehalten wurde. Zum zehnten Angeklagten wurde P. Stanislav Barták, von dem eine Aussage gegen Abt Machalka erwartet wurde.<sup>556</sup>

In der Untersuchungshaft hatten die Priester schweren psychischen Druck und brutalste Verhörmethoden zu ertragen: Es wurde ihnen Essen, Trinken und Schlafen verweigert, man hatte ihnen mit physischer Liquidierung der Verwandten oder mit ausgedachten Sittenskandalen gedroht. Eines der Verhöre dauerte laut P. Šilhan 36 Stunden, den Angeklagten wurden auch halluzinogene Stoffe gereicht.<sup>557</sup> Schließlich

---

<sup>555</sup> VLČEK, Procesy s řeholníky v 50. letech a v první polovině 60. let, 117.

<sup>556</sup> VLČEK, Perzekuce mužských řádů a kongregací komunistickým režimem 1948 – 1964, 62 – 63.

<sup>557</sup> BALÍK/HANUŠ, Katolická církev v Československu 1945 – 1989, 157; vgl. auch TAJOVSKÝ, Bohumil Vít, Člověk musí hořeti [Der Mensch muss brennen], Prag 2001, 217 – 240.

wurden sie zum schriftlichen Geständnis gezwungen. Das kommunistische Justizministerium lenkte inzwischen eine große Aufmerksamkeit auf die Inszenierung des Schauprozesses und seiner propagandistischen Verwendung. Im Voraus wurde festgestellt, was enthüllt werden sollte – vor allem die „verbrecherische Politik des Vatikans“, und zwar ihre zwei Seiten: die feste Verbindung mit dem Kapitalismus (Ausbeutung des Proletariats, Unterstützung des Marshallplans oder Boykott der Friedensbewegung) und die Intrigen und Angriffe gegen die Sowjetunion und die sozialistische Welt. Das Publikum im Gerichtssaal sollte jeden Tag wechseln und sollte aus Arbeitern, Jugendlichen, Studenten, Priestern und Landbewohnern zusammengesetzt werden. Man rechnete auch mit einer Aufnahme für den Rundfunk und es wurde ein Film über den Prozess eingeplant.<sup>558</sup>

Die eigentliche Verhandlung begann vor dem Staatsgericht in Prag Ende März 1950. Der Schauprozess wird in der Forschung für einen der größten politischen „Monsterprozesse“ in der stalinistischen Tschechoslowakei gehalten. Die Angeklagten hatten allerdings nicht die Untersuchungsprotokolle nachgesprochen, wie es sich die Organisatoren wünschten, sondern versuchten, die wahren Intentionen ihres Wirkens, das als „staatsfeindliches Verhalten“ klassifiziert wurde, offenzulegen. Ihre Verteidigung wurde aber als Ausrede oder als Unfähigkeit, Verantwortung zu übernehmen, abgelehnt. Das Gericht fällte das Urteil am 5. April 1950: Mit Ausnahme von P. Barták wurden alle angeklagten Ordensmänner für schuldig erklärt und wegen Hochverrat bzw. Spionage zugunsten des Vatikans zu hohen Strafen ohne Bewährung verurteilt.<sup>559</sup> In den Medien wurde gleichzeitig eine umfangreiche Kampagne gegen die Orden eingeleitet.

Die erste Etappe der „Aktion K“, in die auf den Deutschen Orden erstreckte, fand acht Tage später statt, in der Nacht von 13. auf 14. April 1950 (manchmal wird sie in der Literatur als „Bartholomäusnacht der Orden“ bezeichnet). Die Vorgangsweise war im ganzen Land ähnlich: Um Mitternacht weckten bewaffnete Polizisten und die Volksmilizen die Ordensleute und besetzten die Klöster. Den Anwesenden wurde von

---

<sup>558</sup> BULÍNOVÁ/JANIŠOVÁ/KAPLAN, *Církevní komise ÚV KSČ. Edice dokumentů*, 419 – 423.

<sup>559</sup> P. Mastiliak wurde auf Lebenszeit verurteilt, P. Machalka und P. Šilhan auf 20 Jahre; die anderen Strafen haben sich zwischen 10 und 20 Jahren bewegt. Ausführlich zum Schauprozess VLČEK, Vojtěch, *Perzekuce mužských řeholí 1948 – 1950 [Verfolgung der Männerorden 1948 - 1950]*. In: HANUŠ, Jiří/STRÍBRNÝ, Jan (Hgg.), *Stát a církev v roce 1950 [Staat und Kirche im Jahr 1950]*, 50 – 67.

Beauftragten des Staatsamtes für kirchliche Angelegenheiten mitgeteilt, dass das Gebäude vom Staat beschlagnahmt werde und dass sie die Möglichkeit bekämen, ihr geistliches Leben in einem der dazu bestimmten Klöster fortzusetzen.<sup>560</sup> Anschließend wurden die Ordensleute (darunter auch die Kleriker und die Novizen) in die Sammelklöster deportiert; in den Klöstern wurden vorläufig nur die Haus- und Ordensoberen und die besonders reaktionären Ordensleute belassen.<sup>561</sup> Die Oberen sollten verhört werden, um festzustellen, „worin sie den Klosterbesitz versteckt hätten“<sup>562</sup>; danach wurde ihnen das Übernahmeprotokoll zur Unterschrift vorgelegt und sie wurden in das Internierungskloster Seelau deportiert. Im Unterschied zum Schauprozess in Prag gab es keine begleitende Pressekampagne zur „Aktion K“ und das ganze Vorgehen war in Böhmen und Mähren ohne größere Aufmerksamkeit der Bevölkerung verlaufen.<sup>563</sup> Die zweite Etappe, die die restlichen 18 Ordensgemeinschaften betraf, fand Ende April statt: Die Ordensleute wurden in die gleichen Sammelklöster deportiert, allerdings wurden sie von den Internierten der ersten Etappe isoliert.

Während der beiden Etappen wurden in Böhmen und Mähren insgesamt 1164 Ordensleute in den Sammelklöstern und 76 Ordensobere und „besonders reaktionäre“ Ordensleute im Kloster Seelau interniert. Im Rahmen der ganzen Tschechoslowakei ging es um 2376 Ordensleute. Betroffen waren 144 (Böhmen und Mähren) bzw. 76 (Slowakei) Klöster und andere Ordensobjekte (Schulen, Internate usw.).<sup>564</sup> Nicht unwichtig waren die wirtschaftlichen Konsequenzen der „Aktion K“. Die finanziellen Mittel (Sparbücher etc.) wurden auf den Religionsfond übertragen, der als *fundus religionis* in Böhmen unter Joseph II. gegründet und nach der kommunistischen Machtübernahme mit dem Staatsamt für kirchliche Angelegenheiten vereinigt wurde. Viele Gebäude wurden vom Innenministerium oder von der tschechoslowakischen Volksarmee verwaltet, die kostbaren Kunstwerke, Bibliotheken und Archive wurden von

---

<sup>560</sup> VLČEK, Perzekuce mužských řádů a kongregací komunistickým režimem 1948 – 1964, 69

<sup>561</sup> Diese Anordnung betraf laut den Erinnerungen der Schwestern auch P. Lambert Seidl OT in Troppau. Vgl. GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 93.

<sup>562</sup> BULÍNOVÁ/JANIŠOVÁ/KAPLAN, Církevní komise ÚV KSČ. Edice dokumentů, 434.

<sup>563</sup> In der Slowakei hatten an einigen Orten (zum Beispiel im Kreis Kaschau in der Ostslowakei) Gläubige die Ordensleute verteidigt, nach einigen Geplänkeln gab es auch Verletzte. VLČEK, Perzekuce mužských řádů a kongregací komunistickým režimem 1948 – 1964, 69.

<sup>564</sup> BALÍK/HANUŠ, Katolická církev v Československu 1945 – 1989, 161.

der Nationalgalerie bzw. vom Nationalarchiv und von der Nationalbibliothek übernommen. Aufgrund des barbarischen Umgangs der Polizisten wurden viele Kulturdenkmäler zerstört.<sup>565</sup> Auch wenn bis heute nicht alles dokumentiert werden konnte, stellt das kommunistische Vorgehen gegen die Orden „nach dem riesigen, mit der Vertreibung der deutschen Bevölkerung verbundenen Besitztransfer und nach der Verstaatlichung der Industrie und nach der Kollektivierung des Landes die größte Eigentumsverschiebung im Land<sup>566</sup>“ dar. Rechtlich gesehen wurden die Orden in der Tschechoslowakei nie offiziell aufgelöst oder verboten, obwohl es einige Überlegungen in diesem Sinn gab.<sup>567</sup> Es folgte eine weitere Welle von Gerichtsprozessen, während derer 357 Ordensleute zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden<sup>568</sup>; nach der Auflösung der Sammelklöster in der Mitte der 50er Jahre wurde die überwiegende Mehrheit der Ordensmänner in einen zivilen Beruf geschickt und die Orden mussten bis 1989 ausschließlich im Geheimen wirken.

Was das Schicksal von P. Lambert Seidl OT nach dem Überfall der Propstei in Troppau am 14. 4. 1950 betrifft, gibt es dazu bis auf eine einzige Ausnahme keine Quellen.<sup>569</sup> Auf jeden Fall wurde er entweder noch in der Nacht auf 15. 4. oder in den folgenden Tagen in der Begleitung von bewaffneten Polizisten in das

---

<sup>565</sup> Signifikant ist ein dokumentierter Fall aus Ossegg: Während der Ausräumung der altertümlichen Konventsbibliothek hatten die Polizisten eine Rinne aus Holz angefertigt und durch sie haben sie die Bücher in den vor die Klosterfenster gestellten Lastwagen hinuntergeworfen. VLČEK, Perzekuce mužských řádů a kongregací komunistickým režimem 1948 – 1964, 75.

<sup>566</sup> BALÍK/HANUŠ, Katolická církev v Československu 1945 – 1989, 161.

<sup>567</sup> Das Staatsamt für kirchliche Angelegenheiten schlug in März 1953 vor, die Orden endgültig auf der Basis des Gesetzes über die freiwilligen Organisationen zu beseitigen. Der Vorschlag wurde als „Aktion B“ von den entsprechenden Gremien genehmigt. Man wollte vor allem auf die Ordensschwester psychologisch einwirken, auch mithilfe eines Bibelzitates (1 Petrus 2,13: „Unterwerft euch um des Herrn willen jeder menschlichen Ordnung“). Die „Aktion B“ wurde jedoch letztlich nicht realisiert – aufgrund der neuen politischen Situation nach dem Tod Stalins (März 1953) suchte der Staat einen „neuen Kurs“ in den Beziehungen mit der Kirche; auch zeigte es sich als fast unmöglich, für die Ordensschwester, die in der Krankenpflege arbeiteten, einen Ersatz zu finden. Vgl. KAPLAN, Staat und Kirche in der Tschechoslowakei, 133 – 134; VLČEK, Perzekuce mužských řádů a kongregací komunistickým režimem 1948 – 1964, 108 – 112.

<sup>568</sup> VLČEK, Perzekuce mužských řádů a kongregací komunistickým režimem 1948 – 1964, 427 – 428. Zum Phänomen des „Gefängnisvatikans“ (Pastoral, Seelsorge und „Hausuniversitäten“ in kommunistischen Gefängnissen) vgl. VAŠKO, Václav, Dům na skále 3. Církev vězněná 1950 – 1960 [Das Haus auf dem Fels, Band 3. Die gefangen gehaltene Kirche 1950 - 1960] Kostelní Vydří 2008, 177 – 218.

<sup>569</sup> Im Archiv der Staatssicherheit befindet sich nur ein Befehl von 21. 2. 1951 zu seiner Eskorte von Seelau nach Prag im Rahmen der Vorbereitung des Schauprozesses gegen den Deutschen Orden.

Internierungskloster Seelau<sup>570</sup> deportiert – sein Name wird auf der Liste der dort internierten Ordensleute angeführt.<sup>571</sup> In der ersten Etappe der „Aktion K“ wurden nach Seelau insgesamt 67 Ordensleute überführt (Provinz- und Hausobere und „besonders reaktionäre“ Ordensmänner), in der zweiten Etappe kamen neun weitere Priester hinzu. In den 5 Jahren des Bestehens des Internierungsklosters wurden in Seelau über 300 Geistliche (nicht nur Ordensleute, sondern im Laufe der Zeit auch „gefährliche“ Weltpriester) gefangen gehalten. Im Kloster waren folgende Orden vertreten: Salesianer (65 Internierte), Jesuiten (63), Redemptoristen (45), Franziskaner (36), Dominikaner (19), Kapuziner (14), Tröster (14), Prämonstratenser (9), Verbisten (9), Benediktiner (8), Petriner<sup>572</sup> (7), Salvatorianer (6) Basilianer (2), Karmeliter (2). Der Deutsche Orden, Lazaristen, Zisterzienser, Kreuzherren, Augustiner, Piaristen und Oblaten waren jeweils durch einen Ordensmann vertreten.<sup>573</sup>

Auch wenn es – mindestens offiziell – um kein Gefängnis ging, war das Regime im Internierungskloster sehr streng. Auf einem Zimmer wohnten 20 – 30 Personen, die Wächter durchsuchten die persönlichen Sachen der Priester sehr oft. Außer am Sonntag mussten die Ordensleute jeden Tag und ohne Belohnung schwer arbeiten – in der Landwirtschaft, im Waldbau oder auf den nahegelegenen Baustellen. Am Anfang durften sie keine Privatmesse feiern, beim Essen haben die Polizisten den Ordensleuten aus der Tagespresse vorgelesen, am Sonntag gab es darüber hinaus auch eine politische Schulung – mit dem Ziel, die fortschrittlichen Priester auszusuchen und diese von den

---

<sup>570</sup> Die Abtei Seelau wurde 1139 von den Benediktinern gegründet, sehr bald wurde sie aber von den Prämonstratensern übernommen. Im Mittelalter war Seelau eine sehr prosperierende Abtei; zu ihren Tochterklöstern gehörte zum Beispiel das Stift Geras in Niederösterreich. Während der hussitischen Kriege wurde Seelau von den Hussiten ausgeplündert. Nach einem großen Brand im Spätbarock wurde das Kloster vom bekannten Architekten Johann Blasius Santini umgebaut. Im Rahmen der „Aktion K“ wurde die Abtei von der Staatssicherheit überfallen und in das Internierungskloster umgewandelt; nach seiner Auflösung war bis 1989 in Seelau eine psychiatrische Heilsanstalt. Nach dem Fall des Kommunismus sind die Prämonstratenser nach Seelau zurückgekehrt, mit Abt Bohumil Vít Tajovský, der in einem der Schauprozesse verurteilt wurde (s.o.), an der Spitze.

<sup>571</sup> VLČEK, Perzekuce mužských řádů a kongregací komunistickým režimem 1948 – 1964, 468

<sup>572</sup> Die „Petriner“ (*Congregatio Sanctissimi Sacramenti*) sind eine tschechische Kongregation, die 1888 in České Budějovice/Budweis gegründet wurde. Ihre Hauptsendung ist Seelsorge in den Pfarreien. Im Jahr 1949 hatten sie insgesamt 41 Mitglieder; eines ihrer Ordenshäuser war auch in Freudenthal, wo sie das Institut für Spätberufene und ein Jugendheim geleitet hatten. VLČEK, Perzekuce mužských řádů a kongregací komunistickým režimem 1948 – 1964, 51.

<sup>573</sup> VLČEK, Perzekuce mužských řádů a kongregací komunistickým režimem 1948 – 1964, 98.

ausgesprochenen Feinden der volksdemokratischen Ordnung zu isolieren.<sup>574</sup> Jegliche Kontakte mit der Außenwelt wurden verboten. Viele Internierten hatten jedoch versucht, mit Hilfe der Zivilangestellten (Gärtner, Ärzte) oder der Bewohner des Dorfes mit den Mitbrüdern in den Sammelklöstern in Kontakt zu treten. Ihre Aktivität wurde aber bald von der Staatssicherheit entdeckt - im Frühling 1952 gab es in Seelau und in der Umgebung eine große Welle von Festnahmen und im März 1953 fand in Jihlava/Iglau ein großer Schauprozess statt, in dem der Salesianer P. Antonín Dvořák wegen Hochverrats und Spionage zu 21 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Zu sehr hohen Strafen (über 10 Jahre Gefängnis) wurden auch die „Laien“ verurteilt, die den Geistlichen geholfen hatten.<sup>575</sup>

Ungefähr in dieser Zeit verließ P. Lambert Seidl OT Seelau, indem er in das Haus der Caritas für alte und kranke Priester in Moravec/Morawetz überführt wurde. Morawetz ist eine kleinere Gemeinde mit der Pfarrkirche Kreuzerhöhung und mit ungefähr 500 Einwohnern auf der Böhmisches-Mährischen Höhe. Sie liegt circa 50 Kilometer nordwestlich von Brünn. Das Objekt der Caritas wurde von der Polizei offiziell nicht bewacht, es wurden Besuche erlaubt und auch die Tagesordnung war im Unterschied zu den Sammelklöstern sehr mild; die Priester durften allerdings das Haus in der Regel nicht verlassen (mit Ausnahme von einigen Fällen). Um die Alten und Kranken kümmerten sich Ordensschwwestern aus der Kongregation der Schulschwwestern von Unserer Lieben Frau. Mitbewohner von P. Seidl waren vor allem alte Jesuitenpriester, darunter auch der in Tschechien bekannte Kirchenhistoriker P. Blažej Ráček. Im April 1960 musste P. Seidl noch eine Aktion der Geheimpolizei erleben, bei der in Morawetz vier Jesuiten festgenommen und später wegen des „widerrechtlichen Ordenswirkens“ verurteilt wurden. (Einer der Verurteilten war 82 Jahre alt).<sup>576</sup> P. Lambert Seidl OT verstarb am 15. 4. 1964<sup>577</sup>, also genau 14 Jahre nach der dramatischen „Bartholomäusnacht“.

---

<sup>574</sup> VAŠKO, Václav, Dům na skále 2. Církev bojující 1950 – květen 1960 [Das Haus auf dem Fels, Band 2. Die kämpfende Kirche 1950 – Mai 1960], Kostelní Vydří 2008, 58.

<sup>575</sup> VLČEK, Perzekuce mužských řádů a kongregací komunistickým režimem 1948 – 1964, 100.

<sup>576</sup> VLČEK, Perzekuce mužských řádů a kongregací komunistickým režimem 1948 – 1964, 94 – 95.

<sup>577</sup> VOLGGER, Nekrologium. Martyrologium des Deutschen Ordens, 173.

### 4.3.3 Das Vorgehen gegen die Frauenorden und die Deutschordensschwwestern

Die Frauenorden standen lange Zeit nicht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der kommunistischen Partei. Wie schon öfters erwähnt wurde, waren vor allem diejenigen Ordensschwwestern, die im Gesundheitswesen gewirkt haben, zunächst unersetzbar: Vor allem für die Pflege um psychisch oder schwer kranke Patienten gab es keine Kräfte, die fast ohne Anspruch auf Belohnung arbeiten würden. Darüber hinaus schienen die Frauenorden im Unterschied zu den Bischöfen oder zu den Ordensmännern (die den Weltklerus „negativ“ beeinflussen konnten) in der kommunistischen Parteioptik weniger wichtig zu sein. Erst nach dem Erfolg der „Aktion K“ fing der Sechserausschuss an, sich mit den Frauenorden näher zu beschäftigen.<sup>578</sup> Im Sommer 1950 wirkten in der Tschechoslowakei 56 weibliche Orden und Kongregationen; in Böhmen und Mähren lebten insgesamt 7634 Ordensfrauen in 502 Häusern.<sup>579</sup> Für viele der Häuser, vor allem für die im Grenzland strategisch gelegenen, haben sich das Innenministerium und die Armee interessiert.<sup>580</sup>

Sehr schnell entstand am Staatsamt für kirchliche Angelegenheiten ein konkreter Plan, was mit denjenigen Frauenorden zu geschehen habe, die nicht im Gesundheitswesen tätig sind. Analog zur „Aktion K“ wurde er als „Aktion Ř – Aktion Ausräumung der Frauenklöster“ bezeichnet. In der ersten Etappe sollten die Ordensfrauen in möglichst wenigen Objekten konzentriert werden. Danach sollte die Disziplin in den Orden untergraben werden – die Kommunisten haben erwartet, dass unter psychischem oder „politischem“ Druck mehrere Ordensfrauen ihre Institute verlassen werden. Erst in der dritten Phase sollte das Netz der Ordensspitäler reduziert bzw. reorganisiert werden. Die Zentralisierung der Ordensschwwestern fand zwischen August 1950 und September 1951 statt und verlief ohne größere Probleme und ohne markante Proteste der Öffentlichkeit. Alle Oberinnen wurden in Haindorf in Nordböhmen interniert, damit sie keinen Einfluss mehr vor allem auf die jüngeren Schwestern hätten. Doch hatte sich gezeigt, dass die Breite der Aktion die Möglichkeiten der Behörden überstieg. Die Angestellten des Staatsamtes für kirchliche

---

<sup>578</sup> KAPLAN, Staat und Kirche in der Tschechoslowakei, 133.

<sup>579</sup> BALÍK/HANUŠ, Katolická církev v Československu 1945 – 1989, 177.

<sup>580</sup> TESÁŘ, Ženské řehole v období totality, 25.

Angelegenheiten haben in einigen Fällen sogar die Orden verwechselt – so wurden zum Beispiel die Englischen Fräulein aus Prag zunächst für Deutschordensschwestern gehalten und sind nach Troppau übersiedelt worden.<sup>581</sup>

In den folgenden Jahren blieben die kommunistischen Behörden auf gewisse Weise ratlos: Die Zentralisierung der Schwestern erwies sich wirtschaftlich als eher ungünstig und das propagandistische Wirken unter den Frauenorden blieb ohne Ergebnisse. Auch die Zwangseingliederung von vielen Schwestern in die Industrie (zum Beispiel in die Textilindustrie in Jiřetín/Sankt Georgenthal in Nordböhmen) brachte nicht die Früchte, die sich die kommunistische Partei versprochen hatte – es gab nur sehr wenige Austritte aus den Ordensinstituten und bei vielen Schwestern, die sich im Kollektiv der Arbeiter nach den kommunistischen Vorstellungen „normalisieren“ sollten, konstatierte man umgekehrt, dass sich „ihre missgünstige Gesinnung gegenüber dem Regime noch verstärkt hat“<sup>582</sup>. Nach dem Scheitern der geplanten „Aktion B“ im Jahr 1954 (s.o.) wurden die meisten weiblichen Ordensgemeinschaften in der Tschechoslowakei auf gewisse Weise „toleriert“ – sie verschwanden zwar aus der Öffentlichkeit (die Zentralisierungsklöster befanden sich überwiegend in kleinen Gemeinden im Sudetenland), ganz beseitigt wurden sie aber nicht, weil das Regime sie nicht für die Schlüsselfeinde hielt.<sup>583</sup> Die großen Prozesse, die gegen die Männerorden inszeniert wurden, blieben eher eine Ausnahme – solche Einzelfälle stellten zum Beispiel die Deutschordensschwestern (vgl. das nächste Kapitel dieser Arbeit) oder die Barmherzigen Schwestern vom Hl. Karl Borromäus dar.

Die Deutschordensschwestern in Nordmähren wurden schon seit Dezember 1949 von den Staatsbehörden beobachtet. In einem Geheimbericht der örtlichen Nationalausschüsse wurden sie als „verschlossen und vorsichtig“ beschrieben.<sup>584</sup> Es konnte nicht konstatiert werden, dass sie ein Zentrum reaktionärer Kräfte (oder Personen) seien; auch in den Klosterbibliotheken wurde auch keine staatsfeindliche Literatur gefunden. Der Einfluss der Schwestern auf die Bevölkerung in der Umgebung

---

<sup>581</sup> TESAŘ, Ženské řehole v období totality, 27, Anm. 20.

<sup>582</sup> TESAŘ, Ženské řehole v období totality, 34.

<sup>583</sup> BALÍK/HANUŠ, Katolická církev v Československu 1945 – 1989, 182.

<sup>584</sup> Zu den Inspektionen der Nationalausschüsse in Troppau und Freudenthal ausführlich GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 105 – 107.

sei bedeutungslos. Doch wurde Ende August des nächsten Jahres (im Rahmen der gesamtstaatlichen „Aktion Ř“) über den Zusammenschluss der Niederlassungen der Schwestern in Troppau, Freudenthal und Unterlangendorf bzw. über die Konzentrierung der Schwestern in ihrem Mutterhaus in Troppau entschieden, das vorläufig weiterhin als „Sammelkloster“ der Deutschordensschwestern dienen sollte.

Die Auflösung des Schwesternklosters in Freudenthal verlief laut Erentraud Gruber ganz unauffällig.<sup>585</sup> Am 30. August 1950 in der Frühe erschien an der Pforte eine staatliche Kommission mit einer bevollmächtigten Beamtin des Staatsamtes für kirchliche Angelegenheiten an der Spitze. Der Hausoberin Sr. Helene Knaibl wurde mitgeteilt, dass die Kommission ab sofort das Gebäude und alle beweglichen und unbeweglichen Güter des Klosters „übernimmt“ und dass die Schwestern nach Troppau übersiedeln müssen. Die Oberin unterzeichnete ein Protokoll, in dem sie bestätigte, dass ihr keine Gewalt und kein Unrecht angetan wurden. Die Schwestern durften ihre notwendigsten persönlichen Sachen zusammenpacken und wurden mit einem Autobus ins Mutterhaus in Troppau transportiert. Einen ähnlichen Verlauf hatte auch die Auflösung des Klosters in Unterlangendorf – die dortige Hausoberin Sr. Remigia Axmannová, die eine wichtige Rolle in der Vorbereitung des Schauprozesses spielen wird, verließ die traditionelle Wirkungsstätte des Deutschen Ordens auch Ende August 1950.

Der Besitz der aufgelösten Schwesternniederlassungen in Nordmähren wurde auf den bereits erwähnten Religionsfond mit Sitz in Prag übertragen, der ihn in den folgenden Jahren den zuständigen Ortsnationalausschüssen übergab. Nach Troppau mussten allerdings noch nicht die Deutschordensschwestern aus Zwittau/Svitavy<sup>586</sup> übersiedeln – höchstwahrscheinlich aus dem Grund, da man für sie im dortigen Krankenhaus keinen befriedigenden Ersatz finden konnte. Auch in Troppau konnten die Schwestern weiterhin als Pflegerinnen und Krankenschwestern arbeiten, allerdings „wurde ihr Lebensraum durch die Anordnungen des Staatsamtes für kirchliche

---

<sup>585</sup> GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 107 – 108.

<sup>586</sup> In Zwittau befanden sich in dieser Zeit laut des tschechoslowakischen Innenministeriums neun Deutschordensschwestern, die im Bezirkskrankenhaus wohnten und arbeiteten. ABS, Fond 704/22, 4.

Angelegenheiten sehr eingeschränkt und die Nachrichten von Deportationen lösten bei den Schwestern Angst aus und ließen für die Zukunft nichts Gutes ahnen<sup>587</sup>“.

---

<sup>587</sup> GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 109.

#### 4.4 Der große Schauprozess gegen den Deutschen Orden (1952)

Der Historiker Karel Kaplan unterscheidet mehrere Typen der politischen Prozesse in der kommunistischen Tschechoslowakei: Prozesse gegen Angehörige der Streitkräfte, die Prozesse gegen politische Parteien (Agrarpartei, Sozialdemokraten), die Kirchenprozesse, Prozesse gegen den äußeren Feind, die Wirtschaftsprozesse (v.a. im Zusammenhang mit der Kollektivierung der Landwirtschaft) und schließlich die Prozesse gegen die hohen Funktionäre der kommunistischen Partei.<sup>588</sup> Auch unter den Kirchenprozessen könnte eine Unterscheidung durchgeführt werden. Das Hauptziel stellen in erster Linie die Bischöfe bzw. ihre Mitarbeiter und der hohe Klerus dar: „Die Kirchenprozesse der Jahre 1948 – 1954 waren mehr als nur ein Produkt der feindlichen Einstellung des kommunistischen Regimes gegen die katholische Kirche. Sie sollten die Kirchenführer isolieren und nach Möglichkeit völlig ausschalten und der Regierung ermöglichen, eine eigene, folgsame Hierarchie, getrennt vom Vatikan oder sogar gegen ihn stehend, zu schaffen.“<sup>589</sup> Es folgten die Prozesse gegen die Orden, vor allem gegen die Männerorden („Machalka und Konsorten“ – s.o.), Strafverfahren und Schauprozesse gegen den niederen Klerus und die katholische Laienorganisationen, der Prozess gegen Bischöfe und Geistliche der griechisch-katholischen Kirche und schließlich auch zwei Prozesse gegen katholische Intellektuelle (vor allem Schriftsteller und Wissenschaftler). Wie schon erwähnt wurde, stellen Prozesse gegen die Frauenorden eher eine Ausnahme dar. Laut Stanislav Balík und Jiří Hanuš waren sie primär nicht als eine Nachricht für die Öffentlichkeit bestimmt (wie es bei den Bischöfen und bei den Männerorden der Fall war), sondern sie dienten dazu, die anderen Ordensschwestern abzuschrecken und sie zu Untätigkeit und Verschlossenheit zu zwingen.<sup>590</sup>

Es ist angesichts der großen Zahl der Prozesse schwer, eine Gesamtbilanz zu ziehen. Laut Karel Kaplan befanden sich im Juni 1956 433 katholische Würdenträger, Priester und Theologiestudenten in den Gefängnissen; 250 davon hatten eine höhere Haftstrafe als 10 Jahre abzusitzen. Insgesamt dürfte die Kirchenverfolgung ungefähr

---

<sup>588</sup> KAPLAN, Karel, Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei 1948 – 1954. Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Band 48, München 1986, 5 – 6. Vgl. auch HEJL, Vilém, Zpráva o organizovaném násilí [Bericht über die organisierte Gewalt], Prag 1990.

<sup>589</sup> KAPLAN, Karel, Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei 1948 – 1954, 144.

<sup>590</sup> BALÍK/HANUŠ, Katolická církev v Československu 1945 – 1989, 182. Diese These stimmt beim Prozess gegen den Deutschen Orden nur teilweise, vor allem was die Einbeziehung der Öffentlichkeit betrifft (s.u.).

3000 Personen betroffen haben.<sup>591</sup> Bei den Ordensgemeinschaften verfügt man über eine genauere Statistik. Was die Männerorden betrifft, wurden in Böhmen und Mähren 357 Ordensleute (d.h. ungefähr ein Fünftel aller Ordensleute) zu Haftstrafen ohne Bewährung verurteilt<sup>592</sup>:

Orden (Auswahl)	Zahl der Verurteilten	Gesamthöhe der Strafen
Jesuiten	74	515 Jahre und 2 Monate
Redemptoristen	52	298 Jahre und 8 Monate
Salesianer	58	268 Jahre und 3 Monate
Franziskaner	36	199 Jahre und 9 Monate
Deutscher Orden	1 (Familiare)	12 Jahre

Bei den Frauenorden wurden die Quellen noch nicht ganz bearbeitet, allerdings spricht man von insgesamt 101 verurteilten Ordensschwwestern in Böhmen und Mähren während der 50er Jahre<sup>593</sup>:

Orden (Auswahl)	Zahl der Verurteilten	Gesamthöhe der Strafen
Barmherzige Schwestern vom Hl. Karl Borromäus	22	99 Jahre und 4 Monate
Apostolat des Hl. Franziskus	18	67 Jahre und 6 Monate
Deutschordensschwwestern	9	57 Jahre
Barmherzige Schwestern des II. Ordens des Hl. Franziskus	20	41 Jahre und 2 Monate
Dominikanerinnen	10	21 Jahre

Im Folgenden wird das übliche Szenario eines kirchlichen Schauprozesses skizziert; im Hauptteil werden die Vorbereitung und Durchführung des Prozesses gegen den Deutschen Orden behandelt. Mit dem Thema des Deutschen Ordens in der kommunistischen Zeit hängt noch ein anderes Gerichtsverfahren, in dem der Olmützer Weihbischof Dr. Stanislav Zela verurteilt wurde, zusammen: Aus diesem Grund wird auch der Schauprozess „Zela, Opasek und Konsorten“ kurz vorgestellt.

<sup>591</sup> KAPLAN, Karel, Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei 1948 – 1954, 157

<sup>592</sup> BALÍK/HANUŠ, Katolická církev v Československu 1945 – 1989, 174

<sup>593</sup> BALÍK/HANUŠ, Katolická církev v Československu 1945 – 1989, 182

#### 4.4.1 Szenario eines kirchlichen Schauprozesses

Den politischen Prozessen wurde seitens des kommunistischen Staatsapparates eine große Aufmerksamkeit gewidmet und sie wurden sehr ausführlich geplant und vorbereitet. Dafür war eine Arbeitskommission beim Justizministerium zuständig, die die entsprechenden Anweisungen – vor allem die Namen der in Frage kommenden „Täter“ und die Skizze einer zukünftigen „staatsfeindlichen Gruppe“ - direkt vom Zentralkomitee der Partei (und vom Sechserausschuss) bekam. In der Arbeitskommission („Kommission K“) waren Repräsentanten des Justiz- und Innenministeriums, der Polizei, der Staatsprokura und des Staatsamtes für kirchliche Angelegenheiten vertreten.<sup>594</sup> Hier wurden auch die politischen Leitlinien der jeweiligen Prozesse bestimmt. Im Rahmen der Staatssicherheit wurde Anfang Februar 1950 eine spezialisierte Abteilung für die Kirche als ein Koordinationszentrum gegründet. Auf der Ebene der Länder und der Bezirke arbeiteten an der Vorbereitung der Prozesse Beauftragte der Staatssicherheit und der kommunistischen Partei mit, weil sie die konkrete Situation vor Ort gut kannten. Die Finalvorbereitung und die eigentliche Inszenierung gehörten in den Kompetenzbereich der IV. Abteilung der Staatsprokura in Prag unter der Leitung des Staatsprokurators Dr. Karel Čížek, der nach den Erinnerungen von vielen Angeklagten eine vulgäre Person war, die die Kirche hasste.<sup>595</sup>

Nachdem die Haupttäter von der zentralen Kommission aufgesucht oder bestätigt waren, übernahm die Staatssicherheit die Initiative, die durch ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen die gegebenen Institutionen „infiltriert“ und die ausgewählten Personen beobachtet hat; in den meisten Fällen wurde eine „Provokation“ inszeniert. Die Mitarbeiter der Geheimpolizei stammten aus dem Milieu oder aus der „natürlichen Umgebung“ der verdächtigen Personen – es handelte sich also sehr oft auch um Christen. Es folgte die Festnahme, für die es in der Regel keine gesetzliche Grundlage gab. Als die Methoden der Staatssicherheit später (in den 60er Jahren im Zusammenhang mit Rehabilitationen) untersucht wurden, äußerte sich ein ehemaliger kommunistischer Innenminister so: „Ja, die Festnahmen widersprachen den Gesetzen, aber damals nahm niemand Bezug darauf. Erst in den späteren Jahren wurden

---

<sup>594</sup> RÁZEK, Adolf, Scénář církevního procesu [Das Szenario eines Kirchenprozesses]. In: STŘÍBRNÝ, Jan (Hg.), Církevní procesy 50. let [Die Kirchenprozesse der 50er Jahre], Kostelní Vydří 2002, 87.

<sup>595</sup> Vgl. z.B. TAJOVSKÝ, Člověk musí hořeti, 235; VAŠKO, Neumlčená, Band 2, 136.

Maßnahmen getroffen, dass man Gesetze beachten müsse“.<sup>596</sup> In der Untersuchungshaft wurden Verdächtige widerrechtlich und unmenschlich behandelt. Die Hauptmethoden bei den Verhören (die tags und nachts stundenlang durchgeführt wurden) waren physische Gewalt und psychischer Druck; es wurden auch Erpressungen, falsche Versprechen usw. praktiziert. Der Historiker Václav Vaško, der selbst verhaftet und in einem politischen Prozess verurteilt wurde, beschreibt in seiner Biographie die Stimmung in der Untersuchungshaft als hoffnungslos und deprimierend, die Verhöre waren angeblich so erschöpfend, dass er stehend geschlafen habe.<sup>597</sup> Den Abschluss der „Untersuchungsphase“ stellte die Unterzeichnung des im Voraus durch die Stasi vorbereiteten Verhörprotokolls dar, das die Angeklagten vor dem Gericht vortragen sollten.

Noch vor der eigentlichen Gerichtsverhandlung wurde also entschieden, welche Straftat die Angeklagten begangen haben sollen. In der Regel handelte es sich bei den Kirchenprozessen vor allem um folgende „Kategorien“ der Straftaten<sup>598</sup>:

1. „Kontakte mit dem Ausland“ – jegliche Kontakte mit dem Apostolischen Stuhl, mit Generaloberen in Rom, mit ausländischen Ordensbrüdern oder Ordensschwestern oder mit Emigranten. Unerlaubt waren auch Kontakte mit der Internuntiat in Prag, Gespräche mit ausländischen Journalisten oder mit westeuropäischen oder amerikanischen Diplomaten. Die Straftaten aus dieser Kategorie wurden gewöhnlich als „Spionage für den Vatikan“ oder im äußersten Fall als „Hochverrat“ bezeichnet.
2. „Verstecken von Kircheneigentum“ – falls Priester oder Ordensschwestern versucht haben, den Besitz einer Pfarrei (eines Klosters oder eines Ordenshauses) zu verstecken. Es handelte sich oft um Matrikel, Bücher, Kunstwerke, liturgische Gewänder, Insignien etc.
3. „Hilfe für staatsfeindliche Personen“ – materielle Unterstützung von Personen, die aufgrund des christlichen Glaubens aus der Arbeit entlassen

---

<sup>596</sup> RÁZEK, Scénář církevního procesu, 89.

<sup>597</sup> VAŠKO, Václav, Ne vším jsem byl rád [Nicht alles machte ich gerne], Prag 1999, 152 – 179.

<sup>598</sup> GABRIELOVÁ, Petra, Kartotéka akce „48“ a vyhodnocení tzv. protistátní činnosti Církve římskokatolické ve vybraných tzv. ilegálních skupinách [Die Kartei der Aktion „48“ und die Auswertung des sog. staatsfeindlichen Wirkens der römisch-katholischen Kirchen in ausgewählten sog. illegalen Gruppen]. In: Sborník Archívu bezpečnostních složek 9/2011, 58 – 63.

wurden oder Hilfe für Familien der verhafteten/verurteilten Personen. In diese Kategorie gehörte auch Hilfe den Ordensleuten, die aus den Sammelklöstern oder aus dem Internierungskloster geflohen sind. Es war selbstverständlich auch verboten, bei Emigration (Überschreitung der Staatsgrenze) jegliche Hilfe zu leisten.

4. „Befolgung von Geheiminstruktionen des Vatikans“ – das kommunistische Regime hat „wichtigere“ kirchliche Handlungen wie Bischofs- oder Priesterweihe, bei denen die staatliche Zustimmung fehlte, streng verfolgt. In diesem Zusammenhang wurde oft der Begriff „mexikanische Fakultäten“<sup>599</sup> verwendet, zum ersten Mal im Prozess gegen Weihbischof Zela.
5. „Kontakte mit einer Ordensgemeinschaft“ – jegliche Kontakte mit den internierten Ordensleuten wurden verboten; genauso durften die freigelassenen Ordensmänner keine informellen „Ordensgemeinschaften“ (gemeinsames Leben, Aufnahme und Ausbildung von Novizen) bilden. Für die Frauenorden galten mildere Bestimmungen (s.o.).
6. „Verbreitung von staatskritischen Texten“ – als „staatskritisch“ konnte eine breite Palette von Texten bezeichnet werden: Hirtenbriefe, Exkommunikationsdekrete des Apostolischen Stuhles, Enzykliken, Predigten usw.

In der nächsten Phase hatte die Arbeitskommission die Einbeziehung der Öffentlichkeit und die Form der Informierung in den Medien überlegt.<sup>600</sup> Die Kirchenprozesse gehörten in die Gruppe derjenigen Gerichtsverfahren, über die ausführlich berichtet wurde – vor allem in den Zeitungen und Zeitschriften, es gab aber

---

<sup>599</sup> Die „mexikanische Fakultäten“ erlaubten Bischöfen, Priestern und Ordensleuten in der Tschechoslowakei einige Handlungen, die sonst der Zustimmung des Apostolischen Stuhls unterliegen würden – für den Fall, dass aufgrund der Verfolgung der Kirche die Kontakte zwischen dem tschechoslowakischen Episkopat und dem Vatikan unmöglich wären. Die wichtigste Bestimmung war, dass die Diözesanbischöfe einen oder zwei Weihbischöfe im Geheimen weihen dürfen, die sie im Fall ihrer Internierung vertreten sollten. Die Fakultäten rechneten auch mit vielen Ausnahmen für Ordensleute: Die Orden durften zum Beispiel ohne Zustimmung Ordenshäuser errichten oder das Noviziat abkürzen. Vgl. ABS, Fond V 1192 Hradec Králové.

<sup>600</sup> Vgl. VOREL, Jaroslav/ŠIMÁNKOVÁ, Alena/BABKA, Lukáš, Československá justice 1948 – 1953 v dokumentech [Die tschechoslowakische Justiz in den Jahren 1948 – 1953 in den Dokumenten], Band III, Prag 2004, 217 – 218.

auch direkte Übertragungen in Staats- oder Ortsrundfunk.<sup>601</sup> Anschließend wurden Broschüren oder Bücher über die Prozesse herausgegeben (zum Beispiel über den Prozess mit Weihbischof Zela). Über das sog. Wunder von Čichošť wurde sogar ein propagandistischer Film gedreht, der später in der ganzen Tschechoslowakei vorgeführt wurde und der die „Verschwörung der Kirche und des Vatikans“ dokumentarisch veranschaulichen sollte.<sup>602</sup> Sehr aufmerksam wurde das Publikum ausgewählt, das später während des Verfahrens im Gerichtssaal anwesend war: In den meisten Fällen handelte es sich um Mitglieder der kommunistischen Partei, Vertreter des Proletariats (in der Regel aus der Umgebung der Klöster und Ordenshäuser) oder um junge Studenten der Parteihochschulen. Die Aufgabe des Publikums war, nach den Reden der Prokuratoren zu applaudieren; manchmal haben die im Gerichtssaal Anwesenden laut für die Angeklagten die Todesstrafe oder mindestens eine sehr hohe Strafe verlangt. Falls sie nicht bemessen wurde, brachte das Publikum seine Enttäuschung zum Ausdruck. Sehr typisch waren auch erbitterte Verurteilungsbriefe der Bürger und Bürgerinnen oder Resolutionen verschiedener Arbeitskollektive aus Fabriken im ganzen Land, die in der Presse abgedruckt wurden und die die ganze Kampagne begleiteten.<sup>603</sup>

Die eigentlichen Gerichtsprozesse haben gewöhnlich nur wenige Tage gedauert. Von den Angeklagten hatte man erwartet, dass sie die abgeschlossenen „administrativen“ Protokolle aus der Untersuchungshaft vorlesen oder auswendig aufsagen. Die Richter hatten manchmal eine Frage gestellt, sehr oft hatten sie den Angeklagten vorgesagt, falls sie etwas vergessen hatten. Das Selbstverständnis des Richteramtes hat Dr. Hugo Richter, seit 1949 Vorsitzender des Staatsgerichtes in Prag, so zusammengefasst: „Das Prinzip der richterlichen Unabhängigkeit bedeutet, dass Richter und Justiz ein Mittel der volksdemokratischen Herrschaft sind. Die Überzeugung eines

---

<sup>601</sup> Zum Beispiel der Prozess „Machalka und Konsorten“ wurde in vielen Gemeinden, in denen die Orden ihre Noviziate, Mutterhäuser oder Klöster hatten, durch den Ortsrundfunk übertragen. Gespräch mit Sr. Slavomíra Měříčková OP am 15.6.2017 in Prag.

<sup>602</sup> Im Film *Běda tomu, skrze něhož pohoršení přichází* („Wehe dem, durch den die Versuchung kommt“) hat selbst Staatsprokurator Čížek gespielt, indem er die Rolle des reaktionären Pfarrers übernommen hat. Pfarrer Toufar, der ursprünglich im Film auftreten sollte, war körperlich so entkräftet, dass er während des Films zusammenbrach. Ausführlich DOLEŽAL, *Krok do tmavé noci*, 473 – 529.

<sup>603</sup> So verurteilte zum Beispiel ein „fortschrittlicher“ Konsistorialrat aus Ostböhmen im Anzeigebblatt der katholischen Geistlichkeit die Angeklagten im Prozess „Machalka und Konsorten“ auf folgende Weise: „Wir patriotischen Priester müssen die Verbrechen der Ordensleute wiedergutmachen. Ab jetzt wollen wir umso mehr wachsam sein, umso mehr müssen wir uns unserer Regierung zuneigen, die für uns so viel Gutes gesetzlich festgelegt hat.“ Zitiert nach VAŠKO, Neumlčená, Band 2, 149.

Richters muss sich im Einklang mit politischen Vorstellungen, Postulaten und Überzeugungen des Proletariats befinden“.<sup>604</sup> Die Hauptrolle haben allerdings die Prokuratoren gespielt: Ihre Reden waren eher für das Publikum konzipiert und wurden auch dementsprechend dramatisch vorgetragen. Sie beinhalteten in der Regel nicht nur die Schilderung der angeblichen Straftaten der Angeklagten, sondern auch propagandistische Anschuldigungen gegen die ganze katholische Kirche. Zum Abschluss der Gerichtsverfahren traten noch die „Experten“ (zum Beispiel Sicherheitsexperten des Innenministeriums oder kommunistische Historiker) auf, die die Anklagen unterstützten. Anschließend wurden die vorbereiteten Urteile gefällt und die Verurteilten wurden einem Gefängnis zugewiesen.

#### 4.4.2 Prozess gegen Weihbischof Dr. Stanislav Zela

Die kommunistische Führung richtete im Jahr 1950 ihre Aufmerksamkeit intensiv nicht nur auf die Männerorden, sondern auch auf die tschechoslowakischen Bischöfe. Obwohl sich einige von ihnen bereits in Hausinternierung befanden (zum Beispiel der Prager Kardinal Josef Beran) und der Rest weitgehend isoliert wurde, erfreuten sie sich weiterhin einer hohen Autorität – sowohl unter der tschechoslowakischen Bevölkerung als auch im Ausland.<sup>605</sup> Ihre endgültige Ausschaltung und eine öffentliche Enthüllung ihres staatsfeindlichen Wirkens würde dem Ziel der kommunistischen Kirchenpolitik – der Trennung der tschechoslowakischen Kirche vom Vatikan – einen bedeutsamen Dienst erweisen.

Die Spitzen der kommunistischen Partei waren sich allerdings nicht in der Frage einig, welche möglichen Konsequenzen ein großer Schlag gegen die Bischöfe hätte. Die „gemäßigte“ Seite warnte davor, dass das (katholische) Volk noch nicht reif dafür sei, einen solchen Vorgang zu verstehen; darüber hinaus wäre es schwierig, das Vertrauen der „Masse der Geistlichen“, die zu den Bischöfen immer noch treu stand, zu

---

<sup>604</sup> KAPLAN, Karel, Politická perzekuce za komunistického režimu v Československu [Politische Verfolgung während des kommunistischen Regimes in der Tschechoslowakei]. In: GEBAUER, František (Hg.), Soudní perzekuce politické povahy v Československu 1948 – 1989 [Justizverfolgung mit politischem Charakter in der Tschechoslowakei 1948 - 1989], Prag 1993, 9.

<sup>605</sup> VAŠKO, Dům na skále, Band 2, 247.

gewinnen.<sup>606</sup> Die „radikale“ Seite verlangte dagegen eine harte Vorgehensweise: Die Ausschaltung der Bischöfe würde eine wesentliche Vereinfachung der Verhandlungen bedeuten, weil die Kirche in diesem Fall nur mehr durch regimekonforme Amtsträger (Kapitelvikare als Administratoren der Diözesen) vertreten wäre.<sup>607</sup> Schließlich wurde entschieden, dass die entsprechenden Stellen zwei Prozesse vorbereiten sollten – einen in Prag und einen in der Slowakei.<sup>608</sup> Beide Prozesse sollten „die Kirchenführung als Feind des Volkes vor, während und nach dem Kriege bloßstellen<sup>609</sup>“, die Spionage zugunsten des Vatikans und Verrat betrieben habe, mit dem Ziel, die volksdemokratische Herrschaft zu zerstören. Einige Mitglieder des Zentralkomitees der kommunistischen Partei warnten davor, die Anklage zu übertreiben, wie es beim Prozess gegen die Männerorden der Fall war, und verlangten eine realistischere Gestaltung – nach „dem Prozess gegen die Klöster und die Orden haben sich nämlich einige Genossen Arbeiter gewundert, wieso keine Todesstrafe gefällt worden sei<sup>610</sup>“.

Für den Schauprozess in Prag wurden von der Arbeitskommission neun Personen ausgewählt. Sechs von ihnen stammten aus der Umgebung des Prager Erzbischofs Josef Beran. Es handelte sich um drei Kanoniker des Domkapitels in Prag – Dr. Josef Čihák, Dr. Otakar Švec und Dr. Jaroslav Kulač, weiter um den Direktor des erzbischöflichen Pastoralamtes Dr. Antonín Mandl und um den ehemaligen Sekretär von Erzbischof Beran Dr. Jan Boukal. Zu dem „Prager Kreis“ gehörte auch der Mitarbeiter der Internuntiaturs P. Václav Mrtvý SDB. Aus eher propagandistischen Gründen kamen zwei Prager Äbte dazu:

---

<sup>606</sup> KAPLAN, Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei 1948 – 1954, 150. Die „gemäßigte“ Politik wurde zum Beispiel vom Mitglied des Sechserausschusses Zdeněk Fierlinger bevorzugt, laut dem lediglich eine öffentliche Enthüllung des reaktionären Wirkens der Bischöfe und der daraus resultierenden politischen Verantwortung genügen würde, um sie in einem Kloster zu isolieren, wobei eine strengere Bestrafung für die Zukunft nicht ausgeschlossen wäre. KAPLAN, Karel, Něktrvá revoluce [Die unblutige Revolution], Prag 1993, 299.

<sup>607</sup> So vertrat zum Beispiel Staatspräsident Gottwald die Meinung, dass man den niederen Klerus durch wirtschaftliche Vorteile gewinnen könne, die Bischöfe seien dagegen als Klassenfeinde zu behandeln. VAŠKO, Dům na skále, Band 2, 248.

<sup>608</sup> In der slowakischen Hauptstadt Preßburg standen im Dezember 1950 drei Bischöfe vor Gericht: der Bischof von Spiš Ján Vojtaššák, der griechisch – katholische Bischof von Prešov Pavol Gojdič und Weihbischof des Erzbistums Trnava Michal Buzalka. Zum Prozess vgl. LETZ, Róbert (Hg.), Dokumenty k procesu s katolíckymi biskupmi Jánom Vojtaššákom, Michalom Buzalkom a Pavlom Gojdičom, [Dokumente zum Prozess gegen die katholische Bischöfe Ján Vojtaššák, Michal Buzalka und Pavol Gojdič], Preßburg 2007.

<sup>609</sup> KAPLAN, Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei 1948 – 1954, 153.

<sup>610</sup> VAŠKO, Dům na skále, Band 2, 251.

P. Anastáz Opasek<sup>611</sup> aus der Benediktinerabtei Břevnov und P. Bohuslav Jarolímek<sup>612</sup> aus der Kanonie der Prämonstratenser auf Strahov. An erster Stelle der Angeklagten befand sich allerdings der Olmützer Weihbischof und Generalvikar Dr. Stanislav Zela – die ganze Gruppe wurde auch meistens schlicht als „Zela und Konsorten“ bezeichnet. Der Schauprozess fand zwischen 27. November und 2. Dezember 1950 vor dem Staatsgericht in Prag statt und verlief ganz nach dem üblichen Szenario der politischen Prozesse und nach dem Regiebuch der Arbeitskommission. „Auch die sogenannte öffentliche Meinung wurde entsprechend organisiert; Betriebe sandten Resolutionen, in denen hohe Strafen verlangt wurden.“<sup>613</sup>

Weihbischof und Generalvikar der Erzdiözese Olmütz Dr. Stanislav Zela war zwar seit Sommer 1947 auch Bevollmächtigter des Deutschen Ordens für die Verhandlungen über dessen Besitz, die von der Staatssicherheit ausgearbeitete Anklage<sup>614</sup> wurde aber viel breiter konzipiert und im ersten Vorbereitungskonzept tauchte der Deutsche Orden zunächst überhaupt nicht auf. Die Anklage gegen Weihbischof Zela konzentrierte sich auf zwei Hauptpunkte: Erstens sollte bewiesen werden, dass das Verhalten von Zela in der Kriegszeit als eine Kollaboration mit der nationalsozialistischen Okkupationsmacht beurteilt werden könne; zweitens sollte sein Wirken als Generalvikar und enger Mitarbeiter der beiden Erzbischöfe Prečan und Matocha in der Zeit nach 1945 bzw. 1948 als besonders staatsfeindlich und reaktionär enthüllt werden.

Weihbischof Zela sagte während des Verhörs am 9. Oktober 1950<sup>615</sup> aus, dass er noch vor seiner Freilassung aus dem KZ Dachau, die dank einer Intervention des Olmützer Weihbischofs und Generalvikar von Branitz Josef Nathan gelang, versprechen

---

<sup>611</sup> Abt Opasek, der im November 1945 von Pius XII. bei einer Sonderaudienz empfangen worden war, sollte höchstwahrscheinlich eine „internationale“ Dimension des Prozesses repräsentieren. Die Arbeitskommission überlegte bei seiner Person sogar die Todesstrafe. VAŠKO, *Dům na skále*, Band 2, 252.

<sup>612</sup> Abt Jarolímek unterschrieb am 2. Januar 1948 gemeinsam mit Abt Möhler eine Vereinbarung, dass der Besitz des Stiftes Tepl, aus dem die Kommunität der deutschsprachigen Brüder vertrieben wurde, formell unter die Verwaltung des Generalabtes übergehen wird. Das Stift sollte von tschechischen Prämonstratensern besetzt werden – mit dem Hinweis, dass die deutschsprachigen Brüder im Fall einer Änderung der nationalen Bedingungen zurückkehren dürfen. Der Prokurator bezeichnete die Vereinbarung als die Erwartung eines neuen „Münchener Abkommens“, in dessen Folge „Abt Möhler mit seinen Mitbrüdern hinter einer Neonazi – Armee zurückkommt.“ VAŠKO, *Neumličná*, Band 2, 226. Abt Jarolímek, der in der Zeit des Prozesses bereits todkrank war, verstarb infolge der brutalen Behandlung Anfang Januar 1951, also einen Monat nach seiner Verurteilung zu 20 Jahren Gefängnis.

<sup>613</sup> KAPLAN, *Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei 1948 – 1954*, 153.

<sup>614</sup> ABS, Fond V 3881/1.

<sup>615</sup> ABS, Fond V 3881/2, 1-23.

musste, sich sofort nach der Heimkehr bei der Gestapo zu melden. Mit Zustimmung des Erzbischofs Prečan besuchte er tatsächlich die Dienststelle der Gestapo in Olmütz; der für die Kirchen zuständige Offizier namens Karl Bankl habe ihm befohlen, die Gestapo regelmäßig (wöchentlich) zur Berichterstattung zu besuchen. Die Gestapo interessierte sich laut Zela vor allem für die öffentlichen kirchlichen Veranstaltungen, bei denen sich eine größere Zahl der Gläubigen versammelte – vor allem über die Organisation der Wallfahrten wollte sie gut informiert werden, damit sie mögliche Provokationen verhindern könnte. Mit Hilfe von Zigaretten und Likören<sup>616</sup> habe Zela versucht, die Zuneigung von Bankl und seinem Kollegen für sich zu gewinnen (einmal habe er sie auch zur Hausschlachtung eingeladen), mit der Intention, für verhaftete oder gefangene Priester zu intervenieren. Diesem glaubte die Staatssicherheit jedoch nicht und die Mitarbeit von Zela mit der Gestapo wurde als Kollaboration bewertet. Einige Zeugen sagten darüber hinaus aus, dass Zela an der Liquidierung der „Sekte Jesu Christi“<sup>617</sup> und der orthodoxen Kirche in Olmütz durch die Nazis beteiligt gewesen sei. Das Faktum, dass bei Zela nach dem Krieg von einem Volksgericht Nachforschungen angestellt wurden und er für unschuldig erklärt wurde, erklärte die Staatssicherheit so, dass er über seine Kontakte in der christlichen Volkspartei die Mitglieder des Tribunals beeinflusste, was wieder einige Zeugen bestätigten.

Weiter widmeten sich die Polizisten den Aktivitäten von Zela nach dem Krieg, die sie „Sachen gegen die Bemühungen der volksdemokratischen Regierung“<sup>618</sup> nannten, und seinen Kontakten mit der Internuntiat in Prag, die sie in ihrer Terminologie als „Spionage für den Vatikan“ darstellten. An dieser Stelle wurde der Deutsche Orden angesprochen. Der Weihbischof sagte nämlich aus, dass Hochmeister Schälzky über die

---

<sup>616</sup> Die Vorliebe Karl Bankls für Alkohol ist auch in anderen Quellen belegt. Im Winter 1943 wurde er von Olmütz nach Kladno (Kladno, Mittelböhmen) versetzt und die dortige Dienststelle der Gestapo war für Trinkgelage und Schlägereien bekannt. Wenige Tage vor dem Kriegsende habe der betrunkene Bankl laut Augenzeugen „Tschechen raus!“ geschrien und wurde infolgedessen von einem Passanten verprügelt. BÁRTA, Milan, Všichni čekají tvrdý a spravedlivý trest. Konec kladenského gestapa [Alle erwarten eine harte und gerechte Strafe. Das Ende der Gestapo in Kladno]. In: Paměť a dějiny 2/2016, 59.

<sup>617</sup> Es handelte sich höchstwahrscheinlich um die „Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage“ (die Mormonen), die in dieser Zeit in Olmütz eine Mission betrieb und von den Nazis verfolgt wurde. Die Sorge der kommunistischen Staatspolizei um das Schicksal der Mormonen war in dieser Zeit allerdings eher zynisch, denn die kommunistische Tschechoslowakei hatte diese Kirche als eine „westliche Sekte“ aufgelöst und die Missionare waren verhaftet oder aus dem Land ausgewiesen. Vgl. HARÁKOVÁ, Renata, Mormonské misie na území ČR [Missionen der Mormonen auf dem Gebiet der Tschechischen Republik], Diplomarbeit, Philosophische Fakultät der Masaryk-Universität in Brünn, 2010, 26.

<sup>618</sup> ABS, Fond V 3881/2, 10.

erzbischöfliche Kanzlei einige Briefe an die Internuntiatur geschickt habe, in denen er um Hilfe für die Rettung des Ordensbesitzes vor der drohenden Verstaatlichung gebeten habe. Weihbischof Zela habe als Sekretär des Erzbischofs alle diese Briefe redigiert und zum Versand vorbereitet. Zela gab auch zu, dass er mit der Oberin der Deutschordensschwwestern Witková oft in Verbindung war – zum Beispiel habe er gemeinsam mit ihr eine Umbenennung der Ordensgemeinschaft geplant, obwohl er wusste, dass die Gesinnung der Schwestern bereits in der Kriegszeit und umso mehr nach dem Jahr 1949 äußerst staatsfeindlich gewesen sei. Die Ermittler interessierten sich weiter dafür, ob sich die Internuntiatur in der Frage des Deutschen Ordens irgendwie weiter engagierte - Weihbischof Zela äußerte seine Vermutung, dass die ganze Sache in den Vatikan weitergeleitet wurde.

Die eigene Stellung dem kommunistischen Regime nach 1948 gegenüber bezeichnete Zela selbst beim Verhör als feindlich. Mit Zustimmung des Erzbischofs Matocha habe er die regimekritischen Hirtenbriefe öffentlich verlesen und illegale Rundbriefe und Broschüren<sup>619</sup> unter den Gläubigen verbreitet. Weiter warfen ihm die Ermittler eine Defraudation von finanziellen Mitteln der Krankenkasse der katholischen Geistlichen in Mähren vor, die er unter dem Schleier der Rettung des Geldes vor der Verstaatlichung angezettelt habe – Zela versuchte zunächst, dies zu bestreiten, nach der Konfrontation mit einem Zeugen bestätigte er aber auch diese Anklage. Aus der Sicht des Deutschen Ordens ist es interessant, dass in der Sache der Krankenkasse auch Rechtsanwalt Dr. Josef Sklenář verhört wurde, der den Orden nach dem Krieg vertrat (vgl. Kapitel 3 dieser Arbeit) und der in dieser Zeit nach Verurteilung in einem anderen Fall im Gefängnis saß.

Dr. Sklenář bestätigte die angebliche Defraudation des Geldes der Krankenkasse durch Weihbischof Zela und äußerte sich auch auf folgende Weise zum Deutschen Orden: „Meine Stellung zu den sozialistischen Idealen war von Anfang an negativ. Als unser Volk im Jahre 1945 die faschistische Vorherrschaft gestürzt hatte und kapitalistische und feudale Relikte beseitigen wollte, habe ich mich auf die schlechte Seite gestellt, die die Verwirklichung der neuen Ideale verhindern wollte. Ich habe mich

---

<sup>619</sup> Als „staatsfeindliche Broschüre“ wurde von den Polizisten zum Beispiel auch die Enzyklika *Divini redemptoris* bezeichnet.

aller Mittel bedient, um die Relikte zu verteidigen. Ich habe gegen die Konfiskation des Besitzes des Deutschen Ordens Berufung eingelegt<sup>620</sup>“.

Vor der eigentlichen Gerichtsverhandlung wurde der Deutsche Orden in die Anklage eingearbeitet und somit wurde er zu einem der Hauptpunkte, auf denen die Beschuldigung von Zela basierte: „In den Jahren 1945 und 1946 versuchte er, den verstaatlichten Besitz des Deutschen Ordens dem Volk zu entziehen. Er verhandelte mit der deutschen Oberin des Schwesternzweiges Vítková über die Umbenennung des Ordens. Mit Hochmeister Schälzky verhandelte er über die mögliche Übernahme des Ordenseigentums, das der Konfiskation unterlag, zurück unter den Kirchenbesitz<sup>621</sup>“. Eine Broschüre des Justizministeriums, die als Abschrift der Gerichtsverhandlung am Ende des Jahres 1950 herausgegeben wurde, bringt folgende Aussagen von Zela zum Deutschen Orden:

„Senatsvorsitzender: Welche Besitzsachen haben Sie nach der Befreiung aus der Kanzlei des Ordinariats erledigt?

Zela: Es betrifft den Besitz des Deutschen Ritterordens. Hochmeister Schälzky hat sich damals an den Erzbischof gewendet, dass er der Nuntiatur Briefe schicke, in denen Schälzky den Schutz des Kircheneigentums forderte. Es war in der Zeit, als das Konsistorium in Olmütz die Nachricht bekommen hatte, dass dieser Besitz konfisziert werden sollte. So haben wir versucht, ihn zu retten.

Prokurator: Wenn es um den Deutschen Ritterorden geht, war er ein deutscher Orden?

Zela: Er war.

Prokurator: Unterlag also sein Besitz der Konfiszierung?

Zela: Gewiss unterlag er.<sup>622</sup>

---

<sup>620</sup> ABS, Fond V 3881/1, 156.

<sup>621</sup> ABS Fond V 3881/2, 18. Weitere Hauptbestände der Anklage gegen Zela waren seine angebliche Kollaboration während der Kriegszeit, seine angebliche Beeinflussung des Volksgerichts, das ihn nach dem Krieg freigesprochen hat, seine angebliche Verschwörung mit der Internuntiatur in Prag und sein staatsfeindliches Wirken nach 1948 (Verbreitung von staatsfeindlicher Literatur usw.).

<sup>622</sup> Ministertvo spravdnosti [Das Justizministerium], Proces proti vatikánským agentům v Československu. Biskup Zela a společníci [Prozess gegen die vatikanischen Agenten in der Tschechoslowakei. Bischof Zela und Konsorten], Prag 1950, 44.

Wie bei den anderen Kirchenprozessen wiederholten die Angeklagten die Aussagen, die sie in der Untersuchungshaft lernen mussten. Am letzten Tag der Verhandlung trat noch als Experte der emeritierte Professor der Karlsuniversität für Kirchenrecht Antonín Hobza auf, der meinte, dass das kanonische Recht in einem modernen Staat den Charakter eines Rechtes überhaupt nicht aufweise.<sup>623</sup> Der Prokurator bezeichnete in seiner Schlussrede die Angeklagten als „neun Spione, die sich im Namen des Dollars auf den Kreuzzug gegen das Volk begeben haben“<sup>624</sup>. Das Gericht erklärte anschließend alle Angeklagten für schuldig; Weihbischof Zela wurde wegen Hochverrats zu 25 Jahren Gefängnis und zum Verlust der Bürgerrechte verurteilt. In verschiedenen Gefängnissen hat er insgesamt 13 Jahre verbracht, nach seiner Freilassung im Oktober 1963 wurde er im Haus der Caritas in Radvanov (Südböhmen) interniert. Stanislav Zela verstarb am 6. Dezember 1969, sechs Monate vor seinem Tod hat ihn das Stadtgericht in Prag voll rehabilitiert.<sup>625</sup>

Aus der ganzen Untersuchungsschrift der Staatssicherheit gegen Weihbischof Zela geht klar hervor, dass die Frage des Besitzes des Deutschen Ordens am Anfang nicht zu den Hauptbeständen der Anklage gehörte. In dem Vorbereitungskonzept wird der Orden nirgendwo erwähnt, obwohl er in die Beschuldigungen sehr gut passen würde: Von der „propagandistischen“ Bedeutung des Deutschen Ordens abgesehen würden die Kommunikation zwischen Zela und der Internuntiaturs und die Bemühungen, den Ordensbesitz zu „verstecken“, das Bild des Weihbischofs als eines „Spions des Vatikans“ und „Defraudanten von öffentlichem Geld“ stark untermauern. Beim Verhör waren es aber nicht die Polizisten, sondern Zela selbst, der den Deutschen Orden ansprach, in dem er auf eine eher allgemeine Frage antwortete.<sup>626</sup>

---

<sup>623</sup> Proces proti vatikánským agentům v Československu. Biskup Zela a spolčníci, 135.

<sup>624</sup> Proces proti vatikánským agentům v Československu. Biskup Zela a spolčníci, 139.

<sup>625</sup> Das Stadtgericht in Prag überprüfte im Zuge des „Prager Frühlings“ im Jahr 1968 das Verfahren des Staatsgerichtes aus dem Jahr 1950 und hob dessen Urteil bei allen neun Angeklagten völlig auf. Das Gericht konstatierte, dass den Angeklagten das Recht auf Verteidigung vorenthalten wurde und dass bereits die Verhöre widerrechtlich durchgeführt wurden. Auch die angeblichen Straftaten, darunter auch die Kollaboration von Weihbischof Zela, wurden vom Stadtgericht bezweifelt bzw. abgelehnt. Vgl. ABS, Fond V 3881/2, 367 - 411

<sup>626</sup> Wortwörtlich lautete die Frage der Ermittler (laut des Verhörprotokolls): „Welche Sachen, die gegen die Bemühungen der volksdemokratischen Regierung gerichtet waren, hat man in der Kanzlei des Ordinariats erledigt?“ ABS Fond V 3881/2, 10.

Es bieten sich mehrere Interpretationen, warum er diese Problematik überhaupt eröffnete. Die erste (sehr unwahrscheinliche) Möglichkeit wäre, dass er den Deutschen Orden in ein Strafverfahren einbeziehen wollte; es könnte sich auch einfach um einen Zufall handeln. Zweitens konnte Zela nach den brutalen Verhören so erschöpft gewesen sein, dass er nicht klar nachdenken konnte – diese Variante würde zu den Untersuchungspraktiken der Staatssicherheit gut passen. Eine überraschende Interpretation brachte jedoch einige Monate später die Geheimpolizei selbst: Weihbischof Zela wollte möglicherweise den Orden vor der Aufmerksamkeit der Polizei warnen. Während der Vorbereitung des Prozesses gegen den Deutschen Orden beschwerte sich der Landeskaptän der Staatssicherheit in Ostrau, dass es nicht besonders taktisch war, Zela vor dem Gericht über den Orden öffentlich reden zu lassen. „Unsere Vermutung ist, dass er zu diesem Thema nur aus dem Grund ausgesagt hat, um die Mitglieder des Ordens zu warnen, dass sich für sie die Staatssicherheit interessiert<sup>627</sup>“. Die Polizisten, die das Kloster der Deutschordensschwwestern in Troppau beobachteten, berichteten, dass während der Hörfunkübertragung des Prozesses gegen Zela unter den Schwestern eine große Aufregung herrschte – nach der Nennung des Ordens seien sogar mehrere Schwestern aus dem Gebäude gelaufen, um sich auf der Straße umzusehen, ob sich nicht die Polizei in der Nähe des Klosters befinde. Dadurch wurde laut der Staatssicherheit klar, dass sie einen Angriff erwarteten und dass sie somit Zeit hatten, sich sorgfältig vorzubereiten (sie konnten zum Beispiel wichtige Dokumente vernichten oder Geld verstecken).

Es lässt sich heute nicht mehr genau erschließen, mit welchen Motiven Stanislav Zela den Orden ansprach und ob er dazu nicht gezwungen wurde. Falls er wirklich die Deutschordensschwwestern warnen wollte, wie die Staatssicherheit vermutete, würde es sich um eine sehr mutige und opferbereite Tat des Weihbischofs handeln. Auf jeden Fall war der Prozess „Zela und Konsorten“ der erste große Prozess, in dem ein „Vertreter“ des Deutschen Ordens verurteilt wurde; es ist auch signifikant, dass der Besitz des Deutschen Ordens zu einem der wichtigsten Teile der Anklage gegen Zela wurde. Es dauerte nicht mehr lange und die Staatssicherheit fing an, einen eigenständigen Prozess gegen den Deutschen Orden vorzubereiten.

---

<sup>627</sup> ABS, Fond V 704/21 Ostrava, 36.

#### 4.4.3 Erste Ermittlungen gegen den Deutschen Orden

Die Polizei nahm beim Deutschen Orden und besonders bei den Deutschordensschwestern bereits in den Jahren 1946 und 1947 Untersuchungen vor (vgl. Kapitel 3 dieser Arbeit). Aus mehreren Gründen wurde aber die Ermittlung später eigenstellt: Vor allem wurde die Informantin (die ehemalige slowakische Ordensschwester Marie Terlandová) von einem unbekanntem Polizisten verraten, der vor ihr die Schwestern durch einen Priester in Troppau warnte. Darüber hinaus gab es nach der kommunistischen Machtübernahme im Jahr 1948 ein gewisses Chaos im Rahmen der Staatssicherheit selbst: Ein für den Fall zuständiger Offizier wurde als politisch unzuverlässig entlassen, ein anderer wurde nach Prag versetzt und die Untersuchungsakten gingen auf einige Zeit verloren bzw. gerieten in Vergessenheit.<sup>628</sup>

Auf den ganzen Fall wurde das Landeskommando der Staatssicherheit in Ostrau wieder durch die ehemalige Ordensschwester Marie Terlandová (vgl. Kapitel 3 dieser Arbeit) aufmerksam gemacht, die Mitte Oktober 1950 aus Preßburg nach Nordmähren anreiste. Terlandová besuchte die Kirchenabteilung des Nationalausschusses in Troppau, wo sie die Hilfe der Behörden beanspruchte – sie behauptete, dass sich im Kloster der Deutschordensschwestern in Troppau immer noch ihre persönlichen Sachen befinden, die sie abholen möchte. Der Leiter der Abteilung informierte unverzüglich das Landeskommando der Staatssicherheit in der Landeshauptstadt Ostrau, das den Fall überprüfte und interessant fand. Terlandová wiederholte alle ihre früheren Behauptungen, die jetzt sorgfältig protokolliert wurden.<sup>629</sup> Auf ihre Empfehlung besuchte eine Geheimpolizistin eine weitere ehemalige Deutschordensschwester, Františka Mikličková, die u.a. erzählte, dass die Schwestern Waffen vor ihrem Kloster in Freudenthal vergraben oder dass sie die Soldaten der Roten Armee belästigt haben – „es war aber so eine unverschämte Sauerei, dass man davon aus christlicher Sicht überhaupt nicht reden sollte<sup>630</sup>“. Die Staatssicherheit fing infolge der beiden Aussagen sofort an, das Kloster und das Spital der Deutschordensschwestern in Troppau permanent zu beobachten; zugleich wurden das übergeordnete Kommando der Staatssicherheit in Prag und das Ministerium für Nationalsicherheit informiert.

---

<sup>628</sup> ABS, Fond V 704/23.

<sup>629</sup> ABS, Fond 704/22 Ostrava, 6 – 10.

<sup>630</sup> ABS, Fond V 704/21 Ostrava, 170.

Ende November 1950 kam aus dem II. Sektor der Staatssicherheit<sup>631</sup> in Prag eine positive Rückmeldung, allerdings wies der Leiter der zuständigen Abteilung darauf hin, dass der ganze Fall aufgrund seiner politischen Wichtigkeit sehr sensibel sei und dass daher die Ermittlung äußerst sorgfältig und aufmerksam durchgeführt werden müsse. In der Nachricht wurde der Begriff „Liquidierung“ verwendet – aufgrund der Spionagetätigkeit seiner Mitglieder sollte der ganze Orden liquidiert werden. Mit der Arbeit an seiner Liquidierung sollte aus zwei Gründen unverzüglich angefangen werden. Erstens bestehe die Gefahr, dass die schlaunen Ordensfrauen freiwillig ihre Gemeinschaft selbst auflösten, damit sie „in Zivil“ ihr staatsfeindliches Wirken fortsetzen könnten und zweitens habe Weihbischof Zela am 27. 11. 1950 vor Gericht über die Schwestern öffentlich geredet (s.o.) – damit habe er sie eigentlich gewarnt bzw. zum Rückzug in die „Illegalität“ aufgerufen. Die Ermittler aus Ostrau sollten deshalb unverzüglich und entschieden handeln und mit der Prager Zentrale im ständigen Kontakt bleiben.

Zur Schlüsselperson, durch die man zu Informationen aus dem innersten Kreis der Ordensgemeinschaft eindringen könnte, bestimmten die Ostrauer Polizisten die erste Provinzrätin, die ehemalige Oberin des aufgelösten Ordenshauses in Unterlangendorf und eine enge Vertraute von Provinzoberin Witková Sr. Remigia Anna Axmannová. Am Anfang des Jahres 1951 bekam Sr. Remigia, die in dieser Zeit offensichtlich nichts ahnte, von der Provinzoberin Witková die Erlaubnis, das Kloster in Troppau vorübergehend zu verlassen, um sich um ihre krebskranke Schwester zu kümmern. Sie begab sich am 11. Januar 1951 gemeinsam mit ihrer Nichte auf den Weg, auf dem Bahnhof in Ostrau wurden aber die beiden Frauen von zwei Geheimpolizisten in Zivil plötzlich festgenommen.<sup>632</sup> Am nächsten Tag wurde Sr. Remigia in die Untersuchungshaft der Staatssicherheit in Prag überführt, wo sie in einer gemeinsamen Gefängniszelle mit einer instruierten Agentin der Geheimpolizei untergebracht wurde.<sup>633</sup> Bei den Verhören konzentrierten sich die Polizisten auf die Provinzoberin und Sr.

---

<sup>631</sup> Nach der sowjetischen Vorlage wurde neben dem Innenministerium noch das Ministerium für Nationalsicherheit errichtet, in das das Hauptkommando der Geheimpolizei eingegliedert wurde. Sein II. Sektor beschäftigte sich mit den „inneren Feinden“, der Fall des Deutschen Ordens fiel in die Kompetenz seiner VI. Abteilung unter der Leitung des Stabkapitäns Roman Stehlík. Zur Organisationsstruktur der Staatssicherheit ausführlich KAPLAN, Karel, *Nebezpečná bezpečnost: státní bezpečnost 1948 – 1956* [Gefährliche Sicherheit: Die Staatssicherheit 1948 - 1956], Brunn 1999.

<sup>632</sup> GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 113.

<sup>633</sup> ABS, Fond V 704/9 Ostrava.

Remigia sagte unter Druck aus, dass Sr. Antonia Witková vor der Parlamentswahl im Jahr 1948 die Schwestern zur Abgabe von weißen Wahlzetteln<sup>634</sup> aufgefordert habe. Sr. Witková habe bei dieser Gelegenheit auch staatsfeindliche Flugblätter angefertigt und verbreitet, die zur Treue zur Kirche aufgerufen haben. Weiter sagte Sr. Remigia aus, dass Hochmeister Schälzky Weihbischof Zela zum Bevollmächtigten des Ordens in der Tschechoslowakei ernannt habe und dass die Kontaktperson, die damals nach Wien reiste und so den „Kommunikationskanal“ darstellten sollte, Pfarrer Jindřich Stuchlík war. Sr. Remigia bestätigte schließlich auch Kontakte der tschechoslowakischen Schwestern mit den (vertriebenen) Mitschwestern in Deutschland und in Österreich.

Der Mitgefangenen von Sr. Remigia gelang es in einer ziemlich kurzen Zeit, ihr völliges Vertrauen zu gewinnen. Sr. Remigia schilderte der Geheimpolizistin, wie die Verhöre verliefen und beriet sich mit ihr, was sie sich ausdenken sollte, damit die Ermittler zufrieden wären. So erzählte sie ihr zum Beispiel, dass im Oktober 1939 in Freudenthal die deutschen Soldaten auf den Straßen von Lehrerinnen mit ihren Schülern begeistert begrüßt wurden, nicht aber von den Deutschordensschwestern. Da dies die Ermittler allerdings nicht hören wollten, habe sie ihre Aussage in dem Sinn geändert, dass es die Schwestern waren, die die Soldaten mit dem Gruß „Heil Hitler“ in der Stadt willkommen hießen. Sr. Remigia fragte ihre Mitgefangene auch zum Beispiel, welche wichtige politische Ereignisse es nach 1945 gab und was sie beim Verhör dazu sagen sollte. Mitte Februar 1951 berichtete die Agentin, dass Sr. Remigia total erschöpft sei und an Venenentzündung leide – auch ihr psychischer Zustand habe sich wesentlich dadurch verschlechtert, dass sie aufgrund ihrer „religiösen Überzeugung“ von den Ermittlern ausgelacht werde.<sup>635</sup>

Als die Agentin Anfang März 1951 aufgrund des „Mangels an Beweisen“ aus der Prager Untersuchungshaft „freigelassen“ werden sollte, übergab ihr Sr. Remigia zwei vierseitige Kassiber mit der Bitte, sie ihrem Bruder František Axmann und der Provinzoberin Witková zu überbringen. Die beiden Adressaten vertrauten der

---

<sup>634</sup> Bei der ersten Parlamentswahl nach der kommunistischen Machtübernahme im Mai 1948 haben keine politischen Parteien mehr kandidiert und es gab nur eine Einheitsliste der Nationalfront, die überwiegend von den Mitgliedern der kommunistischen Partei besetzt war. Die Abgabe von weißen – leeren – Wahlzetteln war die einzige Möglichkeit, Ablehnung der Kandidaten zu äußern.

<sup>635</sup> ABS, Fond V 704/21 Ostrava, 97.

Geheimpolizistin ganz (Sr. Witková lud sie sogar zum Abendessen ein) und schrieben Briefe an Sr. Remigia, die zurück in die Untersuchungshaft durchgeschmuggelt werden sollten. Im Kassiber für Sr. Witková entschuldigte sich Sr. Remigia, dass sie gegen sie ausgesagt habe, zugleich versuchte sie, die Mitschwestern zu warnen, dass die Staatssicherheit ihre „Straftaten“ weiter zu untersuchen plane (es ging vor allem um Kollaboration mit den Nazis, Verbreitung von staatsfeindlichen Texten und um angebliche Misshandlung der Patienten im Ordenskrankenhaus in Troppau).<sup>636</sup> Die Zuneigung von Sr. Remigia zu ihrer Mitgefangenen könnte aus heutiger Sicht selbstverständlich als naiv bezeichnet werden, andererseits befand sie sich unter einem enormen und brutalen Druck seitens der Ermittler. Im Juni 1951 brach Sr. Remigia sogar psychisch zusammen und wurde in die Heilsanstalt für psychisch Kranke in Kremsier (Kroměříž) überführt. Dort wurde sie als „nicht geisteskrank“ befunden und wurde am 18. Juli zurück in die Untersuchungshaft eskortiert – laut des Berichts des Primarius habe sie darüber geweint, dass sie die Anstalt verlassen muss.<sup>637</sup>

Nachdem Sr. Remigia das zugegeben hatte, was sich die Geheimpolizei wünschte und nachdem die Ermittler die Kassiber als greifbare „Beweise“ in der Hand hatten, wandte sich am 23. 3. 1951 der Leiter des Landeskommandos der Staatssicherheit in Ostrau wieder an seine Vorgesetzten in Prag, jetzt mit einer ausführlichen Beschreibung der bisherigen Untersuchungen und mit einem Entwurf, wie man weiter vorgehen sollte. Der Orden sei aufzulösen: „Wir schlagen vor, das Wirken des Ordens zu beenden... Eine Ausschaltung der Ordensfrauen würde im Ostrauer Land kein besonderes Echo hervorrufen, weil den Leuten bekannt sei, dass sie mit den Nazis sympathisiert hätten und dass im Orden nur die deutsche Sprache anerkannt wurde.“<sup>638</sup> Für diejenigen Schwestern, die im Troppauer Krankenhaus arbeiten, wird man schnell einen Ersatz finden können; außerdem stellte ihre scheinbare Arbeit laut der Meinung der Staatssicherheit nur einen Vorwand für das staatsfeindliche Wirken dar. Da sich im Kloster überwiegend „religiöse Fanatikerinnen“ befinden, sei es unmöglich, eine

---

<sup>636</sup> ABS, Fond V 704/21 Ostrava, 25 – 27.

<sup>637</sup> ABS, Fond V 704/9 Ostrava. Sr. Remigia Axmannová befand sich in dieser Zeit nicht mehr in Prag, sondern in der Untersuchungshaft der Staatssicherheit in Ostrau, wohin sie im April 1951 im Zusammenhang mit der unmittelbaren Vorbereitung einer umfassenden Aktion gegen den Orden überführt wurde.

<sup>638</sup> ABS, Fond V 704/21 Ostrava, 37.

Geheimagentin in die Ordensgemeinschaft einzusetzen – deswegen sollte man alle Schwestern an einem Ort konzentrieren und so einen psychischen Druck durch Verhöre zu ermöglichen. Die möglichen zukünftigen Anklagepunkte gegen die Schwestern wurden so aufgelistet:

1. Nachrichtendienst und Spionage,
2. verstecken von Waffen,
3. Verbreitung von staatsfeindlichen Flugblättern, die im Kloster gedruckt wurden;
4. töten von „tschechischen Leuten“.

Beim letztgenannten Punkt ging es um einige Vorfälle aus dem Krankenhaus in Troppau, die aber noch als „Verdacht in Bearbeitung“ präsentiert wurden. In diesem Zusammenhang wurde vorgeschlagen, dass auch der ehemalige Direktor des Krankenhauses Dr. Bohumil Sanetřík (vgl. Kapitel 3 dieser Arbeit) näher untersucht werden sollte – mit dem warnenden Hinweis, dass er mit dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Vorsitzenden des Staatsamtes für kirchliche Angelegenheiten Zdeněk Fierlinger befreundet sei.<sup>639</sup> Genauso wollte man eine offizielle Polizeiermittlung gegen den ehemaligen Troppauer Offizier Dr. Bahenský eröffnen, dem vorgeworfen wurde, dass er die Untersuchung des Deutschen Ordens im Jahr 1946 oberflächlich durchgeführt und infolgedessen eigentlich eingestellt habe.

Das Kommando der Staatssicherheit in Prag scheint mit dem bisherigen Verlauf der Ermittlungen nicht ganz einverstanden gewesen zu sein. Bereits seine Drahtnachrichten von Januar und Februar 1951 legen nahe, dass die Polizisten aus der Zentrale vor allem mit der Auswahl der bisherigen Kronzeugen unzufrieden waren. Selbstverständlich ging es nicht um eine „Wahrheit“, sondern um das „Gesamtbild nach außen“ – die Aussagen gegen den Deutschen Orden sollten auf die Parteiführung<sup>640</sup> und später auf die Öffentlichkeit realistisch wirken. Dieser Forderung entsprachen die

---

<sup>639</sup> Dr. Bohumil Sanetřík war in den Jahren 1945 – 48 Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei in Troppau und musste daher Fierlinger sehr gut kennen, der in der gleichen Zeit Vorsitzender der Partei auf gesamtstaatlicher Ebene war. Im Jahr 1948 wurde die Sozialdemokratie mit der kommunistischen Partei zwangsvereinigt.

<sup>640</sup> Eine Depesche aus Prag vom 1.2.1951 betonte, dass über den ganzen Fall der Minister für Nationalsicherheit informiert wird, der anschließend dem Staatspräsident berichten muss, weil es sich um „eine schwerwiegende nationale und kirchenpolitische Sache handelt, die mit der Nationalsicherheit zusammenhängt und die deshalb von den höchsten Amtsträgern genehmigt werden muss...Ein Irrtum im Rahmen dieser Aktion wäre viel zu riskant!“ ABS, Fond V 704/21 Ostrava, 217.

ehemalige Ordensschwester Terlandová oder die verhaftete Sr. Remigia Axmannová überhaupt nicht. Vor der Erstgenannten warnte in seinem Bericht das Kommando der Staatssicherheit in ihrem Wohnort Preßburg. Terlandová wurde als eine äußerst unglaubliche Person bezeichnet, die dafür eine Vorliebe habe, Vorwürfe allen möglichen Leuten (darunter auch Kommunisten oder Polizeibeamten) in ihrer Umgebung zu machen – damit erschwere sie nur der Polizei ihre Arbeit.<sup>641</sup> Genauso „unzuverlässig“ war für die Zentrale in Prag Sr. Remigia Axmannová – dass sie gegen sich selbst auch Sachen intimer Art ausgesagt habe, sei ein Zeichen dafür, dass sie psychisch vollkommen gebrochen ist. Die Reihe der „Zeugen“ wäre daher zu erweitern, genauso sollten die zukünftigen Angeklagten isoliert werden und die Schwestern aus Troppau sollten unter einen schwereren Druck gesetzt werden. Zu diesem Zweck sollten sie interniert, beobachtet und einzeln verhört werden.

#### 4.4.3.1 Einblick in das Arbeiten der Staatssicherheit

Die Untersuchungsschriften der Staatssicherheit bieten einen interessanten Einblick in das Denken der Ermittler, ihrer Vorgesetzten und der Personen, die das angebliche staatsfeindliche Wirken des Ordens bezeugen sollten. Wie schon öfters erwähnt wurde, ging es in der Tschechoslowakei der 50er Jahre um keine Gerechtigkeit im Sinne eines demokratischen Rechtsstaates, sondern die Polizei und die Justiz dienten ausschließlich den Zwecken des totalitären Systems, das die Kirche (und den Deutschen Orden) vernichten wollte. Diese „staatliche“ ideologische Linie befolgten auch die Ermittler der Staatssicherheit<sup>642</sup>, die sich mit dem Deutschen Orden beschäftigten - aus ihrer internen Kommunikation geht hervor, dass sie den Orden nicht nur „formell“, sondern auch

---

<sup>641</sup> Terlandová wurde nach Ihrem Auftreten gegen den Deutschen Orden als eine mögliche zukünftige Mitarbeiterin der Staatssicherheit in ein Haus der Caritas in Preßburg eingesetzt. Sehr schnell hat sie mehrere Personen, darunter auch einen Polizeibeamten, wegen angeblicher Defraudation angeschuldigt. Ihre Informationen waren aber selbst für die Staatssicherheit zu absurd; später hat sie sich sogar als Agentin verraten. ABS, Fond V 704/21 Ostrava, 159.

<sup>642</sup> Die Ermittler der Staatssicherheit waren gewöhnlich junge Menschen, die keine Erfahrungen mit der Polizeiarbeit hatten und die über keine rechtliche Ausbildung verfügten. In den meisten Fällen handelte es sich um die sog. „Arbeiterkader“, die nicht einmal ein Handwerk erlernt hatten. So befanden sich unter den Ermittlern auf hohen Posten zum Beispiel ein Textilverkäufer, ein Klempner oder eine Hilfsarbeiterin. BLAŽEK, Petr/BÁRTA, Milan/KALOUS, Jan/SVOBODA, Libor/ŽÁČEK, Pavel, Tváře vyšetřovatelů Státní bezpečnosti [Die Angesichter der Ermittler der Staatssicherheit]. In: Paměť a dějiny 2012/4, 68.

wirklich innerlich gehasst haben. Sie nannten ihn zum Beispiel „ein lausiges Nest“<sup>643</sup>. Die für den Fall des Deutschen Ordens bei dem Kommando in Ostrava Hauptverantwortlichen, Oberleutnant František Ožana und Kapitänin Věra Hlaváčková–Kantorová, wurden später im Rahmen der Geheimpolizei sogar befördert, was von ihrer absoluten Loyalität zum kommunistischen Regime und seiner Ideologie zeugt.<sup>644</sup>

Dem Hass und der offensichtlichen Unbedarftheit der Ermittler entsprachen die Art und die Methoden der von ihnen geführten Untersuchung. Sie gingen von im Voraus gegebenen „Tatsachen“ aus, auch wenn sie phantasmagorische Züge trugen oder wenn sie von Leuten, die die Staatssicherheit selbst als unglaubwürdig oder psychisch krank betrachtete, behauptet wurden. Erst im Nachhinein wurden für sie Zeugen, Begründungen oder Beweise gesucht. Von kirchlicher Verfassung oder vom Charakter des Ordenslebens wussten die Ermittler gar nichts, ebenso wenig kannten sie sich in der kirchlichen Terminologie überhaupt nicht aus. So wird zum Beispiel in einem der Berichte ausführlich und mit Verdacht geschildert, dass die Ordensschwestern im Rahmen der Ordensgelübde Gehorsam versprochen haben. Auch verschiedene logische Brüche stellen in den Untersuchungsakten keine Ausnahme dar: Zum Beispiel wird an mehreren Stellen betont, dass der Orden in Troppau und Umgebung von der Bevölkerung gehasst werde, andererseits wird aber behauptet, dass die Leute in Troppau dem Orden vertrauten und dass sie den Bewohnern des Klosters in Troppau alles erzählten – so habe sich so etwas wie eine „Nachrichtenzentrale“ entwickelt, die die Informationen der leichtgläubigen Menschen im Sinne einer staatsfeindlichen Aktivität missbraucht habe.<sup>645</sup>

---

<sup>643</sup> ABS, Fond V 704/21 Ostrava, 217a.

<sup>644</sup> František Ožana wirkte später in der Leitung der tschechoslowakischen Grenzwaache, seine Karriere hat aber nicht mehr lange gedauert. Im Jahr 1953 haben Geheimpolizisten zwei junge Männer zur Emigration aufgehetzt, die dann an der Grenze kaltblütig erschossen wurden. Selbst die kommunistische Prokura fand die Tat verwerflich und Ožana, unter dessen Aufsicht sich die Aktion befand, wurde zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Věra Hlaváčková – Kantorová war eine überzeugte Kommunistin, der die Staatssicherheit voll vertraute. Im Februar 1950 wurde sie als eine verkleidete Krankenschwester in die Klinik geschickt, in der Pfarrer Josef Toufar (Akteur des sog. Wunders von Čéhošť - s.o.) nach brutalen Verhören um sein Leben kämpfte. In der Zeit des Prager Frühlings sagte sie aus, dass die Praktiken der Staatssicherheit mit den Praktiken der Gestapo vergleichbar seien, die sie als eine ehemalige KZ – Gefangene gut kannte. Vgl. DOLEŽAL, Krok do tmavé noci, 357 – 361.

<sup>645</sup> ABS, Fond V 704/21 Ostrava, 187. Die Schwestern in Troppau haben laut der Staatssicherheit allmählich ein durchgedachtes Netz von Informatoren aufgebaut, die sie mithilfe von Kaffee, Tee und Wein gewonnen haben. Diese Mangelnahrungsmittel waren aber ursprünglich für schwerkranke Patienten

Nach den Aussagen der zwei ehemaligen Ordensschwestern konzentrierte sich die Staatssicherheit auf die 4 Hauptpunkte (s.o.), auf denen die zukünftige Anklage basieren sollte. Für den Vorwurf der Spionage genügte einfach, dass die tschechischen und slowakischen Schwestern nach dem Krieg die Kommunikation mit den deutschsprachigen Schwestern nicht unterbrochen haben. Im Laufe der Untersuchung häuften sich Behauptungen über weitere suspekte Kontakte der Schwestern bzw. der Leitung der Ordensprovinz: mit der Internuntiat in Prag, mit dem (oft nicht spezifizierten) Ausland, mit Ausländern, mit Politikern der nicht-kommunistischen Parteien oder mit den Bischöfen (v.a. mit Zela, aber auch mit dem Budweiser Bischof Hlouch, der den Schwestern einmal Exerzitien gab). Zu den kurioseren Vorwürfen gehörte auch die Behauptung, dass Beamtete der amerikanischen Botschaft Freudenthal bzw. Troppau öfters besucht haben, um mit der Provinzoberin diskret zu reden.<sup>646</sup> Mit dem Inhalt der Kontakte und der Gespräche hat sich die Stasi nicht weiter beschäftigt – es ging einfach um Themen „politischer Art“. Darunter gehörten auch die angeblichen Anweisungen des Hochmeisters aus Wien – zum Beispiel ließ er angeblich den Schwestern ausrichten, dass sie ihre Pflichten erfüllen und abwarten sollten. Daraus deduzierten die Polizisten, dass sich der Orden nach Herstellung eines faschistischen Staates in der Tschechoslowakei sehnt.

Was das Thema „Waffen und Sprengstoffe“ betrifft, sammelte die Staatssicherheit mehrere Zeugnisse an. Der Orden soll Waffen und Sprengstoffe bereits in der Zeit der Ersten Republik angehäuft haben, um deutschen Soldaten zu helfen, sobald sie die Tschechoslowakei angreifen. Aus unklaren Gründen geschah dies nicht. Nach dem Krieg übergaben viele Deutsche aus der Umgebung, denen die Vertreibung drohte, ihre Waffen den Schwestern in Freudenthal. Die Schwestern haben die Waffen entweder vergraben oder bei verschiedenen befreundeten Personen versteckt, zum Beispiel bei einer Metzgerin im Dorf Darkov (Darkau, ungefähr 100 Kilometer von Freudenthal entfernt), die in der Gemeinde dafür bekannt wurde, dass sie sich für die Wiederherstellung der Habsburger Monarchie öfters öffentlich aussprach. Einige Waffen

---

bestimmt (auf welche Weise z.B. Wein für die Behandlung von schwerkranken Patienten behilflich sein könnte, führte die Geheimpolizei weiter nicht aus). Der Pförtner im Troppauer Krankenhaus habe davon gewusst, die Schwestern haben ihn aber mit dreifacher Ration von Fleisch bestochen, damit er die Behörden nicht informiert.

<sup>646</sup> ABS, Fond V 704/21 Ostrava, 188.

sollte Provinzoberin Witková persönlich in die amerikanische Botschaft in Prag getragen haben. Die Provinzoberin sollte auch in einem Raum neben ihrem Wohnzimmer Waffen und weitere nicht spezifizierte Gegenstände versteckt haben – den Raum habe aber niemand je betreten, weil sie das Gerücht verbreitet habe, dass dort ein Gespenst weile. Somit habe sie raffiniert die anderen Schwestern eingeschüchtert.

Das Wirken der Schwestern im Ordenskrankenhaus in Troppau wurde von der Polizei bereits im Jahr 1946 untersucht (vgl. Kapitel 3 dieser Arbeit). Jetzt wurde von der Staatssicherheit auf Empfehlung von Terlandová ein ehemaliges Dienstmädchen namens Štěpánka Černá kontaktiert, das seit 1945 auf der Kinderabteilung des Troppauer Spitals gearbeitet hat.<sup>647</sup> Černá erzählte vor den Polizisten sehr willig über die angeblichen Missstände im Krankenhaus. Sie stellte die Ordensschwestern als unersättliche, habsüchtige Personen hin und erzählte von einer deutschen Ärztin, die bei ihnen mehrere Schmuckstücke während des Krieges aufbewahren wollte. Als sie aber ihren Besitz später zurück verlangte, wurde sie von den Schwestern ausgelacht, die sich nur auf ihre Vertreibung freuten. Černá informierte weiter die Staatssicherheit, dass die Schwestern mit Mangelnahrungsmitteln ihre Schweine gefüttert hätten, die sie in der Klosterwirtschaft hielten – die Schweine sollten mehr als drei Kilogramm Zucker pro Tag und große Portionen von Sahne bekommen haben. „Eine Deutsche“, die in der Küche arbeitete und die gegen diese verschwenderische Fütterung protestiert habe, wurde laut Černá sofort entlassen.<sup>648</sup> Die Habsucht der Schwestern illustrierte Černá durch eine weitere Geschichte: Als eine Ordensfrau an Erschöpfung gestorben sei, überlegten die Schwestern zynisch, dass sich eine einzelne Beerdigung nicht lohnte und hätten einfach eine andere Schwester umgebracht (vergiftet), damit sie alles auf einmal bezahlen könnten. Auch Černá selbst habe sich durch die Schwestern bedroht gefühlt und fürchtete um ihr Leben: Beim Frühstück habe sie nämlich einmal in ihrem Kuchen und im Kaffee Glasscherben gefunden.<sup>649</sup>

---

<sup>647</sup> Terlandová schilderte den Polizisten, dass die Ordensschwestern einmal versucht hätten, das Dienstmädchen zu vergiften. Da Černá aber laut ihrer Erklärung „Morfinistin“ (höchstwahrscheinlich „drogensüchtig“ gemeint) gewesen sei, habe sie nur mehrere Tage durchgeschlafen und so den Angriff überlebt. ABS, Fond V 704/21 Ostrava, 184.

<sup>648</sup> ABS, Fond V 704/21 Ostrava, 191.

<sup>649</sup> Vgl. auch GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 114.

Einen Sonderfall im Rahmen der Untersuchungsschriften bilden die Andeutungen von angeblichen sittlichen Delikten<sup>650</sup> der Ordensmitglieder, die die Staatssicherheit enorm interessiert haben. Die Polizisten sammelten eine ganze Reihe von Anschuldigungen und „Zeugnissen“, die später aber keinen Eingang in die finale Form der Gerichtsanklage fanden. Eine Begründung dafür ist in der internen Kommunikation der Stasi nirgendwo angegeben. Es konnte sich darum handeln, dass im Prozess gegen den Deutschen Orden überwiegend Frauen angeklagt wurden, bei denen ein Vorwurf der „Homosexualität“ oder „Pädophilie“ wahrscheinlich viel zu unsinnig wäre. Auf jeden Fall verfügte die Geheimpolizei zum Beispiel über eine Aussage, die das Schwesternkloster in Freudenthal in der Zeit des Krieges mit einem „Freudenhaus“ verglichen habe. Es sei in der Stadt ein öffentliches Geheimnis gewesen, dass die Ordensschwestern opulente Gelage für Gäste aus den deutschen Garnisonen veranstalten, nach denen die Soldaten mit den Schwestern auf den Klosterzellen die Nächte verbrachten. Die Provinzoberin Amata Grüner, die sich für „die schönste Frau Deutschlands“ gehalten habe, habe die Nachtveranstaltungen im Kloster unterstützt und mitorganisiert, genauso habe davon der Hochmeister Schälzky gewusst.<sup>651</sup> Was die Priester betrifft, wird in den Unterlagen der Staatssicherheit nur ein Geistlicher erwähnt, gegen den die ehemaligen Ordensschwestern ausgesagt haben. Er wird in ihren Erzählungen als ein „Sexbesessener“ geschildert, der mit mehreren Schwestern und

---

<sup>650</sup> Das sensible Thema der angeblichen sexuellen Delikte der Priester und Ordensleute und ihrer Verwendung im kommunistischen Kirchenkampf in der Tschechoslowakei wurde noch nicht umfassend erforscht. Aus der Gesamtstatistik geht hervor, dass in den 50er Jahren wegen eines Sittendeliktes („Geschlechtsverkehr mit Personen gleiches Geschlechts“ oder „sexueller Missbrauch“) insgesamt nur 5 Geistliche verurteilt wurden. Die Praktiken der Staatssicherheit wurden in dem schon öfters erwähnten Falls des „Wunders von Číhošť“ teilweise dokumentiert. Pfarrer Toufar hat 3 Tage vor seinem Tod unter Druck ein Geständnis unterschrieben, dass er mit 11 Jungen aus seiner Pfarrei „homosexuelle Beziehungen“ pflegte. Nach 1989 haben 10 von den 11 „missbrauchten“ Männern (einer war schon tot) ihre Aussagen aus der 50er Jahren zurückgenommen, mit der Begründung, dass sie von den Ermittlern dazu erzwungen wurden. (Die Staatssicherheit habe sie u.a. in Abwesenheit von ihren Eltern und mit Gewalt „verhört“). Vgl. DOLEŽAL, Jako bychom dnes zemřít měli, 183 – 186. Sittlichkeitsprozesse, die im Rahmen des nationalsozialistischen Kirchenkampfes in Deutschland inszeniert wurden, gab es in der Tschechoslowakei auf jeden Fall nicht. Vgl. dazu HOCKERTS, Hans Günter, Die Sittlichkeitsprozesse gegen katholische Ordensangehörige und Priester 1936/37. Eine Studie zur nationalsozialistischen Herrschaftstechnik und zum Kirchenkampf. Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern, Reihe B: Forschungen, Band 6, Mainz 1971.

<sup>651</sup> Die Zuneigung der Schwestern galt aber angeblich auf keinen Fall den tschechischen und den russischen Soldaten, die nach dem Krieg nach Freudenthal gekommen sind. Über die Tschechen sollen sich die Schwestern geäußert haben, dass sie sie „am liebsten hinausschießen“ würden. Die Russen töteten sie laut der Aussage direkt: Sie haben sie gefragt, ob sie Durst haben und dann reichten sie ihnen Wodka mit beigemischten „unbekannten Giften“. ABS, Fond V 704/22 Ostrava, 41 – 42.

„zivilen“ Frauen in der Sakristei der Troppauer Kapelle Geschlechtsverkehr hatte.<sup>652</sup> Dieser wurde aber als Deutscher vertrieben und war daher für die Staatssicherheit belanglos.

Die Polizisten haben schließlich auch versucht, mithilfe der zwei ehemaligen Ordensschwestern und anderer Informanten und Zeugen „psychologische Profile“ der Ordensangehörigen auszuarbeiten. Ihr Zweck war, sich diejenigen Personen auszusuchen, die in der Zukunft mit der Staatsicherheit williger mitarbeiten könnten. Als Beispiel möge dieser Überblick<sup>653</sup> dienen:

Sr. Pankratia Štefková	„Eine religiöse Fanatikerin, die überhaupt nichts wahrnimmt und nur den ganzen Tag betet“.
Sr. Helene Knajblová	„Eine Nazistin, die den Befehlen des Hochmeisters folgt. Sie trinkt gerne Alkohol“.
Sr. Ludmila Moravcová	„Eine verbissene Deutsche und Nazistin und eine rachgierige Person. Sie ist sehr aufgeblasen und plaudert ganze Tage durch“.
Sr. Fridberta Drastíková	„Ist politisch sehr unreif, sie betet nur und kümmert sich um nichts. Sie ist eine uninteressante Person“.
Sr. Remigia Axmannová	„Befindet sich in Untersuchungshaft. Eine angenehme Person. Schon ewig in der Nähe der Oberin. Eine katholische Fanatikerin“.

Die Ermittler nahmen auch eine Arbeitseinteilung der Schwestern in drei Gruppen vor. In die erste Gruppe gehörten die Provinzoberin, die Hausoberinnen und ihre engen Mitarbeiterinnen – sie wurden als absolut loyal und opferbereit bezeichnet. In die zweite Gruppe wurden diejenige Schwestern eingeordnet, die sich zwar in keiner Führungsposition befinden, die aber der Kirche und dem Orden unter allen Umständen

<sup>652</sup> ABS, Fond V 704/21 Ostrava, 183.

<sup>653</sup> ABS, Fond V 704/22 Ostrava, 108 – 115.

treu sind – „Befehl der Oberin ist ihnen fast heilig<sup>654</sup>“. Laut Staatssicherheit seien sie absolut unselbstständig und jede Nachricht brächten sie sofort der Oberin. Der dritten Gruppe wurden die restlichen Schwestern zugeordnet, die abschätzig als viel zu alt, nicht besonders intelligent oder als „religiöse Fanatikerinnen“ abschätzig beurteilt wurden. Die ganze Einteilung zeigt eine gewisse Skepsis der Staatssicherheit: Unter „normalen“ Bedingungen war es schwierig, Mitarbeiterinnen innerhalb des Ordens/des Klosters zu gewinnen. Aus diesem Grund überlegte man für die weiteren Ermittlungen andere Möglichkeiten.

#### 4.4.4 Internierung der Schwestern und Vorbereitung der Anklage

Die Polizisten aus dem Kommando der Staatssicherheit in Ostrau standen ungefähr Ende Februar 1951 vor dem Abschluss der ersten Untersuchungen. Auch wenn die bisherigen Ergebnisse in vieler Hinsicht befriedigend waren (man hat in kurzer Zeit viele Aussagen gegen den Orden gesammelt), so wussten die Ermittler allerdings davon, dass viele von den Vorwürfen, die die Zeugen geäußert haben und denen sie trotz ihrer Bizarrerie offensichtlich geglaubt haben, nach außen unglaubwürdig wirken könnten. In diesem Sinn kritisierten die Arbeit der Ostrauer Ermittler auch ihre Vorgesetzten aus der Zentrale in Prag. Darüber hinaus fehlten Aussagen der für den möglichen Prozess wichtigsten Personen – der Schwestern selbst. Die einzige Ausnahme stellte Sr. Remigia Axmannová dar und ihr Fall, genauso wie die bisherige Praxis der Staatssicherheit, zeigte, dass geeignete Zeugnisse nur unter Druck gewonnen werden können.

Aus diesen Gründen schlug die Ostrauer Ermittlerin Věra Kantorová am 9. März 1951 eine Internierung aller Deutschordensschwestern (d.h. aus Troppau, Zwittau und Preßburg) vor. Die Begründung war, dass es im Falle des Deutschen Ordens neben seiner „Kollaboration“ mit den Nazis auch viele Hinweise für sein gegenwärtiges staatsfeindliches Wirken gäbe. Diese Hinweise und weitere gesammelte Fakten „müssen aber genauer überprüft werden, damit sie als ein schlüssiger Beweis dienen könnten<sup>655</sup>“. Der Vorschlag enthielt auch nähere Bestimmungen für die weitere Vorgehensweise: Die

---

<sup>654</sup> ABS, Fond V 704/21 Ostrava, 166a.

<sup>655</sup> ABS, Fond V 704/21 Ostrava, 29.

Schwestern sollten in einem verlassenen Schloss interniert werden, damit sie keine Aufmerksamkeit der Bevölkerung in der Umgebung erweckten. Die Provinzleitung sollte von den restlichen Schwestern isoliert werden und es sollten ausführliche Verhöre und Konfrontationen durchgeführt werden. Die Staatssicherheit hat auch den Ort für den zukünftigen Schauprozess genannt: Die Arbeiterstadt Ostrau, „wo der Orden die meisten bösen Taten angerichtet hat“<sup>656</sup>.

Die Ostrauer Staatssicherheit wies wieder darauf hin, dass der ehemalige Direktor des Ordensspitals in Troppau Dr. Bohumil Sanetřík, der laut der Meinung der Ermittler ein großer Anhänger der Schwestern und des ganzen Ordens war, mit einem der höchsten kommunistischen Politiker, nämlich Zdeněk Fierlinger, befreundet sei. Die ganze Sache schien umso sensibler gewesen zu sein, als Fierlinger zum Vorsitzenden des Staatsamtes für kirchliche Angelegenheiten und Mitglied des Sechserausschusses war. Die Ermittler erwarteten seine Interventionen zugunsten des Ordens. Diese Befürchtung zeigte sich aber als unbegründet: Am 29. März 1951 informierte das Ministerium für nationale Sicherheit in einer chiffrierten Depesche das Kommando in Ostrau, dass Fierlinger seine bedingungslose Zustimmung erteilte. Die ganze Aktion wurde anschließend auch vom Leiter des II. Sektors der Staatssicherheitszentrale Jaroslav Miller<sup>657</sup> genehmigt. Die Staatssicherheit legte sofort den Termin für die Internierung der Deutschordensschwwestern fest: Es handelte sich um den 2. April 1951 um 20 Uhr am Abend. Zum Internierungsort wurde ein leerstehendes Kloster der Franziskanerinnen in Hradec nad Moravicí (Grätz) ausgewählt. Die Internierung sollte alle Schwestern gleichzeitig betreffen und ihre drei restlichen Niederlassungen in Troppau, Zwittau und Preßburg sollten endgültig aufgelöst werden.

---

<sup>656</sup> ABS, Fond V 704/21 Ostrava, 30. Es handelt sich wahrscheinlich um einen Tippfehler, weil die Namen der beiden Städte (Ostrau und Troppau) in der tschechischen Sprache sehr ähnlich klingen (Ostrava und Opava). In der Landeshauptstadt Ostrau hat der Orden nie gewirkt.

<sup>657</sup> Zu seiner Person vgl. ČELOVSKÝ, Bořivoj, Oči a uši strany. Sedm pohledů do života StB [Augen und Ohren der Partei. Sieben Einblicke in das Leben der Staatssicherheit], Šenov u Ostravy 2005. Miller hat acht Klassen Grundschule absolviert, nachher wurde er Mechaniker und arbeitete in einer Fabrik in Prag. Im Mai 1945 nahm er an dem sog. Prager Aufstand teil. Im Jahr 1948 wurde er unter die Geheimpolizisten aufgenommen, seit 1951 war er Leiter des II. Sektors der Staatssicherheit und daher Verantwortlicher für den Kampf mit den inneren Feinden. Im Jahr 1962 wurde er aufgrund seines wesentlichen Mitwirkens an den politischen Schauprozessen der 50er Jahre von der Staatssicherheit entlassen.

Sr. Virgilia Moravcová schilderte später in ihren kleinen Memoiren, die sie am Anfang der 90er Jahre zusammenstellte<sup>658</sup>, wie der Überfall des Mutterhauses in Troppau genau verlief. Als die Schwestern beim Abendessen saßen, drangen plötzlich mehrere Männer ein, dessen Verhalten „an die Gestapo erinnerte“<sup>659</sup>. Die Schwestern durften miteinander nicht reden und wurden in einem Schlafzimmer einzeln verhört. „Die Geheimpolizei wollte wissen, wo die Schwestern die Wertpapiere, Wertsachen, Esswaren, Waffen und Rundfunksender aufbewahrt hätten und ob sie mit dem Regime zufrieden seien.“<sup>660</sup> Die Provinzoberin wurde in ihrem eigenen Zimmer verhört, die Fragen der Ermittler kreisten vor allem um das Leben der Kommunität. Anschließend wurde sie in den Keller geführt, wo die Polizisten „ganz zufällig“ einen Geheimsender fanden, mit dem die Schwestern laut der Staatssicherheit Nachrichten ins Ausland gesendet hätten. Sr. Witková wurde gezwungen, sich zum Sender zu stellen und die Polizisten haben sie fotografiert. Nachher wurde sie in den Garten hinaus geführt, wo die Polizisten „gerade“ ein Waffenlager entdeckten und ausgruben. Seit diesem Moment wurde die Provinzoberin von den Schwestern isoliert; ungefähr nach einer Woche wurde sie in die Untersuchungshaft der Staatssicherheit in Ostrau überführt.<sup>661</sup> Kurz vor Mitternacht begleiteten die Polizisten die anwesenden Schwestern, die nur persönliche Sachen mitnehmen durften, zu schon bereitstehenden Lastautos. Die Fahrt, die mehrere Stunden dauerte, endete im von Troppau nur ungefähr 10 Kilometer entfernten Hradec nad Moravicí (Grätz, Bezirk Troppau).<sup>662</sup>

In Grätz stellten die Schwestern fest, dass die Provinzoberin und sieben weitere „unzuverlässige“ Schwestern fehlten, die genauso wie sie in die Untersuchungshaft in Ostrau transportiert wurden. In das Gefängnis Krankenhaus in Brünn wurde die Oberin in Zwittau Sr. Innocentia Drastíková überführt, die an Lungenentzündung erkrankte.

---

<sup>658</sup> MORAVCOVÁ, Hedvika Virgilia, Milosrdné sestry Panny Marie Jeruzalémské [Die Barmherzigen Schwestern der Jungfrau Maria von Jerusalem], in: VLČEK, Vojtěch (Hg.), Ženské řehole za komunismu 1948 - 1989 [Die Frauenorden während des Kommunismus 1948 - 1989], Olmütz 2005, 395 – 403.

<sup>659</sup> MORAVCOVÁ, Milosrdné sestry Panny Marie Jeruzalémské, 396.

<sup>660</sup> GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 110. Gruber bringt in ihrem Buch auch Erinnerungen von Sr. Bilhildis Kurková, die den Überfall des Klosters in Troppau ebenso miterlebt hat.

<sup>661</sup> MORAVCOVÁ, Milosrdné sestry Panny Marie Jeruzalémské, 398.

<sup>662</sup> Nach dem gleichen Szenario verlief auch die Internierung der Schwestern, die in Zwittau und Preßburg lebten. In Zwittau wurde auch bei Weltpriester Ladislav Jedelský eine Durchsuchung vorgenommen, der die Schwestern oft besuchte und der laut der Staatssicherheit ihre angebliche regimefeindliche Einstellung energisch unterstützt habe. ABS, Fond V 704/21 Ostrava, 17 – 21.

Insgesamt befanden sich Anfang April 1951 im ausgeräumten Kloster der Franziskanerinnen in Grätz 50 Deutschordensschwwestern. Sie wurden auf sieben Zimmer verteilt, die von der Polizei ununterbrochen abgehört wurden.<sup>663</sup> Das ganze Haus befand sich unter der Verwaltung des Staatsamtes für kirchliche Angelegenheiten und wurde von seinen Angestellten und von Geheimpolizisten – Agenten der Staatssicherheit - bewacht. Der ganze Betrieb wurde mit Zustimmung Zdeněk Fierlingers mit denjenigen finanziellen Mitteln versehen, die der Provinz kurz davor konfisziert wurden.<sup>664</sup> Die Tagesordnung war ähnlich wie in den Sammelklöstern für die Männerorden (s.o.): Das Haus durften die Schwestern nicht verlassen, es sei denn sie arbeiteten im Garten oder auf dem benachbarten Feld. Sonst wurden ihnen als Beschäftigung das Kleben von Papiertüten und die Anfertigung von Eierbehältern zugewiesen.<sup>665</sup>

Die Schwestern wurden laut den Erinnerungen von Sr. Virgilia von den Wächtern ständig schikaniert und psychisch gequält – mit dem Ziel, dass mindestens einige von ihnen den Orden verließen und in das „zivile Leben“ zurückkehrten.<sup>666</sup> Sehr oft wurden sie auch wieder einzeln verhört, einige von ihnen wurden aus diesem Grund nach Ostrau an das Landeskommando der Staatssicherheit überführt. Wie die anderen internierten Ordensleute hatten die Schwestern im Internierungskloster regelmäßige Schulungen und Vorträge mit atheistischer, marxistischer oder antikirchlicher Thematik zu absolvieren. Der Vorsitzende des Staatsamtes für kirchliche Angelegenheiten und Minister Zdeněk Fierlinger teilte der Staatssicherheit am 6. April 1951 mit, dass das Internierungskloster in Grätz so lange bestehen sollte, bis der geplante öffentliche Prozess abgeschlossen sei; der ganze Orden sollte nachher offiziell aufgelöst und verboten werden.<sup>667</sup> Schließlich wurde am 14. Juli 1951 Pfarrer und Familiare des Ordens Jindřich Stuchlík in seiner Heimat, nachdem sein Haus durchsucht wurde, festgenommen und in die Untersuchungshaft nach Ostrau gebracht.<sup>668</sup>

---

<sup>663</sup> ABS, Fond V 704/21 Ostrava, 4 – 5.

<sup>664</sup> Es handelte sich um 200 000 Kronen; mit weiterer Finanzierung sollte im Notfall das Staatsamt für kirchliche Angelegenheiten helfen. ABS, Fond V 704/21 Ostrava, 6.

<sup>665</sup> GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 112.

<sup>666</sup> MORAVCOVÁ, Milosrdné sestry Panny Marie Jeruzalémské, 400. Zu den beliebten Drohungen der Wächter gehörte die Behauptung, dass die Schwestern in ein Konzentrationslager oder nach Sibirien geschickt würden.

<sup>667</sup> ABS, Fond V 704/21 Ostrava, 6.

<sup>668</sup> ABS, Fond V 704/10 Ostrava, 2.

#### 4.4.4.1 Die Gruppe der Angeklagten

Die Verdächtigen wurden in der Ostrauer Haftanstalt den üblichen Verhörmethoden der Staatssicherheit ausgesetzt. Sie wurden sowohl physisch als auch psychisch gequält, damit sie die von den Polizisten vorbereiteten Geständnisse ohne Widerstand unterschrieben. Zum Beispiel wurde Provinzoberin Witková wurde bei den Verhören immer wieder unter Wasser getaucht; besonders brutal wurden Sr. Gisela und Sr. Koleta gefoltert – sie wurden von den Ermittlern geschlagen und es wurden ihnen Haare ausgerissen.<sup>669</sup> In nur wenigen Tagen bzw. Wochen wählten die Polizisten aus dem Kommando der Staatssicherheit in Ostrau diejenigen Personen aus, die im Rahmen eines großen Schauprozesses vor Gericht stehen sollten:

1. Sr. Antonia Witková, Provinzoberin
2. Sr. Remigia Axmannová, erste Provinzrätin
3. Sr. Gisela Vaňková, zweite Provinzrätin, Buchhalterin
4. Sr. Klothilde Moravcová, ehemalige Hausoberin in Troppau
5. Sr. Helene Knajblová, ehemalige Hausoberin in Freudenthal
6. Sr. Koleta Beňová, ehemalige Oberin in der Slowakei
7. Sr. Innocentia Dittmerová, ehemalige Oberin in Zwittau
8. Sr. Reineria Podmanická
9. Sr. Virgilia Moravcová
10. Pfarrer Jindřich Stuchlík

Es handelte sich um den letzten „Deutschordenspriester“ (Familiare) auf dem Gebiet der Tschechoslowakei Pfarrer Jindřich Stuchlík und um neun Ordensschwwestern (die Provinzleitung, die Hausoberinnen und zwei weitere Schwestern). Im Folgenden sollen die verhafteten Schwestern kurz vorgestellt werden (zu Pfarrer Stuchlík vgl. das Kapitel 3 dieser Arbeit).

Sr. Antonie Anežka Witková wurde am 2. 3. 1894 in Hrabyně (Hrabin, Bezirk Troppau) geboren. Ihr Vater besaß eine Bäckerei in Troppau, ihre zwei Geschwister verstarben, als sie 5 Jahre alt war. Nach der Grundschule übersiedelte sie mit ihren Eltern nach Troppau, wo sie eine Anstalt für zukünftige Lehrer 1914 mit Auszeichnung

---

<sup>669</sup> Zu den Erinnerungen der Schwestern an die Untersuchungshaft in Ostrau vgl. GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 116 – 119.

absolvierte. In dieser Zeit verstarb ihre Mutter und sie musste in der Bäckerei ihres Vaters aushelfen. Im März 1915 erhielt sie ein Zuweisungsdekret für die öffentliche Schule in Ober-Hermsdorf (Bezirk Freiwaldau), auf der sie ein Jahr wirkte. Im Sommer 1916 trat sie trotz Verbots des Vaters in den Deutschen Orden ein<sup>670</sup> und arbeitete weiter als Lehrerin an verschiedenen Grundschulen. Nach dem Verbot der Lehrtätigkeit der Schwestern durch die nationalsozialistischen Behörden wurde sie Krankenhauspflegerin in Neutitschein (Nový Jičín) in Nordmähren. In der Nachkriegszeit war sie eine enge Vertraute von Provinzoberin Grüner, am 19. 11. 1945 wurde sie zu ihrer Nachfolgerin gewählt (vgl. das Kapitel 3 dieser Arbeit). Nach der Vertreibung des Hochmeisters und der deutschsprachigen Brüder und Schwestern blieb sie die „höchste“ Vertreterin des Ordens in der Tschechoslowakei und vor allem aus diesem Grund pflegte sie Kontakte mit der Internuntiat in Prag und mit dem Ordinariat in Olmütz. Die Staatssicherheit präsentierte sie sogar als eine „Hochmeisterin“. Bei einem der Verhöre sagte sie nämlich aus, dass sie im Spätsommer 1948 per Post eine in lateinischer Sprache verfasste Urkunde bekommen habe, in der sie von der römischen Kongregation für Ordensleute zur Hochmeisterin ernannt wurde. Das Ernennungsdekret sollte vom Protektor des Ordens Kardinal Theodor Innitzer beglaubigt worden sein. Höchstwahrscheinlich handelte es sich aber um einen falschen „Beweis“ gegen Sr. Witková.<sup>671</sup>

Sr. Remigia Anna Axmannová wurde am 17. 7. 1900 in Nový Dvůr (heute ein Teil der Stadt Litovel/Littau, Bezirk Olmütz) geboren. Sie besuchte die Grundschule in Freudenthal und schon als ein junges Mädchen wohnte sie bei den dortigen Deutschordensschwestern. Nach der Grundschule absolvierte sie eine Ausbildung und wurde zur Handarbeitslehrerin. In den Deutschen Orden trat sie im Jahr 1918 ein und

---

<sup>670</sup> Auf die Frage der Ermittler, wieso sie als eine Tschechin in einen deutschen Orden eintrat, antwortete sie, dass sie in solchen „nationalen“ Kategorien damals überhaupt nicht dachte und dass sie sich für den Orden einfach aus „religiöser Überzeugung“ entschied. ABS, Fond V 704/2 Ostrava, 31. Ähnlich beantworteten die gleiche Frage auch weitere verhaftete Schwestern.

<sup>671</sup> Das Ernennungsdekret sollte den Eindruck einer „mexikanischen Fakultät“ erwecken: Der Provinzoberin wurden auf drei Jahre Rechte und Kompetenzen einer „Hochmeisterin“ anerkannt, in einigen Fällen durfte sie eigenständig und ohne Zustimmung des Generalrates bzw. des Apostolischen Stuhles handeln. Da dieses Dekret weder in den Quellen der Staatssicherheit noch im DOZA (obwohl es laut der Aussage von Sr. Witková von Hochmeister Marian Tumler initiiert und bestätigt wurde) auffindbar ist, ist davon auszugehen, dass es sich um eine Provokation der Staatssicherheit handelte und dass Sr. Witková gezwungen wurde, darüber zu sprechen.

wirkte weiterhin als Lehrerin. 1939 wurde sie Pflegerin im Feldlazarett in Freudenthal – aus diesem Grund wurde sie für die Staatssicherheit zur „Hauptquelle“ von Informationen, was das angebliche Verhalten der Deutschordensschwwestern in Freudenthal während des Krieges betrifft.<sup>672</sup> Nach Ende des Krieges wurde Sr. Remigia als Hausoberin nach Langendorf geschickt, in dieser Zeit wurde sie auch zur ersten Provinzrätin gewählt und laut ihrer Aussage bekam sie vom Hochmeister Schälzky ein Geheimdekret, das ihr im Fall der Verhaftung von Sr. Witková die Ausübung des Amtes der Provinzoberin erlaubte.<sup>673</sup> Nach der kommunistischen Machtübernahme war Sr. Remigia Axmannová die erste Deutschordensschwester, die von der Staatssicherheit verhaftet wurde; nach wenigen Wochen brach sie in der Untersuchungshaft infolge der brutalen Verhöre psychisch zusammen (s.o.).

Sr. Gisela Anastazie Vaňková wurde am 11. 7. 1908 im Dorf Domoradovice (Damadrau, Bezirk Troppau) geboren. Nach der Grundschule absolvierte sie verschiedene Lehranstalten und im Jahr 1929 trat sie in den Deutschen Orden ein. Seit 1931 unterrichtete sie an der Grundschule in Freudenthal. Nach dem Lehrverbot für die Ordensschwwestern 1939 wurde sie Krankenpflegerin und wirkte zunächst im Kurort Karlsbrunn. Im Januar 1945 wurde sie mit einem Feldlazarett nach Bayern geschickt; nach 10 Monaten kehrte sie nach Freudenthal zurück und seit Januar 1946 arbeitete sie als Krankenschwester in der Röntgenabteilung des Ordenskrankenhauses in Troppau. Sr. Gisela wurde zur zweiten Provinzrätin gewählt und von der Oberin wurde sie zur Provinzökonomin ernannt. Die Staatssicherheit interessierte sich vor allem für Ihre Kontakte zu den vertriebenen Mitschwwestern in Deutschland<sup>674</sup> und für die wirtschaftlichen Nachrichten, die sie laut der Meinung der Ermittler nach Rom geschickt habe.

Sr. Klothilde Ludmila Moravcová wurde am 9. 9. 1885 in Štěpánkovice (Schepankowitz, Bezirk Troppau) geboren. In den Orden trat sie 1925 auf Empfehlung

---

<sup>672</sup> Sr. Remigia wurde seitens der Staatssicherheit u.a. vorgeworfen, dass sie für ihr angebliches „Kollaborationswirken“ im Freudenthaler Feldlazarett belohnt wurde, indem ihr während der Jahren 1939 – 1945 einmal ein dreiwöchiger Urlaub in Mariazell erlaubt wurde. ABS, V Fond 704/9 Ostrava, 97.

<sup>673</sup> ABS, Fond V 704/6 Ostrava, 99.

<sup>674</sup> Die Staatssicherheit enthüllte nach den Verhören von Sr. Gisela das Chiffrierungssystem, das die Schwestern angeblich verwendeten: Zum Beispiel „Der Onkel in Rom“ sollte „der Papst“ bedeuten, „der Vater“ und „die Mutter“ seien die Chiffren für den Hochmeister bzw. für die Hausoberin gewesen. ABS, Fond V 704/6 Ostrava, 29.

ihrer Schwester Marie ein, die in dieser Zeit bereits Deutschordensschwester war. Sr. Klothilde arbeitete in mehreren Ordenshäusern in der Küche, während des Krieges war sie u.a. für die Speisekammer im Kurort Karlsbrunn zuständig. Die Staatssicherheit verhaftete sie höchstwahrscheinlich nur aus dem Grund, weil sie nach 1945 zur Hausoberin des Klosters in Troppau ernannt wurde. Es wurde zwar öfters erwähnt, dass Sr. Klothilde im Jahr 1939 die Reichsstaatsbürgerschaft erteilt wurde<sup>675</sup> – diese Tatsache wurde jedoch dadurch wieder relativiert, dass ihr bald nach Kriegsende die Staatszuverlässigkeit von den tschechoslowakischen Behörden offiziell zuerkannt wurde.<sup>676</sup>

Sr. Helene Marie Knajblová wurde am 25. 4. 1888 im Dorf Nová Ves (Neudorf, Bezirk Olmütz) geboren. Als sie 14 Jahre alt war, reiste sie mit ihrem Vater nach Freudenthal, wo ihr ein Platz in der Klosterschule angeboten wurde. Sie blieb bei den Schwestern als Kandidatin, später trat sie in den Orden ein und wurde selbst Lehrerin. Sie wirkte bis 1927 in Freudenthal und Troppau, nach einer weiteren Ausbildung übersiedelte sie als Oberlehrerin nach Andělská Hora (Engelsberg). Nach dem Verbot der Lehrtätigkeit wurde sie Pflegerin; kurz arbeitete sie als Sekretärin in Neutitschein, die meisten Kriegsjahre verbrachte sie aber im Feldlazarett in Freudenthal. Nach 1945 kümmerte sie sich um die Klosterwirtschaft in Freudenthal und betreute die Klosterpforte.<sup>677</sup> Später wurde sie zur Hausoberin in Freudenthal ernannt, was für die Staatssicherheit auch der Hauptgrund dafür war, sie festzunehmen und zu verhaften.

Sr. Koleta Maria Beňová wurde am 18. 11. 1908 in Horné Otrokovce (Oberotrokowitz) in der Slowakei geboren. Nach der Grundschule arbeitete sie als Bäckerin und als Verkäuferin. Im Jahr 1927 trat sie in den Deutschen Orden ein und wirkte als Hilfskraft im Krankenhaus in Troppau; später absolvierte sie die Ausbildung zur

---

<sup>675</sup> Der Geburtsort von Sr. Klothilde befindet sich im sog. Hultschiner Ländchen. Dieses 286 km<sup>2</sup> große Gebiet war ab der Mitte des 18. Jahrhunderts ein Teil der preußischen Provinz Schlesien; nach dem Versailler Vertrag (1919) gehörte es zu der Tschechoslowakei. Genauso wie das Sudetenland wurde das Hultschiner Ländchen im Oktober 1938 durch die Nazis besetzt; das Gebiet wurde aber nicht in den Reichsgau Sudetenland, sondern in die Provinz Oberschlesien eingegliedert. Seine Bewohner erhielten zum 10. Oktober 1938 automatisch die Reichsbürgerschaft, falls sie vor 1910 geboren waren (was der Fall von Sr. Kolethe war). Ausführlich VRANÍK, Jakub, Právní dějiny Hlučínska v letech 1742 – 1945 [Die Rechtsgeschichte des Hultschiner Ländchen in den Jahren 1742 - 1945]. Diplomarbeit an der Juristischen Fakultät der Palacký-Universität in Olmütz, 2012, 50 – 52.

<sup>676</sup> ABS, Fond V 704/3 Ostrava, 45.

<sup>677</sup> ABS, Fond V 704/5 Ostrava, 45.

Pflegerin. Nach Kriegsbeginn wurde sie gemeinsam mit weiteren sieben Schwestern slowakischer Abstammung in die Slowakei geschickt, wo sie als Sozialarbeiterinnen arbeiten sollten (vgl. das Kapitel 3 dieser Arbeit). Sr. Koleta wurde zur Hausoberin dieser kleinen Gemeinschaft ernannt. 1947 kehrte sie zurück nach Troppau, kurz im Januar 1951 wurde sie nach Zwittau geschickt, im dortigen Krankenhaus arbeitete sie als Ambulanzschwester auf der Kinderabteilung.

Sr. Innocentia Marie Dittmerová wurde am 9. 10. 1906 in Kateřinky (Kathrein bei Troppau) geboren. Dem Deutschen Orden begegnete sie, als ihre Mutter erkrankte – die ausgezeichnete Pflege der Schwestern war für sie laut ihrer Aussage der Grund, warum sie in den Orden im Jahr 1925 eintrat.<sup>678</sup> Sie arbeitete in verschiedenen Krankenhäusern als Köchin oder als Pförtnerin; während des Krieges half sie als Pflegerin im Feldlazarett in Freudenthal aus. Nach dem Krieg wirkte sie als Raumpflegerin in Freudenthal, Langendorf und Troppau. Bei den Verhören gab sie an, dass sie in dieser Zeit auch im ständigen Kontakt mit der Internuntiat in Prag gewesen sei. Ende Januar 1951 übersiedelte sie nach Zwittau, wo sie einige Monate später festgenommen wurde.

Sr. Reineria Margita Podmanická (geboren am 17. 2. 1914) stammte aus dem Dorf Chynorany in der Westslowakei. Nach der Grundschule bekam sie eine Stelle in einer Textilfabrik, später arbeitete sie aus gesundheitlichen Gründen in der Landwirtschaft. Mit 16 Jahren trat sie in den Deutschen Orden ein. Mehrere Jahre half sie im Haushalt der Klöster in Freudenthal und Troppau aus. Im Jahr 1936 wurde sie als Pflegerin in das Krankenhaus in Hof (Dvorce) geschickt. Die Kriegsjahre verbrachte sie in der Gemeinschaft der Schwestern in der Slowakei, 1950 kehrte sie nach Nordmähren zurück. Sie wurde erst im Juni 1951 festgenommen: Ihre Verhaftung begründete die Staatssicherheit mit der Behauptung, dass es nicht ausgeschlossen sei, dass sie einmal illegal in Österreich gewesen wäre.<sup>679</sup>

Sr. Virgilia Hedvika Moravcová (geboren am 1. 8. 1918 in Schepankowitz) war die jüngste der verhafteten Schwestern. Sie arbeitete als Lehrerin im Kindergarten, später wurde sie Krankenschwester in der Röntgenabteilung des Ordenskrankenhauses in

---

<sup>678</sup> ABS, Fond V 704/11 Ostrava, 12. Sr. Innocentia stammte aus einer „gemischten“ Ehe: Ihr Vater war ein Sudetendeutscher, ihre Mutter war Tschechin.

<sup>679</sup> ABS, Fond V 704/8 Ostrava, 4.

Troppau. Verhaftet wurde sie gemeinsam mit Sr. Reineria im Juni 1951. Die Staatssicherheit versprach sich von ihr, dass sie die Vorwürfe gegen die Mitschwestern und ihr „staatsfeindliches Wirken“ bezeugen wird. Sr. Virgilia hielt aber selbst die schlimmsten Verhörmethoden<sup>680</sup> aus und widersprach sogar in manchen Fällen den Ermittlern. Es half ihr, dass sie zeitweise mit einer Frau auf einer Zelle war, die ihr gute Ratschläge bezüglich der „Taktik“ der Polizisten gab.

#### 4.4.4.2 Die Anklage

Die Anklage gegen die Deutschordensschwwestern und gegen Pfarrer Jindřich Stuchlík wurde seitens der Ostrauer Staatssicherheit am 21. 9. 1951 abgeschlossen und an die Staatsprokura in Prag geschickt.<sup>681</sup> Im totalitären Justizsystem der Tschechoslowakei der 50er Jahre spielte die Anklage eine Schlüsselrolle und stellte auf gewisse Weise bereits das Gerichtsurteil dar. Sie wurde von der Parteiführung bzw. von den entsprechenden politischen Kommissionen approbiert und über die Schuld der Angeklagten wurde so im Voraus schon entschieden. Die Aufgabe der Prokuratoren bestand später nur darin, die Anklage in eine „juristische Sprache“ zu übertragen und sie vor dem Gericht dramatisch vorzutragen bzw. in breitere gesellschaftliche und politische Zusammenhänge zu setzen. Die Angeklagten sollten die Verhörprotokolle einfach vorlesen und die Anklage bestätigen (genauso spielten ihre Rechtsanwälte lediglich eine untergeordnete Rolle).

In der Einleitung zur Anklage wurde auf gewisse Weise der ganze Deutsche Orden angeklagt: In einem kursorischen Überblick über seine Geschichte wurden verschiedene propagandistische Thesen wiederholt (s.o.), wie etwa die angebliche Germanisierung des tschechoslowakischen Grenzlandes und das „feindliche Wirken“ gegen das tschechische Volk. Die alten staatsfeindlichen Aktivitäten des Ordens gipfelten laut der Anklage im Jahr 1938, in dem der Deutsche Orden „den Verrätern und Erzfeinden aus

---

<sup>680</sup> Sr. Virgilia wurde lange Zeit in Einzelhaft gehalten, viele Nächte durfte sie nicht schlafen; manchmal musste sie in einem kleinen Raum im Wasser stehen und über ihre „Falschaussage“ nachdenken. GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 116 - 117.

<sup>681</sup> ABS, Fond V 704 Ostrava, 13. Die eigentliche Anklage hatte nur 44 Seiten, beinhaltete aber auch 17 ausführliche Beilagen (Verhöre, verschiedene Protokolle, Aussagen der Zeugen usw.); insgesamt handelte es sich um mehr als 500 Seiten.

den Reihen der Nazis öffentlich diene.“<sup>682</sup> Diese seine Einstellung verkörperten laut der Darstellung vor allem die Ordensschwwestern, die die Nazisoldaten herzlich willkommen hießen und sie auf verschiedene Weise unterstützten. Schließlich habe der Hochmeister auf den Ordensbesitz willig verzichtet und ihn den Nazis geschenkt.

Weiter wurde den Schwestern vorgeworfen, dass sie sich angeblich auf Initiative vor allem von Ordensoberin Grüner in einen Militärorden verwandeln wollten, der die Nazisoldaten unterstützen sollte. Dies sei auch der Grund dafür gewesen, warum die Schwestern im Jahr 1939 alle Lehrtätigkeiten aufgegeben haben: Als Pflegerinnen konnten sie nämlich den Nazis besser dienen. Ordensoberin Grüner wollte laut der Anklage eine ausschließlich deutsche Ordensgemeinschaft aufbauen und deswegen habe sie die slowakischen Schwestern in ihre Heimat zurückgeschickt; die tschechischen Ordensschwwestern habe sie schikaniert, unterdrückt und germanisiert. Nach dem Kriegsende sei Sr. Anežka Witková, „die von sich behauptete, sie sei eine Tschechin“<sup>683</sup>, zu ihrer Nachfolgerin ausgewählt worden: als eine geeignete und absolut loyale Person, die das staatsfeindliche Wirken fortsetzen wird. Interessanterweise befasste sich aber die Anklage mit dem Wirken der Schwestern während des Krieges insgesamt sehr sparsam (nur in wenigen Absätzen), obwohl eine Kollaboration oder ein nachgewiesenes Kriegsverbrechen vor dem Gericht sehr willkommen gewesen wären.<sup>684</sup> Die eigentlichen und wichtigsten Straftaten wurden laut der Anklage erst nach dem Jahr 1945 begangen.

Das Leben der Ordensschwwestern in der Nachkriegszeit wurde in der Anklage als eine große Verschwörung gegen das tschechoslowakische Volk geschildert. Sie hätten zum Beispiel vielen Verrätern (vor allem den Naziverbrechern, aber auch „normalen“ Deutschen) geholfen, noch vor der Vertreibung das Land zu verlassen; als besonders verdächtig galt auch die Tatsache, dass die tschechischen Schwestern mit den vertriebenen deutschsprachigen Mitschwwestern im Ausland weiterhin Kontakte pflegten. Am Anfang seien diese Kontakte noch persönlich gewesen (die Schwestern seien nach

---

<sup>682</sup> ABS, Fond V 704 Ostrava, 17.

<sup>683</sup> ABS, Fond V 704 Ostrava, 19.

<sup>684</sup> Während der Ermittlungen warfen die Ermittler den Schwestern u.a. vor, dass sie 1945 in Freudenthal auf die herankommenden tschechischen Soldaten und auf tschechische Personen geschossen haben. Eine dieser Schwestern sollte Sr. Remigia Axmannová sein – „ein Untersuchungsbeamter gab ihr ein Gewehr in die Hand und stellte sie ans Fenster, damit sie vorführe, wie sie geschossen habe.“ GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 119. Höchstwahrscheinlich war aber die Vorstellung einer Schwester mit Gewehr vor dem Gericht selbst für die Staatssicherheit zu absurd und dieses Motiv wurde fallen gelassen.

Deutschland und Österreich gereist). Nach 1948 seien sie nur mehr schriftlich, aber umso gefährlicher gewesen: In verschlüsselten Depeschen und Briefen haben so die Schwestern das Ausland über die Umstände in der Tschechoslowakei benachrichtigt, was laut der Staatssicherheit eine Art von Spionage darstellte.

Als Spionage bezeichnete die Staatssicherheit auch die Kontakte der Ordensoberin mit den „reaktionären Ministern der Regierung“ aus der Volkspartei und mit dem Internuntius Ritter. In erster Linie sollen sich alle Beteiligten um die Rettung bzw. um das Verstecken des Ordensbesitzes vor seiner verdienten und gerechten Konfiskation bemüht haben. Zu diesem Spionagenetz gehörten laut der Staatssicherheit weiter der Nationalverwalter Pfarrer Jindřich Stuchlík und die Olmützer Bischöfe Leopold Prečan und Stanislav Zela. Die letztgenannten Geistlichen und die Ordensoberin sollen auch im ständigen Kontakt mit dem Hochmeister Schälzky gewesen sein – als dieser das Land verließ, wurde laut der Anklage Pfarrer Stuchlík zur Kontaktperson, die über die Grenzen die Nachrichten getragen habe.

Als der Ordensbesitz nach 1948 endgültig konfisziert wurde, sollen sich die Aktivitäten der Oberin und der ganzen Ordensgemeinschaft ausschließlich auf das Wirken gegen das neue volksdemokratische Regime konzentriert haben. So sollen die Schwestern zum Beispiel bei der Parlamentswahl weiße Zettel abgegeben haben, was als ein gewisser Boykott der kommunistischen Friedenspolitik bewertet wurde. An allen Orten, an denen sie wirkten, versuchten sie laut der Staatssicherheit dem Staat Schaden zuzufügen: Im Krankenhaus Troppau ging es um schlechte Behandlung von Patienten oder um Verstecken von kostbaren Medikamenten; die Klöster in Nordmähren wurden zum Zentrum der Spionage auf diesem Gebiet, usw. Den Hass der Schwestern gegen die Tschechoslowakei bezeichnete die Staatssicherheit als erschütternd<sup>685</sup>.

Die Anklage mündete in die Formulierung, dass alle Schwestern schon aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Deutschen Orden gegen das Recht verstoßen haben: „Obwohl sie tschechischer Abstammung waren, traten sie in den unseligen Deutschen Ritterorden ein, der das schlesische Grenzland germanisierte. Aus diesem Grund verloren sie jedes Zugehörigkeitsgefühl zum tschechischen Volk und wurden zu willigen Kriechern Hitlers.“

---

<sup>685</sup> ABS, Fond V 704 Ostrava, 34 – 35.

Nach der Befreiung der Tschechoslowakei durch die Rote Armee stellten sie sich gegen die Mehrheit des Volkes, indem sie sich mit dem Vatikan und mit der hohen Kirchenhierarchie verbündeten. Vor allem in der Zeit nach 1948 stellten sie eine Fünfte Kolonne dar, die sich gemeinsam mit dem Vatikan und mit den Imperialisten für die Entfesselung eines neuen Weltkrieges einsetzte.<sup>686</sup>

Die höchsten Strafen (über 10 Jahre Gefängnis) schlug die Staatssicherheit für das angebliche „Haupt“ der ganzen Verschwörung Provinzoberin Witková und für Pfarrer Jindřich Stuchlík vor. Ihre Bemühungen um die Rettung des Ordensbesitzes und die damit zusammenhängende Kooperation mit der Internuntiat in Prag, mit dem vertriebenen Hochmeister in Wien und mit dem Olmützer Weihbischof Zela, wurden als Hochverrat und Spionagetätigkeit bewertet. Im Fall der Provinzoberin kam noch als belastender Umstand dazu, dass die Staatssicherheit ihre „Ernennung zur Hochmeisterin“ (s.o.) als eine Art von „mexikanischer Fakultät“ und daher als Verschwörung mit dem Vatikan klassifizierte. Zum Hochverrat gehörte laut der Anklage auch ihre negative Einstellung dem volksdemokratischen Regime gegenüber, die sich zum Beispiel in der Verbreitung der verbotenen kirchlichen Hirtenbriefe oder in „antikommunistischer“ Indoktrination der Schwestern manifestierte. Bei Pfarrer Stuchlík wiesen die Ermittler darauf hin, dass er – über seine Spionagetätigkeit hinaus - versuchte, seinen Bekannten bei ihrer geplanten Emigration zu helfen.<sup>687</sup>

Eine ziemlich hohe Strafe (10 Jahre) wurde für Sr. Helene Knajblová verlangt, die aus der Sicht der Staatssicherheit die Provinzoberin in ihrem staatsfeindlichen Wirken wesentlich unterstützte, vor allem habe sie die Ernennungsurkunde Witkovás zur Hochmeisterin von Hochmeister Tumler übernommen und sie in die Tschechoslowakei durchgeschmuggelt. Die restlichen Schwestern wurden angeklagt, dass sie sowohl um die Spionagetätigkeit als auch um den Hochverrat wussten und dass sie daran mitgewirkt haben (Kontakte zu den vertriebenen Mitschwestern in Deutschland und in Österreich, Beeinflussung von Gläubigen im Sinne der hohen Hierarchie und des

---

<sup>686</sup> ABS, Fond V 704 Ostrava, 52.

<sup>687</sup> Im Sommer 1950 wandte sich ein gewisser Herr Svinka an Pfarrer Stuchlík und teilte ihm mit, dass er emigrieren möchte. Stuchlík soll ihm empfohlen haben, dass er sich nach seiner Emigration nach Österreich am Hochmeisteramt in Wien melden sollte. Auf diese Weise sollte Stuchlík den volksdemokratischen Staat zerrüttet haben. ABS, Fond V 704 Ostrava, 58 - 59.

Vatikans, Abgabe von weißen Zetteln bei der Parlamentswahl etc.). Monoton wiederholt sich bei allen Schwestern auch der Vorwurf des angeblichen Abschickens von nichtspezifizierten Nachrichten ins Ausland. In zwei Fällen (Sr. Virgilia Moravcová, Sr. Innocencia Dittmerová) klassifizierte dies die Staatssicherheit allerdings nicht als Mitwirken am Hochverrat oder an der Spionage, sondern nur als Verweigerung der Anzeige einer Strafhandlung.

Die Angeklagten wurden zu Weihnachten 1951 in die Haftanstalt Pankrác in Prag überführt, wo sie auf den Prozess warten mussten.<sup>688</sup> Die Staatsprokura bearbeitete in dieser Zeit die Unterlagen der Staatssicherheit. Ursprünglich rechnete man damit, dass der Schauprozess in der Hauptstadt stattfinden wird. Das Staatsamt für kirchliche Angelegenheiten schlug nach Absprache mit der Parteiführung Ende Dezember 1951 vor, den Schauprozess aus propagandistischen Gründen in die „Heimatstadt“ der Schwestern Troppau zu übertragen, damit das örtliche Proletariat an der Gerichtsverhandlung in höherem Maße teilnehmen könnte. Sowohl die Staatsprokura als auch das Staatsgericht in Prag stimmten dieser Lösung am 19. Februar 1952 endgültig zu.<sup>689</sup>

#### 4.4.5 Der Schauprozess in Troppau

Der Gerichtsprozess mit den 9 Deutschordensschwestern und mit Pfarrer Jindřich Stuchlík fand am 24. und 25. Februar 1952 in Troppau statt. Es handelte sich um den ersten großen Gruppenprozess mit Ordensfrauen in der Tschechoslowakei.<sup>690</sup> Dem zuständigen IV. Senat des Staatsgerichtes in Prag saß Dr. Vladimír Podčepický<sup>691</sup> vor; mit ihm waren im Gerichtssenat noch zwei weitere Richter und zwei Richterinnen „aus dem

---

<sup>688</sup> MORAVCOVÁ, Milosrdné sestry Panny Marie Jeruzalémské, 400. In Prag gab es keine Verhöre mehr, allerdings wurden die Häftlinge weiter isoliert; erst 14 Tage vor Prozessbeginn wurden sie besser behandelt (Sie kamen an die frische Luft und erhielten reichliche Nahrung), damit sie vor der Öffentlichkeit gut ausschauen würden. GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 119 – 120.

<sup>689</sup> ABS, Fond V 704 Ostrava, 71.

<sup>690</sup> VLČEK, Procesy s řeholnicemi v 50. letech, 79.

<sup>691</sup> Dr. Vladimír Podčepický war Senatsvorsitzender bei vielen politischen Prozessen der 50er Jahre. Er hielt sich vollkommen an die Vorgaben der kommunistischen Partei und der Staatssicherheit. Im Juni 1968 beging er Selbstmord, als im Zuge des sogenannten Prager Frühlings Fakten über die Ungerechtigkeit der politischen Prozesse in die Öffentlichkeit drangen.

Volk“.<sup>692</sup> Die Staatsprokura wurde durch Dr. Karel Čížek (s.o.) und Dr. Josef Parkán vertreten. Jedem Angeklagten wurde ein Verteidiger zugeteilt. Die Verhandlung verlief ganz nach dem gewöhnlichen Szenario eines politischen Prozesses der 50er Jahre. Die Chronistin der Franziskanerinnen vermerkte, dass die 2 Tage des Prozesses „die gesamte Stadt Troppau in größter Spannung“ hielten.<sup>693</sup>

An beiden Tagen waren im Gerichtssaal ungefähr 400 Personen anwesend. Außer den Angehörigen der Angeklagten handelte es sich um ein sorgfältig ausgewähltes Publikum, das vor Gericht das Proletariat auf gewisse Weise vertreten sollte. Es ging vor allem um Arbeiter aus den Fabriken in der Umgebung von Troppau und aus den industriellen Betrieben in den Bezirken Ostrau und Teschen, die in der kommunistischen Sicht „das eiserne Herz“ der neuen Gesellschaft repräsentierten. Ihre Aufgabe war es, die Reden der Prokuratoren laut zu unterstützen und die Angeklagten dagegen zu verunsichern bzw. zu erniedrigen. Wenn zum Beispiel Sr. Virgilia den Orden zu verteidigen versuchte, kamen aus dem Zuhörerraum laute Stimmen, die riefen: „Nein, das stimmt nicht; die lügt!“<sup>694</sup> Die Zuhörer wurden für ihren Dienst bezahlt, nach dem Abschluss des Prozesses sollten sie in ihren Fabriken, Betrieben, Heimatdörfern usw. Besprechungen veranstalten, damit sie über den Verlauf der Gerichtsverhandlung berichten könnten.<sup>695</sup> Am Anfang der Gerichtsverhandlung wurde von den Prokuratoren die Anklage vorgetragen. Die höchsten Strafen wurden für die Provinzoberin<sup>696</sup>, Sr. Helene Knajbl und für Pfarrer Stuchlík vorgeschlagen. Die restlichen vorgeschlagenen

---

<sup>692</sup> Die Richter „aus dem Volk“ wurden in die tschechoslowakische Justiz nach 1948 eingeführt. Sie hatten keine juristische Ausbildung und sollten das Proletariat vertreten. Ihre Aufgabe war es, in die Gerichtssenate das „Laienelement“ einzubringen. Für die Gerichtsverhandlungen wurden sie von den Nationalausschüssen nominiert. Vgl. MOTEJL, Otakar, *Soudnictví a jeho správa* [Das Gerichtswesen und seine Verwaltung]. In: BOBEK, Michal/MOLEK, Pavel/ŠIMÍČEK, Vojtěch (Hgg.), *Komunistické právo v Československu. Kapitoly z dějin bezpráví* [Das kommunistische Recht in der Tschechoslowakei. Kapitel aus der Geschichte der Rechtslosigkeit], Brunn 2009, 816 – 818.

<sup>693</sup> GRUBER, *Hinter dem Eisernen Vorhang*, 122.

<sup>694</sup> GRUBER, *Hinter dem Eisernen Vorhang*, 122.

<sup>695</sup> Das Echo solcher Besprechungen wurde aber später von der kommunistischen Partei als eher unbefriedigend bewertet. Viele Gläubigen haben zwar damit angefangen, die Glaubwürdigkeit der Kirche anzuzweifeln; es gäbe aber weiterhin viele „reaktionäre Gläubige“, die den Gerichten nicht glaubten und die sich freuten, dass mindestens keine Todesstrafe ausgesprochen wurde. Auch die Mehrheit der Priester ließ sich von den Besprechungen angeblich nicht überzeugen. ZAO, Zweigstelle Olmütz, Fond 4517, Sign. 460.

<sup>696</sup> Laut Gruber, die sich auf mündliche Informationen von Pfarrer Stuchlík beruft, plädierte bei der Provinzoberin der Prokurator sogar für die Todesstrafe. GRUBER, *Hinter dem Eisernen Vorhang*, 123, Anm. 383. In den Quellen der Staatsprokura und in den Gerichtsprotokollen gibt es dafür allerdings keine Hinweise.

Strafen bewegten sich zwischen 4 und 7 Jahren Gefängnis, 2 Schwestern sollten „nur“ zu 1 bzw. 2 Jahren verurteilt werden.

Nach dem Vortrag der Anklage durch die Prokuratoren sollten sich dazu die Angeklagten äußern, wobei sie vom Senatsvorsitzenden darauf hingewiesen wurden, dass Geständnis ein wichtiger mildernder Umstand ist.<sup>697</sup> Den größten Widerstand leistete Pfarrer Stuchlík, der in mehreren Punkten die Vorwürfe oder Andeutungen der Prokuratoren bezweifelte. Zum Beispiel behauptete er, dass es doch nicht verboten ist, die „fremden“ Botschaften (v.a. die Prager Internuntiat) zu besuchen und dass es nicht unbedingt eine Spionage bedeutet. Als sehr provokativ könnte seine Äußerung zur Konfiskation bzw. zur Verstaatlichung des Kirchenbesitzes bezeichnet werden: „Ich habe den Kirchenbesitz immer verteidigt, weil die Kirche einfach Mittel braucht, um überhaupt zu existieren.“<sup>698</sup> Stuchlík bekannte sich auch zum Vorlesen der verbotenen Hirtenbriefe und nannte es seine Pflicht. Sehr mutig war auch der Auftritt von Sr. Virgilia, die die Behauptung der Prokuratoren über die angebliche „Germanisierung innerhalb des Ordens“ (die tschechischen Schwestern durften laut der Anklage miteinander nur in deutscher Sprache kommunizieren) ablehnte und die in mehreren weiteren Anklagepunkten versuchte, andere Schwestern zu schützen.<sup>699</sup>

Bis auf diese zwei Ausnahmen standen aber vor dem Gericht gebrochene und wegen der brutalen Untersuchung erschöpfte Angeklagte, die die angeblichen Verfehlungen und begangenen Straftaten gestanden. Im Gerichtssaal wurden vor dem Publikum die „Leitmotive“ der Anklage wiederholt: Die Schwestern wurden als „unzuverlässige Personen“ vorgestellt, die das eigene Volk verraten haben. Ihre Loyalität soll nie dem tschechoslowakischen Volk, sondern dem Nazideutschland und später dem imperialistischen Vatikan gegolten haben. Die Staatsprokura äußerte höchste Empörung und bittere Enttäuschung über das Verhalten der Verräterinnen, die sich hinter der Maske eines katholischen Ordens verschleiert haben. Als erste der zwei Zeuginnen trat die ehemalige Ordensschwester Františka Mikličková auf, die in der ersten Phase der Ermittlung mit der Staatssicherheit mitarbeitete. Sie wiederholte ihre Aussagen, neu war

---

<sup>697</sup> ABS, Fond V 704/12 Ostrava, 14.

<sup>698</sup> ABS, Fond V 704/12 Ostrava, 18.

<sup>699</sup> Als nach der Gerichtsverhandlung das Urteil gefällt wurde, bot sich Sr. Virgilia an, die Kerkerstrafe für die Provinzoberin abzusetzen. GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 123.

nur ihre Behauptung, dass ihr seitens der Schwestern öfters vorgeworfen wurde, sie äße zu viel Brot und dass sie von der Schwestern verflucht gewesen sei.<sup>700</sup> Als zweite Zeugin wurde eine ehemalige Pflegerin aus dem Krankenhaus in Troppau verhört, die bezeugte, dass ihr die Provinzoberin über ihre Ernennung zur Hochmeisterin erzählt habe.

Am zweiten Tag der Verhandlung wurde vor das Gericht als Sachverständiger ein Vertreter des Innenministeriums berufen, der das Wirken der Schwestern aus der Sicht der Nationalsicherheit beurteilen sollte. Er trug eine umfassende „Expertenanalyse“ mit einem ausführlichen Exkurs in die Kirchengeschichte vor. Dieser fing im Altertum an und schilderte die geschichtliche Entwicklung der weltlichen Macht des Papsttums im Lauf der Jahrhunderte. Die Orden wurden als eine der Säulen der päpstlichen Macht beschrieben, die „gemeinsam mit der Inquisition die Bevölkerung Europas terrorisiert haben“.<sup>701</sup> Bereits im Mittelalter soll eine unselige Allianz des Papsttums, der Orden und aller denkbaren reaktionären Kräfte entstanden sein, die sich gegen jeden gesellschaftlichen Fortschritt stellten. Aus diesem Grund sei auch der Deutsche Orden gegründet worden; seine Aufgabe sei es darüber hinaus gewesen, die friedfertigen slawischen Völker (am Anfang vor allem die Polen und die Russen) zu vernichten. Nach der Schlacht am Weißen Berg wandte sich laut des Experten die Aufmerksamkeit des Ordens schließlich auch auf die Länder der tschechischen Krone, die er zu germanisieren versuchte.

Im 20. Jahrhundert soll sich laut der Analyse die alte mittelalterliche Allianz des Vatikans und der Orden mit dem Nationalsozialismus verbunden haben: In der okkupierten Tschechoslowakei soll der Deutsche Orden den Nazis treu gedient haben (Pflegedienst, Spionage). Der Experte gab zu, dass dem Orden sein Besitz von den Nazibehörden zwar enteignet wurde, er fragte aber, wieso der Hochmeister den Besitz nicht zurückverlangt hatte? Auch dies sei nur ein Zeichen dafür gewesen, dass der Deutsche Orden nur „ein ergebener Sklave der Nazigangster“ gewesen sein soll.<sup>702</sup> Nach der Befreiung der Tschechoslowakei und nach der Vertreibung der deutschsprachigen Schwestern habe sich das staatsfeindliche Wirken des Ordens noch intensiviert. Da sich

---

<sup>700</sup> ABS, Fond V 704/12 Ostrava, 18.

<sup>701</sup> ABS, Fond V 704/12 Ostrava, 50.

<sup>702</sup> ABS, Fond V 704/12 Ostrava, 50.

der Vatikan nach dem Ausfall des Nazideutschlands mit den „anglo-amerikanischen“ imperialistischen Kräften verbunden habe, haben die Schwestern den Machtinteressen dieser Allianz gedient, die „noch grausamer und brutaler als ihre Nazivorgänger“ sei.<sup>703</sup>

Aus diesem Grund wurde die Spionagetätigkeit der Schwestern als eine direkte Bedrohung der Nationalsicherheit bezeichnet. Mit folgenden Worten beschrieb der Experte des Ministeriums, worin sie konkret bestehen sollte:

„Die Angeklagten hatten einen direkten Zugang zu der Bevölkerung. In ihren Berufen (Pflegerinnen usw.) hatten sie die Gelegenheit, Nachrichten aller möglichen Art zu sammeln. Diese wurden unter dem Schleier eines Berichtes über kanonische Visitation ins Ausland geschickt und landeten auf dem Tisch des hohen vatikanischen Klerus und des amerikanischen Nachrichtendienstes. Die Pflegerinnen im Troppauer Krankenhaus wurden instruiert, wie sie die Patienten befragen sollten – es ging um die Armee, um die Polizei, um die Fragen der Sicherheit, der Landwirtschaft, der Industrie und der Politik...“<sup>704</sup>

Zum Schluss seines Auftritts fasste der Experte zusammen, warum das Wirken der Ordensschwestern in Troppau und in Zwittau für den ganzen Staat besonders gefährlich sei. Erstens ginge es um eine auf eine präzise Weise organisierte Gruppe, die vom Ausland geführt und unterstützt sei. Zweitens seien ihre Mitglieder aufgrund der Ordensgelübde zum Vatikan und zum hohen Klerus absolut loyal – und weil sich der Vatikan einen neuen Weltkrieg wünscht, werden die Ordensschwestern ihr destruktives Wirken (sei es Spionage oder Sabotage) nie aufhören, bis sie die Tschechoslowakei (vor allem ihre Wirtschaft) destruieren.

Nach den Schlussreden der Prokuratoren bekamen die Rechtsanwälte der Angeklagten das Wort; sie anerkannten die Schuld im Sinne der Anklage, verlangten aber eine milde Bestrafung. Nachher wurde die Gerichtsverhandlung unterbrochen und das Urteil wurde am 26. Februar 1952 gefällt. Das Staatsgericht in Prag fand alle Angeklagten für schuldig:

---

<sup>703</sup> ABS, Fond V 704/12 Ostrava, 52.

<sup>704</sup> ABS, Fond V 704/12 Ostrava, 53.

Sr. Antonia Witková	Hochverrat, Spionagetätigkeit	15 Jahre Kerkerhaft
Pfarrer Jindřich Stuchlík	Hochverrat	12 Jahre Kerkerhaft
Sr. Helene Knajblová	Hochverrat	10 Jahre Kerkerhaft
Sr. Klothilde Moravcová	Konspiration gegen die Republik	7 Jahre Kerkerhaft
Sr. Gisela Vaňková	Konspiration gegen die Republik	6 Jahre Kerkerhaft
Sr. Koleta Beňová	Konspiration gegen die Republik	6 Jahre Kerkerhaft
Sr. Remigia Axmannová	Konspiration gegen die Republik	5 Jahre Kerkerhaft
Sr. Reineria Podmanická	Konspiration gegen die Republik	4 Jahre Kerkerhaft
Sr. Innocentia Dittmerová	Konspiration gegen die Republik	2 Jahre Kerkerhaft
Sr. Virgilia Moravcová	Verweigerung von Anzeige einer strafbaren Handlung	1 Jahr Kerkerhaft

Darüber hinaus wurde das gesamte Vermögen der einzelnen Verurteilten konfisziert, es wurden allerdings keine finanziellen Strafen auferlegt – aufgrund ihrer „offensichtlichen Uneinnehmbarkeit“.<sup>705</sup> Für gewisse Jahre (je nach Länge der Strafe) verloren die Verurteilten auch die bürgerlichen Rechte. Pfarrer Stuchlík legte gegen das Urteil Berufung ein<sup>706</sup>, die Schwestern verzichteten dagegen auf eine Berufung und erklärten ihre Bereitschaft, mit der Kerkerstrafe sofort anzufangen.

In der Urteilsbegründung wies das Staatsgericht darauf hin, dass der ganze Deutsche Orden aufgrund seiner Geschichte (Vernichtung der Slawen etc.) eine Verurteilung verdienen würde; der ganze Fall habe auch gezeigt, dass die katholischen Orden nicht die Interessen der Gläubigen, sondern die Machtpolitik des Vatikan und daher des Imperialismus unterstützen. „Weiter bezeugt der Fall, welches moralische Elend sich hinter den Klostermauern versteckte: Die Orden zerstörten die Charaktere ihrer Mitglieder und erzogen sie zu ergebenen Sklaven und Dienern, die bereit waren,

<sup>705</sup> ABS, Fond V 704/12 Ostrava, 68.

<sup>706</sup> Das Oberste Gericht in Prag lehnte am 30. April 1952 die Berufung von Pfarrer Stuchlík als gegenstandslos ab. Bei der kurzen Verhandlung war nur sein Rechtsanwalt anwesend. ABS, V 704/12 Ostrava, 90 - 93.

sowohl staatsfeindliche als auch kriminelle Straftaten zu begehen... So richtete sich der Hass der Ordensleute gegen unsere neue volksdemokratische Ordnung, die sich um eine glückliche Gesellschaft bemüht. In dieser Gesellschaft wird der Boden allen Leuten gehören und sie wird gerechte, freie und aufgeklärte Bürger ausbilden, die sich um ihre Existenz nicht mehr fürchten müssen...“<sup>707</sup> Der Hass gegen das eigene Volk, der in dem Eigencharakter des Deutschen Ordens und in der vatikanischen Politik gründete waren laut des Gerichts die Ursache für die Straftätigkeiten der Verurteilten.

Als die gefährlichste der Verurteilten wurde vom Staatsgericht die Provinzoberin bezeichnet, die sehr gut gewusst habe, dass sie unter dem Schleier von kanonischen Berichten ins Ausland eigentlich Berichte über Staatsgeheimnisse weiter gäbe. Ihre Ernennung zur Hochmeisterin bedeutete laut des Gerichts eine offene Verbindung mit einer fremden imperialistischen Macht mit dem Ziel, das volksdemokratische Regime zu zerrütten und den Kapitalismus wiederherzustellen. Das Gericht konstatierte, dass die Provinzoberin in allen ihren Aktivitäten von Pfarrer Stuchlík und von Sr. Helene Knajbl unterstützt wurde – aus diesem Grund wurde ihr Verhalten als Hochverrat klassifiziert. Sr. Helene habe an der Ernennung der Oberin zur Hochmeisterin wesentlich mitgewirkt, indem sie ihr das Ernennungsdekret übergab. Stuchlík war in den Augen des Gerichts die wichtigste Kontaktperson, über die die Nachrichten zur Ordenszentrale nach Wien gingen. Als Hochverrat und Beschädigung der wirtschaftlichen Interessen des Staates wurde auch seine Bemühung um die Rettung des Ordensbesitzes vor der Verstaatlichung bezeichnet.

Bei den anderen Schwestern konstatierte das Gericht, dass auch ihre strafbare Tätigkeit besonders scheußlich war. Sie haben um die staatsfeindliche Gesinnung des ganzen Ordens gewusst und an mehreren Straftaten haben sie persönlich und bewusst mitgewirkt – so verrieten sie nach der Meinung des Gerichtes u.a. auch ihre „Klassenherkunft“, weil viele der Angeklagten aus Arbeiterfamilien stammten. Doch klassifizierte das Gericht ihre Straftaten nicht als Hochverrat, weil sie angeblich nicht verstanden, dass sich ihr Wirken gegen den Staat richtet. „Es handelt sich um Personen einer untergeordneten Stellung, die als Robote bezeichnet werden könnten und die nur den Befehlen und den Anweisungen der Ordensleitung folgten. Sie wurden ihr ganzes

---

<sup>707</sup> ABS, Fond V 704/12 Ostrava, 74 – 75.

Leben lang dazu erzogen, solche Befehle einfach blind durchzuführen...“<sup>708</sup> Zu mildernden Umständen gehörte außer dieser gewissen Unselbstständigkeit der Schwestern auch ihr vollkommenes Geständnis vor dem Gericht. Nur im Fall von Sr. Virgilia äußerte sich das Gericht in dem Sinn, dass sie genug intelligent und scharfsinnig gewesen sei und dass sie erkannte, was die Ernennung der Oberin zur Hochmeisterin eigentlich bedeutet.<sup>709</sup>

Unmittelbar nach dem Gerichtsverfahren wurden die Schwestern auf verschiedene Gefängnisse aufgeteilt.<sup>710</sup> Fünf Schwestern kamen nach Rakonitz (Rakovník, westlich von Prag), wo sie in der Keramik- und Fliesenfabrik arbeiteten. Sr. Klothilde wurde ins Gefängnis in Prag überführt und arbeitete in der Waschküche für die Gefangenen. Sr. Koleta wurde nach Jungbunzlau (Mladá Boleslav, nördlich von Prag) geschickt, später kochte sie in einer Küche für die Aufseher. Sr. Helene und die Provinzoberin kamen nach Pardubitz (Pardubice, Ostböhmen).<sup>711</sup> Fast alle Schwestern wurden nach einigen Jahren amnestiert, Provinzoberin Sr. Antonia wurde im Oktober 1959 begnadigt. Stuchlík saß im Gefängnis Karthaus Walditz (Valdice, Ostböhmen) und wurde im Jahr 1960 freigelassen, davor lehnte er mehrere Amnestien ab.<sup>712</sup>

Die gewisse „Lockerung“ der politischen Situation in der Tschechoslowakei nach dem Tod Stalins (1953) bedeutete nicht, dass die Frauenorden ein „einfaches Leben“ führen konnten: Weiterhin wurden sie seitens der Behörden beobachtet, schikaniert und man versuchte auch durch „psychologische Methoden“ (Schulungen, Vorträge mit atheistischer Thematik usw.) die Schwestern zu überzeugen, ihre Orden zu verlassen. Darüber hinaus gab es immer wieder, bis zum Ende der 50er Jahre, politische Prozesse gegen die Ordensgemeinschaften, auch wenn die Strafen nicht mehr so hoch waren.

---

<sup>708</sup> ABS, Fond V 704/12 Ostrava, 72.

<sup>709</sup> Die niedrigste Strafe innerhalb der ganzen Gruppe war in ihrem Fall höchstwahrscheinlich eine Konsequenz ihres standhaften Verhaltens während der Untersuchungsphase und vor dem Gericht – sie gestand trotz des brutalen Drucks fast keine Vorwürfe seitens der Ermittler und der Prokuratoren.

<sup>710</sup> GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 123 – 124.

<sup>711</sup> Sr. Antonia und Sr. Helene saßen in der isolierten Abteilung „A“ des Frauengefängnisses in Pardubitz, die für die „gefährlichsten“ politischen Gefangenen, darunter viele Ordensfrauen, bestimmt wurde. Die Abteilung wurde damals „Vatikan“ genannt und in der Literatur wird auf ihre „prominente“ Besetzung hingewiesen: Zu den Mitgefangenen von Sr. Antonia und Sr. Helene gehörte zum Beispiel die Professorin für tschechische Literatur an der Karlsuniversität Růžena Vacková. Vgl. VAŠKO, Dům na skále, Band 3, 234 – 236.

<sup>712</sup> JAN, Libor/SKŘIVÁNEK, František, Němečtí rytíři v českých zemích [Die Deutschen Ritter in den böhmischen Ländern], Prag 1997, 109 – 113.

„Es ist bei den Ordensfrauen hervorzuheben, dass sie als Frauen den gleichen entwürdigenden und drastischen Methoden der Staatssicherheit und den gleichen abschreckenden Verhältnissen in den Gefängnissen wie die Männer ausgeliefert wurden. Trotzdem gelang es ihnen, bis auf wenige Ausnahmen, zu bestehen und ihre Orden nicht zu verlassen... Es ist bewundernswert, dass sie in vielen Fällen nicht nur wegen ihrer eigenen Gemeinschaft verfolgt wurden, sondern dass sie opferbereit und mit großem Risiko auch den Priestern, Ordensmännern und Laien halfen, wofür sie mit einer langjährigen Kerkerstrafe bezahlen mussten.“<sup>713</sup>

Auch für die Gemeinschaft der Deutschordensschwestern fing eine sehr komplizierte und schmerzhaftes Epoche an. Nach der Auflösung des Internierungsklosters in Grätz am 31. März 1952 wurden die restlichen Schwestern in drei Gruppen aufgeteilt und an verschiedene Orte (in verschiedene Konzentrationsklöster) deportiert. Ein gemeinschaftliches Ordensleben wurde zwar „in Stille“ toleriert, doch gab es immer wieder Hindernisse seitens der Staatsbehörden (zum Beispiel Novizinnen konnten nur im Geheimen aufgenommen werden).<sup>714</sup> Erst nach der Wende im Jahr 1989 konnten sie ihr Gemeinschaftsleben wieder „öffentlich“ aufnehmen und in ihr Mutterhaus in Troppau zurückkehren. Am 13. Dezember 1990 beschloss das Kreisgericht von Ostrau die Rehabilitierung der neun verurteilten Schwestern vom 1952 und hob alle über diese Schwestern verhängten Strafen auf.<sup>715</sup>

---

<sup>713</sup> VLČEK, Procesy s řeholnicemi v 50. letech, 91.

<sup>714</sup> Zur Geschichte der Deutschordensschwestern in der Tschechoslowakei zwischen 1952 und 1989 ausführlich GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 126 – 156.

<sup>715</sup> GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 125.

## 5. Schlusswort

### 5.1 Zusammenfassung: Der Deutsche Orden in der Tschechoslowakei 1945 - 1952

Für die Geschichte des Deutschen Ordens in der Nachkriegs-Tschechoslowakei (1945 – 1948) war der „äußere Rahmen“ entscheidend, der sein „inneres Leben“ wesentlich beeinflusste und bestimmte. Zu den Grundprinzipien des neuen Staates gehörte – unter dem Eindruck der Okkupation – eine dramatische Abrechnung mit dem deutschen „Element“, das davor für Jahrhunderte untrennbar zu Böhmen, Mähren und Schlesien dazugehörte. Diese Abrechnung, die sich vor allem in der Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung und in der Aberkennung der Bürgerrechte der Deutschen und der Ungarn konkretisierte, fand eine riesige Akzeptanz in der Gesellschaft und wurde auch von keiner politischen Partei in Zweifel gezogen. Die antideutsche Stimmung betraf unweigerlich auch die Kirche bzw. deren Subjekte (Abteien, Ordensgemeinschaften, Schulen und karitative Einrichtungen), unabhängig von ihrem tatsächlichen Verhalten während des Krieges, das darüber hinaus meistens unwahrhaftig dargestellt wurde. Umso mehr „provozierte“ der Deutsche Orden die Nachkriegsgesellschaft schon aufgrund seiner Bezeichnung und seiner älteren Geschichte (wie auch immer diese interpretiert wurden).

Was die Vertreibung der deutschsprachigen Mitglieder des Deutschen Ordens betrifft, hatten der Hochmeister und die Provinzleiter überhaupt keine Wahl und es scheint aus heutiger Sicht eine realistische Einschätzung der allgemeinen Lage gewesen zu sein, dass die Aussiedlung der Brüder und Schwestern relativ bald nach dem Kriegsende durchgeführt wurde. Es wäre interessant zu wissen, ob Hochmeister Robert Schälzky selbst als eine staatlich zuverlässige Person anerkannt worden wäre; mit Blick auf seine schwache Gesundheit ist es aber verständlich, dass er die diesbezügliche Prozedur nicht abgeschlossen hat. Schließlich sei erwähnt, dass aus der Sicht des Gesamtordens die - für die einzelnen Ordensmitglieder sicher schmerzvolle - Vertreibung aus der Tschechoslowakei auch einen „Neuanfang“ bedeutete: Durch die

ausgesiedelten Brüder und Schwestern wurden neue und bald blühende Ordensprovinzen in Deutschland gegründet.<sup>716</sup>

Die Einladung des Ordenspriesters P. Stanislav Dostál OT und seine Ernennung zum Provinzvikar der Brüderprovinz in der Tschechoslowakei scheint in der gegebenen Situation ein kluges Manöver des Hochmeisters gewesen zu sein. Der Deutsche Orden war dank seiner Person durch einen tschechischen Leiter vertreten, wodurch man für die komplizierten Verhandlungen mit den Behörden hatte eine beträchtlich bessere Ausgangsposition gewinnen konnte, als wenn Hochmeister Schälzky diese hätte alleine führen müssen. Die Bezeichnung „Kreuzritterorden“, die P. Dostál in offiziellen Briefen und Urkunden verwendete, sollte die „deutsche“ Herkunft des Ordens verschleiern. Die erhaltenen Quellen bezeugen, dass P. Dostál die Probleme energisch anging und mit Unterstützung des Rechtsanwalts Dr. Sklenář sich ziemlich schnell in der rechtlichen Agenda des Ordens orientierte. Aus unklaren Gründen wurde aber Dostál - höchstwahrscheinlich auf Initiative des Hochmeisters - in ein abgelegenes Dorf versetzt und engagierte sich spätestens seit Sommer 1946 weder in der Leitung der Provinz noch in den Verhandlungen mit dem Staat.

Mit zeitlichem Abstand könnte aber konstatiert werden, dass die Lage für den Orden aufgrund der „äußeren“ Gegebenheiten sowieso ausweglos war und dass es im letzten wahrscheinlich gleichgültig war, von wem die Provinz geleitet wurde. Ihr Besitz war nämlich für die Behörden viel zu wichtig: Symbolisch sollte die Konfiszierung die Bestrafung des angeblichen Kollaborateurs und die Wiedergutmachung des alten Unrechtes der Deutschen auf dem tschechischen Boden besiegeln (vgl. dazu auch das Kapitel 4 dieser Arbeit). In diesem Sinn wurde auch die Erklärung des Deutschen Ordens als Verräter und Feind der Tschechoslowakei durch die Nationalausschüsse in Freudenthal und Troppau begründet. Aber auch praktisch war der Deutschordensbesitz äußerst attraktiv: Kaplan Stuchlík wies einmal darauf hin, dass sich die Nationalverwaltung des ehemaligen Besitzes des Deutschen Ordens über Erträge von

---

<sup>716</sup> Die aus der Tschechoslowakei ausgesiedelten Ordensmitglieder verstärken auch die Ordensprovinzen in Österreich. Dank der neuen Priester konnte der Deutsche Orden zum Beispiel die Wiener Pfarrei Schottenfeld übernehmen (zum ersten Administrator wurde aus Engelsberg stammende P. Friedrich Kausch OT). HEYDERER, Die Geschichte der Österreichischen Brüderprovinz des Deutschen Ordens, 55 – 56.

ungefähr 10 Millionen Kronen freuen konnte.<sup>717</sup> In diesem Licht überrascht nicht, dass die Behörden bereit waren, den Deutschordensbesitz auch um den Preis der Ignorierung der Regierungsbestimmungen zu „übernehmen“.

Dieser Logik entspricht auch die Tatsache, dass an der Spitze der „ordensfeindlichen“ Behörden das Landwirtschaftsministerium stand, das von einem Kommunisten geleitet wurde und das mehr die Interessen der kommunistischen Partei als die Prinzipien eines Rechtsstaates verfolgte. Die Machtlosigkeit der Institutionen, die für den Orden eintraten (das Schul-, Außen- und Justizministerium) und auf die Achtung der Gesetze beharrten, bezeugt, dass die Dritte Republik letztlich keinen Rechtsstaat mehr darstellte, sondern sich in einem Übergang zur Diktatur kommunistischer bzw. sowjetischer Prägung befand. Die ehrlichen Bemühungen der Beamten der von demokratischen Parteien geleiteten Ministerien um eine gerechtere Auslegung der Dekrete des Staatspräsidenten oder das unermüdliche Engagement des Rechtsanwalts Dr. Josef Sklenář für die Einhaltung der Rechtsprinzipien könnten als ein Nachhall der „alten Zeiten“ der letzten Phase der österreichischen Monarchie und der Ersten Republik - in denen trotz aller Probleme im Vergleich zur Tschechoslowakei nach 1945 grundsätzlich Menschen- und Eigentumsrechte galten - verstanden werden, was alles aber gegen die kommunistische Rücksichtslosigkeit keine Chance hatte. Das Landwirtschaftsministerium setzte die Konfiszierungen des Besitzes des Deutschen Ordens und anderer „deutschen“ Ordensgemeinschaften fort und im Laufe des Jahres 1947 wurden die „Übernahmen von Eigentum“ sogar weder protokolliert noch in die Grundbücher eingetragen.

Im Unterschied zu vielen anderen Ordensgemeinschaften hatte der Deutsche Orden keine Möglichkeit, sich nach dem Krieg zu stabilisieren und kurz vor der kommunistischen Machtübernahme befand er sich bereits - sowohl personell als auch wirtschaftlich – in einer desolaten Lage. Bei den Brüdern konnte man nicht mehr von einer „Struktur“ sprechen; die Schwestern verfügten zwar immer noch über eine nicht ganz kleine Gemeinschaft, die zusammenhielt, mussten sich aber mit den dauernden Drangsalierungen der Polizei und anderer Behörden auseinandersetzen. Der aktuelle Status ihres Eigentums war unklar und ihre wirtschaftliche Zukunft war somit ungewiss.

---

<sup>717</sup> ABS, Fond V 704/10 Ostrava, 25.

Viele bisherige Niederlassungen der Schwestern mussten geschlossen werden.<sup>718</sup> Es scheint, dass der in vieler Hinsicht geschwächte Deutsche Orden für den kommunistischen Kirchenkampf, der in den nächsten Jahren entflammen sollte, ein leichtes Ziel darstellte.

Die dramatischen Ereignisse der Jahre 1945 – 1948 fügten dem Orden neben der Vertreibung und neben der Konfiszierung des Besitzes noch einen weiteren schweren Schaden hinzu, der bis heute wirksam ist, nämlich die Zerstörung seines Rufes in der Öffentlichkeit. Bereits in dieser Zeit wurden die Grundlagen für die spätere kommunistische Propaganda (ausführlich dazu das Kapitel 4 dieser Arbeit) gelegt: Das Bild des Ordens als einer Institution, die mit dem Nationalsozialismus kollaboriert habe, die Verzerrung seiner älteren Geschichte und seines Wirkens in der Ersten Republik, der Vorwurf der Germanisierung. Der letztgenannte Begriff besaß nach dem Krieg böse Konnotationen, weil er mit der nationalsozialistischen Politik im Protektorat Böhmen und Mähren verbunden war. Von einer „Germanisierung des Raumes und der Menschen“<sup>719</sup> sprachen öfters die Repräsentanten der nationalsozialistischen Okkupation im Protektorat Böhmen und Mähren. Sie bedeutete gewöhnlich die Liquidierung der intellektuellen und der „unbrauchbaren“ Schichten, die Eindeutschung der geeigneten Tschechen - hier galten vor allem rassistische Kriterien - und die Aussiedlung des Restes nach Osten. Es ist ganz offensichtlich, dass die Verbindung dieses Begriffs mit dem Deutschen Orden seitens der kommunistischen Propaganda besonders niederträchtig war.

Als Nachtrag zur Geschichte des Ordens in der Dritten Republik könnte hier auf die Stellungnahmen der Bezirksnationalausschüsse in Freudenthal und Troppau aus den 90er Jahren verwiesen werden. Der Amtsvorstand des Bezirksamtes Freudenthal Stanislav Navrátil kommentierte die Erklärung des Deutschen Ordens als Feind und Verräter der Tschechoslowakischen Republik auf folgende Weise: „Die im Beschluss angeführten Gründe erscheinen als stark tendenziös, enthalten ungenaue, historisch

---

<sup>718</sup> GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 84 – 85.

<sup>719</sup> So verwendete diese Begrifflichkeit zum Beispiel der Reichskanzler Adolf Hitler in einem Gespräch mit dem Stellvertreter des Reichsprotectors Karl Hermann Frank im Oktober 1940. BRANDES, Detlef, Germanizovat a vysídlit. Nacistická národnostní politika v českých zemích [Germanisieren und aussiedeln. Die nationalsozialistische Politik in den böhmischen Ländern], Prag 2015, 43.

nicht belegte und in den Punkten 1 und 2 eindeutig unwahre Informationen. Belege und Dokumente, die ich gesehen habe, beweisen eher eine positive Tätigkeit des Deutschen Ordens auf dem Gebiet des heutigen Bezirks Freudenthal<sup>720</sup>“. Der Amtsvorstand des Bezirksamtes in Troppau Antonín Šorm schrieb: „Aufgrund von schriftlichen Dokumenten wurde festgestellt, dass der Antrag des Bezirksnationalausschusses von 1946, den der Landesnationalausschuss übernommen und offiziell kundgemacht hatte, falsch und irreführend gewesen war. Der Orden wurde bereits am 22. Oktober 1938 von den deutschen Behörden aufgelöst und liquidiert und sein gesamtes Vermögen konfisziert. Der Orden konnte daher weder der deutschen Kriegsführung noch anderen nationalsozialistischen Zwecken dienen. Gemäß vorgelegten schriftlichen Zeugnissen von Personen, welche den Orden gut gekannt hatten, machte der Orden keine Unterschiede zwischen den Deutschen und den Tschechen und behandelte alle gleich gut. Diese Stellungnahme basiert auf der Bewertung zugänglicher Dokumente und der objektiven Beurteilung der Verhältnisse, die in einer Zeit der tendenziös verzerrten Fakten geherrscht hatten...“<sup>721</sup>

Nach der kommunistischen Machtübernahme 1948 wurde die katholische Kirche aus mehreren Gründen zum Hauptfeind des sich formierenden totalitären Regimes. Die kommunistische Führung sah nach der Vertreibung der Deutschen und nach der Liquidierung von „widerstandsfähigen“ Gruppen und Schichten (demokratische politische Parteien, traditionelle Landwirtschaft, intellektuelle Eliten) in der Kirche den letzten Gegner, der gut organisiert war und der sich einer gewissen Autorität in der Bevölkerung erfreute. Der Kampf gegen die Kirche fand sowohl auf der „ideologischen“ als auch auf der „praktischen“ Ebene statt. Auf den beiden Ebenen erscheint der Deutsche Orden als eine geeignete Zielscheibe; ein gewisses Problem stellte allerdings die Tatsache dar, dass der Orden nach der Vertreibung der deutschsprachigen Brüder und Schwestern - im Vergleich mit den Zahlen der Mitglieder der anderen Ordensgemeinschaften - eher „unbedeutend“ war.

---

<sup>720</sup> Schreiben des Amtsvorstandes des Bezirksamtes Freudenthal an Pfarrer Jindřich Stuchlík vom 18. Mai 1993, Ordnungszahl: KP – 1052/93.

<sup>721</sup> Schreiben des Amtsvorstandes des Bezirksamtes Troppau an Pfarrer Jindřich Stuchlík vom 11. Mai 1993, Ordnungszahl: 660/93 sekr.

Aus ideologischer Sicht „repräsentierte“ der Deutsche Orden mehrere Erzfeinde des tschechischen Volkes, die die kommunistische Propaganda in der Nachkriegszeit an den Pranger stellte: Abgesehen davon, dass er ein katholischer Orden war, bot seine Geschichte mehrere Momente, die für die kommunistische (Geschichts-) Ideologie interessant waren. Sein mittelalterlicher Ordensstaat wurde als Vorkämpfer der „deutschen“ Expansion „Drang nach Osten“ präsentiert, die eine „Vernichtung der Slaven“ beabsichtigte und die in den Nationalsozialismus mündete. Die Verbundenheit des Ordens mit dem (deutschen bzw. österreichischen) Adel unterstrich die kommunistische Darstellung des Ordens als einer „Reaktionskraft“, die sich von Anfang an gegen die natürlichen Interessen und gegen die Freiheits- und Fortschrittsbemühungen des einfachen tschechischen Volkes stellte. Nicht unwichtig war auch die Tatsache, dass der Orden fast ausschließlich im Sudetenland wirkte, das in der kommunistischen Propaganda die Rolle eines von den Deutschen gereinigten Landes spielte, in dem eine ideale klassenlose Gesellschaft entstehen wird. Alle diese Motive fanden Eingang in die kommunistischen Darstellungen des Ordens und sie spiegelten sich sogar in dem Gerichtsurteil nach dem Schauprozess gegen den Orden.

Schließlich war allein der Begriff „Deutsch“ in der Bezeichnung der Ordensgemeinschaft in der Zeit nach 1945 bzw. nach 1948 eine ideale Zielscheibe „an sich“. Hier zeigten sich aber auf eine paradoxe Weise auch gewisse Grenzen der kommunistischen Propaganda. Zwar wurde in den Broschüren und in den Berichten über die angebliche Kollaboration der Ordensmitglieder während des Prozesses gesprochen. So wurde zum Beispiel aus der Aufhebung des Ordens durch die Nazis die Behauptung gemacht, der Orden habe seinen Besitz zur Zwecken der nationalsozialistischen Kriegsführung zur Verfügung gestellt; das Verbot der Lehrtätigkeit durch die Nazis wurde so präsentiert, dass die Schwestern lieber als Pflegerinnen den Nazis dienen wollten. Auch während der Untersuchungen durch die Staatssicherheit und von dem Gericht wurde immer wieder von einer „Germanisierung“ gesprochen. Aber vor dem Gericht standen neun Schwestern tschechischer Abstammung, die aus einfachen Verhältnissen stammten und die fast nicht begreifen konnten, was die ihnen vorgeworfene „Germanisierung“ meinen sollte. Aus den Gerichtsprotokollen geht hervor, dass sie sich

in den Fragen der Prokuratoren, die darauf zielten, ob sie untereinander auf Deutsch oder auf Tschechisch redeten, einfach verirrten.

Der Schauprozess mit den Deutschordensschwwestern fand darüber hinaus im Jahr 1952 statt und die staatliche Propaganda musste die neue Politik der kommunistischen Führung reflektieren: Es gab aktuell zwei deutschen Staaten und weil einer davon zum sozialistischen Friedenslager gehörte, durften nicht mehr alle Deutschen als „Verräter“ gelten. Das Informationsministerium verbreitete die These, dass sich die Sudetendeutschen in der Deutschen Demokratischen Republik gut integrierten - daher stellten sie keine Gefährdung mehr dar. Zum „Zentrum des Revanchismus“ wurde zwar die Bundesrepublik Deutschland, die Deutschen als Feinde verschwanden aber langsam aus der Öffentlichkeit.<sup>722</sup> Nach dem Prozess gegen die Deutschordensschwwestern wurde in den Berichten die „deutsche Herkunft“ des Ordens eher weniger betont. Dies kontrastiert zum Beispiel mit dem großen Schauprozess gegen den ehemaligen Generalsekretär der kommunistischen Partei Rudolf Slánský (November 1952): In den Presseberichten wurde ausdrücklich auf die „jüdische Abstammung“ der Angeklagten hingewiesen – im Einklang mit der Politik der Sowjetunion und des Friedenslagers, die sich in dieser Zeit gegen die Politik des Staates Israel wandte.<sup>723</sup>

Vergleicht man den Prozess gegen die Deutschordensschwwestern mit den Prozessen gegen die Männerorden, so zeigt sich noch eine weitere Grenze der kommunistischen Propaganda. Im Gerichtssaal standen nämlich eher einfachere Frauen, die keine Professorinnen oder erfolgreiche Predigerinnen waren. Es wurde nicht bezweifelt, dass sie aus bescheidenen Verhältnissen stammen und dass sie somit eigentlich der „Arbeiterklasse“ angehören. Selbst die Prokuratoren gaben zu, dass die Schwestern lebenslang als Pflegerinnen, Lehrerinnen oder Krankenschwestern arbeiteten. Schließlich konstatierte das Gericht, dass sie sich persönlich nicht bereichern konnten. Diesem befangenen Eindruck entsprach auch das eher zurückhaltende Echo

---

<sup>722</sup> Die Revanchisten in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Bundeskanzler an der Spitze wollten in der kommunistischen Darstellung eine Integration der Sudetendeutschen in die westdeutsche Gesellschaft verhindern. Sie sollten nämlich eine Art von Miliz ausbilden, die bereit wäre, jederzeit die Tschechoslowakei anzugreifen. Auch dieses propagandistische Motiv wurde aber spätestens nach dem Friedensvertrag zwischen BRD und der Tschechoslowakei (1955) gelassen. Näher SPURNÝ, Nejsou jako my, 209 – 212.

<sup>723</sup> Vgl. DUFEK, Jiří/KAPLAN, Karel/ŠLOSAR, Vladimír, Československo a Israel v letech 1947 – 1953 [Die Tschechoslowakei und Israel in den Jahren 1947 - 1953], Prag 1993.

unter der Bevölkerung, wie die kommunistische Partei selbst später zugab. Dies mag einer der Gründe gewesen sein, warum in der Tschechoslowakei im Vergleich zu den Männerorden wesentlich weniger Prozesse gegen Ordensfrauen inszeniert wurden.<sup>724</sup>

Auf der „praktischen Ebene“ ging es dem kommunistischen Staat darum, die Ordensleitung zu liquidieren, seine Strukturen zu zerstören und die Reste seines Besitzes zu übernehmen bzw. zu verstaatlichen. Außer dem drittgenannten Punkt blieb aber der Staat inkonsequent. Der Deutsche Orden wurde nicht, genauso wie die anderen Frauenorden, durch einen gesetzlichen Akt aufgehoben (obwohl eine geplante Aufhebung seitens des Staates öfters in den Quellen auftaucht) und die Schwestern wurden nicht mit Gewalt gezwungen, ins „zivile Leben“ zurückzukehren.<sup>725</sup> In der Literatur wird öfters erwähnt, dass diese „Lockerung“ mit dem Tod des sowjetischen Diktators und mit dem Ende des härtesten Stalinismus in der Tschechoslowakei im Frühling 1953 zusammenhängt; gleichzeitig gelang es dem Staat in dieser Zeit, die Gesellschaft vollkommen zu beherrschen und die Ordensschwestern stellten keine wesentliche Gefahr mehr dar.

Im Zusammenhang mit der Geschichte des Deutschen Ordens in der kommunistischen Zeit sollte hier die tschechische Historikerin Markéta Doležalová zitiert werden, die mit Blick auf das Leben von Sr. Antonia Witková folgende ins Schwarze treffende rhetorische Frage stellt: „Das kommunistische Regime rühmte sich damit, dass es die Frauen aus ihren traditionellen Rollen (wie etwa Hausfrau) befreit habe und dass es somit den Frauen eine völlige Selbstverwirklichung ermöglicht habe. Sr. Antonia fand die Erfüllung ihres Lebens im Deutschen Orden, der ihr – mit Blick auf die damaligen Verhältnisse – eine exzellente Ausbildung ermöglichte. Die Wahl zur Oberin stellte für sie die Gelegenheit dar, ihre Fähigkeiten und Erfahrungen zu nutzen... Welche Selbstverwirklichung verschaffte ihr das kommunistische Regime? Das Leiden im Gefängnis oder eine schwere Handarbeit. Ihre Ausbildung, ihre Praxis und ihre Erfahrungen wurden zunichte gemacht; sie wurden sogar für nutzlos und gefährlich

---

<sup>724</sup> VLČEK, Procesy s řeholnicemi v 50. letech, 67.

<sup>725</sup> Sr. Virgilia kehrte sogar nach ihrer Freilassung in das Troppauer Krankenhaus zurück. Drei dortige Ärzte hafteten für sie, dass sie im Pflegedienst gewissenhaft arbeite. GRUBER, Hinter dem Eisernen Vorhang, 124.

erklärt. Gemeinsam mit anderen Schwestern wurde sie zum Opfer der Machtspiele und des Kampfes um den Ordensbesitz. Sie alle bestanden darin mit einer großen Ehre.“<sup>726</sup>

## 5.2 Offene Forschungsfragen und die Frage nach einer Kollaboration des Ordens

Die erhaltenen Quellen stellen eine ausreichende Grundlage für eine vollständige Darstellung der Geschichte des Deutschen Ordens nach 1945 im Kontext der tschechoslowakischen Kirchengeschichte dar. Leider kann sich überwiegend nur um einen Blick von außen handeln. Was das innere Leben des Ordens bzw. der Ordensmitglieder betrifft, so stehen zum heutigen Stand eher wenige Quellen zur Verfügung. Hier geht es vor allem um die Erinnerungen der deutschsprachigen Schwestern an die Vertreibung. Einen großen Raum für zukünftige Forschungen bietet das Thema des aufgelösten Ordens und seiner Mitglieder im Gau Sudetenland während der Kriegsjahre. Es gibt zum Beispiel Hinweise, dass die Pfarrei Freudenthal gewissermaßen zu einem Zentrum der kirchlichen Resistenz wurde und diese deshalb von der Gestapo beobachtet wurde. Auch die Persönlichkeit des P. Heribert Kluger OT, den der Deutsche Orden als ein Opfer des Nationalsozialismus erachtet, würde ein systematisches Forschungsinteresse verdienen, auch wenn die Suche nach den Quellen in diesem Fall sehr schwierig ist.

Ein sehr interessantes Thema, das eine Untersuchung wert wäre, stellt die Person des Ordenspriesters P. Anton Schälzky OT dar. Selbst die äußerst kritischen Staatsbehörden, die nach 1945 sein Verhalten während des Krieges beurteilten, gestanden ihm zu, sich in dieser Zeit loyal verhalten zu haben. Daher sollte ihm die Staatszuverlässigkeit zuerkannt werden. Es wäre interessant zu erforschen, worauf sich die Behörden bezogen und wie P. Anton Schälzky während des Krieges eigentlich wirkte. Offen ist das Schicksal des letzten Deutschordenspropstes in Troppau P. Lambert Seidl OT. In den tschechoslowakischen Nachkriegsjahren sollte er wie seine Mitbrüder

---

<sup>726</sup> DOLEŽALOVÁ, Markéta, Milosrdná sestra Anežka Antonie Witková. Útok represivního a justičního aparátu totalitního státu na řádové společenství žen působících ve školské, zdravotnické a sociální oblasti [Die Barmherzige Schwester Anežka Antonie Witková. Der Angriff des Repressions- und Justizapparates auf eine Frauensordensgemeinschaft, die im Schul-, Gesundheits- und Sozialbereich wirkte], in: Paměť a dějiny 4/2013, 26.

vertrieben werden, durfte aber in Troppau, in einem wichtigen Zentrum des neuen Grenzlandes, bleiben. Der Grund dafür lässt sich nicht rekonstruieren: Einige Quellen beschreiben ihn zwar als einen „Freund der Tschechen“, andere aber wiederum als einen „überzeugten Deutschen“. Unerklärbar bleibt, weshalb er in den Schauprozess mit den Schwestern nicht miteinbezogen wurde.

Abschließend sollte auf die wichtige Frage eingegangen werden, die sich durch die gesamte Arbeit durchzieht: Kann dem Deutschen Orden eine Kollaboration mit dem nationalsozialistischen Regime vorgeworfen werden und war seine Einordnung unter die „Feinde und Verräter der Tschechoslowakei“, die die Konfiszierung rechtfertigen sollte und den Ruf des Ordens zerstörte, berechtigt? Rein formell scheint jede Behauptung über eine Kollaboration unsinnig zu sein. Der Deutsche Orden wurde als die einzige Ordensgemeinschaft im Sudetenland von den nationalsozialistischen Behörden aufgelöst und konnte daher mit niemandem kollaborieren. Die Aufmerksamkeit muss also infolgedessen auf die Brüder und Schwestern des aufgelösten Ordens gelenkt werden. Der Historiker Jan Stříbrný weist in seiner Studie darauf hin, dass die Grenze zwischen den heutigen Begriffen Anpassung und Kollaboration während des Krieges im Fall der Kirche unklar war und unterscheidet mehrere Arten von Kollaboration: Kollaboration aus ideologischer Überzeugung, aus pragmatischer Anpassung (einhergehend mit persönlichen Ambitionen und) und Kollaboration als erzwungene Konformität. Letztere betraf vor allem die Vorsteher der Kirchen und Träger der Behörden.<sup>727</sup> Der gegenwärtige Forschungsstand mit dem Fokus auf die erhaltenen Quellen bestätigt die Annahme, dass keinem Ordensmitglied eine so verstandene Kollaboration vorgeworfen werden könnte.

Zwischen Kollaboration und Widerstand liegt ein breites Feld von Verhaltensweisen, das man nicht unmittelbar auf diese beiden Optionen zurückführen kann. In der neueren NS-Forschung unterscheidet man, etwa mit Blick auf die

---

<sup>727</sup> STŘÍBRNÝ, Jan, Die Rolle der Kirchen im „Protektorat“, in: ZÜCKERT, Martin/HOLZWIMMER, Laura (Hgg.), Religion in den böhmischen Ländern 1938 – 1948. Diktatur, Krieg und Gesellschaftswandel als Herausforderungen für religiöses Leben und kirchliche Organisation. Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 115, München 2007, 155 – 156.

katholische Bevölkerung, zwischen Widerstand und Widerständigkeit.<sup>728</sup> Wie im Kapitel 2 dieser Arbeit skizziert wurde, war die Masse der Katholiken im Sudetenland, und mit ihnen höchstwahrscheinlich auch die Mitglieder des Deutschen Ordens, eher „widerständig“: Man hat sich zwar der aktiven, lauten Kritik am NS-Regime enthalten, aber viele Verhaltensweisen an den Tag gelegt, die als Ablehnung des Parteiapparates und Unrechtsstaates intendiert waren. Matrin Zückert charakterisiert das sudetendeutsche katholische Milieu während des Krieges auf folgende Weise: „Trotz starker nationaler Prägungen entstanden zwischen dem nationalsozialistischen Regime und dem kirchlichen Milieu im Sudetenland Konfliktlinien. Insbesondere die katholische Kirche als Institution geriet unter starken Druck und versuchte, ihren Einfluss zu verteidigen. Eine große Zahl von Geistlichen hatte unter Verfolgung zu leiden“.<sup>729</sup> Zu den verfolgten Geistlichen gehörten auch zwei Priester des Deutschen Ordens, dessen Verhalten sich vielleicht einem „Widerstand“ näherte. Sie wurden allerdings von der kommunistischen Propaganda nicht als ausreichend aussagekräftige „Repräsentanten“ anerkannt. Auch hier zeigt sich die Grenze einer Beurteilung überhaupt: Wie viele "Gerechte" benötigt eine Gesellschaft, um als "entschuldigt" zu gelten?

Ein komplexerer Aspekt stellt die Beurteilung des Verhaltens des Deutschen Ordens während des Jahres 1938 dar. Der Orden verhielt sich in den 1930er Jahren der Tschechoslowakischen Republik gegenüber äußerst loyal, was im „sudetendeutschen Milieu“ keine Selbstverständlichkeit war. Selbst nachdem die SdP in den Parlamentswahlen 1935 gewonnen hatte und sich die Situation im Sudetenland immer mehr zuspitzte, unterstützte der Orden keinen Separatismus und stellte sich auf Seite des tschechoslowakischen Staates. So könnten auch die „zeichenhaften“ Handlungen des damals neugewählten Hochmeisters Robert Schälzky aus den Jahren 1936 und 1937 (s.o.) interpretiert werden. Spätestens im Frühling 1938 kam es zu einer gewissen Wende. Es gab keine öffentliche Unterstützung des tschechoslowakischen Staates mehr

---

<sup>728</sup> Vgl. z.B. KLIEBER, Rupert, „Widerstand“, „Resistenz“ oder „widerwillige Loyalität“? Das Ringen der katholischen Ordinariate um die religiöse Vereine und Vereinigungen der „Ostmark“ (1938 – 1941), in: LIEBMANN, Maximilian/PAARHAMMER, Hans/RINNERHALER, Alfred (Hgg.), Staat und Kirche in der „Ostmark“, Frankfurt/Main u.a. 1998, 95 – 132; LOB-HÜDEPOHL, Andreas/EURICH, Johannes, Aufblitzen des Widerständigen. Soziale Arbeit der Kirchen und die Frage des Widerstands während der NS-Zeit, Stuttgart 2018.

<sup>729</sup> ZÜCKERT, Religion und nationalsozialistische Herrschaft in den böhmisch-mährischen Grenzregionen, 197.

und selbst der später verfolgte Ordenspriester P. Walther Horny, dessen Großvater ein Tscheche war<sup>730</sup>, trat in die SdP ein.

Wie die Frage der Neigung des Ordens und des ganzen Sudetenlandes im Jahr 1938 zu beurteilen ist, auch wenn es immer wieder Ausnahmen wie P. Heribert Kluger OT gab, hängt letztlich von der Weltanschauung des/der Beurteilenden ab. Eine Seite könnte mit Recht behaupten, dass die Unterstützung des Separatismus jedenfalls einen Verrat oder zumindest eine Dummheit bedeutete: Die Erste Republik garantierte trotz aller Probleme ihren Staatsbürgern die Menschenrechte und jeder vernünftige Mensch konnte den totalitären Charakter des nationalsozialistischen Regimes bereits 1938 durchschauen. In diesem Sinn trugen die separatistischen Sudetendeutschen zur Destruktion eines demokratischen, wenn auch nicht unfehlbaren, Staates bei. Die fehlenden demokratischen Strukturen waren nach dem Krieg einer der Gründe für die allgemeine Akzeptanz der Vertreibung von deutschsprachiger Bevölkerung. Man sollte darüber hinaus nicht vergessen, dass der Papst bereits 1937 die NS-Bewegung scharf kritisierte (in der Enzyklika *Mit brennender Sorge*), was für die katholischen Sudetendeutschen ein wichtiges Zeichen darstellen sollte.

Die Gegenseite könnte auch tatsächlich erwidern, dass die Erste Republik zwar auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen entstand, dieses Recht aber den Deutschen, Ungarn und letztlich auch den Slowaken nicht gewährte. Sie lehnte es lange Zeit ab, die politischen Minderheitsrechte in ihrer Verfassung ausdrücklich zu garantieren. Die Sudetendeutschen konnten sich daher in der Tschechoslowakei unmöglich heimisch fühlen. Selbst die aktiven sudetendeutschen politischen Parteien wiesen immer wieder auf diese Ungerechtigkeit hin. Darüber hinaus verursachte die Weltwirtschaftskrise im Sudetenland verheerende soziale Folgen und dem Staat gelang es nicht, diese einzudämmern. Aus diesem Blickwinkel wäre es verständlich, dass die Sudetendeutschen mit großer Hoffnung auf das Nazi-Reich blickten und die Person des Reichskanzlers und seine Partei in Kauf nahmen. Denn ihre Lage war in vielerlei Hinsicht einfach ausweglos. Darüber hinaus hatten die Sudetendeutschen im Jahr 1938 wenige seriöse Informationen, um das NS-Regime richtig einschätzen zu können.

---

<sup>730</sup> NA ČR, Fond Sbirka soudních spisů (SSS-AMV 142), Sign. 142-16-4, Karton 16, 2.

Oft wurde nach dem Krieg und auch in den gegenwärtigen Debatten im Zusammenhang mit der Kirchenrestitution in der Tschechischen Republik die Person des Hochmeisters Robert Schälzky diskutiert. Von den Kommunisten wurde er zum Beispiel als „ein schlauer Nazi“ bezeichnet (s.o.). Scharfe Kritik wurde an seinem Verhalten während der Jahre 1938 und 1939 geübt. Seine wahre Einstellung zur Tschechoslowakei und zum Nationalsozialismus habe er in seiner Korrespondenz zum Ausdruck gebracht, meinten die Kritiker. Tatsächlich sprach Schälzky in einem privaten Brief, der oben zitiert wurde, über eine, nicht seine eigene, Freude: „Dafür war die Freude beim Einzug der deutschen Truppen und über die Eingliederung in das deutsche Reich überaus gross<sup>731</sup>“. Hier bezog sich der Hochmeister allerdings auf die chaotischen Ereignisse in Freudenthal im September 1938, die fast einem Kriegszustand gleichkamen. Es ist schwer vorstellbar, dass sich Schälzky über den Anschluss Sudetenlands an Deutschland persönlich euphorisch gefreut hätte: Er hatte in dieser Zeit bereits bittere Erfahrungen mit den nationalsozialistischen Behörden aus Österreich gemacht, wo der Orden eben von dem Stillhaltekommissar aufgelöst worden war, dessen Befugnisse nun auf das Sudetenland ausgedehnt wurden.

Die Briefe Schälzkys an den Reichskanzler und an die Reichsminister weisen keine Affinität zum Nationalsozialismus auf. Sie betonen zwar die angeblich nationale Einstellung des Deutschen Ordens und enden in manchen Fällen mit der Grußformel „Heil Hitler!“, enthalten aber kein Lob auf die nationalsozialistische Ideologie oder Politik. Sie könnten eher als trostloser Versuch eines Ordensoberen verstanden werden, die ihm anvertraute Ordensgemeinschaft zu retten, auch wenn dies auch um den Preis einer persönlichen Erniedrigung unternommen werden musste. Es gibt überdies viele Hinweise, die dem Bild des „Nazi-Hochmeisters“ widersprechen. So wurde zum Beispiel Schälzky von den nationalsozialistischen Behörden eher despektierlich behandelt. Die Reichsminister beantworteten seine Briefe bis auf eine einzige Ausnahme überhaupt nicht. Während des Krieges lebte er zurückgezogen - es gibt also keine Quelle, die entweder seine private oder öffentliche Unterstützung des Nationalsozialismus bezeugen würde. Seine vertrauensvolle Beziehung mit dem Olmützer Erzbischof Prečan, der von der Gestapo als unbequeme Person angesehen wurde und sicherlich kein

---

<sup>731</sup> ZAO, Němečtí rytíři – úřad velmistra Bruntál, Inv. Nr. 400, Sign. 511, 611, Karton 99.

Anhänger des Nationalsozialismus war, dauerte auch nach dem Kriegsende an. Nach 1945 gab es viele tschechoslowakischen Bürger, die seine Loyalität zum tschechoslowakischen Staat bestätigten.

Historisch gesehen könnten die Bemühen des Hochmeisters in den Jahren 1938 und 1939 in die Kategorie der „erzwungenen Konformität“ eingeordnet werden. Zu einer solchen Konformität wurden aber auch andere Kirchen- oder Ordensvertreter im Sudetenland oder im Protektorat gezwungen<sup>732</sup> und Robert Schälzky stellt in dieser Hinsicht keine Ausnahme dar. Ein letztes Urteil verschiebt sich in den ethischen Bereich und hängt mit der schwierigen Frage zusammen, in wie weit man mit einem totalitären Regime kooperieren oder gar kommunizieren darf. Diese Frage wird noch komplizierter, wenn es sich um jemanden handelt, dem eine Institution, Organisation oder kirchliche Gemeinschaft anvertraut wurde. Dieselbe Problematik betrifft auch die tschechische Kirchengeschichte nach 1939, wobei im Protektorat das Bild des Feindes klarer und mit einer fremden Okkupationsmacht verbunden war, sowie die Zeit des Kommunismus. Selbst der Prager Erzbischof Kardinal František Tomášek, der sich während der 1980er Jahre der demokratischen Opposition in der Tschechoslowakei anschloss, war in den 1950er Jahren ein unproblematischer regimekonformer Priester und Mitglied der Organisation „Pacem in terris“, die von den kirchlichen Regimekritikern als ein Kollaborationsverein abgelehnt wurde.

Nicht zuletzt soll auch darauf hingewiesen werden, dass die Kommunisten über kein moralisches Recht verfügten, ein Urteil über das Verhalten von anderen Personen oder Institutionen im Krisenjahr 1938 und während des Krieges zu fällen. Abgesehen von den Fällen einer offenen kommunistischen Kollaboration und Mitarbeit mit der Gestapo, wie etwa die Kollaboration der führenden südmährischen Kommunisten, belegt von Pfarrer Vysloužil - deshalb wurde er ermordet - war ihre Beteiligung am Kampf gegen den Nationalsozialismus in der Tschechoslowakei fraglich. Bis 1941 betrachteten die tschechoslowakischen Kommunisten den Krieg als einen Konflikt unter den imperialistischen Staaten, in den sie sich nicht einmischen wollten. Gemäß den Instruktionen aus Moskau lehnten sie sogar jede Erneuerung der Tschechoslowakei in

---

<sup>732</sup> STRÍBRNÝ, Die Rolle der Kirchen im „Protektorat“, 155 – 156.

der Nachkriegszeit ab und rechneten mit deren Eingliederung in einen zukünftigen sozialistischen Gebietskomplex, der von der Sowjetunion geleitet werden sollte.<sup>733</sup>

Der Hochmeister Schälzky und mit ihm die ganze Gemeinschaft des Deutschen Ordens gerieten einfach in eine Situation, die sie sich nicht wünschten und die sie keinesfalls beeinflussen konnten. Eine vollständige Beurteilung ihres Verhaltens erlaubt der aktuelle Forschungsstand nicht. Darüber hinaus hängt eine solche Einschätzung letztlich von vielen weiteren Faktoren ab, zum Beispiel von der nationalen Zugehörigkeit, der Weltanschauung, dem Geschichtsbewusstsein oder den persönlichen Erfahrungen. Der aufgelöste Orden verhielt sich nicht mutiger, aber auch nicht feiger als andere kirchliche Gemeinschaften im Sudetenland, mit denen er zu vergleichen wäre. Zum Beispiel der tapfere Widerstand von P. Heribert Kluger gegen den Nationalsozialismus und das offensichtlich problemlose Zusammenleben der deutschsprachigen und tschechischen Schwestern in einer Ordensgemeinschaft zeigen, dass der Orden Potenzial hatte, aus dem Schatten des tobenden Nationalismus auszutreten, und dass ihm dies in vielerlei Hinsicht gelang.

---

<sup>733</sup> BROD, Toman, *Osudný omyl Edvarda Beneše 1939 – 1948. Československá cesta do sovětského područí* [Der schicksalhafte Irrtum Edvard Benešs 1939 – 1948. Der tschechoslowakische Weg in die sowjetische Abhängigkeit], Prag 2002, 73.

## Allgemeines Abkürzungsverzeichnis

Anm.	Anmerkung
ABS	Archiv der Sicherheitsdienste
A KPR	Archiv der Kanzlei des Staatspräsidenten
A MZV	Archiv des Außenministeriums der Tschechischen Republik
Bez.	Bezirk
Can.	Kanon
CIC	Codex Iuris Canonici
CSR	Tschechoslowakische Republik
CSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DCV	Deutsche Christlichsoziale Volkspartei
DOZA	Zentralarchiv des Deutschen Ordens
ha	Hektar
Hg.	Herausgeber
Hl.	Heilig
InvNr.	Inventarnummer
KPTch	Kommunistische Partei Tschechoslowakeis
Msgr.	Monsignor
Mat	Evangelium nach Matthäus
NA ČR	Nationalarchiv der Tschechischen Republik
Nr.	Nummer
NS	nationalsozialistische (r,s)
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

OP	Ordo Praedicatorum (Dominikanerorden)
OT	Ordo Teutonicus (Deutscher Orden)
P.	Pater
Prof.	Professor
s.o., s.u.	siehe oben, siehe unten
SHF	Sudetendeutsche Heimatfront
SHS	Staat der Slowenen, Kroaten und Serben
SJ	Gesellschaft Jesu (Jesuitenorden)
SA	Sturmabteilung
SdP	Sudetendeutsche Partei
Sign.	Signatur
sog.	sogenannte (r,s)
Sr.	Schwester
St.	Sankt
u.a.	unter anderem
usw.	und so weiter
v.a.	vor allem
Vgl.	vergleiche
z.B.	zum Beispiel
ZAO	Landesarchiv Troppau

## Bibliographie

### Primärquellen

ABS (Archiv der Sicherheitsdienste, Prag): Fond 31 - Vyšetřovací komise pro národní a lidový soud při MV, Sign. 301-139-1; Fond 304, Sign. 304-10-3; Fond V 1192 Hradec Králové; Fond V 3881/1; Fond V 3881/2; Fond V 704 Ostrava ; Fond V 704/2 Ostrava; Fond V 704/3 Ostrava; Fond V 704/5 Ostrava; Fond V 704/6 Ostrava; Fond V 704/8 Ostrava; Fond V 704/10 Ostrava; Fond V 704/11 Ostrava; Fond V 704/12 Ostrava; Fond V 704/21 Ostrava; Fond V 704/22 Ostrava; Fond 704/19 Krajská správa MV Ostrava; , Fond KNV Ostrava, sign. 371/87

Acta archiepiscopalis curiae pragensis 1945, 1946

A KPR (Archiv der Kanzlei des Staatspräsidenten, Prag): Fond „KPR 1917 – 1947“, Karton 285

A MZV (Archiv des Außenministeriums, Prag), Fond Generální sekretariát – A 1945 – 1954, Karton 80; Fond Teritoriální odbory – Vatikán 1945 – 1959; Fond Generální sekretariát – Žourek 1945 – 1948 (1952), Karton 1

Catalogus Ordinis Teutonici 1938, 1947

DOZA (Deutschordenszentralarchiv, Wien): GR 1947; Übersicht über die Tätigkeit des Deutschordens in der Cechoslowakei in den letzten Jahren (1929)

NA ČR (Nationalarchiv der Tschechischen Republik, Prag): Fond Ministerstvo školství, sign. 47; Fond Sběrka soudních spisů (SSS-AMV 142), Sign. 142-16-4, Karton 16; Fond ÚV KSČ – Klement Gottwald, Karton 140; Fond 470 - Nejvyšší správní soud 1918 – 1951; Fond SÚC dodatky, Sign. ŘKC – řády 1949 – 1956

ZAO (Landesarchiv, Troppau): Fond Němečtí rytíři – úřad velmistra Bruntál, Sign. 112, Karton 13; Fond Němečtí rytíři – konvent Opava, Inv.Nr. 39, Karton 12

## Sekundärliteratur

ADAM, Petr, Řád německých rytířů a jeho působení v Čechách, na Moravě a ve Slezsku [Der Deutsche Orden und sein Wirken in Böhmen, Mähren und Schlesien], Prag 2005.

ADENAUER, Evelyne, Das christliche Schlesien 1945/46. Wie die Erzdiözese Breslau und die Kirchenprovinz Schlesien der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union endeten und in Schlesien polnische Apostolische Administraturen eingerichtet wurden, Münster 2014.

APPLEBAUM, Anne, Der eiserne Vorhang: Die Unterdrückung Osteuropas, München 2013.

ARNOLD, Udo (Hg.), Die Hochmeister des Deutschen Ordens 1190 – 2012, Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, Band 40, Weimar 2015.

ALTERMATT, Urs, Das komplexe Verhältnis von Religion und Nation: eine Typologie für den Katholizismus, in: Schweizerische Zeitschrift für Religions- und Kulturgeschichte 99/2005.

BAHLCKE, Joachim, Land und Dynastie: Böhmen, Habsburg und *das Temno*. In: KOSCHMAL, Walter/NEKULA, Marek/ROGALL, Joachim (Hgg.), Deutsche und Tschechen, München 2003.

BALÍK, Stanislav/HANUŠ, Jiří, Katolická církev v Československu 1945 – 1989 [Die katholische Kirche in der Tschechoslowakei 1945 - 1989], Brunn 2013.

BÁRTA, Milan, Všichni čekají tvrdý a spravedlivý trest. Konec kladenského gestapa [Alle erwarten eine harte und gerechte Strafe. Das Ende der Gestapo in Kladen]. In: Paměť a dějiny 2/2016.

BENDEL, Rainer, „Religiöse und völkische Erneuerung“ bei den Sudetendeutschen: Ideologische Grundlegung in der theologischen Reflexion, in: BENDEL, Rainer/PECH, Robert/SPANNENBERGER, Norbert (Hgg.), Kirche und Gruppenbildungsprozesse deutscher Minderheiten in Ostmittel- und Südeuropa 1918 – 1933, Münster 2015.

BLÁHOVÁ, Marie, Kronika tak řečeného Dalimila [Die Chronik des so genannten Dalimil], Prag 1977.

BLAŽEK, Petr/BÁRTA, Milan/KALOUS, Jan/SVOBODA, Libor/ŽÁČEK, Pavel, Tváře vyšetřovatelů Státní bezpečnosti [Die Angesichter der Ermittler der Staatssicherheit]. In: Paměť a dějiny 2012/4.

BOEHM, Hans Georg, Die Deutschordens-Ballei Böhmen und Mähren, Schriftenreihe der Vereinigung zur Förderung der Wissenschaftlichen Erforschung der Geschichte des Deutschen Ordens e.V. und der Historischen Deutschorden-Compagnie Bad Mergentheim, Heft 12, Bad Mergentheim 1993.

BRANDES, Detlef, Der Weg zur Vertreibung 1938–1945. Pläne und Entscheidungen zum „Transfer“ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen, München 2005.

BRANDES, Detlef, Germanizovat a vysídlit. Nacistická národnostní politika v českých zemích [Germanisieren und aussiedeln. Die nationalsozialistische Politik in den böhmischen Ländern], Prag 2015.

BRANDES, Detlef, Sudetští Němci v krizovém roce 1938 [Die Sudetendeutschen im Krisenjahr 1938], Prag 2012.

BROD, Toman, Osudný omyl Edvarda Beneše 1939 – 1948. Československá cesta do sovětského područí [Der schicksalhafte Irrtum Edvard Benešs 1939 – 1948. Der tschechoslowakische Weg in die sowjetische Abhängigkeit], Prag 2002.

BULÍNOVÁ, Marie/JANIŠOVÁ, Milena/KAPLAN, Karel (Hgg.), Církevní komise ÚV KSČ. Edice dokumentů [Die Kirchenkommission des Zentralkomitees der KPTsch. Edition der Dokumente], Prag 1994.

CHAROUZ, Jindřich, Josef Karel Matocha: Biskup – vyznavač 1888 – 1961 [Josef Karel Matocha: Bischof - Bekenner], Olmütz 1991.

CORNELIßEN, Christoph/HOLEC, Roman/PEŠEK, Jiří (Hgg.), Diktatur. Krieg. Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945, Essen 2005.

CUHRA, Jaroslav, Der Vatikan und die Tschechoslowakei 1945 – 1948, in: ZÜCKERT, Martin/HÖLZWIMMER, Laura (Hgg.), Religion in den böhmischen Ländern 1938 – 1948. Diktatur, Krieg und Gesellschaftswandel als Herausforderungen für religiöses Leben und kirchliche Organisation. Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 115, München 2007.

ČAPSKÝ, Martin, Die wirtschaftliche Entwicklung der Ballei Böhmen des Deutschen Ordens im Spätmittelalter, in: BORCHARDT, Karl/LIBOR, Jan (Hgg.), Die geistlichen Ritterorden in Mitteleuropa: Mittelalter, Brunn 2011.

ČELOVSKÝ, Bořivoj, Oči a uši strany. Sedm pohledů do života StB [Augen und Ohren der Partei. Sieben Einblicke in das Leben der Staatssicherheit], Šenov u Ostravy 2005.

ČORNEJ, Petr, Idea národa v husitských Čechách [Die Idee der Nation in hussitischem Böhmen], in: DRDA, Miloš/HOLEČEK, František/VYBÍRAL, Zdeněk (Hgg.), Jan Hus na přelomu tisíciletí [Johannes Hus auf der Jahrtausendwende], Tábor 2001.

ČORNEJ, Petr, Ke genezi Palackého pojetí husitství [Zur Genese Palackýs Hussitismus-Auffassung]. In: ŠMAHEL, František/DOLEŽALOVÁ, Eva (Hgg.), František Palacký, dějiny a dnešek: 1798 – 1998 [František Palacký, Geschichte und Gegenwart: 1798 - 1998], Prag 1999.

ČORNEJ, Petr, Světla a stíny husitství: osobnosti – texty – tradice [Lichter und Schatten des Hussitismus: Personen – Orte - Traditionen], Prag 2011.

DEMEL, Bernhard, Der Deutsche Orden in der CSR 1918 – 1939, in: VOGEL, Friedrich (Hg.), Der Deutsche Orden einst und jetzt. Aufsätze zu seiner mehr als 800jährigen Geschichte, Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Band 848, Frankfurt/Main 1999.

DEMEL, Bernhard, Eugen von Österreich, in: ARNOLD, Udo (Hg.), Die Hochmeister des Deutschen Ordens 1190 – 2012, Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, Band 40, Weimar 2015.

DEMEL, Bernhard, Karl von Österreich. In: ARNOLD, Udo (Hg.), Die Hochmeister des Deutschen Ordens 1190 – 2012. Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, Band 40, Weimar 2014.

DOLEŽAL, Miloš, Jako bychom dnes zemřít měli [Als ob wir heute sterben sollten], Pelhřimov 2012.

DOLEŽAL, Miloš, Krok do tmavé noci. Příběhy faráře Josefa Toufara, jeho vrahů a číhošťského zázraku [Ein Schritt in die dunkle Nacht. Die Geschichten des Pfarrers Josef Toufar, seiner Mörder und des Wunders von Číhošť], Prag 2015.

DOLEŽALOVÁ, Markéta, Milosrdná sestra Anežka Antonie Witková. Útok represivního a justičního aparátu totalitního státu na řádové společenství žen působících ve školské, zdravotnické a sociální oblasti [Die Barmherzige Schwester Anežka Antonie Witková. Der Angriff des Repressions- und Justizapparates auf eine Frauensordensgemeinschaft, die im Schul-, Gesundheits- und Sozialbereich wirkte], in: Paměť a dějiny 4/2013.

DUFEK, Jiří/KAPLAN, Karel/ŠLOSAR, Vladimír, Československo a Israel v letech 1947 – 1953 [Die Tschechoslowakei und Israel in den Jahren 1947 - 1953], Prag 1993.

DVOŘÁK, Miroslav/NEULS, Jindřich, Co se skrývalo za zdmi klášterů [Was sich hinter den Klostermauern versteckt hat], Prag 1950.

FERANC, Daniel, Tepelský převor Heřman Josef Tyl [Der Prior von Tepl Heřman Josef Tyl], in: KUBÍN, Petr (Hg.), Brány pekelné ji nepřemohou. Kapitoly z dějin pronásledování církvi v Československu kolem roku 1950 [Die Pforten der Unterwelt werden sie nicht überwältigen. Kapitel aus der Geschichte der Verfolgung der Kirchen in der Tschechoslowakei um das Jahr 1950], Prag 2013.

FIALA, Petr/HANUŠ, Jiří (Hgg.), Katolická církev a totalitarismus v českých zemích [Die katholische Kirche und der Totalitarismus in den böhmischen Ländern], Brunn 2001.

FROMMER, Benjamin, National cleansing. Retribution against Nazi Collaborators in Postwar Czechoslovakia, Cambridge 2004.

GABRIELOVÁ, Petra, Kartotéka akce „48“ a vyhodnocení tzv. protistátní činnosti Církve římskokatolické ve vybraných tzv. ilegálních skupinách [Die Kartei der Aktion „48“ und die Auswertung des sog. staatsfeindlichen Wirkens der römisch-katholischen Kirchen in ausgewählten sog. illegalen Gruppen]. In: Sborník Archívu bezpečnostních složek 9/2011.

GASSER, Ulrich, Die Priesterkonvente des Deutschen Ordens. Peter Rigler und ihre Wiedererrichtung 1854 – 1897, Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, Band 28, Bonn 1973.

GASSER, Ulrich, Neuordnung des Deutschen Ordens und seiner Verfassung 1826 – 1840, in: VOLGGER, Ewald (Hg.), Die Regeln des Deutschen Ordens in Geschichte und Gegenwart, Lana 1985.

GENTILE, Emilio, Politická náboženství: mezi demokracií a totalitou [Politische Religionen: Zwischen Demokratie und Totalitarismus], Brunn 2008.

GLOTZ, Peter, Die Vertreibung – Böhmen als Lehrstück, München 2003.

GRIFFIN, Roger, Modernismus a fašismus [Modernismus und Faschismus], Prag 2015.

GROCHOLL, Wolfgang, Josef Martin Nathan. Leben und Leiden für die grenzenlose Caritas im mährisch-schlesischen Land, Eschershausen/Schleiden 2003.

GOTSMANN, Andreas, Rom und die nationalen Bewegungen in der Donaumonarchie. Römischer Universalismus, habsburgische Reichspolitik und nationale Identitäten 1878 – 1914, Wien 2010.

GOTTWALD, Klement, Deset let. Sborník statí a projevů 1936 – 1946 [Die zehn Jahre. Sammelband der Artikel und der Ansprachen], Prag 1946.

GRUBER, Erentraud, Hinter dem Eisernen Vorhang. Deutschordensschwwestern in der ČSR/ČSSR 1945 bis 1989. Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, Band 71, Weimar 2012.

GRULICH, Rudolf, Sudetoněmečtí katolíci jako oběti nacismu [Sudetendeutsche Katholiken als Opfer des Nationalsozialismus], Brunn 2002.

HAHNOVÁ, Eva, Češi o Češích. Dnešní spory o dějiny [Tschechen über Tschechen. Die gegenwärtigen Kontroversen um die Geschichte], Prag 2018.

HANUŠ, Jiří, Tradice českého katolicismu ve 20. století [Die Traditionen des tschechischen Katholizismus im 20. Jahrhundert], Brunn 2005.

HANUSCH, Gerhard, Norbert Klein, in: ARNOLD, Udo (Hg.), Die Hochmeister des Deutschen Ordens 1190 – 2012, Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, Band 40, Weimar 2015.

HANUSCH, Gerhard, Paul Heider, in: ARNOLD, Udo (Hg.), Die Hochmeister des Deutschen Ordens 1190 – 2012, Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, Band 40, Weimar 2015.

HANUSCH, Gerhard, Robert Schälzky, in: ARNOLD, Udo (Hg.), Die Hochmeister des Deutschen Ordens 1190 – 2012, Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, Band 40, Weimar 2015.

HARÁKOVÁ, Renata, Mormonské misie na území ČR [Missionen der Mormonen auf dem Gebiet der Tschechischen Republik], Diplomarbeit, Philosophische Fakultät der Masaryk-Universität in Brunn, 2010.

HEHL, Ulrich, Das Kirchenvolk im Dritten Reich, in: GOTTO, Klaus/REPGEN, Konrad (Hgg.), Die Katholiken und das Dritte Reich, Mainz 1990.

HEJL, Vilém, Zpráva o organizovaném násilí [Bericht über die organisierte Gewalt], Prag 1990.

HEŘMANSKÝ, František/MERTLÍK, Rudolf, Zbraslavská kronika – Chronicon Aulae Regiae, Prag 1975.

HEYDERER, Dieter, Die Geschichte der Österreichischen Brüderprovinz des Deutschen Ordens vom Untergang der Monarchie bis zur Gegenwart, Diplomarbeit, Katholisch-theologische Fakultät der Universität Wien, 1994.

HOCKERTS, Hans Günter, Die Sittlichkeitsprozesse gegen katholische Ordensangehörige und Priester 1936/37. Eine Studie zur nationalsozialistischen Herrschaftstechnik und zum Kirchenkampf. Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern, Reihe B: Forschungen, Band 6, Mainz 1971.

HLOŠINA, Václav Oliva, České duchovní řády za rozmachu husitské bouře [Die tschechischen geistlichen Orden während des Ausschwungs des hussitischen Sturmes], Prag 1924.

HORÁK, Michael, Der Weg des Deutschen Ordens vom Ritterorden zum Klerikalinstitut in der Tschechoslowakischen Republik, Linz 2014.

HORNIŠER, Igor, Politický okres Bruntál v letech okupace [Der politische Bezirk Freudenthal in den Jahren der Okkupation], in: Sborník bruntálského muzea 2006.

HRABOVEC, Emília, Die Nuntien in der Tschechoslowakei. Clemente Micara, Francesco Marmaggi, Pietro Ciriaci und Saverio Ritter, in: WOLF, Hubert (Hg.), Eugenio Pacelli als Nuntius in Deutschland. Forschungsperspektiven und Ansätze zu einem internationalen Vergleich, Paderborn 2012.

HRABOVEC, Emilia, Vertreibung und Abschub. Deutsche in Mähren 1945 – 1947, Frankfurt a.M. u.a., 1996.

HRDINA, Antonín, Texty ke studiu konfesního práva I. Evropa a USA [Texte zum Studium des Konfessionsrechtes. Band I, Europa und die USA], Prag 2006.

HUBER, Kurt Augustinus, Der sudetendeutsche Katholizismus, in: BAHLCKE, Joachim/GRULICH, Rudolf, Katholische Kirche und Kultur in Böhmen. Ausgewählte Abhandlungen, Münster 2005.

JAN, Libor/SKŘIVÁNEK, František, Němečtí rytíři v českých zemích [Die Deutschen Ritter in den böhmischen Ländern], Prag 1997.

JANIŠOVÁ, Milena/KAPLAN, Karel, Katolická církev a pozemková reforma 1945 – 1948 [Die katholische Kirche und die Bodenreform 1945 – 1948], Brunn 1995.

KALOUS, Jan, Die Kirchenpolitik der KPTsch von 1945 bis 1950. In: ŽÁČEK, Pavel/FAULENBACH, Bernd/MÄHLERT, Ulrich (Hgg.), Die Tschechoslowakei 1945/48 bis 1989. Studien zu kommunistischer Herrschaft und Repression, Leipzig 2008.

KAPLAN, Karel, Der kurze Marsch. Kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei 1945–1948. Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 33, München 1981.

KAPLAN, Karel, Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei 1948 – 1954. Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Band 48, München 1986.

KAPLAN, Karel, Nebezpečná bezpečnost: státní bezpečnost 1948 – 1956 [Gefährliche Sicherheit: Die Staatssicherheit 1948 - 1956], Brunn 1999.

KAPLAN, Karel, Nekrvavá revoluce [Die unblutige Revolution], Prag 1993.

KAPLAN, Karel, Pět kapitol o únoru [Fünf Kapitel über Februar], Brunn 1997.

KAPLAN, Karel, Politická perzekuce za komunistického režimu v Československu [Politische Verfolgung während des kommunistischen Regimes in der Tschechoslowakei]. In: GEBAUER, František (Hg.), Soudní perzekuce politické povahy v Československu 1948 – 1989 [Justizverfolgung mit politischem Charakter in der Tschechoslowakei 1948 - 1989] , Prag 1993.

KAPLAN, Karel, Staat und Kirche in der Tschechoslowakei 1948 – 1953. Die kommunistische Kirchenpolitik in den Jahren 1948 – 1952. Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 64, München 1990.

KLÁPŠTĚ, Jan, Proměna českých zemí ve středověku [Die Verwandlung der böhmischen Ländern im Mittelalter], Prag 2012.

KLIEBER, Rupert, „Widerstand“, „Resistenz“ oder „widerwillige Loyalität“? Das Ringen der katholischen Ordinariate um die religiöse Vereine und Vereinigungen der „Ostmark“ (1938 – 1941), in: LIEBMANN, Maximilian/PAARHAMMER, Hans/RINNERTHALER, Alfred (Hgg.), Staat und Kirche in der „Ostmark“, Frankfurt/Main u.a. 1998.

KLIMEK, Antonín, Velké dějiny zemí koruny české, Svazek XII: 1918 – 1929 [Große Geschichte der Länder der böhmischen Krone, Band XII: 1918 - 1929], Prag 2000.

KRAS, Paweł, Polish Hussitism – An Attempt at Evaluating the Scale of the Phenomenon. In: KŁOCZOWSKI, Jerzy/ KRAS, Paweł/POLAK, Wojciech (Hgg.), Christianity in East Central

Europe. Proceedings of the International Commission for the Comparative Church History, Lublin 1999.

KNOTEK, Jaroslav, Revize československé pozemkové reformy [Die Revision der tschechoslowakischen Bodenreform], Diplomarbeit, Philosophische Fakultät der Masaryk – Universität Brunn, 2010.

KRATOCHVIL, Antonín, Žalují 1. Stalinská justice v Československu [Ich klage, Band 1. Die stalinistische Justiz in der Tschechoslowakei], Prag 1990.

KŘEŠŤAN, Jiří, Zdeněk Nejedlý. Politik a vědec v osamění [Zdeněk Nejedlý. Politiker und Wissenschaftler in der Einsamkeit], Prag 2013.

KUKÁNOVÁ, Zlata, Od tolerance k nepřátelství. Diplomatické vztahy Československa s Vatikánem 1945 – 1950 [Von der Toleranz bis zur Feindschaft. Die diplomatischen Beziehungen der Tschechoslowakei mit dem Vatikan 1945 - 1950]. In: Semper paratus 3/2014.

KUKLÍK, Jan, Mýty a realita tzv. „Benešových dekretů“. Dekrety prezidenta republiky 1940 – 1945 [Die Mythen und die Realität der sog. „Beneš – Dekrete“. Die Dekrete des Präsidenten der Republik], Prag 2002.

KUKLÍK, Jan, Znárodnění Československo. Od znárodnění k privatizaci – státní zásahy do vlastnických a dalších majetkových práv v Československu a jinde v Evropě [Die verstaatlichte Tschechoslowakei. Von der Verstaatlichung bis zur Privatisierung – die staatlichen Eingriffe in die Eigentums- und weiteren Besitzrechte in der Tschechoslowakei und anderswo in Europa], Prag 2010.

KŘEN, Jan, Historické proměny češství [Historische Wandlungen des Böhmentums], Prag 1993.

LANGER, Kurt, Dny strachu. Zpráva o odsunu sudetských Němců z Bruntálska [Die Tage der Angst. Bericht über die Vertreibung der Sudetendeutschen aus dem Kreis Freudenthal], Prag, 1992.

LARITSCH, Jan, P. Paul Alois Heider OT. Miloval církev, národ a vlast [P. Paul Alois Heider. Er liebte die Kirche, das Volk und die Heimat], Ostrau 2015.

LATA, Jan, Vertreibung und Aussiedlung in der kirchennahen Presse, in: ZÜCKERT, Martin/HÖLZWIMMER, Laura (Hgg.), Religion in den böhmischen Ländern 1938 – 1948. Diktatur, Krieg und Gesellschaftswandel als Herausforderungen für religiöses Leben und kirchliche Organisation. Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 115, München 2007.

LE GOFF, Jacques, Die Geburt Europas im Mittelalter, München 2012.

LETZ, Róbert (Hg.), Dokumenty k procesu s katolíckymi biskupmi Jánom Vojtaššákom, Michalom Buzalkom a Pavlom Gojdičom, [Dokumente zum Prozess gegen die katholische Bischöfe Ján Vojtaššák, Michal Buzalka und Pavol Gojdič], Preßburg 2007.

LOB-HÜDEPOHL, Andreas/EURICH, Johannes, Aufblitzen des Widerständigen. Soziale Arbeit der Kirchen und die Frage des Widerstands während der NS-Zeit, Stuttgart 2018.

LOSSIN, Eike, Katholische Geistliche in nationalsozialistischen Konzentrationslagern, Würzburg 2011.

LOUTHAN, Howard, Converting Bohemia: Force and Persuasion in the Catholic Reformation, Cambridge 2011.

MACHULA, Jaromír, Vatikán a Československo (1938 – 1948) [Der Vatikan und die Tschechoslowakei (1938 – 1948)], Prag 1998

MAIER, Hans, Politische Religionen, München 2007.

MANDLER, Emanuel, Benešovy dekrety [Die Beneš – Dekrete], Prag 2005.

MAREK, Pavel, České schisma. Příspěvek k dějinám reformního hnutí katolického duchovenstva v letech 1917 – 1924 [Tschechische Kirchenspaltung. Ein Beitrag zur Geschichte der Reformbewegung des katholischen Klerus in den Jahren 1917 - 1924], Brunn 2000.

MASARYK, Tomáš Garrigue, Die Weltrevolution. Erinnerungen und Betrachtungen 1914 – 1918, Berlin 1925.

MAYER, Theodor, Ansprache anlässlich der feierlichen Eröffnung des „Collegium Carolinum“ am 18. Februar 1957 in München, in: Böhmen und Bayern. Vorträge der Arbeitstagung des Collegium Carolinum in Cham [2.-4. November 1956], München 1958.

METZGER, Franziska, Geschichtsschreibung und Geschichtsdenken im 19. und 20. Jahrhundert, Bern 2011.

MILITZER, Klaus, Die Entstehung der Deutschordensballeien im Deutschen Reich, Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, Band 16, Bonn 1970.

MORAVCOVÁ, Hedvika Virgilia, Milosrdné sestry Panny Marie Jeruzalémské [Die Barmherzigen Schwestern der Jungfrau Maria von Jerusalem], in: VLČEK, Vojtěch (Hg.), Ženské řehole za komunismu 1948 - 1989 [Die Frauenorden während des Kommunismus 1948 - 1989], Olmütz 2005.

MOTEJL, Otakar, Soudnictví a jeho správa [Das Gerichtswesen und seine Verwaltung]. In: BOBEK, Michal/MOLEK, Pavel/ŠIMÍČEK, Vojtěch (Hgg.), Komunistické právo v Československu. Kapitoly z dějin bezpráví [Das kommunistische Recht in der Tschechoslowakei. Kapitel aus der Geschichte der Rechtslosigkeit], Brünn 2009.

NEJEDLÝ, Zdeněk, Komunisté, dědici velkých tradic českého národa [Kommunisten – Erben der großen Traditionen des tschechischen Volkes], Prag 1951.

OPASEK, Anastáz, Dvanáct zastavení [Zwölf Stationen], Prag 1997.

PLACÁK, Petr, Gottwaldovo Československo jako fašistický stát [Die Tschechoslowakei Gottwalds als ein faschistischer Staat], Praha – Litomyšl 2015.

PLACÁK, Petr, Svatováclavské milénium. Češi, Němci a Slováci v roce 1929 [Das Millennium des Heiligen Wenzel. Tschechen, Deutsche und Slowaken im Jahr 1929], Prag 2002.

POPPER, Karl R., Das Elend des Historizismus, Tübingen 2003.

POSPÍŠIL, Jaroslav, Hyeny [Die Hyänen], Vizovice 1998.

PRZYBYLOVÁ, Blažena/ŠERKA, Josef, Muži s mocí – portréty představitelů města Ostravy 1919 – 1989 [Männer mit Macht – die Portraits der Vertreter der Stadt Ostrau 1919 - 1989], Šenov u Ostravy 1999.

PUSTEJOVSKÝ, Otfried, Christlicher Widerstand gegen die NS-Herrschaft in den Böhmisches Ländern. Eine Bestandaufnahme zu den Verhältnissen im Sudetenland und dem Protektorat Böhmen und Mähren, Münster 2009.

RÁČ, Robert (Hg.), Erzherzog Eugen von Habsburg – Hochmeister des deutschen Ritterordens. (1863 – 1954), Eulenburg 2005.

RÁČEK, Blažej, Československé dějiny [Tschechoslowakische Geschichte], Prag 1933.

RAK, Jiří, Bývali Čechové. České historické mýty a stereotypy [Es waren einst die Tschechen. Tschechische historische Mythen und Stereotype], Jinočany 1994.

RANDÁK, Jan, V záři rudého kalicha. Politika dějin a husitská tradice v Československu 1948 – 1956 [Im Glanz des roten Kelches. Die Geschichtspolitik und die hussitische Tradition in der Tschechoslowakei 1948 - 1956], Prag 2015.

RÁZEK, Adolf, Scénář církevního procesu [Das Szenario eines Kirchenprozesses]. In: STŘÍBRNÝ, Jan (Hg.), Církevní procesy 50. let [Die Kirchenprozesse der 50er Jahre], Kostelní Vydří 2002.

SCHULZE WESSEL, Martin, Zwischen kirchlichem Aggiornamento und außerkirchlicher Nationalisierung von Religion. 1848 als Schlüsseljahr in Tschechien, in: ALTERMATT, Urs/METZGER, Franziska (Hgg.), Religion und Nation. Katholizismen im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2007.

SEIBT, Ferdinand, Deutsche, Tschechen, Sudetendeutsche. Analysen und Stellungnahmen zu Geschichte und Gegenwart aus fünf Jahrzehnten, Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Band 100, München 2002.

SEYBOLD, Dietrich, Geschichtskultur und Konflikt. Historisch – politische Kontroversen in Gesellschaften der Gegenwart, Bern 2005.

SKŘIVÁNEK, František, Osecký klášter od roku 1950 až do návratu cisterciáků [Das Ossegger Kloster ab dem Jahr 1950 bis zur Rückkehr der Zisterzienser], Ossegg 2005.

SLÁMA, Jiří/KAPLAN, Karel, Die Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei 1935 – 1946 – 1948. Eine statistische Analyse. Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Band 53, München 1986.

SPURNÝ, Matěj, Nejsou jako my. Česká společnost a menšiny v pohraničí 1945 – 1960 [Sie sind nicht wie wir. Die tschechische Gesellschaft und die Minderheiten im Grenzland 1945 - 1960], Prag 2011.

STANĚK, Tomáš, Internierung und Zwangsarbeit. Das Lagersystem in den böhmischen Ländern 1945 – 1948. Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 92, München 2007.

STANĚK, Tomáš, Verfolgung 1945. Die Stellung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien, Wien u.a. 2002.

STIEBER, Miloslav, Němečtí rytíři – dobré zdání [Die Deutschen Ritter – das Gutachten], Prag 1921.

STŘÍBRNÝ, Jan, Die Rolle der Kirchen im „Protektorat“, in: ZÜCKERT, Martin/HOLZWIMMER, Laura (Hgg.), Religion in den böhmischen Ländern 1938 – 1948. Diktatur, Krieg und Gesellschaftswandel als Herausforderungen für religiöses Leben und kirchliche Organisation. Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 115, München 2007.

STŘÍBRNÝ, Jan, Katoličtí mučedníci a oběti v padesátých letech 20. století [Die katholischen Märtyrer und Opfer in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts], in: KUBÍN, Petr (Hg.), Brány pekelné ji nepřemohou. Kapitoly z dějin pronásledování církví v Československu kolem roku 1950 [Die Pforten der Unterwelt werden sie nicht überwältigen. Kapitel aus der Geschichte der Verfolgung der Kirchen in der Tschechoslowakei um das Jahr 1950], Prag 2013.

SOUBIGOU, Alain, Tomáš Garrigue Masaryk, Prag 2004.

SUPPAN, Arnold, Österreicher, Tschechen und Sudetendeutschen als Konfliktgemeinschaft im 20. Jahrhundert, in: Prague Papers on the History of International Relations 2002.

SVOBODA, Alois/TUČKOVÁ, Anna/SVOBODOVÁ, Věra, Spiknutí proti republice [Verschwörung gegen die Republik], Prag 1949.

ŠEBEK, Jaroslav, Historiographie zur katholischen Kirche in Tschechien, in: BENDEL, Rainer (Hg.), Kirchen- und Kulturgeschichtsschreibung in Nordost- und Ostmitteleuropa. Initiativen, Methoden, Theorien. Religions- und Kulturgeschichte in Ostmittel- und Südeuropa, Band 2, Berlin 2006

ŠEBEK, Jaroslav, Ideové a politizující reflexe husovské tradice v 19. století a na počátku 20. století [Die Ideen- und politisierenden Reflexionen der hussitischen Tradition im 19. Jahrhundert und am Anfang des 20. Jahrhunderts], in: KUČERA, Zdeněk/BUTTA, Tomáš (Hgg.), Mistr Jan Hus v proměnách času a jeho poselství dnešku [Meister Johannes Hus in den Veränderungen der Zeit und seine Botschaft für die Gegenwart], Prag 2013.

ŠEBEK, Jaroslav, Labore des Glaubens und der Welt. Die spirituelle und gesellschaftliche Dimension der geistigen Renaissance der Zwischenkriegszeit in den tschechischen und sudetendeutschen katholischen Milieus im Vergleich, in: BENDEL, Rainer/PECH, Robert/SPANNENBERGER, Norbert (Hgg.), Kirche und Gruppenbildungsprozesse deutscher Minderheiten in Ostmittel- und Südeuropa 1918 – 1933, Münster 2015.

ŠEBEK, Jaroslav, Mezi křížem a národem. Politické prostředí sudetoněmeckého katolicismu v meziválečném Československu [Zwischen Kreuz und Nation. Das politische Milieu des sudetendeutschen Katholizismus in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit], Brünn 2006.

ŠEBEK, Jaroslav, Od konfliktu ke smíření. Česko – německé vztahy ve 20. století očima katolické církve [Vom Konflikt bis zur Versöhnung. Die Tschechisch – Deutschen Beziehungen im 20. Jahrhundert durch die Augen der katholischen Kirche], Prag 2013.

ŠEBEK, Jaroslav, Sudetendeutscher Katholizismus auf dem Kreuzweg. Politische Aktivitäten der sudetendeutschen Katholiken in der Ersten Tschechoslowakischen Republik in den 30er Jahren, Münster 2010.

ŠEBESTÍK, Josef, Přehled předpisů o Němcích a o osobách považovaných za Němce [Übersicht über die Vorschriften, die die Deutschen und die für Deutsche gehaltenen Personen betreffen], Prag 1946.

ŠMAHEL, František, Husitská revoluce [Die hussitische Revolution], Band I, Prag 1993.

ŠURÁŇOVÁ, Jarmila, Vztah Československé republiky a Německého řádu Panny Marie Jeruzalémské v letech 1923 – 1939 [Die Beziehung der Tschechoslowakischen Republik und des Deutschen Ordens St. Mariens in Jerusalem in den Jahren 1923 - 1939], Dissertation, Philosophische Fakultät (Institut für Geschichte) der Palacký-Universität in Olmütz, 2015.

TAJOVSKÝ, Bohumil Vít, Člověk musí hořeti [Der Mensch muss brennen], Prag 2001.

TEPLÝ, Martin, Die Religionsfreiheit in der „Dritten Republik“, in: ZÜCKERT, Martin/HÖLZWIMMER, Laura (Hgg.), Religion in den böhmischen Ländern 1938 – 1948. Diktatur, Krieg und Gesellschaftswandel als Herausforderungen für religiöses Leben und kirchliche Organisation. Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 115, München 2007.

TESAŘ, Petr, Němečtí rytíři – úřad velmistra Bruntál (1606) 1845 – 1945, inventář [Die Deutschen Ritter – das Amt des Hochmeisters Freudenthal (1606) 1845 – 1945, Inventar], Troppau 2012.

TESAŘ, Petr, Ženské řehole v období totality [Die Frauenorden in der Zeit des Totalitarismus]. In: VLČEK, Vojtěch (Hg.), Ženské řehole za komunismu 1948 - 1989 [Die Frauenorden während des Kommunismus 1948 - 1989], Olmütz 2005

TUMLER, Marian/ARNOLD, Udo, Der Deutsche Orden. Von seinem Ursprung bis zur Gegenwart, Bad Münstereifel 1992

VALASEK, Emil, Veränderungen der Diözesangrenzen in der Tschechoslowakei seit 1918, in: Archiv für Kirchengeschichte von Böhmen-Mähren-Schlesien, Band VI, Königstein/Taunus 1982.

VAŠKO, Václav, Dům na skále 1. Církev zkoušená, 1945 – začátek 1950 [Das Haus auf dem Fels, Bd. 1. Die geprüfte Kirche, 1945 – Anfang 1950], Kostelní Vydří 2004.

VAŠKO, Václav, Dům na skále 2. Církev bojující 1950 – květen 1960 [Das Haus auf dem Fels, Band 2. Die kämpfende Kirche 1950 – Mai 1960], Kostelní Vydří 2008.

VAŠKO, Václav, Dům na skále 3. Církev vězněná 1950 – 1960 [Das Haus auf dem Fels, Band 3. Die gefangen gehaltene Kirche 1950 - 1960] Kostelní Vydří 2008.

VAŠKO, Václav, Neumlčená. Kronika katolické církve v Československu po druhé světové válce [Die nicht zum Schweigen gebrachte. Chronik der katholischen Kirche in der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg], 2 Bände, Prag 1990.

VOREL, Jaroslav/ŠIMÁNKOVÁ, Alena/BABKA, Lukáš, Československá justice 1948 – 1953 v dokumentech [Die tschechoslowakische Justiz in den Jahren 1948 – 1953 in den Dokumenten], Band III, Prag 2004.

VLČEK, Vojtěch, Perzekuce mužských řádů a kongregací komunistickým režimem 1948 – 1964 [Die Verfolgung der männlichen Orden und Kongregationen durch das kommunistische Regime 1948 – 1964], Olmütz 2004.

VLČEK, Vojtěch, Perzekuce mužských řeholí 1948 – 1950 [Verfolgung der Männerorden 1948 - 1950]. In: HANUŠ, Jiří/STŘÍBRNÝ, Jan (Hgg.), Stát a církev v roce 1950 [Staat und Kirche im Jahr 1950].

VLČEK, Vojtěch, Procesy s řeholnicemi v 50. letech [Die Schauprozesse mit den Ordensfrauen in den 50er Jahren]. In: DERS. (Hg.), Ženské řehole za komunismu 1948 - 1989 [Die Frauenorden während des Kommunismus 1948 - 1989], Olmütz 2005.

VLČEK, Vojtěch (Hg.), Ženské řehole za komunismu 1948 - 1989 [Die Frauenorden während des Kommunismus 1948 - 1989], Olmütz 2005.

VOIGT, Johannes, Geschichte der Ballei des Deutschen Ordens in Böhmen, Wien 1864.

VOLGGER, Ewald (Hg.), Nekrologium. Martyrologium des Deutschen Ordens, Wien 2017.

VRANÍK, Jakub, Právní dějiny Hlučínska v letech 1742 – 1945 [Die Rechtsgeschichte des Hultschiner Ländchen in den Jahren 1742 - 1945]. Diplomarbeit an der Juristischen Fakultät der Palacký-Universität in Olmütz, 2012

WIEDEMANN, Andreas, Pojd' s námi budovat pohraničí! Osídlování a proměna obyvatelstva bývalých Sudet 1945 – 1952 [Komm mit uns das Grenzland aufbauen! Ansiedlung und neue Strukturen in den ehemaligen Sudetengebieten 1945 - 1952], Prag 2016.

WEIS, Martin, M. Jan Hus v ideologii Komunistické strany Československa ve světle díla Zdeňka Nejedlého a archivních dokumentů [M. Johannes Hus in der Ideologie der Kommunistischen Partei Tschechoslowakei im Licht des Werkes von Zdeněk Nejedlý und der Archivadokumente]. In: Studia theologica 17, Nr. 4/2015.

ZAPLETALOVÁ, Jarmila, Život a dílo brněnského biskupa a velmistra Norberta Kleina [Leben und Werk des Brünner Bischofs und Hochmeisters Norbert Klein], Diplomarbeit, Philosophische Fakultät der Palacký-Universität in Olmütz, 2010.

ZÁRECKÝ, Miloš, Hochmeister Robert Schälzky – ein Lebensbild; unter besonderer Berücksichtigung seiner Parlamentstätigkeit in der Nationalversammlung der tschechoslowakischen Republik in den Jahren 1920 – 1925, Linz 2014.

ZIMMERMANN, Volker, Eine sozialistische Freundschaft im Wandel. Die Beziehungen der SBZ/DDR und der Tschechoslowakei (1945 – 1969), Essen 2010.

ZIMMERMANN, Volker, Sudetští Němci v nacistickém státě. Politika a nálada v říšské župě Sudety 1938 – 1945 [Die Sudetendeutschen im NS-Staat. Politik und Stimmung der Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland 1938 - 1945], Prag 2001.

ZÜCKERT, Martin, Religion und nationalsozialistische Herrschaft in den böhmisch-mährischen Grenzregionen. Kirchliches Leben und religiöser Wandel 1938 - 1945, in: ZÜCKERT, Martin/HOLZWIMMER, Laura (Hgg.), Religion in den böhmischen Ländern 1938 – 1948. Diktatur, Krieg und Gesellschaftswandel als Herausforderungen für

religiöses Leben und kirchliche Organisation. Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 115, München 2007.

ŽÁČEK, Pavel, „Můžou přijít, jsme hotovi...“ Tzv. Lorencova skartace z prosince 1989 v dokumentech [„Sie können kommen, wir sind fertig...“ Die sogenannte Skartierung Lorencs vom Dezember 1989 in den Dokumenten], in: Paměť národa, 2004.

## Abstract

### **Zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus: Der Deutsche Orden in der Tschechoslowakei 1945 – 1952**

Die böhmische Brüderprovinz des Deutschen Ordens hatte in den Jahren des Zweiten Weltkrieges sowie in den ersten Jahren der kommunistischen Herrschaft in der Tschechoslowakei mit erheblichen Anfeindungen und Schwierigkeiten seitens der staatlichen Autoritäten zu leben. Die Dissertation will den Kampf des Ordens für seine Rechte und um die Aufrechterhaltung seiner pastoralen und karitativen Aktivitäten, aber auch seine Beziehungen zu den jeweiligen Machthabern aufgrund des erhaltenen Quellenmaterials erstmals kritisch erheben und würdigen.

Nachdem sich der Deutsche Orden nach dem Ende des Ersten Weltkriegs als geistliches Priesterinstitut neu gegründet und seine Struktur als Ritterorden aufgegeben hatte, entfaltete er in der Tschechoslowakei in den Jahren von 1918 bis 1938 ein reiches seelsorgerliches und karitativ-kulturelles Wirken. Nach der Besetzung der sudetendeutschen Gebiete durch Nazi-Deutschland im Herbst 1938 wurde der Orden aufgrund seiner Loyalität zum tschechoslowakischen Staat als verdächtig angesehen. Allen Versuchen des Hochmeisters, den Orden zu retten, zum Trotz wurde dieser im Frühjahr 1939 von den Nazis aufgehoben und sein Besitz wurde konfisziert.

Ein Neuanfang nach dem Krieg scheiterte zunächst vor allem wegen der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Darüber hinaus hatte das Landwirtschaftsministerium bereits begonnen, den Ordensbesitz mit Hinweis

auf die Dekrete des Staatspräsidenten erneut zu konfiszieren. Nach der Machtübernahme der Kommunisten im Februar 1948 wurde der Deutsche Orden (zusammen mit den Jesuiten) innerhalb der katholischen Kirche zum Hauptfeind des neuen Regimes erklärt, obwohl er sich in dieser Zeit ohnehin in einem desolaten Zustand befand. Die gewaltsame Auflösung aller katholischen Orden in der Tschechoslowakei durch die Kommunisten im Jahr 1950 und der große Schauprozess gegen den Deutschen Orden (1952) bedeuteten das definitive Ende des Ordens auf seinem traditionellen Gebiet.

Im zweiten Kapitel wird die Rolle des Deutschen Ordens im Rahmen des sudetendeutschen Katholizismus erschlossen; in diesem Zusammenhang wird seine Stellung zum aufgehenden „neuen“ Nationalismus nach 1933 untersucht. Die Haltung des Deutschen Ordens in jenen Jahren wird für die Wahrnehmung des Ordens durch die Nationalsozialisten und später auch für die Diskussion über die angebliche Kollaboration der Ordensleitung und des ganzen Ordens nach dem Krieg eine Schlüsselrolle spielen. Weiter behandelt das Kapitel die Auflösung des Ordens durch den Stillhaltekommissar im Februar 1939, den Kampf des Hochmeisters um die Rettung des Ordens und den Widerstand einiger Ordensbrüder in der Kriegszeit (P. Walter Horny, P. Heribert Kluger).

Das dritte Kapitel untersucht die Geschichte der Ordensprovinz in der befreiten Tschechoslowakei nach 1945. Den „politischen Rahmen“ stellt die Frage des Besitzes der „deutschen“ Ordensgemeinschaften und seine Nationalverwaltung bzw. Enteignung dar, um die in der Regierung ein heftiger Kampf entflammte. Für eine Konfiskation auf der Grundlage der Dekrete des Staatspräsidenten bemühte sich vor allem das (kommunistische) Landwirtschaftsministerium; der Orden wurde von der Volkspartei, vom Ordinariat in Olmütz und von der Prager Internuntiaturs unterstutzt. Weitere Hauptthemen des Kapitels sind: Die Vertreibung der deutschsprachigen Brüder und Schwestern, Internierung des Hochmeisters, die Zwangsverwaltung und die Politik des neuen Provinzials P. Stanislav Dostál.

Das abschließende vierte Kapitel behandelt den Orden in der Tschechoslowakei in der Zeit nach der kommunistischen Machtübernahme (1948). Zunächst wird die Rolle des Deutschen Ordens in der kommunistischen Propaganda untersucht. Die

Charakterisierung des Deutschen Ordens, gemeinsam mit den Jesuiten der kirchliche Hauptfeind des Regimes zu sein, mutet angesichts der nur zwei übrig gebliebenen Ordenspriester geradezu als bizarr an. Der Grund dafür mag darin liegen, dass der Orden gewissermaßen die drei „ewigen Feinde des tschechischen Volkes“, wie es die neue kommunistische Propaganda präsentierte, in sich verkörperte: die Kirche, die Deutschen und den Adel. Weiter skizziert das Kapitel den Schauprozess gegen den Weihbischof von Olmütz Stanislav Zela, der u.a. angeklagt wurde, dass er die Konfiskationen des Deutschordensbesitzes zu verhindern versuchte. Im Jahr 1952 fand schließlich der große Schauprozess gegen die Oberin der Deutschordensschwwestern Sr. Antonia Witková statt, dem der Hauptteil des Kapitels gewidmet ist. In diesem Prozess wurde auch der Familienpriester Jindřich Stuchlík zu 12 Jahren Kerker verurteilt.

### **Between National Socialism and Communism: The Teutonic Order in the Czechoslovakia 1945 – 1952**

The Czech province of the Teutonic Order was forced to live under significant enmities and difficulties from the side of the state authorities in the years of the Second World War and in the first years of the communist rule. The main goal of this doctoral thesis is for the first time to critically assess and appreciate this fight of the order for its rights, the preservation of its pastoral and charitable activities but also its relationship to the rulers of the time on the basis of surviving archive materials.

After the end of the First World War, the Teutonic Order newly established itself as a priest institute and gave up its structure of knight order. In the Czechoslovakia, the order developed a rich spectrum of pastoral and charitable-cultural activities in the years 1918–1938. After the annexation of the Sudetenland by Nazi-Germany in autumn 1938, the order was considered to be suspicious because of its loyalty to the Czechoslovakia. All attempts of the Grand Master to save the order were in vain. In the beginning of the year 1939, the order was dissolved and its properties were confiscated.

After the war, a new beginning failed mainly due to the expulsion of Germans from the Czechoslovakia. Moreover, the Ministry of Agriculture already started to

confiscate the property of the order referring to the Decrees of the President of the Republic. When the communist came into power in February 1948, the Teutonic Order (together with the Jesuits) was declared main enemies within the Catholic Church, although the order was in desolate state anyway in the time. The violent dissolution of all catholic orders by the communists in the Czechoslovakia in 1950 and the big show trial against the Teutonic Order (1952) meant the definitive end of the order in its traditional area.

In the second chapter, the role of the Teutonic Order in the context of Sudeten German Catholicism is examined; in this regard, its attitude to the rising “new” nationalism after 1933 is analysed. The stance of the Teutonic Order in this years will play a key role in the perception of the order by the national socialists and later also for the discussion about the alleged collaboration of the order leaders and the whole order after the war. The chapter deals also with the dissolution of the order by the Liquidation Commissar (Stillhaltekommissar) in February 1939, the fight of the Grand Master to save the order and the resistance of some brothers in the time of the war (Fr. Walter Horny, Fr. Heribert Kluger).

The third chapter examines the history of the order province in the liberated Czechoslovakia after 1945. The question of the property ownership of the “German” order communities and their national administration or alternatively their expropriation presents the political context, which caused a major conflict in the government. The (communist) Ministry for Agriculture made primarily an effort to confiscate the properties on the basis of the Decrees of the President of the Republic. The order was supported by the People's Party, the Ordinary of Olomouc and by the inter-nunciature in Prague. Further main topics of the chapter are: the expulsion of the German-speaking brothers and sisters, the internment of the Grand Master, the forced administration and the policy of the new provincial Fr. Stanislav Dostál.

The final chapter is focused on the order in the Czechoslovakia in the time after the communists' coming into power (1948). The role of the Teutonic Order in the communist propaganda is explored subsequently. The characterization of the Teutonic Order, the ecclesiastical main enemy of the regime together with the Jesuits, seems

directly bizarre, because there were just two remaining order priest. The possible reason for this can be that the order embodied in itself in a way the three “eternal enemies of the Czech people”, as the new communist propaganda put it: the Church, the Germans, the aristocracy. Then the chapter sketches the show process against the auxiliary bishop of Olomouc Stanislav Zela, who was, among others, accused that he tried to prevent the confiscations of the property of the Teutonic Order. In the year 1952, the great show process against the Mother Superior of the Teutonic Order sisters Sr. Antonia Witková took finally place. The main part of the chapter deals with the process. In addition, Jindřich Stuchlík, a familiar priest, was also sentenced to 12 years in prison in this process.

## Lebenslauf

Der Autor dieser Arbeit Jakub Jirovec wurde am 26. März 1980 in Nový Jičín (Tschechische Republik) geboren. Nach der Reifeprüfung (1998) studierte er Publizistik und Politikwissenschaft auf der Fakultät für Sozialwissenschaften der Karlsuniversität in Prag. Seine Abschlussarbeit schrieb er über die katholische Publizistik bzw. Literatur in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. 2007 bis 2012 studierte er Katholische Fachtheologie auf der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien. Der Titel seiner Diplomarbeit (Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Thomas Prügl) lautete „Reform oder Utopie? Zur Rede Peter Paynes auf dem Konzil zu Basel“.

Seit 2006 ist der Autor Mitglied der Tschechischen Provinz des Deutschen Ordens. Am 2. Oktober 2010 legte er die feierliche Profess ab. Am 23. Juni 2012 wurde er zum Diakon geweiht und wirkte er in der Pfarrei Prag-Strašnice. Zum Priester wurde er am 15. Juni 2013 geweiht. Seitdem wirkt er als Pfarrvikar in der Pfarrei zu „Hl. Philippus und Jakobus“ in Prag, 2015 wurde er zum Sekretär des II. Prager Vikariats ernannt. Neben der Pfarrarbeit ist er Krankenseelsorger und Mitarbeiter des mobilen Hospizes „Cesta domů“ („Der Heimweg“). Er gehört zum Kreis der Mitarbeiter der Webseite „vira.cz“ („Glaube.cz“). Seit 2016 ist er Redakteur der Ordenszeitschrift „Zeitschrift Deutscher Orden“).